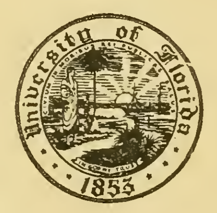



University of Florida
1853

STAATSARCHIV.

XXXIX. Band.



Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Dr. Hans Delbrück.

Neununddreissigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1882.

Geschichts-Kalender.

Juli — December 1881.

Vorbemerkung. Die im Staatsarchiv veröffentlichten oder noch zu veröffentlichenden Actenstücke sind mit St.A. bezeichnet.

1. Juli. **Deutschland.** — Abreise des Fürsten Bismarck nach Kissingen.
2. „ **Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.** — Attentat auf den Präsidenten Garfield.
2. „ **Italien.** — Die Demission des italienischen Botschafters in Paris, Cialdini, (vom 16. Mai) wird angenommen.
2. „ **Russland.** — Englisches Geschwader unter dem Commando des Herzogs von Edinburg in Kronstadt.
5. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer lehnt den Antrag auf Aufhebung der Botschaft beim Vatikan ab.
6. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Ernennung des FML. v. Kraus zum Statthalter von Böhmen.
6. „ **Dänemark.** — Abermalige Auflösung des Folkethings wegen Ablehnung des Budgets.
7. „ **Deutschland.** — Graf Hatzfeld, deutscher Botschafter in Konstantinopel, wird mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssecretärs im Auswärtigen Amte und Stellvertretung des Reichskanzlers im Bereiche desselben beauftragt.
10. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Die Wahlen zum ungarischen Parlamente fallen zu Gunsten des Ministeriums Tisza aus.
10. „ **Peru.** — Zusammentritt des neugewählten Kongresses in Charillos. Wahl Garcia Calderon's zum Präsidenten. Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit Chile.
13. „ **Bulgarien.** — Zusammentritt der Grossen Nationalversammlung in Sistowa. Verleihung von ausserordentlichen Vollmachten an den Fürsten Alexander auf 7 Jahre (St.A. Nr. 7598—7626).
13. „ **Italien.** — Ueberführung der Leiche Pius' IX. nach der Kirche San-Lorenzo extra muros. Strassendemonstrationen bei derselben. Rundschreiben des Cardinal-Staatssecretärs Jacobini an die päpstlichen Nuntien, welches nach der 'Germania' „den katholischen Mächten die Erwägung nahelegt, ob es nicht endlich an der Zeit sei, Maassregeln zur Sicherung der Person und des Amtes des Papstes zu treffen".
14. „ **Deutschland.** — Das englische Geschwader unter dem Herzog von Edinburg in Kiel.
14.-19. „ **Grossbritannien.** — Internationaler Socialistencongress in London.
17. „ **Frankreich.** — Einnahme von Sfax.

21. Juli. **Bayern.** — Wahlen zur II. Kammer: 89 Ultramontane und Conservative, 70 Liberale.

22. „ **Deutschland.** — Brief Bismarck's an den Stadtrath Vopel in Chemnitz.

Kissingen, 22. Juli 1881.

Aus Ihrem Wahlaufruf, der mir mit der Post zugeschickt worden ist, habe ich mit Befriedigung ersehen, dass auch von Ihnen und Ihren Freunden die Ueberzeugung getheilt wird, dass die von mir vertretenen, wirthschaftlichen und socialen Reformen an sich weder mit dem liberalen Princip noch mit dem einer anderen Partei unvereinbar sind, und dass sie keine Tendenzen oder Wirkungen mit sich bringen, welche mit liberaler Politik mehr als mit conservativer in Widerspruch ständen. Sie haben keinen anderen Zweck als den, allen Deutschen, welcher Partei sie auch angehören mögen, wirthschaftlich nützlich zu sein.

v. Bismarck.

24. „ **Grossbritannien.** — Entdeckung von zwölf Höllenmaschinen auf zwei aus New-York eingetroffenen Dampfern in Liverpool.

25. „ **Grossbritannien.** — Das Unterhaus lehnt das von den Tories wegen der Gladstone'schen Politik in der Transvaal-Angelegenheit beantragte Misstrauensvotum mit 314 gegen 205 Stimmen ab.

25. „ **Türkei.** — Die zum Tode verurtheilten Mörder des Sultans Abdul-Aziz werden zu Festungshaft begnadigt.

26. „ **Dänemark.** — Die Neuwahlen zum Folkething fallen zu Gunsten der Opposition aus.

26. „ **Frankreich.** — Interpellation Clémenceau wegen Festsetzung der Neuwahl auf den 21. August. Vertrauensvotum für das Cabinet Ferry mit 214 gegen 201 Stimmen.

27. „ **Afghanistan.** — Sieg Ayub-Khan's über den Emir Abdurrhaman. Besetzung Kandahars durch die Truppen des ersteren.

27. „ **Russland.** — Entsetzung des Grossfürsten Constantin von seinen sämmtlichen Aemtern. Ernennung des Grossfürsten Alexei zum Generaladmiral und Hauptcommandirenden der Flotte und des Marineressorts an dessen Stelle.

28. „ **Frankreich.** — Besetzung der Insel Djerba an der tripolitanischen Grenze.

29. „ **Frankreich.** — Schluss der Deputirtenkammer.

29. „ **Grossbritannien.** — Annahme der irischen Landbill im Unterhause mit 220 gegen 14 Stimmen.

3. Aug. **Deutschland.** — Zwei in Kiel gebaute Dampfschiffe werden auf Befehl der Regierung am Auslaufen verhindert, weil dieselben angeblich im Auftrage der peruanischen Regierung für Kriegszwecke erbaut sind.

3. „ **Grossbritannien.** — Dem Unterhausmitglied Bradlaugh, dem wegen Eidesverweigerung die Einnahme seines Sitzes im Hause versagt war, wird auf Anordnung des Sprechers durch die Huissiers und Polizeibeamte der Eintritt in das Haus versperrt. Das Unterhaus billigt das Verhalten des Sprechers und der Beamten.

4. „ **Deutschland und Oesterreich-Ungarn.** — Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem Kaiser von Oesterreich in Gastein.

4. „ **Frankreich.** — Gambetta entwickelt in Tours in einer Banketrede sein Programm und betout als die zunächst zu lösenden Aufgaben: 1) theilweise Reform der Verfassung im Hinblick auf den Senat, 2) die Herstellung einer Frankreich richtig repräsentirenden Majorität, 3) die Wiederherstellung und die Achtung der Prärogative der administrativen Gewalt.

4. Aug. **Grossbritannien.** — Unterzeichnung der Convention mit den Führern der Boers von Transvaal. Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Landes unter englischer Schutzherrschaft.

5. „ **Frankreich.** — Der neue Gesandte der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika in Paris, Morton, überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

9. „ **Deutschland** und **Oesterreich-Ungarn.** — Begegnung des Kaisers von Oesterreich mit dem Grossherzog von Baden auf Mainau und mit dem König von Würtemberg in Friedrichshafen.

9. „ **Dänemark.** — Zusammentritt des Reichstages: Wiedervorlegung des Budgets in unveränderter Form.

10. „ **Frankreich.** — Ministerpräsident Jules Ferry erklärt sich für eine theilweise Reform der Verfassung.

12. „ **Frankreich.** — Wahlreden Gambetta's in Belleville: Reform des Senates, Einführung des Listenscrutiniums, Einziehung der Güter der todten Hand, Ausbildung der militärischen Kräfte Frankreichs und Revindication Elsass-Lothringens.

14 „ **Deutschland.** — Der neue Bischof von Trier, Korum, wird im Beisein des Vertreters des deutschen Botschafters in Rom zum Bischof geweiht.

14. „ **Deutschland.** — Fürst Bismarck trifft aus Kissingen in Berlin ein.

16. „ **Grossbritannien.** — Das Oberhaus nimmt die irische Landbill in der vom Unterhause beschlossenen Fassung an.

16. „ **Frankreich.** — Gambetta wird in einer Wahlversammlung in Belleville durch die Ultraradicalen am Sprechen verhindert.

18. „ **Deutschland.** — Bismarck's Abreise nach Varzin.

20. „ **Deutschland.** — Die badische Regierung dementirt das Gerücht, dass Verhandlungen über die Erhebung Badens zum Königreich gepflogen würden.

20. „ **Italien.** — Die Regierung erklärt in einem in der 'Gazzetta ufficiale' veröffentlichten Communiqué, der steigenden Agitation gegen das Garantiegesetz gegenüber, dass sie „die Kraft und Autorität des Garantiegesetzes als eines Staatsgesetzes aufrechterhalten werde".

21. „ **Frankreich.** — Allgemeine Wahlen zur Deputirtenkammer. Definitive Resultate (mit Berücksichtigung der Stichwahlen): 457 Republikaner, 45 Bonapartisten, 45 Royalisten.

21. „ **Spanien.** — Die Wahlen zur Deputirtenkammer ergeben einen grossen Sieg des Ministeriums Sagasta.

22. „ **Deutschland.** — Der Unter-Staatssecretär Dr. Busch übernimmt an Stelle des beurlaubten Grafen Hatzfeldt die Leitung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes.

26. „ **Frankreich.** — Kampf der Franzosen mit den Aufständischen bei Hammâmet.

27. „ **Grossbritannien.** — Vertagung des Parlamentes.

27. „ **Deutschland.** — Bischof Korum begiebt sich zum Reichskanzler nach Varzin.

29. „ **Deutschland.** — Audienz des Bischofs Korum beim Kaiser, dem Cultusminister v. Gossler und dem Minister des Innern, v. Puttkamer.

29. „ **Frankreich.** — Hammâmet wird von den Franzosen ohne Widerstand besetzt.

29. „ **Rumänien.** — Graf Andrassy begiebt sich auf Einladung des Königs von Rumänien nach dessen Sommerresidenz Sinaia. Demonstrativ freundlicher Empfang desselben unter Anwesenheit des Ministers des Auswärtigen, Rosetti.

31. „ **Italien.** — Der Minister des Auswärtigen übersendet das Communiqué vom 20. d. M. an die diplomatischen Vertreter Frankreichs mit einem Rundschreiben, in welchem er hervorhebt, dass dasselbe eine vollkommen spontane Kundgebung der Regierung sei.

31. Aug. **Deutschland.** — Der Termin für die Reichstagswahlen wird auf den 27. October festgesetzt.

1. Sept. **Deutschland.** — Die 'Nordd. Allg. Ztg.' schreibt: „Der kaiserliche Gesandte in Washington, Herr v. Schlözer, welcher früher Secretär unserer Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle war, hat bei einer vorübergehenden Anwesenheit in Rom im Laufe dieses Sommers mit den ihm aus früheren amtlichen Beziehungen bekannten Würdenträgern der Kirche vertrauliche Beziehungen anknüpfen können, aus welchen für beide Theile die Hoffnung erwachsen ist, in wichtigen Punkten zur Verständigung über einen beiderseits annehmbaren *modus vivendi* zu gelangen, ohne einem von beiden den Verzicht auf die principiellen Gebote seiner Stellung zuzumuthen. — — Es ist anzunehmen, dass das aus diesen Besprechungen zu gewinnende Material die Unterlage weiterer Entschliessungen der königlichen Regierung bilden werde, welche die Besetzung der noch vacanten bischöflichen Stühle und die dem Gesetzentwurf vom 19. Mai 1880, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze, analogen Vorlagen betreffen, welche die königliche Regierung behufs Regelung der katholischen Seelsorge dem Landtage bei seinem nächsten Zusammentritt zu machen in der Lage sein wird."

1. „ **Türkei.** — Erste Conferenz der Delegirten der Inhaber türkischer Schuldtitel mit Commissaren der Pforte unter Vorsitz Server-Pascha's.

4. „ **Frankreich.** — Stichwahlen zur Deputirtenkammer.

5. „ **Niederlande.** — Ernennung des bisherigen Gesandten in Berlin, v. Rochussen, zum Minister des Auswärtigen.

5. „ **Bayern.** — Der König ernennt den Freiherrn von Frankenstein zum Präsidenten der Kammer der Reichsräthe.

6. „ **Frankreich.** — Gambetta spricht sich bei Gelegenheit der Einweihung der Hafenanlagen in Honfleur zu Gunsten des Systems der Handelsverträge aus. Rede des Handelsministers Tirard zu Gunsten des Freihandels.

8. „ **Niederlande.** — Prinz Friedrich (Wilhelm Karl) der Niederlande †.

9. „ **Deutschland** und **Russland.** — Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland und Russland in Danzig. Von deutscher Seite sind der Kronprinz, Bismarck, Moltke, Kameke und Stosch, von russischer Seite Giers und Saburow anwesend.

9. „ **Aegypten.** — Militäraufstand in Kairo. Die Obersten unter Führung des Obersten Arabi-Bey fordern Entlassung des Ministeriums Riaz-Pascha, Gewährung einer Verfassung und Vermehrung des Heeres.

10. „ **Frankreich.** — Besetzung der tunesischen Hafenstadt Susa.

11. „ **Tunis.** — Entlassung des Ministerpräsidenten Mustapha-Pascha. — Mohamed Khaznadar wird an dessen Stelle ernannt.

13. „ **Aegypten.** — Beilegung des Aufstandes. Cherif-Pascha bildet ein neues Ministerium. Die aufständischen Obersten verpflichten sich, mit ihren Regimentern Kairo zu verlassen und in die ihnen angewiesenen Garnisonen zu rücken.

14. „ **Römische Curie.** — Audienz des Herrn v. Schlözer beim Papst.

16. „ **Belgien.** — Der belgische Gesandte in Berlin, Baron v. Nothomb, †.

16. „ **Deutschland** und **China.** — Auswechselung der Ratifikationsurkunden der deutsch-chinesischen Zusatz-Convention vom 31. März 1880 zu Peking (St.A.).

19. „ **Frankreich** und **Grossbritannien.** — Wiederaufnahme der Handelsvertrags-Verhandlungen.

19. Sept. **Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.** — Präsident Garfield †. Der bisherige Vice-Präsident Arthur übernimmt die Präsidentschaft.

20. „ **Baden und Schweden.** — Vermählung der Prinzessin Victoria von Baden mit dem Kronprinzen von Schweden.

20. „ **Deutschland.** — Herr v. Schlözer trifft aus Rom in Berlin ein und begiebt sich sofort zum Reichskanzler nach Varzin.

21. „ **Frankreich und Grossbritannien.** — Verlängerung des bestehenden Handelsvertrages bis zum 8. Februar 1882.

22. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der Pester 'Egyertetes' veröffentlicht folgende, auf die Danziger Zusammenkunft bezügliche Depeschen, deren Correctheit zweifelhaft bleibt:

I. „Petersburg, September. An Se. Maj. den Kaiser von Oesterreich in Miscolcz. Das Begrüssungstelegramm, welches Du so freundlich warst, mir bei Gelegenheit meines Geburtsfestes zu senden, hat mich sehr gerührt, und ich danke Dir dafür von ganzem Herzen. Ich habe mich sehr glücklich geschätzt, den Kaiser Wilhelm wiederzusehen, den verehrten Freund, mit dem uns gemeinsame Bande der innigsten Zuneigung vereinen. Alexander."

II. „Baron Haymerle an Kaiser Franz Joseph unterm 15. September Nachmittags: Graf Kalnocky telegraphirt mir, Herr v. Giers, den ich soeben sah, ist über die gegenseitigen Eindrücke der Danziger Zusammenkunft sehr befriedigt. Kaiser Alexander ist mit den erhöhten Gefühlen der Beruhigung und innerer Zufriedenheit zurückgekehrt. Namentlich hat die Weisheit und unerwartete Mässigung der Sprache des Fürsten Bismarck sowohl auf den Zaren wie auf Giers einen guten Eindruck gemacht und sie darüber beruhigt, dass er nach keiner Richtung andere als friedliche Absichten verfolge. Kaiser Wilhelm habe auch die so befriedigende Aeusserung unseres allergnädigsten Herrn in Gastein an Kaiser Alexander mitgetheilt und hinzugefügt, dass er darin mit Freude eine Bestätigung der ihm bekannten freundlichen Gefühle Sr. k. und k. apostolischen Majestät gefunden habe. Nachdem factisch — und Herr v. Giers constatirt dies auf dem Felde der äusseren Politik — keine beängstigende Frage vorliege, habe sich das Gespräch hauptsächlich der Bekämpfung der socialistischen Gefahr zugewendet, und auch da habe Fürst Bismarck grosse Vorsicht und Mässigung bei Anregung internationaler Maassregeln empfohlen. Herr v. Giers sagt, dass die bedeutungsvollste Seite der Danziger Reise darin liege, dass der Zar dadurch vor ganz Russland seinen Willen, eine conservative und friedfertige Politik zu verfolgen, in unzweideutiger Weise kundgegeben habe. Haymerle."

22. „ bis 11. Oct. **Frankreich.** — Gambetta's Reise in Deutschland.

24. „ **Schweiz.** — Das Berner Bundesgericht weist den von den Züricher Socialisten erhobenen Recurs gegen das von der Regierung des Cantons Zürich erlassene Verbot, in Zürich einen Socialistencongress abzuhalten, ab.

26. „ **Deutschland.** — Herr v. Schlözer begiebt sich auf seinen Gesandtschaftsposten nach Washington zurück.

26. „ **Frankreich.** — Artikel des Rochefort'schen 'Intransigeant', in welchem die tunesische Expedition auf finanzielle Speculationen Roustan's, des französischen Ministerresidenten in Tunis, Gambetta's und Challemel-Lacour's zurückgeführt wird.

28. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Eröffnung des ungarischen Reichstages.

28. „ **Bayern.** — Eröffnung des Landtages durch den Prinzen Luitpold.

1\. Oct. **Türkei.** — Der Sultan entsendet eine Commission, bestehend aus Ali-Nisami-Pascha und Ali-Fuad-Bey, nach Aegypten zur Untersuchung der dortigen Unruhen; die englische und französische Regierung schicken je 1 Panzerschiff dahin.

2\. „ **Schweiz.** — Der in Bern verbotene socialistische Weltcongress tritt in Chur zusammen.

4\. „ **Aegypten.** — Der Khedive beruft die Notabelnversammlung auf den 23. Dec. ein.

4\. „ **Transvaal.** — Der Volksraad verwirft die mit Grossbritannien abgeschlossene Convention.

6\. „ **Frankreich.** — Auf Veranlassung Barthélémy-St.-Hilaire's reicht der General-Procurator eine Klage gegen Rochefort wegen Verleumdung Roustan's ein.

7\. „ **Frankreich.** — Einberufung der Kammern auf den 28. October.

8\. „ **Spanien** und **Portugal.** — Begegnung der Könige von Spanien und Portugal in Caceres.

8\. „ **Grossbritannien.** — Gladstone's Rede in Leeds. Ueber die englische Invasion in Afghanistan sagt er: dieselbe habe lediglich den Erfolg gehabt, die Afghanen aus Freunden Englands zu dessen Feinden zu machen und so das moralische Hinderniss zwischen Indien und dem russischen Reiche hinwegzuräumen. „Wir haben uns nunmehr fast vollständig von dieser thörichten und verbrecherischen Unternehmung zurückgezogen und einige der unglücklichsten Erinnerungen und der scandalösesten Aufzeichnungen in den Blättern unserer Geschichte auszutilgen vermocht." Bezüglich Aegyptens bemerkt er, die Politik der liberalen Partei werde darauf gerichtet sein, streng im Einvernehmen mit der verbündeten und befreundeten französischen Regierung zu handeln, um die Wohlfahrt Aegyptens sicherzustellen. „Wir werden zu verhindern suchen, dass Schwierigkeiten zwischen Aegypten und dem Sultan auftauchen, und ich hoffe, dass wir es mit Erfolg thun werden."

10\. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Minister des Auswärtigen, Freiherr v. Haymerle, †.

10\. „ **Frankreich.** — Die Franzosen besetzen Tunis.

10\. „ **Russland.** — Der neu ernannte grossbritannische Botschafter Thornton trifft in St.-Petersburg ein.

10\. „ **Deutschland.** — Die 'Dresdener Nachrichten' melden zuerst den Aufenthalt Gambetta's in Deutschland.

10\. „ **Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.** — Der Senat wählt Bayard (Demokrat) zu seinem Präsidenten.

11\. „ **Preussen.** — Der Minister des Innern, von Puttkamer, wird zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums ernannt.

13\. „ **Grossbritannien.** — Verhaftung Parnell's, Führers der irischen Landliga.

18\. „ **Grossbritannien.** — Unruhen in Dublin in Folge von Parnell's Verhaftung. Proclamation der Landliga, die Pachtzahlungen gänzlich einzustellen.

19\. „ **Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.** — Hundertjährige Gedenkfeier der Capitulation der englischen Armee in Yorktown.

19\. „ **Serbien.** — Der Minister des Auswärtigen, Mijatovic, nimmt seine Entlassung.

20\. „ **Preussen.** — Dr. Förster, ehemaliger Fürstbischof von Breslau, †.

21\. „ **Deutschland.** — Hochverrathsprocess gegen Frankfurter Socialdemokraten vor dem Reichsgericht in Leipzig.

22\. „ **Belgien.** — Ernennung des Grafen van der Straten-Ponthoz zum bevollmächtigten Minister in Berlin.

23\. „ **Tunis.** — Die tunesischen Soldaten unter Ali-Bey weigern sich, gegen die Aufständischen zu marschiren.

24. Oct. **Deutschland.** — Die zuerst von dem Polizeipräsidium verbotene feierliche Einholung der Leiche des ehemaligen Bischofs von Breslau findet auf direct vom Kaiser eingeholte Erlaubniss statt.

24. „ **Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.** — Staatssecretär Blaine berichtet im Senat über die Schritte, welche die Regierung zum Schutz der Rechte der Vereinigten Staaten bezüglich des Panama-Canals gethan hat: er habe den europäischen Regierungen mitgetheilt, dass die Unionsregierung darauf bestehe, die ausschliessliche politische Controle über den Canal zu üben.

25. „ **Niederlande.** — Der bisherige Gesandte in St.-Petersburg, van der Hoeven, wird zum Gesandten in Berlin ernannt.

26. „ **Deutschland.** — Das Domkapitel zu Breslau wählt den dortigen Weihbischof Gleich zum Capitelsvicar.

26. „ **Frankreich.** — Die Franzosen besetzen die „heilige Stadt“ Kairuan ohne Widerstand.

27. „ **Deutschland.** — Reichstagswahlen. Das definitive Resultat (mit Berücksichtigung der 100 Stichwahlen): 57 Conservative, 25 Freiconservative, 98 Clerikale, 9 welfische Hospitanten des Centrums, 47 Nationalliberale, 45 Secessionisten, 56 Mitglieder der Fortschrittspartei, 8 der Volkspartei, 6 andere Liberale, 16 Polen, 15 Protestler, 13 Socialdemokraten, 2 Dänen.

27. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Besuch des Königs und der Königin von Italien (in Begleitung des Ministerpräsidenten Depretis und des Ministers des Auswärtigen, Mancini) in Wien.

28. „ **Frankreich.** — Eröffnung der Deputirtenkammer. Wahl Gambetta's zum provisorischen Präsidenten mit 317 von 346 abgegebenen Stimmen. Die Rechte und äusserste Linke enthalten sich der Abstimmung.

29. „ **Spanien.** — Der Antrag des Deputirten Pidal, der Regierung ein Tadelsvotum zu ertheilen, weil dieselbe wegen der in Rom bei der Ueberführung der Leiche Pius' IX. stattgefundenen Unordnungen keinen Protest erhoben habe, wird mit 204 gegen 28 Stimmen abgelehnt.

30. „ **Frankreich.** — Zusammenkunft des Prinzen von Wales mit Gambetta in Paris.

3. Nov. **Frankreich.** — Deputirtenkammer. Definitive Präsidentenwahl: Brisson, Präsident; Vicepräsidenten: Philippoteaux, Devès, Lepère, Spuller. Floquet fällt gegen den Wunsch Gambetta's durch.

3. „ **Frankreich und Italien.** — Unterzeichnung des französich-italienischen Handelsvertrages.

4. „ **Deutschland.** — Einberufung des Reichstages auf den 17. November.

4. „ **Grossbritannien.** — Das irische Unterhausmitglied Errington trifft in Rom ein, um angeblich im Auftrage der englischen Regierung mit dem Papste über die irische Frage und Wiederherstellung der diplomatischen Vertretung Englands beim Vatican zu verhandeln.

4. „ **Griechenland.** — Auflösung der Deputirtenkammer. Festsetzung der Neuwahlen auf den 1. Januar 1882.

5. „ **Bayern.** — Annahme des Antrages auf Aufhebung der Simultanschulen in der II. Kammer.

5. „ **Sachsen.** — Interpellation Bebel's über Verhängung des Belagerungszustandes über Leipzig. Rechtfertigung derselben durch den Minister des Innern.

5. „ **Baden.** — Erkrankung des Grossherzogs.

5. „ **Frankreich.** — Demission des Civilgouverneurs von Algerien, Albert Grévy.

5.-9. „ **Frankreich.** — Im Wesentlichen resultatlose Verhandlungen über die tunesische Expedition. Nach Ablehnung der vom Ministerium beantragten einfachen Tagesordnung und sämmtlicher beantragten Tadelsvoten wird die Debatte

durch die mit 355 gegen 68 Stimmen angenommene Tagesordnung Gambetta's geschlossen: „Die Kammer, entschlossen, den von der französischen Nation unterschriebenen Vertrag vollständig zur Ausführung zu bringen, geht zur Tagesordnung über."

6. Nov. **Oesterreich-Ungarn.** — Interpellationen über die auswärtige Politik im ungarischen Delegationsausschuss. Den Zeitungsberichten zufolge erklärte Kallay bezüglich der Danziger Zusammenkunft: sie hat sich mit bestimmten politischen Fragen nicht beschäftigt; sie hatte im Allgemeinen ein friedliches und conservatives Gepräge und trug so bei zur Befestigung des europäischen Friedens; es wurde weder mündlich etwas vereinbart, noch schriftlich etwas festgesetzt. Ueber die Reise des Königs von Italien: „was den Besuch des Königs betrifft, so ist die Anregung dazu ausschliesslich von Italien ausgegangen, und daher sind wir zur Erklärung der Zwecke dieser Reise nicht berufen; so viel kann aber aus den äusseren und inneren Verhältnissen Italiens gefolgert werden, dass Italien seine Annäherung an unsere Monarchie als hauptsächlich in seinem eigenen Interesse liegend betrachtet; denn was uns betrifft, wir haben von Italien nichts zu verlangen und auch nichts zu fürchten." Andrassy erklärte über das Verhältniss zu Italien: seitdem hauptsächlich das Verhältniss Oesterreich-Ungarns zu Deutschland ein festes geworden sei, fürchte er die Irredenta nicht, die höchstens Italien gefährden könne. Wenn die Irredenta Italien in einen Krieg mit Oesterreich-Ungarn verwickeln sollte, würden nur zwei Möglichkeiten eintreten, entweder Italien siege, dann würde der Sieg der republikanischen Partei gehören, oder Italien erleide eine Niederlage, dann würde für die italienische Dynastie eine verhängnissvolle Wendung eintreten müssen. Die beste Vertheidigung der Grenzen Oesterreich-Ungarns bilde Italien selbst.

In der Plenarsitzung vom 8. November erklärten Kallay und Andrassy diese Berichte für ungenau und lückenhaft und modificirten dieselben in einem für Italien freundlichen Sinne.

8. „ **Deutschland.** — Die 'Post' stellt ein Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck zum Zweck der Bildung eines clerical-conservativen Ministeriums in Aussicht.

8. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Ernennung des ultramontan-foederalistischen Grafen Schönborn zum Statthalter von Mähren.

9. „ **Grossbritannien.** — Lordmayorstag. Bedeutungslose Rede Gladstone's. Granville sagt bezüglich Aegyptens, er könne dem, was der Premierminister in Leeds über die Politik Englands bezüglich Aegyptens gesagt, nichts weiter hinzufügen. Dieselbe sei auf dieses Landes Wohlfahrt und Freiheit gerichtet. „Wir legen aber eine Bedeutung auf die Vereinigung der Türkei mit Aegypten, weil wir glauben, dass dieselbe ein Schutzmittel gegen auswärtige Aggression ist, komme diese nun, von welcher Seite sie wolle."

9. „ **Peru.** — Verhaftung des Präsidenten Calderon und des Ministers des Auswärtigen, Galvez, durch den chilenischen General Lynch.

10. „ **Deutschland.** — Die Wiener 'Presse' führt das beabsichtigte Entlassungsgesuch Bismarck's auf den Einfluss des deutschen Kronprinzen und Abneigung desselben gegen die neue Wirthschaftspolitik zurück.

10. „ **Frankreich.** — Demission des Ministeriums Ferry. Grévy beauftragt Gambetta mit der Neubildung des Ministeriums.

11. „ **Preussen.** — Der von der Regierung anerkannte Capitelsvicar Gleich übernimmt seine Funktionen. Die staatliche Vermögensverwaltung hört auf.

12. Nov. **Deutschland.** — Bismarck trifft aus Varzin in Berlin ein.

13. „ **Russland.** — Einsetzung einer Commission zur Berathung der Reorganisation der inneren Verwaltung.

14. „ **Frankreich.** — Nach vergeblichen Verhandlungen mit Freycinet, Ferry und Léon Say bildet Gambetta das folgende Ministerium: Gambetta, Präsident und Minister des Auswärtigen mit Spuller als Unterstaatssecretär; Waldek-Rousseau, Inneres; Bert, Unterricht; Campenon, Krieg; Allain-Targé, Finanzen; Raynal, öffentliche Arbeiten; Cochery, Posten; Rouvier, Handel, Colonien und Handelsmarine; Cazot, Justiz; Goujeard, Kriegsmarine; Devès, Landwirthschaft; Proust, Künste und Gewerbe.

14. „ **Portugal.** — Neubildung des Ministeriums. Fontes, Präsidium und Finanzen; Serpa, Auswärtiges.

14. „ **Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.** — Der neu ernannte englische Gesandte West überreicht sein Beglaubigungsschreiben. — Beginn der öffentlichen Verhandlungen des Processes gegen Guiteau, den Mörder des Präsidenten Garfield.

15. „ **Frankreich.** — Gambetta verliest in der Deputirtenkammer, Justizminister Cazot im Senat das Programm des Ministeriums (St.A.). — Die französischen Botschafter in Berlin, Wien und St.-Petersburg, St.-Vallier, Duchâtel und Chanzy, reichen Entlassungsgesuche ein.

15. „ **Bayern.** — Annahme des Antrages der Rechten: an den König die Bitte zu richten, den bayerischen Bundesrathsbevollmächtigten anzuweisen, für Aufhebung des Civilehegesetzes zu wirken.

16. „ **Deutschland.** — Die 'Nordd. Allg. Ztg.' schreibt: „Wie wir hören, hat der Reichskanzler ein Abschiedsgesuch bei Seiner Majestät weder schriftlich noch mündlich eingereicht, sondern nur um die Ermächtigung gebeten, mit den beiden Seiten der voraussichtlichen katholisch-liberalen Reichtagsmajorität in Unterhandlung darüber zu treten, ob und unter welchen Bedingungen sie vereint oder getrennt bereit sein würden, die Leitung der Reichsregierung in die Hand zu nehmen.“

17. „ **Deutschland.** — Eröffnung des Reichstages durch Verlesung einer kaiserlichen Botschaft durch den Fürsten Bismarck (St.A.). Constituirung des Reichstages unter dem Alterspräsidium des Grafen Moltke.

18. „ **Römische Curie.** — Der Papst präconisirt die Bischöfe Korum von Trier und Kapp von Fulda.

18. „ **Türkei.** — Die Pforte verlangt die Schliessung der griechischen Postbureaus auf türkischem Gebiet binnen drei Tagen.

18. „ **Frankreich.** — Ernennung des früheren Ministers Magnin zum Gouverneur der Bank von Frankreich.

19. „ **Deutschland.** — Präsidentenwahl im Reichstag: Erster Präsident v. Levetzow mit 193 Stimmen (Conservative, Centrum, Polen und einige Elsass-Lothringer) gegen v. Stauffenberg mit 148 Stimmen (sämmtliche Liberale, Volkspartei, Socialdemokraten und einige Elsass-Lothringer). Erster Vicepräsident: Freiherr v. Frankenstein (197 St.) gegen v. Benda (136 St.). Zweiter Vicepräsident, nach Ablehnung der Wahl durch den von der clerical-conservativen Coalition gewählten Abg. v. Benda: Ackermann (158 St.) gegen Hänel (138 St.).

19. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Vereinigung der beiden liberalen Parteien des österreichischen Abgeordnetenhauses zu einem Club „Vereinigte Linke“ mit dem folgenden Programm: „Durchdrungen von der Nothwendigkeit, feste Grundlagen für das einheitliche parlamentarische Vorgehen zu gewinnen,

veranlasst durch die allgemein empfundenen Gefahren, denen die geschichtlich begründete und von den Existenzbedingungen des Staates unzertrennliche Stellung der Deutschen ausgesetzt ist; in der Erkenntniss, dass die gegenwärtige Regierungspolitik die Staatseinheit, die freiheitlichen und kulturellen Institutionen und die nationalen Interessen der Deutschen sowie die jener anderen Volksstämme, welche in Verbindung mit den Deutschen freiheitlichen und kulturellen Fortschritt anstreben, gefährden — vereinigen sich die Unterzeichneten zum Schutze dieser bedrohten staatlichen und nationalen Interessen, zunächst zur Bekämpfung der gegenwärtigen Regierungspolitik, in einem parlamentarischen Club, welcher den Namen führt: „Vereinigte Linke".

19. Nov. **Frankreich.** — Der Senat wählt mit 124 gegen 117 Stimmen zum lebenslänglichen Mitglied einen gemässigten Republikaner gegen den Gambettistischen Candidaten.

20. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Spaltung der „Reichspartei" des österreichischen Abgeordnetenhauses. Der grössere Theil derselben bildet unter dem Fürsten Liechtenstein einen eigenen Club, das „Centrum". — Ernennung von 14 clerical-foederalistischen Mitgliedern des Herrenhauses.

21. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Ernennung des Grafen Kalnoky, bisherigen Botschafters in St.-Petersburg, zum Minister des Aeussern.

21. „ **Frankreich.** — Das Gambettistische Journal 'Paris' bringt die Nachricht, dass Graf Herbert Bismarck mit der geheimen Mission, England die freie Verfügung über Aegypten anzubieten, nach London gegangen sei.

24. „ **Deutschland.** — Gerüchte, dass der Papst der preussischen Regierung seinen Wunsch zu erkennen gegeben habe, seinen Sitz nach Fulda zu verlegen.

25. „ **Bayern.** — Die II. Kammer verweigert dem liberalen Ministerium den Dispositionsfonds.

25. „ **Türkei.** — Die Pforte schliesst die griechischen Postämter in Konstantinopel und Janina trotz des Protestes des griechischen Gesandten.

26. „ **Deutschland und Griechenland.** — Unterzeichnung einer Consularconvention (St.A.).

26. „ **Frankreich.** — Ernennung Tirmann's zum Civilgouverneur von Algerien an Stelle Albert Grevy's. — Unterzeichnung des französisch-holländischen Handelsvertrages.

27. „ **Frankreich.** — Wahl der Gemeinde-Delegirten für die am 1. Januar 1882 bevorstehende Neuwahl von 75 Senatoren.

27. „ **Rumänien.** — Eröffnung der Kammer durch den König; Thronrede (St.A.).

28. „ **Frankreich.** — Die Franzosen erreichen bei Nefta die Südgrenze von Tunis.

28. „ **Römische Curie.** — Gerüchtweise verlautet, dass die Anfrage des Papstes bei der englischen Regierung, ob dieselbe die Verlegung des Sitzes nach Malta gestatten würde, abschlägig beschieden sei.

28. „ **Deutschland.** — Erste Berathung der Vorlage, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses von Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

28. „ **Rumänien.** — Deputirtenkammer. Wahl Demeter Bratianu's zum Präsidenten.

29. „ **Deutschland.** — Reichstag. Rede Bismarck's über die Unmöglichkeit einer parlamentarischen Regierung in Deutschland.

29. „ **Frankreich.** — Jules Simon übernimmt die Leitung des 'Gaulois' zur Bekämpfung der Politik Gambetta's bezüglich der Revision der Verfassung und des Kulturkampfes.

29. „ **Grossbritannien.** — Einberufung des Parlamentes zum 7. Februar 1882.

30. „ **Deutschland.** — Rede Bismarck's über die Gründe der Errichtung einer

preussischen Gesandtschaft beim Papst. Seine Stellung zur Civilehe. Die Anfrage, ob Verhandlungen mit dem Papste über die Verlegung seines Sitzes nach Fulda schwebten, bleibt unbeantwortet. — Artikel der 'Post' über die Unhaltbarkeit der Lage des Papstthums in Rom und die Gefahren einer Verlegung des Sitzes desselben für die italienische Monarchie.

1. Dec. **Deutschland.** — Reichstag. Ablehnung der Budgetposition für den deutschen Volkswirthschaftsrath mit 169 gegen 83 Stimmen. — Der ausserordentliche türkische Gesandte, General-Adjutant des Sultans, Muschir-Ali-Nizami, trifft in Berlin ein.

1. „ **Grossbritannien.** — Zurückberufung der englischen Kriegsschiffe aus den tunesischen Gewässern.

1. „ **Frankreich.** — Gambetta äussert über das Verhältniss Frankreichs zu Tunis: die Regierung sei an den Vertrag mit Tunis gebunden; das Aufgeben von Tunis sei von der grössten Gefahr für Frankreich; er werde dieselbe Politik verfolgen, wie England in Indien, „die Politik der Schutzherrschaft."

2. „ **Deutschland.** — Die Fortschrittspartei und liberale Vereinigung (Secessionisten) beschliessen, zum Zweck der Berathung gemeinschaftlichen Vorgehens Delegirte zu ernennen. Die nationalliberale Partei lehnt die Aufforderung, gleichfalls Delegirte zu entsenden, ab, erklärt sich aber bereit, solche für den einzelnen Fall zu ernennen.

3. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der österreichische Gesandte in Bukarest erhält in Folge der rumänischen Thronrede die Weisung, sich bis auf Weiteres auf schriftliche Erledigung der Geschäfte zu beschränken und allen persönlichen Verkehr mit der rumänischen Regierung zu vermeiden.

6. „ **Deutschland.** — Die 'Nordd. Allg. Ztg.' weist bei Gelegenheit einer Anfrage des Abg. Windthorst in der Commission für die Hamburger Vorlage, wie sich England und Russland zum Zollanschluss der Unterelbe stellen, die Möglichkeit einer Einmischung der fremden Mächte in diese Angelegenheit unter heftigen Angriffen auf das unpatriotische Vorgehen des Abg. Windthorst scharf zurück.

6. „ **Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.** — Botschaft des Präsidenten Arthur an den Senat. Dieselbe betont die Nothwendigkeit, den Panamakanal unter die alleinige Garantie der Vereinigten Staaten zu stellen.

6. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Das österreichische Abgeordnetenhaus lehnt den Antrag der deutsch-böhmischen Abgeordneten, dem Justizminister Prazak ein Tadelsvotum zu ertheilen, weil er die deutsch-böhmischen Abgeordneten Uebertreter der Gesetze genannt habe, ab.

7. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der neu ernannte Minister des Auswärtigen, Kalnoky, trifft auf seiner Reise von St.-Petersburg nach Wien in Berlin ein. Audienz beim Kaiser. Unterredung mit Bismarck.

8. „ **Italien.** — Kammerverhandlungen über die auswärtige Politik Italiens. Mancini sagt über die Bemerkungen Bismarck's vom 29. November: er könne in den Worten des Fürsten Bismarck, welche in der Hitze der Discussion um eine Frage rein innerer Politik gesprochen wurden, kein feindliches Merkmal gegen Italien oder seine erhabene Dynastie erblicken. Bismarck habe auf die Stimmen des Centrums einwirken und beweisen wollen, dass der Liberalismus überall ein versteckter Republikanismus sei. Wenn er von Italien gesprochen, so habe er es hierbei mit den übrigen Nationen in Zusammenhang gebracht, welche an der Spitze der Civilisation stehen. Durch die Wiener Zusammenkunft sei keine Erkaltung zwischen Rom und Berlin eingetreten; vielmehr habe das Berliner Cabinet erklärt, dass

es die Genugthuung über den Besuch in Wien theile und dass es jeden Act der Courtoisie Italiens gegenüber dem Hofe von Wien als ihm selbst erwiesen betrachte.

8. Dec. **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer bewilligt die für die neu geschaffenen Ministerien geforderten Credite mit 380 gegen 103 Stimmen, spricht aber dabei den Wunsch aus, dass in Zukunft neue Ministerien ohne vorherige Zustimmung der Kammer nicht geschaffen werden.

8. „ **Römische Curie.** — Canonisirung von vier neuen Heiligen.

8. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Brand des Wiener Ringtheaters.

9. „ **Frankreich.** — Die officiösen Journale erklären die tunesische Expedition für beendet. Die an der Südgrenze von Tunis angekommenen französischen Truppen treten den Rückmarsch an. — Die Kammer genehmigt den italienischen Handelsvertrag.

10. „ **Deutschland.** — Reichstag. Debatten über die Rechenschaftsberichte der preussischen, sächsischen und hamburgischen Regierung über die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes.

10. „ **Grossbritannien.** — Lord Granville protestirt in einer Depesche an den englischen Gesandten in Paris gegen die Behauptung Gambetta's, dass England den Bardo-Vertrag anerkannt habe.

10. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Kalnoky übernimmt die Geschäfte des Ministeriums des Auswärtigen.

10. „ **Italien.** — Mancini verliest in der Kammer eine Mittheilung des deutschen Botschafters v. Keudell, wonach Fürst Bismarck Mancini für die richtige Deutung seiner Rede als durch Besorgnisse um Italiens Zukunft eingegeben dankt und erklärt, er könne Niemandem Zweifel an seinen Sympathien für Italien und dessen Dynastie gestatten.

10.-12. „ **Frankreich.** — Debatte über die Bewilligung der tunesischen Credite im Senat. Einstimmige Annahme.

12. „ **Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.** — Senatsverhandlung über den Krieg zwischen Chile und Peru. Staatssecretär Blaine betont, dass die Regierung vor allem die Intervention einer europäischen Macht vermieden zu sehen wünsche.

13. „ **Deutschland.** — Reichstag. Annahme des Regierungsantrages, das Reichstagsgebäude am Königsplatz auf dem Terrain des Raczynsky'schen Palais zu errichten.

13. „ **Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.** — Staatssecretär des Auswärtigen, Blaine, wird auf seinen Wunsch entlassen; an seine Stelle tritt Felinghuysen.

15. „ **Frankreich.** — Rochefort und Delpierre werden in dem vom französischen Ministerpräsidenten in Tunis, Roustan, gegen sie angestrengten Verleumdungsprocesse freigesprochen.

15. „ **Deutschland.** — Reichstag. Debatte über die Wahlbeeinflussung. — St.-Vallier überreicht sein Abberufungsschreiben.

15. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Im österreichischen Abgeordnetenhause wird der Antrag Herbst, die Antwort des Ministerpräsidenten Taaffe auf die Interpellation über das Verhältniss der Regierung zur Länderbank einer Commission zu überweisen, mit 151 gegen 151 Stimmen abgelehnt.

16. „ **Rumänien.** — Adressdebatten in der Deputirtenkammer. Ministerpräsident Bratianu erklärt, dass es nicht die Absicht der Regierung gewesen, die österreichische Regierung durch die Thronrede zu verletzen.

17. „ **Deutschland.** — Reichstag. Wiederwahl des bisherigen Präsidiums durch Acclamation.

19. Dec. **Frankreich.** — Das Journal 'Paris' veröffentlicht die Correspondenz zwischen dem ehemaligen Redacteur des arabischen, franzosenfeindlichen Journals 'Mortakel' und dem Beamten des italienischen Consulats in Tunis.

20. „ **Deutschland.** — Die ausserordentliche türkische Gesandtschaft verlässt Berlin. Nach der Wiener 'Polit. Corresp.' und englischen Blättern hat dieselbe eine direct vom Sultan ausgehende, unabhängig vom Ministerium beschlossene politische Mission beim deutschen Kaiser gehabt. — Die 'Post' meldet, dass der Unterstaatssecretär im Auswärtigen Amt, Dr. Busch, der sich auf Urlaub in Italien befindet, angewiesen sei, sich in Rom aufzuhalten zum Zweck der Fortsetzung der Unterhandlungen mit dem Papst.

20. „ **Aegypten.** — Militäraufstand in Suez. Demonstrationen gegen das italienische Consulat.

22. „ **Bayern.** — Die Kammer der Reichsräthe lehnt den Antrag der Abgeordnetenkammer auf Aufhebung der Civilehe mit 31 gegen 17 Stimmen ab.

22. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der Kaiser äussert einer Deputation der Triester Handelskammer gegenüber, er bedauere, dass die Abgeordneten von Triest seiner Regierung eine factiöse Opposition machen. „Es ist das nicht mehr eine gewöhnliche, sondern eine factiöse Opposition."

22. „ **Bulgarien.** — Der Fürst ruft den bulgarischen Geschäftsträger in Konstantinopel ab wegen Differenzen bezüglich der in Bulgarien gelegenen türkischen Staatsgüter.

23. „ **Frankreich.** — Der französische Botschafter in St.-Petersburg, General Chanzy, überreicht sein Abberufungsschreiben.

26. „ **Aegypten.** — Eröffnung der Notabelnversammlung.

26. „ **Rumänien.** — Der Minister des Aeussern drückt in einer Depesche an den rumänischen Gesandten in Wien sein „Bedauern hinsichtlich dessen aus, was in der königlichen Botschaft als verletzend von der österreichischen Regierung aufgefasst werden könnte." Die durch die Thronrede hervorgerufene Spannung zwischen Oesterreich und Rumänien ist dadurch beseitigt.

27. „ **Frankreich.** — Ernennung des ehemaligen Staatsrathes Weiss zum Director der politischen Abtheilung des Ministeriums des Auswärtigen.

28. „ **Frankreich.** — Das 'Journal officiel' publicirt die Ernennung des Barons von Courcel zum Botschafter in Berlin und des Grafen Chaudordy zum Botschafter in St.-Petersburg.

29. „ **Deutschland.** — Die 'Nordd. Allg. Ztg.' bringt bei Gelegenheit der Vollendung des St.-Gotthard-Tunnels eine demonstrative Freundschaftskundgebung für Italien.

I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Belgisch-Vatikanischer Konflikt. (Vgl. Bd. XXXVIII.)

Bulgarische Verfassungskrisis.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vgl. Bd. XXXVIII u. vorg.).

Französisches Schifffahrtsgesetz.

Griechisch-Türkische Beziehungen. (Vgl. Bd. XXXVIII u. vorg.)

Hamburger Zollanschluss.

Tunesisch-Französische Angelegenheiten.

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

Conflict zwischen Belgien und der Römischen Curie.

Nr. 7425. **BELGIEN.** — Min. d. Ausw. an die Vertreter Belgiens im Ausland. — Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Vatican.

Bruxelles, le 3 juillet 1880.

Nr. 7425. Belgien. 3. Juli 1880.

Monsieur le Ministre, — Mon télégramme du 29 juin vous a informé de la rupture des rapports diplomatiques entre la Belgique et le Saint-Siége. || Le *Moniteur* du 30 a commencé la publication des documents relatifs à la dernière phase de l'échange de vues. || Je n'ai pas besoin de vous recommander la lecture attentive de ces documents; elle ne vous laissera aucun doute sur le caractère impérieux des motifs de dignité et d'honneur national qui ont dicté la résolution prise par le Gouvernement du Roi. || En répondant aux ouvertures du Vatican, nous n'avions et ne pouvions avoir qu'un but; nous réclamions du Saint-Siége, non pas d'approuver la loi scolaire, mais de ne point permettre que le clergé se servît de l'autorité du Pape pour la combattre. Nous demandions, en réalité, que les Evêques belges ne prissent pas, à l'égard des écoles officielles, laïques et neutres, des mesures différentes de celles que le Pape lui-même reconnaît suffisantes à Rome pour les écoles fondées sur le principe identiquement le même que celui que nous appliquons ici. || Les assurances les plus formelles nous firent espérer un résultat aussi légitime. Le Saint-Siège avait prouvé ses bonnes dispositions non seulement en s'abstenant de s'associer aux manifestations du clergé, mais aussi en donnant des conseils de calme et de modération. Ces conseils n'ayant point été suivis, le Pape le regretta et dégagea solennellement sa responsabilité. (Dépêches des 20, 30 avril et 5 octobre 1879.) || C'est alors que les organes épiscopaux annoncèrent l'existence d'une contre-lettre attestant la parfaite entente du Saint-Siége et des Evêques. Interpellé à ce sujet, le Cardinal Nina répondit que "le langage du Saint-Siége, dans ses actes, avait toujours été le même." (Télégramme du 24 novembre 1879.) || Confiant dans la sincérité des déclarations de la Curie et espérant que ses conseils finiraient par exercer une action

Nr. 7425. Belgien. 3. Juli 1880.

efficace, le Gouvernement, lors de la discussion du budget du Département des Affaires étrangères, défendit et obtint de la Législature le maintien de la Légation. || Cette espérance ne se réalisa point.

L'attitude des Evêques, loin de se calmer, était devenue excessive, lorsque parut la lettre adressée le 2 avril par le Pape Léon XIII lui-même au Cardinal-Archevêque de Malines, lettre dans laquelle toute la presse catholique vit une entière approbation de la conduite des prélats belges. || Léon XIII félicitait l'Episcopat de l'intelligence et du zèle qu'il avait mis à empêcher ou, du moins, à atténuer les conséquences désastreuses de la nouvelle loi scolaire.

Le Saint-Siége se départait donc de la réserve qu'il avait tant de fois déclaré vouloir observer, et l'opposition contre le nouveau régime des écoles se poursuivait désormais, non plus seulement au nom des Evêques, mais en vertu de l'autorité et avec l'assentiment du Pape. || Je cherchai en vain à obtenir de Rome des explications satisfaisantes. || Le Pape prenait ouvertement fait et cause dans le conflit et encourageait la résistance aux lois de l'Etat. || Dès lors tout était dit, les relations diplomatiques devaient prendre fin.

Les hommes d'Etat que vous avez l'occasion d'approcher et qui voudront jeter un regard impartial sur la correspondance n'hésiteront pas, j'en suis convaincu, à reconnaître que le Gouvernement du roi a fait preuve d'une longanimité à laquelle peut-être l'on pouvait ne point s'attendre. || Comme le constate le *Moniteur* dans les quelques lignes placées en tête de la partie non officielle, les révélations faites récemment dans la presse n'ont pu influer en rien sur la décision finale; il est facile de s'en assurer en comparant les dates. Mais ces révélations sont venues corroborer, après coup et d'une manière trop évidente même pour les esprits les moins clairvoyants, les déductions qui découlent forcément de la correspondance officielle. || C'est le 5 juin que l'ordre était donné au Baron d'Anethan de notifier le rappel de la Légation, et la lettre en date du 17 juin 1879 du Cardinal-Archevêque de Malines, primat de Belgique, aux Evêques, n'a vu le jour que le 25 juin dernier. || Le § Ier de cette lettre est ainsi conçu: "la lettre pastorale collective telle que vous l'avez reçue est *hau-*"*tement approuvée* et louée par le Saint-Père; mais Sa Saineté veut que cela "reste absolument secret." || La lettre pastorale dont il s'agit a été publiée par le *Journal de Bruxelles,* du 18 juin 1879. || Dès le 19 juin, je télégraphiais au Baron d'Anethan: "Le *Journal de Bruxelles* publie, relativement à "la loi sur l'enseignement, un mandement collectif absolument contraire aux "intentions du Saint-Siége que vous m'avez communiquées. Avertissez le Car-"dinal Nina de cet incident. Il peut avoir de graves conséquences." || Le lendemain, 20 juin, le Baron d'Anethan me répondait par le télégramme suivant:

"J'ai informé le Cardinal Nina, qui a été devancé par l'Episcopat. Les in-"structions du Nonce sont arrivées trop tard. Il doit *connaître le mandement* "pour se prononcer!" || Le 21 juin, il m'écrivait: || " . . . . Le Cardinal "m'a répété qu'il ne pouvait émettre aucune appréciation relativement au man-"dement, *n'ayant pas encore reçu le texte de ce document.*"

Ainsi, le 17 juin 1879, le Primat de Belgique déclarait hautement approuvée par le Saint-Père une lettre pastorale que le Cardinal Nina prétendait être encore inconnue à Rome le 21 juin. || Tout commentaire serait superflu. La même contradiction se remarque au sujet de la lettre pastorale collective du 7 décembre 1878. || Le 15 janvier 1879, notre Chargé d'affaires à Rome m'écrivait:

"J'ai eu l'honneur d'appeler l'attention du Secrétaire d'Etat de Sa Sainteté "sur une nouvelle publiée par les journaux belges annonçant que le Saint-Père "*avait fait approuver*, par dépêche télégraphique, la récente lettre pastorale "des Evêques de notre pays. || J'ai demandé à M. le Cardinal Nina, à titre "de renseignement personnel, si cette nouvelle était exacte. Il m'a répondu "*qu'elle ne l'était pas*, que ni le Saint-Père ni lui-même n'avaient chargé per-"sonne d'envoyer un télégramme à ce sujet." || Or une lettre adressée le 26 décembre 1878 par l'Evêque de Liége à l'Evêque de Tournai et qui vient seulement d'être publiée contient ce qui suit: || " .... *Après avoir pris l'avis "du Saint-Siége*, Son Excellence — — — — — Evêques le choix "entre deux modes de publication."*)

Ici encore tout commentaire est inutile; le Saint-Siége qui se défend d'avoir approuvé la lettre pastorale a pesé de toute son influence sur l'Evêque de Tournai pour l'amener à joindre, au bas de cette lettre, sa signature à celle de ces collègues. || Agréez, etc.

Frère-Orban.

Nr. 7426. **RÖMISCHE CURIE.** — Rundschreiben bezüglich des Conflicts mit der belgischen Regierung.

MEMORANDUM DU SAINT-SIÉGE.

*Exposé, avec documents à l'appui,**) des faits intervenus entre le Saint-Siége et le Gouvernement belge relativement à la question de l'enseignement primaire et à la cessation des rapports diplomatiques qui s'en est suivie.*

I. La cessation des rapports diplomatiques entre le Saint-Siége et le Gouvernement belge a produit, tant par elle-même que par l'ensemble des circonstances qui l'ont accompagnée, la plus pénible impression dans l'âme des catholiques; elle a, d'autre part, attiré l'attentation des hommes de tous les partis, quoique les menaces réitérées qui la précédèrent y eussent depuis longtemps préparé les esprits. Pour quiconque, en effet, avait suivi attentivement la marche des affaires et des événements en Belgique, il était manifeste qu'on n'y attendait que l'opportunité d'un prétexte pour en venir à la réalisation. Tôt ou tard la rupture devait se faire; car, dès leur avénement au pouvoir,

*) Siehe Bd. XXXVIII No. 7410.

**) Dieselben sind, soweit sie aufgenommen, nach dem Datum eingereiht.

A. d. Red.

Nr. 7426. Römische Curie. 10. Juli 1880.

les gouvernants actuels de la chose publique s'étaient montrés hostiles au maintien de la représentation diplomatique près le Saint-Siége. Or, cette occasion favorable, le Gouvernement la trouva dans l'opposition de l'Episcopat belge à la récente loi sur l'enseignement primaire, loi éminemment funeste et opposée aux droits les plus sacrés des consciences catholiques. || A présent que le Saint-Siége a dû subir cet affront, sa dignité lui impose de faire et de publier une exposition claire et précise des circonstances qui ont amené la rupture, afin que chacun soit à même d'apprécier cet événement en toute vérité et justice. Cette exigence est d'autant plus urgente que, dans une matière aussi délicate, la presse quotidienne, ennemie de l'Eglise et du Saint-Siége, s'efforce par tous les moyens de présenter les faits sous un jour faux, et de tromper ainsi l'opinion publique. || Dans l'exposition authentique des faits appuyés sur les pièces justificatives ressortiront l'injustice et l'offense faite au Saint-Siége par le Gouvernement belge dans le rappel de son Ministre à Rome.

II. Le rappel, disions-nous, de la représentation belge près le Saint-Siége a été décidé par ce Gouvernement dès le principe, et la loi sur l'enseignement n'en a été que la cause occasionnelle. Cela résulte clairement de la genèse des faits et de leur simple exposition. || Le dernier ministère catholique, qui pendant huit ans avait tenu les rènes du gouvernement, était devenu l'objet de la plus vive opposition de la part des libéraux. Ceux-ci finirent par concentrer toutes leurs forces pour lui livrer une bataille décisive dans les élections générales du mois de juin 1878, où ils remportèrent la victoire à une faible majorité. L'avénement au pouvoir de ce nouveau parti fit naître, à l'endroit du maintien des rapports diplomatiques avec le Saint-Siége, de graves appréhensions, que les faits ne tardèrent pas à justifier. || En effet, M. Frère-Orban, en signifiant sa nomination de Ministre des Affaires étrangères à M. le Baron d'Anethan, représentant de la Belgique près le Souverain Pontife, s'empressait de lui déclarer que le parti qui par trois fois déjà avait voté dans la Chambre la suppression de la Légation belge étant de nouveau arrivé au pouvoir, le Ministère se réservait de lui indiquer ultérieurement l'époque de son futur rappel*). Le Le même Ministre, dans un discours prononcé à la Chambre des représentants le 18 novembre 1879, affirmait une nouvelle fois "qu'en prenant possession "du pouvoir, les Ministres avaient unanimement reconnu qu'il y avait lieu de "rappeler la Légation belge auprès du Vatican." || Ces déclarations ne pouvaient être plus claires ni plus explicites. Pour obéir aux volontés et entrer dans les vues du parti dominant, on avait décrété en principe le rappel du Ministre; il ne restait plus qu'à en fixer le jour.

III. Un moment M. le Président du Ministère crut trouver une excellente occasion de hâter cette date, dans les attaques lancées — comme il aimait à s'en plaindre — par une partie de la presse catholique contre la Constitution en vigueur dans le royaume. Mais tout prétexte à la suppression de la Léga-

*) Nr. 7409.

tion disparut aussitôt devant les déclarations pleines de sagesse que firent alors le Saint-Père lui-même et l'éminent Cardinal Secrétaire d'Etat au Chargé d'affaires, M. Reusens, et devant les instructions envoyées à Monseigneur le Nonce apostolique à Bruxelles.

IV. Ici nous devons observer qu'en dehors de l'importance générale que le Saint-Père attache à toutes les représentations étrangères auprès de son auguste personne, soit à cause de l'honneur qui en résulte pour le Saint-Siége, soit afin d'entretenir des rapports réguliers avec les divers Gouvernements, et, par-dessus tout, à cause du grand bien qui en découle pour les fidèles, Sa Sainteté attachait un prix tout particulier à la représentation de la Belgique, par suite de l'ancienne affection que son coeur avait conservée pour ce pays depuis qu'il y avait occupé le poste de Nonce apostolique. Le Saint-Père désirait en conséquence que, sauf les devoirs de son auguste ministère et l'honneur du Saint Siége, on évitât avec le plus grand soin de fournir le plus léger prétexte au rappel du Ministre belge. C'est ainsi que, lors du premier anniversaire de son exaltation sur le trône pontifical, Sa Sainteté, après les félicitations de M. Reusens, lui adressa les paroles suivantes, consignées ensuite par celui-ci dans une dépêche au Ministre des Affaires étrangères en date du 3 mars 1879: || "Léon XIII m'a accueilli avec sa bonté habituelle et m'a exprimé de nouveau le vif plaisir qu'il avait à recevoir les témoignages de dévouement de la Belgique, "de ce pays, a ajouté le Saint-Père, que j'affectionne "entre tous, et auquel me rattachent des souvenirs dejà lointains, mais toujours "vivants... " Et il conclut en disant: "J'aime la Belgique, et je la bénis; "je bénis particulièrement la Famille royale, je bénis votre Souverain, sur le"quel je reporte toute la haute estime que j'avais pour le Roi son père."*) || Et cette affection spéciale, fruit des plus chers souvenirs et des services insignes rendus par ce noble pays à l'Eglise, inspirait encore, dans ce même entretien, au Saint-Père ces autres paroles relatives au maintien de la Légation: "J'espère que le provisoire deviendra définitif."**)

V. Pendant qu'ainsi la grande parole de Léon XIII imposait silence aux discussions inopportunes de la presse de Belgique sur la Constitution en vigueur, le Gouvernement du Roi présentait aux Chambres législatives, à la date du 20 janvier 1879, un nouveau projet de loi sur l'enseignement primaire. A la lecture de ce déplorable projet, l'Episcopat, le clergé et la presse catholique se levèrent pour faire entendre leur commune protestation. D'ailleurs, cet illustre Episcopat, qui déjà, dans sa lettre pastorale du 7 décembre précédent, avait condamné le nouveau plan de règlement scolaire, ne pouvait pas demeurer spectateur indifférent d'une proposition de loi, en vertu de laquelle l'enseignement religieux serait soustrait à la surveillance des pasteurs légitimes, qui sépare l'instruction de l'éducation chrétienne, l'école de la religion, qui

---

*) *Correspondance diplomatique échangée entre le Gouvernement belge et le Saint-Siége.* (Dép. 3 mars 1879.)

**) *Ibid.*

Nr. 7426. Römische Curie. 10. Juli 1880.

lèse les droits sacrés de l'Eglise catholique et expose au plus grave péril la foi et les moeurs de la jeunesse.

VI. Dans la période qui s'écoula depuis la présentation de ce projet de loi jusqu'à la mise en discussion, au mois de juin, le Gouvernement belge envoya plusieurs notes au Saint-Siége tendant à faire intervenir son autorité et à faire taire l'Episcopat dans sa lutte contre le nouveau règlement scolaire. Le Saint-Siége, comme on pouvait s'y attendre, répondit en condamnant expressément cette loi comme inspirée par une passion anticatholique. Le Cardinal Secrétaire d'Etat fit observer, en effet, à M. Reusens que "les conséquences en seraient fâcheuses pour l'influence de l'Eglise,"*) et le Saint-Père, ainsi que l'écrivait le Baron d'Anethan au Ministre des Affaires étrangères, lui déclara "que l'instruction chrétienne de la jeunesse était naturellement une de ses principales préoccupations, qu'il trouvait nécessaire que cette instruction fût imprégnée des idées religieuses, l'une ne pouvant sans grave danger être séparée des autres."**) || Cette condamnation doctrinale parut si explicite que M. Frère-Orban a dû reconnaître lui-même à plusieurs reprises qu'au point de vue dogmatique le jugement du Saint-Siége était pleinement conforme à celui de l'Episcopat belge. Pour ce qui est de la demande de comprimer l'opposition des Evêques et du clergé, on faisait observer que le Saint-Père ne pouvait pas s'opposer "à ce que les catholiques prissent fait et cause contre des lois qui menaceraient leurs croyances;"***) que "paraître désapprouver, même indirectement et quant à la forme, quelque regrettable que puisse être cette forme, la ligne de conduite des Prélats belges, c'était impossible,"†) et que le Saint-Siége devait se contenter de donner aux Evêques des conseils de calme et de modération.

VII. Quand, au mois de juin suivant, cette loi malheureuse eut été votée par le Corps législatif et par le Sénat, le Saint-Père, pénétré de la plus vive douleur, ordonna au Cardinal Secrétaire d'Etat d'écrire au Nonce apostolique "qu'il devait aller trouver M. Frère-Orban pour lui faire part de la peine de Sa Sainteté en cette circonstance." L'Episcopat belge, de son côté, publia une lettre pastorale collective, qui condamnait les nouvelles prescriptions scolaires. M. Frère-Orban prit de là occasion de se plaindre, par l'organe du Ministre belge, de la conduite des Evêques au Cardinal Secrétaire d'Etat, dans l'espoir de le déterminer à réprimer leur langage. Mais l'Eminent Cardinal se contenta de répondre, entre autres choses, ce qui suit: "Je me bornerai à vous dire qu'après avoir pris connaissance de la lettre pastorale des Evêques, je me trouve dans l'impossibilité de m'écarter de l'ordre d'idées que déjà antérieurement je vous avais indiqué, et que, par conséquent, je suis contraint de constater que M. Frère-Orban, sous une trop vive impression du moment,

---

*) *Correspondance diplomatique*, etc. (Dép. du 17 mars 1879.)

**) *Correspondance diplomatique*, etc. (Dép. du 28 avril 1879.)

***) *Ibid.*, dép. du 8 février 1879.

†) *Ibid.*, dép du 17 mars 1879.

Nr. 7426. Römische Curie. 10. Juli 1880.

a porté sur cet acte un jugement trop sévère." ‖ De fait, la partie doctrinale de cet acte ne saurait être sujette à aucune censure, parce qu'elle est conforme aux principes et aux maximes de l'Eglise catholique, appliquée jusque dans ces derniers temps par le Saint-Siége à d'autres pays. Pour ce qui est du dispositif de ce même acte, comme il ne contient pas une prohibition absolue à l'endroit des écoles officielles, mais seulement de sages et prudentes restrictions, on peut le considérer comme suffisamment modéré, attendu qu'il laisse place dans la pratique à certains accommodements, chaque fois que l'éducation morale et religieuse des enfants ne se trouve plus exposée ni en péril. Au surplus, si en quelque point le langage de la lettre pastorale peut paraître un peu vif, "on doit le pardonner au sentiment religieux des Evêques qui s'est trouvé blessé par la nouvelle loi, non moins qu'à leur zèle à maintenir l'intégrité de la foi selon l'imprescriptible droit qu'ils en ont," et qui tourne au plus grand avantage même de la société civile. Le 1er juillet 1879, communication fut faite de ces déclarations à Monseigneur le Nonce apostolique, pour qu'il en fît part à M. le Ministre des Affaires étrangères.

Le Ministère belge ayant réitéré ses instances, dans le but d'obtenir du Saint-Siége que le silence fût imposé aux manifestations de l'Episcopat, il lui fut répondu par le Secrétaire d'Etat "qu'il n'était guère facile de calmer d'un trait une lutte aussi ardente que celle qu'avait provoquée la loi sur l'enseignement, une des questions qui touchent aux intérêts les plus vitaux de l'Eglise."*) ‖ Lorsque plus tard le Baron d'Anethan interpella le Cardinal Secrétaire d'Etat sur les instructions pratiques envoyées par l'Episcopat belge au clergé, comme autant de règles à suivre dans les cas particuliers, Son Eminence lui fit observer qu' "elles ne renfermaient que certaines conclusions d'une sentence rendue par Pie IX, d'heureuse mémoire, sur une demande des Evéques d'Amérique; que sous le rapport dogmatique ces conclusions étaient irrépréhensibles, et que l'on n'en pourrait discuter que la forme et l'opportunité."**) ‖ Vint peu après la dépêche du 5 octobre 1879, dans laquelle M. le Baron d'Anethan résumait le sujet d'une conversation qu'il avait eue avec le Cardinal Secrétaire d'Etat et dont nous aurons lieu de parler tantôt.

VIII. Cependant, le Saint-Père, dans sa sollicitude apostolique pour tous les fidèles, désirait vivement que la Belgique recouvrât son ancienne tranquillité. Dans ce but il faisait, dès le mois d'août 1879, des instances toutes paternelles auprès de Sa Majesté le Roi des Belges, afin qu'on écartât les "causes des agitations présents" et qu'on empêchât les "effets désastreux des lois portées récemment sur l'enseignement, lesquelles, ajoutait Sa Sainteté, ont

---

*) *Correspondance diplomatique*, etc. (Dép. du 27 juillet 1879.)

**) Son Eminence m'a dit que les instructions données par les Evêques... sont les corollaires d'un avis donné par Pie IX, sur leur demande, aux Evêques d'Amérique. Rien dans ces décisions ne peut être incriminé sous le rapport de la doctrine; leur opportunité et leur forme seules peuvent être mises en question. (*Corresp. dip.*, dép. 23 septembre 1879.)

Nr. 7426. Römische Curie. 10. Juli 1880.

troublé profondément et à juste titre l'esprit" de tous les catholiques belges et de ceux à qui est confié le soin de leurs intérêts religieux. || Mais le Saint-Père écrivit plus clairement et plus amplement sur le même sujet à S. M. le Roi Léopold II, en date du 4 novembre de la même année. Dans cette lettre, tout en se montrant sincèrement disposé à recommander aux Evêques, comme il l'avait toujours fait, la modération et le calme, le Saint-Père déclarait que c'était pour eux un devoir sacré de s'opposer à une loi reconnue contraire à la doctrine et aux droits de l'Eglise et nuisible au bien des âmes; il appréciait dignement le zèle de ces pasteurs vigilants et indiquait le véritable moyen d'éloigner efficacement de la Belgique l'agitation qui la troublait: "Les conditions intérieures du royaume, disait dès lors Sa Sainteté, étaient, il n'y a pas longtemps encore, suffisamment tranquilles et favorables au développement de son bien-être religieux, moral et politique. Les luttes des partis, bien qu'elles fussent souvent exagérées et violentes, n'en étaient jamais arrivées, dans les triomphes passagers des uns sur les autres, à mettre en péril les biens suprêmes des âmes, qui sont la foi et la morale chrétiennes, à la perte desquels les consciences catholiques ne pourront jamais en aucune manière consentir ni s'accommoder. || "La prudence et la modération si naturelles au caractère belge, la sagesse des premiers administrateurs du pays, ont toujours su éviter les funestes écueils contre lesquels viennent se heurter et se briser tôt ou tard les plus puissants Etats. La paix n'à été troublée et l'avenir n'a commencé à devenir menaçant que du jour où l'on a voté et mis en vigueur la loi nouvelle sur l'enseignement primaire en remplacement de la loi de 1842, qui, tout imparfaite qu'elle était, avait été cependant acceptée et loyalement observée par les Evéques, parce qu'elle sauvegardait les principes. || "On ne saurait s'étonner, du reste, qu'il en soit ainsi dans un pays catholique comme la Belgique, quand on voit les mêmes causes troubler si profondément la Prusse, pays en grande partie protestant, et y contraindre les catholiques à cette indomptable résistance qui fait l'admiration du monde entier || "Cette nouvelle loi belge sur l'enseignement, Sire, proposée par des hommes peu favorables à l'Eglise et à la religion catholique, devait nécessairement remplir d'une profonde amertume le coeur du Souverain Pontife, gardien de la vérité et défenseur de la justice. Elle méconnaît, en effet, l'autorité donnée par Dieu aux Evêques sur l'éducation religieuse et morale de la jeunesse; elle n'admet pas comme base de l'instruction du peuple l'enseignement de notre sainte religion; elle vise, au contraire, à former, en dehors de toute influence et direction religieuse, les futurs maîtres d'école, qui devraient plus particulièrement se pénétrer des doctrines catholiques. Par suite de ces funestes principes qui l'ont inspirée, cette loi ouvre libre carrière, non seulement pour le présent, mais surtout pour l'avenir, à l'incrédulité et à la corruption du coeur, au sein des populations croyantes et formées aux bonnes moeurs, que Dieu a placées sous le sceptre royal de Votre Majesté. || "En présence d'un aussi grand mal, les Evêques ne pouvaient n'être pas saisis de douleur; ils ne pou-

vaient pas ne point élever la voix et chercher à opposer une digue au danger qui menaçait les âmes confiées à leur sollicitude, et, Nous-même, contraint à lutter contre de semblabes périls en Italie et jusque dans les murs de notre Cité pontificale, Nous leur avons servi d'exemple en ouvrant à la tendre enfance et à la jeunesse des écoles foncièrement catholiques. || "Toutefois, nous rappelant le précepte de la divine charité que le divin Sauveur nous a enseignée, et désireux d'en conserver l'esprit même dans les combats que nous devons livrer pour la défense des droits les plus sacrés, nous ne laisserons échapper aucune occasion qui nous sera offerte, comme nous l'avons fait jusqu'à présent, pour inviter les pasteurs de la Belgique à employer envers ceux qui se trompent, qui s'illusionnent, toute la douceur évangelique, même quand ils se trouvent dans la nécessité de résister vigoureusement à l'erreur. || "Mais nous pensons, Majesté, que la lutte soulevée dans votre royaume ne pourra s'éteindre et que la paix n'y rentrera qu'au moment où l'on fera disparaître la cause funeste qui est venue la troubler. Tout Evêque, en remplissant le devoir de sa charge pastorale, qu'il agisse avec n'importe quelle modération et prudence, se trouvera toujours et nécessairement en opposition avec l'esprit, les tendances et les dispositions de cette loi, qui est trop en désaccord avec les enseignements de la doctrine catholique, et c'est pourquoi les Evêques, bien que différents de nature et de caractère, se sont trouvés constamment unanimes et en parfaite harmonie les uns avec les autres, quand ils ont dû déterminer les mesures à prendre pour combattre les conséquences redoutées de la nouvelle législation. || "Nous reconnaissons la gravité des troubles que ces événements ont amenés en Belgique: Nous en sommes profondément affligé et préoccupé; mais Nous espérons encore que les hommes qui ont le grand honneur d'être les Ministres de Votre Majesté et les premiers conseillers de la Couronne, considéreront du haut de leur poste les besoins de la chose publique, non point avec les yeux des partisans d'un système préconçu, mais en vue du bien de la nation entière, et que, de la sorte, ils arriveront à se convaincre que la raison d'Etat comme la justice conseillent de retirer spontanément une loi qu'aucun besoin réel ne réclamait, et par laquelle un si grand nombre des sujets de Votre Majesté s'est senti gravement offensé."

Le Saint-Père tint encore le même langage dans une autre lettre écrite au Roi Léopold, le 10 mai de cette année. Après avoir rappelé ce qu'il écrivait au mois de novembre précédent, sur le caractère de la loi nouvelle et sur la conduite des Evêques, Sa Sainteté continuait ainsi: || "Il semble bien naturel que les douloureuses conséquences de cette lutte doivent être imputées à ceux qui, modifiant sans de justes motifs l'ancienne législation scolaire, ont jeté au milieu du peuple belge les germes de la discorde, plutôt qu'à ceux qui, par devoir de conscience, se sont trouvés dans la nécessité de défendre les droits de l'Eglise et de sauver la foi des âmes confiées à leur sollicitude." Et il ajoutait que l'Episcopat s'était vu comme contraint de prendre ces graves mesures "par la suprême gravité du péril qui menaçait les âmes, par la ri-

Nr. 7426. Römische Curie. 10. Juli 1880.

gueur et la dureté qui avaient présidé au commencement de la lutte, par les intentions manifestement hostiles à la religion qui avaient inspiré les fauteurs de la loi. Ceux-ci, comme il résulte des déclarations faites au moment où la loi fut discutée dans les Chambres, visaient à attaquer de la manière la plus efficace l'Eglise et la foi catholiques, dans la Belgique, plutôt que de revendiquer les droits de l'Etat, que personne n'avait d'ailleurs usurpés || "Malgré cela, poursuivait le Saint-Père, les mêmes Evêques n'ont pas manqué, depuis, d'adoucir, au moins en quelques points, la sévérité des instructions données. Nous savons que dans le diocèse de Malines et dans d'autres encore on a accordé aux instituteurs de nombreuses dispenses, et que l'on a pris des tempéraments propres à adoucir et à restreindre le conflit. Les conseils du Saint-Siége n'ont pas peu contribué à ce résultat. En effet, dans plusieurs circonstances, Votre Majesté ne l'ignore pas, le Saint Siége a donné des conseils pleins de modération, et quoi qu'on ait pu dire à l'encontre, ils ont été bien appréciés et bien accueillis par les Evêques."

IX. Mais, pour reprendre la suite des faits, à l'approche de la réouverture du Parlement belge, on apprit que M. le Ministre des Affaires étrangères accuserait, du haut de la tribune, l'Episcopat d'être en désaccord avec le Saint-Siége, et qu'il chercherait à confirmer cette accusation par les documents de l'*échange de vues*, en concluant que le Saint-Siége avait blâmé la conduite des Evêques. Il était, dès lors, nécessaire que le Saint-Siége rejetât à l'avance ces conclusions par une communication expresse, afin d'enlever tout fondement à ce prétendu antagonisme. Et cette nécessité se faisait d'autant plus sentir, qu'ainsi qu'on l'avait remarqué, les idées exprimées à M. le Ministre par M. le Cardinal Secrétaire d'Etat, comme d'ailleurs celui-ci le lui avait fait observer expressément plusieurs fois, n'étaient pas fidèlement rendues dans certaines dépêches de l'*échange de vues*, et notamment dans celle qui résumait, en peu de phrases, une longue conversation entre le Cardinal et M. le Baron d'Anethan. Ce fut pour prévenir toute interprétation équivoque qu'on envoya au Nonce, avec ordre d'en donner lecture et d'en laisser copie à M. Frère-Orban, une dépêche dans laquelle on expliquait les idées fondamentales qui inspiraient l'*échange de vues*, et où l'on démontrait la fausseté du désaccord supposé entre le Saint-Siége et les Evêques belges au sujet de la loi sur l'enseignement primaire. || Mais, le 14 novembre, Monseigneur le Nonce apostolique annonçait d'abord par le télégraphe, et ensuite par lettre, que le Ministre des Affaires étrangères avait refusé de recevoir officiellement cette dépêche, en déclarant que si elle n'était pas retirée au moins provisoirement, il proposerait à la Chambre le rappel de la Légation belge à Rome. || Le même jour, M. le Baron d'Anethan recevait et communiquait au Cardinal Secrétaire d'Etat un télégramme analogue de M. Frère-Orban, qui confirmait la nouvelle donnée par le Nonce.

Si la longanimité propre au Saint-Siége conseilla alors de condescendre aux exigences de M. le Ministre, quoiqu'elles semblassent excessives, cependant

l'importance des faits exposés ne peut échapper à personne. Il est facile d'en déduire: || 1⁰ Que la dépêche du 5 octobre ne résumait pas complètement et d'une manière satisfaisante le thème de la conversation tenue précédemment entre le Cardinal Secrétaire d'Etat et M. le Baron d'Anethan; || 2⁰ Que le Saint-Siége rejetait l'interprétation donnée par M. Frère-Orban d'un antagonisme entre le Saint-Siége et les Evêques de Belgique ou d'une réprobation de leur conduite; || 3⁰ Que, si cette dépêche fut retirée, elle avait toutefois produit l'effet moral qu'on espérait, attendu qu'elle avait fait connaître à M. le Ministre l'esprit des principes qui avaient toujours inspiré *l'échange de vues*.

Le Saint-Siége jugea que c'était un moindre mal de consentir à retirer cette dépêche explicative que de voir supprimer en ce moment la Légation belge; car les équivoques et les inexactitudes de la dépêche du 5 octobre pouvaient s'éclaircir et être déterminées d'une autre manière; et il était impossible de douter que son interprétation vraie, surtout après la suite des faits y relatifs, ne fût suffisante à repousser les déductions de M. Frère-Orban. (Dép. du 8 juin 1880 § 7.)

X. Grande fut donc la surprise quand, dans son discours du 18 novembre 1879 à la Chambre, M. le Ministre tira de "l'échange de vues" des déductions que le Saint-Siége devait repousser comme étant sans fondement et souverainement injurieuses à l'Episcopat belge. Il préféra toutefois se taire pour le moment; mais il n'en fut pas de même de la presse catholique de Rome et de la Belgique: celle-ci éleva ses protestations contre les déductions du discours ministériel. Plusieurs des plus vaillants députés catholiques firent noblement entendre leur voix dans l'enceinte parlementaire pour repousser les accusations de M. le Ministre comme insoutenables et offensantes pour les Evêques et le Saint-Siége. Survint une déclaration officielle du Cardinal Archevêque de Malines, affirmant avec autorité qu'aucun désaccord n'existait entre le Pape et les Évêques. Le Saint-Père lui-même, profitant de l'occasion que lui fournissait l'envoi par le Cardinal Archevêque de l'offrande de l'amour filial de ses diocésains, daigna lui écrire, en date du 2 avril, une lettre dans laquelle Sa Sainteté louait hautement les catholiques belges qui avaient si courageusement correspondu au zèle de leurs pasteurs en concourant, au prix des plus grands sacrifices, à ouvrir de nombreuses écoles, "afin d'empêcher les consequences désastreuses de la récente loi scolaire totalement opposée aux principes et aux prescriptions de l'Eglise catholique."

XI. Le besoin de sortir de l'équivoque, au fond plus imaginaire que réelle, était éprouvé pour d'autres motifs en vérité par M. Frère-Orban lui-même. Celui-ci écrivit, en effet, à M. le Baron d'Anethan, le 7 avril, une dépêche qui devait être communiquée au Cardinal Secrétaire d'Etat, par laquelle il demandait au Saint-Siége de déclarer catégoriquement que, s'il existait un accord réel entre lui et l'Episcopat, il l'affirmât d'une manière claire et précise, et qu'il assumât la responsabilité des conséquences découlant de la

Nr. 7426. Römische Curie. 10. Juli 1880.

lutte ouvertement engagée entre l'Eglise et l'Etat; que si, au contraire, Rome désapprouvait la conduite des Evêques dans la question de l'organisation des écoles, le Saint-Père fît cesser tout malentendu et imposât obéissance à ses ordres. || Le désir de M. Frère-Orban fut bientôt satisfait. Le Cardinal Secrétaire d'Etat répondit, par une dépêche du 3 mai adressée à Monseigneur le Nonce de Bruxelles, pour être portée à la connaissance de M. le Ministre des Affaires étrangères: que participer à un système d'instruction blâmable en lui-même était un acte défendu non moins par les principes de la morale catholique que par la morale naturelle; que l'Episcopat belge, en s'opposant aux conséquences désastreuses de la nouvelle législation, avait bien mérité de la cause catholique; que, dans l'impossibilité de distinguer, en général, entre écoles et écoles, après la nouvelle organisation que la loi venait d'y introduire en Belgique, il ne restait d'autre expédient que de dispenser, dans les cas particuliers que l'on jugerait exempts des périls redoutés; que de Rome viendraient toujours des conseils pratiques de prudence et de modération dans l'application des peines; que les Evêques les avaient accueillis avec déférence et docilité, et avaient prouvé qu'ils les suivaient en accordant, dans les circonstances spéciales, de nombreuses dispenses et en adoptant des tempéraments convenables.

XII. A cette réponse formelle, qui dissipait tout malentendu, M. Frère-Orban opposa une longue dépêche en date du 18 mai, dans laquelle, après avoir répété ses déductions tirées de "l'échange de vues," il concluait "qu'un "autre esprit avait présidé jusqu'ici à nos rapports avec le Vatican." Il ajoutait que la lettre du Pape au Cardinal Archevêque de Malines semblait mettre en contradiction le Saint-Siége avec lui-même; enfin, il combattait la dernière dépêche du Cardinal Secrétaire d'Etat, en alléguant l'exemple des autres pays, où l'enseignement neutre a été prescrit sans que le clergé s'élevât contre, comme en Belgique; il concluait que le système politico-libéral étant actuellement en vigueur dans ce pays, le clergé devait se montrer, lui aussi, respectueux envers la majesté des lois.

XIII. Le Cardinal Secrétaire d'Etat répliqua aux assertions de M. le Ministre par une dépêche du 8 juin, destinée à rectifier les principes et les faits dont on déduisait des conséquences si peu légitimes. || Dans cette dépêche, après avoir de nouveau déterminé les idées qui avaient présidé à l'*échange de vues*, le Cardinal démontre que la doctrine du Saint-Siége s'est toujours inspirée des mêmes principes, lesquels se sont développés et ont été appliqués d'après la nature des faits qui se sont succédé (Dép. du 8 juin, §§ 2, 3, 4, 5, 6); que la lettre du Saint-Père était pleinement conforme aux précédentes déclarations du Saint-Siége (*ib.*, § 9); que la dépêche du Cardinal Secrétaire d'Etat du 3 mai était destinée à lever toute équivoque, selon le désir manifestement exprimé par M. le Ministre lui-même (*ib.*, § 10); que l'exemple des autres pays, cité par M. le Ministre comme une difficulté, était plutôt contraire que favorable à sa cause, puisque l'enseignement neutre ou mixte avait partout rencontré la désapprobation des Evêques et du Saint-Siége (*ib.*, §§ 13

et 14), et finalement que le système politico-libéral ne pouvait justifier devant la conscience catholique une loi qui en viole les droits sacrés (*ib.*, § 16).

Nr. 7426. Römische Curie. 10. Juli 1880.

XIV. Au moment où cette dépêche allait être expédiée, M. le Baron d'Anethan donna lecture au Cardinal Secrétaire d'Etat d'une communication, en date du 5 juin, de M. Frère-Orban, par laquelle celui-ci lui annoçait le rappel de la Légation belge de Rome et l'avertissait de se tenir prêt à partir. || Il est facile de s'imaginer la surprise du Cardinal Secrétaire en apprenant une détermination qu'aucun nouvel incident n'avait provoquée et qui avait été prise sans même attendre l'arrivée de la réponse à la dernière dépêche déjà annoncée au Gouvernement.

XV. En conséquence, le Cardinal Secrétaire d'Etat, par une dépêche du 13 juin au Nonce apostolique, dépêche dont une copie devait être communiquée au Ministre des Affaires étrangères, faisait ressortir la gravité de l'offense faite au Saint-Siége par la résolution déjà adoptée par le Gouvernement, et démontrait par de solides raisons l'insuffisance des allégués pour la justifier. || Sur ces entrefaites, le Nonce apostolique, par lettres des 10, 11 et 12 juin, informait Son Eminence le Secrétaire d'Etat des entretiens réitérés qu'il avait eus avec M. Frère-Orban, dans lesquels le représentant pontifical chercha à dissiper les équivoques sur lesquelles se fondait M. le Ministre et par lesquelles il s'efforçait vainement de justifier sa détermination. Le Cardinal Secrétaire d'Etat loua le zèle et la prudence du Nonce apostolique dans sa dépêche du 16 juin.

XVI. Mais, bien que les explications données prouvassent jusqu'à l'évidence que l'attitude du Saint-Siége, dans la question scolaire de la Belgique, eût toujours été égale à elle-même, du commencement à la fin, toutefois M. le Ministre des Affaires étrangères, par une lettre du 28 juin, notifiait au Nonce apostolique la rupture des relations diplomatiques entre le Saint-Siége et la Belgique, à partir de ce jour, et par le fait même la cessation de tout rapport officiel entre lui et le représentant pontifical.

Cette lettre contenait en outre une longue réponse de M. Frère-Orban à la dernière dépêche du Cardinal-Secrétaire d'Etat, du 8 juin. Cette réponse, si on la considère attentivement, n'est que la répétition de théories déjà refutées et de faits déjà rectifiés dans les précédentes communications officielles du Secrétaire d'Etat. La seule chose nouvelle que l'on voie s'y révéler, c'est le vrai but auquel tendait M. Frère-Orban dans ses relations avec le Saint-Siége, et l'unique raison sur laquelle reposait la prétendue équivoque dont il s'est plaint si souvent. M. le Ministre le déclare ouvertement: jusqu'au 5 octobre 1879, il crut pouvoir nourrir la confiance que le Souverain Pontife régnant en viendrait à se rapprocher de certaines théories erronées professées par quelques Etats modernes; et, plongé dans cette folle illusion, il osa accuser le Saint-Siége de contradiction, quand il le vit demeurer inébranlable dans la défense des droits les plus sacrés et la protection des intérêts les plus vitaux. Il n'est pas aisé de se persuader que M. Frère-Orban ait pu

Nr. 7426. Römische Curie. 10. Juli 1880.

sérieusement concevoir cette vaine espérance. Il est bien plus évident qu'une cause qui a besoin de tels artifices pour se défendre devant le public est dénuée de toutes les raisons propres à la justifier. Mgr. le Nonce apostolique ne laissa pas sans réponse l'inqualifiable communication ministérielle du 20 juin; il protesta énergiquement "contre les nombreuses et graves inexactitudes de "faits qui se rencontrent dans l'exposé."

XVII. De tout ce qui précède découlent rigoureusement les conclusions suivantes: || 1⁰ Le Saint-Siége, non moins que les Evêques belges, a condamné plusieurs fois, au point de vue dogmatique et doctrinal, la nouvelle loi sur l'enseignement primaire; || 2⁰ Le Saint-Père, par l'autorité de ses conseils, a toujours inculqué, au milieu de la lutte, aux défenseurs de la vérité, de ne pas séparer du zèle et de la fermeté, la charité, la prudence et la modération; || 3⁰ Les Evêques belges, en s'opposant à la nouvelle loi, afin de la rendre moins funeste aux fidèles dans son application, ont obéi à un devoir sacré de leur Ministère pastoral et n'ont jamais pu être désapprouvés en cela par le Saint-Siége; || 4⁰ Les conseils de modération et de ménagement donnés par le Saint-Siége ont été, comme toujours, reçus avec respect par les Evêques et mis à exécution dans la mesure que comportaient les circonstances; || 5⁰ Le Gouvernement ayant employé vainement tous les moyens pour obtenir de Rome une parole de blâme contre l'Episcopat, on eu recours à d'artificieux raisonnements pour accréditer la fausse supposition d'un désaccord entre le Saint-Siége et les Evêques belges; || 6⁰ Quand le Gouvernement a mis le Saint-Siége dans l'alternative de choisir entre le rappel de la Légation et l'acceptation des fausses déductions tirées de *l'échange de vues*, le Saint-Siége n'a pas hésité un instant à subir le premier fait et à repousser le second; || 7⁰ Dans de pareilles circonstances, la cessation de la Légation belge auprès du Saint-Siége prend le caractère d'un injustifiable outrage, d'autant plus manifeste que, tout en ayant été annoncé comme une exigence politique à partir du jour où le Ministère actuel commençait à exercer le pouvoir, ses auteurs veulent le faire passer aujourd'hui comme la conséquence d'une contradiction supposée du Saint-Siége.

Mais "l'Europe," suivant la noble conclusion du Nonce apostolique dans sa réplique à M. Frère-Orban, "rendra justice à la haute condescendance du Saint-Siége, aux preuves éclatantes qu'il a données de son désir inaltérable de conciliation et de paix. C'était son devoir, et ce sera son honneur devant l'histoire de n'avoir pas abaissé sa mission divine à des transactions dont le prix eût été la foi des jeunes générations et peut-être d'un peuple entier."

Rome, de la secrétairerie d'Etat, le 10 juillet 1880.

Nr. 7427. **BELGIEN.** — Min. d. Ausw. an die Vertreter Belgiens im Ausland. — Erwiderung auf das päpstliche Memorandum vom 10. Juli.

Bruxelles, le 17 juillet, 1880.

Nr. 7427. Belgien. 17. Juli 1880.

Monsieur le Ministre, — La Secrétairerie d'Etat du Saint-Siége a publié sous la date du 10 juillet, un recueil de documents précédé d'un mémoire où elle résume à son point de vue les négociations qui ont abouti à la rupture des relations diplomatiques entre le gouvernement du Roi et le Vatican. Cet exposé n'est, dans sa plus grande partie, qu'une édition nouvelle de la dépêche du cardinal Nina du 8 juin dernier; il est, sous ce rapport réfuté d'avance par mes dépêches du 18 mai et du 29 juin. Je me borne, en conséquence, à me référer purement et simplement à ces deux derniers documents, et je laisse à l'opinion publique, qui s'est prononcée dans toute l'Europe avec une unanimité remarquable, le soin de juger si les nouvelles explications du Saint-Siége sont de nature à disculper la diplomatie vaticane des justes reproches qui lui ont été faits.

A côté des considérations qui sont des simples redites, le mémoire du Saint-Siége apporte toutefois deux documents nouveaux qui comportent quelques observations de ma part. Ma réponse sera brève et catégorique. || Le Secrétaire d'Etat du Saint-Père, dans le but de prouver que le Saint-Siége n'a jamais varié dans ses appréciations sur la loi relative à l'enseignement primaire, publie trois fragments de lettres adressées, à diverses époques, par Léon XIII à Sa Majesté. Ces lettres contiennent des témoignages de sympathie pour les Evêques belges en guerre avec le gouvernement de leur pays, et elles engagent le Roi à provoquer le *retrait spontané*, d'une loi "qui ne répondait à aucun besoin réel." || Je ne sais si des révélations de cette nature sont capables de servir la cause du Saint-Siége; elles tendraient à montrer qu'à côté de la correspondance diplomatique et de la correspondance ecclésiastique, on avait conçu l'idée d'une troisième, se réservant de l'utiliser selon les besoins des circonstances. Mais je ne suivrai pas le cardinal Nina sur ce terrain; les principes constitutionnels, les plus simples égards envers la personne royale suffiraient pour me l'interdire. Au Vatican, de pareils scrupules sont inconnus; on ignore, comme de parti pris, les conditions les plus élémentaires du régime parlementaire. Faut-il s'en étonner quand on voit le premier ministre du Pape traiter de *folle illusion* (*folle lusinga!*) et repousser comme un outrage inqualifiable l'hypothèse que, peut-être, au début de son pontificat, Léon XIII, continuant à s'inspirer des idées qui semblaient le diriger au sujet de la question constitutionnelle, aurait voulu préparer une solution semblable de la question scolaire! Alors que les anathèmes accumulés par les Papes contre les libertés modernes n'avaient pas empêché le Pontife actuel de prescrire aux catholiques belges "d'aimer et de défendre" une Constitution qui les consacre toutes, qu'y aurait-il donc eu d'exorbitant à penser

Nr. 7427. Belgien. 17. Juli 1880.

qu'il aurait pu enjoindre au clergé belge, non pas même "d'aimer ni de défendre" les écoles neutres, mais d'en tolérer l'existence en Belgique sous les mêmes conditions qu'il les tolère en Angleterre, en Hollande, en Autriche et jusqu'à Rome même? Mais on ne l'oubliera plus désormais: "nourrir la confiance que le Pontife régnant en viendrait à se rapprocher de certaines théories erronées, professées par *quelques* Etats modernes", c'est un rêve et une vaine chimère. || L'avenir dira de quel côté se trouvent les folles illusions; en attendant, on se demandera plus que jamais à quel titre l'Eglise catholique, qui ne cesse de protester contre les principes mêmes sur lesquels reposent aujourd'hui tous les Etats, prétend encore entretenir avec eux des rapports diplomatiques.

J'arrive au second fait. La Secrétairerie d'Etat publie aujourd'hui une dépêche du 11 novembre 1879, dépêche officiellement retirée, pour infirmer l'autorité de la lettre qui me fut adressée le 5 octobre par M. le baron d'Anethan et combattre les conclusions que j'ai déduites de l'ensemble de la correspondance et de cette pièce en particulier. Trois points sont ici à considérer.

1° Le cardinal Nina déclare que la dépêche du 5 octobre "*ne rendait pas fidèlement les idées exprimées par lui à M. le ministre (baron d'Anethan), ainsi que le cardinal le lui avait fait plusieurs fois expressément remarquer.*" | Cette assertion, absolument gratuite, remplace, pour expliquer ou atténuer la dépêche du 5 octobre, l'allégation, que j'ai détruite au sujet de prétendus "recours remis de la part du Gouvernement et notamment de celui de l'institutrice de Visé". (Dépêche du 28 juin 1880). || Toutes les dépêches dont se compose le dossier de l'*échange de vues*, et spécialement celle du 5 octobre, ont été soumises, avant leur publication, aux agents du Saint-Siége, qui en ont reconnu la parfaite exactitude. Ma dépêche du 17 octobre 1879 constate même que les passages entre guillemets de la lettre du 5 octobre sont textuels. Au surplus, M. le baron d'Anethan, mis ici personnellement en cause, a cru devoir s'en expliquer ce jour même. Voici la lettre qu'il m'adresse:

Bruxelles, le 17 juillet 1880.

Monsieur le Ministre, — Le memorandum du Saint-Siége contient une phrase sur laquelle il est de mon devoir de vous donner des explications. | La minute de la dépêche du 5 octobre a été, avant de vous être expédiée, revue par Mgr Jacobini, que le cardinal Nina avait délégué à cet effet. | *Après avoir conservé pendant quatre jours ce projet de dépêche*, Mgr Jacobini me le restitua en m'indiquant plusieurs modifications dont j'eus soin de tenir compte dans la dépêche qui vous fut adressée. || Il est facile, du reste, de se convaincre, par la tournure de plusieurs phrases, qu'elles sont traduites de l'italien; elles l'ont été, en effet, d'après le texte rectificatif qui m'à été communiqué*) || La dépêche du 5 octobre a donc été revue et remaniée par un

*) Le texte soumis à Mgr. Jacobini portait: Sous le rapport de la doctrine, m'a dit Son Eminence, le document est parfaitement correct; mais les conclusions tirées de

délégué du Vatican, avant de vous être envoyée. Lorsqu'il fut question de la publication des documents, je ne manquai pas, conformément à mes instructions, de m'entendre avec le Cardinal Nina au sujet de la revision que pourrait demander le Saint-Siége. Mgr. Jacobini fut chargé de ce travail et vint à deux reprises chez moi pour examiner le dossier de l'échange de vues. || Ce prélat rendit compte de cet examen au Cardinal Nina. Son Eminence me pria de lui confier plusieurs dépêches qu'elle tenait à relire, et m'exprima le désir, en me les restituant, d'introduire certaines modifications dans ma dépêche du 5 octobre*). || Vous vous rappellerez, Monsieur le Ministre, que je m'empressai de vous faire part du désir de Son Eminence, et que vous me répondîtes en me chargeant de l'informer que la correspondance serait soumise à l'examen de Mgr. le Nonce, qui proposerait les rectifications demandées par le Cardinal Nina. La publication des pièces m'a prouvé qu'il avait été fait droit à la demande du Saint-Siége. || Il résulte de ce que je viens d'avoir l'honneur de vous exposer que le texte de mes dépêches ne peut donner lieu à aucune observation fondée. || Après la publication de la correspondance, au sujet de laquelle je me suis expliqué dans cette lettre, le Cardinal secrétaire d'Etat a fait porter la discussion sur l'interprétation que l'on donnait à l'échange de vues; mais Son Eminence ne m'a jamais parlé de l'infidélité de mes dépêches: Elle ne l'eût pas pu, du reste, après la triple revision dont elles avaient été l'objet. || *Les souvenirs de Son Eminence l'ont mal servie en cette circonstance.* Je crois avoir agi avec une extrême loyauté; je l'ai moi-même poussée jusqu'au scrupule; car *jamais je n'ai rendu compte d'un entretien avec le Cardinal secrétaire d'Etat sans avoir préalablement soumis la minute de mes dépêches au prélat que le Cardinal avait chargé de ce soin.* || Je ne crains aucun démenti sur ce point. || Agréez, Monsieur le Ministre, l'expression respectueuse de ma plus haute considération.

B^on^ d'Anethan.

Je n'ai pas une ligne à ajouter à ce document. Tout le monde jugera de quel côté se trouvent, en cette circonstance, l'honnêteté et la loyauté, du

---

principes justes peuvent être inopportunes et poussées trop loin. Le texte modifié est . . .: mais les conclusions tirées de principes justes peuvent être *conduites d'une manière* inopportune et *peut-être aussi* poussées trop loin.

Le paragraphe final a été également modifié: "Le gouvernement du Roi, a ajouté Son Eminence, en empêchant que les écoles ne prennent une direction anticatholique et en veillant à ce que l'enseignement qui y sera donné ne blesse en rien la conscience des fidèles, contribuera à apaiser ce regrettable conflit."

Je fus invité à substituer à ces derniers mots ceux-ci: "A améliorer la situation."

*) Le texte de la dépêche portait: "C'est le cas ici"; le Cardinal Nina désira que l'on y substituât les mots: "*Il me paraît que c'est le cas ici*". || Plus loin: || "Son Eminence ne peut, du reste, que manifester ses regrets; car le Saint-Siége a fait tout ce qui dépendait de lui en recommandant, à plusieurs reprises, le calme, la prudence et la modération. Il eût désiré, etc., etc." Le Secrétaire d'Etat demanda qu'au lieu de "*Il*" se rapportant au Saint-Siége, on mît: "*le Cardinal.*" (*Notes annexées à la lettre du baron d'Anethan*).

Nr. 7427. Belgien. 17. Juli 1880.

côté du Secrétaire d'Etat, qui inculpe l'agent accrédité auprès de lui „de n'avoir pas *fidèlement* rendu les idées qu'il a exprimées," ajoutant „qu'il le lui a fait observer expressément plusieurs fois," ou du côté du diplomate, qui, après avoir si dignement et si honorablement accompli sa mission, est obligé de se défendre contre une telle accusation.

2° J'aborde l'incident de la dépêche retirée. Elle vit le jour sous le prétexte que Son Eminence le Cardinal Nina avait été averti que j'entendais faire usage de la correspondance particulière du baron d'Anethan. On verra tout à l'heure ce qui advint de ce moyen. Celui qu'on y a substitué dans le mémoire ne vaut guère mieux. || Six semaines s'étaient écoulées depuis la dépêche du 5 octobre; la lettre adressée le 4 novembre par le Pape à Sa Majesté et dans laquelle il La sollicitait de faire retirer une loi votée et promulguée, n'avait pas, sans doute, eu le résultat qu'on en attendait. Le Saint-Siége, qui dans l'intervalle avait secrètement encouragé les Evêques dans leur opposition, prononça alors le premier les mots de *malentendu* et d'*équivoque* et chercha éventuellement à ménager sa retraite. || Tel fut l'objet de la dépêche qui me fut communiquée le 14 novembre 1879 par le Nonce. C'est ce dignitaire lui-même qui, dans un télégramme du 14 novembre au Cardinal Nina, exprima le jugement que je portai sur cet acte: „J'ai lu à M. Frère-Orban la dépêche du 11 courant et lui en ai donné copie: l'impression produite est désastreuse. *Il persiste à qualifier ce document comme étant en contradiction avec les déclarations officielles antérieures.* A moins que la dépêche ne soit retirée, au moins provisoirement, il est décidé à annoncer mardi au Parlement la rupture complète des rapports diplomatiques. Télégraphiez si je dois provisoirement retirer la dépêche." || De mon côté, je télégraphiai à M. le baron d'Anethan ce qui suit: „Une note du Cardinal, dont le Nonce vient de m'entretenir, dit que, d'après une conversation qu'il a eue avec vous, j'entends faire usage de votre correspondance particulière. Cela est contraire à la vérité. Demandez des explications. Si la note est maintenue, le retrait de la Légation est inévitable. Cette note est opposée aux déclarations faites et donnerait lieu à une accusation de duplicité. Réponse immédiate." || Ce télégramme fut communiqué au Cardinal Nina; le mémorandum le constate (§ IX), et, après son entrevue avec le Secrétaire d'Etat de Sa Sainteté, le baron d'Anethan m'adressa, le même jour, une dépêche télégraphique ainsi conçue: „L'assertion sur mon langage, concernant la publication de la correspondance particulière, *est absolument fausse.* Le cardinal le reconnaît. La note sera retirée, éventuellement rectifiée." Le lendemain, 15 novembre, le Nonce me redemanda la dépêche en me priant de considérer sa communication „comme non avenue." En la lui renvoyant, je lui écrivis: „J'espère que l'on réussira à faire disparaître toute cause de malentendu ou d'équivoque, et le mieux sera de renoncer à faire quoi que ce soit qui pût avoir même la simple apparence d'une contradiction avec les déclarations consignées dans la correspondance officielle." Ces mots

se rapportaient à l'intention manifestée par le Nonce d'un remaniement de la dépêche du 11 novembre et qu'il avait exprimée par le terme: „provisoirement" qui figure dans son télégramme du 14. Il ne fut plus question, en effet, de cette pièce.

Le sens de ces actes est clair et précis. Le Saint-Siége sait parfaitement la signification qu'attache le Gouvernement belge aux déclarations qui lui ont été remises. Effrayé des conséquences qui peuvent en résulter, il s'efforce de les reprendre. Je lui notifie que je considère cette démarche comme la rétractation de tout ce qui s'est fait jusque-là, comme devant entraîner alors ce qui s'est fait depuis, la rupture des rapports diplomatiques. Le Saint-Siége retire sa dépéche du 11 novembre et maintient ainsi celle du 5 octobre. || Entre tous gouvernements quelconques, il ne subsistait rien dès ce moment de la dépêche du 11 novembre; elle était absolument, suivant l'expression du Nonce, „non avenue." Pas du tout, écrit aujourd'hui le Cardinal Nina; le Ministre des Affaires étrangères n'en connaissait pas moins le contenu! Voilà une façon de négocier dont, à coup sûr, il n'existe pas d'exemple et qui caractérise à merveille la diplomatique du Vatican. Mais ce n'était pas assez de battre en retraite avec cette restriction mentale; on se réservait — la Secrétairerie d'Etat le confesse ingénûment aujourd'hui — de faire par une voie détournée et souterraine ce qu'on n'avait pas eu le courage de faire publiquement, officiellement. La dépêche du 11 novembre, retirée vis-à-vis du Gouvernement du Roi, fut donnée en thème à la presse catholique, avec laquelle le Vatican répudiait toute solidarité, et à l'Archevêque de Malines, qui fut autorisé par là à publier la déclaration du 1er décembre 1879. „Si dans ce moment de passions politiques — ainsi s'exprime le mémorandum du Secrétaire d'Etat — le Saint-Siége crut devoir se taire, la presse catholique de Rome et de Belgique ne se tut pas; elle protesta contre les conclusions formulées dans le discours ministériel. Plusieurs des plus vaillants députés catholiques firent noblement entendre leurs voix dans l'enceinte parlementaire... Vint ensuite la déclaration pleine d'autorité du Cardinal-Archevêque de Malines, qui confirma avec énergie qu'il n'existait aucun désaccord entre le Pape et les Evêques." Le Saint-Siége se taisait donc, mais il faisait parler les autres; c'était l'autre façon (*altri modi*, § IX du mémorandum) qu'il avait découvert pour faire venir la lettre du 11 novembre à sa destination. Il resta six mois dans cette attitude équivoque, et quand enfin on publia la lettre approbative adressée le 2 avril dernier au Cardinal Dechamps par le Pape, il ne craignit pas de protester encore, dans sa dépêche du 13 juin, que cette publication avait eu lieu malgré lui et sans son aveu! || Je n'examinerai pas de plus près ces trames savantes que le mémorandum du 10 juillet s'attache à mettre en pleine évidence pour justifier la Curie du reproche de duplicité.

3° Le troisième point qu'il me reste à examiner concerne les conclusions illégitimes que j'aurais déduites de l'*échange de vues*. Ce point a déjà été

Nr. 7427. Belgien. 17. Juli 1880.

traité amplement dans mes dépêches antérieures et je pourrais me borner à m'y référer; mais les documents que publie le Saint-Siége lui-même sont, à cet égard, la réfutation la plus éclatante de sa thèse. Après l'accueil que j'ai fait à la dépêche du 11 novembre, de quel droit peut-il affirmer qu'il ignorait le sens que j'attachais à la correspondance diplomatique et les conclusions que j'en tirais? Il n'avait qu'à maintenir cette dépêche pour empêcher ces conclusions de se produire; il l'a retirée et il se plaint qu'il n'en a plus été tenu compte! Quelles étaient, au surplus, ces conclusions? Le discours du 18 novembre 1879 était un simple recueil de dépêches, dont le langage était assez concluant par elles-mêmes pour qu'il fût inutile d'y ajouter aucun commentaire. Ces conclusions, contre lesquelles on proteste si amèrement aujourd'hui, c'est l'opinion publique qui les a déduites, c'est la presse catholique surtout qui, pour échapper à l'effet produit par la correspondance officielle, s'est empressée de dire qu'il y en avait une autre et qu'on la ferait connaître. Le Saint-Siége protesta alors que son langage avait été partout le même. Il convient aujourd'hui que la contre-lettre existait et qu'il en a été fait usage: c'était la dépêche du 11 novembre officiellement annulée vis-à-vis du Gouvernement belge, secrètement maintenue vis-à-vis du clergé. || Cette diplomatie est jugée par elle-même. Elle a repris et développé, dans les notes du 3 mai, du 8 et du 13 juin 1880, la dépêche retirée du 11 novembre 1879. Le Secrétaire d'Etat de Sa Sainteté savait donc d'avance que le Gouvernement du Roi devait y appliquer les mêmes qualifications qu'à celle-ci et en déduire les mêmes conséquences. De telles relations, dépourvues de toute sincérité de la part du Vatican, ne pouvaient être maintenues; en notifiant leur rupture au Nonce apostolique, il ne restait qu'à lui offrir des passeports, afin qu'il fût assuré de jouir jusqu'à son départ des immunités diplomatiques. || Notre résolution était à peine communiquée au Vatican, elle était à la veille d'être confirmée au Nonce, lorsque la presse publia des documents inattendus, donnant une preuve nouvelle et désastreuse pour la Curie romaine, que le Gouvernement du Roi avait justement apprécié ce que lui prescrivaient son honneur et sa dignité. Des lettres émanées du Primat de Belgique et de l'un de nos Evêques défunt, qui vous ont été communiquées par ma dépêche du 3 de ce mois, établissent à toute évidence que le Nonce, contrairement aux devoirs élémentaires de sa charge et aux plus simples principes du droit des gens, collaborait à des manifestes politiques contenant des attaques directes contre le Gouvernement, près duquel il était accrédité, fait qui, suivant les traditions diplomatiques les plus certaines, aurait autorisé à lui enjoindre de quitter immédiatement le pays; elles prouvent que de tels actes s'accomplissaient au moment où l'on prétendait, à Rome, être étranger aux résolutions des Evêques belges; elles montrent enfin que le Pape et son Secrétaire d'Etat approuvaient et louaient, mais dans le secret le plus absolu (*assolumente segreto*), les mesures que l'on déclarait au Gouvernement du Roi ne pas connaître et n'avoir pu prévenir! || Voilà les faits qu'il faudra effacer de l'histoire pour procurer

quelque valeur et crédit au mémorandum du 10 juillet. || Vous voudrez bien, Monsieur le Ministre, vous pénétrer des considérations qui précèdent et en faire usage dans les entretiens que vous pourrez avoir sur cette affaire. || Agréez. etc.

Nr. 7427. Belgien. 17. Juli 1880.

Frère-Orban.

Nr. 7428. **RÖMISCHE CURIE.** — Rundschreiben des Cardinal-Staatssecretärs an die Vertreter des h. Stuhles. — Erwiderung auf das vorstehende Cirkular Frère-Orbans.

Nr. 7428. Römische Curie. 25. Juli 1880.

Monseigneur, — Il y a quelques jours, M. le Ministre des Affaires étrangères du royaume de Belgique a envoyé aux agents diplomatiques de son Gouvernement, accrédités près des diverses cours, une *circulaire* concernant l'*exposé avec documents à l'appui* publié naguère par le Saint-Siége et que, par dépèche du 12 courant, j'ai adressé à V. S. Dans cette circulaire, après s'en être référé à ses dépêches du 7 avril et du 18 mai, dans lesquelles il prétend avoir pleinement répondu d'avance à la plus grande partie du nouvel acte pontifical, il se borne à faire quelques observations sur les documents qui ont été mis au jour pour la première fois en cette circonstance. || L'importance des conclusions contenues dans l'*Exposé*, la gravité des questions que soulève la publication des documents nouveaux n'ont pas échappé à l'esprit de M. Frère. C'est pourquoi, dans le but de se soustraire aux conséquences qui découlent de cette publication, il a tâché d'attirer l'attention du public sur des particularités d'une valeur très discutable et sur des réflexions d'un caractère tout à fait accessoire. || Mais aujourd'hui, la question qui se pose est celle de savoir si, en soutenant, le 18 novembre 1879, devant la Chambre des Représentants, la thése du désaccord entre le Souverain Pontife et les évêques belges et du blâme formel infligé par le premier aux seconds, M. Frère a été ou a pu être vraiment certain de ce qu'il disait. La base sur laquelle il appuyait ses assertions était prise tout entière dans les dépêches de l'échange de vues et particulièrement dans celle du 5 octobre, dont il tirait parti avec une artificieuse adresse en l'interprétant d'une façon conforme aux conclusions qu'il en voulait déduire. Mais, à ce moment, M. Frère ne pouvait ignorer les deux lettres envoyées par le Pape au Roi, le 31 août et le 4 novembre; il ne pouvait ignorer la dépêche du 11 novembre — quoique celle-ci eût été *provisoirement* retirée — dans laquelle la manière de voir du Saint-Siége lui était exposée avec toute la clarté désirable par moi-même qui avais tenu la conversation rapportée dans la dépêche du 5 octobre; il ne pouvait pas ignorer les affirmations constantes de la presse épiscopale et de toute la presse catholique, qui soutenait unanimement que l'accord entre le Pape et les évêques était complet. Ceci posé, lorsque M. Frère se préparait à lancer sa thèse à la Chambre, s'il n'était pas certain de l'accord du Pape avec l'épiscopat belge, tout au moins n'avait-il pas davantage la certitude du prétendu désaccord ni

Nr. 7428. Römische Curie. 25. Juli 1880.

du blâme infligé aux évêques. Or, dans une affaire d'une si haute gravité et si fatale pour la paix du pays, il était du devoir de M. Frère de sortir de l'incertitude et de dissiper tout doute. Il aurait pu le faire avec la plus grande facilité en adressant au Saint-Siége les mêmes questions que celles qu'il lui fit dans la dépêche du 7 avril et il aurait reçu du Saint-Siége la même réponse que celle qui lui fut faite dans sa dépêche du 3 mai. Mais, bien loin de provoquer un pareil éclaircissement, M. le Ministre refusa de recevoir la dépêche du 11 novembre, et quoiqu'il en connût parfaitement la substance, il émit à la tribune un jugement qu'il savait être le contre-pied de celui du Saint-Siége. Nous laissons à la sagesse de V. S. et de tous les hommes sensés le soin d'apprécier les conséquences qui découlent de pareilles prémisses à charge de la bonne foi de M. le Ministre Frère-Orban. || Le Saint-Siége, par contre, n'a pas à se reprocher d'avoir manqué, en ce qui le concerne, de manifester à M. Frère ses vues réelles. A la vérité, le Saint-Siége avait toléré la publication de la correspondance échangée entre le Ministre des Affaires étrangères et M. le Baron d'Anethan, bien qu'il eût constaté que la relation de l'entretien résumé dans la dépêche du 5 octobre était incomplète. Mais personne ne saurait dire que le Cardinal-Secrétaire d'État avait assumé la responsabilité de cette relation par sa signature personnelle. Tandis que le Souverain Pontife, par deux lettres signées de sa propre main, avait fait connaître au Roi sa manière de juger les choses, non pas en donnant, comme dit M. le Ministre, un simple témoignage de sympathie à l'épiscopat, mais en affirmant de la façon la plus nette son complet accord avec les évêques tant pour la doctrine que pour les moyens pratiques adoptés par eux afin d'éloigner les conséquences désastreuses de la loi nouvelle; j'avais, moi, en temps utile envoyé au Nonce de Bruxelles la dépêche du 11 novembre, qui avait fait disparaître toute équivoque. Et si le Saint-Siége, par suite de la longanimité qui lui est naturelle et devant la menace d'une rupture immédiate des relations diplomatiques, avait consenti au retrait de cette dépêche, il n'en reste pas moins vrai qu'il n'a jamais voulu tromper le Gouvernement belge, que, tout au contraire, il lui a fait connaître au moment opportun sa manière de voir, et qu'ainsi il a suivi toujours la même ligne de conduite.

Telle est la nature des considérations qui ressortent des nouveaux documents aujourd'hui livrés à la publicité, telles les conclusions irréfragables qui en découlent, comme le reconnaissent les journaux les plus sensés, lesquels, dans leur jugement, n'ont pas été aussi unanimes en faveur de M. Frère que celui-ci l'affirme avec trop d'assurance.

Je passe à l'examen des réflexions qu'émet M. Frère dans sa circulaire susdite. D'abord, je ne crois pas avoir besoin de vous entretenir pour repousser les insinuations que se permet M. le Ministre au sujet de la publication de trois fragments de lettres envoyées par Sa Sainteté à S. M. le Roi des Belges concernant la loi sur l'enseignement primaire. Ce n'est pas la première fois que le Saint-Siége, dans ses *Exposés,* publie les lettres écrites

par les Souverains Pontifes aux Princes de différents États à régime constitutionnel, à l'occasion de conflits qui ont surgi entre le Saint-Siége et le gouvernement de leurs États. Il suffit de lire les *Exposés* faits sur les démêlés avec le Piémont et la Russie pour constater que ce procédé est en usage dans ce genre d'actes. Jamais personne n'a cru voir en cela un manquement aux égards dus aux Princes, ni une ruse par laquelle on prépare à l'avance des correspondances secrètes, afin de pouvoir s'en servir d'après le besoin des circonstances. Donc, dans le cas présent, on n'a fait qu'imiter ce qui s'était pratiqué jadis en des occurrences semblables. Et on l'a fait avec d'autant plus de raison que le Saint-Siége ne pouvait pas renoncer au droit de légitime défense contre les graves accusations dirigées à diverses reprises contre son honneur et sa dignité, ni se priver du moyen de démontrer au public, par des preuves irréfutables, la loyauté de sa conduite.

Je m'abstiens de suivre M. Frère dans ses autres appréciations concernant l'attitude du Saint-Siége en cette circonstance. Seulement je ne puis pas ne pas relever l'inexactitude des considérations auxquelles se livre M. le Ministre à propos de la qualification de "folle illusion" que donne l'*Exposé* à la supposition faite par M. Frère dans la dépêche du 29 juin dernier. M. Frère espérait que Léon XIII, continuant à s'inspirer des idées qu'il semblait adopter dans la question constitutionnelle, chercherait à préparer une solution semblable dans la question de l'enseignement. Or, tout le monde voit la grande et essentielle différence qui existe entre la question de la Constitution et celle des écoles neutres condamnées en théorie et en pratique par l'Église. Si le Saint-Père a recommandé le respect à la Constitution existante, en cela il n'a fait qu'imiter l'exemple de ses glorieux prédécesseurs Grégoire XVI et Pie de sainte mémoire ainsi que des évêques de Belgique; car la Constitution, quoiqu'elle renferme des principes que l'Église, comme l'a déclaré le Saint-Père, ne pourra jamais approuver, garantit cependant à l'Église ses libertés les plus précieuses et ne met pas, par elle-même, en péril la foi et les moeurs des catholiques; tandis que l'école neutre, de sa nature, porte atteinte au droit de l'Église et met en péril la foi et les moeurs de ses enfants. Par conséquent, il est hors de doute qu'il n'y a pas parité entre l'une et l'autre question. Donc la qualification de "folle illusion" donnée à la supposition de M. Frère doit être maintenue comme parfaitement juste, puisque l'Eglise, sur le terrain de l'école neutre, ne pourrait se rapprocher de l'État moderne sans se renier ell-même.

Mais ce, dont M. le Ministre des Affaires étrangères se plaint surtout, c'est la publication de ma dépêche du 11 novembre 1879 retirée provisoirement. En alléguant diverses raisons, il tâche de lui ôter sa valeur. V. S. pourra mesurer la portée de ces raisons en les confrontant avec ce que je vais lui dire. M. Frère affirme que j'ai déclaré que la dépêche du 5 octobre ne rendait pas *fidèlement* les idées exprimées par moi à M. le Baron d'Anethan, comme je l'avais fait remarquer plusieurs fois à ce dernier. Il ajoute

Nr. 7428. Römische Curie. 25. Juli 1880.

que cette assertion absolument gratuite est substituée par moi à une autre allégation qu'il a déjà réfutée, en ce qui concerne les recours envoyés à Rome par le Gouvernement, spécialement le recours de l'institutrice de Visé. (Dép. du 28 juin 1880.) || Avant de justifier les déclarations faites dans l'*Exposé* relativement à la dépêche du 5 octobre, je dois dire un mot au sujet des recours envoyés par le Gouvernement au Saint-Siége, et cela dans le but de rectifier les faits. Le recours de l'institutrice de Visé est accompagné d'une lettre écrite de la main même de M. Frère-Orban en date du 26 septembre 1879. Le Nonce expédia ce recours par dépêche du 29 du même mois. De sorte que le 2 octobre, il était déjà entre mes mains, et il en fut question dans l'entretien qui donna lieu à la dépêche du 5 octobre. Puis, je ne vois pas comment M. le Ministre des Affaires étrangères peut affirmer, dans sa dépêche du 28 juin, que M. le Baron d'Anethan *ni officiellement ni officieusement* n'a jamais été chargé de présenter ou de recommander des recours au Saint-Père, alors que je conserve une longue série de réclamations pareilles qui, en diverses occasions, m'ont été remises par le susdit Baron comme lui ayant été envoyées par son Gouvernement.

Mais pour en revenir à la déclaration que j'ai faite relativement à la dépêche du 5 octobre, V. S., en examinant le texte de l'*Exposé*, pourra constater qu'en parlant de la conversation relatée dans cette dépêche, je ne me suis jamais servi du terme *infidèlement*, mais j'ai dit que ce document ne rapportait pas *complètement* toutes les idées exposées par moi à M. le Baron, et j'en ai indiqué la cause évidente, c'est que cette dépêche résumait en peu de phrases une conversation fort longue. En outre, il est vrai que diverses modifications furent admises sur la proposition du Prélat chargé de la revision de l'*échange de vues*; mais il est également vrai que certaines autres modifications qui n'avaient pas peu d'importance furent demandées par ce Prélat pour éclaircir ce que j'avais entendu dire et qu'on n'a pas voulu les admettre. J'ajoute que, quoiqu'il restât dans la dépêche certaines phrases dont on pouvait abuser en les interprétant d'une façon contraire aux véritables intentions du Saint-Siége, je n'ai pas voulu insister auprès de M. le Baron d'Anethan, parce que le contexte expliquait suffisamment ces phrases, et parce que je ne pouvais pas raisonnablement supposer que M. le Ministre en abuserait si scandaleusement au point d'en tirer les conséquences que l'on sait. Comme, dans la suite, les révélations de la presse officieuse firent pressentir cet abus, j'écrivis la dépêche du 11 novembre. Tout cela démontre à V. S. que, dans mes déclarations, je n'ai porté en aucune manière atteinte à l'honorabilité et à la loyauté de M. d'Anethan ni oublié les égards dus à la personne du représentant de la Belgique près le Saint-Siége. || J'en viens maintenant à examiner les raisons par lesquelles M. le Ministre des Affaires étrangères s'efforce d'enlever toute valeur à la dépêche du 11 novembre. Comme Votre Seigneurie n'aura pas manqué de le voir, ces raisons se fondent toutes sur le retrait de cette dépêche, ordonné par moi peu de jours après son envoi. Mais le retrait

provisoire d'un document simplement *explicatif*, opéré uniquement dans le but d'empêcher à ce moment l'exécution de la menace d'une rupture des relations diplomatiques, n'a pas pu faire perdre à M. Frère la connaissance certaine de ce que pensait le Saint-Siége au sujet de l'attitude de l'Episcopat dans la question scolaire. Le document portait ma signature. C'était une manifestation incontestablement authentique des dispositions du Saint-Siége. Notez que la dépêche, bien que retirée provisoirement, était tenue toujours prête pour répéter les mêmes déclarations, si M. Frère, à partir de ce jour, ne s'était pas renfermé dans un rigoureux silence sans plus provoquer le moindre échange d'idées. Cela est si vrai que quand, pour la première fois, par sa dépêche officielle du 7 avril, M. le Ministre demanda des déclarations catégoriques qui fissent disparaître toute équivoque, le Saint-Siége fut heureux de saisir cette occasion pour répéter en substance, dans sa réponse du 3 mai, les mêmes choses qu'il avait dites dans sa dépêche du 11 novembre. Dès lors il est évident que M. le Ministre essaye de donner au retrait de cette pièce une portée qu'il ne peut avoir, qu'il attribue à une formalité diplomatique le pouvoir de changer la réalité des choses, ce qu'aucun homme de bon sens ne pourrait admettre.

M. Frère-Orban termine sa circulaire en faisant appel à deux lettres particulières écrites par deux prélats belges à un de leurs collègues et communiquées par celui-ci à la presse, après que, pour de justes motifs, il eut été dépouillé de la juridiction épiscopale. — En vérité, il est difficile de comprendre comment le même homme d'Etat qui, au début de sa circulaire, a poussé le scrupule et la sévérité jusqu'à vouloir interdire l'usage légitime fait des lettres du Saint-Père à Sa Majesté le roi des Belges et des déclarations notifiées à lui-même par la dépêche provisoirement retirée du 11 novembre, comment ce même homme d'Etat n'a pas honte d'invoquer des écrits de tierces personnes qui, bien que très dignes de respect à tous égards, sont demeurées étrangères aux négociations et n'en pouvaient pas connaître la marche d'une manière précise. — Et cependant, M. Frère non seulement se prévaut de cette nouvelle espèce de documents, mais en un langage, qui lui est tout à fait propre, il base sur eux les plus graves accusations à charge du Saint-Siége et de son représentant à Bruxelles. || La vérité est que ni la lettre du défunt Evêque de Liége en date du 26 décembre 1878, ni celle de Son Eminence le Cardinal Dechamps, en date du 17 juin 1879, ne peuvent fournir le moindre fondement aux injurieuses imputations que se permet de formuler M. le Ministre, dans l'unique but d'égarer l'opinion publique et de cacher les véritables motifs qui l'ont amené à rompre les antiques relations de la Belgique avec le Saint-Siége et à seconder ainsi les projets de son parti. || Pour ce qui concerne la lettre de l'Evêque de Liége, il suffit d'examiner attentivement la teneur de mon télégramme qui y est rapporté et de se représenter les circonstances qui l'ont provoqué pour se convaincre que jusqu'à la fin du mois de décembre 1878, — c'est-à-dire avant même que la question des écoles vînt de

Nr. 7428. Römische Curie. 25. Juli 1880.

n'importe quelle manière sur le terrain diplomatique, — le Saint-Siége évita d'examiner le document que les Evêques se proposaient de publier. Il refusa de donner à l'Evêque de Tournai l'ordre instamment réclamé par ses collègues, et, respectant la liberté de chacun des membres de l'Episcopat belge, il permit seulement au Nonce apostolique d'inviter Monseigneur Dumont à s'unir aux autres prélats pour le jugement porté sur la loi *alors encore existante* de 1842. D'où il suit que la conduite tenue par le Saint-Siége et par son représentant en ces conjonctures, loin de s'inspirer de vues politiques, loin de revêtir un caractère agressif à l'égard du Gouvernement, s'est renfermée dans les limites de la plus scrupuleuse réserve. Si on est sorti de ces limites, ç'a été uniquement *pour modérer le zèle excessif* d'un prélat qui, se séparant de ses collègues, considérait comme absolument inacceptable pour l'Eglise catholique la loi alors existante sur l'enseignement primaire et tendait par là même a troubler la paix dans l'ordre politique et religieux. || Quant à la lettre de Son Eminence le Cardinal Dechamps à ses suffragants, je crois superflu d'entrer en de longs détails. M. Frère, à Bruxelles, et M. le Baron d'Anethan, à Rome, ont eu les preuves les plus éclatantes de l'exacte vérité de mes assertions en ce qui concerne les instructions envoyées au Nonce pour servir de règle aux Evêques dans la rédaction de leur dernière lettre pastorale. Ils connaissent tout aussi bien la cause qui força les prélats de hâter la publication de ce document, avant que leur arrivassent les instructions dont il s'agit. Je dois d'ailleurs ajouter que, quant au fond, l'ordre d'idées indiqué par moi ne différait guère de celui suivi par les Evêques. Et c'est précisément pour cela que quand M. Frère m'amena à émettre mon jugement sur la dernière lettre pastorale des Evêques, je n'hésitai pas à l'approuver, tant pour la partie doctrinale que pour la partie pratique. (Dépêche du 1er juillet 1879.)

Par ce que nous venons de dire et par beaucoup d'autres choses que je pourrais ajouter, si j'avais l'intention de rectifier toutes les suppositions erronées et toutes les insinuations malveillantes dont est remplie, du commencement jusqu'à la fin, la circulaire de M. le Ministre belge, Votre Seigneurie comprendra facilement que les conclusions de l'*Esposizione documentata* du 10 courant conservent pleinement leur force et leur valeur. M. Frère-Orban s'est bien gardé d'ébranler la base de mon argumentation. Il ne nie pas, il n'aurait jamais pu nier que la suppression des rapports diplomatiques avec le Saint-Siége formait partie intégrante du programme formulé et défini par lui dès le jour où il fut appelé à prendre les rênes du Gouvernement et à constituer le nouveau cabinet. L'époque seule à laquelle cette injustice devait être consommée resta pour le moment incertaine. Mais, comme tous les faits postérieurs l'ont lumineusement démontré, cette indécision quant à l'époque, si elle était, d'une part, l'effet naturel de la répugnance qu'inspire toujours tout acte discourtois et injuste de sa nature, attendait, d'autre part, un prétexte pour colorer le projet préconçu, pour lui enlever, si possible, l'empreinte de l'odieux qu'il portait en lui-même. De là vint que, dès le 21 juin 1878,

époque à laquelle se constitua en Belgique le noveau cabinet présidé par M. Frère-Orban, les relations entre le Gouvernement belge et le Saint-Siége revêtirent un caractère tout noveau, tel que peut-être il ne s'en était jamais rencontré dans l'histoire de la diplomatie européenne. Peu de mois s'étaient écoulés depuis que l'auguste Pontife Léon XIII s'était assis sur la chaire de Saint-Pierre. Uni par les liens d'anciens et chers souvenirs à ce noble pays et à sa dynastie royale, il n'omit aucune occasion pour donner de mille manières à la Belgique, à son Roi et à ses gouvernants les plus amples preuves d'une prédilection spéciale et d'une déférence particulière. Un Gouvernement sensible aux stimulants de la plus commune reconnaissance eût dût, ce semble, saisir cette occasion pour tendre plus sincères et plus cordiaux ses antiques rapports avec le Saint-Siége. M. Frère-Orban ne le pensa pas ainsi. Il saisit l'occasion à rebours, et répondit aux témoignages multiples de sympathie de l'auguste Pontife en notifiant, *à priori*, à son Ministre à Rome que la rupture complète des relations diplomatiques de la Belgique avec le Saint-Siége était chose définitive et décidée, et pour faire ensuite comprendre que cette injure imméritée pouvait être épargnée, à la condition que le Saint-Siége se montrerait docile à ses réclamations. || Connaissant les antécédents du personnage qui prenait cette attitude étrange et inouïe, le Saint-Siége, animé de cet esprit de charité patiente dont il a donné en tout temps de si éclatants exemples, dissimulant l'offense, ne se refusa pas à prendre en bienveillante considération les demandes que M. Frère-Orban avait à lui faire. Il parvint à condescendre, sans sortir de ses convenances, à la première de ces demandes. Il s'agissait, en effet, de clarer s'il était permis aux catholiques de Belgique d'observer fidêlement, de soutenir et de défendre dans la pratique leurs institutions nationales. Le fait notoire d'une fidélité qui ne s'est jamais démentie pendant un demi-siècle, de la part des catholiques, montrait clairement quelle devait être à cette question la reponse du Saint-Siége. || M. Frère-Orban s'en montra satisfait, et on crut alors que la condition posée au maintien des rapports diplomatiques avec le Saint-Siége devait être considérée comme vérifiée et remplie. Vain espoir! Surgit en Belgique la question de l'enseignement primaire, à la suite d'un nouveau projet de loi préparé dans les Loges maçonniques, accepté par le ministère et ayant pour but évident d'élever la jeunesse catholique dans les maximes de l'indifférence rationaliste. Le devoir impérieux des pasteurs des âmes était d'élever la voix et de combattre ce très funeste projet de loi. Sous la menace ordinaire d'une rupture immédiate des rapports diplomatiques, M. Frère-Orban demanda au Saint-Siége de donner des conseils de calme et de modération aux Evêques qui combattaient pour la bonne cause. On y condescendit encore, et avec cette prudence que la gravité et la délicatesse de la chose autorisaient, on fit parvenir aux Evêques des conseils destinés à modérer l'âpreté d'une lutte qu'ils n'avaient pas provoquée. M. Frère-Orban interpréta ces conseils à sa manière et voulut absolument leur attribuer la signification d'un blâme infligé par le Saint-

Nr. 7428. Römische Curie. 25. Juli 1880.

Siége à l'Episcopat belge et d'un *désaccord véritable et formel* entre le Pape et les Evêques ‖ Mais là ne s'arrêtèrent pas ses prétentions. Il exigea, sous les menaces habituelles, que le Saint-Siége acceptât son interprétation, qu'en la déclarant conforme à la vérité, il la fît accepter par les Evêques et les catholiques, et qu'il transformât les anciens conseils, interprétés dans le sens qu'il leur donnait, en ordres rigoureux et sévères. ‖ Cela ne suffit pas; elevant toujours plus haut ses pensées, il déclara, dans sa dépêche du 5 juin, que le maintien des rapports diplomatiques serait aussi dans l'avenir subordonné à l'usage que le Saint-Père pourrait faire de sa haute influence sur la nature des mesures que le Gouvernement actuel de Belgique aurait à adopter. C'était dire que si les devoirs de son très haut Ministère obligeaient le Saint-Père à approuver la résistance que les catholiques opposent contre l'un ou l'autre projet lésant leurs droits et leurs croyances, cela suffirait pour déterminer la rupture des rapports diplomatiques. En vérité, aucun Gouvernement, même parmi les plus puissants de l'Europe, ne s'est jamais présenté devant le Saint-Siége avec des prétentions telles et si exagérées; aucun Gouvernement n'a jamais mis un prix si dur à la continuation des rapports officiels avec le Chef auguste de l'Eglise. Il n'est pas possible d'expliquer un procédé si inusité sans admettre chez celui qui l'adoptait la volonté obstinée de trouver, à tout prix, un prétexte pour rompre. ‖ Le prétexte désiré étant trouvé dans la fidélité inébranlable du Saint-Père à ses devoirs sacrés, on veut maintenant, à tout prix, soutenir que la conduite du Saint-Siége n'a pas été, du commencement à la fin, semblable à celle-même, et, pour établir ce prétendu changement d'attitude, on exige de lui que, pour en bien entendre et en interpréter l'esprit, il fasse abstraction des lettres écrites par le Saint-Père, des dépêches que j'ai fait communiquer à M. le Ministre des Affaires étrangères, et qu'il ne tienne compte que des rapports des agents belges, interprétés comme il plaît à M. Frère-Orban. Il suffit, je crois, d'énoncer de telles prétentions pour en saisir tout de suite le caractère exorbitant. ‖ J'invite vivement Votre Seigneurie à se prévaloir de ces considérations, si l'occasion s'en présente, dans ses entretiens avec M. le Ministre des Affaires étrangères et avec ses collégues du Corps diplomatique, et dans ces sentiments, etc.

L. Card. Nina.

Rome, le 25 juillet 1880.

Nr. 7429. BELGIEN. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Belgiens im Ausland. — Entgegnung auf das Rundschreiben Nina's vom 25. Juli 1880.

Bruxelles, le 8 août 1880.

Nr. 7429. Belgien. 8. Aug. 1880.

Monsieur le Ministre, — Les efforts considérables que s'impose depuis un mois le gouvernement du Saint-Siége pour se disculpter devant l'opinion de l'Europe des justes reproches que lui a valus son attitude dans la question

scolaire belge, n'auront pas sans doute échappé à votre attention. Ils démontrent qu'on se rend enfin compte au Vatican du discrédit qu'a jeté sur l'autorité morale du Saint-Siége une politique qui manqua dès le début de franchise et de droiture. Ce n'était pas assez, pour atteindre ce but, des sorties injurieuses, des faits controuvés qui s'étalent quotidiennement dans les colonnes de l'*Aurora*, de l'*Osservatore romano* et des nombreux organes ultramontains qui les répètent et les amplifient. Le Cardinal Nina reprend à son tour la parole, et, sous prétexte de répondre à ma circulaire du 17 juillet dernier, travestissant les faits les mieux établis, passant à côté des arguments les plus péremptoires, il revêt d'une forme officielle des inventions dix fois réfutées et qui ne résistent pas à l'examen le plus superficiel des actes de la négociation.

La dépêche du 5 octobre 1879 prouvait l'existence d'un dissentiment entre les Evêques et le Saint-Siáge; elle impliquait un blâme à l'adresse des premiers. Voilà le fait que le Cardinal Nina voudrait effacer à tout prix; pour y parvenir, il torture le sens, il dénature l'origine de la dépêche et ne recule pas devant des assertions qui lui ont attiré déjà de cruels mécomptes. J'ai fait observer diverses fois que la dépêche du 5 octobre était la conséquence et le résumé à ce moment de toute la correspondance échangée avec le Vatican depuis le mois de février 1879; la lecture des pièces diplomatiques le démontre à l'évidence, et le 17 octobre, j'en ai même pris acte vis-à-vis du Saint-Siége. Le Cardinal Nina n'a jamais entrepris de démontrer le contraire; le langage tenu par le Pape à M. d'Anethan le 23 *septembre* le lui défendait absolument; mais cela ne l'a pas empêché de dire et de répéter encore aujourd'hui que l'entretien rapporté par le Ministre de Belgique n'avait eu trait qu'à l'acte isolé, nullement mentionné dans la correspondance officielle, du recours de l'institutrice de Visé. J'ai montré que ce recours n'a pu arriver à Rome qu'après l'entretien dont il s'agit. Son Eminence déclare aujourd'hui qu'il l'a reçu le 2 octobre; seulement elle oublie que la dépêche du 5 a dû être écrite au plus tard le 1er octobre, puisque Mgr. Jacobini avait reçu communication préalable de la minute et l'a retenue, comme l'atteste M. le baron d'Anethan, — pendant quatre jours, — et il est ainsi démontré de nouveau, de la manière la plus irrécusable, "qu'au moment où avaient lieu les conversations importantes que cette dépêche relate, le recours de l'institutrice de Visé n'était pas même arrivé à Rome." Cette fois encore la mémoire du Cardinal l'a mal servi. Le même malheur lui arrive par récidive lorsque, pour donner le change à l'opinion sur les causes qui auraient amené les déclarations si explicites et si décisives de la dépêche du 5 octobre, il fait entendre que ce n'est pas seulement le recours de l'institutrice de Visé qui a agi sur son esprit, "mais une longue série de réclamations, remises en diverses occasions par M. le baron d'Anethan comme lui ayant été expédiées par son gouvernement." M. le Cardinal secrétaire d'Etat omet de dire seulement que "ces réclamations" n'ont été envoyées qu'au mois de février 1880 et ne peuvent avoir rien de commun avec les conversations du mois de septembre 1879; qu'elles ont été communiquées,

Nr. 7429. Belgien. 8. Aug. 1880.

ainsi que des extraits de journaux, non pour exercer des recours dans lesquels le Gouvernement se refusait à intervenir, mais uniquement pour montrer comment étaient suivis "les conseils de calme, de prudence et de modération" que l'on affirmait itérativement avoir été donnés aux Evêques. || Aussi le Secrétaire d'Etat, peu rassuré sur les effets de pareils expédients, se rejette-t-il d'avance sur une autre explication d'autant plus téméraire que son interlocuteur en a déjà, une première fois, fait catégoriquement justice. Mon entretien, dit-il, n'a pas été rendu *complètement, per intiero,* par le dépêche, et à ce sujet il s'insurge contre l'emploi du mot *fidèlement,* qui figure dans la traduction française publiée par tous les journaux catholiques. Comme si un entretien tronqué, mutilé, était un entretien fidèlement rendu! Mais, laissant de côté cette frivole critique, je relève ces lignes surprenantes: il s'agit de la revision préalable, par le Vatican lui-même, des pièces de la correspondance et spécialement de la dépêche du 5 octobre; "Il est vrai — ainsi s'exprime le Cardinal — que différentes modifications proposées par le prélat délégué à la revision de l'échange de vue ont été admises; mais il est vrai aussi *qu'une autre, de non minime importance, réclamée par le même prélat pour éclaircir le sens indiqué par moi ne fut pas admise."* Après la triple revision de la dépêche du 5 octobre, c'est la première fois que cette assertion se produit au débat; j'ai ignoré absolument, jusqu'à ce jour, de quelle modification il pouvait s'agir ici. M. d'Anethan, interrogé à cet égard, a répondu qu'il m'a fait connaître les seules modifications qui aient été demandées après la communication de la minute de la dépêche du 5 octobre, les seules qui lui aient été ensuite demandées au moment de la publication, les seules que le Nonce ait été chargé de réclamer. Le baron d'Anethan a ajouté que, peut-être, le Cardinal fait ici allusion à un désir qu'il lui a exprimé plus tard, le 7 novembre 1879, de faire considérer les déclarations contenues dans la dépêche du 5 octobre comme étant l'expression de son opinion personnelle; à quoi il a répondu que son Gouvernement trouverait qu'il n'était pas accrédité auprès du Vatican pour recueillir les opinions personnelles du Cardinal Nina ou de tout autre membre du Sacré-Collége, mais celle du Ministre du Pape, du secrétaire de Sa Sainteté, parlant en son nom, à moins d'être désavoué. Le Cardinal n'ayant pas insisté sur une prétention insoutenable, puisqu'elle eût enlevé tout caractère officiel et sérieux à notre mission diplomatique, le baron d'Anethan n'avait pas même jugé nécessaire de m'en faire part. || Quoi qu'il ait tenté alors ou depuis, quoi qu'il fasse maintenant, le Ministre du Vatican ne supprimera pas cette lettre du 5 octobre. Il a beau protester aujourd'hui, après l'avoir lue et revue, après en avoir approuvé la rédaction, que sa responsabilité est à couvert, parce qu'elle n'est pas signée de sa main! Il a beau ajouter que s'il l'a laissé publier, c'est qu'il ne prévoyait pas que j'en ferais „un abus tellement énorme jusqu'à en tirer les conclusions que tous connaissent“. Cette assertion encore et contraire à la vérité; car mon accusé même de réception, daté du 17 octobre, que j'ai pris le soin de faire lire au Cardinal secrétaire d'Etat et dont il a reçu copie,

annonçait que je déduirais ces conclusions, c'est-à-dire que je constaterais un dissentiment entre le Saint-Siége et les Evêques. „Des explications complètes et catégoriques — écrivais-je, en effet, au ministre de Belgique — seront d'autant plus indispensables pour les Chambres que les journaux catholiques, considérés par le public comme les organes des évêques, *dénaturent l'attitude gardée par le Souverain Pontife à propos de la loi sur l'enseignement*, et que dans ce moment même, ils publient comme une vérité ce qui suit: „Le correspondant bruxellois de la *Germania* annonce *de bonne source* que le Saint-Père *a vivement approuvé l'attitude énergique* prise par l'Episcopat contre la loi de malheur. La publication des pièces restituera aux choses leur véritable caractère.“ || Le cardinal Nina était donc pleinement averti; il l'était même si bien, qu'un mois plus tard, à la veille de l'ouverture des Chambres, redoutant une publicité dont j'indiquais d'avance les inévitables résultats, il m'adressa sa dépêche du 11 novembre. Cette pièce *n'expliquait rien;* elle *rétractait* tout ce qui s'était fait depuis six mois. Cette fois encore, j'avertis le Saint-Siége et du sens que j'attachais à la dépêche du 5 octobre et de celui qu'avait à mes yeux la note du 11 novembre. „Cette note, disais-je, est opposée aux déclarations faites et donnerait lieu a une accusation de duplicité“. (Dépêche du 11 novembre 1879.) || Le Vatican avait le choix: il pouvait maintenir les déclarations du 5 octobre ou la note du 11 novembre qui les rétracte. || C'est la dépêche du 11 novembre qu'il retira en la déclarant non avenue, et il ajouta par là une nouvelle force aux déclarations du 5 octobre.

Le 18 novembre, je communiquai les pièces principales de la correspondance à la Chambre. La lecture en fit éclater avec une suprême clarté, pour tous ceux qui n'étaient pas initiés aux secrètes habiletés du Vatican, l'évidence d'un désaccord entre le Pape et les évêques, sinon sur les principes, au moins sur les questions d'application dans l'affaire scolaire. C'est alors que la presse ultramontaine avança que la correspondance ecclésiastique infirmerait la correspondance diplomatique. || Je n'hésitai pas un instant à interpeller le Vatican, et j'écrivis au baron d'Anethan: „Suivant les journaux catholiques, *l'Episcopat va publier des pièces pour établir* l'accord complet avec le Pape. S'il y a double jeu, l'effet sera désastreux pour la papauté. Demandez des explications“. (Dépêche du 21 novembre 1879.) || Le Cardinal répond: „Le ministère prétend-il que le Pape ferme la bouche des évêques obligés à se défendre? Il refuse d'en dire davantage“. (Dépêche du 23 novembre.) || Je répliquai incontinent: „Il ne peut être question de fermer la bouche à personne. Il faut savoir si on a pu écrire aux Evêques le contraire de ce qui a été écrit au Gouvernement. Voilà ce qu'on lit dans la presse catholique. La presse catholique dit-elle vrai? Voilà ce qu'il faut demander“. (Dépêche du 23 novembre.) || Et voici maintenant la réponse officielle et textuelle du Cardinal: „Le langage du Saint-Siége, dans ses actes, a toujours été le même. Comme l'Episcopat, il désapprouve la loi dans ses principes; il a constamment recommandé le calme, la prudence, la modération.“ (Dépêche du 24 novembre.)

Nr. 7429. Belgien. 8. Aug. 1880.

C'est après de tels faits que le Cardinal ose dire qu'il ne connaissait pas ma pensée, que j'ai abusé de ses paroles! C'est après des précautions si minutieuses qu'elles seraient à peine admissibles partout ailleurs, que le même Cardinal ose écrire que "c'était le devoir de M. Frère-Orban de sortir de l'incertitude et de supprimer tout doute!" C'est après avoir été mis en demeure de s'expliquer et avoir répondu comme je viens de le rapporter, montrant ainsi qu'il continuait à tenir la dépêche du 11 novembre comme "non avenue", que le Secrétaire d'Etat de Sa Sainteté n'éprouve aucun scrupule à publier "que le Saint-Siége était toujours prêt à répéter les mêmes déclarations du 11 novembre, et que, s'il ne l'a pas fait, c'est que, dès ce jour, je m'étais enfermé dans un rigoureux silence, sans jamais plus provoquer aucun échange d'idées?" || Est-il donc vrai "que je me sois enfermé dans un rigoureux silence" après le retrait de la dépêche du 11 novembre? J'ai, au contraire, provoqué et obtenu des explications qui m'ont confirmé dans la pensée que rien ne pouvait altérer les déclarations de la correspondance diplomatique. L'exposé de l'affaire avait alors été soumis aux Chambres; on avait entendu mes appréciations; je n'avais plus à parler. Le Secrétaire d'Etat de Sa Sainteté, qui oublie que je n'avais pas gardé le silence après le retrait de la dépêche du 11 novembre, oublie encore que, du mois de novembre au mois de mars, la question du maintien de la légation belge auprès du Saint-Siége resta pendante devant le Parlement, que je réclamai ce maintien avec énergie et persistance en protestant que je croyais, que je devais croire à la sincérité du Vatican. Si, à Rome, on vivait sur une équivoque, il n'y en avait à ce moment aucune dans ma pensée, et le Saint-Siége, en face des Chambres et du Gouvernement belges, qui n'accordèrent la continuation des rapports diplomatiques avec lui que dans la conviction qu'il n'approuvait pas "les conséquences excessives et inopportunes" tirées par les Evêques de principes qu'ils croyaient justes, et que, "si les conseils du Pape avaient été suivis, une autre solution" aurait été donnée au conflit, le Saint-Siége ne prononça pas une parole pour couvrir l'Episcopat ou désavouer mon langage, alors qu'aucune nécessité impérieuse ne lui imposait le silence. C'est ce silence et non le mien qui demandait une explication. Quand enfin, au mois d'avril, en présence de la contradiction persistante entre l'attitude de l'Episcopat et le langage officiel du Saint-Siége, j'interrogeai à cet égard son Secrétaire d'Etat, on fut si pressé de lever mes doutes qu'on mit un mois à me répondre, malgré mes instances réitérées pour obtenir les éclaircissements que je réclamais! | Cette lenteur a d'autant plus lieu d'étonner que, suivant le Secrétaire d'Etat de Sa Sainteté, "la réponse expédiée le 3 mai répétait en substance les mêmes choses que contenait la dépêche du 11 novembre". On a donc simplement voulu faire revivre un acte annulé six mois auparavant, et pour pouvoir le faire sans encourir le reproche de contradiction, il a fallu inventer une distinction sophistique, totalement inouïe jusqu'à ce jour dans les annales de la diplomatie. Le retrait officiel d'une dépêche déclarée *non avenue* par le re-

présentant du Gouvernement dont elle émane — nous apprend le Cardinal Nina — n'est qu'une *formalité diplomatique* ne pouvant avoir la puissance *d'altérer la substance des choses.* "Le retrait provisoire d'un document simplement *explicatif,* retrait qui n'avait d'autre but que d'empêcher la menace d'une rupture de se réaliser, n'a pas pu faire que M. Frère-Orban perdît la notion exacte de la pensée du Saint-Siége sur la conduite de l'Episcopat dans la question scolaire."

L'aveu est ingénu et les Gouvernements qui auront encore à traiter avec le Vatican prendront acte sans doute de la délicatesse de sens moral qu'il révèle. Ainsi, on retirait un acte important pour obtenir un résultat matériel déterminé, et on s'adjugeait en même temps le bénéfice morale de cet acte! Et le Cardinal Nina se défend de la pensée d'avoir voulu tromper le Gouvernement belge, qui aurait dû soupçonner apparemment qu'une dépêche retirée ne l'était pas, que, lorsqu'on négocie avec le Vatican, un acte déclaré par lui *non avenu* subsiste néanmoins dans toute sa force! Je ne pouvais plus lire à la Chambre la dépêche du 5 octobre, parce qu'un acte déclaré *non avenu* l'avait rétractée; car la feuille de papier seule était *non avenue;* mais la pensée qui s'y trouvait tracée était conservée! || Je ne m'arrêterai pas à relever la moralité d'une pareille restriction mentale. Je me bornerai à faire observer que cette explication, si compromettante en elle-même, ne saurait atteindre son but, puisqu'elle est démentie d'avance par un fait matériel, irrécusable. Le Cardinal Nina, en effet, a été mis une seconde fois en demeure de se prononcer entre le système de la dépêche du 5 octobre et celui de la note du 11 novembre. C'était le 24 novembre, six jours après que j'eusse prononcé à la Chambre mon discours, dont le texte était alors connu à Rome. Qui fit Son Eminence? Répéta-t-elle la dépêche du 11 novembre? Non; mais Elle me fit transmettre par M. d'Anethan, en quatre lignes, un résumé nouveau de la dépêche du 5 octobre.*) C'est sur la foi de cette déclaration que je proposai et défendis le maintien de la Légation.

C'est par une échappatoire de même nature et de même valeur que le Secrétaire d'Etat du Saint-Siége me renvoie aux lettres adressées — on voit maintenant dans quel but — au Roi par le Pape le 31 août et le 4 novembre, „lettres que M. Frère-Orban ne pouvait ignorer, dit le Cardinal Nina", et qui approuvaient explicitement l'attitude des Evêques. Je ne sais de quel droit le Ministre du Vatican affirme que je n'ai pu ignorer les lettres adressées à Sa Majesté. Les lettres privées que les souverains échangent entre eux ne sont pas du ressort du Conseil des ministres.

---

*) Belgischer Gesandter beim h. Stuhle an den belgischen Min. d. Ausw.: Rome, le 24 novembre 1879. Voici la réponse officielle et textuelle du Cardinal: Le langage du Saint-Siége, dans ses actes, a toujours été le même. Comme l'Episcopat, il désapprouve la loi dans ses principes; il a constamment recommandé le calme, la prudence et la modération.

Bon d'Anethan.

Nr. 7429. Belgien. 8. Aug. 1880.

Au demeurant, que signifie ce dédale de controverses hasardées dans lesquelles s'engage le Cardinal secrétaire d'Etat? Son Eminence m'a adressé une dépêche le 11 novembre, que je n'ai pas refusé de recevoir, comme on le répète, que j'ai reçue, au contraire, et dont il m'a été laissé copie; j'ai apprécié et qualifié cet acte en déclarant quelles en seraient les conséquences s'il était maintenu. On l'a retiré; j'ai restitué la copie; l'acte a été déclaré *non avenu*. Ces divers éléments sont inséparables, comme la défense l'est de l'agression. La dépêche du 11 novembre a été retirée pour échapper à une accusation légitime et conserver des relations diplomatiques; le 3 mai, le Vatican a réédité la dépêche du 11 novembre; je reproduis mon appréciation et j'applique les conséquences annoncées d'avance, le rappel de la Légation belge. De quoi peut se plaindre le Saint-Siége? Il a été suffisamment averti et il a réfléchi pendant six mois avant de prendre son parti.

Mais le Cardinal Nina ne croit pas que ce soit assez de se défendre; il prend l'offensive et m'adresse un double reproche. Il m'accuse de „*n'avoir pas eu honte, dans un langage qui m'est tout à fait particulier*“, de me servir de documents émanés de tierces personnes, c'est-à-dire d'avoir enfin, quand tout le monde les avait lus, compris, commentés, tenu compte au débat des écrits publiés par l'Evêque titulaire de Tournai. Je n'ai pas à apprécier la manière légitime ou non, dont ces documents sont tombés dans le domaine public; mais ils lui appartiennent irrévocablement, ils sont acquis à l'histoire. C'était mon droit et mon devoir d'en faire usage, s'ils éclairaient la marche et le caractère d'une négociation où se trouvaient impliqués l'honneur et les intérêts du pays. Ces documents ont jeté sur les agissements du Saint-Siége une lumière que n'offusqueront pas les explications embarrassées du Cardinal Nina.

Il reste démontré par la lettre du Cardinal Dechamps, en date du 17 juin 1879, que le Pape avait hautement approuvé et loué, mais dans le plus profond secret, une lettre pastorale que son ministre me déclarait ne pas connaître: ce fait subsiste, et le Secrétaire d'État du Saint-Siége n'essaye pas même ici, comme il le fait ailleurs, de s'approprier le vain subterfuge par lequel on cherche aujourd'hui à dégager la papauté en faisant intervenir un agent officieux et inconnu. Il ne reste pas moins établi, par la lettre de l'évêque de Liége du 26 décembre 1878, que le Nonce apostolique à Bruxelles a collaboré au mandement du 7 décembre de cette année, mandement qui est une attaque directe et injurieuse contre les Ministres du Roi dont les projets sont qualifiés d'impies et de pervers, en même temps qu'une protestation véhémente contre tout le système politique représenté au pouvoir par le Gouvernement actuel. Voilà l'acte auquel le Secrétaire d'État du Saint-Siége ne trouvait rien à reprendre, et que le Nonce pressait l'évêque de Tournai de revêtir de sa signature. || Le Cardinal cherche à excuser cette démarche en disant „que l'on permit seulement au Nonce apostolique d'inviter Mgr Dumont à s'unir aux autres prélats dans le jugement de la loi *alors existante* de 1842“. Par

une fatalité bien fâcheuse pour le Secrétaire d'État de Sa Sainteté, sa circulaire était publiée en même temps que l'on révélait ici la lettre du Nonce à l'Evêque, du 19 décembre 1878. Or, le Nonce y déclare „qu'ayant lu la pièce rédigée à Liége, elle lui a semblé très digne à tous les points de vue... et qu'il est certain d'être, cette fois-ci, le fidèle interprète des vrais désirs du Saint-Père en engageant l'évêque à adhérer au projet qui a déjà mérité l'approbation de tous ses vénérés Collègues". || Il y avait six mois alors que, de sa propre initiative, le Vatican s'était mis en rapport avec moi pour m'exprimer des sentiments conciliants, et le 29 octobre 1878 le Cardinal Nina m'avait fait communiquer ces paroles: „Les déclarations que je viens de formuler ci-dessus sont propres à persuader tous les gouvernements du vif désir qui anime le Saint-Siége de voir la paix et la tranquillité de plus en plus assurées dans le sein des Etats, sans distinction de leurs formes constitutives, *ni des personnes qui président successivement à leur gouvernement.*" Et l'on ajouta depuis „que l'on ne cessait pas de donner des conseils de calme, de prudence et de modération".

Le seconde reproche que m'adresse le Secrétaire d'Etat du Pape est un reproche d'ingratitude. Le Saint-Siége, dit-il, a fait les plus larges concessions; je n'y ai répondu qu'en élevant sans cesse des prétentions nouvelles. Quoiqu'il connût les antécédents du *personnage* qui prenait cette attitude — Son Eminence a apparemment oublié les termes dont elle s'est servie pendant quinze mois vis-à-vis de ce *personnage* qui, dès lors, avait formulé toutes ses prétentions — le Saint-Siége a accumulé néanmoins les témoignages de sa condescendance; le rappel de la légation a été sa récompense. „Aucun gouvernement, même parmi les plus puissants de l'Europe — ainsi conclut Son Eminence — ne s'est jamais présenté devant le Saint-Siége avec des prétentions telles et si exagérées; aucun gouvernement n'a jamais mis un prix si dur à la continuation des rapports officiels avec le chef auguste de l'Eglise." || Le Cardinal Nina montre ici qu'il ne garde pas meilleur souvenir de l'histoire que des événements d'hier. Il ne se souvient pas que la première pensée du Gouvernement actuel, en arrivant au pouvoir, fut de rappeler la légation auprès du Vatican. C'était là, suivant lui, *une injustice, une injure.* Pourquoi? Les relations diplomatiques ne sont pas de droit; en les nouant ou les cessant, chaque Etat ne s'inspire que de ses intérêts et de sa dignité. Mais le Saint-Siége attachait un grand prix au maintien de ces relations; il prit l'initiative d'ouvertures qui semblaient conciliantes; au risque de paraître tomber en contradiction en conservant un état de choses que nous avions déclaré depuis longtemps être peu en harmonie avec nos principes constitutionnels, le rappel projeté fut suspendu, et je fis connaître à quelles conditions le maintien provisoire pourrait devenir définitif. Que fit-on au Vatican pour répondre à cette preuve de condescendance, pour justifier devant le pays la conservation des rapports officiels? On le sait assez maintenant. || Et quelles sont „ces prétentions exagérées" que le Saint-Siége dénonce avec tant d'amertume? Je n'ai pas demandé que

Nr. 7429. Belgien. 8. Aug. 1880.

le Saint-Siége *acceptât*, comme dit le Cardinal, la loi scolaire; j'ai demandé que les catholiques belges ne fussent pas traités, pour leur participation à cette loi, autrement que les catholiques romains ne sont traités par le Pape lui-même pour leur coopération à une loi reposant sur les mêmes principes. Voilà l'énormité, pratiquée en maintes contrées aussi bien qu'à Rome, à laquelle, plutôt que d'y souscrire, le Vatican a préféré sacrifier des relations officielles avec le Gouvernement belge. || Son Eminence s'aventure loin quand elle ajoute que jamais pouvoir n'a traité ainsi avec le chef de l'Eglise. Je ne crains pas de la suivre sur ce terrain, et j'aurai peut-être l'occasion de montrer un jour, comment, d'une part, les Papes entendaient et sanctionnaient les devoirs des agents diplomatiques accrédités auprès de leur personne; comment, d'autre part, parlaient aux Papes les ambassadeurs des puissances catholiques qui avaient lieu de s'en plaindre; comment surtout traitaient leurs Nonces ces Souverains d'ancien régime qui se proclamaient les fils dévoués et soumis de l'Eglise, mais ne se faisaient pas scrupule pour envoyer à la frontière, par la force armée, dans les quarante-huit heures et parfois en moins de temps, les Ministres du Saint-Siége ayant failli à leurs devoirs ou méconnu les obligations que leur impose le droit des gens. || Je ne pousserai pas plus loin cet examen du dernier document pontifical. Aussi bien ce débat est-il épuisé. S'il doit être repris, ce sera ailleurs et dans d'autres conditions. Mais puisque le Secrétaire d'Etat du Saint-Siége persiste à présenter sous un jour qui les dénature mes paroles et mes actes, il sera utile de reconstituer complètement, en y comprenant tous les documents qui l'éclairent et l'expliquent, le dossier de l'*échange de vues* avec le Vatican. Chacun aura alors sous la main tous les éléments d'appréciation et la question sera déférée intégralement au seul tribunal dont elle relève désormais, la conscience publique et l'histoire. || Vous voudrez bien, Monsieur, faire usage des considérations qui précèdent dans vos rapports avec les membres du Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, ainsi que dans vos entretiens avec vos collègues du Corps diplomatique. || Agréez, etc.

Frère-Orban.

Tunesisch-Französische Angelegenheiten.

Nr. 7430. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. (Waddington) an den franz. Botschafter in London (d'Harcourt). — England wird Frankreich in Tunis freie Hand lassen.

Paris, le 26 Juillet, 1878.

Nr. 7430. Frankreich. 26. Juli 1878.

M. le Marquis, — Je vous ai transmis, il y a quelques jours, le texte de la communication que j'ai reçue du Marquis de Salisbury à Berlin*) concernant la Convention d' Alliance Défensive signée à Constantinople le 4 Juin entre l'Angleterre et la Porte Ottomane. Je vous ai rendu compte en même temps des explications dans lesquelles, à cette occasion, le Principal Secrétaire d'Etat de la Reine avait bien voulu entrer avec moi au sujet du maintien des intérêts Français en Syrie et en Egypte. || Il est un autre point sur lequel nous avons été amenés à échanger aussi nos vues et dont je désire vous entretenir spécialement aujourd'hui. Au cours de l'examen que nous faisions ensemble des conséquences qui devaient découler du nouvel état des choses en Orient pour les Puissances Riveraines de la Méditerranée, et en particulier pour la France et l'Angleterre, notre attention s'est portée sur la Régence de Tunis. Lord Salisbury n'ignorait pas la sollicitude que devait causer au Gouvernement Français le sort de ce petit pays, dont la situation intérieure est si précaire, et sur lequel son voisinage immédiat avec l'Algérie nous oblige à tenir constamment l'oeil ouvert. Allant de lui-même au devant des préoccupations qu'il pouvait nous supposer, il s'est appliqué à me faire entendre dans le langage le plus amical et le plus explicite à la fois, que l'Angleterre était décidée à ne nous susciter aucun obstacle de ce côté, que dans sa pensée il ne devait tenir qu'à nous seuls de régler au gré de nos convenances la nature et l'étendue de nos rapports avec le Bey, et que le Gouvernement de la Reine acceptait d'avance toutes les conséquences que pouvait impliquer pour la destination ultérieure du territoire Tunisien, le développement naturel de notre

---

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXV, Nr. 6879.

Nr. 7430. Frankreich. 26. Juli 1878.

politique. || "Faites à Tunis ce que vous jugerez convenable," m'a dit sa Seigneurie; "l'Angleterre ne s'y opposera pas et respectera vos décisions." Revenant dans une autre occasion sur ce sujet Lord Salisbury n'hésitait pas à me confier qu'il regardait comme moralement impossible que le régime actuel put durer à Tunis, et qu'aux yeux du Cabinet Anglais il appartenait à la France de présider à la régénération de ce pays consacré par de grands souvenirs. | Je ne pouvais que reconnaître le sentiment amical pour notre nation qui inspirait ces paroles. J'ai remercié Lord Salisbury de la largeur de vues qu'il apportait dans son appréciation spontanée de notre rôle à l'égard d'un pays placé par la force des circonstances dans l'orbite de notre action. || "Il est possible," lui ai-je dit, "que l'avenir nous impose à l'égard de la Tunisie une responsabilité plus directe que celle qui nous incombe aujourd'hui. Le cours naturel des choses, je l'admets avec vous, destine sans doute cette contrée à compléter un jour l'ensemble des possessions de la France en Afrique; aussi bien dès aujourd'hui ne permettrons-nous à aucune Puissance étrangère de s'y établir et repousserions-nous par les armes toute tentative de ce genre. Je sonsidère donc comme un gage précieux de la bonne entente qui doit régner entre nos deux peuples les déclarations que vous m'avez fait entendre et je serai heureux de les transmettre à mon Gouvernement. Bien que j'ignore quelles peuvent être ses intentions à ce sujet je ne crois pas qu'il acceptât, dans les circonstances actuelles, une annexion pure et simple telle que vous êtes disposé à l'envisager dès à présent. Un acte semblable ne serait pas en harmonie avec notre politique générale, il ne serait pas suffisamment motivé aujourd'hui par les difficultés et les ennuis très réels d'ailleurs que nous éprouvons souvent avec nos voisins de Tunis. Ce qui rentrerait à la vérité dans les données de la situation comme nous le comprenons, c'est que notre protectorat dans ce pays fût reconnu d'une manière formelle; avant tout, ce qui nous importe c'est que nous ayons une entière liberté d'y étendre notre influence et d'y développer nos intérêts de la façon qui nous conviendra le mieux, sans nous heurter à des prétentions rivales." || Tel est, M. le Marquis, le résumé des réponses que j'ai faites, dans plusieurs entretiens, aux ouvertures de Lord Salisbury. Je vous prie de lui témoigner, à votre tour, l'impression favorable qu'en a éprouvée le Gouvernement Français. Les paroles du Principal Secrétaire d'Etat m'avaient été confirmées à Berlin par la bouche du Comte de Beaconsfield, et nous ne pouvons douter par conséquent du parfait accord de vues qui existe dans cette question entre les divers membres du Gouvernement de la Reine. En faisant connaître au Ministre des Affaires Etrangères la satisfaction avec laquelle nous prenons acte de ses déclarations vous voudrez bien lui remettre, à titre d'ailleurs tout à fait confidentiel, une copie de la présente dépêche destinée à en préciser les termes. || Veuillez, &c.

Waddington.

Nr. 7431. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Salisbury) an den engl. Botschafter in Paris (Lyons). — Englands Stellung zu Tunis.

Foreign Office, August 7, 1878.

Nr. 7431 Gross-britannien 7. Aug. 1878.

My Lord, — I have the honour to inclose to your Excellency a copy of a despatch from the Minister of Foreign Affairs in France, which was handed to me on Saturday by the French Ambassador. || The subject to which it relates was referred to more than once in the very satisfactory conversations which I had with M. Waddington at Berlin. They were of a private character, and did not differ in their circumstances from those which daily took place between the various Plenipotentiaries. I did not, therefore, at the time make any note of them, or transmit any summary of them to your Excellency, as it is usual to do after conversations of importance taking place at the Foreign Office. I am consequently unable to affirm, that M. Waddington has reproduced the precise words made use of then either by himself or me. I am rather disposed to think that, though he has used the form of quotation, he merely desired to indicate the general bearing of our communications, and especially the amicable feelings towards France by which my language was inspired. So far, and without being able to confirm the exact phrases attributed to me, I have great pleasure in bearing witness to the general justice of his recollections. || Instead, however, of offering any verbal criticisms upon them, it will be simpler to state in a few sentences the views which Her Majesty's Government entertain upon this subject. || They have witnessed with lively satisfaction the success of the experiment conducted by France in Algeria, and the great work of civilization which it is accomplishing in that country. They have never been unaware, that the presence of France on those shores, supported as it is by an imposing military force, must have the effect of giving to her, when she thinks fit to exercise it, the power of pressing with decisive force upon the Government of the neighbouring Province of Tunis. This is a result which they have long recognized as inevitable and have accepted without reluctance. England has no special interests in this region which could possibly lead her to view with apprehension or distrust the legitimate and expanding influence of France. || On the future destinies of this province it is unnecessary to speculate. I think M. Waddington must have misconceived me in understanding that I foreboded an early fall to the existing Government of Tunis. My information would rather lead me to expect that, if it is disturbed by no external shock, it may last for a considerable time. With respect, therefore, to an event which may be distant, I will only say, that it will not alter the attitude of England. She will continue to recognize, as she does now, the natural results of the neighbourhood of a powerful and civilizing country like France, and she has no counter-claims of her own to advance. There is one consideration, however, to which I drew

Nr. 7431. Gross-britannien. 7. Aug. 1878.

the attention of M. Waddington in conversation, and to which I ought not to omit all reference upon the present occasion. France is not the only country which lies in close proximity to Tunis. I have no means of knowing the exact views of the Italian Government upon this question, but I have grounds for believing that it is one to which their attention has been drawn. Her Majesty's Government must not be understood as having arrived at any opinion upon the position which Italy may take up in reference to the region under discussion; for as no communications have passed between the two Governments on this matter, any such opinion would have been formed in entire ignorance. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 7432. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Botschafter in Paris. — Stellung des neuen Ministeriums zu der tunesischen Frage.

Foreign Office, June 17, 1880.

Nr. 7432. Gross-britannien. 17. Juni 1880.

My Lord, — The French Ambassador spoke to me on the 9th instant on the subject of Tunis. || His Excellency said, that the interests of France in Africa did not permit her to be indifferent to whatever affected the condition of Tunis. The Government of that country was weak, and it would be unwise to ignore the possibility of its coming to an end. It was far from the desire of the French Government to accelerate such an event, and to profit by it to obtain an extension of territory. On the contrary, they were desirous of preventing any such contingency. But, at the same time, they found it necessary to exercise a certain amount of influence over the Tunisian Government themselves, and they were jealous of the establishment of any preponderating influence there by other Powers. || M. Léon Say went on to explain a question which had recently arisen between the French and Italian Governments. || The French Government, he said, had established a Tunisian line of telegraphs, the Tunisian Government not being able to find the necessary funds, and a Convention had been agreed to by which the Government took the enterprise upon themselves. || This Convention, therefore, gave to France a telegraphic monopoly in Tunis. Latterly the Italians have proposed to extend an Italian line into Tunis. The French pleaded their right of monopoly, offered to allow the Italian wires to be put in connection with the French bureaux, but objected to the establishment of the Italian bureaux in the country. There had arisen from this discussion a certain amount of unfortunate irritation, and in Eastern countries such questions not unfrequently became envenomed by the excitement of personal resentment between the local representatives. || His Excellency said, that at Berlin Lord Beaconsfield and Lord Salisbury held very friendly language on the subject of Tunis. They had repudiated the notion of any jealousy on the part of

England of the growing influence and civilizing effects of French administration in Africa; and they seemed rather to encourage than to deprecate the very sensible increase of French influence over Tunis, even if it were to be pushed to a degree greater than was intended or desired by France. || The French Government did not wish to press Her Majesty's Government on the subject, but they would be glad to know as early as convenient whether the present Government shared the views of their predecessors. || I saw M. Léon Say again on the 12th instant and returned to the subject. || I stated to his Excellency, that in the correspondence which is preserved in this Office respecting the communications which passed between Lord Salisbury, Lord Beaconsfield and M. Waddington at Berlin on the subject of Tunis, I found that there was some discrepancy between what was originally mentioned in private conversation and what was afterwards recorded officially to your Excellency as the opinion of the late Government. I found also, that Lord Salisbury in that despatch had distinctly reserved any opinion upon the position which Italy might take up in reference to Tunis. || I said that, in the view of Her Majesty's Government, Tunis was a portion of the Ottoman Empire, to dispose of which Great Britain had no moral or international right. But Her Majesty's Government had no jealousy of the influence which France, from her greater power and her high civilization, exercised, and is likely to exercise, over Tunis. || Her Majesty's Government, I said, were in the same position as their predecessors as regards the position which Italy may take up in reference to Tunis. || I am, &c.

Nr. 7432. Grossbritannien. 17. Juni 1880.

Granville.

Nr. 7433. **ITALIEN.** — Botschafter in London (Menabrea) an den engl. Min. d. Ausw. — Bittet um Auskunft über die Haltung Englands im Fall eines französischen Angriffes auf Tunis.

Londres, le 6 Avril, 1881, 8 A. M.

M. le Comte, — J'ai reçu cette nuit de M. Cairoli un télégramme par lequel il me fait part de la grande surexcitation que produit à Rome la nouvelle d'une expédition Française contre la Tunisie; il m'annonce, en même temps, que, ce matin même, auront lieu, à ce sujet, à la Chambre des Députés, des interpellations qui menacent de prendre un caractère très sérieux. Comme l'intérêt que nous avons dans cette question ne diffère pas de celui de l'Angleterre, qui est de maintenir l'indépendance du Bey, et afin de pouvoir dire à la Chambre quelques paroles propres à calmer les esprits, M. Cairoli prie votre Excellence, par mon intermédiaire, de vouloir bien lui faire savoir, ce matin même, si c'est possible, si la France a fait quelques déclarations rassurantes sur ses projets réels, et quelles seraient l'attitude et les intentions du

Nr. 7433. Italien. 6. April 1881.

Nr. 7433. Italien. 6. April 1881.

Gouvernement de la Reine dans le cas où cette Puissance prendrait prétexte des attaques de quelques tribus sauvages et barbares pour occuper la Tunisie. J'attends quelques mots de votre Excellence afin de mettre M. Cairoli à même de répondre, avec exactitude, aux interpellations sur cette question, dans laquelle il désire marcher, autant que possible, d'accord avec l'Angleterre. Veuillez, &c.

L. F. Menabrea.

Nr. 7434. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den italienischen Botschafter in London. — Verweist auf die französischen Versicherungen, die Rechte der andern Nationen nicht zu schmälern.

18, Carlton House Terrace, April 6, 1881.

Nr. 7434. Gross-britannien. 6. April 1881.

M. l'Ambassadeur, — I have on several occasions repeated to your Excellency the assurances which I have at different times received from the French Governement, to the effect that, while France claimed to exercise the influence over Tunis which is necessary for a powerful civilized country over a small and less civilized neighbour, she did not desire in any way to interfere with the rights of foreign residents or foreign traders in Tunis, and that she had no intention to annex Tunis. I have since received no intimation of any change of policy on the part of the French Government. || I observe, that the daclarations in the Chambers yesterday by the French Government speak only of the brigands, and make no complaint against the Tunisian Government. || I have &c.

Granville.

Nr. 7435. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Veranlassung und Zweck der tunesischen Expedition.

(Extract.) Paris, April 6, 1881.

Nr. 7435. Gross-britannien. 6. April 1881.

With reference to my despatches of yesterday and of to-day, I have the honor to report to your Lordship, that M. Barthélemy St.-Hilaire spoke to me this afternoon of the incursion of the Kroumirs from the Tunisian frontier into Algeria, and of the measures taken in consequence by the French Government. || The French territory had, his Excellency said, for many years past suffered from the lawlessness of the tribes nominally under the sovereignty of the Bey of Tunis. More than 400 incursions of more or less gravity were on record; but this last had surpassed in atrocity those which had preceded it. French soldiers had been killed; the state of the frontier had become intolerable; and the French Government were determined to put a stop once

for all, to these attacks. || They were, he went on to say, about to send a corps of from 12,000 to 15,000 men to the Tunisian frontier to inflict a signal chastisement on the Kroumirs and other lawless tribes. This number of men would be sent from France, and they would either go themselves to the frontier or take the place of troops already in garrison in Algeria, who, being inured to the climate, might perhaps be better adapted for active service in the expedition. || The Bey of Tunis would be reminded of his responsibility as sovereign of the country whence the incursions proceeded, and would be invited to send troops of his own to co-operate with the French expedition. The French troops would be assembled on the French side of the frontier, and they would not cross the frontier without necessity; but they would be empowered to do so if their military operations required it. Should the necessity for entering the Tunisian territory arise, the French Commander would give the Bey notice. || M. Barthélemy St.-Hilaire spoke of the operations as if they were to be confined to the neighbourhood of the frontier, and to be directed only to the punishment of the lawless frontier tribes. || He proceeded, however, to advert to the general grievances of France against Tunis, and said, that he hoped the Bey would soon return to his senses and see the impolicy of dealing unfairly with French interests. || M. Barthélemy St.-Hilaire repeated the assurances so often given, that he considered that the annexation of Tunis to France would be a mistake and a misfortune. It was however, he affirmed, absolutely necessary, that French influence should be predominant in the Regency, and that French enterprise should have fair play, and, as a natural consequence, take the lead. France could not allow any other Power to make Tunis the fulcrum of a lever with which to disturb the French possessions in Africa.

Nr. 7435. Grossbritannien. 6. April 1881.

Nr. 7436. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. (Barthélemy-Saint-Hilaire) an den franz. Geschäftsträger in Tunis (Roustan). — Aufforderung an den Bey, seine Truppen mit den französischen gegen die Khoumirs zu vereinigen.

Paris, 6 avril 1881.

J'ai reçu vos deux télégrammes d'hier concernant les explications que le Bey désire recevoir. || Veuillez déclarer à ce prince que nous faisons fond sur l'amitié fidèle dont il nous a si souvent donné l'assurance et dont nous avons à réclamer de lui aujourd'hui des marques effectives. Un péril menace l'intégrité de notre territoire et la sécurité des populations qui y vivent sous la protection de nos lois. Ce péril vient de tribus insoumises qui occupent une partie des États du Bey, et contre lesquelles un devoir impérieux de défense légitime nous oblige d'opérer avec vigueur. Nous ne pouvons malheureusement

Nr. 7436. Frankreich. 6. April 1881.

Nr. 7436. Frankreich. 6. April 1881.

pas compter sur l'autorité du Bey pour réduire ces tribus avec l'énergie et la promptitude qui sont indispensables à un état de soumission qui les rende désormais inoffensives. Mais nous avons le droit de compter sur les forces militaires du Bey pour nous prêter main-forte dans l'œuvre de la répression nécessaire. Nos Généraux reçoivent en conséquence l'ordre de s'entendre amicalement avec les Commandants des troupes tunisiennes, et de les avertir au moment où les besoins des mouvements stratégiques les amèneront à emprunter pour leurs opérations le territoire tunisien, soit près de la Calle, soit dans la vallée de la Medjerdha. C'est en alliés et en auxiliaires du pouvoir souverain du Bey que les soldats français poursuivront leur marche; c'est aussi en alliés et en auxiliaires que nous espérons rencontrer les soldats tunisiens, avec le renfort desquels nous voulons châtier définitivement les auteurs de tant de méfaits, ennemis communs de l'autorité du Bey et de la nôtre.

Barthélemy-Saint-Hilaire.

Nr. 7437. TUNIS. — Der Bey an die Vertreter der Grossmächte in Tunis. — Entstehung des Konflikts mit Frankreich.

(Traduction.)

Nr. 7437. Tunis. 8. April 1881.

Il nous avait été soumis dans ces derniers temps que des conflits avaient eu lieu entre des tribus Tunisiennes et des tribus Algériennes, leurs voisins du coté de la Ragba, dans lesquels des actes de vol et d'autres crimes ont été commis de part et d'autre. Nous avons envoyé immédiatement des Délégués de notre part, sur les lieux, avec mission d'avoir des conférences avec les Délegués Français pour régler ces affaires d'après le mode de règlement en usage entre nous dans ces sortes d'affaires. L'entente n'a pas pu avoir lieu, et, en dernier lieu, le Délégué Algérien s'est abstenu deux fois de se rendre à la conférence au jour indiqué, sous le prétexte qu'il était indisposé, et enfin qu'il n'avait pas d'instructions. || Pendant ce temps d'autres faits isolés de la même nature ont eu lieu entre des individus de la tribu Tunisienne des Khamirs et quelques individus des tribus Algériennes, faits qui sont habituels aux tribus qui sont voisines entre elles, quand même elles appartiendraient à un même Etat. Aussitôt que cette autre nouvelle nous est parvenue nous avons immédiatement envoyé un Kahia avec une partie de cavaliers pour s'enquérir des faits, rétablir l'ordre, et empêcher nos tribus de se livrer à des voies de fait contre leur voisins, même dans le cas où ceux-ci auraient commencé l'agression. Notre Délégué nous a assuré que nos tribus se sont rendues à cette invitation et que l'ordre n'a plus été troublé. || Ne voulant pas nous arrêter à cette seule mesure nous avons envoyé notre Ministre de la Guerre à la tête d'une colonne expéditionnaire composée de troupes régulières et de cavaliers; nous avons également décidé d'envoyer notre frère, Sidy Ali Bey, avec une autre colonne, qui se mobilise en ce moment dans le but

d'assurer définitivement la tranquillité dans cette région et régler les réclamations respectives. || Sur ces entrefaites nous recevons la lettre dont vous trouverez ci-inclus copie, par laquelle M. le Chargé d'Affaires de France nous annonce que le Gouvernement de la République a décidé de faire châtier quelques tribus Tunisiennes. Par la réponse que nous lui avons faite et dont vous trouverez également une copie ci-inclus, nous avons fait savoir à M. le Chargé d'Affaires de France que nous avions déjà pris les mesures nécessaires à l'égard de nos tribus; nous avons en même temps protesté contre l'entrée éventuelle des troupes Françaises sur notre territoire, laquelle est considérée par nous comme une violation de nos droits et de ceux de l'Empire Ottoman, dont la Régence fait partie intégrante. Nous avons également fait à la Sublime Porte un rapport détaillé de tout ce qui est arrivé, pour couvrir notre responsabilité vis-à-vis d'elle. || Les intérêts des étrangers des sujets des Puissances Européennes à Tunis étant liés avec ceux de la Régence, nous avons cru devoir nous adresser à vous, ainsi qu'à vos collègues, Représentants des Grandes Puissances, avec prière d'informer votre Gouvernement et leurs Gouvernements respectifs de la situation. Nous nous adressons à leurs sentiments bien connus de justice et d'équité pour qu'ils nous prêtent leurs concours dans le but de sauvegarder nos droits et ceux de l'Empire Ottoman. Nous les prions également de faire cesser les actes et les menaces qui auraient pour effet des dangers dont nous déclinons toute responsabilité.

Nr. 7437. Tunis. 8. April 1881.

Ecrit le 9 Joumada-el-Oula, 1298 (8 Avril, 1881).

Nr. 7438. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. General-Consul in Tunis. — Empfiehlt möglichste Zurückhaltung im französisch-tunesischen Konflikt.

Foreign Office, April 8, 1881.

Sir, — I have received your telegram of yesterday, reporting the communication which has been made to the Bey by the French Chargé d'Affaires relative to the punishment of the Hamir tribe and the reply made to M. Roustan by His Highness. || Should your advice be sought Her Majesty's Government desire that you should recommend the Bey to take all necessary measures to co-operate with the French authorities in the punishment of any recent outrages committed by the frontier tribes. || As to the attitude you yourself should observe, I have to refer you to the spirit of the instructions with which I have furnished you with regard to differences with France in Tunis, and to desire that you will maintain a careful reserve. || I am, &c.

Nr. 7438. Grossbritannien. 8. April 1881.

Granville.

Nr. 7439. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Besorgniss, dass die Franzosen über den ursprünglichen Zweck der Expedition hinausgehen werden.

Paris, April 8, 1881.

Nr. 7439. Gross-britannien. 8. April 1881.

My Lord, — In my despatch of the day before yesterday, which I forwarded on that day by post, I reported to your Lordship, without comment, immediately after an interview with M. Barthélemy St.-Hilaire, the language held to me by his Excellency with regard to the French expedition to the frontier of Tunis. || M. Barthélemy St.-Hilaire's language implied that the expedition was undertaken solely with a view to chastise the lawless tribes, and that it was not intended that it should enter farther into Tunisian territory than might be necessary for this purpose. || It may be that the present intentions of the French Government do not go much beyond this. || I am not, however, blind to the probability that they may be led on much farther; and even M. Barthélemy St.-Hilaire hinted that the opportunity might be taken to bring the Bey of Tunis to his senses with regard to other matters affecting French interests. || It will have struck your Lordship, that M. Barthélemy St.-Hilaire, while giving assurances, satisfactory so far as they went, did not give any distinct pledge. He repeated the opinion, that he should think it a mistake and a misfortune to annex Tunis to France; but he put this in the form of an opinion, not of a promise. || Without therefore attributing any very definite designs against the independence of the Regency to the French Government, I do not think it possible to view the accumulation of French forces in the vicinity of Tunis without anxiety. || The public press calls loudly for the establishment of a French Protectorate at least, and general irritation against Italy produces a cry for measures in Tunis to bring not only the Bey but the Italians to their senses. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7440. **FRANKREICH.** — Geschäftsträger in Tunis an den franz. Min. d. Ausw. — Uebersendung der ablehnenden Antwort des Bey. Charakter und Entstehung derselben.

Tunis, 8 avril 1881.

Nr. 7440. Frankreich. 8. April 1881.

J'ai fait connaître au Bey la déclaration que vous m'avez chargé de lui faire par votre dépêche du 6 avril, et j'ai l'honneur de vous transmettre la traduction de sa réponse, qui m'est parvenue hier. || Malgré le changement survenu depuis quelque temps dans l'attitude et le langage du Bey à notre égard, le ton d'aigreur de sa correspondance et son étrange prétention de contrôler jusqu'à mes rapports avec ma Colonie, je n'aurais jamais imaginé

que Son Altesse pût pousser à ce point l'oubli des égards qu'Elle doit au Gouvernement de la République. Ce langage hautain m'a jeté dans un étonnement dont je ne suis pas encore revenu. || Votre Excellence sait d'ailleurs sous quelle influence cette réponse a été rédigée et comment il s'explique qu'elle soit, pour le fond et pour la forme, complètement en dehors des communications habituelles du Bardo, et même des tournures de la langue arabe. || Encouragé par la longanimité, avec laquelle nous avons supporté la longue série d'avanies qu'il nous inflige depuis quelque temps, et prenant la modération de notre attitude et de notre langage pour un indice de la faiblesse de nos résolutions ou peut-être même de nos moyens d'action, le Bey se croit désormais tout permis. Je ne puis mieux caractériser cette situation que par ce propos tenu hier par un étranger, familier du Bardo, mais inquiet des préparatifs militaires qui se font sur notre frontière: "Il faut reconnaître que le Bey a été trop loin. Il a agi avec la République française avec trop de sans-façon. Une catastrophe était inévitable." || Dans l'espoir de nous intimider, et aussi dans le but parfaitement chimérique de provoquer une intervention européenne, le Bey ne craint pas de faire allusion aux dangers qu'un mouvement de fanatisme musulman pourrait faire courir aux Colonies étrangères. Nous ne nous laisserons pas prendre à cette manœuvre. La population musulmane de Tunis se soucie peu que les Khoumirs soient ou non châtiés et qu'ils le soient par nous ou par le Bey. Il serait possible, néanmoins, en la trompant sur la véritable situation et en excitant les passions religieuses, de produire quelque soulèvement; mais ceux-là mêmes qui pourraient en être les instigateurs connaissent trop les conséquences qui en résulteraient pour s'exposer, de gaîté de cœur, aux risques d'une pareille aventure. || Il est désirable toutefois que nos opérations militaires soient conduites avec une force et une rapidité suffisantes pour décourager toute velléité de désordre, comme toute tentative de résistance. On pourrait faire comprendre au Bey qu'une fois le but principal de l'expédition atteint, nos troupes règleront leur mouvement sur son attitude.

Roustan.

Beilage.

Lettre du Bey de Tunis || au Chargé d'affaires de la Republique française.

(Après la formule d'usage.) || Nous avons reçu votre lettre d'aujourd'hui 7 avril, Nous informant que le Gouvernement Français, Notre ami, avait résolu de punir certaines tribus de Notre Royaume. Nous sommes surpris de cette décision prise par une Puissance amie dont Nous avons eu trop à cœur de conserver l'affection pour croire qu'elle ait le dessein de Nous offenser par un pareil langage. Tous les faits que Nous avons vu surgir jusqu'ici sur la frontière ne sont que des incidents de peu d'importance, résultat de l'habitude dont ne peuvent s'affranchir les tribus limitrophes, fussent-elles sous la dépendance d'une autorité unique. Malgré cela, dès que Nous avons connu l'existence

Nr. 7440. Frankreich. 8. April 1881.

de certains troubles dans cette région, Nous Nous sommes empressé d'envoyer un officier avec des cavaliers, et Nous venons d'apprendre, par les lettres qu'il Nous a adressées, que la tranquillité règne là-bas grâce à Dieu et que l'agitation qui s'était manifestée chez Nos tribus de la frontière n'avait pour cause que la crainte des préparatifs militaires faits contre elles sur la frontière algérienne. En outre, Nos troupes envoyées aujourd'hui et celles qui vont être envoyées bientôt suffiront à rétablir la tranquillité la plus complète. Lors même qu'il serait établi que ces tribus se sont rendues coupables d'actes criminels, Nous avons le pouvoir d'en arrêter les auteurs et de leur infliger le châtiment qu'ils auront mérité. Votre Gouvernement illustre aura ainsi la preuve des efforts que Nous avons faits, dans cette circonstance, dans l'intention de le tranquilliser sur la sécurité de l'Algérie. Nous ne doutons pas qu'il ne revienne dès lors sur la résolution qu'il a prise et, s'il y persiste, Nous l'informons à présent qu'elle est attentatoire à Notre dignité vis-à-vis de nos sujets et des Puissances étrangères, et peut-être en résulterait-il d'autres complications et des dommages impossibles à énumérer en ce moment. Nous ajoutons que l'entrée des troupes françaises sur le territoire du Gouvernement tunisien est une atteinte à Notre droit souverain, aux intérêts que les Puissances étrangères ont confiés à Nos soins et spécialement aux droits de l'Empire ottoman. En raison de tout ce qui précède, Nous n'acceptons pas la proposition de votre Gouvernement de faire entrer ses soldats sur le territoire de Notre Royaume, et Nous n'y consentons pour aucune raison, et, s'il le fait contre Notre volonté, il assumera la responsabilité de tout ce qui en résultera.

Écrit le 8 Djoumadi 1er 1298 (7 avril 1881).

Contresigné: Mustapha.

Nr. 7441. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Geschäftsträger in Tunis. — Frankreich beharrt den Ausführungen des Bey gegenüber auf seinem Standpunkt.

Paris, 9 avril 1881.

Nr. 7441. Frankreich. 9. April 1881.

Veuillez dire au Bey que vous avez rendu compte de ses observations au Gouvernement de la République, mais qu'il nous est impossible de modifier les dispositions qui ont été prises et qui nous sont commandées par la gravité exceptionnelle des événements de la frontière. Nos Généraux devront donc régler leur conduite sur l'attitude qui sera observée par les troupes tunisiennes. Nous regretterions beaucoup qu'un conflit dût s'ensuivre; mais si, par malheur, nous nous étions mépris sur les intentions du Bey en cette circonstance et sur le caractère des relations qu'il désire conserver avec la République française, nous devrions décliner, dès à présent, la responsabilité des conséquences qui résulteraient nécessairement du changement survenu dans l'esprit de Son Altesse.

Barthélemy-Saint-Hilaire.

Nr. 7442. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — England wird, falls die französischen Operationen grössere Ausdehnung gewinnen, Kriegsschiffe zum Schutze der britischen Unterthanen entsenden.

Foreign Office, April 9, 1881.

Nr. 7442. Grossbritannien. 9. April 1881.

My Lord, — I have read with much interest the report contained in your Excellency's despatch of the 6th instant of your conversation with M. Barthélémy St.-Hilaire on the difficulty which has arisen in consequence of the disturbances on the frontier between Tunis and Algiers. || I should wish your Excellency to communicate to the French Minister for Foreign Affairs the substance of the instructions which were sent yesterday to Her Majesty's Agent and Consul-General at Tunis, with the purport of which your Excellency is acquainted. || You should add, that Her Majesty's Government sincerely hope that the matter will be satisfactorily settled, and that the marauders will be subdued and punished by the joint action of the French and Tunisian authorities. Should it however be found impossible to bring about a friendly arrangement on these terms, and should there be any prospect of further action on the part of France, it may as a matter of course be necessary, in view of the considerable number of British subjects residing in Tunis, that Her Majesty's Government should send vessels of war there for the protection of life and property against a possible outbreak of Mahommedan fanaticism. This step would be undertaken on the consideration I have mentioned, and not, I need hardly say, out of any unfriendly feeling towards France. || In a conversation with the Italian Ambassador to-day, I confined myself to informing his Excellency of the substance of the instructions which I have sent to Mr. Reade. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7443. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel (Goschen) an den engl. Min. d. Ausw. — Der Sultan wünscht Englands Rath bezüglich der tunesischen Frage.

(*Substance received by telegraph, April 10.*)

(Extract.) Constantinople, April 12, 1881.

Nr. 7443. Grossbritannien. 12. April 1881.

The Sultan spoke to me on Friday last with reference to the Tunis question. His Majesty approached the subject by telling me he wished to consult me on a matter with regard to which he had not yet allowed the

Nr. 7443. Gross-britannien. 12. April 1881. Prime Minister to speak to me. He desired to have the advice of England as to the pending difficulties in Tunis. || I stated to His Majesty, in reply, that I was not in a position to speak on the subject. I was myself but imperfectly informed as to what was going on, and I had no instructions which would enable me to give any advice: but I thought I knew the general views of your Lordship and Mr. Gladstone on questions connected with the East sufficiently to be able to state my strong personal impression that Her Majesty's Government would wish to see the *status quo* maintained in Tunis, and would feel the liveliest regret at any fresh difficulties arising which were in any way connected with the Eastern question. But as to any opinion on the course being taken by the French, I could give none at all, not having sufficient data before me. || His Majesty observed with a smile, that it was not difficult to form an opinion as to whether a nation were right or wrong in trying to obtain what did not belong to them. On this I observed that, so far as I knew, the proceedings of the French were defensive rather than aggressive; but His Majesty replied, that he thought the reverse. However, His Majesty did not show any vexation, but spoke of the matter very calmly though véry seriously. || Anxious to be able to inform your Lordship what the tendency of the Turkish Government might be, I asked His Majesty whether there were any special points which he had in his mind; but I could obtain little clue. || In conclusion, His Majesty begged me very particulary to communicate with your Lordship by telegram, and to obtain instructions as to the advice which I might tender him on behalf of Her Majesty's Government for his guidance in this new difficulty which was besetting him. || I have since seen the French Ambassador, and asked him how matters were going as regards Tunis. He told me, that the account they had to settle with the Bey was very heavy, and reminded me of a previous conversation which we had last year, in which he had declared to me very positively that the French did not recognize, and had never recognized, the suzerainty of the Porte over Tunis.

Nr. 7444. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — England wünscht in Tunis den *status quo* aufrechtzuerhalten.

Foreign Office, April 11, 1881.

Nr. 7444. Gross-britannien. 11. April 1881. Sir, — I have received your Excellency's telegram of the 9th instant, stating that the Sultan had asked you what was the opinion of Her Majesty's Government on the Tunisian question. || I have to request that your Excellency will inform His Majesty, that Her Majesty's Government appreciate his wish to learn their views, that they are desirous that the *status quo* should be maintained in Tunis, and that they have instructed Her Majesty's Agent in

the Regency, should his advice be sought, to recommend the Bey to join the French authorities in any necessary measures to settle the frontier difficulties. || Her Majesty's Government hope that the Sultan will give similar advice to the Bey. || I am, &c.

Nr. 7444. Grossbritannien. 11. April 1881.

Granville.

Nr. 7445. TUNIS. — Der Bey an den franz. Geschäftsträger in Tunis. — Protest gegen den Einmarsch der französischen Truppen.

Nr. 7445. Tunis. 11. April 1881.

(Après la formule d'usage.) Nous avons reçu votre lettre du 9 avril courant en réponse à la Nôtre de Djoumadi 1er. Nous en avons compris les différentes parties et Nous y répondons. || Quant à la première partie, a savoir qu'il est impossible à votre Gouvernement de modifier la résolution à laquelle il s'était arrêté, Nous aurions désiré que la teneur de la lettre que Nous vous avons adressée eût donné satisfaction à la demande, alors surtout que Nous avions affirmé à Votre Excellence que Notre force suffisait à assurer le repos. Mais, du moment que, par malheur, la Nation amie persiste dans sa première résolution, Nous sommes obligé dès lors de renouveler une déclaration claire que Nous aurions bien désiré faire tout autre, c'est-à-dire de renouveler cette protestation renfermée dans Notre dite lettre et basée sur les motifs y énoncés. L'entrée en effet des soldats français sur Notre territoire engendrerait une situation et des difficultés dont Nous ne pouvons supporter la responsabilité. Notre confiance dans la Nation amie, dont Nous avons gardé précieusement et dont Nous garderons précieusement l'affection, nous assure qu'elle envisagera Notre excuse avec l'impartialité dont Nous ne doutons pas. || Quant au second point qui est ce qu'a dit Votre Excellence, à savoir que les événements survenus à la frontière offrent une gravité exceptionnelle, Nous redirons aussi à Votre Exeellence que ce qui est arrivé en cette occurence est un fait pareil à ceux qui surgissent entre tribus limitrophes, appartinssent-elles à un même Royaume, et, ce qui le prouve, c'est le rapport que Nous vous soumettons. Ce document Nous a été envoyé par les Délégués que Nous avions chargés de faire le jour sur l'affaire des Khoumirs. Cette pièce prouve d'une manière lumineuse que ladite affaire fait partie de ces incidents habituels de peu d'importance, ne constituant pas une exception à l'habitude suivie. Mais ce qui a fait exception à cette habitude, c'est le précédent nouvellement créé en cette affaire par l'entrée des troupes françaises et leur combat contre les Khoumirs sur le territoire de Notre Royaume, comme le mentionne le rapport précité, alors surtout que l'offensive a commencé de la part des tribus algériennes. || Quant au troisième point, c'est-à-dire l'ordre donné aux Généraux français de régler leur attitude sur celle que suivra l'Armée tunisienne, Notre réponse est qu'il ne Nous est pas venu à l'esprit de traiter les soldats du Gouvernement français d'une manière

Nr. 7445. Tunis. 11. April 1881.

autre que celle que comportent l'affection et l'amitié. Notre intention, en envoyant Nos soldats, a été uniquement de donner satisfaction aux réclamations, après en avoir établi le droit, et de punir ceux qui seront convaincus d'avoir commis des crimes. Le Chef du camp est autorisé à agir ainsi et Nous lui avons ordonné, si les Commissaires autorisés du côté de l'Algérie lui présentaient contre les tribus des réclamations relatives aux différends qui les divisent, de les recevoir avec la plus grande sollicitude et d'y faire droit. S'ils croient devoir suivre cette voie, Votre Excellence peut être assurée qu'elles seront terminées dans les meilleures conditions et Nous n'avons pas d'autre désir. Dieu Nous garde, non seulement d'avoir eu une pensée qui ait pu froisser la Nation amie, mais bien plus encore que, de Notre volonté, ait pu se commettre quelque chose qui puisse avoir cette signification. Votre Excellence sait qu'en convoquant nos Délégués à la première nouvelle que Nous avons eue de l'affaire, Nous leur avons recommandé de faire tous leurs efforts pour établir la tranquillité et arrêter les mains levées. Mais il n'échappera pas à Votre Excellence que, si quelque provocation ou attaque se produit de la part des soldats français contre les tribus établies sur Notre territoire, elles seront peut-être forcées de se défendre contre Notre volonté, et c'est pourquoi Nous réitérons la déclaration que Nous vous avons faite précédemment: c'est que Nous ne sommes pas responsables de ce qui en résultera. Et Dieu Très-Haut est parfait!

Écrit le 11 djoumadi 1er 1298 (11 avril 1881).

Contresigné: Mustapha.

Nr. 7446. ITALIEN. — Generalkonsul in Tunis an den italien. Min. d. Ausw. (Cairoli). — Die Khoumirs sind zuerst von den Franzosen angegriffen. Die Protestnote des Bey ist nicht vom Generalkonsul verfasst.

Nr. 7446. Italien. 12. April 1881.

Il y désaccord complet entre les assertions des journaux Français et la version Tunisienne relativement aux faits qui se sont passés à la frontière. Ce n'est pas pour attaquer les Français, mais pour se défendre elles-mêmes que les tribus se sont armées. Après qu'on a tant parlé d'invasion, elles restent encore dans un état de calme relatif. Le chemin de fer n'est point menacé. Cependant, pour tranquilliser les employés Français, le Gouvernement Tunisien a pris des mesures de surveillance. Si l'armée Française ne franchit pas la frontière, le Bey pourrait avec ses propres moyens donner satisfaction aux réclamations contre les Kroumirs; mais dans le cas d'une marche en avant nous assisterons sans doute à des événements très fâcheux. || Les populations sont très excités dans toute la Régence. Des points les plus éloignés du territoire accourent des cavaliers, et les troupes du Bey seraient en danger elles-mêmes si elles ne s'unissaient pas aux tribus pour combattre les enva-

hisseurs. Malheureusement il paraît que les événements vont précipiter. Aujourd'hui le Consul de France a notifié au Bey qu'on ne tiendra pas compte de ses observations et que les Commandants Français régleront leur conduite sur celles des soldats Tunisiens et les tiendront responsables des conséquences d'un conflit. Le Bey doit lui répondre que ses troupes ne se sont pas mises en mouvement pour en venir aux mains avec l'armée Française, mais bien pour aller rétablir un état de choses régulier à la frontière. Toutefois, si l'armée Française viole le territoire, les tribus se trouveront attaquées chez elles et dès lors sa défense et ses efforts ne pourront pas les empêcher de s'y opposer.

L'essentiel, par conséquent, est que la frontière Algérienne ne soit pas franchie par les Français, et il n'y en aurait en effet nul besoin pour réduire les Kroumirs à l'obéissance, le Bey étant décidé à rendre justice à la France et en donnant la preuve par les mesures qu'il a adoptées.

Je n'ai rédigé et je n'ai eu à rédiger aucune protestation du Bey. La nouvelle donnée par l'Agence Havas à ce sujet n'est que la continuation du système de calomnie dont on use à mon égard et qui sert pour exciter avec l'épouvantail des intrigues Italiennes l'opinion publique en France. En réalité, je me suis toujours conformé à la réserve exigée par les circonstances et j'ai toujours donné des conseils de conciliation quand on m'a interpellé. Hier une colonne Française a franchi la frontière Tunisienne. Les tribus voulaient réagir; mais elles ont obéi aux fonctionnaires du Bey et y ont renoncé. Après avoir bivouaqué toute la journée, la colonne Française s'est retirée le soir sur le territoire Algérien et a ramené avec elle un montagnard qu'on avait saisi dans un champ.

Nr. 7447. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel (Tissot). — Unabhängigkeit von Tunis von der Pforte. Historische Ausführungen.

Paris, 18 avril 1881.

Nr. 7447. Frankreich. 18. April 1881.

Vous avez appris, par mon télégramme du 13 avril, que l'Ambassadeur ottoman, à la suite d'instructions de son Gouvernement, était venu m'entretenir des affaires de la Tunisie. J'ai dû me refuser à toute conversation officielle avec lui sur ces affaires, de peur de soulever un débat qui me paraissait aussi inopportun que stérile. Nos traités, en effet, et tous nos actes depuis près de deux siècles ont suffisamment montré qu'à nos yeux le Bey est un prince indépendant, ne relevant qu'au point de vue religieux du chef de l'Islam. La Turquie, au contraire, a mis une certaine affectation depuis les dernières années à revendiquer de temps à autre ses droits de suzeraineté sur Tunis et

Nr. 7417. Frankreich. 18. April 1881. à exploiter au profit de cette prétention purement théorique la confusion qui s'établit trop facilement, aux yeux des populations musulmanes, entre les attributs du pouvoir spirituel et les prérogatives d'ordre temporel.

Je ne crois pas inutile, dans la circonstance présente, de revenir avec vous sur l'intérêt que nous attachons à ce que notre point de vue soit bien établi, et de démontrer, par une étude des précédents historiques, qu'il est conforme à la fois aux données qui résultent de faits incontestables et aux traditions constantes suivies par la France, à toutes les époques et sous tous les régimes. || La domination ottomane, implantée par la conquête au XVIe siècle sur les côtes de l'Afrique septentrionale, a été de courte durée dans cette région. Elle n'a constitué en définitive qu'un accident passager, qui ne pouvait produire des conséquences juridiques devant survivre aux conséquences matérielles qui l'avaient amené. Au bout de quelques années, l'autorité des Sultans de Constantinople dans les pays barbaresques s'affaiblissait, puis disparaissait tout à fait; les populations étaient livrées à l'anarchie, et bientôt s'élevaient sur différents points des souverainetés particulières qu'aucun lien, si ce n'est la communauté de la foi religieuse, ne rattachait à l'Empire turc. Tel était l'état des choses, lorsqu'en 1705 le premier représentant de la dynastie actuelle des Beys de Tunis est monté sur le trône. Hossein-Bey était un soldat de fortune qui profita des troubles intérieurs pour se faire proclamer maître de la Tunisie; il dut son élévation à son courage, à son influence personnelle et nullement à l'appui du Grand Seigneur. Ses droits passèrent à ses héritiers et ne furent pas contestés. Depuis lors, l'indépendance des Beys de Tunis s'est affirmée par la possession non interrompue du trône, par la conclusion de traités avec presque toutes les Puissances de l'Europe, par le refus de la Porte de recevoir aucune réclamation relative aux pillages des corsaires tunisiens. Le roi Louis XV en 1742, la Convention nationale à la date du 6 prairial an III, le Gouvernement de la Restauration en 1824, celui de Juillet en 1830 et en 1832, l'Empereur Napoléon III en 1861, traitèrent avec les Beys de Tunis comme avec des princes exerçant le pouvoir souverain dans sa plénitude. De leur côté, les Beys ont promulgué, sans recourir à aucune sanction supérieure, *la loi organique* (bouyourouldi) de leur *Royaume;* Mohammed-Bey en eut l'initiative, et lorsque son frère le Bey actuel lui succéda "en conformité", selon ses propres expressions, "de la loi de succession en usage dans le Royaume", il publia de nouveau cet acte fondamental qui suppose à lui seul le complet exercice des droits les plus larges de la Souveraineté. || Lorsque différentes Puissances ont eu a se plaindre des Beys de Tunis, la rupture des rapports diplomatiques avec ces Princes, de la part de Gouvernements dont les relations restaient cordiales avec la Porte Ottomane, a encore montré que les Beys étaient considérés comme seuls responsables de leurs actes, et par conséquent comme indépendants. En 1819, à la suite du congrès d'Aix-la-Chapelle (protocole du 18 novembre 1818), les Puissances européennes adressaient aux États barbaresques un *ultimatum* qui

fut remis le 27 septembre au Bey de Tunis par les Commandants des divisions navales française et anglaise. Cet *ultimatum* exigeait la suppression immédiate de la piraterie, à peine de voir se former "une ligue générale" contre les États qui s'y livraient, ligue qui pourrait "mettre en danger leur existence même." L'importance d'une démarche aussi solennelle faite au nom de l'Europe entière ne peut échapper à personne. Si la Turquie en fut amicalement avertie, ce fut par un sentiment de courtoisie, qui n'impliquait nullement la reconnaissance de prétentions à la souveraineté territoriale. La pensée même d'une reconnaissance semblable était au contraire exclue par les mesures exceptionnelles qui venaient d'être décrétées, préalablement à toute entente avec le Sultan. || C'est en se plaçant à ce même point de vue de l'indépendance complète et de la responsabilité du Bey, que les Rois de Sardaigne et des Deux-Siciles conclurent le 28 mars 1833 un traité d'alliance contre les États barbaresques et notamment contre Tunis. || Je crois superflu d'entrer ici dans le détail des relations de chaque jour que la possession de l'Algérie nous a amenés à entretenir depuis un demi-siècle avec le Gouvernement Tunisien. Jamais la Porte n'est intervenue dans ces relations; et nous n'avons pas cessé d'agir conformément à nos propres précédents et à ceux des autres nations, en traitant directement avec le Bey les questions qui nous intéressaient.

Il convient, d'un autre côté, de mettre en regard de ces faits ceux qui, depuis un certain nombre d'années, ont montré le désir de la Porte Ottomane d'étendre comme au XVIe siècle son pouvoir sur les Pays barbaresques, et de rappeler que, si ses efforts ont été couronnés de succès à Tripoli et dans la Cyrénaique, ils sont demeurés impuissants partout ailleurs. || On sait qu'à l'époque de l'occupation d'Alger par nos troupes, le Sultan crut devoir protester contre cette prise de possession. Mais sa protestation fut écartée par le Gouvernement Français, qui ne pouvait admettre une ingérence fondée sur des droits depuis longtemps périmés. A cette occasion Lord Aberdeen, Ministre des Affaires étrangères de la Grande-Bretagne, rappelant, dans une dépêche du 23 mars 1831, les prétentions ottomanes auxquelles il avait prêté son appui, constatait lui-même que "beaucoup d'États de l'Europe . . . . . avaient depuis longtemps l'habitude de traiter les Régences comme des Puissances indépendantes". C'était ôter par avance toute force à l'argumentation contraire. La France considéra donc les réclamations Ottomanes comme venant d'un souverain musulman ami d'un autre prince de même religion, mais non comme émanées d'une Puissance atteinte elle-même dans ses possessions territoriales. Le Dey d'Alger dut seul répondre de la querelle qu'il avait suscitée.

L'état d'indépendance des Princes du Maroc est resté un fait invariable jusqu'à ce jour.

A Tripoli, au contraire, la Turquie est arrivée au but de son ambition et elle a réussi à établir effectivement son pouvoir. Mais il importe de rappeler dans quelle circonstance ce fait spécial s'est accompli. Au mois d'avril 1835,

Nr. 7447. Frankreich. 18. April 1881.

la Tripolitaine était déchirée par des troubles intérieurs si graves que notre Consul général écrivait: "L'état déplorable où se trouve cette Régence ne saurait avoir un terme sans l'intervention armée de la Porte, ou de toute autre Puissance." Ce fut la Porte qui intervint. Au mois de mai de la même année, une division turque se présenta devant Tripoli et occupa sans résistance la ville et les forts. Sidi-Ali, qui régnait nominalement, fut déposé, et un fonctionnaire Ottoman le remplaça avec le titre provisoire de kaïmakan. Tout le littoral fut bientôt occupé militairement à peu près sans résistance. Nous n'avons pas contesté l'effet de ces mesures; et en reconnaissant les faits accomplis, nous avons réservé un seul point: "Puisque la Porte entend se substituer aux droits des Deys de Tripoli, écrivait le Duc de Broglie au Consul général de France à Tripoli, le 1er octobre 1835, il est juste qu'elle hérite aussi des obligations que les traités et l'usage imposaient à ceux-ci. Elle est bien avertie que sous ce rapport nous ne nous départirons d'aucun de nos priviléges." C'est en effet à la Porte que nous avons adressé depuis lors toutes nos réclamations relatives à la Tripolitaine; et elle les a accueillies comme se rapportant à une province faisant partie intégrante de l'Empire Ottoman. En réalité, aucune différence dans le régime gouvernemental ou administratif n'a distingué depuis cette époque les vilayets de Tripoli et de Benghazi des autres possessions directes de la Turquie. Les gouverneurs ont été régulièrement nommés par le Sultan et sont demeurés, comme tous les autres fonctionnaires de l'Empire, révocables à son gré. Les Puissances européennes, de leur côté, ont sanctionné, par des témoignages réitérés de leur assentiment, le nouvel état de choses. Elles ont même consenti d'un commun accord, il y a quelques années, à renoncer pour leurs nationaux aux priviléges particuliers fondés sur la tolérance des Deys de Tripoli, qui, dans les anciens États de ces Princes, avaient considérablement élargi le système des capitulations. Les Puissances ont ainsi expressément facilité l'uniformité complète que la Porte désirait instituer entre sa nouvelle province de Tripoli et le reste de l'Empire.

En Tunisie, rien de semblable n'a eu lieu. Dans ce pays comme à Tripoli, le Gouvernement Ottoman avait compris de bonne heure qu'une occupation militaire et un bouleversement complet de l'ordre de choses établi pourraient seuls assurer au Sultan la possession de la souveraineté qu'il ambitionnait. A cet effet "une escadre turque", écrit M. Guizot dans ses *Mémoires* à propos de la politique suivie pendant le règne de Louis-Philippe, "sortait presque chaque année de la mer de Marmara pour aller faire sur la côte tunisienne une démonstration plus ou moins menaçante . . . . . Mais nous voulions le maintien du *statu quo*, et chaque fois qu'une escadre turque approchait ou menaçait d'approcher de Tunis, nos vaisseaux se portaient vers cette côte avec ordre de protéger le Bey contre toute entreprise des Turcs." Cependant la Porte faisait en même temps des démarches d'un caractère moins directement agressif. En 1845, un chambellan du Sultan arriva à Tunis sur une

frégate porteur d'un firman impérial par lequel l'investiture à vie était accordée au Bey. Celui-ci communiqua ce firman au Consul général de France, et répondit à Constantinople en protestant de son amitié pour la Porte, mais en ne dissimulant pas sa surprise de ce que le Gouvernement Ottoman eût cru devoir lui conférer un droit qu'il exerçait librement depuis tant d'années et qu'il tenait de sès pères. Rien n'était donc changé au *statu quo*. || En 1864, la même tentative fut renouvelée; mais les efforts de notre diplomatie la firent échouer. Une conversation que le Marquis de Moustier eut à la même époque avec Ali-Pacha, et dont il rendit compte à M. Drouyn de Lhuys le 7 décembre 1864, montre nettement quelles étaient les intentions du Gouvernement Français et par quelles déclarations la Porte consentait à se lier envers nous. "La politique de la France à l'égard de Tunis, disait notre Ambassadeur, est très simple; nous ne voulons pas y avoir la Porte pour voisine; avec ses voisins, on se querelle . . . ., ne nous créez pas d'intérêt à la dissolution de l'Empire Ottoman." Ali-Pacha répondit: "Comme vous, je suis convaincu de la nécessité de ne pas créer à la Turquie des points de contact avec la France . . . Si la Tunisie n'existait pas dans ses conditions actuelles entre l'Algérie et la Régence de Tripoli, nous chercherions à la créer. Je vous répète que nous ne voulons rien modifier à l'état de choses existant." A la suite de ces pourparlers, le firman projeté fut remplacé par une simple lettre vizirielle adressée au Bey; en même temps, dans une communication officielle remise par Ali-Pacha à notre ambassadeur, sous la date du 24 décembre 1864, la déclaration suivante était insérée: "La Sublime Porte constate avec le plus grand plaisir que sa ferme intention de maintenir intact le *statu quo* de la Régence de Tunis est hautement appréciée par le Gouvernement de S. M. l'Empereur des Français." || En 1871, pendant que les embarras de notre situation en Europe nous empêchaient de suivre aussi exactement qu'auparavant les tentatives méditées à Constantinople, le projet de firman fut repris une dernière fois. Le 25 octobre 1871, le Sultan signa un acte dont les expressions étaient calculées de manière à impliquer que les Princes de la Tunisie se trouvaient placés de droit sous l'autorité à la fois spirituelle et temporelle de la Porte Ottomane. C'était faire bon marché de tous les engagements pris avec nous, et nous ne pouvions laisser croire un seul instant aux parties intéressées qu'un pareil firman aurait son effet à l'égard de la France. Le 28 octobre 1871, notre Ambassadeur à Constantinople fut invité par M. de Rémusat à faire entendre au Sultan que "le firman ne saurait avoir aucune force à nos yeux, pour modifier dans la Tunisie l'ordre de choses actuel." Quelques jours après, le 9 novembre, notre Représentant auprès de la Porte était chargé de déclarer que nous ne reconnaissions pas "au firman impérial le pouvoir de modifier une situation qui relève du droit des gens, et non du droit intérieur de la Turquie." M. de Rémusat ajoutait: "La Porte trouvera bon que nous ne consultions nous-mêmes que nos propres convenances, lorsqu'elle sera dans le cas d'avoir recours à notre bon vouloir." || Des observations semblables fu-

Nr. 7447. Frankreich. 18. April 1881.

rent présentées en notre nom à Tunis, et il est bon de constater que les deux Gouvernements auprès desquels nous avions dû formuler nos réserves nous ont répondu l'un et l'autre en déclarant qu'ils n'entendaient apporter aucune modification au *statu quo*. Nous ne pouvions demander ni désirer davantage. M. de Rémusat, écrivant le 13 décembre 1871 au Chargé d'affaires de France à Tunis, résumait ainsi notre position dans cette affaire: "A Constantinople comme à Tunis, nous avons fait entendre que l'acte émané du Sultan était à nos yeux nul et non avenu, et nous nous sommes réservé toute liberté dans l'avenir pour maintenir le *statu quo* en tant que nos intérêts y seront engagés." || Depuis 1871, aucune entreprise nouvelle n'est venue modifier la situation légale dont nos fermes représentations avaient assuré le maintien; et tout récemment le Bey qui règne aujourd'hui, Mohammed-el-Sadok, déclarait à M. Roustan, ainsi que ce dernier me l'a rapporté dans sa dépêche du 30 décembre dernier, "qu'il reconnaissait l'autorité du Sultan comme les catholiques celle du Pape'; rien de plus."

Nous sommes donc fondés à déclarer, après comme avant le firman de 1871, que le Bey de Tunis a gardé vis-à-vis de nous la plénitude de sa responsabilité, en même temps que l'entière indépendance de sa souveraineté et de ses actes. Le Sultan n'a aucun titre pour intervenir dans les affaires de la Tunisie; la Porte sait que la politique du Cabinet français n'a pas changé sur ce point depuis le jour où notre ambassadeur lui déclarait que nous ne voulions pas avoir la Turquie pour voisine en Afrique. Nous ne le voulons pas plus aujourd'hui qu'autrefois, et l'on n'ignore pas à Constantinople que nous ne cherchons nullement à nous emparer par la conquête des États du Bey. || J'ai cru devoir vous rappeler ces faits, non pas en vue d'une discussion à entamer avec la Porte; ce serait faire naître un débat qui à nos yeux n'a aucune raison d'être, mais j'ai tenu à ce que vous fussiez fixé à l'avance sur notre ferme volonté de ne pas nous départir aujourd'hui des traditions que nous a léguées le passé, et de remplir fidèlement à Tunis, aussi bien que partout ailleurs, le devoir que nous impose la sauvegarde des intérêts permanents de la France.

Barthélemy-Saint-Hilaire.

Nr. 7448. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Sultan über die Lage in Tunis.

(Extract.) Constantinople, April 19, 1881.

Nr. 7448. Gross-britannien. 19. April 1881.

On receiving your Lordship's telegram of the 11th instant, directing the answer which I might give to His Majesty the Sultan with reference to the present difficulty in Tunis, with regard to which he had consulted me, I caused His Majesty to be informed, that I was now in a position to answer

Nr. 7448. Grossbritannien. 19. April 1881.

the question which he had put me as to the view taken by Her Majesty's Government. His Majesty invited me to proceed to the Palace the next day. || His Highness Saïd-Pasha, the Prime Minister, was present at the audience. || I found His Majesty very anxious indeed with regard to this affair. According to your Lordship's instructions, I stated that the English Government appreciated the desire of His Majesty to know their opinion, that they desired that the *status quo* should be maintained in Tunis, that the British Representative in Tunis had been instructed, if applied to, to advise the Bey to join the French in the necessary measures to settle the difficulties on the frontier, and that they hoped His Majesty would give the same advice. || The Sultan was silent for some moments after I had made this communication, and looked exceedingly grave. He then went over my answer in different words. He observed, that the English Government, he had understood me to mean, were anxious for and interested in the *status quo* being maintained in Tunis, and that we advised him to give orders to Mohammed-el-Sadok to join the French. I pointed out to His Majesty, that I had not stated that England was "interested" in maintaining the *status quo*, but only desirous, that it should be maintained. We should deeply regret, that any new Eastern difficulty should be raised; but I had no instructions to the effect, that we considered English interests to be especially involved in the affairs of Tunis in any way. || It was also necessary for me to point out, in order to avoid misconception, that Her Majesty's Government had not expressed a wish that His Majesty should give "orders" to the Bey to join the French, but that he should "advise" the Bey to that effect, a remark which I found was not agreeable to His Majesty, but which it was impossible to avoid making, as the point as to his title to give orders to the Bey is one which lies at the root of the whole of the difference of the Turks with the French on this subject, and it would have compromised Her Majesty's Government if His Majesty had been able to state, that he had been advised by the English Government to give orders to the Bey.

I should observe, that His Majesty and the Prime Minister never spoke of the Bey of Tunis as the Bey, but either as the Governor-General or as "the Pasha". || In the course of the conversation the Sultan gave me distinctly to understand, that he regarded Tunis as a portion of his Empire and the Tunisians as his subjects. He said, that he should cause proofs of this to be given me by his Ministers. || His Majesty was reticent in the first instance as to what course he should take, and said he should cause an answer to what I had said to be communicated to me by the Minister for Foreign Affairs, to which I replied by begging His Majesty not to consider himself obliged to cause any answer to be given to me. He had applied to know our view, which I had stated, but Her Majesty's Government had no desire to interfere in any way.

His Majesty then spoke on other subjects; but the conversation reverted later on again to the Tunisian question, when His Majesty made the remark,

Nr. 7448. Grossbritannien. 19.April 1881.

that he did not see how our wish to see the *status quo* maintained was compatible with the advice to the Bey to join the French troops. Operations on the part of French troops within the territories of Tunis were an infraction of the *status quo*. I replied, that when I spoke of the *status quo* I had mainly in view the attitude of the Bey to His Majesty and the relations between the Bey and the French, apart from any local question, that it appeared to me above all things important to treat the frontier difficulty as "locally" as possible and to avoid any crisis resulting from it. It would be deplorable if a question should arise between Turkey and France as to the rights of sovereignty over Tunis. It was notorious what views were held by the French, and it was clearly wisest, that the point should not have to be raised. || His Majesty remarked, that his Government would maintain their rights, but that he had sent instructions to the Governor-General to be very energetic in punishing the offending tribes. From what the Prime Minister told me afterwards, I gathered that they will instruct (if, indeed, they had not already instructed) the Bey to co-operate with the French. || His Majesty pressed me as to any information I had received as to the shortcomings of the Bey; but I felt precluded from making any statement to His Majesty on the subject. I had not sufficient data, nor did I think it expedient to commit myself on the subject. || The conversation ended by His Majesty informing me, that he should consult Khérédine-Pasha, who was thoroughly conversant with this affair.

After the audience, I spoke very earnestly to the Prime Minister in the sense of urging extreme prudence, and his Highness seemed perfectly alive to this necessity, and gave me every assurance to this effect. I stated, that I noted how His Majesty had dwelt upon his "rights", but if, by prudent management, he could avoid asserting them in the present instance, and thus also avoid the necessity of having to abandon them before the very decided action which France would probably take, he would be sparing himself an unnecessary humiliation. || His Highness thanked me, with some appearance of cordiality, for the advice I had given. || I have &c.

George J. Goschen.

Nr. 7449. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Said-Pascha über die Stellung Englands zur tunesischen Frage.

(Extract.) Constantinople, April 19, 1881.

Nr. 7449. Grossbritannien. 19.April 1881.

I have already addressed your Lordship by this messenger on the Tunisian difficulty. But I have still to report a conversation which I had with the Prime Minister on the subject the day after the audience at which I was received by the Sultan. || I should add, that the Prime Minister sent me a copy of the Firman governing the relations between the Porte and Tunis im-

mediately after that audience. || On the following day, being with the Foreign Minister, I received a message from Saïd-Pasha to the effect, that he was very anxious to see me on "the subject with regard to which His Majesty had consulted me the previous day." || His Highness asked me whether I had read the Firman, and then once more went over the old ground with me, declaring the intention of the Ottoman Government to be very conciliatory. But he then opened some fresh ground by appealing to the friendship of England and stating, that we could render them very great assistance. I should see from documents which he could supply me with, what attitude England had taken as to the Firman. Turkey would be most grateful if we could serve her now. || In reply, I said to his Highness, that what I had predicted had now come to pass. I had always told him and his colleagues, that the time would come when they would remember, that they wanted the friendship of England; that he now spoke of that necessity, and made promises of reciprocity, but what proof had he given of friendship for England during the past years? In what single case had our advice been taken? In what manner had they received our counsels, which were intended for the benefit of the Turkish Empire? The Turks had done their best to alienate the sympathies of public opinion in England, and it would not be easy to regain it. || His Highness replied, that this would be changed now, and, without showing any signs of offence at the language I had held, and which I purposely made somewhat stern, continued an appeal to our good offices. || I then proceeded to explain, that this Tunisian affair, like other Eastern questions, could not be dealt with separately by England; we had no special interest in it, and our policy was to maintain, in all these matters, the concert of Europe. It could not be to the interest of any nation to see a new difficulty arising even before the old ones were disposed of, and it would be wiser to seek by every means to keep the question within the smallest proportions, compatible with its importance rather than to raise any question in which foreign Powers might take different views. || His Highness must have gathered from the general tone of my conversation, that I had no instructions which would warrant the hope, that the Great European Powers would range themselves on different sides as regards the relations between the Porte and Tunis, and that any special appeal to England would not be justified by the whole attitude which Turkey has taken up towards us of late years.

Nr. 7450. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Rom. — Die Instruction für den italienischen General-Konsul in Tunis. Absendung von Kriegsschiffen ist noch nicht erforderlich.

Foreign Office, April 20, 1881.

Nr. 7450. Gross-britannien. 20. April 1881.

Sir, — The Italian Ambassador has been good enough to communicate to me some instructions which have been sent to the Italian Consul-General in Tunis, as to the attitude to be maintained with reference to the French operations on Tunisian territory. || In these instructions the necessity is pointed out of endeavouring to preserve the *status quo* in Tunis, as well as the safety of the Italian colony in the Regency, whilst to secure these objects the importance of united action with England is strongly urged. || Reference is also made to the advice given by Her Majesty's Government to the Bey to co-operate with the French troops for the chastisement of the Kroumirs, a course which the Bey had, however, declined to take; and the instructions proceed to point out the possible ultimate necessity of sending ships of war to Goletta for the protection of Italian subjects, with which object the necessary preparations had been made, whilst in order to avoid any misunderstanding with France as to the intentions of such a measure, or any encouragement to her to send a superior force, it was considered most advisable to follow the course that might be taken by Her Majesty's Government. General Menabrea explained, in communicating these instructions, that seeing the evident danger to which Europeans in Tunis would be exposed in the present crisis, his Government had already made arrangements for some iron-clads proceeding to Tunis immediately the necessity should be recognized, and the Italian Consul-General was in the meantime to do his utmost to prevent the Bey taking any step to complicate matters, or to encourage the French to extend their operations beyond what was necessary for the punishment of the Kroumirs; and his Excellency adverted to the importance already referred to in the instructions to the Consul, of simultaneous and identic action with Her Majesty's Government, and specifically in the matter of the eventual despatch of war vessels to the coast of Tunis should it become necessary.

In acknowledging General Menabrea's communication, I have expressed my regret at the Bey's refusal to co-operate with the French, since it gives them a plausible excuse for taking the law into their own hands; and I have intimated my concurrence in the view that, the endeavours of both countries should be directed to inducing the Bey to act with as much prudence as possible; with which object in view, similar advice from the British and Italian Governments could not fail to have some effect. || I informed General Menabrea, that a British man-of-war was ready at Malta to start for Tunis at the shortest notice; but I observed that, it was certain that the French would send vessels whenever the Italian and British Governments, or either

of them, did so, but that this step must, nevertheless, be taken as a matter of course whenever there was real occasion for it, on account of danger to the lives and property of our respective subjects. || I observed, however, that it did not appear, from any facts of which Her Majesty's Government were in possession, that such was the case at the present moment, although, from the beginning, Mr. Reade had asked for naval protection; and Her Majesty's Government understood, that a petition from English residents is about to be forwarded to the same effect. || It was the experience of Her Majesty's Government, however, as it was probably that of Italy, that demands for naval protection rather anticipate than lag after the necessity of the case. || I engaged to inform General Menabrea whenever Her Majesty's Government take any decision on the subject, trusting to hear from his Excellency in a similar case. || I at the same time suggested to General Menabrea, that it might be well for the Italian Government to give the French Government some intimation ot the possibility of a contingency arising which might render it necessary to send vessels to protect Italian subjects from the risk of Mahommedan fanaticism, rather than to wait for the moment when the ships may have to be sent. || I am, &c.

Nr. 7450. Gross-britannien. 20. April 1881.

Granville.

Nr. 7451. **FRANKREICH.** — Geschäftsträger in Tunis an den Bey. — Macht den Bey und den Premierminister persönlich verantwortlich für etwaige Unruhen gegen Europäer in Tunis.

Tunis, 20 avril 1881.

Le Gouvernement de la République s'est ému à juste titre des déclarations contenues dans les lettres que Votre Altesse m'a fait l'honneur de m'écrire, ces jours derniers, et renouvelées dans Ses communications à MM. les Représentants des Puissances étrangères à Tunis, déclarations qui tendent à décliner la responsabilité des désordres dans le cas où les troupes françaises entreraient sur le territoire de la Regence pour châtier les Khoumirs. Il avait d'abord espéré que ce langage insolite de la part d'un Souverain n'était, dans la bouche de Votre Altesse, que l'effet de ses préoccupations pour la sécurité publique. Malheureusement, les propos tenus par le Premier Ministre à diverses personnes, et notamment à quelques Membres du Corps consulaire, ne permettent de conserver aucune illusion à cet égard, et font ressortir, au contraire, en l'aggravant, le caractère comminatoire de ces déclarations. || Mon Gouvernement, qui ne pouvait demeurer indifférent à cette situation, m'a chargé, en conséquence, de déclarer à Votre Altesse que, s'il arrive le moindre mal à nos nationaux ou aux nationaux étrangers en général, c'est Votre Altesse et son Premier Ministre qu'il en rendra personnellement et exclusivement responsables. || Je suis chargé d'informer, en même temps, Votre Altesse, que les

Nr. 7451. Frankreich. 20. April 1881.

Nr. 7451. Frankreich. 20. April 1881.

troupes françaises doivent s'établir immédiatement à Tabarque pour leurs opérations contre les Khoumirs et de La prier de vouloir bien donner des ordres pour faire retirer de cette localité les troupes tunisiennes, afin d'éviter tout conflit et conformément à la promesse que Votre Altesse a bien voulu me faire ces jours-ci. Cette précaution est d'autant plus nécessaire que notre pavillon vient d'être accueilli à coups de fusil par des soldats au service de Votre Altesse, ainsi que j'ai eu l'honneur de l'en informer avant-hier.

Nr. 7452. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Die englische Regierung ist der Ansicht, dass Tunis der Suzeränetät der Pforte untersteht.

Foreign Office, April 23, 1881.

Nr. 7452. Gross-britannien. 23. April 1881.

My Lord, — I have received, and laid before the Queen, your Excellency's despatches of the 6th and 11th instant, reporting your conversations with the French Minister for Foreign Affairs upon the subject of the question which has arisen between France and Tunis. Her Majesty's Government have learned with pleasure the manner in which M. Barthélemy St.-Hilaire received the communication which you were instructed to make to him upon this matter. They had never doubted, that his Excellency would recognize at once, and, as a matter of course, the duty incumbent upon them of taking measures in case of need for the protection of British life and property, and it is satisfactory to find that their expectation has been fulfilled. || I scarcely understand the meaning of M. St.-Hilaire's intimation, that the French Government might decide to take similar steps, as I was under the belief that there was already a French ship of war at Tunis. It is possible, that your Excellency may be able to explain the meaning of the remark. || With reference to the declaration made by M. Barthélemy St.-Hilaire to the Turkish Ambassador, in regard to the relations between the Porte and Tunis, as reported by M. Challemel-Lacour, and communicated to your Excellency in my preceding despatch of this day's date, it will be right that your Excellency should take an opportunity of reminding the French Minister for Foreign Affairs that this country has always maintainded the doctrine that the Regency of Tunis is under the suzerainty of the Porte, and forms a part of the Ottoman Empire. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7453. **FRANKREICH.** — Geschäftsträger in Tunis an den franz. Min. d. Ausw. — Circular an die europäischen Konsuln in Tunis. Der Bey hat das Anerbieten einer französischen Besatzung zur Verhütung von Unruhen abgelehnt.

Tunis, 23 avril 1881.

Nr. 7453. Frankreich. 23. April 1881.

J'adresse au Corps consulaire la note-circulaire suivante qui aura, je l'espère, pour effet de calmer les inquiétudes de la population et de déjouer les manoeuvres du Gouvernement tunisien.

"Le soussigné, Chargé d'affaires de la République française, a l'honneur de porter ce qui suit à la connaissance de MM. les Représentants des Puissances étrangères à Tunis: || "En présence des déclarations renouvelées par le Bey dans sa dernière communication au Corps consulaire et des alarmes plus vives qu'elles ont causées dans la population, le soussigné s'est fait un devoir d'informer Son Altesse qu'il était prêt à mettre à sa disposition la compagnie de débarquement de la frégate française *la Jeanne d'Arc*, actuellement en rade de la Goulette, avec deux canons, forces très suffisantes pour maintenir l'ordre dans le quartier européen et le protéger contre une agression. Le soussigné a seulement ajouté que ce débarquement ne pourrait avoir lieu que sur la demande expresse du Bey. || Le Bey ayant ce matin même décliné formellement ces offres, le soussigné prend acte de ce refus et s'empresse d'en informer ses collègues. Ils en concluront, sans doute, comme lui, que les inquiétudes qu'éprouve le Gouvernement tunisien pour le maintien de l'ordre sont moins grandes que celles qu'il manifeste, ou bien que ce Gouvernement s'est déterminé à accepter dans toutes les éventualités la responsabilité qu'il a eu soin de décliner jusqu'à présent. || Le soussigné saisit cette occasion pour renouveler à ses collègues les assurances de sa haute considération."

Roustan.

Nr. 7454. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Barthélémy-Saint-Hilaire über das Verhältniss der Pforte zu Tunis.

(Auszug.) Paris, April 25, 1881.

Nr. 7454. Grossbritannien. 25. April 1881.

The objects of the French expedition were, M. Barthélemy St.-Hilaire said, to chastise the lawless tribes, to ensure the permanent establishment of order on the frontier, to settle outstanding claims, and to take effectual securities against Tunis being used by any foreign Power as a means of disturbing the French rule in Algeria. Against the annexation of Tunis, M. Barthélemy St.-Hilaire's objections were, he affirmed, as strong as ever. || I mentioned the word "Protectorate," and thereupon M. Barthélemy St.-Hilaire said that the exact term, of the Treaty to be concluded with the Bey were of course not yet settled, but that, with a view to the objects he had mentioned, the Treaty

Nr. 7454. Grossbritannien. 25. April 1881.

must secure to France a predominance which would in fact resemble protection. || I proceeded to say to M. Barthélemy St.-Hilaire, that your Lordship had directed me to remind him that Great Britain has always maintained the doctrine that the Regency of Tunis is under the suzerainty of the Porte, and forms a part of the Ottoman Empire. || M. Barthélemy St.-Hilaire, urged that this doctrine was of very recent date, and had never been acquiesced in by France. He especially repudiated the Firman of 1871, which the Porte had, he said, taken upon itself to issue at a moment when France was in great straits. || I did not argue the question, but simply repeated, that I was instructed to remind him that Great Britain maintains that Tunis is under the suzerainty of the Porte, and forms a part of the Ottoman Empire. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7455. TÜRKEI. — Min. d. Ausw. (Assim-Pascha) an den türkischen Botschafter in London (Musurus-Pascha). — Die Pforte nimmt die Souveränetät über Tunis in Anspruch.

(Télégraphique.) Constantinople, le 25 Avril, 1881.

Nr. 7455. Türkei. 25. April 1881.

Je vous transmets ci-après, pour votre information, le télégramme que je viens d'adresser à votre collègue de Paris pour les affaires Tunisiennes: — "Reçu télégramme. || Tout en nous associant au désir de M. Barthélemy-St.-Hilaire de voir le calme se rétablir dans les parties agitées de la Tunisie nous croyons cependant devoir exprimer nos regrets au sujet des remarques de son Excellence tendant à ne constater qu'un simple pouvoir religieux de Sa Majesté Impériale le Sultan sur la province de Tunisie. || La souveraineté de Sa Majesté sur cette partie intégrante de son Empire constitue depuis longtemps un fait acquis incontestable; et, dès lors, nous croyons superflu de nous étendre là-dessus. Nous nous contentons seulement, et ceci est de notoriété publique, de rappeler que la nomination de Gouverneurs-Généraux qui se sont succédés dans l'administration de cette province a toujours été subordonné à la volonté et aux ordres du Souverain; que les Firmans officiels de ces nominations émanaient de la Sublime Porte qui y consacrait chaque fois son droit de souveraineté sur Tunis et son droit de sauvegarder, à elle seule, les privilèges octroyés à cet Eyalet; qu'enfin le Firman adressé en dernier lieu au Pacha actuel, sur les sollicitations de Son Altesse et de la population, a mentionné solennellement la consécration de ces mêmes droits, ainsi que des nouveaux privilèges accordés à Son Altesse, et a été reconnu comme tel par les Puissances en général. || Se basant sur ce qui précède, le Gouvernement Impérial ne saurait déroger aux principes et à l'ordre des choses ainsi établi, et il considère comme de son devoir de les maintenir intacts. || Vous voudrez bien soumettre ces considérations d'un ordre si élevé à la bienveillante attention de son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères."

Nr. 7456. **GROSSBRITANNIEN.** — General-Consul in Tunis an den engl. Min. d. Ausw. — Der Bey bittet um Vermittelung der englischen Regierung.

(Telegraphic.) Tunis, April 26, 1881.

Nr. 7456. Gross-britannien. 26. April 1881.

His Highness the Bey of Tunis prays your Lordship to lay the following message before Her Majesty the Queen of England and the British Government: —

"In spite of the protestations which we have made in our own name and in that of our Suzerain, the Sultan of the Ottoman Empire, and notwithstanding the proofs we have given of our ability to repress any excess of the Kromir frontier tribe which may have given cause for complaint, and the fact that the troops commanded by our brother and heir now occupy that portion of our dominions which they inhabit, the Government of the French Republic has caused its troops to invade our country, and, not content with entering that portion of the Regency where the Kromirs reside, have occupied a part of our territory far distant from the locality in question, and entirely unconnected whit it. The repeated protests which we have made, both in our name and in that of our Suzerain, have been disregarded, and our territory has been violated without a declaration of war, either against ourselves or our political superior, and this with a total disregard of the usual rules and observances prescribed under similar circumstances by the law of nations. We are at a loss to understand the reason why we are to be (? thus) treated by a powerful Government with which we have always been on the most cordial terms, and whose interest in our Regency we have studiously and constantly endeavoured to promote. We are the more astonished at the measures resorted to against us because the French Representative has not interrupted his relations with us, and only two days ago assured us that as peace prevailed between the Republic and ourselves a landing of French soldiers on our coast could only take place with our own consent and concurrence. Under these circumstances we appeal to our august ally Her Majesty the Queen of Great Britain, as well as to all the Great Powers Signataries of the Treaty of Berlin to mediate between the French Government and ourselves. We do this the more readily because the country which we govern is, as an integral part of the Ottoman Empire, entitled to the protection afforded by that Convention. We are willing to submit unreservedly all complaints brought against us to their friendly arbitration. We feel assured, that the Great Powers of Europe will take into consideration the Treaties they have entered into with my predecessors and myself, and will not ignore our constant endeavours to guarantee equal privileges and impartial justice to all European subjects residing in our State. In our hour of dire distress we implore the Great Powers to interpose their friendly offices on our behalf. We believe, that justice is on our side; but we leave the consideration of our position, as well as our

Nr. 7456. Grossbritannien. 26. April 1881.

own interests and those of our Suzerain, to the justice, impartiality and generosity of the Great Powers.

Mahammed Sadyk."

Nr. 7457. TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den „Pascha" von Tunis. — Französische Vertragspropositionen sind zurückzuweisen.

Le 28 Avril, 1881.

Nr. 7457. Türkei. 28. April 1881.

Reçu télégramme du 27. || Les mesures nécessaires ont été prises et seront prises encore. || Les relations amicales existant entre le Gouvernement Impérial et la République Française, jointes aux déclarations faites par M. Grévy à l'Ambassadeur de Sa Majesté quant au but de l'expédition, rendent impossible que le France veuille s'engager dans une entreprise telle que l'établissement d'un Protectorat sur la Province de Tunis, partie intégrante de l'Empire. Mais, si, ainsi que votre Altesse en a été prévenue, une proposition dans ce sens venait à se produire, il n'y aurait qu'à la repousser, en y opposant une fin de non recevoir. Votre Altesse voudra bien ajouter qu'on doit s'adresser à la Sublime Porte. || Je prie votre Altesse de déployer les plus grands efforts pour maintenir l'ordre et la tranquillité publique de façon à ne fournir à personne des sujets de plainte ni d'observation. Il faut surtout poursuivre les mesures de répression adoptées par votre Altesse contre les tribus dont les actes ont servi de motif à l'entrée en Tunis des troupes Françaises.

Nr. 7458. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Widerspruch zwischen den Angaben B.-St.-Hilaire's über die französischen Kriegsschiffe und den Nachrichten aus Tunis darüber.

Foreign Office, May 2, 1881.

Nr. 7458. Grossbritannien. 2. Mai 1881.

My Lord, — Her Majesty's Government have received information, that three French iron-clad frigates and a gun-boat have arrived at Bizerta. || In your Excellency's despatch of the 1st instant, however, you state, in reporting a conversation which you had had with M. Barthélemy St.-Hilaire, the French Minister repeated what he had already stated to your Excellency on the 25th ultimo, that there was one French iron-clad regularly stationed at Tunis, the "Jeanne d'Arc," which required repairs and was to go home; and that the "Reine Blanche," a ship of the same class, had gone to relieve her, but that only one was to stay; and M. Barthélemy St-Hilaire added, in reply to your Excellency's inquiry as to what had become of the third iron-clad which he had mentioned as being before Tabarca, that he did not know positively whether this ship was, or was not, still in Tunisien waters. || Your Excellency

will perceive, that the intimation as to the movements of French ships which has now reached Her Majesty's Government is scarcely consistent with the explanations given to your Excellency by M. Barthélemy St.-Hilaire on this and previous occasions; and I have to request, that your Excellency will endeavour to obtain further information as to the actual state of affairs in this respect. || I am, &c.

Nr. 7458. Gross-britannien. 2. Mai 1881.

Granville.

Nr. 7459. TUNIS. — Der Bey an den franz. Geschäftsträger in Tunis. — Protest des Bey gegen die Besetzung von Biserta.

Nr. 7459. Tunis. 2. Mai 1881.

(L. S. Après la formule d'usage.) || Par Notre lettre du 26 djoumada 1er 1298, Nous avions protesté contre l'entrée des troupes françaises sur le territoire de la Régence du côté des Khoumirs et notamment du côté du Kef, contrairement à Notre volonté. Depuis, les troupes françaises ont occupé le Kef qui est une des forteresses de Notre Régence. Cette occupation s'étant effectuée en violation de tous les principes du droit des gens, il est de Notre devoir de réitérer, pour ce fait, Nos protestations les plus formelles contre votre Gouvernement. || D'autre part le Gouverneur de Bizerte nous a informé qu'hier des navires de guerre français se sont présentés devant Bizerte et ont demandé d'occuper la ville et les forts, en menaçant de s'en emparer par la force. Comme nous sommes en état de paix avec le Gouvernement de la République, Nous avions prescrit à qui de droit d'éviter tout conflit entre Nos soldats et ceux de l'armée française. Par suite de ces instructions, le Gouverneur de Bizerte n'a pas pu repousser par la force cet acte, et les soldats français ont occupé Bizerte et ont arboré le drapeau français sur les forts. || Cette occupation pendant que Nous sommes en état de paix avec Votre Gouvernement est un fait insolite et contraire à toutes les règles de droit et à tous les principes. Par conséquent, Nous protestons de la manière la plus solennelle contre cette occupation. Notre présente protestation doit être considérée comme faisant suite aux précédentes et se joignant à elles pour toutes les fins que de droit. || Nous ne pouvons pourtant ne pas exprimer notre regret de Nous voir traités de la sorte par un Gouvernement ami que Nous avons toujours traité avec tous les égards et avec lequel Nous Nous sommes toujours efforcés de conserver les meilleurs rapports.

Écrit le 3 djoumada 2e 1298 (2 mai 1881).

Contresigné: Mustapha.

Nr. 7460. TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den türkischen Botschafter in London. — Bittet um Intervention der Grossmächte.

(Télégraphique.) Constantinople, le 3 Mai, 1881.

Nr. 7460. Türkei. 3. Mai 1881.

Mes différentes dépêches vous ont successivement mis au courant de l'état actuel des choses à Tunis, et du point de vue auquel nous avons toujours envisagé cette question. Un simple inicident local se traduisant par l'agression de quelques tribus Berbères du côté de l'Algérie, agression que les autorités Tunisiennes s'étaient dès l'origine déclarées prêtes à châtier, a pourtant, à notre grande surprise, amené une expédition de troupes considérables Françaises en Tunis; il résulte, en effet, des dernières informations transmises à la Sublime Porte par le Pacha de Tunis, que les troupes Françaises s'avancent de plus en plus dans l'intérieur du pays après s'être emparées de plusieurs points fortifiés, et qu'elles sont déjà parvenues à une distance de 100 milles du centre de la province. || Son Altesse pense qu'un mouvement militaire aussi important et une marche aussi rapide à travers la province, malgré la déclaration de la France de ne poursuivre aucune idée de conquête, déclaration dont nous avons pris acte, semblent pourtant dénoter l'un ou l'autre des trois projets suivants: ou la prise de possession, ou l'occupation, ou bien le Protectorat de la Tunisie. En présence d'une situation dont la gravité ne saurait échapper à l'attention de personne, Son Altesse et la population nous demandent elles-mêmes plus que jamais l'exercice des droits souverains immémoriaux et incontestables de la Sublime Porte pour venir à leur aide et proréger la province qui fait partie intégrante de l'Empire. || Forts de nos droits et pénétrés de nos devoirs envers cette intéressante population, sujette de Sa Majesté Impériale le Sultan, nous avons proposé en dernier lieu aux Puissances Signataires du Traité de Berlin de nous entendre, soit avec elles, soit directement avec la France, pour arriver à une solution qui soit de nature à satisfaire aux griefs du Gouvernement de la République. || Cet appel reste jusqu'à ce jour sans réponse, et nous nous voyons placés devant la question de savoir si les Puissances devraient, à l'encontre de leurs sentiments de justice et d'équité, persister dans une attitude passive à cette occasion. || Quant à nous qui ne saurons voir d'un œil indifférent les événements qui se passent dans une partie des possessions de notre Auguste Maître, nous ne pouvons nous empêcher de nous demander si la justice immuable, qui a toujours servi de guide aux Cabinets Européens dans tous leurs actes, voudraient aujourd'hui se retrancher derrière un laisser-faire, en face du droit du plus fort. Il nous serait pénible de devoir nous vouer à une idée pareille dont la réalisation amènerait la plus profonde perturbation de la paix générale, désirée à égal titre par la Sublime Porte et les Puissances, et dès lors une commotion des plus graves de l'état des choses en Orient. || Nous avons donc le ferme espoir que notre appel sera entendu par les Gouvernements Signataices du Traité de Berlin, qui garantissent solennelle-

ment les intérêts vitaux de l'Empire Ottoman, et qu'ils voudront bien donner suite à notre proposition d'une entente franche et conciliante, laquelle pourrait amener l'apaisement du conflit en Tunisie à la satisfaction de tous et d'une manière conforme au désir du Gouvernement Français. || Veuillez communiquer cette dépêche à son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères.

Nr. 7460. Türkei. 3. Mai 1881.

Nr. 7461. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. — Frankreich lehnt eine Discussion der Souveränetätsfrage mit der Pforte ab.

Paris, 4 mai 1881.

Nr. 7461. Frankreich. 4. Mai 1881.

Je vous ai tenu au courant des démarches que l'Ambassadeur de Turquie à Paris a reçu l'ordre de faire auprès de moi, à l'occasion des affaires de Tunisie. || Essad-Pacha ayant insisté d'une manière fort pressante pour obtenir une réponse à ses ouvertures, je lui ai écrit hier la lettre dont vous trouverez la copie ci-jointe.

Barthélémy-Saint-Hilaire.

Beilage.

Paris, 3 Mai 1881.

Vous avez bien voulu m'entretenir dernièrement des préoccupations particulières que paraissent causer à la Porte ottomane les questions débattues en ce moment entre le Gouvernement de la République et le Bey de Tunis. Votre Gouvernement, m'avez-vous dit, serait prêt à faciliter un règlement de ces questions au moyen d'une entente amiable avec la France, et vous désirez connaître l'accueil que nous serions disposés à faire à cette ouverture. || J'ai déjà eu l'honneur d'appeler votre attention sur la divergence d'appréciations qui, à mon vif regret, se produit entre la Sublime Porte et nous dès qu'il s'agit de caractériser les rapports de la Tunisie avec l'Empire Ottoman. J'ai dû décliner, en conséquence, une discussion inutile sur des points qui appartiennent à l'histoire, et qui, en tout cas, n'ont pas conservé une valeur réellement pratique aujourd'hui. Nous n'avons aucunement le désir de faire remonter à la Sublime Porte la responsabilité des faits qui nous ont donné de justes sujets de plainte en Tunisie, et nous n'avons pas davantage la pensée de l'impliquer dans les difficultés qui peuvent survenir à cette occasion. Je suis persuadé que nous donnons ainsi à la Turquie une preuve nouvelle de notre amitié véritable, et je ne pourrais que déplorer très sincèrement que votre Gouvernement se méprît sur les mobiles qui nous dirigent, lorsque nous ne croyons pas possible d'accueillir les bons offices qu'il nous offre.

Barthélémy-Saint-Hilaire.

Nr. 7462. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit B.-St.-Hilaire. Besetzung von Biserta. Der Wortlaut des mit dem Bey zu schliessenden Vertrages steht noch nicht fest.

Paris, Mai 5, 1881.

Nr. 7462. Gross-britannien. 5. Mai 1881.

My Lord, — I had yesterday a conversation of some length with M. Barthélemy St.-Hilaire on the state of affairs regarding Tunis. || I observed to him, that it seemed that no less a naval force than three iron-clads and a gun-boat had appeared at Bizerta, and that men landed from them had taken possession of the place. All these ships were, I said, in excess of the number of vessels which he had mentioned to me as forming the whole French naval force in Tunisian waters.

M. Barthélemy St.-Hilaire said, that these ships had gone to Bizerta for a temporary purpose, and had, he presumed, already left that place.

The occupation of Bizerta and the landing of a force there were, M. Barthélemy St.-Hilaire went on to say, necessary for the military operations against the Kroumirs. It would require an expenditure of at least 100,000,000 fr. (4,000,000 *l.*) to form a harbour at Bizerta. The French Government had certainly no intention to undertake any work of the kind; but, of course, if at some future time a French private Company should consider that the formation of a harbour there would be a lucrative undertaking, the French Government would not oppose the attempt being made as a private enterprize.

I said, that his Excellency had no doubt observed that in answer to a question put in the House of Commons respecting Bizerta, Sir Charles Dilke had stated that the permanent occupation of that place would be quite outside the statement which his Excellency had made to me of the objects of the French expedition to Tunis. I proceeded to remind him, that what he had stated to me was, that the objects of the expedition were to chastize the lawless tribes, to insure the permanent establishment of order on the frontier, to settle outstanding claims, and to take effectual securities against Tunis being used by any foreign Power as a means of disturbing the French rule in Algeria.

M. Barthélemy St.-Hilaire replied, that the French Government had certainly no intention of annexing either Bizerta or any other part of Tunis. The military operations would, he thought, be ere long brought to a conclusion, and the time would then come for negotiating with the Bey respecting the future position of the Regency with regard to France. The exact terms which would be proposed to the Bey had not yet been settled. They would depend in part upon the attitude of the Bey when the time came for treating; but in any case they must be such as to secure to France predominant influence.

I said that a statement of terms, some of which were of a very remar-

kable character, had been affirmed in the English newspaper, the "Daily News" of the 2nd instant, to have been made by M. Roustan at Tunis.

Nr. 7462. Gross-britannien. 4. Mai 1881.

I observed that, as the article had been copied into the French newspapers, it had probably attracted his Excellency's attention, and I proceeded to recite some of the more extraordinary of the terms mentioned in it.

M. Barthélemy St.-Hilaire did not give a specific contradiction to any of the particulars I quoted. He contented himself with saying in general terms, that there could not possibly be any foundation for the statement, as the French Government itself was not yet in a position to decide what the terms would be.

M. Barthélemy St.-Hilaire concluded by formally and distinctly authorizing me to assure your Lordship, that no idea of conquest or annexation entered into the intentions of the French Government with regard to Tunis.

I have, &c.

Lyons.

Nr. 7463. TUNIS. — Der Bey an den engl. Min. d. Ausw. — Bittet um schleunige Mediation.

(Télégraphique.) Le 5 Mai, 1881.

Nr. 7463. Tunis. 5. Mai 1881.

Je confirme à votre Excellence mon télégramme en date du 26 Avril informant votre Excellence de l'invasion de la Régence par les troupes de la République Française accomplie dans des circonstances contraires aux droits des gens et contre laquelle j'ai solennellement protesté en mon nom et en celui de Sa Majesté Impériale le Sultan. Le Gouvernement de la République avait déclaré aussi bien aux Cabinets Européens qu'à moi-même que ses intentions se limitaient exclusivement au châtiment des Kroumirs pour des prétendus méfaits qu'ils auraient commis sur la frontière Algérienne, châtiment du reste auquel nous n'avons jamais consenti. Malgré nos protestations et malgré les déclarations explicites du Gouvernement de la République, les troupes Françaises ont occupé notre ville du Kef: une colonne Française marche maintenant sur Beja: les forts de Tabarque ont été détruits, et leur place occupée: d'autres tribus, étrangères aux Kroumirs, ont été attaquées: une garnison Française occupe actuellement le port de Bizerte, sur la forteresse de laquelle le drapeau Français flotte aujourd'hui. Je ne sais pas quelles autres mesures sont décidées au sujet des autres localités de la Régence. Je prends de nouveau à témoignage le Représentant même de Sa Majesté la Reine pour certifier des efforts déployés par moi pour donner toutes les satisfactions possibles au Gouvernement Français au sujet des Kroumirs, qui s'étaient entièrement soumis à notre autorité, et de la tranquillité publique que j'ai maintenue jusqu'à ce jour sur tous points du territoire. Il m'est impossible de prévoir les désastres qui vont fondre sur la Régence si l'invasion continue. Par suite de ces circonstances je place mon propre sort, ainsi que les destinées de la Ré-

Nr. 7463. Tunis. 5. Mai 1881.

gence, entre les mains de votre Excellence et celles de Sa Majesté Impériale le Sultan, implorant, au nom de l'humanité et en qualité d'ancien allié de votre Gouvernement, avec lequel j'ai toujours conservé des relations non interrompues, l'aide de votre Excellence, pour qu'elle adopte telle mesure de médiation urgente qui puisse arrêter les horreurs de la guerre qui dévaste en ce moment la Regence, arriver à une décision commune des Gouvernements pour assurer l'avenir de ce pays, et régler les réclamations que le Gouvernment de la République aurait à formuler contre mon Gouvernement.

Mohammed-Es-Sadik.

Nr. 7464. FRANKREICH. — Botschafter in Konstantinopel an den Min. d. Ausw. — Die Pforte will Kriegsschiffe nach Tunis senden.

Péra, 5 Mai 1881.

Nr. 7464. Frankreich. 5. Mai 1881.

J'ai fait demander au Premier Ministre, par l'intermédiaire d'Assim-Pacha, si, comme l'affirmait la presse turque, la Porte comptait envoyer un Commissaire et des bâtiments de guerre à Tunis. Saïd-Pacha a déclaré ne pas pouvoir prendre sur lui de me répondre sans avoir consulté ses collègues. Il allait s'entendre, à cet égard, avec eux. || Notre Consul à la Canée me prévient à l'instant que l'ordre a été donné, de Constantinople, à l'Amiral turc, de tenir prêts à partir pour Tunis, à ce qu'on suppose, un cuirassé et une corvette.

Tissot.

Nr. 7465. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. — Die französische Flotte hat Befehl erhalten, alle türkischen Streitkräfte mit Gewalt von Tunis fernzuhalten.

Paris, 7 mai 1881.

Nr. 7465. Frankreich. 7. Mai 1881.

En conséquence d'une délibération du Conseil des Ministres, le Gouvernement français fait à la Porte Ottomane la notification suivante: "Comme la France est actuellement en guerre avec une partie de la population de Tunisie, tout envoi de forces militaires à Tunis, de la part de la Turquie, sera regardé comme un acte d'hostilité. L'escadre française aura l'ordre d'arrêter au passage l'escadre turque et de s'opposer par la force à tout débarquement sur un point quelconque de la Régence." || Je vous prie de porter immédiatement cette décision à la connaissance de la Porte.

Barthélémy-Saint-Hilaire.

Nr. 7466. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Verlangt die Aufrechterhaltung der Vertragsrechte Englands in Tunis.

Foreign Office, May 7, 1881.

Nr. 7466. Gross-britannien. 7. Mai 1881.

My Lord, — Her Majesty's Government do not doubt the sincerity of the declarations of the French Government, as reported in your Excellency's despatch of yesterday and previous despatches, that there is no intention on the part of France to annex Tunis or to assume any sovereignty over that Regency, and that all that is desired is to punish the Kroumir tribes for their disorderly and hostile attitude on the Algerian frontier, and to obtain from the Bey sufficient assurances for the future, nor do Her Majesty's Government view with any jealousy the assertion of French influence, so long as it is not exercised in a manner contrary to established Treaty rights or detrimental to the legitimate interests of British subjects. || They cannot, however, conceal from themselves, that proceedings of a military nature such as have been instituted by the French, the occupation of Bizerta, and the destruction of the fort at Tabarca, seem to be directed to some object beyond the mere chastisement of disorderly Arab tribes on the frontier, nor can they affect to misunderstand the intimations which have been given to your Excellency by M. Barthélemy St.-Hilaire that although the French Government did not seek to establish a Protectorate, the new Treaty which would be imposed upon the Bey would be in the nature of one. || The Bey of Tunis has appealed to the mediation of the Powers who signed the Treaty of Berlin to bring the warlike operations to a close, arrive at a general decision as to the future of the Regency, and determine any claims which the Government of France may have to prefer against his Government. || The Porte has also addressed Her Majesty's Government, and, as they suppose, the other Powers, respecting its position and duties in regard to Tunis. || Any measures which would affect the existing state of the African provinces on the Mediterranean could not be matter of indifference to the European Powers, many of whom, like Great Britain, have special Treaties with Tunis, entitling them to most-favoured-nation treatment in the Regency, while all would, it is to be presumed, lay claim to such treatment under their Treaties with the Porte. || Her Majesty's Government do not desire to give an exaggerated importance to the question of Tunis in its present aspect, or to make any formal proposal of mediation or good offices unless invited to do so by the French Government as well as by the Bey; but they cannot ignore entirely the appeals addressed to them by His Highness and by the Porte; still less could they acquiesce tacitly in any arrangements being entered into contrary to their established rights. || Your Excellency will state this to M. Barthélemy St. Hilaire in the most friendly language, and will add that if Her Majesty's Government can in any way conduce to an early settlement of the questions at issue between the

Nr. 7466. Grossbritannien. 7. Mai 1881.

French Government and the Bey they will be ready to exercise all the influence they may possess in any manner which he may indicate as likely to be useful and acceptable. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7467. **ITALIEN.** — Min. d. Ausw. an den ital. Botschafter in London (Menabrea). — Ersuchen an die englische Regierung, die Initiative zur Lösung der tunesischen Frage zu ergreifen.

(Télégraphique.) Le 7 Mai, 1881.

Nr. 7467. Italien. 7. Mai 1881.

Je m'empresse de remercier et d'approuver vivement votre Excellence d'avoir bien voulu prendre auprès de Lord Granville, à titre d'idée personnelle, l'initative d'un *modus procedendi* sur l'affaire Tunisienne. || Il est désormais acquis, depuis les vues échangées entre les deux Cabinets, que nous sommes entièrement d'accord sur le fond de la question, c'est-à-dire pour le maintien du *statu quo* politique et pour la sauvegarde des intérêts matériels respectifs. || Si Lord Granville désire maintenant connaître ce que nous pensons faire, ayant ce programme pour base, en vue des éventualités qui pourraient se produire en Tunisie et dont la réalisation ne paraît pas si éloignée qu'on se l'imaginait jusqu'ici, je me hâte de vous communiquer ce qui suit pour lui soumettre nos idées. || Nous tenons à faire, ni plus ni moins, de ce que l'Angleterre compte faire elle-même, en vue de ces mêmes éventualités. || Toutefois, nous ne voulons pas nous effacer ni décliner une responsabilité que nous acceptons tout entière; mais, pour une foule de raisons qu'il serait oisif de rappeler, il est évident qu'une action diplomatique n'a de chance de succès que si l'initiative est prise par l'Angleterre. || Je prie votre Excellence de vouloir bien développer ces considérations pour un arbitrage, cherchant surtout à bien faire ressortir tout ce qu'il y a de conciliant envers la France dans notre démarche, qui a uniquement pour but de résoudre, d'une manière équitable, une question qui émeut profondément l'Italie. || Si les préoccupations sont déjà grandes en présence de l'occupation de Biserte, quelle sera la situation chez nous, le jour où l'on recevra la nouvelle d'un débarquement à la Golette? || Voilà une sérieuse éventualité que, dès à présent, nous ne devrions pas perdre de vue.

Nr. 7468. **FRANKREICH.** — Botschafter in Konstantinopel an den franz. Min. d. Ausw. — Hat die türkische Regierung vor Absendung von Kriegsschiffen nach Tunis oder Tripolis gewarnt.

Péra, 9 mai, 1881.

Nr. 7468. Frankreich. 9. Mai 1881.

J'ai demandé aujourd'hui à Assim-Pacha s'il était en mesure de me faire savoir la décision qui a dû être prise hier au Conseil des Ministres à la suite de notre Notification du 7. Assim-Pacha m'a fait observer que cette décision était soumise à la sanction du Sultan et qu'il ne lui était pas possible de m'en révéler la teneur. Il a bien voulu, cependant, me dire que le Gouvernement turc désirait maintenir ses bonnes relations avec nous, qu'il n'enverrait à Tunis ni troupes de débarquement, ni Commissaire, ni flotte, mais qu'il se considérait comme ayant le droit et le devoir d'y faire paraître le Pavillon ottoman; un ou deux bâtiments turcs iraient à Tunis; leur rôle serait de maintenir la population dans l'attitude pacifique dont elle serait déjà sortie, a-t-il ajouté, sans les conseils pressants adressés au Bey par le Sultan. || J'ai fait observer à Assim-Pacha que la présence d'un seul bâtiment turc à Tunis pouvait avoir des conséquences tout à fait opposées au but que la Porte disait avoir en vue. Je lui ai demandé ensuite des explications sur le départ du *Moukbir-Hourour.* || Le Ministre des Affaires étrangères m'a dit que ce bâtiment était effectivement parti pour Tripoli et que les troupes qu'il porte étaient destinées à empêcher que l'agitation tunisienne ne gagnât la Tripolitaine. || J'ai averti Assim-Pacha que là encore je craignais que le résultat ne trahît les intentions de la Porte.

Tissot.

Nr. 7469. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an die franz. Legationen. — Uebersendung des Gelbbuches. Exposé über die französische Politik in Tunis.

Paris, 9 mai, 1881.

Nr. 7469. Frankreich. 9. Mai 1881.

Monsieur, j'ai l'honneur de vous adresser le Recueil des documents sur Tunis, et je veux en préciser le sens général, en m'entretenant avec vous des causes de l'expédition actuelle et des résultats que nous en attendons. Plusieurs fois déjà, le Gouvernement de la République a fait connaître ses motifs et ses intentions; et vous vous souvenez particulièrement des déclarations qu'a faites, du haut de la tribune nationale, M. le Président du Conseil. Elles ne peuvent laisser le moindre doute par leur netteté et par leur franchise. Mais néanmoins, je désire vous soumettre quelques considérations, dont vous pourrez vous servir utilement, dans vos relations avec le Gouverment auprès duquel vous êtes accrédité.

La politique de la France dans la question de Tunis n'a jamais été in-

Nr. 7469. Frankreich. 9. Mai 1881.

spirée que par un seul principe; et ce principe, qui suffit à expliquer toute notre conduite depuis un demi-siècle envers la Régence, c'est l'obligation absolue où nous sommes d'assurer la sécurité de notre grande colonie algérienne. Depuis 1830, il n'est pas un des Gouvernements divers qui se sont succédé en France qui ait négligé ce soin essentiel; et le devoir s'en impose à nous avec une évidence tellement irrésistible que personne, en Europe, ne conteste notre droit de prendre toutes les mesures que nous pouvons juger nécessaires pour sauvegarder notre possession africaine contre un voisinage turbulent ou hostile. Depuis la bataille de l'Isly, en 1844, nous sommes tranquilles du côté de l'Ouest et du Maroc, où notre frontière est protégée par le désert; nous n'avons à y réprimer que quelques désordres passagers. Mais à l'Est, du côté de Tunis, le désordre est permanent, et voilà dix ans qu'il persiste malgré nos efforts; il augmente même chaque année, depuis la révolte des spahis de Soukarrhas, en 1871, qui, après avoir massacré leurs officiers sous les ordres de Kablouti, cherchaient un refuge sur le territoire tunisien, jusqu'au pillage de *l'Auvergne* en 1878, et jusqu'à la récente agression des Khoumirs et le pillage du *Santoni*, qui est d'hier. Nous avons poussé la patience à un point qui a parfois étonné le monde. Nous ne le regrettons pas; mais, après tant de dommages soufferts et après tant de longanimité, nous avons dû nous résoudre à en finir en pacifiant notre frontière d'une manière durable et en réglant les choses avec le Bey de Tunis de façon à ce que le péril ne recommence plus sous aucune forme.

Quand on parcourt les Documents que je vous communique, on est surpris de la fréquence des méfaits dont nous avons eu à nous plaindre, et de l'impuissance irrémédiable de l'État sur le territoire duquel ils se passent et qui est incapable de les prévenir. Aux confins de la Tunisie et de l'Algérie, il y a toute une zone de tribus insoumises et belliqueuses, qui sont perpétuellement en guerre et en razzias les unes contre les autres, et qui entretiennent dans ces contrées naturellement très difficiles un foyer d'incursions, de brigandages et de meurtres. Le plus ordinairement, ce sont les tribus de notre domination qui en sont les victimes, parce que, grâce au régime plus doux dont nous leur avons apporté le bienfait, elles sont devenues plus sédentaires et plus paisibles, en se civilisant peu à peu. Mais les tribus tunisiennes sont plus barbares et plus aguerries; et entre celles-là, on distingue surtout les Ouchtétas, les Freichichs et les Khoumirs. On ne sait pas au juste ce qu'elles peuvent compter de combattants, ou, comme on dit, de fusils. Mais les opérations qui nous demandent en ce moment une armée de 20,000 hommes prouvent assez les forces de l'ennemi, retranché dans un pays à peu près inaccessible. || Comme il n'y a pas de frontières naturelles entre la Tunisie et l'Algérie, la délimitation est restée indécise, et elle n'a jamais été faite régulièrement. On l'a tentée en 1842, et les travaux topographiques, que facilitait la présence de nos troupes, n'ont pas duré alors moins de trois ans; la carte levée à cette époque a même été approuvée en 1847 par le Bey de Tu-

nis, Ahmed, lors de son voyage en France; mais il n'est pas résulté de ces préliminaires une convention officielle entre la Régence et nous; et la frontière est encore flottante, comme elle l'était sous les Beys de Constantine. C'est une lacune qu'il faudra combler dès que nous le pourrons; la Régence y trouvera son avantage aussi bien que nous. || Ainsi, le premier objet de notre expédition, c'est la pacification définitive de notre frontière de l'Est.

Mais ce ne serait rien d'y avoir rétabli l'ordre et le calme, si l'État qui nous est limitrophe restait sans cesse hostile et menaçant. Nous ne pouvons pas craindre une attaque sérieuse de la part du Bey de Tunis, tant qu'il en est réduit à ses propres forces; mais la plus simple prudence nous fait une loi de veiller aux obsessions dont il peut être entouré, et qui, selon les circonstances, nous créeraient en Algérie de très graves embarras, dont le contre-coup porterait jusqu'en France. Il nous faut donc à tout prix avoir dans le Bey de Tunis un allié avec qui nous puissions loyalement nous entendre; il nous faut avoir un voisin qui nous rende la sincère bienveillance que nous aurons pour lui, et qui ne cède pas à des suggestions étrangères, cherchant à nous nuire et à compromettre notre puissance légitime. Nous avons montré depuis plus de quarante ans que, si nous étions obligés, pour la sécurité de la France algérienne, de revendiquer dans la Régence une situation prépondérante, nous savions respecter scrupuleusement les intérêts des autres nations, qui peuvent en toute confiance vivre et se développer à côté et à l'abri des nôtres. Les Puissances savent bien que nos sentiments à leur égard ne changeront pas. || Jusqu'à ces derniers temps, nous sommes demeurés en excellente intelligence avec le Gouvernement de S. A. le Bey; et, si parfois nos rapports avaient été troublés pour le règlement de quelques indemnités dues à nos tribus lésées, l'accord s'était promptement rétabli; il s'était même consolidé à la suite de ces dissentiments légers. Mais dernièrement, et par des causes qu'il serait trop délicat de pénétrer, les dispositions du Gouvernement Tunisien envers nous ont totalement changé; une guerre, sourde d'abord, puis de plus en plus manifeste et audacieuse, a été poursuivie contre toutes les entreprises françaises en Tunisie, avec une persévérance de mauvais vouloir, qui a amené la situation au point où elle en est arrivée aujourd'hui. || Le *Livre jaune*, que vous recevrez avec cette lettre, vous montrera les phases diverses qu'ont présentées ces résistances opiniâtres, tantôt simplement tracassières et gênantes, le plus souvent injustes et dommageables. Vous verrez par des documents authentiques ce qu'ont été les questions du chemin de fer de la Goulette à Tunis; du câble sous-marin, qu'on voulait rendre indépendant de nos lignes télégraphiques en bravant tous nos droits; du domaine de l'Enfida, qu'on essaye de ravir par des moyens illégaux à une compagnie Marseillaise, aussi honnête que laborieuse; du chemin de Soussa, dont on entrave comme à plaisir l'exécution régulière; et tant d'autres affaires où la justice, avec l'esprit de conciliation et même de condescendance, n'a pas cessé d'être de notre côté. Rien n'y a fait; et devant un parti pris aussi tenace et aussi peu justifié, il

Nr. 7469. Frankreich. 9. Mai 1881.

nous a bien fallu reconnaître, à notre grand regret, que l'entente n'était plus possible, et que, pour modifier des dispositions si peu équitables, il fallait recourir à d'autres moyens que la discussion loyale et la persuasion, devenues absolument inutiles. || C'est là le second motif d'une expédition, que nous eussions voulu pouvoir éviter, mais à laquelle nous ont contraints de mauvais procédés, que nous n'avons supportées peut-être que trop longtemps.

Si nous rendons le Bey de Tunis responsable pour des réclamations si fondées, c'est que nous avons toujours considéré la Tunisie comme un Royaume indépendant, malgré quelques vestiges à peine sensibles d'une ancienne vassalité, que des suzerains presque purement nominaux avaient eux-mêmes négligée pendant des siècles, qui ne s'était révélée qu'à de très rares intervalles, et qui, dans ses intermittences, avait compté bien moins d'années de soumission effective que d'années d'oubli et d'affranchissement absolus. Prise et reprise trois ou quatre fois dans le XVI[e] siècle par le fameux Barberousse (Khaïr-ed-Din), vainqueur des Espagnols en 1534, par Charles Quint l'année suivante et de nouveau en 1553, par le Dey d'Alger en 1570, par don Juan d'Autriche en 1573, la Tunisie était tombée, durant tout le XVII[e] siècle, sous l'oppression anarchique de Janissaires, dont les chefs ou Deys, au nombre de quarante, s'étaient partagé le pays, à peu près comme les Mamelouks s'étaient partagé l'Égypte. Mais, en 1705, un d'eux, Hossein-ben-Ali, renégat grec ou corse, plus habile que les autres, avait su conquérir l'unité du pouvoir en détruisant ses rivaux. Proclamé Bey par ses compagnons d'armes, il fonda la dynastie Hosseinite, qui depuis lors n'a pas cessé de régner, sous la forme d'un séniorat musulman. Elle a aujourd'hui près de deux cents ans d'indépendance; et le seul lien réel qu'elle eût conservé avec la Porte Ottomane durant ce long intervalle, c'était un lien religieux. Elle reconnaissait le Kalife, sans être sujette du Sultan, et surtout sans lui payer aucun tribut. Seulement, à l'avènement de chaque Bey, un usage respectueux envoyait de riches cadeaux au chef de la religion siégeant à Constantinople; et, pendant le reste du règne, aucun acte politique ne rappelait qu'outre cet hommage bénévole, le Bey de Tunis dût encore autre chose au Commandeur des croyants. Aussi, la Régence traitait-elle seule, et de son droit propre de quissance souveraine, avec toutes les puissances étrangères; elle faisait avec elles des Conventions qui avaient force de loi par l'unique assentiment du Bey; et telles furent notamment les conventions passées avec la France en 1742, dans l'an III, dans l'an X, en 1824; tel fut aussi le Traité célèbre du 8 août 1830 pour l'abolition de la course et de l'esclavage, sans parler d'autres actes moins importants, comme celui qui concernait la pêche du corail. || La Porte semblait si bien avoir pris son parti de l'émancipation irrévocable de cette province, dont la possession avait toujours été si transitoire, que, pendant tout le XVIII[e] siècle, elle refusa de recevoir les réclamations que ne cessait de lui adresser l'Europe contre les pirates barbaresques; elle n'avait aucune action sur eux; et, comme elle n'en était pas maîtresse, elle n'entendait pas répondre de leurs dépréda-

tions, si redoutables et si coûteuses à toutes les marines de la Méditerranée. || Les Puissances de l'Europe ont fait vingt la guerre à la Régence sans être le moins du monde en guerre avec la Porte Ottomane. En 1819, le Congrès d'Aix-la-Chapelle sommait Tunis d'avoir à cesser la piraterie, et il ne demandait pas que la Turquie intervînt, en tant que solidaire de son prétendu vassal. En 1833, le Royaume de Sardaigne et celui des Deux-Siciles furent en guerre avec la Régence sans y être avec la Porte, parce que la Tunisie était indépendante à leurs yeux comme aux nôtres. Toutes les relations de la France avec Tunis depuis la conquête d'Alger ont eu lieu de même, directement et sans l'intermédiaire de la Turquie. Lorsqu'en 1874, Ahmed-Bey vint chez nous, il y fut reçu avec tous les honneurs dus à un Roi. La Porte Ottomane se montra-t-elle choquée en rien de la pompe royale dont il fut entouré? Nullement; et l'Europe ne s'en choqua pas plus qu'elle, parce que l'Europe était de l'avis de lord Aberdeen, qui, dans sa fameuse protestation (23 mars 1831) contre notre conquête d'Alger, n'en déclarait pas moins "que les États européens avaient dès longtemps traité avec les Barbaresques comme puissances indépendantes". || Bien plus, la Tunisie elle-même n'a jamais eu, de sa situation vis-à-vis de la Turquie, une autre idée que celle d'une complète liberté. Un document authentique, qui est de la plus haute importance et qu'on ne saurait récuser, l'atteste suffisamment: c'est la Constitution tunisienne (Bouyourouldi) jurée par le Bey actuel de Tunis, Mohammed-es-Sadok, lors de son avènement au trône (23 septembre 1859), comme l'avaient jurée ses prédécesseurs. Dans cette constitution intitulée: *Loi organique du Royaume tunisien*, en 114 articles, publiée en arabe et en français, à Tunis et à Bône, il n'est pas dit un seul mot du Sultan; et, pour qu'on ne puisse pas avoir un doute quelconque de la souveraineté du Bey, il proclame, dans le préambule (page 4), "que ce sont les hauts fonctionnaires tunisiens qui l'ont choisi à l'unanimité pour chef de l'État, conformément à la loi de succession en usage dans le Royaume". Des chapitres entiers sont consacrés à l'exposé des droits et des devoirs du Roi, à la position des Princes de la famille Housseinite, aux droits et aux devoirs des sujets, aux fonctions des Ministres, à l'organisation de leurs services, au Conseil suprême de la Régence, aux impôts, aux budgets, etc. Sans doute, on peut critiquer ce document singulier, si l'on veut le juger uniquement d'après nos idées européennes; mais il n'en est pas moins décisif pour démontrer à tout esprit non prévenu que le Royaume de Tunisie ne relève que de lui-même, sans devoir quoi que ce soit à une souveraineté extérieure. Tous les traités conclus dans les trois derniers siècles par les États européens avec la Tunisie ne parlaient jamais que du Royaume et du Roi de Tunis. Quinze ou vingt traités où cette locution sacramentelle a été employée, portent la signature de l'Angleterre de 1862 à 1863 et 1875; trente autres de 1604 à 1832 portent la signature de la France. En 1868, le traité conclu par l'Italie a été conclu encore avec le Royaume de Tunis. Ainsi, la Tunisie n'a fait que se nommer dans sa loi organique du nom que le monde lui donnait

Nr. 7469. Frankreich. 9. Mai 1881.

unanimement; et en s'appelant *Royaume*, elle a voulu bien marquer qu'elle avait toutes les prérogatives d'indépendance et de pouvoir qu'implique ce titre éclatant. ‖ En face de précédents si nombreux et si décisifs, la Porte Ottomane ne doit donc pas être très étonnée que la France ait refusé de reconnaître sa suzeraineté, toutes les fois qu'elle a été invoquée, comme elle l'est encore aujourd'hui. Nous n'avons aucune peine à avouer que la Porte a été depuis un demisiècle assez constante dans ses revendications. En 1835, elle avait ressaisi la suzeraineté de Tripoli, après y avoir réprimé d'affreux désordres; cette occasion lui avait paru favorable pour étendre sa souveraineté à Tunis. Mais devant l'opposition énergique de la France, elle avait renoncé à ce projet. Dix ans plus tard, en 1845, un chambellan du Sultan, étant venu apporter à Tunis un firman d'investiture, le Bey refusa de se soumettre Une vingtaine d'années se passèrent sans qu'on risquât une nouvelle tentative; mais vers la fin de 1864, les anciens desseins furent repris; et cette fois, ce fut la Régence elle-même qui demanda l'investiture. La démarche était au moins étrange de la part d'un prince qui jusque-là semblait tenir beaucoup à son indépendance. Mais des conseils puissants avaient effrayé le Bey sur sa situation relativement à la Porte, et le général Khérédine avait été envoyé à Constantinople pour y proposer et y obtenir le firman. Cette fois encore, la France opposa son veto; et, au lieu d'un acte émané du Sultan, le Bey et ses conseillers durent se contenter d'une simple lettre vizirielle, qui contenait des clauses identiques. On profita de nos désastres en 1871 pour accomplir ce qu'on n'avait pu faire, ni sous le règne de Louis-Philippe, où la flotte française avait interdit plusieurs fois le passage à la flotte turque se dirigeant sur Tunis, ni sous l'Empire, qui ne s'était pas montré moins résolu. ‖ Le Firman du 25 octobre 1871, obtenu à l'ombre de nos malheurs, avait été proclamé le 18 novembre au Bardo par Khérédine, au nom du Sultan, et accepté par le Bey qui l'avait sollicité plus ou moins spontanément. Quoi qu'il en fût, la France protesta comme auparavant; elle déclara le Firman nul et non avenu; et, depuis dix années entières, elle n'a cessé de manifester son opposition toutes les fois que les circonstances l'ont exigé. On a pu douter que la Porte elle-même, malgré son succès, fût bien sûre de faire valoir son droit; le Firman de 1871, qui détruisait l'indépendance séculaire du Royaume Tunisien, s'il a reçu quelque publicité, a été généralement ignoré, si ce n'est des quelques puissances directement intéressées. ‖ Dans le système du Firman de 1871, quelle qu'ait pu être son origine, Tunis se trouvait remis en partie sous la main de la Porte. Le pouvoir du Bey de Tunis est bien encore reconnu héréditaire, comme il l'est depuis deux siècles; mais le Bey de Tunis devient un simple Vali, c'est-à-dire Gouverneur général de l'Eyalet de Tunis. Par une conséquence nécessaire de cette modification profonde, le pouvoir n'est plus véritablement héréditaire dans la famille Housseinite, quoi qu'en puisse dire le texte littéral du Firman. Un Gouverneur général, un Vali, est révocable au gré de son suzerain, et il est très possible que le Bey actuel ap-

prenne bientôt à ses dépens, aux dépens de son trône, de sa liberté, de sa vie peut-être, quelle faute énorme lui ont fait commettre des conseillers mal inspirés. Mohammed-es-Sadok n'a rien à redouter de la France qui, malgré de sérieux griefs, n'en veut ni à sa dynastie, ni à sa personne, ni à ses États. Avec la Porte, au contraire, il peut tout craindre; et son sort est livré au hasard des circonstances. || Dans l'état présent de nos relations avec la Porte Ottomane, relations d'amitié et de sympathie sincères, nous eussions désiré pouvoir envisager la situation de Tunis sous un autre jour; mais la vérité est irréfutable pour nous, d'après les précédents que nous avons cités. Nous pouvons même demander à la Porte pourquoi, si le Bey de Tunis est son Vali, elle ne l'a pas empêché depuis deux ans de se conduire envers la France comme il l'a fait, et pourquoi elle n'a pas cherché à prévenir la crise actuelle, que, pour notre part, nous avons si longtemps essayé de conjurer. || Il faut que cette crise, dont nous circonscrivons les effets autant qu'il dépend de nous, aboutisse à un traité qui nous garantisse à la fois contre les incursions dont nos frontières souffrent sans cesse, et contre les menées déloyales dont le Bardo est trop souvent l'instrument ou le centre. C'est là le double but de notre expédition; et, je ne crains pas de le dire, nous avons en Europe une approbation générale, partout où des préventions sans fondement n'aveuglent pas les esprits.

Telle est donc, Monsieur, notre attitude envers la Porte et envers la Tunisie. Pour l'une et pour l'autre, nous sommes pleins de bienveillance; et tout ce que nous demandons au Bey est de ne nous être pas hostile. Si la Régence comprend bien ses intérêts, elle pourra profiter de notre alliance infiniment plus que nous ne pouvons profiter de la sienne. Nous pouvons lui apporter tous les bienfaits de la civilisation dont nous jouissons. Dès 1847, nous établissions chez elle le service de la poste; en 1859 et 1861, le service des télégraphes; en 1877 et 1878, un chemin de fer de 50 lieues de long de la frontière algérienne à Tunis. Nous lui construisons en ce moment deux chemins de fer nouveaux: l'un, qui reliera Tunis à Bizerte au Nord, de 20 lieues de long, l'autre, qui reliera Tunis à Soussa au Sud. Nous allons prochainement commencer le travail plus difficile d'un port à Tunis même, qui permettra aux navires d'arriver de la rade et de la Goulette jusqu'à la capitale. Dans la dette tunisienne, des fonds français, à côté de fonds anglais et italiens, entrent pour plus des trois cinquièmes. Le magnifique aqueduc d'Adrien, qui amenait des eaux excellentes à Tunis, a été restauré par un ingénieur français. || Nous sommes prêts, dès que les bons rapports auront été repris, à faire une foule d'autres entreprises non moins bienfaisantes: des phares sur les côtes; des chemins intérieurs pour relier bien des villes populeuses et prospères les unes aux autres; de vastes irrigations dans un pays où les rivières ne manquent pas, mais où elles ne sont pas mieux aménagées que les forêts; des exploitations de mines abondantes en toutes sortes de métaux; une culture perfectionnée sur les biens-fonds que les Européens peuvent acquérir

Nr. 7469. Frankreich. 9. Mai 1881. dans la Régence, ou même sur les terres des indigènes; l'emploi d'eaux thermales que jadis les Romains ont découvertes et pratiquées. La Régence de Tunis est en général très fertile; et la richesse prodigieuse de l'antique Carthage l'atteste assez. Sous la protection de la France, tous les dons naturels de cette contrée peuvent être développés de nouveau avec toute l'énergie et l'intensité des méthodes et des pratiques modernes. || Nous pouvons ajouter que, si le Bey veut bien s'en fier à nous, l'Administration intérieure de la Régence peut recevoir des améliorations non moins nécessaires et non moins assurées. Ce serait un service incontestable et relativement assez facile à lui rendre que d'y introduire, soit pour la levée des impôts, soit pour la manutention des fonds, soit pour les écritures des comptables, la régularité qu'a atteinte la gestion de nos finances. Ce serait un service non moins précieux que d'améliorer aussi l'Administration de la justice d'après les principes qu'ont adoptés les Puissances pour la réforme judiciaire en Égypte. || Ce n'est pas la France seule qui profiterait de tous ces progrès que la Régence peut conquérir si elle le veut. Ce sont toutes les nations civilisées qui en profiteraient ainsi que nous; et rien ne s'oppose à ce que nous fassions pour la Tunisie, sans conquête et sans combats, ce que nous faisons dans notre Algérie et ce que l'Angleterre fait dans l'Inde. C'est un devoir sacré, qu'une civilisation supérieure contracte envers des peuples moins avancés. || Telles sont, Monsieur, les considérations que je recommande à votre attention; elles vous serviront à éclairer autour de vous les esprits qui sont curieux de se rendre compte impartialement des desseins de la République française en Tunisie.

Barthélémy-Saint-Hilaire.

Nr. 7470. **TÜRKEI.** — Botschafter in Paris an den franz. Min. d. Ausw. — Die Pforte hält ihren Anspruch auf die Souveränetät über Tunis aufrecht.

Paris, 10 mai 1881.

Nr. 7470. Türkei. 10. Mai 1881. J'ai reçu et communiqué à mon Gouvernement la Note que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser à la date du 3 de ce mois. || La Sublime Porte regrette vivement de voir que le Gouvernement français semble hésiter dans l'accueil à faire à notre démarche toute de conciliation, par suite d'une divergence d'appréciation quant aux liens qui unissent la Tunisie au reste de l'Empire. || Je crois devoir, d'ordre de mon Gouvernement, signaler encore une fois à l'attention bienveillante de Votre Excellence un droit qui réunit à sa valeur historique la force d'une pratique de souveraineté non interrompue à travers les siècles. En effet, depuis la conquête de la Tunisie, obtenue au prix de deux grandes expéditions militaires et maritimes ottomanes, le régime administratif de cette province, établi dès l'origine par la Sublime Porte, continue à y rester en vigueur. Après avoir désigné un des

Officiers généraux envoyés à Tunis au poste de Gouverneur général, la Sublime Porte avait pris pour règle de choisir les chefs à l'Administration tunisienne parmi les descendants du premier "Vali" nommé par Elle. C'est cette règle qui a été invariablement suivie jusqu'à nos jours. Les divers "Valis" qui se sont succédé, nommés tous par Firman impérial, ont rempli, aussi bien que la population tunisienne, leurs devoirs de sujétion envers la Sublime Porte, et chaque fois que nous nous sommes trouvés en guerre, la Tunisie n'a pas manqué de nous envoyer son contingent militaire et maritime. || Le Firman octroyé en 1871, à la requête de Son Altesse Sadok-Pacha et de la population, n'était lui-même que la consécration d'un principe séculaire incontestable. Depuis cet acte solennel reconnu par les Puissances en général, rien n'est venu modifier le statut organique de la Tunisie, partie intégrante de l'Empire Ottoman; les prières publiques "Khoutbès" sont lues toujours au nom de Sa Majesté Impériale le Sultan dans les mosquées; la monnaie continue à être frappée à son chiffre; en un mot, toutes les marques distinctives de sa souveraineté sont conservées religieusement, et cette fois encore le "Vali" et les habitants corroborent par des déclarations formelles, réitérées, leurs devoirs de sujets fidèles et loyaux du Sultan, et partant les droits souverains de Sa Majesté. || Je suis persuadé que vous voudrez bien, dans vos sentiments de justice, apprécier les considérations qui précèdent et reconnaître, avec le tact qui caractérise à un si haut degré Votre Excellence, qu'il nous serait réellement difficile de nous désintéresser du sort d'une population que tant de liens nous rattachent. La Sublime Porte a naturellement le devoir de déterminer la responsabilité qu'une Administration dépendant d'Elle pourrait avoir encourue en raison des faits qui ont provoqué les plaintes du Gouvernement de la République. L'amitié que la France nous à témoignée de tout temps et dont Votre Excellence me réitère la gracieuse assurance est une garantie certaine du succès final des efforts que mon Gouvernement croit devoir ne pas discontinuer dans un but de conciliation évidente.

Nr. 7470. Türkei. 10. Mai 1881.

Essad.

Nr. 7471. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Geschäftsträger in Tunis. — Instruction des Generals Bréart für die Unterhandlungen mit dem Bey von Tunis über den mit Frankreich abzuschliessenden Vertrag.

Paris, 10 mai 1881.

Le Gouvernement de la République considère comme indispensable de mettre fin sans plus de retard à la situation pleine de malentendus qui s'est produite depuis quelque temps entre le Bey de Tunis et nous. En conséquence, j'ai arrêté la rédaction définitive d'un Projet de traité destiné à régler nos rapports avec ce Prince et à terminer toutes les difficultés pendantes. Je vous

Nr. 7471. Frankreich. 10. Mai 1881.

Nr. 7471. Frankreich. 10. Mai 1881.

envoie ci-après le texte de ce Projet. || Dans la pensée de ménager votre position personnelle auprès du Bey, le Gouvernement a jugé préférable de ne pas vous charger de présenter à Son Altesse nos propositions; il désire confier ce mandat à un Plénipotentiaire spécial, et il a fait choix du Général qui commande le corps de troupes le plus rapproché de Tunis. Le Général Bréart, qui se trouve en ce moment à Djedeïdah, reçoit l'ordre de s'avancer vers le Bardo et de se mettre immédiatement en relations avec vous.

Voici les instructions que je lui adresse directement:

"Au Général Bréart. — Le Gouvernement de la République a décidé de vous charger comme Plénipotentiaire de la conclusion d'un Traité avec Son Altesse le Bey de Tunis, dont le texte est joint aux présentes instructions. || Vous voudrez bien, au reçu de cette dépêche, porter vos troupes en avant vers Tunis, et vous arrêterez les têtes de colonnes à une demi-lieue du Bardo. En même temps vous vous mettrez en rapport avec M. Roustan, qui de son côté reçoit des instructions à cet effet. || M. Roustan devra demander pour vous, dans le plus bref délai possible, une audience du Bey de Tunis. Dès que cette audience pourra vous être accordée, vous vous y rendrez accompagné par le Chargé d'affaires de France et avec une escorte convenable. || Vous exposerez au Bey, dans la forme la plus courtoise, que le Gouvernement de la République désire terminer les difficultés pendantes par un Arrangement amiable, qui sauvegarde pleinement la dignité et l'autorité de Son Altesse. Le Gouvernement de la République désire le maintien du Bey et de sa dynastie; il n'a aucune intention de porter atteinte à l'intégrité de son territoire. Il réclame seulement les garanties qu'il juge indispensables pour assurer les bonnes relations mutuelles entre la France et la Tunisie. || Vous donnerez ensuite lecture au Bey du texte du traité et vous lui proposerez de le discuter et de le signer immédiatement. Au cas où Son Altesse réclamerait un délai pour délibérer, vous pourriez accéder à cette demande, en accordant un délai de quelques heures, sur la durée précise duquel vous vous seriez préalablement entendu avec M. Roustan, avec lequel je vous recommande de concerter toutes vos démarches."

Ainsi que vous le voyez, le Général Bréart à l'ordre de n'agir en rien sans s'être préalablement mis d'accord avec vous. Je compte sur votre dévouement, dans cette circonstance décisive, pour lui prêter le concours de toute votre expérience, de vos lumières et de votre autorité personnelle. || Je vous prie de ne pas perdre un moment pour exécuter de concert avec le Général Bréart les instructions qui vous sont envoyées à tous deux.

[Hier folgt das Project des Vertrages zwischen der französischen Regierung und dem Bey von Tunis. Es ist gleichlautend mit dem Vertrage. Nr. 7479.

Nr. 7472. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit B.-St.-Hilaire: Englands Interessen in Tunis. Der Anspruch des Sultans auf die Souveränetät über Tunis ist unberechtigt.

Paris, May 10, 1881.

Nr. 7472. Gross-britannien. 10. Mai 1881.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's despatch of the 7th instant directing me to make known to the French Government the views of Her Majesty's Government with regard to the present state of affairs in Tunis. I showed the despatch this morning to M. Barthélemy St.-Hilaire and gave him a copy of it. After carefully reading it, his Excellency said that he should probably hereafter make it the subject of a written communication, but that he begged me to report at once to Her Majesty's Government, in the name of the Government of the Republic and in his own name, and in the most formal and explicit manner, the assurance that the French Government did not intend to annex Tunis. || If it should be found necessary to occupy for a time certain points in the Regency with French troops, the occupation would, his Excellency said, be of an essentially provisional character, and would cease as soon as sufficient security had been obtained for the punctual execution by the Bey of the new arrangements which would be effected by the Treaty which he would be required to make. M. Barthélemy St.-Hilaire begged me also to assure your Lordship, that the French Government were quite resolved that all the Treaties between Tunis and other Powers should be maintained and respected. A provision placing those Treaties under the guarantee of France, would, he said, be perhaps inserted in the new arrangement between France and Tunis; and if the Treaties required revision, they might become the subjects of negotiation between France and the Powers concerned. || M. Barthélemy St.-Hilaire went on to say, that so far from being detrimental to the interests of British subjects, the arrangements which France proposed to make for the better administration of the Regency must be eminently advantageous to their interests. For instance, it was by no means improbable, that France might guarantee the punctual payment of the charges on the Tunisian Loan, a part of which was in English hands. It was not the intention of the French Government to undertake the administration of the whole of the Tunisian finances, but they might probably provide for the good administration of some of the branches of the revenue, of those branches, for instance, which had been specially conceded to the International Commission as securities for the loan. Moreover, British subjects and other foreigners would benefit by public works, which no doubt would be undertaken under French auspices; as, for instance, by the erection and maintenance of lighthouses along the coast, and by a very great work which was in contemplation, the clearing out the lake between the city of Tunis and the Goletta, as that large vessels might approach the place.

Nr. 7472. Gross-britannien. 10. Mai 1881.

As regarded the pretensions of the Porte to consider Tunis as a portion of the Sultan's dominions, M. Barthélemy St.-Hilaire said that he had fully discussed the question in a Circular to the French Representatives abroad, which would appear in a Yellow Book which he should present to the Chambers ot their reassembling. || His Excellency maintained, that there was no ground for these pretensions. He said, that they never had been and never would be recognized by France. The French Government would not have the Porte as a neighbour to Algeria. They would not consent to treat at Constantinople the numerous questions which must continually arise with a country on the Algerian frontier; while it would be far from advantageous to the Porte to be responsible to France for what happened in the Regency. There had been rumours of a design on the part of the Porte to send a naval or military force to Tunis. A report had also reached M. Barthélemy St.-Hilaire that a scheme had been under consideration at Constantinople for sending a force of 25,000 men to Tripoli, whence they might proceed to the Tunisian territory, station themselves to the south of the French troops, and excite hostile movements among the Arabs which might even extend to Algeria. To this last report M. Barthélemy St. Hilaire could not attach much credence, but at all events he had taken care not to leave the Porte in any doubt as to the light in which any interference on its part in the affairs of Tunis at the present juncture would be regarded by the French Government. || On the 7th instant the French Ambassador at Constantinople had, by his order, formally notified to the Porte, that as the French Government were at war, not indeed with the Bey of Tunis, but with a portion of the population of the Regency, any dispatch of Turkish forces to Tunis would cause very serious embarrassment to the French, and would be regarded by them as a cause of conflict. M. Barthélemy St.-Hilaire said, that the technical phrase *casus belli* had been advisedly avoided in the notification, but that the words used conveyed the same meaning. He added that, at the same time, a specific warning had been given to the Porte that the French Admiral had received orders to prevent, by force, if necessary, any Turkish fleet from going to Tunis. M. Barthélemy St.-Hilaire had not yet received any answer from the Porte.

The French force from Bizerta would, his Excellency said, be soon at a short distance from the city of Tunis, and in a position to advance in that direction, or in the direction of the Kroumirs, as circumstances might require. The French Government did not desire to occupy the city itself; they presumed, that the Bey would come to his senses, and be ready to negotiate with them. In that case a Plenipotentiary would be named to conduct the negotiation, who would probably be one of the Generals of the French expedition. The Bey had, at all events for the last eighteen months, pertinaciously acted in a hostile spirit to the French. He had been incited to this by his Prime Minister, and it was under the influence of his Prime Minister that he seemed to be now pushing matters to extremity. The French negotiators would, ho-

wever, his Excellency went on to say, be instructed to use the most friendly language to the Bey. They would point out to him, that his real danger was from the Porte, which undoubtedly designed to depose him, and they would assure him that France was ready to guarantee his throne and his dynasty. On the other hand, they would, of course, demand effectual securities against any renewal of the serious grievances which had led to the present state of things.

Nr. 7472. Grossbritannien. 10. Mai 1881.

Lastly, M. B. St.-Hilaire, reverting to your Lordship's despatch, said, that he did not think that at the present moment he could suggest any way in which the interposition of Her Majesty's Government could conduce to the early settlement of the questions at issue between France and Tunis. || M. B. St.-Hilaire mentioned, in the course of the conversation, that the Yellow Book on the affairs of Tunis would appear in two or three days. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7473. TÜRKEI. — Rundschreiben d. Min. d. Ausw. an die türkischen Botschafter. — Die Pforte beansprucht die Souveränetät über Tunis. Beweise dafür. Bitte um Mediation.

(Télégraphique.) Constantinople, le 10 Mai, 1881.

Nr. 7473. Türkei. 10. Mai 1881.

Mes diverses communications ont déjà signalé à votre attention les phases que vient de traverser la question Tunisienne. || A la suite des incursions de quelques tribus Berbères du côté de l'Algérie, incursions que les autorités de Tunis se déclarèrent prêtes à réprimer sans retard, le Gouvernement Français a jugé nécessaire d'expédier un nombre considérable de troupes qui, après s'être emparées de la plus grande partie de la province, ne sont plus éloignées du centre que de quelques lieues. || Nonobstant les assurances que nous lui avons données sur les mesures efficaces de répression prises par Son Altesse le Pacha et sur le prompt rétablissement du calme dans les parties agitées du pays, le Gouvernement de la République a cru devoir passer outre en caractérisant à un tout autre point de vue les rapports séculaires qui unissent la Tunisie à l'Empire Ottoman comme partie intégrante de cet Empire, et en paraissant opposer une fin de non recevoir à notre proposition d'une entente amiable evec lui pour écarter les difficultés surgies et concilier les droits de la Sublime Porte avec les intérêts de la France dans cette circonstance.

L'ordre des choses établie *ab antiquo* à Tunis c'est, je ne saurais assez le répéter, la souveraineté incontestable du Sultan sur cette province, souveraineté incontestée également par les Puissances en général. || Ce droit est resté jusqu'ici intact et sans subir aucune interruption depuis la conquête de ce pays en 1534 par Haïreddin Pacha et en 1573 par Kilidj-Ali et Sinan Pa-

Nr. 7473. Türkei. 10. Mai 1881.

chas que la Cour souveraine avait envoyés sur les lieux avec des forces imposantes de terre et de mer. || Depuis cette époque, et en vertu des principes établis par la Sublime Porte, tous les Valis de Tunis se sont succédé parmi les descendants du premier Vali, nommés par le Sultan, et ont reçu invariablement leur investiture du Souverain. Les Firmans de nomination sont enregistrés à la Chancellerie du Divan, ainsi que les innombrables correspondances qu'ils ont entretenues avec la Sublime Porte tant sur leurs rapports politiques avec les Gouvernements Européens que sur des affaires de leur administration intérieure. || Jusqu'à ces derniers temps, la Sublime Porte s'était réservé le droit, conjointement avec la nomination du Gouverneur-Général, d'envoyer directement de Constantinople sur les lieux le Grand Juge ("Cadi") et le Secrétaire-Général de la Province, et ce n'est que par un Acte, accordé spontanément par la Cour souveraine, que le Pacha a été autorisé à nommer lui-même ces deux fonctionnaires. En effet, suivant le rite, et comme attribut de la souveraineté du Sultan, les prières publiques ("khoutbés") sont récitées dans les mosquées au nom de Sa Majesté, et les monnaies frappées à son coin. En temps de guerre enfin, la Tunisie a toujours envoyé son contingent à la métropole; et, d'après un usage immémorial, des personnages officiels étaient fréquemment envoyés à Constantinople pour renouveler l'hommage de soumission et de dévoûment des Gouverneurs-Généraux au pied du trône de leurs Souverains, et recevoir les autorisations et instructions nécessaires de la Sublime Porte relativement aux affaires importantes de la province. C'est ainsi que le Pacha actuel a sollicité, avec la population Tunisienne, et obtenu certains accroissements de privilèges octroyés à Son Altesse par le Firman de 1871, reconnu à cette époque par les Puissances, et qu'aujourd'hui encore il fait des appels pressants à son Souverain légitime pour lui venir en aide dans la situation critique où se trouve la Tunisie. || Tels sont les faits réels que nul ne saurait contester. Veut-on maintenant savoir leur consécration par l'histoire et par des documents authentiques? Je me borne à n'en citer que quelques exemples parmi tant d'autres, vu le cadre restreint de cette dépêche. || Les anciens Traités conclus entre la Turquie et la France portent l'énumération en entier des titres du Sultan, parmi lesquels celui de Souverain de Tunis; voir par exemple le Traité du 10 Sefer, 1084 (ère Chrétienne 1668). Dans ces mêmes documents, il était stipulé que tous les Traités conclus entre les deux Etats devaient être également exécutoires en Tunisie. || Vers la moitié du dix-septième siècle, c'est-à-dire, à la date du 15 Sefer, 1066, un Firman fut adressé par le Sultan aux Beys et grands Juges de la Régence, concernant l'exequatur délivré par la Sublime Porte au Consul de France à Tunis, et autorisant ce dernier à cumuler les fonctions de Consul des Puissances non-représentées à ce moment-là à Constantinople, telles que le Portugal, la Catalogne, l'Espagne, Venise, Florence, &c. Le Consul avait pour mission de protéger le commerce et la navigation, sous pavillon Français, des sujets de ces Gouvernements dans les ports principaux de la Tunisie, et le Firman défen-

dait l'immixtion des Consuls Anglais, Hollandais, et autres, dans l'exercice des fonctions de l'Agent Français. || Un "Sened" (Convention) passé entre la Sublime Porte et l'Autriche en date du 9 Ramazan de l'an 1197 de l'Hégire et confirmé par le Traité de Sistow du 3 Rébi-ul-Akhir, 1205, enjoint aux autorités ("Odjaks") d'Alger, de Tunis et de Tripoli de Barbarie, l'ordre de protéger, au nom du Sultan, les navires de commerce du Saint Empire Romain. De même dans l'Acte qui précédait ce "Sened" et qui fut conclu le 15 Chevval de l'an de l'Hégire 1161, d'ordre du Sultan, entre les dits „Odjaks" et l'Empire précité, le Gouverneur-Général d'alors de Tunis ayant rang de Beylerbey et portant le nom d'Ali-Pacha, mentionne clairement dans le Préambule, signé en toutes lettres par lui, les mots suivants: "Notre auguste Souverain le Sultan Mahmoud le Victorieux." || Quant aux faits contemporains, je citerai, par exemple, l'ordre adressé par la Sublime Porte le 15 Rébi-ul-Evvel, 1245, année 1827 de l'ère Chrétienne, aux autorités d'Alger, de Tripoli de Barbarie et de Tunis, de ne point se mêler dans le différend surgi entre l'Empire d'Autriche et celui du Maroc; l'ordre également transmis de Constantinople au Vali de Tunis, le 14 Sefer, 1247, année 1830 de Jésus-Christ, pour la nouvelle organisation de la milice régulière de la province conformément au système adopté à cette époque pour l'armée régulière Ottomane; et, enfin, l'acte de soumission du Pacha de Tunis présenté en 1860 à Sa Majesté Impériale le Sultan qui l'avait nommé Gouverneur-Général, acte publié à cette époque dans les journaux Européens sans soulever d'objection d'aucune part. J'ajouterai aussi qu'en 1863, à l'occasion de l'Emprunt Tunisien contracté à Paris sans l'autorisation de la Sublime Porte, M. Drouyn de L'Huys, Ministre des Affaires Etrangères de l'Empereur Napoléon III, avait, sur les observations du Gouvernement Ottoman, suggéré l'idée de provoquer de la part du Pacha de Tunis ou du banquier émissionnaire une demande d'autorisation à adresser à la Sublime Porte pour "légitimer," disait-il, l'opération, et pour que les droits revendiqués par la Porte Ottomane soient sauvegardés. Le Ministre Français fit même faire des ouvertures dans ce sens auprès du banquier en question.

Nous mettons avec la plus entière confiance les considérations qui précèdent dans la balance de la justice et de l'équité des Puissances Signataires du Traité de Berlin. || Soucieuses à plus d'un titre des obligations internationales qui découlent pour tous de cet acte solennel, elles voudront bien, nous en sommes persuadés, exercer leur médiation impartiale dans le sens de la proposition que nous leur avons déjà soumise en vue de sauvegarder les droits de la Sublime Porte garantis par le même Traité et d'amener la conciliation des intérêts réciproques des deux grands Etats dans la malencontreuse question de la province Tunisienne, qui fait partie intégrante de l'Empire. || Je prie votre Excellence de vous énoncer, conformément à la présente dépêche, auprès de M. le Ministre des Affaires Etrangères, en lui donnant tous les renseignements que vous jugerez utiles. || Vous êtes en même temps autorisé à en remettre une copie à son Excellence si elle en manifeste le désir.

Nr. 7474. **TÜRKEI.** — Botschafter in Paris an den franz. Min. d. Ausw. — Die Pforte wird zwei Kriegsschiffe nach Tunis schicken.

Paris, 11 mai 1881.

Nr. 7474. Türkei. 11. Mai 1881.

D'ordre de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de faire à Votre Excellence la communication suivante, en réponse à celle que Son Excellence M. Tissot a adressée le 7 de ce mois à la Sublime Porte en conséquence d'une délibération du Conseil des Ministres de la République. || L'éventualité d'une expédition militaire ottomane à Tunis serait une conséquence toute naturelle des droits de souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan, mon auguste maître, sur cette province. Toutefois la Sublime Porte ne voit pas la nécessité d'envoyer des troupes et l'escadre sur les lieux: deux bateaux seulement seront détachés de la marine impériale à destination de Tunis.

Essad.

Nr. 7475. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalkonsul in Tunis an den engl. Min. d. Ausw. — Die Pforte hat dem Bey untersagt, mit Roustan zu unterhandeln.

Nr. 7475. Gross-britannien. 11. Mai 1881.

(Telegraphic.) Tunis, Mai 11, 1881, 7.35 P.M.

The Bey to-day received stringent ordres from the Porte not to treat with M. Roustan, and was at the same time informed, that negotiations were going on with the Great Powers for the settlement of the pending difficulties. The Bey was further enjoined to keep the British Government informed of all steps taken in the matter or contemplated.

Nr. 7476. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Verantwortlichkeit der Pforte für die Folgen dieses Verbotes.

Foreign Office, Mai 12, 1881.

Nr. 7476. Gross-britannien. 12. Mai 1881.

Sir, — In a telegram which I have repeated to you to-day, Her Majesty's Agent at Tunis states, that the Bey has received stringent orders from Constantinople not to treat with M. Roustan. || I have to request your Excellency to inform the Turkish Government, that they will, by offering such advice, incur serious responsibility, in which Her Majesty's Government decline in any way to be involved. || I am &c.

Granville.

Nr. 7477. **TUNIS.** — Der Bey an den engl. Min. d. Ausw. — Bitte um Vermittelung.

(Télégraphique.) Tunis, le 12 Mai, 1881, 3·23 P.M.

Nr. 7477. Tunis. 12. Mai 1881.

Les troupes Françaises continuent à avancer dans la Régence; malgré cela je n'ai cessé de rassurer la population en lui répétant que les opérations de la France se seraient limitées au châtiment des Kroumirs, croyant que nous étions justifiés à faire ces déclarations sur les assurances données par la France aux Puissances et à la Sublime Porte. Contrairement à ces déclarations, la colonne Française est aujourd'hui à la distance de 17 milles de la capitale, et elle s'était rapprochée de beaucoup plus pendant sa marche. Ces faits indiscutables tendent à paralyser l'effet des injonctions faites à la population locale, et mon autorité pourrait en être sérieusement compromise dans le pays. J'ai redoublé d'efforts pour persuader aux indigènes de n'offrir aucune résistance à cette invasion; mais notre tâche devient très difficile depuis qu'il devient apparent que les engagements pris par le Gouvernement de la République ne sont plus tenus. Il m'est impossible de dire, pour combien de temps encore je pourrai maintenir l'ordre parmi les tribus inoffensives qui voient leurs propriétés et leurs récoltes sacrifiées par la marche des troupes Françaises. Dans ces conditions, et par suite de l'urgence du cas, j'implore le Gouvernement de Sa Majesté Britannique et les autres Puissances Signataires du Traité de Berlin de prendre telles mesures qui puissent induire le Gouvernement Français à déclarer définitivement ses intentions au sujet de la Régence et à faire connaître les plaintes qu'il se croit justifié à formuler contre mon Gouvernement.

Mohammed-es-Sadoq.

Nr. 7478. **FRANKREICH.** — Erklärung des franz. Ministeriums, verlesen am 12. Mai 1881 im Senat und in der Deputirtenkammer.

Nr. 7478. Frankreich. 12. Mai 1881.

MM. les Sénateurs, depuis votre séparation, les opérations militaires que le Parlement nous a autorisés à entreprendre en Tunisie ont suivi leur cours régulier. Incessamment contrariées par des intempéries exceptionnelles, elles se sont déroulées avec ordre, avec méthode et avec succès. || Le cercle se resserre plus étroitement de jour en jour autour des tribus insoumises. L'état sanitaire de l'armée, qui dépasse toutes les espérances, témoigne du bon fonctionnement de tous les services. || Des troupes jeunes, aux prises pour la première fois avec les rigueurs et les difficultés d'un climat nouveau, d'une région à peu près inconnue et favorable à toutes les surprises, ont fait preuve, en toute occasion, des plus solides qualités militaires, et si les peuplades qu'elles ont à réduire, fidèles à une tactique séculaire, n'ont pas tenté contre elles, jusqu'à ce moment, d'action décisive; si les unes se dérobent, si les autres se

Nr. 7478. Frankreich. 12. Mai 1881.

soumettent, c'est à la discipline, c'est à l'énergie des soldats autant qu'à la prévoyance du commandement qu'il convient d'en faire honneur. || Nous ne savons, Messieurs, quelles épreuves nouvelles peut encore réserver à nos troupes le terrain difficile dans lequel elles sont engagées; la persistance extraordinaire du mauvais temps a forcément ralenti l'exécution du plan de campagne, sans cependant le modifier; mais il est permis d'espérer à cette heure, quoiqu'il arrive, un dénouement prochain des opérations militaires.

Une autre phase va s'ouvrir, celle des négociations. || En entrant en Tunisie, nous marchions, ainsi que nous l'avons déclaré au Parlement, à la poursuite d'un double but: châtier et réduire les tribus Kroumirs qui, depuis deux ans, fatiguent notre frontière Algérienne de leurs incursions, et prendre pour l'avenir nos garanties. || Les sacrifices que la France s'impose en ce moment pour la sécurité de sa grande Colonie Africaine ne seraient pas suffisamment payés d'une soumission apparente ou précaire, ou de promesses vite oubliées. || Il faut à notre sûreté des gages durables. C'est au Bey de Tunis que nous les demandons. Nous n'en voulons ni à son territoire ni à son trône. || La République Française a répudié solennellement, en commençant cette expédition, toute projet d'annexion, toute idée de conquête; elle renouvelle, à cette heure où le dénouement est proche, les mêmes déclarations. || Mais le Gouvernement du Bey de Tunis est tenu de nous laisser prendre sur son territoire, pour la sauvegarde de nos possessions et dans la limite de nos intérêts, les mesures de précaution qu'il est manifestement hors d'état d'assurer par ses propres forces. || Des Conventions formelles devront mettre à l'abri des retours hostiles et des aventures notre légitime influence dans la Régence. Nous espérons que le Bey en reconnaîtra lui-même la nécessité et le bienfait, et que nous pourrons ainsi mettre fin à un différend qui ne regarde que la France, qui ne met en jeu qu'un intérêt Français, et que la France a le droit de résoudre seule avec le Bey, dans cet esprit de justice, de modération, de respect scrupuleux du droit Européen, qui inspire toute la politique du Gouvernement de la République.

Nr. 7479. FRANKREICH und TUNIS. — Vertrag.

Nr. 7479. Frankreich und Tunis. 12. Mai 1881.

Le Gouvernement de la République Française et celui de Son Altesse le Bey de Tunis, voulant empêcher à jamais le renouvellement des désordres qui se sont produits récemment sur les frontières des deux Etats et sur le littoral de la Tunisie, et désireux de resserrer leurs anciennes relations d'amitié et de bon voisinage, ont résolu de conclure une Convention à cette fin, dans l'intérêt des deux Hautes Parties Contractantes.

En conséquence, le Président de la République Française a nommé pour son Plénipotentiaire M. le Général Bréard, qui est tombé d'accord avec Son Altesse le Bey sur les stipulations suivantes: —

Art. I. Les Traités de Paix, d'Amitié et de Commerce, et toutes autres Conventions existant actuellement entre la République Française et Son Altesse le Bey de Tunis sont expressément confirmés et renouvellés.

Art. II. En vue de faciliter au Gouvernement de la République Française l'accomplissement des mesures qu'il doit prendre pour atteindre le but que se proposent les Hautes Parties Contractantes, Son Altesse le Bey de Tunis consent à ce que l'autorité militaire Française fasse occuper les points qu'elle jugera nécessaires pour assurer le rétablissement de l'ordre et la sécurité des frontières et du littoral. || Cette occupation cessera lorsque les autorités militaires Françaises et Tunisiennes auront reconnu d'un commun accord que l'administration locale est en état de garantir le maintien de l'ordre.

Art. III. Le Gouvernement de la République Française prend l'engagement de prêter un constant appui à Son Altesse le Bey de Tunis contre tout danger qui menacerait la personne ou la Dynastie de Son Altesse, ou qui compromettrait la tranquillité de ses Etats.

Art. IV. Le Gouvernement de la République Française se porte garant de l'exécution des Traités actuellement existants entre le Gouvernement de la Régence et les diverses Puissances Européennes.

Art. V. Le Gouvernement de la République Française sera représenté auprès de Son Altesse le Bey de Tunis par un Ministre Résident, qui veillera à l'exécution du présent Acte et qui sera l'intermédiaire des rapports du Gouvernement Français avec les autorités Tunisiennes pour toutes les affaires communes aux deux pays.

Art. VI. Les Agents Diplomatiques et Consulaires de la France en pays étrangers seront chargés de la protection des intérêts Tunisiens et des nationaux de la Régence. En retour Son Altesse le Bey s'engage à ne conclure aucun acte ayant un caractère international sans en avoir donné connaissance au Gouvernement de la République Française et sans s'être entendu préalablement avec lui.

Art. VII. Le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de Son Altesse le Bey de Tunis se réservent de fixer d'un commun accord les bases d'une organisation financière de la Régence qui soit de nature à assurer le service de la dette publique et à garantir les droits des créanciers de la Tunisie.

Art. VIII. Une Contribution de guerre sera imposée aux tribus insoumises de la frontière et du littoral. Une Convention ultérieure en déterminera le chiffre et le mode de recouvrement, dont le Gouvernement de Son Altesse le Bey se porte responsable.

Art. IX. Afin de protéger contre le contrebande des armes et des munitions de guerre les possessions Algériennes de la République Française, le Gouvernement de Son Altesse le Bey de Tunis s'engage à prohiber toute introduction d'armes ou de munitions de guerre par l'Ile de Djerba, le port de Gabes, ou les autres ports du sud de la Tunisie.

Nr. 7479. Frankreich und Tunis. 12. Mai 1881.

Art. X. Le présent Traité sera soumis à la ratification du Gouvernement de la République Française, et l'instrument de ratification sera rémis à Son Altesse le Bey dans le plus bref délai possible.

Mohammed-es-Sadoq-Bey.
Gal. Bréart.

Casr-Said, le 12 Mai, 1881.

Nr. 7480. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den türkischen Botschafter in Paris. — Wiederholt die Drohung vom 7. Mai.

Paris, 12 mai 1881.

Nr. 7480. Frankreich. 12. Mai 1881.

J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Excellence de sa lettre d'hier, 11 mai, dans laquelle elle veut bien m'annoncer, en réponse à notre Note du 7 de ce mois, que la Sublime Porte ne voit pas la nécessité d'envoyer des troupes et une escadre en Tunisie, et que *deux bateaux seulement seront détachés de la marine impériale pour s'y rendre.* || Le Conseil des Ministres, à qui j'ai fait part de votre lettre, apprécie hautement la première partie de la communication de la Porte Ottomane, et il tient grand compte de cette sage résolution. Mais nous ne comprenons pas bien quel peut être, dans les circonstances actuelles, le but de l'envoi des deux bateaux, et je suis chargé de vous communiquer quelques observations à cet égard. C'est surtout l'effet moral d'une démonstration quelconque que nous voulons éviter dans les affaires de Tunisie; et l'envoi d'un seul bâtiment ne nous semble pas plus admissible que l'envoi d'une escadre. Les ordres donnés à la flotte française n'admettent aucune exception, et nous invitons la Porte à ne point faire en ce moment paraître son pavillon, ni à Tunis, ni sur aucune partie du littoral. C'est la suite nécessaire de notre Communication du 7 de ce mois, à laquelle nous ne pouvons que nous référer. || J'espère que la Porte ne verra dans les mesures prises par nous que le sincère désir de rester avec Elle dans les termes de la meilleure intelligence. Barthélémy-Saint-Hilaire.

Nr. 7481. FRANKREICH. — Botschafter in Konstantinopel an den franz. Min. d. Ausw. — Die Pforte beharrt auf ihrem Beschluss, Kriegsschiffe nach Tunis zu entsenden.

Péra, 13 mai 1881.

Nr. 7481. Frankreich. 13. Mai 1881.

J'ai adressé ce matin à la Porte une note conçue dans le sens des instructions que vous m'avez données. Le Premier Drogman de l'Ambassade a insisté amicalement sur les dangers de la résolution du Gouvernement Ottoman, et aussi sur son inutilité, le Bey ayant probablement déjà signé un traité avec nous. || Assim-Pacha a répondu que la décision de la Porte était irrévocable, et qu'elle lui était commandée par la situation générale du monde musulman.

Tissot.

Nr. 7482. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalkonsul in Tunis an den engl. Min. d. Ausw. — Unterzeichnung des französisch-tunesischen Vertrages.

(Extract.) Tunis, Mai 13, 1881.

Nr. 7482. Gross-britannien. 13. Mai 1881.

At noon yesterday the French troops, under General Bréart (including two batteries of artillery), encamped near to, and practically surrounded, the Bey's Palace of Kasr-Essaid, which adjoins the official residence of the Bardo. About the same time, M. Roustan officially demanded an audience of the Bey at 4 o'clock, for the General and himself, and at this hour precisely he came, the General arriving twenty minutes later, accompanied by a large escort and his staff of about twenty officers. The General at once presented a Project of a Convention to the Bey, which, as Plenipotentiary of the French Government, he declared was the Ultimatum of France for the settlement of all existing difficulties. This Project contained approximately the following conditions: — || 1. The confirmation of all existing Treaties between France and Tunis; || 2. Protection or surveillance by France of the frontier and sea-coast of the Regency, with right to occupy ports or places situated there; || 3. Supersession of Finance Commission by mutual arrangement between the two Governments for payment of the Tunisian Debt; || 4. Interdiction of importation into the Regency of arms or munitions of war; || 5. Appointment of a Minister Resident to represent French interests in Tunis; || 6. Exclusive representation by France of Tunisian interests in foreign countries; || 7. Obligation of Tunisian Government not to sign any International Convention, or grant the concession of any commercial or industrial enterprise, without the sanction of the French Representative; || 8. War indemnity to be levied on tribes of the frontier and littoral, the payment of which to be fixed hereafter, and guaranteed by the Bey's Government; || 9. Protection of Tunis by France against attacks of foreign Governments. || On becoming aware of the conditions submitted to him, the Bey refused to sign, and asked time for the document to be translated and the proposals duly considered. The General declared he would only allow him till 9 that evening to decide as to the course he would take. It was at the same time intimated to the Bey, that the General was resolved not to leave the Palace until the document was signed. A threat was also uttered, that the Bey would be instantly dethroned and other momentous consequences ensue if he refused to sign. || At 7 o'clock the Bey yielded to *force majeure*, and signed the document, affixing his signature to the French draft, after protesting repeatedly against the intolerable pressure to which he had been subjected.

Nr. 7483. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die franz. Legationen. — Unterzeichnung des Vertrages mit dem Bey.

Paris, 13 mai 1881.

Nr. 7483. Frankreich. 13. Mai 1881.

J'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint le texte du traité d'alliance et de garantie qui a été signé hier entre le Gouvernement de la République française et le Bey de Tunis. Cet instrument nous donne toutes les satisfactions que nous pouvions désirer, et il remplit le but que nous nous étions fixé dès le commencement de notre expédition en Tunisie. Vous connaissiez, et toute l'Europe connaissait ce but, que nous avions très nettement déterminé: il ne consistait pas seulement à châtier les tribus insoumises qui avaient violé notre frontière ou pillé les navires français échoués sur le rivage tunisien, mais encore à rendre impossible pour l'avenir le retour de ces actes de barbarie. C'est ce que je vous rappelais, en termes aussi précis que possible, dans la dépêche du 9 mai, par laquelle je vous communiquais le recueil des documents diplomatiques qui se rapportent à la question, et ce que le Ministère déclarait hier aux Chambres, à l'ouverture de leur session, par la bouche de M. le Président du Conseil. || Les circonstances nous ont amenés à précipiter la conclusion d'une affaire qui ne pouvait plus, d'ailleurs, souffrir beaucoup de retards. Pendant que nos soldats opéraient contre les Khoumirs, la situation politique, loin de s'éclaircir à Tunis, devenait de plus en plus confuse. Le Bey restait soumis aux mêmes influences qui ont provoqué les complications actuelles; on lui faisait croire que plusieurs Puissances européennes s'apprêtaient à intervenir; on lui annonçait l'arrivée prochaine d'une escadre envoyée par la Porte Ottomane. Ces fausses nouvelles entretenaient chez Son Altesse des dispositions regrettables; elles produisaient parmi les habitants de la Tunisie une fermentation qui menaçait de devenir dangereuse. Enfin, des apparences spécieuses semblaient leur donner un air de vérité. En effet, la Porte Ottomane, revendiquant sur Tunis une souveraineté qu'elle a perdue depuis longtemps, annonçait le projet d'envoyer deux vaisseaux devant la Goulette, et quelles que fussent ses intentions, une démonstration semblable pouvait donner lieu à des interprétations malveillantes et amener plus tard d'assez graves difficultés. || Afin de couper court à tout malentendu, le Gouvernement a décidé de confier au Général Bréart, qui se trouvait avec ses troupes à Djedeïdah, dans le voisinage immédiat de Tunis, des pleins pouvoirs pour négocier et signer avec le Bey un traité destiné à régler toutes les questions pendantes. Les ouvertures que notre Plénipotentiaire était chargé de faire n'avaient rien d'inattendu pour le Bey. Son Altesse connaissait d'avance le sens général des stipulations qui devaient lui être soumises, et sur la portée desquelles son esprit avait eu le temps de s'éclairer. || Le 12 de ce mois, le Général Bréart s'est rapproché du Bardo; M. Roustan est venu le rejoindre et l'a conduit au Palais, où le Général s'est rendu à cheval, entouré de son état-major. Le Plénipotentiaire spécial de la République a exposé respectueusement à Mo-

hammed-es-Sadok l'objet de sa mission et lui a remis le projet de traité après lui en avoir donné lecture. Le Bey a demandé un délai pour examiner le document et en délibérer. Aussitôt le Général s'est retiré; le Bey a convoqué ses Ministres, et la délibération a duré quelque temps. Son Altesse a fait alors appeler le Général Bréart et M. Roustan, et le traité en double exemplaire a été signé. || Le Bey de Tunis, que la France a toujours traité en ami, devient notre allié par suite du contrat qui a été passé hier entre lui et nous. Le Gouvernement de la République lui apportera, plus encore que par le passé, un concours utile pour l'organisation de ses services administratifs, et pour la pacification des tribus presque indépendantes qui ravagent les frontières de ses États, aussi bien que les territoires contigus. Nous avons l'espoir que, sous cette influence, la civilisation fera des progrès rapides dans la Régence au profit du Bey, de ses sujets et de toutes les nations européennes qui ont des rapports avec eux. Indépendamment de ces bienfaits d'un ordre général, il y a lieu de remarquer que, loin de porter atteinte aux traités antérieurs qui existent entre le Gouvernement de la Régence et les diverses Puissances européennes, l'intervention de la France les confirme et leur donne une valeur nouvelle. Par l'article 4 du traité, nous nous en portons en effet formellement garants.

Nr. 7483. Frankreich. 13. Mai 1881.

Barthélemy-Saint-Hilaire.

Nr. 7484. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Der tunesische Vertrag wahrt die Rechte der andern Nationen.

Paris, 14 mai 1881.

Vous avez bien voulu me communiquer, le 10 de ce mois, une dépêche adressée à Votre Excellence par le Comte Granville, sous la date du 7, et concernant les affaires de Tunis. Ce document témoigne de l'accueil favorable fait par le Cabinet de Londres aux indications que j'ai été en mesure de vous donner, touchant les desseins du Gouvernement de la République de ne point s'emparer de la souveraineté de la Tunisie, de ne réunir aucune partie de ce pays au territoire français, et après avoir châtié la tribu agressive des Khoumirs, d'obtenir du Bey des garanties suffisantes pour notre sécurité dans l'avenir. Le Principal Secrétaire d'État de la Reine a bien voulu vous faire savoir que le Gouvernement anglais verrait sans jalousie l'établissement de l'influence française en Tunisie, à condition qu'elle s'exerçât d'une façon conforme aux droits créés par les traités et ne portât point préjudice aux intérêts légitimes des sujets britanniques. Mentionnant ensuite les appels adressés à l'Angleterre ainsi qu'à plusieurs autres Puissances, soit par le Bey de Tunis, soit par la Porte Ottomane, Lord Granville vous déclarait que le Cabinet de Londres, sans pouvoir les ignorer entièrement, n'avait cependant point la pensée

Nr. 7484. Frankreich. 14. Mai 1881

Nr. 7484. Frankreich. 14. Mai 1881.

de présenter une proposition formelle de médiation ou de bons offices, à moins d'y être convié par le Gouvernement français aussi bien que par le Bey. Enfin Sa Seigneurie vous invitait à me dire que si le Gouvernement de la Reine pouvait contribuer de quelque façon à la prompte solution des difficultés pendantes entre la France et le Bey, il y emploierait très volontiers son influence dans la forme que je vous indiquerais comme pouvant être la plus utile et plus agréable pour nous. || J'ai le devoir de vous exprimer la satisfaction sincère qu'une communication conçue en termes aussi amicaux a causée au Gouvernement de la République. Je suis personnellement heureux de penser que les éclaircissements qu'en plusieurs occasions j'ai pu fournir à Votre Excellence sur la nature et l'objet de nos opérations en Tunisie, ont pour effet de faire envisager notre entreprise sous son véritable jour par votre Gouvernement. Grâce à la rapidité, avec laquelle elle a été conduite, nous avons atteint déjà le but principal que nous nous proposions, et qui était d'obtenir du Bey, pour l'avenir, des assurances effectives contre le retour des difficultés récentes. Le Traité signé à Tunis le 12 mai y pourvoit d'une manière que nous jugeons suffisante, et cet acte, en garantissant les intérêts français, consacre explicitement, par une clause spéciale, les droits de toutes les nationalités étrangères. J'ai eu l'honneur de vous donner connaissance du Traité au moment où il venait d'être conclu; votre Gouvernement, je n'en doute point, reconnaîtra facilement qu'il ne porte aucune atteinte aux privilèges dont les autres Pays sont légitimement en possession, et qu'il tient compte ainsi, dans une juste mesure, des préoccupations indiquées dans la dépêche du Comte Granville. Persuadé qu'aucun malentendu ne saurait se produire à ce sujet entre le Cabinet de Londres et nous, je ne puis que vous prier, en présence des résultats actuellement acquis, de transmettre à votre Gouvernement l'expression de nos remerciements pour les assurances de bon vouloir et les offres courtoises dont vous avez été autorisé à faire part au Gouvernement français.

Barthélemy-Saint-Hilaire.

Nr. 7485. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Hat eine Note an die französische Regierung bezüglich der von derselben in der tunesischen Frage gegebenen Versicherungen gerichtet.

Paris, May 14, 1881.

Nr. 7485. Gross-britannien. 14. Mai 1881.

My Lord, — I have the honour to inclose a copy of a note respecting the assurances given by France with regard to Tunis, which I have addressed to the French Government in obedience to the instruction conveyed to me by your Lordship's despatch of yesterday. || I have, &c.

Lyons.

Beilage.

Paris, May 14, 1881.

Nr. 7485. Grossbritannien. 14. Mai 1881.

M. le Ministre, — I did not fail to report to Her Majesty's Government the observations which your Excellency did me the honour to make to me on the 10th instant, during the conversation I had with you on that day, when I communicated to you the despatch addressed to me by Earl Granville on the 7th instant, respecting the affairs of Tunis. || The conversation included several topics of a very important character, but as your Excellency intimated that you should probably make Lord Granville's despatch the subject of a communication in writing, Her Majesty's Government deem it more convenient and more respectful to the Government of France to await your Excellency's written observations before commencing any further discussion of the topics in question. || In the meantime, however, and while awaiting the further communication just alluded to, Her Majesty's Government deem it desirable to place clearly on record the assurances they have received from the Government of France as to the nature and extent of any arrangement that may be concluded with the Bey of Tunis. || In the conversation on the 10th instant, as on several previous occasions, your Excellency disclaimed any intention of conquest or annexation on the part of France. || Your Excellency had a short time before stated to me, that the French Government had certainly no intention of undertaking the work of forming a port at Bizerta, although private French enterprise might possibly at some future date be devoted to making improvements there for the purpose of a commercial harbour. || Your Excellency has, moreover, assured me, that all the Treaties between Tunis and other Powers would be maintained and respected. But Lord Granville notices, that you spoke of possible revision of some of the Treaties, and change of the parties on whom they were binding. || Her Majesty's Government would be glad to be assured, that in the view of the French Government itself, all rights now enjoyed by foreigners will be left intact, that foreigners will enjoy the same freedom of commercial intercourse as hitherto, that no attempt will be made to secure exclusive or differential privileges for the subjects or citizens of one country over those of others, and that the position of the creditors of the Regency will not be weakened. || In submitting, by order of Her Majesty's Government, the preceding considerations to your Excellency, I beg you to accept the renewed assurances, &c.

Lyons.

Nr. 7486. TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den türkischen Botschafter in London. — Der Bey ist zur Unterzeichnung des Vertrages gezwungen worden.

(Télégraphique.) Constantinople, le 15 May, 1881.

Nr. 7486. Türkei. 15. Mai 1881.

Je m'empresse de transmettre ci-après à votre Excellence le télégramme que Son Altesse le Pacha de Tunis nous a adressé à la date d'hier: —

Nr. 7486. Türkei. 15. Mai 1881.

"J'ai informé votre Altesse que le Général Commandant la colonne Française qui se trouvait, ainsi que je l'ai annoncé à votre Altesse, à la Gedeida, s'est approché Jeudi soir de ma résidence; il est venu ensuite à mon Palais, accompagné d'un corps de cavalerie, et a soumis à ma signature un Traité de Protectorat en me déclarant qu'il ne quitterait le Palais qu'avec ma réponse, pour laquelle il ne m'a accordé que quatre heures. Me voyant sous la pression de la force par la présence d'une armée près de ma présence, j'ai dû, pour l'honneur et pour éviter une effusion de sang, signer ce Traité, sans examen ni discussion aucune, en lui déclarant que je signe contraint par la force." ‖ Comme vous le voyez, le Pacha déclare catégoriquement qu'il a signé le document en question malgré lui et sous l'empire de la pression qu'on exerçait sur Son Altesse. ‖ Se conformant à la teneur de vos divers télégrammes, la Sublime Porte avait prévenu Méhemmed Sadik-Pacha qu'il ne devait accepter ni signer aucun Traité sans en avoir référé au préalable à la Cour Souveraine, et l'avait engagé en même temps à prévenir de ce fait le Consul-Général d'Angleterre à Tunis, et de se concerter même, au besoin, avec cet Agent. ‖ Aujourd'hui on force le Gouverneur-Général par des procédés violents à apposer sa signature à un Traité qui renverse de fond en comble l'ordre des choses établi à Tunis, et l'on viole entièrement le *statu quo*, à la modification duquel le Cabinet Britannique avait déclaré ne pouvoir consentir. ‖ En tout cas, un événement aussi grave et inattendu ne saurait, croyons-nous, passer inaperçu aux yeux de Sa Majesté Britannique. ‖ Veuillez donc bien le signaler à l'attention la plus sérieuse de Lord Granville, et lui dire que, dans notre conviction, sa Seigneurie ne pourrait voir d'un oeil indifférent une manière d'agir aussi contraire au droit des gens, ainsi qu'aux intérêts généraux, et qu'elle voudra bien enfin user de sa médiation pour amener l'entente que nous avons tant de fois proposée. ‖ Nous attendons avec la plus vive impatience les mesures que le Gouvernement Britannique compte prendre pour amener la modification d'un Traité qui, comme je viens de le dire, méconnaît non seulement les principes du droit international, mais encore est de nature à créer un triste précédent.

Nr. 7487. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Frankreich wird die Verträge der fremden Mächte mit Tunis nur mit deren Einvernehmen ändern; es beabsichtigt keinen Theil des tunesischen Gebietes zu annectiren.

Paris, 16 mai 1881.

Nr. 7487. Frankreich. 16. Mai 1881.

Dans une lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser, sous la date du 14 de ce mois, vous vous référez à plusieurs entretiens que j'ai eus avec Votre Excellence et au cours desquels j'ai été amené à lui donner certaines indications concernant la politique du Gouvernement français à l'égard de la Tunisie. Vous faites

des allusions notamment à notre conversation du 10 mai, pendant laquelle vous avez bien voulu me communiquer une dépêche de Lord Granville datée du 7, et vous me rappelez que je vous avais promis de répondre par écrit à cette communication. Ma réponse, que je n'ai pu faire aussitôt que j'aurais voulu doit être actuellement entre vos mains; j'ai la confiance qu'elle vous mettra en mesure de rassurer tout à fait le Principal Secrétaire d'État de la Reine sur les points qui semblaient particulièrement le préoccuper. Néanmoins je saisis avec plaisir l'occasion qui m'est offerte par Votre Excellence pour revenir une fois de plus avec Elle sur ce que j'ai pu lui faire connaître déjà de nos vues en ce qui concerne l'avenir de la Tunisie.

Vous voulez bien constater tout d'abord que je vous ai déclaré que les Conventions existantes entre la Tunisie et les Puissances étrangères seraient maintenues et respectées. Je vous réitère d'autant plus volontiers cette assurance que, par un article spécial de notre Traité avec le Bey, la République française se porte garante de l'exécution de toutes les Conventions de ce genre qui existent aujourd'hui. Il est vrai que dans nos récents entretiens, je vous ai parlé incidemment de la possibilité d'une revision de quelques-unes de ces Conventions. La franchise avec laquelle je m'expliquais envers vous m'amenait naturellement à prévoir une éventualité semblable; car je ne pouvais me dissimuler, ni dissimuler à Votre Excellence, les obligations qui incomberont par la force des choses au Gouvernement français, en conséquence de la position qui lui est désormais assignée en Tunisie. Il est bien évident que, de même que le Gouvernement anglais, lorsqu'il a assumé la responsabilité de l'administration de pays étrangers, a compris qu'il était tenu de modifier l'état de choses existant et de procurer aux populations dont il prenait la tutelle l'avantage d'un Gouvernement civilisé et régulier, de même aussi la France, entre les mains de laquelle se trouve actuellement placée la direction supérieure des affaires en Tunisie, ne saurait se dérober au devoir d'appeler le pays au partage des bienfaits dont notre administration a déjà doté l'Algérie. Mais il n'est pas moins manifeste que cette oeuvre ne pourra être accomplie que graduellement, et qu'il faudra bien du temps encore avant que la Tunisie soit mise en état de participer à un régime semblable à celui des nations européennes. En tous cas, lorsque les progrès que nous devons poursuivre ne pourront être obtenus qu'au prix de certaines modifications qui dérogeraient à un ordre de choses consacré aujourd'hui par des Conventions conclues avec les Puissances étrangères, notre ferme intention est de ne procéder jamais aux changements nécessaires que d'accord avec ces Puissances et en vertu d'une entente amicale avec elles. Les droits et priviléges commerciaux et autres énumérés dans la communication de Votre Excellence subsisteront donc intacts, en tant qu'ils sont garantis par des Traités, jusqu'à ce que des Conventions nouvelles librement consenties aient été substituées aux arrangements existants. Pour ce qui concerne spécialement les créanciers de la Régence, il est certain que les sécurités dont ils sont nantis actuellement ne seront en rien affaib-

Nr. 7487. Frankreich. 16. Mai 1881. lies et que, tout au contraire, nous nous efforcerons de les fortifier autant que possible.

Votre Excellence rappelle qu'en plusieurs occasions, dans mes entretiens avec Elle, j'ai repoussé l'idée d'une conquête ou d'une annexion à la France d'une partie quelconque du territoire tunisien. Je ne fais aucune difficulté de vous répéter ici ce que je vous ai dit déjà, et je puis vous affirmer que nos arrangements avec le Bey ne comprennent aucune stipulation qui ne soit conforme aux assurances que je vous ai données. Je réponds implicitement ainsi, et d'une manière qui, j'aime à le croire, vous paraîtra concluante, à vos observations, concernant le port de Bizerte. Nous n'avons pas plus le désir de nous annexer Bizerte que tout autre point de la Tunisie. Sans doute, comme je vous l'ai spontanément indiqué, il est possible que nous soyons amenés à favoriser le développement commercial de ce port et à encourager les tentatives qui seraient faites dans l'intérêt même de la Régence pour en améliorer les conditions matérielles. Mais quelles que soient les entreprises que des sociétés privées veuillent tenter à Bizerte, il n'entre nullement dans nos projets de dépenser aujourd'hui les sommes énormes et de commencer les travaux gigantesques qui seraient nécessaires pour transformer cette position en un port militaire pouvant servir de base à des opérations de guerre maritime. Là, comme dans le reste de la Régence, l'action de la France ne s'exercera qu'en vue de progrès pacifiques, qui devront profiter aux autres nations, aussi bien qu'à nous-mêmes. La seule conquête que nous méditions est celle de la civilisation dans un pays encore trop arriéré; et j'ai la confiance que l'Angleterre nous prêtera, dans une oeuvre avantageuse à tous les intérêts, le concours des sympathies sincères que nous nous croyons particulièrement en droit d'attendre d'elle, parce que nous les éprouvons nous-mêmes à son égard.

Barthélemy-Saint-Hilaire.

Nr. 7488. TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den türk. Botschafter in Paris. — Protest gegen den französisch-tunesischen Vertrag.

Constantinople, 17 mai 1881.

Nr. 7488. Türkei. 17. Mai 1881. Nous n'avons point manqué, à l'occasion des événements qui viennent de se produire en Tunisie, de signaler, à plusieurs reprises, à l'attention des Gouvernements signataires du Traité de Berlin, les droits souverains pleins et entiers de la Sublime Porte sur cette Province, partie intégrante de l'Empire ottoman, droits établis, *ab antiquo*, exercés par ce dernier sans interruption jusqu'à ce jour et reconnus par les Puissances en général. || Nous n'avons pas manqué non plus, aussi bien avant qu'après l'entrée des troupes françaises dans la Tunisie, de proposer une entente amiable, entre la Sublime Porte et le Gouvernement de la République, en vue de concilier nos droits avec les intérêts de la France et de satisfaire ainsi aux plaintes formulées par celle-

ci contre les incursions de quelques tribus berbères, incursions que les autorités tunisiennes s'étaient, dès l'origine du conflit, déclarées prêtes à réprimer dans le plus court délai. || De leur côté, le Pacha de Tunis et la population confiée par firman impérial à son administration ont fait appel, comme il était de leur devoir de le faire, à la Cour souveraine pour lui exposer la situation critique où ils se trouvaient, en présence de la marche en avant des troupes françaises dans le pays et pour lui demander instamment de leur venir en aide en sa qualité de leur maître légitime. || Nos propositions éminemment conciliantes et les preuves irréfragables que nous avons présentées à l'appui de nos droits en question, n'ont point été entendues, et même le Gouvernement de la République française a cru devoir décliner l'existence de tous les liens de sujétion séculaires qui unissent cette province à l'Empire en mettant en avant la soi-disant indépendance de ce pays et passer ainsi outre à toutes nos objections, malgré même les protestations du Gouverneur général et de la population, en occupant successivement la plus grande partie du territoire de Tunisie et en nous défendant, en dernier lieu, d'une manière péremptoire et menaçante, l'envoi d'un seul de nos bâtiments sur les lieux. || Comme complément à cette manière de procéder que nous ne saurions nous empêcher, à notre vif regret, de considérer comme étant absolument contraire à toutes les obligations internationales, le Gouvernement de la République vient de présenter aux Chambres françaises le traité qu'il a conclu, le 13 de ce mois, avec Son Altesse le Pacha de Tunis, traité auquel celui-ci a dû forcément se soumettre en présence de la pression exercée sur le pays et du danger imminent qui le menaçait. || Nous devons à nous-mêmes et à nos devoirs envers le pays de récuser ce document dont toutes les clauses renversent l'ordre légitime des choses établi en Tunisie et portent la plus grave atteinte à la souveraineté et à l'intégrité de l'Empire garanties par les Traités. || En conséquence, la Sublime Porte se fait un devoir de protester énergiquement et de la manière la plus solennelle contre la validité de ce Traité, le déclarant conclu dans des conditions anormales et attentatoires aux droits du Sultan, et, dès lors, comme n'ayant à ses yeux et à ceux de Son Altesse le Pacha et de la population tunisienne, sujets de Sa Majesté Impériale, aucune valeur ni force de loi, tant dans son ensemble que dans chacune de ses parties. || Je vous invite à communiquer officiellement et sans le moindre retard la présente dépêche protestative à Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires étrangères.

Nr. 7488. Türkei. 17. Mai 1881.

Nr. 7489. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an die franz. Legationen. — Wird auf den türkischen Protest nicht antworten.

Paris, 20 mai 1881.

J'ai l'honneur de vous envoyer le texte d'une protestation que la Porte Ottomane a cru devoir formuler contre le Traité conclu le 12 de ce mois

Nr. 7489. Frankreich. 20. Mai 1881.

Nr. 7489. Frankreich. 20. Mai 1881. entre le Gouvernement de la République et le Bey de Tunis. Cette pièce m'a été communiquée par Essad-Pacha, Ambassadeur de Turquie à Paris. || Vous connaissez le point de vue auquel nous nous plaçons pour apprécier les prétentions du Gouvernement ottoman à l'égard de la Tunisie. Nous n'avons rien à ajouter à ce que nous avons publiquement déclaré déjà à ce sujet. Mon intention est donc de ne pas répondre à la nouvelle Note de la Turquie.

Barthélemy-Saint-Hilaire.

Nr. 7490. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London (Challemel-Lacour). — Darlegung der englischen Vertragsverhältnisse mit Tunis.

Foreign Office, May 20, 1881.

Nr. 7490. Grossbritannien. 20. Mai 1881. M. l'Ambassadeur, Her Majesty's Government have had under their consideration the notes from M. Barthélemy St.-Hilaire on the subject of Tunis, of which copies have been received by Her Majesty's Ambassador at Paris, and have also doubtless been furnished to your Excellency. || In his note of the 14th instant M. Barthélemy St.-Hilaire expresses his sincere satisfaction at the friendly communication which Lord Lyons had made to him on the 10th instant in accordance with my instructions, and states that he is personally happy to think that the explanations which on several occasions he has communicated to his Excellency on the nature and object of the French operations in Tunis, have had the effect of causing the enterprise to be regarded in its true light by Her Majesty's Government; and he remarks, that the Treaty with Tunis, the substance of which he has communicated to his Excellency, will be readily recognized as in no way affecting the privileges legitimately possessed by other countries. || M. Barthélemy St.-Hilaire concludes by expressing the thanks of his Government for the assurances of good-will and courteous offers which Lord Lyons conveyed to him.

Her Majesty's Government are happy to receive and to reciprocate these expressions of friendly feeling. It would be difficult to overrate the importance they attach to the excellent relations which exist between this country and France, the value of which is not confined to the respective nations; but they would be wanting in frankness if they allowed M. Barthélemy St.-Hilaire to remain under the impression that the proceedings of the French in Tunis have produced a favourable effect on public opinion in this country. || Her Majesty's Government do not wish to lay too much stress on inconsistencies of language in conversation, or on the various reasons which have been given at Paris and at Tunis for French intervention, first as a protection against the alleged designs of the Sultan for the Bey's deposition, and secondly for the punishment of the turbulent frontier tribes. But it can hardly be doubted, that the Treaty with Tunis goes far beyond any question of the security of

the frontier, and amounts practically to a Protectorate, which they understood to have been disclaimed. || Her Majesty's Government, however, readily acknowledge the assurance repeated by M. Barthélemy St.-Hilaire in his note of the 16th instant, that all existing Conventions between Tunis and foreign Powers will be maintained and respected, and this all the more readily because by the IVth Article of the Treaty with the Bey the French Republic guarantees their execution. Commercial and other rights and privileges will therefore remain undisturbed in so far as they are guaranteed by Treaties, unless new Conventions, freely entered into, shall be substituted for the existing arrangements.

Her Majesty's Government take note of this assurance, which they regard as an international engagement, binding upon the French Government in the future.

In order that there may be no misapprehension hereafter, Her Majesty's Government desire explicitly to state, that the General Convention of the 19th July, 1875, between the Governments of Great Britain and Tunis, is and remains in force. This Treaty secures to British subjects, vessels, commerce and navigation all the privileges, favours and immunities which might then or thereafter be granted to the subjects, vessels, commerce and navigation of any other nation whatever. It therefore extends to Great Britain all the advantages conceded by the Bey in other Treaties, including the Treaty between France and Tunis of the 8th August, 1830, of which the VIIth Article is as follows: — "Les Capitulations faites entre la France et la Porte, de même que les anciens Traités et Conventions passés entre la France et la Régence de Tunis, et nommément le Traité du 15 Novembre, 1824, seront confirmés et continueront à être observés, dans toutes celles de leurs dispositions, auxquelles le présent Acte ne dérogerait pas." || I have to call your Excellency's special attention to the Article of the Treaty of 1875 containing the stipulation of most-favoured-nation treatment, as well as to the VIIth Article, by which the Bey engaged not to prohibit the importation into the Regency of any article the produce and manufacture of the British dominions, and that the duties to be levied on such articles should not exceed 8 per cent. *ad valorem*, or an equivalent specific duty fixed by common consent; and also to the XVIIIth Article, providing for most-favoured-nation treatment in regard to harbour, pilotage, light-house, or quarantine dues. It must not, however, be understood that by specially mentioning these Articles the force of the remaining Articles of the Treaty is in any way to be considered as being in any degree impaired by the VIIth Article of the Treaty of the 12th instant: — || "Le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de Son Altesse le Bey de Tunis se réservent de fixer d'un commun accord les bases d'une organisation financière de la Régence, qui soit de nature à assurer le service de la Dette Publique et à garantir les droits des créanciers de la Tunisie."

Nr. 7490. Gross-britannien. 20. Mai 1881.

If the agreement proposed to be entered into with the Bey is intended to change the constitution of the Financial Commission established by the Bey's Decree of the 5th July, 1869, after preliminary agreement between the Governments of Great Britain, France and Italy, and in which British creditors are represented, Her Majesty's Government think that an opportunity should be given to the creditors of expressing their views on the subject. Her Majesty's Government observe, M. l'Ambassadeur, that M. Barthélemy St.-Hilaire repudiates all idea of annexation by France of the port of Bizerta, or any port whatever of Tunis; and although he indicates the possibility of encouraging the improvement of the port by private enterprise, he declares that it in no way enters into the projects of the French Government to expend, at the present time, the enormous sums and to commence the immense works necessary for making this position a military port. I do not think it necessary, M. l'Ambassadeur, to enter into the question of the possible value of Bizerta as a commercial port, further than to observe, that if the channel from the sea to the lake is deepened, so as to give access for large vessels, British ships will have, under the Treaty of 1875, a right to use it without being subjected to any higher dues than French or Tunisian vessels.

Her Majesty's Government feel confident, that M. Barthélemy St.-Hilaire will appreciate the friendly intentions of Her Majesty's Government in being thus explicit in their views with regard to the rights of British subjects under existing Treaties, and will accept it as a proof of their earnest desire to prevent any occasion of future misapprehension, and to maintain the good understanding which has so long happily subsisted between the two countries.

I have, &c.

Granville.

Nr. 7491. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Betheiligung von England und Italien an der Ordnung der tunesischen Finanzen.

Foreign Office, May 20, 1881.

Nr. 7491. Gross-britannien. 20. Mai 1881.

Sir, — With reference to the passage in my note to M. Challemel-Lacour of this day,*) of which a copy is inclosed, relating to the Financial Commission established by the Bey's Decree of the 5th July, 1869, after preliminary agreement between the Governments of Great Britain, France and Italy, and on which British creditors are represented, Her Majesty's Government think that an opportunity should be given to the creditors of expressing their views on the subject. || I would remind your Excellency, that the Bey's Decree of the 5th July, 1869, was issued by His Highness after a special agreement between the Governments of Great Britain, France, and Italy, who

*) Nr. 7490.

gave their preliminary sanction to its terms, and I have to call your Excellency's attention to the communications which took place between the Marquis de la Valette and your Excellency at Paris on the subject, when the Marquis de la Valette stated, that "he was particularly anxious to establish the principle that in all matters respecting the Tunisian finances the three Powers should act in conjunction." Anything, M. de la Valette said, must be treated "à trois." || This agreement is further recorded in the instructions sent to the French Agent and Consul-General at the time, a copy of which the Marquis de la Valette was good enough to furnish officially to your Excellency. || I am, &c.

Nr. 7491. Grossbritannien. 20. Mai 1881.

Granville.

Nr. 7492. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalkonsul in Tunis an den engl. Min. d. Ausw. — Schreiben Roustans: Seine Ernennung zum Ministerresidenten. Der Bey hat Roustan mit der Wahrnehmung der Beziehungen zwischen dem Bey und den Vertretern der fremden Mächte beauftragt.

(Extract.) Tunis, June 10, 1881.

With reference to my telegram of yesterday, announcing the receipt of a circular letter from M. Roustan, informing his colleagues that he had been delegated by His Highness the Bey to act as sole intermediary for the transaction of all business between the Tunisian Government and Foreign Representatives at this place, I have the honour to inclose a copy of that letter and of two of its inclosures. The wording of the Treaty, as communicated by M. Roustan, being identical with what appears at p. 8 of the Correspondence, No. 3 (1881), respecting the affairs of Tunis which has been laid before Parliament, I have not thought it necessary to add a copy of that document. || I have determined to await your Lordship's instructions before replying to M. Roustan's circular.

Nr. 7492. Grossbritannien. 10. Juni 1881.

Beilage I.

Circular Roustans.

Tunis, le 9 Juin, 1881.

M. l'Agent et Consul-Général, — J'ai l'honneur de vous informer que je viens de remettre entre les mains de Son Altesse le Bey de Tunis l'acte de ratification du Traité de Garantie conclu le 12 Mai dernier entre le Gouvernement de la République Française et celui de la Régence, et dont vous trouverez ci-joint copie. || L'Article V de ce Traité, stipulant que le Gouvernement Français sera représenté auprès de Son Altesse le Bey par un Ministre Résident, M. le Président de la République a bien voulu me confier

Nr. 7492. Grossbritannien. 10. Juni 1881.

ces fonctions, en vertu de la commission dont je vous transmets également une copie ci-annexée. || De son côté, Son Altesse le Bey, en vue d'assurer, en ce qui le concerne, l'exécution du Traité de Garantie, a délégué, par un Décret dont vous trouverez ci-joint la traduction, le Ministre Résident de la République comme son seul mandataire pour les rapports avec les Agents des Puissances étrangères à Tunis. || En portant ces divers actes à votre connaissance, j'ai à coeur de vous assurer de mon vif désir de maintenir, dans les doubles fonctions dont je me trouve investi, les bonnes relations qui existent entre nos deux Gouvernements et entre eux et celui de Son Altesse le Bey, et j'espère pouvoir compter de votre part sur la réciprocité de ces sentiments. || Agréez, &c.

Le Ministre Résident de la République Française,
Th. Roustan.

Beilage II.

Autorisation Roustans durch die französische Regierung.

Jules Grévy, Président de la République Française, à tous ceux qui ces présentes lettres verront, salut: || Désirant assurer d'une manière solide et durable les rapports d'amitié et bon voisinage entre la République Française et la Tunisie, et nous confiant entièrement en la capacité, prudence et patriotisme de M. Roustan, Ministre Plénipotentiaire de première classe, Commandeur de l'Ordre National de la Légion d'Honneur, &c., nous avons fait choix de sa personne pour remplir et exercer les fonctions de Ministre Résident de la République en Tunisie, et, par les présentes, nous le nommons et établissons en cette qualité, conformément aux dispositions de l'Article V du Traité signé le 12 Mai, 1881, entre la France et Son Altesse le Bey de Tunis, afin qu'il jouisse des honneurs, autorité et prérogatives attachés à la dite charge, qu'il veille à la fidèle exécution du Traité susmentionné, en toutes et chacune de ses dispositions, et de toutes autres Conventions intervenues et à intervenir, et qu'il soit l'intermédiaire des rapports du Gouvernement Français avec les autorités Tunisiennes pour toutes les affaires communes aux deux pays. || En foi de quoi nous avons fait apposer à ses présentes le sceau de la République,

Écrit à Paris, le 20 Mai, 1881.

(L.S.) Jules Grévy.

Beilage III.

Decret des Bey von Tunis.

(Traduction.)

Vu les Articles IV, V et VI du Traité de Garantie conclu entre la Régence et le Gouvernement de la République Française; || considérant que l'exé-

cution des dits Articles nécessite l'intervention constante du Ministre Résident de la République dans les rapports entre notre Ministère des Affaires Etrangères et les Agents des Puissances à Tunis, et désirant éviter les complications qui peuvent résulter de cet état de choses pour la prompte expédition des affaires; || déléguons le Ministre Résident de la République Française comme notre seul intermédiaire officiel pour les rapports avec les Représentants des Puissances Etrangères accrédités auprès de notre personne; invitons le dit Ministre Résident à communiquer officiellement et en notre nom le présent Décret au Gouvernement de la République et aux Agents des Puissances Etrangères à Tunis.

Nr. 7492. Grossbritannien. 10. Juni 1881.

Écrit le 11 Redjeb, 1298 (8 Juin, 1881.)

Moustapha.

Pour copie conforme:

Le Ministre Résident de la République Française,

Th. Roustan.

Nr. 7493. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Generalkonsul in Tunis. — Verhalten gegenüber dem Circular Roustans.

Foreign Office, June 11, 1881.

Sir, — I learn by your telegramm of the 9th instant, that French Minister has informed you of a Decree issued by the Bey by which he is appointed to act as sole intermediary through whom all business is to be transacted for the future between the foreign Representatives and the Tunisian Government. || I have to instruct you to take no notice of this communication until you receive instructions from Her Majesty's Government, and meanwhile to avoid, if possible, any step which might give rise to a disscussion with the Bey's Government or with M. Roustan himself as to the position he claims to assume. || I am, &c.

Nr. 7493. Grossbritannien. 11. Juni 1881.

Granville.

Nr. 7494. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Roustan ist von der Regierung zu seinem Verhalten gegenüber dem Decret des Bey ermächtigt.

Paris, le 12 Juin, 1881.

M. l'Ambassadeur, — Pour répondre à la demande que vous me faites l'honneur de m'adresser sous la date de ce jour, je m'empresse de vous faire savoir que le Gouvernement de la République ayant été informé de la résolution prise par le Bey de Tunis, de déléguer au Résident Français en Tunisie,

Nr. 7494. Frankreich. 12. Juni 1881.

Nr. 7494. Frankreich. 12. Juni 1881. par un Décret Spécial, les fonctions d'intermédiaire officiel entre le Gouvernement Tunisien et les Agents des Puissances étrangères, a autorisé M. Roustan à accepter cette délégation, et à en donner avis dans la forme convenable aux Représentants des Puissances. || Agréez, &c.

B.-St.-Hilaire.

Nr. 7495. TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den türkischen Botschafter in London. — Protest gegen den Anspruch des französischen Generalkonsuls in Tripolis, den Schutz der Tunesen in Tripolis zu übernehmen.

(Télégraphique.) Constantinople, le 12 Juin, 1881.

Nr. 7495. Türkei. 12. Juni 1881. Un télégramme adressé à la Sublime Porte par le Gouverneur-Général de Tripoli d'Afrique annonce que le Consul-Général de France lui a fait savoir par une note, datée du 6 de ce mois, qu'aux termes du Traité d'Alliance, conclu le 12 Mai dernier, entre le Gouvernement de la République et le Pacha de Tunis, les Consuls et Agents Diplomatiques Français sont désormais chargés de la protection des Tunisiens et de la direction de toutes les affaires qui les concernent; qu'en conséquence il s'est mis en mesure de dresser et de remettre aux autorités locales la liste des Tunisiens pour les faire reconnaître comme protégés Français par ces dernières. M. le Consul-Général de la République a cru devoir, simultanément avec cette démarche auprès de l'Administration de Tripoli, afficher sur son hôtel une Proclamation dans le sens qui précède. || Le Gouverneur-Général s'est empressé, comme il devait le faire, de relever le caractère insolite de la communication Consulaire, en déclarant, à son tour, à l'Agent Français qu'il ne saurait y donner aucune suite et n'était, d'ailleurs, muni d'aucune autorisation de la Sublime Porte à cet égard. || Nous nous trouvons ainsi, d'un côté, en présence d'une série de conditions imposées au Pacha de Tunis, conditions absolument contraires aux obligations internationales et directement attentatoires aux droits de souveraineté de notre Auguste Maître sur cette province, et, de l'autre, sous le coup de la mise à exécution immédiate d'une disposition découlant du Traité en question du 12 Mai, et dont les conséquences se traduiront par une perturbation profonde dans les rapports des sujets Tunisiens du Sultan avec une autorité séculaire et légitime qui leur est chère à plus d'un titre, et dont ils ne veulent pas se séparer. || Le fait, en lui-même, de la Proclamation soudaine d'une protection à exercer de la part d'une Puissance étrangère sur des sujets d'un Gouvernement dont les droits inaliénables, démontrés déjà par nous à l'évidence, ont été méconnus, et qui ne cessera d'élever la voix, comme il l'a déjà fait par sa dépêche protestative du 10 Mai dernier, contre ce qui s'est passé le 12 du même mois à Tunis, n'échappera certainement pas à l'appréciation juste et éclairée des Puissances amies. || En vous signalant donc la manière d'agir

de M le Consul-Général de France à Tripoli d'Afrique, je vous invite à la soumettre à la sérieuse et bienvaillante attention de son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères, et à lui déclarer en même temps que nous maintenons plus que jamais les droits de la Sublime Porte sur la Tunisie; que, n'ayant déjà reconnu aucune force ni valeur au dit Traité imposé au Pacha de Tunis, ni à ce qui pourrait être fait ultérieurement, dans le même sens, en dehors de la participation et du consentement de l'autorité souveraine, nous ne saurions dès lors, aussi logiquement que légalement, admettre aucune prétention des Agents Français, ni aucune des mesures qu'ils croiraient devoir rendre exécutoires au nom de leur Gouvernement en ce qui concerne l'administration et la population de Tunis tant dans cette province que dans les autres parties de l'Empire. || Vous voudrez bien remettre également une copie de cette dépêche à M. le Ministre des Affaires Etrangères.

Nr. 7495. Türkei. 12. Juni 1881.

Nr. 7496. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Generalkonsul in Tunis. — Dem Decret des Bey ist Folge zu geben.

Foreign Office, June 15, 1881.

Sir, — With reference to my despatch of the 11th instant, relative to the position assumed by M. Roustan at Tunis, I have to inform you, that Her Majesty's Government are advised that the appointment of that gentleman by the Bey as intermediary for Foreign Affairs does not affect the rights secured to this country by its Treaties with the Bey of Tunis. || You will therefore continue to transact business with the Government of Tunis in the manner in which you have been accustomed to do, although there has been a change of persons; but when you are referred by that Government to M. Roustan for the communication of its views, you will communicate with him accordingly. || I am, &c.

Nr. 7496. Gross-britannien. 15. Juni 1881.

Granville.

Nr. 7497. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den türkischen Botschafter in London. — England würde seine Mediation in Tunis angeboten haben, wenn Aussicht auf Zustimmung der übrigen Mächte und Frankreichs vorhanden gewesen wäre.

Foreign Office, June 16, 1881.

M. l'Ambassadeur, — When your Excellency did me the honour of calling at the Foreign Office on the 14th instant you expressed a wish to be furnished with a written answer to the communications respecting Tunis which you were good enough to leave with me on the 18th ultimo. || The first of

Nr. 7497. Gross-britannien. 16. Juni 1881

Nr. 7497. Gross-britannien. 16. Juni 1881.

those communications seems to have been intended to be received in the nature of a protest, and has, I presume, been addressed to all the other Powers as well as Her Majesty's Government. It does not call for any expression of opinion on the part of Her Majesty's Government, and, under the actual circumstances, I abstain from offering any. || With regard to the second despatch, in which Assim-Pasha states, that Her Majesty's Government had declared that they would not consent to a modification of the *status quo* in Tunis, I have the honour to point out to your Excellency, that Her Majesty's Government have only said that they were favourable to its maintenance, but they have never stated that they would not consent to any change in it. || I have to add, that Her Majesty's Government would have been quite ready to offer their mediation, in common with the other Powers who signed the Treaty of Berlin, had they had any reason to believe, that those Powers would have agreed to join in such an offer, or that France would have accepted it had such an agreement been arrived at. || I have, &c.

Granville.

Nr. 7498. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die französischen Legationen. — Die französische Politik in Tunis, Montenegro und Griechenland.

Paris, le 20 Juin, 1881.

Nr. 7498. Frankreich. 20. Juni 1881.

Monsieur, — A l'avènement du Cabinet actuel (23 Septembre, 1880), trois questions extérieures etaient pendantes: c'étaient celles du Monténégro, des frontières Grecques et de Tunis. Les deux premières étaient Européennes; la dernière ne regardait guère que la France. Aujourd'hui, qu'elles sont toutes les trois résolues heureusement, il serait peu nécessaire de rappeler les faits qui en ont amené le dénouement, et qui sont trop récents pour qu'on les ait oubliés; mais il peut être utile de préciser quelle a été dans ces questions diverses la politique de la France, et par quel principe elle s'est dirigée.

Affaire de Tunis (Mai 1880 — 12 Mai, 1881). — Le nouveau Cabinet avait trouvé, au moment où il prenait les affaires, la question de Tunis déjà fort engagée; et la situation ne faisait que se compliquer chaque jour, par une suite d'incidents de nature à nuire à l'influence Française dans la Régence, et même à compromettre notre domination en Algérie. La France avait deux griefs: l'un remontait fort loin; l'autre était plus récent et plus grave. || Depuis de très longues années, notre frontière était perpétuellement inquiétée; nos tribus limitrophes de la Tunisie ne pouvaient jouir d'un seul instant de repos. Violations de territoire par des troupes Tunisiennes ou par des populations insoumises, incendies de forêts, contrebande de guerre, refuges donnés à des malfaiteurs, razzias, pillages de navires, vols de toute espèce, meurtres, assassinats, tous ces délits et tous ces crimes se multipliaient d'une façon intolérable; en

Nr. 7498. Frankreich. 20. Juni 1881.

dix ans, rien que les méfaits qu'on avait pu constater officiellement, de 1870 à 1881, se montaient à 2,379, c'est-à-dire à 250 environ par année. Le Gouvernement du Bey était absolument impuissant à empêcher ce mal invétéré, même quand il le voulait, ce qui n'arrivait pas toujours; et les réparations, quand nous en obtenions, étaient hors de toutes proportions avec les dommages, sans parler des atteintes constamment infligées à notre légitime prestige par l'impunité des coupables, qui parfois même profitaient de la connivence des autorités locales. || Un autre grief d'un tout autre genre exigeait de notre part une attention encore plus sérieuse. Depuis la conquête d'Alger, pendant près d'un demi-siècle, et sauf des dissentiments passagers, nous avions vécu en assez bonne intelligence avec la Tunisie; mais, dans le courant de l'année dernière, nos rapports s'étaient singulièrement altérés; et il était visible que, dans le Gouvernement du Bey, un parti, dominé par des conseils imprudents, s'était fait un système d'évincer les Français de toutes leurs entreprises, de méconnaître nos droits les plus authentiques, de fausser tous les contrats passés avec nous, de favoriser à nos dépens les rivalités les moins justifiées, de repousser nos réclamations les plus fondées, pour admettre sans aucune équité les prétentions les plus illégales de nos adversaires, de menacer les propriétés et les personnes par cela seul qu'elles étaient Françaises, d'accumuler les vexations et les avanies de toute sorte; en un mot, de miner en détail le crédit de la France à Tunis, pour arriver un jour à la supplanter et à mettre en péril la sécurité même de notre grande Colonie Africaine. || C'était là un état de choses qui ne pouvait pas durer indéfiniment: l'honneur, l'intérêt, la plus simple prudence nous faisaient un devoir d'y mettre un terme; mais par des considérations d'un ordre supérieur, la France n'avait cessé de montrer beaucoup de longanimité devant toutes ces machinations, qu'elle préférait ne pas encourager en y attachant plus d'importance qu'elles ne le méritaient. Elle hésitait encore, quand l'attaque inopinée des Khroumirs vint la décider, en ne lui permettant plus de tarder à venger le sang de ses soldats. || On sait ce qu'a été le résultat de notre rapide expédition. Grâce à l'énergie de notre jeune armée, sous la direction de chefs vigilants et habiles, les tribus insoumises ont été réprimées, presque sans effusion de sang. Dès lors, la France a pu conclure avec le Bey de Tunis le Traité du 12 Mai, qui nous procure les deux garanties nécessaires à la sécurité de notre Colonie d'Afrique: l'ordre sur notre frontière et l'alliance durable du Gouvernement Tunisien. || L'Europe a généralement rendu justice à toute notre conduite dans cette épineuse affaire; elle a compris que notre sollicitude obligée pour l'Algérie nous impose les obligations les plus étroites. Nous n'avons satisfait à ces obligations que dans la juste limite, et rien de ce qui s'est passé ou se passera dans la Régence ne peut autoriser les alarmes de personne. La France est la seule des Puissances qui soit en contact immédiat avec la Tunisie; en réalité elle est la seule qui se trouve essentiellement intéressée à ce que sa voisine soit tranquille et prospère, en même temps que bienveillante à notre égard. Le

Nr. 7498. Frankreich. 20. Juni 1881.

Gouvernement Français a déclaré hautement quil ne veut ni annexion, ni conquête. S'il avait nourri ce dessein, il l'aurait dès longtemps réalisé sans la moindre peine, depuis cinquante ans que l'Algérie est à nous. Mais il n'est pas besoin de beaucoup de sagesse pour sentir que ce serait une énorme imprudence de joindre 2,000,000 de Mahométans de plus aux 3,000,000 d'Algériens que nous avons déjà assez de difficultés à gouverner et à maintenir en paix. Tout ce que nous voulons faire dans la Tunisie, c'est de l'aider, par notre concours éclairé et sincère, à s'assimiler de plus en plus les avantages de la civilisation. || Nous avons commencé dans l'Algérie cette œuvre ardue et glorieuse! nous la poursuivrons par d'autres moyens dans la Tunisie, non pas seulement au profit de la Régence, mais au profit de toutes les nations qui pourront avoir à traiter avec elle et avec nous. Encore une fois, ce n'est pas là une entreprise qui doive éveiller les jalousies dont on a voulu, bien à tort, effrayer notre patriotisme. Sûrs de nos bonnes intentions, nous avons la ferme espérance qu'on ne tardera pas à y ajouter foi.

Politique générale de la France dans les Affaires du Monténégro, de la Grèce et de Tunis. — Le seul principe dont la politique Française se soit inspirée dans les trois questions qui viennent de se clore, c'est le maintien de la paix. Comme personne au monde ne peut douter que la France ne prît les armes sur-le-champ, si le soin de son honneur ou la défense de ses intérêts bien compris venait à l'exiger, elle n'a aucun embarras à déclarer qu'elle veut résoudre à l'amiable toutes les questions internationales, où la raison peut se faire entendre à la place de la force. A nos yeux, la guerre, quelque juste qu'elle soit, est toujours une extrémité à laquelle les hommes d'Etat ne doivent recourir que dans le cas de la nécessité la plus irrésistible. || C'est par désir de la paix qu'après sept années d'isolement, suite de nos malheurs, la France avait consenti à se rendre au Congrès de Berlin, où M. Waddington l'a représentée si dignement. Par cette résolution louable, elle est rentrée dans le concert Européen, qui est la plus solide garantie de la paix entre les peuples. Comme conséquence, elle a pris sa part des grandes choses qui ont été accomplies en commun depuis trois ans. Quel tort ne nous serions-nous pas fait si nous nous étions tenus à l'écart, comme nous le recommandaient quelques hommes politiques, que l'événement même n'a peut-être pas encore éclairés. Pour nous, la conduite inaugurée par le vote unanime des Chambres le 7 Juin, 1878, était la vraie conduite; et nous nous sommes appliqués à la suivre, sans nous laisser entraîner à des condescendances qui auraient été de la faiblesse, ou à des ardeurs qui auraient été de l'imprudence. C'est encore par désir de la paix, et pour la maintenir fermement que nos vaisseaux se sont bornés a rester dans l'Adriatique et qu'ils ont refusé de se trop approcher des Dardanelles. Efin, c'est par les mêmes considérations que nous n'avons pas voulu prendre à nous seuls, malgré toute notre sympathie, la responsabilité de la cause Hellénique. La paix du monde n'a pas été troublée, bien que la collision parût imminente dans l'une et l'autre de ces conjonctures. || En Tunisie,

il nous était bien plus facile encore de rester pacifiques, puisque notre politique y était entièrement indépendante, et que nous n'avions à compter qu'avec nous-mêmes. L'expédition contre les Khroumirs a été surtout une répression de malfaiteurs; et nous n'avons jamais pensé à déclarer la guerre à la Régence. Son Altesse le Bey n'a pas tardé à comprendre nos intentions bienveillantes; il a consenti au Traité que nous lui proposions, et d'où il ne doit sortir que des bienfaits pour ses Etats, pour peu que son Gouvernement veuille se prêter à les recevoir. La France sentira, de son côté, les devoirs que sa supériorité matérielle et morale lui impose; elle aidera l'Administration Tunisienne à se régulariser, et elle favorisera de sa protection impartiale les entreprises que tenteront toutes les nations, dans un pays qui est naturellement très riche comme le prouve un glorieux passé, et qui leur offrira bientôt toute la sécurité désirable, dès qu'il se sera réorganisé. || En résumé, Monsieur, vous voyez que le Gouvernement de la République peut s'applaudir de ce qui a été fait dans ces trois questions; et ses agents diplomatiques, qui lui ont montré, ainsi que vous, leur zèle et le dévouement, peuvent se dire qu'ils ont concouru, pour leur part, au relèvement de la patrie et à sa grandeur renaissante.

Nr. 7498. Frankreich. 20. Juni 1881.

B.-St.-Hilaire.

Nr. 7499. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Englands Verhalten gegenüber dem Decret des Bey. Schwierigkeiten der Doppelstellung Roustan's. Protection der Tunesen in Aegypten.

Foreign Office, June 22, 1881.

My Lord, — Her Majesty's Government think, that it is desirable that your Excellency should take an early opportunity of speaking to M. Barthélemy-St.-Hilaire with regard to the present state of the question of Tunis. || M. Barthélemy-St.-Hilaire cannot fail to acknowledge the friendly manner, in which the question has been dealt with by Her Majesty's Government, and they think that they are therefore justified in appealing to him not to allow it to become, by the assertion of extreme rights or claims on the part of French Agents, a source of difficulty in the future. || The Government of France at the outset volunteered of any intentions a disclaimer of annexing or conquering Tunis, and they have since given Her Majesty's Government the most complete assurances that the Treaty rights of foreign nations will be respected. || So long as British subjects and commerce are not injuriously affected, there can be no reason why the interests of the two Governments should clash with each other. It is, however, impossible to overlook the fact that the position which France has assumed in Tunis is not easy to refer to any known rule or precedent, and that, unless an understanding is arrived at by friendly communications, complications may hereafter arise which it would be better

Nr. 7499. Grossbritannien. 22. Juni 1881.

Nr. 7499. Gross-britannien. 22. Juni 1881.

to avoid. || The Decree of the Bey constituting the French Representative the sole intermediary between His Highness and the Representatives of other Governments, and the communication addressed to them by M. Roustan in consequence, took Her Majesty's Government by surprise. Although there may be no rule of international law which forbids such an arrangement, it cannot be considered apart from the circumstances, with which it is in this case conjoined. Still Her Majesty's Agent and Consul-General has been instructed to continue to transact business in the manner, in which he has been used to do with the Government of Tunis, although there has been a change of persons, but when referred by that Government to M. Roustan for the expression of its views, to communicate with him accordingly. || M. Barthélemy-St.-Hilaire will see a further proof of the conciliatory disposition of Her Majesty's Government in these instructions. At the same time, it must be distinctly understood, that Her Majesty's Government do not in any way waive any of their Treaty rights. They consent to allow Her Majesty's Agent to communicate with M. Roustan as the Bey's Delegate; but they do not thereby preclude themselves from taking any course which they may deem most advisable in case of an infraction of Treaty rights. || Her Majesty's Government do not know what may be the present views and intentions of the Government of France as to the continuance, in the same person, of the double functions now entrusted to M. Roustan as the official organ of communication between the Bey of Tunis and the Representatives of foreign Governments, and, at the same time, Consul-General of France. So far as the Consular office is concerned, the Treaty engagements between Great Britain and Tunis entitle this country to have its Consular Agents in Tunis received and treated upon a footing of strict equality with those of all other foreign countries, including, therefore, the Consul-General of France. Under these circumstances, it seems very desirable, in order to avoid questions and difficulties, which it is equally the interest of France and of Great Britain to obviate, that the person, who under the recent arrangements between France and Tunis, is to represent the Government of Tunis for the general purposes of its external relations, should not be the same officer, with whom, as Consul-General of France, the ordinary Consular business of this and other European nations (in which the exercise of the Consular jurisdiction must be deemed to be included) will have to be conducted. An arrangement by which the Consular functions of M. Roustan should be transferred to some other person would meet the case. || An instance of the difficulties to which the position of France towards Tunis might easily give rise has recently been reported by Her Majesty's Acting Agent in Egypt, who states that he has been informed that the French Agent has claimed to exercise protection over Tunisians in Egypt, amounting, as is believed, to several thousands. Her Majesty's Government had not anticipated, from the terms of the VIth Article of the recent Treaty with the Bey, that any general or formal announcement

of this kind would be made to foreign Governments, especially to those within the Capitulations between Turkey and the different European nations, on which the Consular jurisdiction is founded, and it has appeared to them possible that the nature of the protection intended and the consequences derivable from it might be misunderstood. Her Majesty's Government understand the VI Artikel of the Treaty as being only an engagement that the good offices of the French Consular and other Agents in foreign countries should be used, as occasion may require, in favour of Tunisian interests and of the "nationals of the Regency;" and they assume nothing more to have been intended by the announcement to the Khedive's Government (if it has been correctly reported to them) than to inform the Khedive of this engagement; and particularly that it is not intended either to require from the Khedive's Government any change in the view of the nationality of Tunisians in Egypt, on which that Government has hitherto acted, or to bring Tunisians in Egypt, for the purposes of the Consular or any other jurisdiction, within any rule different from that hitherto in force with respect to them.

Nr. 7499. Grossbritannien. 22. Juni 1881.

Her Majesty's Government feel assured, that the same influences which have for so long maintained the relations between Great Britain and France on a footing of mutual confidence will continue to determine the policy of the two Governments; but they would not be doing their duty if they did not desire your Excellency to urge upon M. Barthélemy-St.-Hilaire the importance of enjoining upon the French Agents who are entrusted with the execution of the recent arrangements between France and Tunis, the necessity of prudent action. || In a case of this kind timely conciliation and friendly communication between the two Governments may avert serious difficulties. || Your Excellency will speak to M. Barthélemy-St.-Hilaire in the sense of this despatch, using courteous language and explaining the friendly feeling with which Her Majesty's Government are animated in offering these observations. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7500. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit B.-St.-Hilaire über diese Punkte.

Paris, June 23, 1881.

My Lord, — I had this morning the honour to receive your Lordship's despatch of yesterday, directing me to speak to M. Barthélemy St.-Hilaire with regard to the present state of the question of Tunis. || I went in consequence to his Exellency this afternoon, and spoke to him in the sense of your Lordship's despatch, and as nearly as possible in the exact terms of it. || After mentioning the instructions given to Her Majesty's Agent and Consul-

Nr. 7500. Grossbritannien. 23. Juni 1881.

Nr. 7500. Gross-britannien. 23. Juni 1881.

General respecting the appointment of M. Roustan as intermediary between the Tunisian Government and the foreign Representatives, I said that it must be distinctly unterstood that Her Majesty's Government do not in any degree waive any of their Treaty rights, that they consent to allow Her Majesty's Agent to communicate with M. Roustan as the Bey's Delegate, but that they do not thereby preclude themselves from taking any course which they may deem most advisable in case of an infraction of Treaty rights. || I remarked upon the double functions now entrusted to M. Roustan as the official organ of comunication between the Bey of Tunis and the Representatives of foreign Governments, and at the same time as Consul-General of France, and I reminded M. Barthélemy-St.-Hilaire that, so far as the Consular Office is concerned, the Treaty engagements between Great Britain and Tunis entitle Great Britain to have her Consular Agents in Tunis received and treated upon a footing of strict equality with those of all other countries, the Consul-General of France included. || I proceeded to point out to M. Barthélemy-St.-Hilaire, in the terms of your Lordship's despatch, the inconvenience of the arrangement by which the person who is to represent Tunis for the general purposes of its external relations should be the same officer with whom, as Consul-General of France, the ordinary Consular business of Great Britain and other countries, in which the exercise of the Consular jurisdiction must be deemed to be included, will have to be conducted. || I adverted next to the claim stated to have been put forward by the French Agent in Egypt, to exercise protection over Tunisians in that country. I said, that Her Majesty's Government understand the VIth Artikle of the recent Franco-Tunisian Treaty as being only an engagement that the good offices of the French Consular and other agents in foreign countries shall be used, as occasionally required, in favour of Tunisian interests and of the subjects of the Regency. Consequently, I added, Her Majesty's Government conceive, that it is not intended to require from the Khedive's Government any change in the view of the nationality of Tunisians in Egypt on which that Government has hitherto acted, or to bring Tunisians in Egypt for the purpose of the Consular or any other jurisdiction within any rule different from that hitherto enforced. || Finally, I urged strongly upon M. Barthélémy-St.-Hilaire the importance of enjoining upon the French agents who are entrusted with the execution of the recent arrangements between France and Tunis the necessity of prudent action. || I need scarcelly add that, in obedience to your Lordship's orders, I used throughout courteous language, and particularly explained the friendly feeling with which Her Majesty's Government were animated in offering their observations.

M. Barthélemy-St.-Hilaire readily acknowledged the friendly manner in which the Tunisian question had been dealt with by Her Majesty's Government, and averred that nothing could be further from his intentions than to allow the assertion by French agents of any extreme rights, which might be a source of difficulty in future. He fully reciprocated your Lordship's desire to come

to an understanding by friendly communication in order to avoid future complications. || As regarded the communications between the Bey of Tunis and the foreign Representatives, he had, he said, already taken steps to remove a misapprehension which appeared to exist abroad. He had, in fact, drawn up a notice which would immediately be inserted in the newspapers, to the effect that the new arrangements were no impediment to personal communication between the Bey and the Representatives of foreign Governments at Tunis. || M. Barthélemy-St.-Hilaire went on, to say that he would not fail to take into consideration the observations I had made respecting the double character with which M. Roustan was invested. || He also promised to examine the question of the protection of Tunisian subjects in Egypt, and to send me a communication respecting it. He proceeded to ask me if I knew whether, up to this time, there had been any Tunisian Consul in Egypt, and he observed that at Leghorn, where there had not been a Tunisian Consul, the Tunisians had been taken under the protection of the Consul of France. I reminded his Exellency, that there were essential differences between the two cases; because, in the first place, there were in Egypt the questions of the Capitulations, and of Consular or other special jurisdiction; and, in the second place, because Egypt was a part of the Ottoman Empire. || In conclusion, M. Barthélemy-St.-Hilaire said, that no effort should be wanting on his part to enforce prudence on the French agents; and he evowed his entire concurrence in your Lordship's desir to avert difficulties by conciliation and friendly communication between the French and English Governments. || I have, &c.

Lyons.

Beilage.

Officiöse Notiz der Agence Havas.

Aux cours des débats récents auxquels les affaires de Tunis ont donné lieu dans le Parlement Anglais, on a élevé la question de savoir si la désignation de M. Roustan comme Délégué du Bey pour les relations officielles du Gouvernement Tunisien avec les Consuls étrangers était de nature à modifier le droit de ces derniers d'avoir directement accès auprès de la personne du Bey. Il est difficile de comprendre comment un doute a pu se produire à ce sujet. Lorsque le Bey a résolu de confier à M. Roustan les fonctions d'intermédiaire officiel de ses rapports avec les Consuls étrangers, fonctions antérieurement dévolues au Premier Ministre Mustapha-ben-Ismaïl, cette substitution de personne n'a été opérée que dans l'intérêt de la simplification des affaires, et afin de faciliter au Résident Français le contrôle que ce fonctionnaire, aux termes du Traité du 12 Mai, est tenu d'exercer désormais sur les actes internationaux du Gouvernement Tunisien. Mais une semblable mesure ne pourrait avoir pour effet d'altérer la nature des relations personnelles que le Bey a entretenues jusqu'à ce jour avec les différents Agents des Puissances étrangères à Tunis.

Nr. 7500. Grossbritannien. 23. Juni 1881.

Rien n'empêche ces Agents de solliciter, comme par le passé, des audiences du Bey, et de continuer à voir Son Altesse, chaque fois qu'elle veut bien les admettre en sa présence. A ce point de vue, la situation n'a subi aucun changement, et ne pouvait en subir aucun.

Nr. 7501. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Die Doppelstellung Roustan's.

Paris, July 4, 1881.

Nr. 7501. Grossbritannien. 4. Juli 1881.

My Lord,—I spoke to M. Barthélemy-St.-Hilaire this afternoon, in the sense of your Lordship's despatch of the 30th ultimo, respecting the inconvenience of the arrangement by which M. Roustan, who has been made the intermediary between the Government of Tunis and the foreign Representatives there, is the same officer with whom, as French Consul-General, the ordinary Consular business of Great Britain and other Powers, including the exercise of Consular jurisdiction, will have to be conducted. || I adverted to what I had said to his Excellency on this subject by your Lordship's order on the 23rd of last month. I observed, that the notice which he had caused to be published in the newspapers confirmed the interpretation given by your Lordship in Parliament as to the extent to which the privileges of foreign Representatives in Tunis were affected by M. Roustan's appointment, and by the new order of things in the Regency. I added, however, that your Lordship had remarked that the notice did not meet the point of the inconvenience which might be created by the union of the Consular office with the other functions assigned to M. Roustan. || M. Barthélemy-St.-Hilaire said, that he had not failed to note what I had said to him before on the subject, and that he was considering the means of establishing a satisfactory organization. || I have, &c.

Lyons.

Zollanschluss Hamburgs und der unteren Elbe.

Nr. 7502. **DEUTSCHLAND** und **OESTERREICH-UNGARN.** — Revidirte Elbschifffahrtsakte*) vom 7. März 1880 nebst Schlussprotokoll von demselben Tage.

Nr. 7502. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 7. März 1880.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des deutschen Reiches, einerseits, und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. w., und apostolischer König von Ungarn, andererseits, von dem Wunsche geleitet, die bezüglich der Elbschifffahrt bestehenden internationalen Vereinbarungen einer den veränderten Verhältnissen entsprechenden Revision zu unterziehen, haben Unterhandlungen eröffnen lassen und zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchst-Ihren ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, || Generallieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuss. etc. etc.,

Seine k. und k. apostolische Majestät: || Allerhöchst-Ihren Geheimen Rath, Minister des Hauses und des || Aeussern, Heinrich Freiherrn von Haymerle etc. etc., welche nach geschehener Mittheilung und gegenseitiger Anerkennung ihrer Vollmachten die nachfolgende revidirte Elbschifffahrtsakte vereinbart haben:

Art. 1. Die Schifffahrt auf dem Elbstrome bis in die offene See, sowohl aufwärts als abwärts, soll unter Beachtung der in diesem Vertrage festgesetzten Bestimmungen und der zur Aufrechthaltung der allgemeinen Sicherheit erforderlichen polizeilichen Vorschriften sowie der zur Sicherung des Zollinteresses getroffenen Anordnungen allen Nationen zur Beförderung von Waaren und Personen gestattet sein. || Abgesehen von diesen Vorschriften, soll kein Hinderniss, welcher Art es auch sei, der freien Schifffahrt entgegengesetzt werden.

---

*) Der deutsche Reichstag versagte derselben in den Sitzungen vom 8.—10. Mai seine Zustimmung, weil er in Art. 4 Abs. 2 eine Handhabe zur Beseitigung des Hamburger Freihafens erblickte. A. d. Red.

Nr. 7502. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 7. März 1880.

Art. 2. Alle ausschliesslichen Berechtigungen, Frachtfahrt auf der Elbe zu treiben, oder aus solchen Privilegien hervorgegangene Begünstigungen, welche Schiffergilden oder anderen Korporationen oder Privatpersonen zugestanden haben, bleiben aufgehoben; es sollen dergleichen Berechtigungen auch in Zukunft Niemandem ertheilt werden.

Art. 3. Alle Stapel- und Zwangsumschlagsrechte an der Elbe bleiben aufgehoben; es kann aus diesem Grunde kein Schiffer gezwungen werden, die Ladung ganz oder theilweise zu löschen oder an Bord eines anderen Schiffes zu bringen.

Art. 4. Auf dem Elbstrome darf eine Abgabe, welche sich lediglich auf die Thatsache der Beschiffung oder Flössung gründet, weder von den Schiffen oder deren Ladungen, noch von den Flössen erhoben werden. Eingangs- und Ausgangsabgaben dürfen von Waaren, welche auf der Elbe ein- oder ausgehen, in nicht höherem Betrage erhoben werden, als beim Ein- oder Ausgange über die Landgrenze. Die Zollpflichtigkeit der Waaren tritt beim Ueberschreiten der Zollgrenze auf der Elbe in gleicher Weise ein, wie beim Ueberschreiten der Zollgrenze auf dem Lande.*) || Im übrigen dürfen Abgaben von Schiffen und Flössen nur für die Benutzung besonderer Anstalten, welche zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden. Diese Abgaben dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anstalten erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Sie sollen fest bestimmt und zur Kenntniss des Publikums gebracht werden.

Art. 5. In Betreff des Postverkehrs bewendet es bei den besonderen darüber bestehenden Vereinbarungen.

Art. 6. Auf Fähren und andere Anstalten zur Ueberfahrt von einem Ufer zum gegenüberliegenden bezieht sich die gegenwärtige Akte nicht.

Art. 7. Für den Dienst der Lootsen hat es bei den für das Gebiet eines jeden Elbuferstaates gegebenen oder zu gebenden Bestimmungen und für die Gebühren, welche zu fordern sie berechtigt sind, bei der gegebenen oder zu gebenden Taxordnung mit der Maassgabe sein Bewenden, dass die beiderseitigen Schiffer oder Flösser gleich den einheimischen behandelt werden sollen. || Ein Lootsenzwang darf auf der Elbe oberhalb Hamburg, bezw. Harburg, nicht eingeführt werden.

---

*) Der auf diesen Absatz bezügliche Theil der Denkschrift lautet:

In der Fassung schliesst Absatz 1 sich der entsprechenden Bestimmung der revidirten Rheinschifffahrtsakte im Artikel 3 an; Absatz 2, dem Artikel 6 der revidirten Rheinschiffahrtsakte entsprechend, sichert die Schifffahrt vor einer differentiellen Zollbehandlung und führt die beabsichtigte Gleichstellung der Schiffahrt mit dem Verkehr zu Lande in allen Beziehungen herbei. Zu dieser Gleichstellung gehört auch, dass die bisherige Ausnahmebehandlung des Stromes in Wegfall komme, wonach die Zollpflichtigkeit der auf der Elbe eingehenden Waaren erst dann eintritt, wenn die Waaren an das Land gebracht werden. Diese künstliche Auslandsqualität des Stromes ist durch ein Bedürfniss nicht mehr gerechtfertigt.

Art. 8. Die Befugniss, Schiffe zur Befahrung der Elbe nach Maassgabe dieser Akte zu benutzen, sowie die Befugniss, Holzflösserei auf der Elbe zu treiben, steht allen denen zu, welche in dem Staate, dem sie angehören, zum selbständigen Betriebe dieser Gewerbe zugelassen sind.

Art. 9. Jedes Flussschiff und jedes Floss, welches die Elbe befährt, muss dem Befehle und der speciellen Leitung eines Führers untergeben sein. Dieser ist für die genaue Befolgung der in den Art. 10, 11, 12 und 16 enthaltenen Vorschriften verantwortlich.

Art. 10. Auf jedem Flussschiffe müssen während der Fahrt die in den Art. 11 und 13 bezeichneten, zur Legitimation des Schiffes und des Führers erforderlichen Patente vorhanden sein; ebenso muss jeder Flossführer das ihm ertheilte Patent (Art. 13) während der Fahrt bei sich führen. Diese Legitimationspapiere sind jeder Hafen- und Polizeibehörde an der Elbe auf deren Verlangen vorzuzeigen und sollen auch zu Hamburg und Harburg sowie unterhalb dieser Orte zur Legitimation der von der oberen Elbe gekommenen Stromfahrzeuge und ihrer Führer genügen. In Ermangelung dieser Patente, oder wenn während der Reise Veränderungen eintreten, durch welche die bei deren Antretung eingeholten Legitimationspapiere nicht mehr vollständig passen, darf die Reise nur fortgesetzt werden, nachdem der nächsten Elbschifffahrts-Polizeibehörde jene Umstände angezeigt und von dieser nach untersuchter Sache eine Bescheinigung darüber ertheilt ist, dass gegen die Fortsetzung der Reise keine Bedenken gefunden sind. || In dergleichen Fällen ist die zuständige Behörde desjenigen Uferstaates, welchem das Fahrzeug angehört, sofort hiervon in Kenntniss zu setzen. || Diejenigen kleinen Fahrzeuge, mit welchen lediglich landwirthschaftliche Erzeugnisse im gewöhnlichen Marktverkehr nach nahegelegenen Orten geführt oder von daher geholt werden, bedürfen dieser Schiffspapiere nicht.

Art. 11. Das Schiffspatent ist von dem Eigenthümer oder Führer des Fahrzeuges für dieses, bevor es seine erste Fahrt antritt, von der dazu berufenen Behörde eines der Uferstaaten zu erwirken und von der letzteren nach dem unter A beigefügten Muster auszustellen, nachdem sie durch technische Untersuchung von der Tüchtigkeit des Fahrzeuges sich überzeugt und die Tragfähigkeit desselben festgestellt hat. || Nach jeder wesentlichen Veränderung oder Reparatur hat der Eigenthümer oder Führer des Fahrzeuges eine erneute Untersuchung zu beantragen, und ist das Ergebniss auf dem Schiffspatent zu verzeichnen. Als eine wesentliche Veränderung oder Reparatur gilt die Erneuerung von Inhölzern oder Rippen des Fahrzeuges. || Die dazu berufene Behörde eines jeden Uferstaates kann, wenn sie es angemessen findet, eine Untersuchung auf ihre Kosten vornehmen lassen.

Art. 12. Wenn das Fahrzeug zum ferneren Gebrauch nicht vollkommen tüchtig befunden wird, so ist das Schiffspatent von der Behörde, welche die Untersuchung verfügt hat, zurückzunehmen. || Der Führer und der Eigenthümer des Fahrzeuges sind verpflichtet, der Behörde binnen einer von derselben zu

Nr. 7502. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 7. März 1880.

bestimmenden Frist das Patent zu überreichen. || Unbrauchbar gewordene Fahrzeuge dürfen zu dem Zwecke, um an einem anderen Orte zerschlagen zu werden, nur dann auf der Elbe fortgeschafft werden, wenn diese Fahrt als die letzte des Fahrzeuges und jener Zweck desselben von der schifffahrtspolizeilichen Behörde des Abgangsorts unter dem Schiffspatent bemerkt ist. || Durch die strom- und schifffahrtspolizeilichen Vorschriften können für die Beladung solcher Fahrzeuge besondere Beschränkungen angeordnet werden.

Art. 13. Wer ein Schiffer-, bezw. Flösserpatent nachsuchen will, muss zuvor innerhalb des Gebietes einer der vertragschliessenden Regierungen seinen Wohnsitz genommen haben. || Das Schiffer-, bezw. Flösserpatent ist demjenigen zu ertheilen, welcher || entweder eine auf den Ablauf des fünfzehnten Lebensjahres folgende Lehrzeit oder Beschäftigung im Schiffergewerbe von mindestens fünf Jahren durchgemacht und hiervon mindestens zwei Jahre die Elbe in ihrer ganzen Länge auf Schiffen, bezw. Flössen wirklich befahren hat, || oder eine auf den Ablauf des fünfzehnten Lebensjahres folgende Lehrzeit oder Beschäftigung im Schiffergewerbe von mindestens vier Jahren durchgemacht und hiervon mindestens ein Jahr die Elbe in ihrer ganzen Länge auf Schiffen, bezw. Flössen wirklich befahren hat, wenn er ausserdem seine Befähigung zur Führung eines Schiffes, bezw. Flosses durch eine Prüfung vor amtlich dazu bestellten Sachverständigen nachweist. || Bewerber um ein Patent zur Führung von Dampfschiffen müssen ausserdem von den vorerwähnten fünf, bezw. vier Jahren mindestens zwei, bezw. ein Jahr lang die Dampfschifffahrt praktisch erlernt haben. || Wird das Schiffer-, bezw. Flösserpatent nur für eine bestimmte Stromstrecke nachgesucht, so braucht die vorgeschriebene Elbfahrzeit von zwei, bezw. einem Jahr nur auf jener Strecke zurückgelegt zu sein. || Wer die Prüfung nicht besteht, wird zu nochmaliger Ablegung derselben nicht zugelassen. Es ist ihm das Schiffer-, bezw. Flösserpatent jedoch unter denselben Bedingungen zu ertheilen, wie denjenigen, welche sich der Prüfung überhaupt nicht unterwerfen. || Von Ertheilung eines Patents sind solche Personen ausgeschlossen, welche wegen wiederholter Zolldefrauden oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen das Eigenthum bestraft worden sind.

Art. 14. Dem Gesuch um Ertheilung eines Schiffer- oder Flösserpatents ist ausser den vorbezeichneten Nachweisen das Singnalement der Person des Bewerbers, das Dienstbuch und ein Attest der Polizeibehörde seines Wohnorts, dass eine Bestrafung des Bewerbers wegen einer der im Artikel 13 genannten strafbaren Handlungen nicht bekannt sei, hinzuzufügen. Sind diese Bedingungen erfüllt, so ist das Patent nach den dieser Akte beigefügten Formularen B oder C auszustellen und dem Bewerber, nachdem derselbe es mit Vor- und Zunamen vollzogen hat, auszuhändigen. || Zuständig für die Ausstellung der Patente an die im Gebiete des deutschen Reiches wohnhaften Schiffer und Flösser ist eine jede in einem deutschen Elbuferstaate dazu berufene Behörde, während an die im österreichischen Staatsgebiete wohnhaften Personen die dazu berufenen österreichischen Behörden die Patente auszustellen haben.

Art. 15. Wer mit einem Patent zur Führung von Schiffen, bezw. von Flössen versehen ist, darf jedes Schiff der im Patent bezeichneten Art, bezw. jedes Floss führen, gleichviel, welchem Staate das Fahrzeug angehört. Ein Patent zur Führung von Dampfschiffen ermächtigt gleich zur Führung von Segelschiffen, nicht aber umgekehrt.

Art. 16. Das Patent verliert seine Gültigkeit nicht durch die Verlegung des Wohnsitzes aus dem Gebiet eines der vertragschliessenden Theile in das Gebiet des anderen Theils. Der Inhaber hat jedoch innerhalb des letzteren Gebietes bei einer zur Ausstellung von Patenten berufenen Behörde seinen neuen Wohnsitz auf dem Patente vermerken zu lassen. Von dem Vermerke ist derjenigen Behörde, welche das Patent ausgestellt hat, amtliche Nachricht zu geben.

Art. 17. Die Zurücknahme des Patents muss erfolgen, wenn der Inhaber wegen einer der im Artikel 13 bezeichneten strafbaren Handlungen oder wegen mehrfacher erheblicher Verletzungen der die Ordnung und Sicherheit der Elbschifffahrt betreffenden Vorschriften bestraft worden ist. || Dieselbe steht sowohl der Regierung des Staates zu, in welchem der Inhaber seinen Wohnsitz hat, als auch derjenigen, in deren Bezirk das Patent ertheilt ist. Sie erfolgt in den für die Entziehung gewerblicher Koncessionen maassgebenden Formen.

Art. 18. Wenn wegen vorgeschrittenen Alters oder aus anderen Gründen das auf dem Patent befindliche Signalement auf den Inhaber nicht mehr passt, so ist die Aenderung oder Erneuerung des Signalements mittelst eines auf das Patent zu setzenden amtlichen Vermerks zulässig.

Art. 19. Wer es unternimmt, Schifffahrt auf der Elbe zu treiben, ohne die nach den Artikeln 11 und 13 erforderlichen Patente erlangt zu haben, verfällt in eine Geldstrafe von fünfzig bis einhundert Mark für ein Dampfschiff, von dreissig bis fünfzig Mark für ein Segelschiff und von zwanzig bis dreissig Mark für ein Floss. || Wer sich des für einen anderen Führer oder ein anderes Fahrzeug ausgestellten oder eines bereits ungültig gewordenen oder zurückgenommenen Patents fälschlich bedient, unterliegt, sofern nicht nach allgemeinem Strafgesetze eine höhere Strafe eintritt, einer Geldstrafe von fünfzig bis einhundert Mark. || Führt ein patentirter Schiffs- oder Flossführer sein Schiffer- oder Flösserpatent oder das Schiffspatent des von ihm geführten Schiffes auf einer Reise nicht an Bord, so hat er eine Geldstrafe von zwanzig Mark verwirkt. Der gleichen Strafe verfällt ein Schiffsführer oder Eigenthümer, welcher ein nach Artikel 12 zurückgenommenes Schiffspatent binnen der ihm bestimmten Frist nicht zurückreicht. || Erfolgt die Verurtheilung zu den hier bezeichneten Geldstrafen auf österreichischem Gebiete, so sind diese Strafen in dem angegebenen Ausmaasse in Gulden österreichischer Währung, der Gulden gleich zwei Mark gerechnet, zu entrichten.

Art. 20. Die im Artikel 19 angedrohten Strafen sind für jede Reise, Hin- und Rückfahrt zusammengenommen, nur einmal zu erlegen, und die Nachweisung eines auf dieser Reise bereits anhängig gewordenen Verfahrens schliesst die Wiederholung des letzteren wegen derselben Uebertretung an einem an-

Nr. 7502. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 7. März 1880.

deren Orte aus. || Werden jedoch die im Artikel 19 erwähnten Uebertretungen bei folgenden Reisen wiederholt, so wird die Strafe im ersten Rückfalle auf das Anderthalbfache und in jedem ferneren Rückfalle auf das Doppelte des einfachen Betrages erhöht.

Art. 21. Die in den Artikeln 9 bis 20 enthaltenen Bestimmungen finden nur für die Befahrung der Stromstrecke zwischen Melnik und Hamburg oder Harburg Anwendung.

Art. 22. In sämmtlichen Uferstaaten sollen an geeigneten, an der Elbe oder in deren Nähe gelegenen Orten innerhalb der Stromstrecke zwischen Melnik und Hamburg oder Harburg für die nachbezeichneten Angelegenheiten, insofern sich dieselben auf die Schifffahrt innerhalb dieser Strecke beziehen, Elbschifffahrtsgerichte errichtet und von zum Richteramte befähigten Personen verwaltet werden.

Vor dieselben gehören: || I. Die Verhandlung und Entscheidung || 1. über Streitigkeiten wegen der Zahlung der Lootsen-, Krahnen-, Waage-, Hafen-, Werft- und Schleusengebühren; || 2. über die von Privatpersonen unternommene Hemmung des Leinpfades; || 3. über die beim Schiffziehen veranlassten Beschädigungen an Wiesen und Feldern sowie überhaupt über jeden Schaden, welchen Flösser oder Schiffer während der Fahrt oder beim Anlanden Anderen verursacht haben; || 4. über den Betrag der Bergelöhne und anderer Hülfevergütungen in Unglücksfällen, insofern die Interessenten darüber nicht einig sind; || 5. von Streitigkeiten || a) zwischen Schiffsführern und Passagieren über Preis und sonstige Bedingungen und Verhältnisse des Transports; b) zwischen den Eignern und Führern, den Dienstleuten und Zugknechten der Stromfahrzeuge über ihre Dienst- und Lohnverhältnisse. || II. Die Untersuchung und Bestrafung || 1. von Uebertretungen strom- und schifffahrtspolizeilicher Vorschriften durch Schiffs- oder Flossführer, deren Dienstleute, Bemannung, Passagiere oder Schiffszieher; || 2. von Excessen, welche die zur Bemannung der Stromfahrzeuge oder zum Schiffszuge gehörenden Personen gegen einander oder gegen die in Ausübung ihres Amts begriffenen Elbschifffahrtsbeamten begehen, sofern dieselben sich nicht zur strafrechtlichen Verfolgung eignen, nebst der Entscheidung über die in diesen Fällen etwa zu leistende Entschädigung.

Art. 23. Jedes Elbschifffahrtsgericht ist ohne Rücksicht auf privilegirte Gerichtsstände zuständig

I. für bürgerliche Streitsachen: || a) in den Fällen des Artikels 22 I 1, wenn in seinem Bezirke die Zahlung zu leisten ist; || b) in den Fällen des Artikels 22 I 2 bis 4, wenn in seinem Bezirke die Beschädigung zugefügt wurde oder der Unglücksfall stattfand; || c) in den Fällen des Artikels 22 I 5, wenn die streitenden Parteien in seinem Bezirke anwesend sind und wenigstens Eine derselben seine Entscheidung anruft;

II. für Strafsachen (Art. 22 II 1 und 2): || a) wenn die Uebertretungen während der Anwesenheit der Thäter in seinem Bezirke entdeckt oder gegen Führer, Mannschaft oder Passagiere eines innerhalb seines Bezirks auf

der Fahrt begriffenen Fahrzeuges bei ihm zuerst zur Anzeige gebracht werden; || b) in anderen Fällen, wenn die strafbaren Handlungen in seinem Bezirke begangen sind. || Das elbschifffahrtsgerichtliche Verfahren soll dann nicht eintreten, wenn der Angeschuldigte nach der besonderen Gesetzgebung des betreffenden Staats durch Anrufung der höheren Verwaltungsbehörde auf den gerichtlichen Weg verzichtet hat.

Art. 24. Das Verfahren bei den Elbschifffahrtsgerichten soll ein möglichst einfaches und beschleunigtes sein. || Bei Untersuchung von Uebertretungen strom- und schifffahrtspolizeilicher Vorschriften findet in der Regel persönliches mündliches Verhör des Angeschuldigten statt. Jedoch soll derselbe an der Fortsetzung der Fahrt nicht gehindert werden, falls nicht die Anhaltung des Fahrzeuges oder von Ladungsgegenständen zur Feststellung der Uebertretung erforderlich ist, und sofern er die von dem Richter festgesetzte Sicherheit für Strafe, Kosten und etwaige Schäden leistet. Auch hat der Angeschuldigte vorher behufs der weiteren Verhandlungen einen Bevollmächtigten zu bestellen, widrigenfalls für ihn auf seine Gefahr und Kosten ein Vertreter ernannt oder wider ihn das Verfahren, welches nach den Gesetzen gegen abwesende Uebertreter zulässig ist, eingeleitet werden soll. || Vorstehende Bestimmungen finden auch da Anwendung, wo an Stelle der Elbschifffahrtsgerichte andere Behörden (Art. 26) treten.

Art. 25. Die Entscheidungen der Elbschifffahrtsgerichte sind den Betheiligten schriftlich zuzustellen und müssen die Entscheidungsgründe enthalten. Die Rechtsmittel gegen dieselben nebst den dabei zu beachtenden Fristen bestimmen sich nach den Landesgesetzen. || Bedarf es zur Vollstreckung einer elbschifffahrtsgerichtlichen Entscheidung der Mitwirkung einer anderen Gerichts- oder Polizeibehörde, so ist dieselbe in allen Uferstaaten unweigerlich, jedoch nach den für die requirirte Behörde bestehenden gesetzlichen Formen, zu gewähren. || Von jeder wegen Uebertretung strom- und schifffahrtspolizeilicher Bestimmungen erkannten Strafe hat die erkennende Behörde sofort nach Rechtskraft der Entscheidung alle übrigen an der Elbe für diese Gegenstände bestehenden Behörden in Kenntniss zu setzen.

Art. 26. Zur Untersuchung und Bestrafung von Uebertretungen der strom- und schifffahrtspolizeilichen Vorschriften kann jeder Uferstaat neben den Elbschifffahrtsgerichten oder statt derselben auch andere Behörden bestellen. Für diese Behörden finden die Bestimmungen der Artikel 22 bis 25 ebenfalls Anwendung.

Art. 27. Strafgelder fallen demjenigen Staate zu, in welchem das Straferkenntniss abgegeben worden ist. Ebenso steht das Begnadigungs- und Strafverwandlungsrecht dem Staate zu, in welchem das bezügliche Erkenntniss ergangen ist.

Art. 28. Die vertragschliessenden Regierungen werden sich gegenseitig von den innerhalb ihrer Gebiete bestehenden Elbschifffahrtsgerichten und den neben oder statt derselben nach Artikel 26 bestellten Behörden, sowie von

Nr. 7502. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 7. März 1880.

den Veränderungen in Kenntniss setzen, welche rücksichtlich des Orts oder der Zahl jener Gerichte oder Behörden eintreten.

Art. 29. Die Uferstaaten bleiben verpflichtet, eine besondere Sorgfalt darauf zu verwenden, dass auf ihrem Gebiete der Leinpfad überall in guten Stand gesetzt und, so oft es nöthig sein wird, ohne Aufschub auf Kosten desjenigen, den es angeht, wiederhergestellt werde. Diese Verpflichtung erstreckt sich nicht auf das Fluthgebiet. || Die Uferstaaten werden ferner keine die Sicherheit der Schifffahrt gefährdenden Strom- oder Uferbauten gestatten, sowie, ein jeder in den Grenzen seines Gebietes, alle im Fahrwasser sich findenden Hindernisse der Schifffahrt ohne Verzug auf ihre Kosten wegräumen und jedesmal, bis dieses geschehen, die im Fahrwasser oder in dessen Nähe befindlichen, der Schifffahrt gefährlichen Steine, Bäume u. s. w. regelmässig mit Warnungszeichen versehen lassen. || Die unter den einzelnen Uferstaaten hinsichtlich der Vertheilung von Leistungen für die Elbschifffahrt bestehenden Verträge und Observanzen bleiben in Kraft.

Art. 30. Die Uferstaaten werden, jeder für sein Gebiet, die geeigneten Maassregeln treffen, um dem Fahrwasser der Elbe eine Tiefe zu verschaffen und zu erhalten, welche selbst bei den geringsten Wasserständen zwischen Hamburg und Leitmeritz einen Tiefgang der Schiffe von $0,_{835}$ Meter und zwischen Leitmeritz und Melnik einen Tiefgang von $0,_{700}$ Meter ermöglicht. Von den zur Erreichung dieses Zieles als dienlich anerkannten Mitteln wird jeder Uferstaat innerhalb seines Gebietes und in den Grenzen seiner Berechtigungen diejenigen in Anwendung bringen, welche er den jedesmaligen örtlichen und sonstigen Verhältnissen entsprechend findet. || Die Ausführung dieser Maassregeln soll ohne Aufschub bis zur vollständigen Erreichung des vertragsmässigen Zweckes kräftigst fortgesetzt werden. || Ueber dasjenige, was in dieser Beziehung in jedem Staate geschehen ist, wollen die vertragschliessenden Theile sich am Schlusse jedes Jahres Mittheilung machen. Gleichzeitig werden sie eine von den Strombau-Behörden aufgestellte Nachweisung derjenigen Stromstellen, an welchen im Laufe des Jahres geringere als die oben bezeichneten Fahrtiefen sich eingestellt haben, unter Angabe des niedrigsten Wasserstandes des betreffenden Jahres sich gegenseitig mittheilen.

Art. 31. Jeder Uferstaat wird neben oder auf den in seinem Gebiete vorhandenen Brücken nach Maassgabe des Bedürfnisses die geeignete Vorkehrung treffen lassen, um die Handhabung der Masten zu erleichtern, und dafür Sorge tragen, dass durch Mühlen oder andere Trieb- und Räderwerke, durch Wehre oder sonstige Kunstanlagen irgend einer Art auf dem Strome, durch Hinabrollen von Blöcken aus den Steinbrüchen und Lagerung des Abraums hart am Ufer, eine Hemmung oder Erschwerung der Schifffahrt nicht verursacht werde. || Wo Schiffmühlen im Strome der Schifffahrt irgendwie hinderlich werden können, wird auf deren gänzliche Beseitigung thunlichst Bedacht genommen, und soll eine Vermehrung derselben daselbst in keinem Falle zugelassen werden. Es wird unausgesetzt dafür gesorgt werden, dass die vorhandenen Schiffmühlen nicht will-

kürlich ihre Liegeplätze verändern und jederzeit nur eine solche Stellung einnehmen, dass ein hinreichend breites und sicher zu passirendes Fahrwasser offen bleibt. || Die Schiffmühlen sind in den Staaten, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, mit fortlaufenden Nummern zu versehen. || Die Anlegung von Ladeplätzen und schützenden Winterhäfen soll nach Bedürfniss gefördert werden.

Art. 32. Die Staaten, deren Elbuferstrecken aneinander grenzen, oder sich gegenüber liegen, werden behufs zweckmässiger und gegenseitig unnachtheiliger Ausführung der Ufer- und Stromwerke sich die Pläne solcher von ihnen beabsichtigter Anlagen mittheilen und eine Verständigung über die bei deren Ausführung in Betracht kommenden Rechtsverhältnisse unter Zuziehung von Wasserbauverständigen jederzeit bereitwilligst fördern. || Wenn bei Strom- oder bei Uferbauten eine Störung oder Unterbrechung des Betriebes der Schifffahrt auch nur zeitweise eintritt und den Umständen nach nicht zu vermeiden ist, werden die betreffenden Regierungen der Ausführung solcher Bauten vollständige und den Schiffahrttreibenden aller Uferstaaten ausreichend zugängliche Bekanntmachungen rechtzeitig vorausgehen lassen.

Art. 33. Die Elbe soll von Zeit zu Zeit durch Sachverständige, welche die vertragschliessenden Regierungen bezeichnen, gemeinschaftlich befahren werden, um die Beschaffenheit des Stromes, die Wirkung der zu dessen Verbesserung getroffenen Maassregeln und die etwa eingetretenen neuen Hindernisse einer regelmässigen Schiffahrt zu untersuchen und festzustellen. Den vertragschliessenden Regierungen ist vorbehalten, den Sachverständigen, welche Mitglieder der zur Stromschau berufenen Kommission sind, zu deren Unterstützung noch andere, mit den Verhältnissen der Elbschifffahrt vertraute Personen an die Seite zu geben. || Eine solche Stromschau soll zunächst im Sommer des Jahres 1881 und demnächst mindestens in jedem fünften Jahre stattfinden. Die Einladung dazu wird abwechselnd von den beiderseitigen Regierungen ergehen, für das Jahr 1881 zunächst von der deutschen Regierung. Wenn ausserordentliche Umstände in der Zeit zwischen den regelmässigen Strombefahrungen eine solche erfordern, werden die Regierungen sich darüber verständigen.

Art. 34. Nach jedesmaliger Stromschau ist von der dazu berufenen Kommission ein Verzeichniss der vorgefundenen Mängel des Strombettes und des Fahrwassers anzufertigen, in welchem diejenigen Stellen in fortlaufender Reihenfolge besonders zu verzeichnen sind, welche in der einen oder anderen Beziehung als der Schifffahrt vorzugsweise hinderlich und deshalb der Korrektion als am dringendsten bedürftig erachtet werden. || Mit Bezug auf dieses Verzeichniss ist dann bis zur nächsten Stromschau Auskunft darüber zu ertheilen, ob und wie den gerügten einzelnen Mängeln abgeholfen ist.

Art. 35. Sollte ein Schiff oder dessen Mannschaft verunglücken, so sind die Ortsobrigkeiten verpflichtet, dafür sorgen zu lassen, dass die erforderlichen Rettungs- und Sicherungsanstalten so schnell wie möglich getroffen werden.

Nr. 7502. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 7. März 1880.

Zu diesem Ende sollen die Lokalbehörden mit der nöthigen Instruktion versehen und die bestehenden besonderen Verordnungen erneuert werden.

Art. 36. Zuwiderhandlungen gegen die vereinbarten strom- und schifffahrtspolizeilichen Vorschriften sollen mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark, bezw. (Art. 19) bis zu fünfundsiebzig Gulden österr. Währung bestraft werden.

Art. 37. Der gegenwärtige Vertrag tritt vom 1. Oktober 1880 ab an Stelle der Elbschifffahrtsakte vom 23. Juni 1821, Additionalakte zur Elbschifffahrtsakte vom 13. April 1844 und der dazu gehörigen Separatartikel, sowie der unter den Regierungen der Elbuferstaaten getroffenen Vereinbarungen, welche niedergelegt sind in dem Schlussprotokolle der dritten Elbschifffahrts-Revisionskommission, d. d. Magdeburg, den 8. Februar 1854, und in dem Schlussprotokolle der fünften Elbschifffahrts-Revisionskommission, d. d. Hamburg, den 4. April 1863*). || Die in § 5 der Additionalakte vom 13. April 1844 erwähnte, die Erlassung der strom- und schifffahrtspolizeilichen Vorschriften für die Elbe betreffende Uebereinkunft vom 13. April 1844 nebst deren Ergänzungen, insbesondere den darauf bezüglichen Verabredungen, welche in den vorerwähnten Schlussprotokollen vom 8. Februar 1854 und 4. April 1863 enthalten sind, bleiben vorbehaltlich einer Revision, welche die vertragschliessenden Regierungen binnen Jahresfrist vornehmen werden, in Kraft.

Dieser Vertrag wird von den beiderseitigen Regierungen ratifizirt, und es sollen die Ratifikationen binnen sechs Monaten zu Wien ausgetauscht werden. || Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und mit dem Insiegel ihrer Wappen versehen.

So geschehen in Wien, am siebenten Tage des Monats März des Jahres des Heils Eintausend achthundert achtzig.

H. VII. P. Reuss m. p. (L. S.)   Freiherr v. Haymerle m. p. (L. S.)

Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des Elbschifffahrtsvertrages, welcher unter dem heutigen Datum zwischen Deutschland und der österreichisch-ungarischen Monarchie abgeschlossen wurde, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten Seiner Majestät des deutschen Kaisers, Königs von Preussen, und Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich und apostolischen Königs von Ungarn den nachstehenden Vorbehalten und Erklärungen Ausdruck gegeben.

Zu Art. 11. Man ist darüber einverstanden, dass zur Ermittelung der Tragfähigkeit der Fahrzeuge in sämmtlichen Uferstaaten ein einheitliches, auf den Grundsätzen des metrischen Systems beruhendes Verfahren zu Grunde gelegt werde. || Eine entsprechende Vereinbarung hierüber soll bei Vornahme der laut Artikel 37 der Akte in Aussicht genommenen Revision der strom- und schifffahrtspolizeilichen Vorschriften für die Elbe herbeigeführt werden.

*) S. St.A. Bd. IV, Nr. 603.

Zu Art. 13. Es wird konstatirt, dass in Oesterreich-Ungarn unter dem Ausdrucke „Zolldefrauden“ im Sinne der dortigen Gesetzgebung die Fälle des Schleichhandels und der schweren Gefällsübertretung gegen die Vorschriften über den Waarenverkehr zu subsumiren sind.

Nr. 7502. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 7. März 1880.

Zu Art. 29. Artikel 29 ist dahin zu verstehen, dass durch die Weglassung des zweiten und dritten Satzes im § 54 der Additionalakte zur Elbschifffahrtsakte eine Erweiterung der in den bestehenden Verabredungen beruhenden Verpflichtungen hinsichtlich des Leinpfades nicht begründet werden soll, dass vielmehr alle über das Maass der bestehenden Verpflichtungen hinausgehenden Arbeiten nach wie vor der Verständigung unter den Betheiligten vorbehalten bleiben.

Zu Art. 33. Von Seite Oesterreich-Ungarns ist der Wunsch ausgedrückt worden, dass während der Schifffahrtsperiode und namentlich zur Zeit niederen Wasserstandes im ganzen Bereiche der Elbe regelmässige Peilungen vorgenommen und deren Ergebnisse periodisch bekannt gemacht werden, sowie ferner, dass eine Uebereinstimmung der Elbepegel untereinander möglichst angestrebt werde. || In Rücksicht hierauf verständigt man sich darin, dass die nächste Stromschau-Kommission, abgesehen von der ihr durch die Akte gesetzten Aufgabe, auch die Frage erörtern soll, in welcher Art den etwaigen Bedürfnissen nach derartigen Maassnahmen am zweckmässigsten zu entsprechen sein möchte.

Zu Art. 37. Es besteht darüber Einverständniss, dass durch die Bestimmungen dieser Akte die fortdauernde Gültigkeit der auf Grund der bisherigen Vereinbarungen ertheilten Schiffs- und Schifferpatente nicht berührt werden soll.

Das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation, durch die blosse Thatsache der Auswechselung der Ratifikationen des Vertrages, auf welchen es sich bezieht, als von beiden Regierungen gebilligt und bestätigt anzusehen ist, wurde in Wien in doppelter Ausfertigung am 7. März 1880 verfasst.

H. VII. P. Reuss m. p. (L. S.)   Freiherr v. Haymerle m. p. (L. S.)

Nr. 7503. DEUTSCHLAND. — Allgemeiner Theil der dem Reichstage vorgelegten Denkschrift zu der revidirten Elbschifffahrtsakte.

Nr. 7503. Deutschland. 12. April 1880.

Die internationale Ordnung der Verhältnisse des Elbstromverkehrs beruht auf der Wiener Kongressakte. Nachdem diese Akte über die Schifffahrt auf solchen Flüssen, welche in ihrem schiffbaren Laufe mehrere Staaten trennen oder durchströmen, gewisse allgemeine, die Freiheit des Schifffahrtsverkehrs gewährleistende Grundsätze festgestellt hatte, wurde unter dem 23. Juni 1821

Nr. 7503. Deutschland. 12. April 1880.

zwischen den Elbuferstaaten die Elbschifffahrtsakte abgeschlossen, um für die Elbe die Grundsätze der Kongressakte zur Durchführung zu bringen. Die Elbakte stellte, mit Ausnahme der Binnenfahrt innerhalb der zu einem Staate gehörigen Uferstrecken, die Freiheit der Handelsschifffahrt auf dem ganzen Strome fest, unter Beseitigung aller auf Privilegien beruhenden besonderen Berechtigungen; sie führte für die Zulassung zum Schiffergewerbe gleichmässige Grundsätze, für die Erhaltung der Stromrinne und des Leinpfades durch die Uferstaaten gleichmässige Verpflichtungen ein; unter Aufhebung aller bisherigen, den Stromverkehr oberhalb Hamburg belastenden Abgaben gestattete sie ferner nur noch die Erhebung einer einzigen, die Fracht als Elbzoll, die Fahrzeuge als Rekognitionsgebühr treffenden Schifffahrtsabgabe, regelte auch deren Sätze und Erhebungsweise; sie verpflichtete die Uferstaaten, behufs beschleunigter Erledigung gewisser Streit- und Straffälle im Schifffahrtsverkehr besondere „Zollrichter“ zu berufen, und traf endlich Vorsorge für die Einsetzung von Revisionskommissionen, welche, aus Bevollmächtigten der einzelnen Uferstaaten bestehend, das gemeinsame Vertragsrecht fortbilden sollten.

Diese Fortbildung ist durch eine Reihe weiterer Vereinbarungen erfolgt. Nachdem zunächst durch das Schlussprotokoll der ersten Elbschifffahrts-Revisionskommission zu Hamburg vom 18. September 1824 einige kleinere Verkehrserleichterungen eingeführt und einige Abänderungen in den Sätzen der Schifffahrtsabgabe vereinbart worden waren, wurde auf Grund der Vereinbarungen der zweiten Revisionskommission in Dresden durch die Additionalakte vom 13. April 1844 eine tiefgreifende Umgestaltung des seitherigen Vertragsrechts begründet. Die neue Akte unterstellte den inzwischen zur Entwickelung gelangten Dampfschifffahrtsverkehr den Bestimmungen der Elbschifffahrtsverträge; sie führte für die Binnenfahrt grössere Freiheit ein; über die Zulassung zum Schiffergewerbe und die Zulassung von Fahrzeugen zum Verkehr auf dem Strome brachte sie völlig neue Bestimmungen; die Verpflichtung der Uferstaaten in Ansehung der Erhaltung der Stromrinne und des Leinpfades verschärfte sie, insbesondere auch durch die Einführung gemeinsamer Stromschauen; sie beseitigte die Rekognitionsgebühr gänzlich, ermässigte die Sätze des Elbzolles, schuf für seine Erhebung beträchtliche Erleichterungen und setzte an die Stelle der Zollrichter Elbzollgerichte mit einer festen Organisation und einer erweiterten Zuständigkeit in Streit- und Strafsachen. Gleichzeitig führte die Uebereinkunft der Elbuferstaaten, die Erlassung schiffahrts- und strompolizeilicher Vorschriften für die Elbe betreffend, vom 13. April 1844 zu einer übereinstimmenden schifffahrts- und strompolizeilichen Ordnung des Elbverkehrs, und der Staatsvertrag, die Regulirung des Brunshauser Zolles betreffend, vom 13. April 1844 zu einer Verständigung über die Höhe, die Erhebung und die sonstigen Verhältnisse des einzigen, durch die Elbschifffahrtsakte selbst noch in dem früheren Bestande belassenen Schifffahrtszolles. Neue Aenderungen brachte das Schlussprotokoll der dritten Revisionskommission zu Magdeburg vom 8. Februar 1854. Die schifffahrtspolizeilichen Vorschriften

wurden erweitert, für den Dampfschifffahrtsverkehr insbesondere ergänzt, eine regelmässige Wiederholung der gemeinsamen Stromschauen vereinbart und, neben anderen kleineren Erleichterungen des Verkehrs, die Sätze des Elbzolls erheblichen Ermässigungen unterzogen. In Folge des Staatsvertrages vom 22. Juni 1861, betreffend die Aufhebung des Brunshauser Zolles*), schied dieser Zoll aus dem Elbschifffahrtsrecht völlig aus. Durch das Schlussprotokoll der fünften Revisionskommission zu Hamburg vom 4. April 1863**) wurden die Vereinbarungen des Jahres 1854 weiter geführt, die schifffahrtspolizeilichen Vorschriften wiederum ergänzt und verschärft, die Obliegenheiten der Stromschau-Kommissionen eingehender geordnet, manche kleinere Verkehrserleichterungen geschaffen; vornehmlich aber wurde mittelst einer besonderen Uebereinkunft vom gleichen Tage der Elbzoll in der bisherigen Gestalt ganz beseitigt und an seiner Stelle eine neue Abgabe mit ermässigten Sätzen eingeführt, deren Erhebung auf die einzige Zollstelle in Wittenberge beschränkt war. Auch diese letzte Abgabe fiel dann im Jahre 1870, als das Gesetz wegen Aufhebung der Elbzölle vom 11. Juni in Verbindung mit dem Vertrage zwischen dem Norddeutschen Bunde einerseits und Oesterreich andererseits, die Aufhebung des Elbzolles betreffend, vom 22. Juni 1870***) ihre Aufhebung aussprach. Damit wurde das gemeinsame Elbschifffahrtsrecht, welches bis dahin, wenngleich in immer abnehmendem Umfange, auch den fiskalischen Interessen gedient hatte, auf den einzigen Zweck beschränkt, die Freiheit, Sicherheit und Ordnung des Verkehrs auf der Elbe zu fördern. Der grössere Theil der ursprünglichen Vertragsbestimmungen erschien als beseitigt oder doch in Frage gestellt. Aber auch der nicht auf den Elbzoll bezügliche und durch dessen Aufhebung nicht berührte Theil der früheren Vereinbarungen hatte, unter dem allmähligen Wandel der Verkehrsverhältnisse, unter den wiederholten Abänderungen der Verträge, unter der Umgestaltung des deutschen Zollwesens sowie des gesammten, den Schifffahrtsverkehr berührenden bürgerlichen und Strafrechts, endlich aber unter den tiefgreifenden Aenderungen der inneren Gesetzgebung und der Verfassung Deutschlands in manchen Punkten die Anwendbarkeit und im übrigen so sehr alle Uebersichtlichkeit und Klarheit eingebüsst, dass eine Revision desselben zum unzweifelhaften Bedürfniss wurde.

Schon im Jahre 1870, als die Bevollmächtigten der Elbuferstaaten den bestehenden Vereinbarungen gemäss in Prag zur sechsten Revisionskommission zusammentraten, wurde dies Bedürfniss einstimmig anerkannt. Unter allseitigem Einverständnisse übernahm die Königlich preussische Regierung die Aufstellung des Entwurfes für eine revidirte Akte, welche, unter Beseitigung des älteren Vertragsrechts, alle maassgebenden Bestimmungen zusammenfassen sollte. Die Vorarbeiten wurden preussischerseits, nach Vernehmung der Wünsche der betheiligten Handels- und Schifffahrtskreise, unverweilt eingeleitet, bald indessen durch den Gang der Ereignisse in den Hintergrund gedrängt; ihre Weiter-

*) S. St.A. Bd. I, Nr. 5—7. **) Bd. IV, Nr. 603.
***) Bd. XVIII, Nr. 4000, 4000a.

Nr. 7503. Deutschland. 12. April 1880.

führung ist demnächst, der Reichsverfassung gemäss, an den Reichskanzler übergegangen. Nachdem dieser sich der Zustimmung des Bundesraths vergewissert hatte, konnte er im Jahre 1875 den Entwurf einer revidirten Akte, als Vorschlag Deutschlands für die neue vertragsmässige Regelung, der K. K. österreichisch-ungarischen Regierung vorlegen. Während sich auf Grund dieses Vorschlags in allen wichtigeren Fragen sehr bald Einverständniss zwischen den beiderseitigen Regierungen ergab, blieben in einigen untergeordneten Punkten noch Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, welche den Abschluss der Verhandlungen bis in die jüngste Zeit verzögert haben.

Bei Abschluss der neuen Akte war es zunächst die Aufgabe, die aufgehobenen oder veralteten Bestimmungen der bestehenden Verträge auszuscheiden. Im übrigen war das Augenmerk dahin gerichtet, die noch gültigen Verabredungen mit den Abänderungen, welche die Umgestaltung der allgemeinen Gesetzgebung und der politischen Beziehungen der deutschen Uferstaaten zu einander sowie die Rücksicht auf die Erleichterung und Befreiung des Verkehrs zu erheischen schienen, in übersichtlicher und einfacher Form zusammenzustellen. Wo es mit diesen Gesichtspunkten vereinbar war, hat die Vertragsnatur des bestehenden Rechts, schon wegen der damit verbundenen Erleichterung der internationalen Verständigung, dazu geführt, an die bisherige Fassung der in Geltung bleibenden Bestimmungen auch da sich anzuschliessen, wo an und für sich eine verbesserte Redaktion wohl erwünscht gewesen wäre.

Nr. 7504. **PREUSSEN.** — Antrag bei dem Bundesrathe, betreffend Einverleibung der Stadt Altona und eines Theiles der Vorstadt St.-Pauli in das Zollgebiet.

Nr. 7504. Preussen. 19. April 1880.

Als die Herzogthümer Schleswig-Holstein 1867 in den Zollverein aufgenommen wurden, war die preussische Regierung bezüglich der Stadt Altona der Meinung, dass es sich empfehle, diese Stadt zunächst von der Aufnahme in das Zollgebiet auszuschliessen, also in gleicher Lage wie das benachbarte Hamburg zu belassen und weitere Erfahrungen darüber abzuwarten, wie die Verhältnisse nach dem Anschluss der Elbherzogthümer sich gestalten würden. Der Artikel 6 des Vertrages zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baiern, Württemberg, Baden und Hessen über die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins vom 8. Juli 1867 enthielt die Bestimmung, dass die den Einschluss in das Zollgebiet voraussetzenden Vorschriften des Vertrages u. A. auch auf die Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg mit einem dem Zwecke entsprechenden Bezirk ihres oder des umliegenden Gebietes vorläufig keine Anwendung finden sollten. Das Präsidium des norddeutschen Bundes behielt sich dabei vor, sobald die Gründe aufgehört hätten, welche die volle Anwendung des gedachten Vertrags auf den einen oder anderen der im Art. 6 unter Nr. 1 genannten Staaten und Gebietstheile zur Zeit ausschlossen, den

Regierungen der übrigen vertragenden Theile davon Nachricht zu geben. Der Bundesrath des Zollvereins sollte alsdann über den Zeitpunkt beschliessen, an welchem die Bestimmungen der Artikel 3 bis 5 und 10 bis 20 des Vertrages in diesem Staat oder Gebietstheil in Wirksamkeit zu treten hätten. || In den Artikeln 33 und 34 der Verfassung des norddeutschen Bundes vom 26. Juli 1867 wurde demnächst bestimmt, dass der Bund ein Zoll- und Handelsgebiet zu bilden habe, von welchem die wegen ihrer Lage zur Einschliessung in die Zollgrenze nicht geeigneten einzelnen Gebietstheile ausgeschlossen bleiben sollten, wogegen die Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes als Freihäfen ausserhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze bleiben sollten, bis sie ihren Einschluss in dieselbe beantragen würden. Die gleiche Vorschrift bezüglich der Hansestädte Bremen und Hamburg findet sich im Artikel 34 der Verfassung des deutschen Reiches. Es erschien gegenüber diesen Bestimmungen zweckmässiger, die Stadt Altona zunächst gleich Hamburg ausserhalb der Zollgrenze zu belassen, um beide Städte später gemeinschaftlich dem Zollgebiet anzuschliessen. Man ging damals von der Auffassung aus, dass es nicht ohne Bedenken sein werde, Hamburg und Altona bei ihren engen Verkehrsbeziehungen zu einander von vornherein durch eine schwierige Zollgrenze zu trennen. || Der bei weitem grösste Theil der im Artikel 6 des Vertrages vom 8. Juli 1867 aufgeführten Zollausschlüsse ist seitdem dem Zollgebiet angeschlossen worden, ausser den Elbherzogthümern namentlich Lauenburg, die beiden Mecklenburg und Lübeck. Die Hansestädte Bremen und Hamburg verharren dagegen noch jetzt in ihrer Stellung ausserhalb des Zollgebietes, und es gewinnt den Anschein, als betrachteten sie ihre Freihafenstellung nicht mehr als eine vorübergehende, wie sie nach dem Vertrage vom 8. Juli 1867 und im Sinne der Bestimmungen der Verfassung des norddeutschen Bundes und der Reichsverfassung aufzufassen ist, sondern als eine definitive. Damit verliert der hauptsächlichste Beweggrund, welcher im Jahre 1867 zum Ausschluss Altona's führte, seine Bedeutung, und die preussische Regierung musste sich die Frage vorlegen, ob dieser Zustand auch ferner aufrechtzuerhalten sei. || Obgleich die Einwohnerzahl der Stadt Altona seit dem Jahre 1868 erheblich zugenommen hat, kann doch die Gestaltung der Verhältnisse dieser Stadt in den zuletzt verflossenen 12 Jahren als eine günstige nicht bezeichnet werden. Wie die unter I anliegende Uebersicht ergiebt, war die Zahl der in Altona angekommenen Seeschiffe, welche im Jahre 1868 noch 977 mit zusammen 80,925 Registertons betrug, im Jahre 1878 bereits auf 567 mit zusammen 57,455 Registertons gesunken, während die Zahl der in Hamburg eingegangenen Seeschiffe im Jahre 1868 5279 mit zusammen 1,532,665 Registertons und im Jahre 1878 5308 mit 2,273,342 Registertons betragen hat. Die Anzahl der ausgegangenen Seeschiffe betrug nach der bezeichneten Anlage:

Nr. 7504. Preussen. 19. April 1880.

für Hamburg:	für Altona:
im Jahre 1871	
Registertons	Registertons
5,457 mit 1,886,784	1,038, mit 61,546
im Jahre 1878	
5,316 mit 2,284,116	507 mit 55,903

Der Bestand der Rhederei belief sich

für Hamburg:	für Altona:
im Jahre 1867	
Schiffe Registertons	Schiffe Registertons
auf 487 mit 183,157	50 mit 12,768
im Jahre 1878	
auf 469 mit 219,861	32 mit 9,003.

In allen diesen Beziehungen ist für Hamburg ein erheblicher Fortschritt, für Altona dagegen ein Rückschritt bemerkbar. ‖ Hiermit stimmt es überein, wenn das Commerzcollegium in Altona in seinen Jahresberichten darauf hinweist, dass der dortige Grosshandel gegenüber dem Hamburger immer mehr an Bedeutung verliere, dass keine neuen Häuser von Erheblichkeit in Altona entstehen, dass strebsame Leute nach Hamburg übersiedelten, dass Altona immer mehr eine Vorstadt von Hamburg werde, und dass die Altonaer Industrie nicht gedeihen könne, weil ihr wegen der unmittelbaren Nähe der Zollgrenze nur der Platzconsum zur Verfügung stehe. ‖ Aus der unter II beigefügten Nachweisung der in den Jahren 1868 bis 1879—80 in Altona zur Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe veranlagten Gewerbetreibenden geht hervor, dass ungeachtet der Zunahme der Bevölkerung die Anzahl Derjenigen, welche Handel in bedeutendem oder auch nur in mittlerem Umfange betreiben (Klasse A I und A II) in der Abnahme begriffen ist, während die Zunahme der zum Mittsatze von 24 Mk. in Kl. B und H besteuerten Händler und Handwerker ein bedenkliches Zeichen für den lediglich in den geringsten Verhältnissen sich bewegenden Verkehr ist. Ebenso haben, wie die angeschlossene Nachweisung III ergiebt, die Erträge an classificirter Einkommensteuer und Klassensteuer mit dem Anwachsen der Bevölkerung keinen gleichen Schritt gehalten, sondern sind, obwohl an sich gestiegen, doch relativ zurückgegangen. Es würde leicht sein, dies des Näheren nachzuweisen. Alles deutet darauf hin, dass der Wohlstand der Bevölkerung der Stadt Altona stetig abnimmt und dass, was die Vermehrung der Bevölkerungsziffer anlangt, ein sehr starker Zuzug von Personen mit geringem Einkommen stattgefunden hat, von welchen ein grosser Theil für Hamburger Geschäfte arbeitet und welche der städtischen Kasse erhebliche Ausgaben, namentlich im Bezug auf Schul-Armenverwaltung, verursachen, dagegen nur verhältnissmässig geringe Beiträge zur Stadtkasse leisten. ‖ Unter diesen Umständen kann die preussische Regierung sich der Verpflichtung nicht entziehen, den Einschluss Altona's in das Zollgebiet ernstlich ins Auge zu fassen. Es ist zu hoffen, dass dadurch

nicht bloss der in Verbindung mit dem Zollinlande frei gewordene Handel dieser Stadt neue und für den directen Verkehr mit dem gesammten deutschen Hinterlande sichere Grundlagen gewinnen würde, sondern auch dass die gewerbliche Thätigkeit dieser Stadt einen neuen Aufschwung erlangen und, befreit von der übermächtigen Concurrenz Hamburgs, zu einer selbstständigen Entwickelung werde kommen können. || Der Ausführung einer solchen Maassregel stehen indessen bei den örtlichen Verhältnissen erhebliche zolltechnische Schwierigkeiten entgegen. || Die Grenze zwischen Altona und der hamburgischen Vorstadt St. Pauli läuft auf einer langen Strecke zwischen Häusern und Höfen durch und ist für Errichtung einer Zollgrenze sehr ungeeignet, da nirgends eine weitere Umsicht für die Kontrolbeamten möglich ist. Eine viel bessere Grenze würde sich gewinnen lassen, wenn zugleich mit Altona ein Theil der hamburgischen Vorstadt St. Pauli dem Zollgebiet angeschlossen würde. Die Zollgrenze würde dann von der Elbe bis zum Millernthor an die alte Stadtumwallung, demnächst nördlich an die unbebaute Seite der Eimsbütteler Strasse zu verlegen und am Pferdemarkt mit der politischen Grenze zwischen Altona und St. Pauli zu vereinigen sein, in der Nähe des Bahnhofs Schulterblatt aber in die gegenwärtige Zollgrenze einmünden. || Dass der Einschluss Altona's in das Zollgebiet von der Zustimmung Hamburgs nicht abhängig sein kann, bedarf keiner näheren Darlegung. Dem Bundesrathe wird aber auch die Befugniss nicht bestritten werden können, den Anschluss der hamburgischen Vorstadt St. Pauli oder eines Theils derselben selbst ohne die Zustimmung Hamburgs zu beschliessen. Nach Art. 34 der Reichsverfassung bleiben die Hansestädte Bremen und Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes als Freihäfen ausserhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluss in dieselbe beantragen. Die Frage, wer darüber zu entscheiden hat, in welchem Umfange eine Ausschliessung des städtischen Gebietes aus der Zollgrenze erforderlich ist, um dem Zweck der Freihafenstellung zu entsprechen, wird beim Mangel einer bezüglichen Anordnung im Artikel 34 nach den allgemeinen Vorschriften der Reichsverfassung zu beantworten sein. Der Artikel 7 der Verfassung weist der Entscheidung des Bundesrathes unter Nr. 2 zu: || die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas Anderes bestimmt ist. || Zu den Reichsgesetzen in diesem Sinne gehört auch die Reichsverfassung, zu den zur Ausführung derselben erforderlichen Einrichtungen auch die Verlegung der Zollgrenze innerhalb des Bundesgebietes in den durch Artikel 33 Absatz 1 und Artikel 34 gezogenen Schranken. Ein Zweifel hierüber kann um so weniger bestehen, als dem Bundesrath in Bezug auf die Zölle und Verbrauchssteuern bereits durch den Artikel 37 der Verfassung des norddeutschen Bundes und den Artikel 8 § 12 des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867 das Recht der Beschlussfassung über die zur Ausführung der gemeinsamen Gesetzgebung dienenden Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen

Nr. 7504. Preussen. 19. April 1880.

übertragen war, welches Recht ihm alsdann durch Artikel 7 der Reichsverfassung ganz allgemein und nur mit dem Vorbehalte, dass nicht durch Reichsgesetze etwas Anderes bestimmt worden, zugestanden ist. Dem Bundesrathe gebührt hiernach auch die Entscheidung darüber, welcher Theil des Hamburger Gebietes im Interesse der Freihafenstellung von der Zollgrenze auszuschliessen ist. Dass aber zum Zwecke der Freihafenstellung Hamburgs der Ausschluss der ganzen Vorstadt St. Pauli von der Zollgrenze nothwendig sei, wird nicht behauptet werden können. Auch kann die Reichsverfassung nicht beabsichtigt haben, dass eine grosse preussische Stadt, welche im Uebrigen alle Bedingungen einer befriedigenden Existenz und eines blühenden Verkehrs in sich vereinigt, zu einem weiteren Zurückgehen verurtheilt werde, weil ihre Lage der Stadt Hamburg gegenüber Veranlassung giebt, von der Freihafenstellung der Letzteren und deren Freihandelsinteressen absorbirt zu werden.

Es wird beantragt, dass der Bundesrath dahin Beschluss fassen wolle, dass, vorbehaltlich der näheren Modalitäten der Ausführung, die Stadt Altona und der im Vorstehenden näher bezeichnete Theil der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet einzuschliessen seien.

v. Bismarck.

Nr. 7505. **HAMBURG.** — Antrag Hamburgs bei dem Bundesrathe, die Einverleibung von St.-Pauli in das Zollgebiet ohne Zustimmung Hamburgs für unzulässig zu erklären.

Nr. 7505. Hamburg. 28. April 1880.

Die königlich preussische Regierung hat dem Bundesrath in dessen Sitzung vom 22. April den Antrag übergeben, zugleich mit der Stadt Altona auch einen Theil der hamburgischen Vorstadt St. Pauli dem Zollgebiete anzuschliessen. — Die mehrfach stattgehabte Einverleibung grösserer oder kleinerer hamburgischer Gebietstheile in das Zollgebiet ist bisher ausnahmslos auf Grund eines vor der Beschlussfassung des Bundesrathes bewirkten Einvernehmens mit der Regierung des hamburgischen Freistaates erfolgt. Da im vorliegenden Falle im Gegensatz hierzu der angerufenen Entscheidung des Bundesrathes ein Versuch der Verständigung mit Hamburg nicht vorausgegangen ist, da die benachbarte Regierung es nicht für geboten erachtet hat, der hamburgischen auch nur vorgängige Kenntniss davon zu geben, dass sie eine in die Interessen des hamburgischen Gemeinwesens auf das tiefste einschneidende Aenderung des bestehenden Zustandes anstrebe, so sieht sich der Unterzeichnete beauftragt, die Stellung, welche Hamburg zu dem fraglichen Antrage und zu der rechtlichen Begründung desselben einnimmt, dem Bundesrath in der nachstehenden Erklärung ganz ergebenst darzulegen. — Die den Hansestädten Bremen und Hamburg im Art. 34 der Verfassung des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches auf Grund voraufgegangenen

Bündnissvertrages ertheilte Zusicherung, dass sie als Freihäfen ausserhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze bleiben sollen, bis sie ihren Einschluss in dieselbe beantragen, hat der Senat von jeher als ein Anerkenntniss betrachtet, dass die volle Erfüllung der diesen Städten naturgemäss zufallenden Aufgabe, den Seehandel in grossem Maassstabe zu pflegen, nach der geographischen Lage derselben und nach den sonstigen im Weltverkehr maassgebenden Factoren die Beibehaltung einer Freiheit der Bewegung erfordere, welche ihnen unter den gegebenen thatsächlichen Verhältnissen und bei dem damaligen Stande der Zollgesetzgebung im Zollverein nicht geboten werden konnte. Er hat in diesem Reservatrecht zugleich eine Gewähr dafür erblicken dürfen, dass die nationale Bedeutung des hanseatischen Handels- und Schifffahrtsverkehrs auch in dem neu geeinigten Deutschland volle Würdigung finden und den Städten die Möglichkeit gesichert sein werde, der Pflege desselben auch ferner mit Anspannung aller ihrer Kräfte und ohne Besorgniss vor plötzlichen und unvorbereiteten Eingriffen sich zu widmen. Der Senat vermag daher den Art. 34 nicht dahin aufzufassen, dass die den Städten gewährleistete Freihafenstellung eine bloss vorübergehende in dem Sinne sein solle, dass sie auch ohne Rücksicht auf den Entwickelungsgang der deutschen Zollgesetzgebung in gegebener Frist ihr Ende zu erreichen habe. Die Bestimmung des Zeitpunktes, zu welchem die Aufhebung der Freihafenstellung ohne Schädigung der grossen Handels- und Verkehrsinteressen ausführbar sein werde, ist vielmehr der Entschliessung der Städte selbst vorbehalten worden, und es bedarf nur des Hinweises auf die mit dem neuen Zolltarif eingetretene Vermehrung der Schwierigkeiten und Behinderungen, welche die zollamtliche Abfertigung des gesammten hamburgischen Seeverkehrs der freien Bewegung unabwendbar bereiten würden, um die Thatsache zu erklären, dass der Senat den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet hält, um den im Artikel 34 ihm vorbehaltenen Antrag auf Einschluss in die Zollgrenze, sei es mit Bezug auf die ganze Stadt, sei es mit Bezug auf die Vorstadt, zu stellen. Denn auch die Einverleibung der Vorstadt erachtet der Senat nach dem Sinne und der Absicht des Artikels 34 abhängig von der Einwilligung Hamburgs. — Wenn der Artikel 34 vorschreibt, dass die Stadt Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirk ihres oder des umliegenden Gebietes ausserhalb der Zollgrenze verbleiben solle, so ergiebt dieser Wortlaut zunächst, dass der Ausschluss der Stadt allein von vornherein nicht genügend erachtet ist für den Zweck der Freihafenstellung, dass das Freihafengebiet vielmehr eine ausgedehntere Begrenzung erhalten sollte. Ist dies aber der Fall, so kann es nach Maassgabe der thatsächlichen Verhältnisse nicht zweifelhaft erscheinen, dass die Zusicherung des Artikels 34 zum mindesten die Vorstädte Hamburgs und vor Allem die Vorstadt St. Pauli mit umfasst. — St. Pauli, das nach seiner Entstehung noch den Namen der Vorstadt trägt, bildet nicht etwa einen selbstständigen, von der Stadt abgesonderten Wohnplatz mit eigenem Mittelpunkt, nach welchem das bürgerliche Leben in seinen verschiedenen Aeusserungen gravi-

Nr. 7505. Hamburg. 28. April 1880.

tirte, es ist nicht etwa eine abgesondert constituirte, mit eigenen Organen für die öffentlichen Angelegenheiten versehene Gemeinde; im Gegentheil, die Vorstadt ist vermöge des naturgemässen Bildungs- und Entwickelungsganges grosser Städte ein integrirender Theil Hamburgs geworden und mit der alten Stadt in gleicher politischer, administrativer und gerichtlicher Organisation in dem Maasse verschmolzen, dass sich in diesem über 53,000 Einwohner umfassenden Stadtbezirke ausser einem Kirchen- und einem Armen-Collegium, sowie ausser einem Bezirksbureau der städtischen Polizeibehörde, eine Behörde irgend einer Art überhaupt gar nicht befindet. — Wird schon hiernach anzuerkennen sein, dass St. Pauli im Sinne der Reichsverfassung zur Stadt Hamburg gehört, so kommt hinzu, dass gerade derjenige Theil, dessen Einverleibung in das Zollgebiet behufs Gewinnung einer vermeintlich besseren Zollgrenze für die Stadt Altona beantragt wird, vermöge seiner Lage an einem der belebtesten Theile des Hafens, seiner Landungsplätze, Speicher und Lagerräume und der vornehmlich auf die Ausrüstung und Proviantirung der Schiffe gerichteten Gewerbsthätigkeit seiner Bewohner einen wesentlichen Theil der eigentlichen Geschäfts- und Hafenstadt bildet, deren Freihafenstellung im Artikel 34 gewährleistet wird. Die projectirte Zolllinie würde die volkreichsten Stadttheile von einander trennen, sie würde die grossen Verkehrsadern gerade an der Stelle durchschneiden, wo diese am lebhaftesten pulsiren. Sie ist, wenn überhaupt ausführbar, schwerlich auf die Dauer haltbar. Ihre Ausführung würde also gerade diejenigen Missstände herbeiführen, deren Fernhaltung durch die dem Artikel 34 gegebene weite Fassung unter allen Umständen als gesichert betrachtet werden durfte. Dieselbe würde mithin in hohem Grade geeignet sein, die Freihafenstellung Hamburgs zu gefährden und deshalb mit der Absicht und dem Zwecke der Verfassungsbestimmung in Widerspruch treten. In der That ist, als es sich vor 12 Jahren um die Feststellung desjenigen Bezirks handelte, mit welchem in Gemässheit des Artikels 34 die Stadt Hamburg vom Zollgebiet ausgeschlossen bleiben soll, die Möglichkeit einer Trennung St. Pauli's von der Stadt von keiner Seite auch nur angedeutet worden. Zugleich aber ist der Berechnung des der städtischen Bevölkerung auferlegten Zuschlags zum Aversum die Thatsache ohne Widerspruch und als eine selbstverständliche zu Grunde gelegt, dass auch die Bevölkerung der Vorstadt St. Pauli als städtische zu betrachten sei.

Auf Grund der vorstehenden Ausführung erachtet der Senat eine die freie Entschliessung Hamburgs behindernde Anordnung des Bundesrathes, wie sie von der königlich preussischen Regierung beantragt wird, für unvereinbar mit dem Artikel 34 der Reichsverfassung. Er hegt das feste Vertrauen, dass die hohen Bundesregierungen die fragliche Verfassungsbestimmung auch gegenwärtig in demselben Sinne auslegen werden, in welchem sie ursprünglich beschlossen worden, und dass der Schutz, welchen die Reichsverfassung den besonderen Rechten einzelner Staaten gewährt, auch im vorliegenden Falle nicht werde versagt werden.

Es wird beantragt, der Bundesrath wolle beschliessen, dass die Einverleibung eines Theiles der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet ohne Zustimmung des Senats der freien und Hansestadt Hamburg unzulässig sei, auch die Beschlussfassung über diesen Antrag der weiteren Berathung des Antrages der königlich preussischen Regierung vom 19. April auf Grund eines von dem Verfassungsausschuss zu erstattenden Berichts voraufgehen zu lassen.

Nr. 7505. Hamburg. 28. April 1880.

Nr. 7506. **PREUSSEN.** — Min. d. Ausw. (Bismarck) an die preussischen Gesandten bei den deutschen Bundesstaaten. — Empfiehlt, die Verfassungsfrage durch Verständigung und nicht durch Majoritätsentscheidung zu erledigen.

Berlin, den 6. Mai 1880.

Nr. 7506. Preussen. 6. Mai 1880.

Auf Eurer . . . . . gefälligen Bericht . . . . . . erwidere ich ergebenst, dass die Hamburger Frage inzwischen in den vereinigten Zoll- und Handelsausschüssen gestern ausführlich erörtert und in Folge dessen der einstimmige Beschluss beider Ausschüsse gefasst wurde, dem Bundesrathe über die technische Seite der Anträge Preussens und Hamburgs Bericht zu erstatten, ohne die verfassungsrechtliche Frage zur Entscheidung zu stellen. Zu dieser Entschliessung hat, wie ich glaube, insbersondere die Erwägung Anlass gegeben, dass die Entscheidungen über zweifelhafte Auslegungen der Reichsverfassung Schwierigkeiten und Bedenken darbieten; die preussische und die hamburgische Auslegung des Artikels 34 der Verfassung stehen sich entgegen und schliessen einander aus. Entscheidet sich die Mehrheit der Stimmen im Bundesrathe für die preussische Auslegung, so wird Hamburg die Verfassung für zu seinem Nachtheil verletzt halten; gewinnt dagegen die hamburgische Meinung die Mehrheit, so wird Preussen die Ueberzeugung haben, dass diese Entscheidung gegen die Verfassung und gegen die derselben zu Grunde liegenden Verträge laufe. Da diese Schwierigkeiten sich bei jedem Streit über Interpretationen der Verfassung wiederholen, so bin ich seit Einrichtung des Bundesrathes mit Erfolg bemüht gewesen, zu verhüten, dass Fragen der Art zur Entscheidung gestellt werden, und ich werde auch im vorliegenden Falle in demselben Sinne jede Gefährdung der Eintracht unter den Bundesregierungen abzuwenden suchen. Als Vertreter Preussens habe ich die Pflicht, die Rechte Preussens im Bunde zu wahren und für die Interessen derjenigen preussischen Unterthanen einzutreten, welche durch die gegenwärtige Gestaltung des hamburgischen Freihafenbezirks geschädigt und im Genuss der ihnen auf Grund der nationalen Einigung Deutschlands und des Artikels 33 der Verfassung zustehenden Rechte beeinträchtigt werden. Als Reichskanzler aber liegt mir die Pflicht ob, die verfassungsmässigen Rechte des Bundesrathes wahrzunehmen und die Gesammtheit der verbündeten Regierungen in der Ausübung derselben zu vertreten, sowohl gegen die Wirkung partikularistischer Bestrebungen und Sympathien der

Nr. 7506. Preussen. 6. Mai 1880.

Einzelstaaten, wie gegen die centralistische Neigung, verfassungsmässige Rechte des Bundesrathes zu Gunsten des Reichstages zu verkürzen. Im Namen Preussens verlangt die königliche Regierung die Ausscheidung Altona's und der sonstigen preussischen Gebietstheile aus dem Freihafenbezirk und ist zu diesem Verlangen berechtigt, weil die Zugehörigkeit dieser Gebiete zur Erfüllung der Zwecke des der Hansestadt Hamburg gewährleisteten Freihafens nicht erforderlich ist. Ueber die Berechtigung dieses Anspruches Sr. Majestät des Königs, meines allergnädigsten Herrn, ist bisher im Bundesrathe eine Meinungsverschiedenheit nicht ausgesprochen, im Gegentheil die allseitige Uebereinstimmung kundgegeben worden. Wenn nun durch das Ausscheiden der preussischen Gebietstheile aus dem Freihafenbezirk die unabweisliche Nothwendigkeit einer neuen Begrenzung des letzteren eintritt, so wird der Bundesrath sich der Pflicht nicht entziehen können, nach Artikel 7, Absatz 2 der Reichsverfassung, welcher in diese aus den Traditionen des Zollvereins übernommen ist, Beschluss zu fassen. Der preussische Antrag spricht vom technischen Standpunkte die Meinung aus, dass die künftige Zollgrenze auf dem Heiligengeistfelde zwischen Hamburg und St. Pauli zweckmässiger liegen würde, als auf der preussischen Landesgrenze. Wenn die preussische Verwaltung bei Gelegenheit ihres prinzipalen Antrages auf Ausscheidung des preussischen Gebiets aus dem Freihafenbezirk dieser zolltechnischen Ansicht Ausdruck gegeben hat, so ist sie dabei von preussischen Interessen nicht geleitet worden; die letzteren machen im Gegentheil, im Sonderinteresse der Stadt Altona, das Verbleiben St. Pauli's ausserhalb des Zollvereins wünschenswerth. Nur das Pflichtgefühl, mit welchem die Regierung meines allergnädigsten Herrn die Reichszoll-Interessen wahrnimmt, hat sie veranlasst, mehr im Interesse der Stadt Hamburg und Vorstadt St. Pauli, als in dem der Stadt Altona, jene Zolllinie über das Heiligengeistfeld dem Bundesrathe vorzuschlagen, welcher über dasselbe zu beschliessen haben wird. Es ist nicht schwierig, einen solchen Beschluss zu treffen, ohne die Frage über die Interpretation der Verfassung bis zum Conflict zu schärfen. Diejenigen Regierungen, welche glauben, dass durch Abtrennung der Vorstadt St. Pauli vom Freihafengebiet ein Verfassungsrecht verletzt oder auch nur berührt werde, werden gegen diese Linie stimmen können, und die Zollgrenze wird, wenn sie die Majorität bilden, dann mit der Landesgrenze des preussischen und Hamburger Gebiets zusammenfallen; sollte aber eine nach preussischer Ansicht unrichtige Auslegung der Reichsverfassung zur Begründung der Vota aufgestellt werden, so wird es auch für Preussen nothwendig sein, die nach diesseitiger Ansicht richtige Auslegung der Verfassung demgegenüber zu vertreten, und kann ich meinem allergnädigsten Herrn in diesem Falle in seiner Eigenschaft als deutschem Kaiser zu einem Verzicht auf zweifellose Aufrechthaltung der Verfassung nicht rathen. Ich würde, ungern aber nothwendig, aus solchen Vorgängen die Ueberzeugung entnehmen, dass mein bisheriges Bestreben, Verfassungsstreitigkeiten zu vermeiden, sich nicht durchführen lässt und die Erkenntniss, dass die Entstehung solcher Streitigkeiten,

wenn sie nicht mit Sorgfalt verhütet wird, bei den meisten wichtigen Fragen möglich ist, würde schwerlich lange auf sich warten lassen. Ich darf nur an die geschichtliche Thatsache erinnern, dass die Verhandlungen des deutschen Bundestages in der Periode nach 1848 wesentlich von Verfassungs-Competenzfragen beherrscht waren, obschon das Gebiet der damaligen Bundesverfassung ein engeres und einfacheres war als das der heutigen Reichsverfassung. Es sind meine geschichtlichen Erinnerungen an diese Zeit und an meine Erlebnisse im deutschen Bundestage, welche mich seit Herstellung des norddeutschen Bundes und des Reiches zum Anwalt derjenigen Vorsicht gemacht haben, mit welcher der Bundesrath bisher jeden Verfassungsconflict nicht nur, sondern jede Erörterung, welche zu einem solchen führen konnte, vermieden hat. Nach meiner Ueberzeugung enthält die politische Lage Deutschlands an sich und im Hinblick auf den Entwickelungsgang anderer europäischer Länder im Vergleich mit den ersten 10 Jahren, welche der Neubegründung deutscher Einheit folgten, eine verstärkte Aufforderung für die verbündeten Regierungen, ihre Einigkeit unter einander zu pflegen und auch den Schein einer Trübung derselben zu vermeiden. Ich kann deshalb meine Besorgniss darüber nicht unterdrücken, dass in dieser rein technischen und im Vergleich mit anderen Aufgaben der Zukunft nicht bedeutenden Frage im Bundesrathe sowohl, wie im Reichstage, unsere Verfassung in der Art, wie es geschieht, auf die Probe gestellt werden soll. Ich zweifle nicht, dass der preussische und der hamburgische Antrag im Bundesrathe durch Verständigung, ohne Entscheidung durch Majoritäten und Minoritäten, wird erledigt werden können. Von Seiten Preussens wird jeder dahin zielende Antrag, welcher sich im Rahmen der Reichsverfassung hält, gern erwogen werden, vorausgesetzt, dass die verbündeten Regierungen in dem Entschlusse einig sind, den Versuchen, welche von einigen Mitgliedern des Reichstages im Sinne der Beschränkung der verfassungsmässigen Autorität des Bundesrathes gemacht werden, einmüthig entgegenzutreten.

Nr. 7506. Preussen. 6. Mai 1880.

Eure . . . . . . ersuche ich ergebenst, diesen Erlass Sr. Excellenz dem Herrn Minister vorzulesen und ihm Abschrift desselben zu hinterlassen.

Bismarck.

Nr. 7507. PREUSSEN. — Antrag bei dem Bundesrathe, betreffend die Einverleibung der unteren Elbe in das Zollgebiet.

Nr. 7507. Preussen. 1. Juni 1880.

Der Bundesrath des Zollvereins beschloss nach § 75 der Protokolle für 1869 in der Sitzung vom 2. Juni desselben Jahres, dem Antrage des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen vom 13. Mai desselben Jahres entsprechend, der Zollgrenze bei Hamburg folgende Richtung zu geben: dieselbe überschreitet von dem Punkte bei Rothenburgsort, an welchem die bis dahin in Kraft gewesene Zollgrenzlinie das nördliche Ufer der Norderelbe erreicht, letztere in gerader Richtung und erreicht das südliche Ufer der Norderelbe bei Kalten-

Nr. 7507. Preussen. 1. Juni 1880.

hofen an dem durch eine Tafel bezeichneten Punkte. Von hier ab läuft die Zollgrenze, indem sie sich nach Osten und dann nach Süden wendet, am Fusse der Aussenseite des Deiches auf der Insel Wilhelmsburg entlang, die auf der Aussenseite liegenden Häuser ausschliessend, bis Gätjensort, geht hier auf den Deich hinauf und an der Innenseite der Krone desselben entlang denselben Weg auf dem Deiche, sowie die ausserhalb desselben liegenden Häuser und die hamburgische Vogtei Moorwärder einschliessend, bis zur Fähre zwischen Wilhelmsburg und Moorwärder, geht hier wieder, die ausserhalb des Deiches auf Wilhelmsburg liegenden Häuser ausschliessend, bis zur Harburg-Hamburger Chausse und, nach Ueberschreitung derselben den Deich verlassend, in gerader Richtung zum Ausflusse des Reiherstiegs aus der Süderelbe. An diesem Punkte überschreitet sie die Süderelbe, erreicht an der westlichen Seite des Kanals vor der neuen Schleusse bei Harburg das preussische Festland und läuft an dem südlichen Ufer der Elbe stromabwärts weiter. Hiernach gehört der Elbstrom, was die Norderelbe anbelangt, von Rothenburgsort, was die Süderelbe betrifft, von Harburg abwärts, nicht mehr dem deutschen Zollgebiete an. Es wird von diesem Punkte ab bis Cuxhaven und bis zum Kaiser-Wilhelmskoog in der Provinz Schleswig-Holstein der Verkehr von der Elbe nach dem holsteinischen und hannöverschen Ufer nur über Zollämter gestattet und durch eine Reihe von Grenzaufsichtsstationen überwacht. Es bestehen Zollämter, abgesehen von Harburg und Ottensen, in 29 hannöverschen und holsteinischen Elborten, Aufsichtsstationen in 91 solchen Orten. Die Einfuhr ausländischer Waaren über die erwähnten Zollämter findet nur in geringem Umfange unmittelbar mittelst Seeschiffen statt; weit überwiegend dagegen erfolgt sie mittelst kleinerer Flussschiffe, sogen. Ewer, welche die für die einzelnen Elborte bestimmten Sendungen in Hamburg laden und von dort elbabwärts ihrem Bestimmungsorte zuführen. Versuche, ausländische Waaren mit Umgehung der Zollgefälle direct von Seeschiffen während der Fahrt zwischen Cuxhaven und Hamburg-Altona einzubringen, sind nicht wahrgenommen; dagegen sind solche Versuche von den Führern der aus Hamburg-Altona kommenden Ewer mehrfach gemacht worden. Ausser der Verzollung ausländischer Waaren liegt den Zollämtern an der Elbe jetzt auch die Abfertigung derjenigen Schiffe ob, welche Waaren aus andern Theilen des Zollgebiets bringen oder dahin überführen sollen, dabei aber durch Benutzung der Elbe diesen Strom in nichtdeutschem Zollgebiete berühren. Dieser Verkehr findet in einem sehr ausgedehnten Maasse statt, und zwar einmal zwischen verschiedenen Orten des nämlichen Ufers, wie z. B. zwischen Harburg und den abwärts gelegenen hannöverschen Orten, andererseits aber auch zwischen holsteinischen und hannöverschen Orten des Zollgebiets, wie z. B. zwischen der Belumer Schanze (Ostemünde) und den holsteinischen Elbhäfen, und endlich sogar, wenn auch in geringem Umfange, zwischen Elbhäfen und Weserhäfen des Zollgebiets. Die zollamtliche Abfertigung zur Versendung durch das Ausland nach dem Inlande erstreckt sich sowohl auf Güter des freien als auch des gebundenen Verkehrs, und es sind

selbst zollfreie Güter nicht ausgeschlossen, wenn für den Antragsteller eine erleichterte Abfertigung beim Wiedereingange erzielt werden kann. Von Seiten des Transportanten bedarf es einer Deklaration der Gattung und Menge der Gegenstände. Die Zollbehörde hat, je nachdem sie einen Verschluss für anlegbar erachtet, eine mehr oder weniger eingehende Revision vorzunehmen, die Frist für den Wiedereingang vorzuschreiben und beim Wiedereingange nochmals eine Revision eintreten zu lassen. Letztere kann bei Schiffsladungen, die, wie es auf der Elbe so sehr oft vorkommt, aus Torf, Mauersteinen und dergl. bestehen, also nicht mit Verschluss abgefertigt, nur durch vollständige Ueberwachung der Ausladung vorgenommen werden. Derartige Abfertigungen nehmen daher erhebliche Zeit in Anspruch und verursachen erhebliche Weiterungen, Zeitaufwand und Kosten, ohne dass die Zollkasse davon irgend einen Vortheil hat. Im Etatsjahr 1879—80 sind nun in den holsteinischen Elbhäfen, excl. Altona, 4452 Schiffe angekommen, welche von hannöverschen Zollämtern an der Elbe zum Ausgange unter Vorbehalt des zollfreien Wiedereingangs abgefertigt waren. In den hannöverschen Häfen kamen 3055 derartige von holsteinischen Zollämtern an der Elbe abgefertigte Schiffe an. Hierzu muss die erhebliche Zahl derjenigen beladenen Schiffe gerechnet werden, welche den Verkehr auf derselben Seite des Elbufers vermitteln. Es wurden z. B. von Harburg aus nach Orten des linken Elbufers im Durchschnitt der drei Jahre 1875/77 jährlich 632 Schiffe, von der Ostemündung jährlich 1403 Schiffe abgefertigt. Dieser für die Zollverwaltung mit erheblicher Arbeit verknüpfte, aber, wie bemerkt, für die Zollkasse einflusslose Verkehr dürfte noch einen umfangreichen Zuwachs erhalten, sobald der Anschluss Altona's, einer Stadt von zwischen 80 und 90,000 Einwohnern, verwirklicht sein wird; denn es muss erwartet werden, dass die Beziehungen Altona's zu den beiderseitigen Zollhäfen der unteren Elbe nach dem Beschlusse erheblich an Umfang gewinnen werden, weil der Bezug bereits verzollter ausländischer Waaren aus Altona im Bereiche der Wahrscheinlichkeit liegen wird. Dass der eben geschilderte Verkehrszustand innerhalb desselben Staates und ohne jeden Vortheil für die Staatskasse oder für das Publikum, welches davon betroffen wird, an sich ein unhaltbarer, für die Dauer nicht aufrechtzuhaltender ist, wird nicht zweifelhaft sein können. Es ist daher die preussische Regierung zu der Ueberzeugung gelangt, dass es im Interesse der Elbhäfen abwärts von Altona und Harburg, sowie im allgemeinen Landes- und Verkehrsinteresse liegt, die vorhandenen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die Elbe von diesen Punkten abwärts dem Zollgebiete anzuschliessen und damit freien Verkehr für alle inländischen sowie für die zollfreien oder verzollten ausländischen Waaren zu schaffen. Sie glaubt, dass es nothwendig sei, die Grenzzolllinie Preussens und Deutschlands dahin zu verlegen, wohin sie der Natur der Sache nach und gemäss Art. 33 der Verfassung des deutschen Reiches gehört, nämlich dorthin, wo die Elbe in die Nordsee fliesst und wo die Grenze des Reichsgebiets dem Weltmeere oder fremden Staaten gegenüber liegt. Bei

Nr. 7507. Preussen. 1. Juni 1880.

Altona wird der Anschluss der Elbe an das deutsche Zollgebiet an derjenigen Stelle eintreten müssen, wo in Folge des Anschlusses der Stadt künftig die Zolllinie vom Lande her den Fluss erreicht. Der Anschluss wird auch den Köhlbrand, die hauptsächlichste Verkehrsstrasse Harburgs und nach der Süderelbe und letztere vom Reiherstieg abwärts, zu umfassen haben. Wenn es zweifelhaft sein könnte, bis zu welchem Punkte der Elbmündung das Zollgebiet zu erstrecken sein möchte, dann würde in Betracht gezogen werden müssen, dass zwischen Altona und Cuxhaven in die Elbe von beiden Seiten zahlreiche Gewässer fliessen, die zum Theil landeinwärts weithin schiffbar sind. Es gehören dahin die Oste, die Süderelbe, die Schwinge, die Lühe, die Este, die Krückau, die Pinnau, die Stör. Von diesen Gewässern hat namentlich die Oste einen sehr erheblichen Schifffahrtsverkehr. Bei dem in der Ostemünde liegenden Wachtschiffe passirten an Flussschiffen: 1876: 5711 zu Berg, 5710 zu Thal; 1877: 6324 zu Berg, 6325 zu Thal; 1878: 4987 zu Berg, 4950 zu Thal. Die Oste mündet etwa 20 Klmtr. oberhalb Cuxhaven und etwa 7 Klmtr. unterhalb Brunsbüttel in die Elbe. Will man für deren erheblichen Verkehr nicht die seitherigen Schwierigkeiten bestehen lassen — und dazu würde jeder Grund fehlen —, so muss die Zolllinie unterhalb der Ostemündung gezogen werden, und es bleibt dann nur die Linie Cuxhaven-Kaiser-Wilhelms-Koog möglich. Das Fahrwasser liegt bei Cuxhaven auf der hannöverschen Seite und ist nur 3000 Meter breit, so dass es leicht übersehen werden kann. Der übrige Theil des 16 Kilometer breiten Stromes ist wegen der Sandbänke nicht passirbar. Die Verhältnisse liegen also hier für die Handhabung der Zollcontrole günstig. Einwenden lässt sich nur, dass bei nördlichen Stürmen Tage eintreten können, an denen wegen hochlaufender See Fahrzeuge nicht gebordert werden können. Dem gegenüber ist indessen zu bemerken, dass nördliche Stürme in Cuxhaven selten vorkommen und eventuell besondere Maassregeln zur Sicherstellung des Zolles in einzelnen Fällen zu ergreifen sein würden.

Es ist vielfach die Meinung verbreitet worden, dass es in der Absicht liege, Hamburgs Freihafenstellung und die dieser Handelsstadt durch Artikel 34 der Reichsverfassung gewährleisteten Reservatrechte dadurch zu bedrohen, dass bei Verlegung der deutschen Zolllinie nach Cuxhaven ein ausgedehntes Zollabfertigungsverfahren für alle aus der Nordsee eingehenden oder dorthin abgehenden Seeschiffe eingerichtet werden solle. Dadurch werde dem Handel des Freihafengebiets eine so empfindliche Belästigung bereitet werden, dass Hamburg gezwungen sein werde, auf seine Freihafenstellung zu verzichten. Diese Anschauungen sind unbegründet. So wünschenswerth es im deutschen Reichsinteresse sein mag, die Zollausnahmestellung Hamburgs beseitigt zu sehen, so wird die Reichsregierung doch stets das bestehende Verfassungsrecht achten und auf die Entschliessungen Hamburgs nur mit loyalen Mitteln hinwirken. Der Verkehr der Schifffahrt aus der Nordsee nach Hamburg und umgekehrt wird daher nur solchen Zollformalitäten unterworfen werden, welche ihm ohne nennenswerthe Belästigung die Verbindung zwischen der See und

dem Freihafengebiete offen erhalten werden. Es wird nicht schwer sein, diejenigen Formen zu finden, in welchen die Interessen der Zollverwaltung sich mit denen des ungestörten Transitverkehrs auf der Unterelbe für Hamburg werden in Uebereinstimmung setzen lassen. Bei der Erfahrung, dass der Grosshandel und die mit ihm in Verbindung stehende Schifffahrt zum Schmuggelverkehr auf der Elbe bisher keine Neigung gezeigt habe, während auch der Bau und die Ladungsverhältnisse der Schiffe dem entgegenstehen, ist keineswegs zu befürchten, dass jene leichten Zollformalitäten eine missbräuchliche Benutzung finden könnten. Die an den Ufern der Elbe stationirten Aufsichtskräfte würden indess zur Verhütung und eventuellen Entdeckung von Einschwärzungsversuchen theilweise beizubehalten sein, zumal die Verkehrsbewegung auf der Unterelbe nicht bloss durch die Transitschifffahrt, sondern auch durch solche Beziehungen gebildet werden, welche von Hamburg wie von der Nordsee aus direct nach dem Zollinlande gehen. Es würde daher eines besonderen Beschlusses darüber bedürfen, dass die durch die Beibehaltung der Zollaufsicht an den beiderseitigen Elbufern entstandenen Verwaltungskosten auch künftig in der bisherigen Weise auf gemeinschaftliche Rechnung getragen werden. Einer speciellen Festsetzung bedürfen die Beziehungen der neu zu bestimmenden Zolllinie zu Cuxhaven und dem hamburgischen Amt Ritzebüttel. Die Ordnung dieser Verhältnisse wird den Ausführungsmodalitäten vorzubehalten sein. Es wird hiernach auf Grund des Art. 33 der Reichsverfassung und Art. 3, 4, 5, 10 bis 20 und 22 des Vertrags vom 8. Juli 1867*), beantragt:

Der Bundesrath wolle dahin Beschluss fassen: || 1) dass, vorbehaltlich der näheren Modalitäten der Ausführung der Elbstrom von Altona und Harburg abwärts bis Cuxhaven in das Zollgebiet eingeschlossen werde. | 2) dass für den Fall der Beibehaltung von Grenzaufsichtsstationen an beiden Ufern der Elbe abwärts Altona und Harburg, die Kosten dafür auch fernerhin auf gemeinschaftliche Rechnung getragen werden.

Nr. 7508. HAMBURG. — Denkschrift, betreffend die Einverleibung der unteren Elbe in das Zollgebiet, dem Bundesrathe vorgelegt am 8. Juni 1880.

I.

Rechtsfragen.

Wie weit besondere Rechte Hamburgs durch die Vorlage Nr. 106 berührt oder in Frage gestellt werden, darüber wird die Entscheidung erst möglich sein, nachdem die wesentlichsten der nachstehend unter II 3 und 4 sowie unter III bezeichneten Fragen eine präzise Beantwortung gefunden haben werden. || Der ergebenst Unterzeichnete ist indess beauftragt, schon jetzt auf die

---

*) S. St.-A. Bd. XIII, No. 2860.

Nr. 7508. Hamburg. 8. Juni 1880.

rechtlichen Bedenken hinzuweisen, welche aus der zu befürchtenden Beeinträchtigung des hamburgischen Freihafenrechts, ferner aus den noch geltenden Bestimmungen von Staatsverträgen, endlich aus dem besonderen Verhältniss sich ergeben, in welchem Hamburg seit Jahrhunderten zu der Unterelbe gestanden hat und noch steht. Eine weitere Ausführung dieser verschiedenen Gesichtspunkte an dieser Stelle ist, bei der Kürze der zu Gebote stehenden Frist, von selbst ausgeschlossen. Es wird indess in dieser Beziehung die Beibringung einer eingehenderen Darstellung der Sachlage vorbehalten und zugleich der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die folgenden auf die materielle Seite der Sache bezüglichen Ausführungen und die an diese voraussichtlich sich anschliessenden Erörterungen genügen werden, um das Bedenkliche der beantragten Maassregel darzuthun und die mit der Ausführung derselben verbundenen Schwierigkeiten als nahezu unüberwindlich erkennen zu lassen. || Thatsächlich ist zu erwähnen, dass das südliche Ufer der Unterelbe sowohl bei dem Ausfluss derselben in die See als beim Beginn oberhalb Hamburgs hamburgisches Gebiet ist. Das letztere erstreckt sich noch etwa eine Meile weit, Altona und dem holsteinischen Ufer gegenüber, elbabwärts. || Der Köhlbrand wird bei seinem Ausfluss in die Elbe auf einer Strecke von etwa einer Viertelmeile zu beiden Seiten von hamburgischem Gebiet begrenzt. Die Zolllinie bei Altona würde mit der Elbe auch einige hamburgische, von 2,500 Personen bewohnte Elbinseln, welche gegenwärtig einen Theil des Freihafengebiets bilden, dem Zollgebiet einverleiben.

II.

Die betheiligten Interessen.

Die Unterelbe, bis oberhalb Hamburg dem Wechsel von Ebbe und Fluth unterworfen und bis zu diesem Hafen für grosse Seeschiffe zugänglich, verdankt ihre Bedeutung vor Allem dem Umstande, dass sie die grosse Reichswasserstrasse bildet, welche die sämmtlichen Elbhäfen mit dem Weltmeer verbindet. Gleichzeitig dient sie dem Verkehr der verschiedenen grösseren und kleineren Elbhäfen untereinander. || Man wird sich deshalb den Umfang und die Bedeutung sowohl der Seeschifffahrt, als der Flussschifffahrt auf der Unterelbe und zwar jeder für sich und in ihrem Verhältniss zu einander zu vergegenwärtigen und sodann zu untersuchen haben, welche Erleichterungen und Erschwerungen, welche Vortheile und Nachtheile für die betheiligten Interessen von der in Aussicht genommenen Errichtung von zwei neuen Zollgrenzen auf der Unterelbe zu erwarten sein mögen. Erst nach der Beendigung einer solchen Untersuchung dürfte die Frage sich beantworten lassen, ob jene Maassregel dem allgemeinen Interesse des Verkehrs und des Reiches zu dienen geeignet ist. || Die nachstehenden Ausführungen haben lediglich den Zweck, diejenigen Punkte zu bezeichnen, auf welche die Untersuchung nach der Ansicht des ergebenst Unterzeichneten vorzugsweise zu richten sein wird. Eine erschöpfende Beantwortung der Mehrzahl dieser Punkte zu versuchen, war

selbstverständlich für den Augenblick unthunlich. In Bezug auf einzelne Fragen wird einiges Material mitgetheilt, wie es gerade zur Hand war oder in der zu Gebote stehenden Zeit herbeigeschafft werden konnte. Dasselbe ist der Ergänzung, wahrscheinlich auch der Berichtigung bedürftig. Beides wird deshalb für den weiteren Verlauf der Berathung vorbehalten.

1. Der Seeverkehr auf der Unterelbe. Zur Beurtheilung der Bedeutung des auf der Unterelbe sich bewegenden Seeverkehrs wird die Anzahl der in sämmtlichen Elbhäfen ein- und ausgehenden Seeschiffe, der Tonnengehalt derselben, Herkunft und Bestimmung, ferner das Gewicht und der Werth der auf diesen Schiffen ein- und ausgeführten Waaren, endlich der directe Antheil von nicht den Elbhäfen angehörigen Deutschen an den bezüglichen Gütermassen zu ermitteln sein. || Der hamburgischen Handelsstatistik, welche über den Seeverkehr von Hamburg, Altona und Harburg Auskunft giebt, sind die folgenden, überall abgerundeten Zahlenangaben entnommen. || a. Im Jahre 1878 hat die Schiffsbewegung in den genannten drei Häfen, angekommene und abgegangene Schiffe zusammengerechnet, die Ziffer von etwa 11,500 Seeschiffen mit einem Raumgehalt von etwa 5 Millionen Register-Tons erreicht. || b. Das Gewicht der mit diesen Schiffen ein- und ausgeführten Güter betrug rund 70 Millionen Centner, welche einen Werth von mehr als 1500 Millionen Mark hatten. || c. Von den erwähnten 11,500 Schiffen kamen von und gingen nach:

deutschen Häfen	2200	Schiffe,
anderen europäischen Häfen	7700	„
aussereuropäischen Häfen	1600	„

d. Unter den in Hamburg direct aus See angekommenen 4804 Schiffen befanden sich mehr als die Hälfte, nämlich 2972 Dampfschiffe mit $1^3/_4$ Millionen Register-Tons-Rauminhalt. Etwa ebenso viele sind wieder abgegangen. Die Mehrzahl dieser Dampfschiffe ist in regelmässiger Fahrt beschäftigt; 37 Dampfschiffslinien unterhalten eine regelmässige Verbindung des Hamburger Hafens mit 54 europäischen und 28 aussereuropäischen Hafenplätzen. || e. Welcher Theil der bewegten Gütermassen Eigenthum von Angehörigen der Elbhäfen war, welcher Theil für Rechnung und Gefahr anderer Deutschen befördert worden, welcher Theil endlich Ausländern gehörte, darüber fehlen die Nachweise. Es ist indess anzunehmen, dass ein grosser Theil der Ladungen, namentlich der Ladungen der zahlreichen mit England verkehrenden Dampfschiffe, der zweiten Kategorie angehört und für Hamburg lediglich Speditionsgut bildet.

2. Der Flussverkehr auf der Unterelbe. Soll behufs der Vergleichung mit dem Seeverkehr die Bedeutung des Flussverkehrs auf der Unterelbe gewürdigt und sollen gleichzeitig die Unterlagen gewonnen werden zur

Nr. 7508. Hamburg. 8. Juni 1880.

Beurtheilung der muthmaasslichen Wirkungen des Zollanschlusses auf diesen Verkehr, so wird hier die Zahl und die Tragfähigkeit der in sämmtlichen Hafenplätzen an der Unterelbe beladen und leer ankommenden und abgehenden Flussfahrzeuge nebst den Bestimmungsorten, Menge, Art und Werth der beförderten Güter, sowie der Umfang der Personen-Dampfschifffahrt zwischen Hamburg und der Unterelbe zu ermitteln sein. || Insbesondere wird der Umfang des Verkehrs der im jetzigen Zollgebiet belegenen Uferplätze untereinander mit dem Verkehr derselben von und nach Hamburg zu vergleichen sein. Der Verkehr der nach der Vorlage dem Zollgebiete einzuverleibenden hamburgischen Elbinseln mit der Stadt Hamburg wird speciell zu berücksichtigen sein. || Ausserdem wird der Umfang des kleinen lokalen Verkehrs, welcher über die vorgeschlagene Zollgrenze auf der Elbe bei Altona sich bewegt, in Frage kommen. || Einige, wenn auch unvollständige Zahlenangaben in Betreff dieser verschiedenen Verkehrsrichtungen finden sich in der Reichsstatistik und in der hamburgischen Handelsstatistik. || a. In Hamburg sind 1878 von der Unterelbe 30,000 Segelfahrzeuge, grösstentheils täglich wiederkehrende Markt- und Fischerfahrzeuge von zusammen etwa 600,000 Tons Tragfähigkeit angekommen. Dieselben haben etwa 11 Millionen Centner Ladung an die Stadt gebracht, wovon 7 Millionen Centner Mauersteine, $1^1/_2$ Millionen Centner Thon und Sand, 1 Million Centner Torf, $^1/_4$ Million Centner Heu, Stroh, Gemüse und Obst, Kartoffeln etc. Der Gesammtwerth dieser Ladungen betrug 16 Millionen Mark. || b. In 11 im Zollgebiet belegenen Hafenplätzen der Unterelbe sind 1875: 5500 beladene, 9000 leere Fahrzeuge mit zusammen 350,000 Tons Tragfähigkeit angekommen, welche 3 Millionen Centner Güter brachten; darunter kamen von Hamburg 2500 beladene und 5700 leere Fahrzeuge, $1^1/_2$ Millionen Centner Güter, hauptsächlich Steinkohlen, Holz, Getreide, Petroleum etc. || Abgegangen sind von diesen 11 Plätzen 11,500 beladene und 2700 leere Fahrzeuge mit 7 Millionen Centner Mauersteine, Stroh etc., wovon 7500 Fahrzeuge mit $4^1/_2$ Millionen Centner Güter nach Hamburg. || Von den in der Vorlage angeführten 4987 Fahrzeugen, welche 1878 auf der Oste ankamen, waren 3731 leer, 1256 beladen, wovon 2924 leere und 736 beladene von Hamburg kamen. || c. Der Güterverkehr in der Flussschifffahrt der Unterelbe wird hiernach, elbaufwärts und abwärts zusammengerechnet, wohl auf 15, höchstens 18 Millionen Centner Güter anzunehmen sein, hauptsächlich Bau- und Brennmaterial und Marktgegenstände umfassend, der Werth der bewegten Güter auf vielleicht 25 Millionen Mark (gegen 1500 Millionen Mark im Seeverkehr). Von diesem Verkehr entfallen auf den Transport von und nach Hamburg etwa 13 Millionen Centner im Werth von 20 bis 22 Millionen Mark. || d. Personen-Dampfschiffe verkehrten zwischen Hamburg und 14 Häfen der Unterelbe nach der hamburgischen Handelsstatistik 1878: ankommend und abgehend zusammen 16,500 mit 658,000 Personen. || Auf den Verkehr Hamburgs mit der nach der Vorlage dem Zollgebiet anzuschliessenden hamburgischen Elbinsel Finkenwärder

kamen hiervon zusammen 2600 Dampfschiffe mit 42,500 Personen, auf den Verkehr mit den dem Zollgebiet angehörenden hamburgischen Landschaften Moorburg und Cuxhafen 1000 Dampfschiffe mit 96,000 Personen. Ueber den sonstigen Wasserverkehr Moorburgs und der anzuschliessenden hamburgischen Elbinseln mit Hamburg liegen Zahlennachweise nicht vor. Dass derselbe ein sehr erheblicher ist, hat seinen Grund darin, dass die ganze dort wohnende Bevölkerung in ihrem Erwerb und für den Absatz ihrer Producte auf Hamburg angewiesen ist. || e. Der rein lokale Verkehr von Hamburg elbabwärts zwischen dem Hamburger und Altonaer Hafen nebst Umgegend ist durch neuerlich angestellte Zählungen dahin ermittelt worden, dass täglich durchschnittlich 440 diesem Verkehr dienende Fahrzeuge die künftige Zollgrenze überschreiten, wovon 270 offene Ruderfahrzeuge (Jollen), 110 offene Schuten (zum örtlichen Waarentransport bestimmt) und 60 kleine Dampfschleppböte. || Der Gesammtverkehr elbabwärts über die Grenze bei Altona stellt sich auf 6—700 Fahrzeuge täglich und wird zu besonders lebhaften Geschäftszeiten, bei Festlichkeiten u. s. w. auf etwa 1000 Fahrzeuge steigen können. || Aus den vorstehenden Andeutungen ergiebt sich mit grosser Wahrscheinlichkeit, dass der Flussschifffahrtsverkehr mit Segelfahrzeugen ganz überwiegend, der bedeutende Dampfschifffahrtsverkehr ausschliesslich sich in der Richtung von und nach Hamburg bewegt. Es ergiebt sich ferner, dass dieser Verkehr im wesentlichen auf dem Absatz der Produkte der Uferlandschaften nach dem grossen Markt beruht. Die Erfahrung des täglichen Lebens stimmt hiermit überein; die Uferplätze der Unterelbe liefern einen erheblichen Theil der Bau- und Brennmaterialien für Hamburg, versorgen die Wochenmärkte mit frischem Gemüse, Obst und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs und liefern einen Theil ihrer Obsternte zur Ausfuhr nach England an die von Hamburg abgehenden Dampfböte. Der grösste Theil der Fahrzeuge kehrt nach beendigtem Verkauf der heimischen Producte leer nach Hause zurück, andere nehmen Steinkohlen, Bauholz etc. als Rückfracht mit. || Ein regelmässiger Frachtverkehr mit Kaufmannsgütern zu Wasser besteht in grösserem Maasse nur zwischen den benachbarten Häfen Hamburg, Altona und Harburg. || Der mit der Versorgung der Elbhäfen in Beziehung stehende Waarenverkehr wird mit der weiteren Entwickelung der erst neuerdings eröffneten holsteinischen Marschbahn, vollends aber mit der bevorstehenden Eröffnung der Harburg-Cuxhavener Eisenbahn voraussichtlich auf diese Bahnen übergehen. Der Flusstransport wird dann auf die geringwerthigen Massenartikel beschränkt werden.

3. Die Wirkung des Zollanschlusses der Unterelbe auf den Flussverkehr. || a. Den Verkehr der im Zollgebiet belegenen Elbhäfen mit einander von der Zollcontrole zu befreien, ist der Zweck der Vorlage. Es wird zu erwägen sein, ob und inwieweit dieser Zweck bei dem theilweisen Fortbestehen der Grenzbewachung an beiden Elbufern, welche zur Verhütung des Schmuggels mit den kleinen aus der See kommenden Fahrzeugen ganz

Nr. 7508. Hamburg. 8. Juni 1880.

unerlässlich erscheint, zu erreichen ist. ‖ Nach diesseitiger Information beklagen übrigens die in Hamburg verkehrenden Elbschiffer und die ländlichen Producenten von der Unterelbe nicht sowohl die aus der Zollcontrole, als vielmehr die aus der statistischen Declarationspflicht ihnen erwachsenden Schwierigkeiten. ‖ b. Der Verkehr der Elbhäfen mit dem hamburgischen Freihafengebiet, welcher nach den unter 2 mitgetheilten Zahlen für diese Häfen der überwiegende ist, dürfte durch den Zollanschluss der Unterelbe erheblich benachtheiligt werden. Alle nach dem Verkauf ihrer Producte von Hamburg leer zurückkehrenden Fahrzeuge (etwa $^2/_3$ der Gesammtzahl), welche bisher unbehindert bei der Rückkehr landen konnten, werden an der Zollgrenze bei Altona zur Revision anlegen müssen; sie werden durch den dabei entstehenden Aufenthalt oft die für sie passende Ebbezeit versäumen und entweder bis zur Wiederkehr der geeigneten Tide warten oder gegen den Strom kämpfen müssen und dadurch viel Zeit verlieren. ‖ c. Die von Hamburg abfahrenden etwa 8000 Elbdampfschiffe haben sich bisher frei von jeder Zollcontrole auf der Elbe bewegt; die Passagiere wurden beim Verlassen der Dampfböte am Bestimmungsort zollamtlich controlirt. Es wird zu untersuchen sein, in welcher Weise die Controle auch dieser Dampfböte, von denen eine sehr grosse Zahl mit leeren Körben, Milcheimern etc. der zurückkehrenden Landleute bedeckt, die künftige Zollgrenze bei Altona erreicht, in Zukunft ohne Behinderung des Verkehrs möglich sein wird. ‖ d. Der Zollanschluss Altona's wird auf den überwiegenden Theil des Flussverkehrs, welcher in der Versorgung Hamburgs beschäftigt ist, muthmaasslich ohne Einfluss bleiben. Namentlich ist die Entladung der betreffenden Fahrzeuge in Altona zur Vermeidung der Zollabfertigung bei der Rückkehr von Hamburg ausgeschlossen. Die Producenten der Unterelbe concurriren in Hamburg mit denen der Oberelbe und der ländlichen Umgegend. Mauersteine von der Oste sind in Hamburg mit Nutzen verkäuflich, weil sie auf den Canälen der Stadt bis in die Nähe der Baustellen gebracht werden können; einen kostspieligen Wagentransport von Altona würden sie nicht tragen können. Die Verkäufer von Gemüse und Obst sind genöthigt, die Wochenmärkte in Hamburg aufzusuchen, wenn sie mit den oberelbischen Verkäufern concurriren wollen. ‖ Für die Dampfschifffahrt der Unterelbe sind in Hamburg im Laufe der Zeit grosse Landungsbrücken mit Aufwendung von erheblichen Mitteln hergestellt. Aehnliche Vorkehrungen zur Abfertigung der Dampfschiffe könnten in Altona erst in mehreren Jahren mit Aufwendung gleicher Summen hergestellt werden, wenn überall der erforderliche Raum dazu beschafft werden kann. ‖ e. Die bisherige Zollbehandlung des unterelbischen Verkehrs mit Hamburg hat, soviel bekannt, zu wesentlichen Klagen keinen Anlass gegeben, weil die Abfertigung desselben, auf die verschiedenen Bestimmungshäfen vertheilt, nach beendigter Fahrt vorgenommen wurde. Es ist zu befürchten, dass die Concentrirung der Abfertigung dieses Verkehrs an einer Stelle einem grossen Theile desselben schwere Schädigungen und Verluste zufügen wird. Von diesen Schädigungen und Verlusten würden die der Stadt Hamburg am nächsten

wohnenden und deshalb die Zollgrenze am häufigsten passirenden Bewohner der hamburgischen Elbinseln vorzugsweise betroffen werden. || f. Die Schwierigkeiten solcher konzentrirten Abfertigung würden sich noch vermehren, wenn es als nothwendig sich erweisen sollte, dass auch die elbaufwärts nach Hamburg sich bewegenden Flussfahrzeuge zum Zweck der statistischen Deklaration an der Zollgrenze bei Altona anlegen müssten. In diesem Falle würde die Zahl der dort anzuhaltenden Fahrzeuge sich noch erheblich höher als 600 bis 700 pro Tag stellen. || Nach dem Vorstehenden dürfte zu erwägen sein, ob der Verkehr der Elbuferplätze untereinander nicht wirksamer und mit erheblich geringeren Kosten durch Vereinfachung des Abfertigungsverfahrens für diesen Uferverkehr durch Befugung der Gemeindevorstände zur Entgegennahme statistischer Deklarationen, durch Befreiung des kleinen Marktverkehrs von der statistischen Anmeldung u. s. w., als durch den Zollanschluss der Unterelbe mit theilweiser Beibehaltung der Grenzbewachung zu erleichtern sein möchte.

4. Die Wirkung des Zollanschlusses der Unterelbe auf die Seeschifffahrt. Die Einsegelung in die Elbe ist selbst bei gutem Wetter für grosse Schiffe mit Gefahr verbunden. || Die an gewissen Stellen der Elbe vorhandenen Untiefen können von den grössten nach Hamburg bestimmten Schiffen nicht mit voller Ladung passirt werden. || Cuxhaven ist ein für die Schifffahrt auf der Nordsee unentbehrlicher Nothhafen. || Wollte man allen Cuxhaven passirenden Schiffen das Anlegen daselbst vorschreiben, so würde diese Vorschrift zwar nur sehr unvollständig erfüllt werden können, aber der, wenn die Vorschrift einmal bestände, immerhin, soweit thunlich, zu machende Versuch der Erfüllung würde voraussichtlich Verluste an Menschenleben, an Schiffen und Ladungen zur Folge haben. Eine dahingehende Vorschrift scheint nicht beabsichtigt zu sein. || Dagegen deutet die auf Seite 5 der Vorlage enthaltene Bemerkung, dass Tage eintreten können, an denen Fahrzeuge nicht „gebordet“ werden können, auf die Absicht hin, sei es alle, sei es die zum Transit nach und von Hamburg bestimmten Seeschiffe zu verpflichten, an der neuen Cuxhavener Zollgrenze Zollbegleitung an Bord zu nehmen, beziehungsweise abzusetzen. || Hiernach werden die folgenden Punkte der Prüfung bedürfen: a. Nach diesseitiger Information erfordert die Einsegelung in die Elbe selbst bei gutem Wetter noch bis weit über Cuxhaven stromaufwärts die ausschliessliche Aufmerksamkeit der Mannschaft auf die Navigation, da die Beschaffenheit des Flussreviers und seine offene Lage in rauhem und veränderlichem Klima viele Gefahren in sich birgt. Zur thunlichsten Vermeidung derselben ist es unerlässlich, dass die Schiffsführer in ihren Dispositionen lediglich von Wind und Wetter, nicht aber von der Erfüllung gewisser Zollvorschriften abhängig seien. Das Unterbrechen der Fahrt zum Zweck des Aufnehmens oder Absetzens von Zollbeamten oder gar das Warten auf dieselben, da sie nicht jederzeit sofort zur Hand sein werden, würde das Verpassen der

Nr. 7508. Hamburg. 8. Juni 1880.

Fluthzeit, Reiseverzögerungen, in Folge davon namhafte Kosten und unter Umständen schwere Havarien zur Folge haben können. || Eine Vorschrift, welche alle grösseren Seeschiffe nöthigen würde — ausser im Falle der *force majeure*, — beim Einlaufen in die Elbe einen oder mehrere Zollbeamten in Cuxhafen an Bord zu nehmen und beim Auslaufen abzusetzen, würde deshalb auch bei den zweckmässigsten Einrichtungen zu den ernstesten Bedenken Anlass geben. || Namentlich würde jede Ansammlung auf Zollbegleitung wartender Schiffe um so gefährlicher werden können, als bei schlechtem Wetter nicht selten ohnehin 50 und mehr Schiffe daselbst im Hafen und auf der Rhede liegen, welche am Ausgehen nach See behindert oder Schutz suchend wieder aus See zurückgekehrt sind. Bei den nicht seltenen West-, namentlich Nordweststürmen würde vor Allem die Gefahr der ohnehin häufig vorkommenden Collisionen in dem gleich oberhalb Cuxhaven durch Sände eingeengten Fahrwasser erheblich vermehrt werden. Ein Blick auf die Wrackkarte der deutschen Nordseeküste, welche die ganze Unterelbe mitumfasst, wird dies verdeutlichen. || Um eine annähernde Vorstellung davon zu geben, welche Interessen unter Umständen in Frage stehen können, mag hier erwähnt werden, dass der Anschaffungspreis eines grossen auf Newyork fahrenden Dampfschiffes rund 2 Millionen Mk. beträgt, dass der variirende Werth seiner Ladung auf etwa $1^1/_2$ Millionen Mark geschätzt wird, sowie dass die laufenden Tageskosten eines solchen Schiffes zwischen 2300 Mark und 3500 Mark schwanken. Es wird dies erklärlich, wenn erwogen wird, dass die Schiffe eine Besatzung von 105 Mann führen und gewöhnlich Hunderte von Passagieren an Bord haben. || b. Nach diesseitiger Information würden zum Zweck des Anbordsetzens von Zollbeamten ausserordentliche und kostspielige Einrichtungen (Anschaffung von Dampfschiffen u. s. w.) erforderlich sein. Die Zahl der Zollbegleiter würde eine sehr grosse sein müssen, wenn nicht der so sehr gefürchtete Aufenthalt bei Cuxhaven mit der Beobachtung der Zollformalitäten fast regelmässig verknüpft sein soll. || Als ein freilich keineswegs maassgebender Anhalt für die Schätzung der erforderlichen Begleiterzahl mag die Notiz dienen, dass gegenwärtig 266 Lootsen den Lootsendienst auf der Elbe besorgen. Die Zahl der im Jahre 1878 elbaufwärts gelootsten Schiffe betrug 4205; ungefähr 1500 kleinere Seeschiffe sind nicht von Lootsen bedient worden. Wären sie es, so würde man nach diesem Maassstab zu der Zahl von 360 gelangen. Würden statt eines Begleiters deren zwei oder mehr als nothwendig erachtet werden, so würde diese Zahl sich verdoppeln oder sonst entsprechend vergrössern. || Es kommt hinzu, dass die Mehrzahl der Schiffe schon in See einen Lootsen erhält, in Cuxhaven nur dann, wenn die Lootsschooner sich nicht auf See haben halten können. In Cuxhaven treffen aber die Schiffe nicht regelmässig, sondern aus den verschiedensten Gründen mehr stossweise ein. Die nachstehende Zusammenstellung aus den telegraphischen Meldungen der bei Cuxhaven passirten Schiffe ist geeignet, dies nachzuweisen:

1879	Von Cuxhafen gemeldete Schiffe, als:								
	aus See gekommen:				in See gegangen:				Bemerkungen.
	im Monat	durchschnittl. pr. Tag	höchste u. niedrigste Tagesziffer		im Monat	durchschnittl. pr. Tag	höchste u. niedrigste Tagesziffer		
März	399	13	30	2	419	14	47	1	An 6 Tagen leichte Stürme aus NW., NNW., NO., OSO.
October	586	19	50	4	577	19	110	2	An 4 Tagen leichte Stürme u. voller Sturm aus NNW., NW., SSW., W.
Novbr.	485	16	37	4	503	17	62	5	Keine Stürme gemeldet.
Decbr.	290	9	19	0	222	7	19	0	An 12 Tagen schwerer Eisgang, viel Treibeis, leichter Sturm aus O.

c. Die an einzelnen Stellen der Unterelbe vorhandenen Untiefen können von den grössten der nach Hamburg bestimmten Schiffe nicht ohne vorgängige Ableichterung passirt werden. Ebenso können die grössten Schiffe den Rest ihrer Ladung erst unterhalb dieser Untiefen übernehmen, so dass die Rhede bei Brunshausen (Stade) als Vorhafen für Hamburg zum Löschen und Laden tiefgehender Schiffe zu betrachten ist. Nach dem Jahresbericht der Handelskammer zu Harburg für 1878 hat die Zahl derjenigen Dampf- und Segelschiffe, welche auf der Rhede von Brunshausen abgeleichtert oder den Rest ihrer Ladung eingenommen haben, 177 betragen. Die Schiffe liegen daselbst durchschnittlich vier Tage. || Es kommen hinzu 20—30 mit Pulver beladene Schiffe, welche ihre gefährliche Ladung vorschriftsmässig unterhalb der Lühe einnehmen müssen, endlich die oberhalb Cuxhaven havarirten oder festgerathenen Schiffe, welche ihrer Sicherheit halber abgeleichtert werden müssen.
d. Cuxhaven ist der einzige Nothhafen, welcher für Schiffe auf der Nordsee, und zwar auch für solche, welche auf der Reise nach anderen Häfen begriffen sind, eine unter allen Umständen auch bei dunklem und dickem Wetter mit Hülfe von Lothungen sicher aufzufindende Zufluchtsstätte bietet. || Im Jahre 1878 kamen in Cuxhaven 932 Schiffe an, davon 89 zu Handelszwecken, die übrigen wegen conträren Windes, Eises, in Havarie u. s. w. Diese Schiffe, welche unter den telegraphisch gemeldeten Schiffen nicht enthalten sind, würden zum Theil solche sein, welche ihre Zollabfertigung bereits erhalten haben. Häufig sind schon ausgegangene Schiffe genöthigt, unterhalb Cuxhaven wieder umzukehren, elbaufwärts vor Anker zu gehen und dort Wochen lang liegen zu bleiben, bis günstiger Wind eintritt. Ausser den grösseren bei Cuxhafen Schutz suchenden Schiffen sollen zuweilen ganze Flotillen von kleinen Fahrzeugen, namentlich von deutschen und englischen Fischern, in der Zahl von mehr als 100 in die Elbmündung flüchten. || Der

Nr. 7508. Hamburg. 8. Juni 1880.

Hafen und die Rhede von Cuxhafen würden deshalb als Zufluchtshafen unter allen Umständen ausserhalb der Zolllinie bleiben müssen. || Es wird zu erörtern sein, wie die Errichtung einer Zolllinie bei Cuxhaven mit der Eigenschaft desselben als Nothhafen zu vereinigen sein würde.

Am Schluss dieses Abschnitts darf die Ueberzeugung ausgesprochen werden, dass in Bezug auf die grosse Seeschifffahrt jede über das Aufziehen einer besonderen Zollflagge bei Tage, bezw. das Zeigen einer Zolllaterne bei Nacht, hinausgehende Controlmaassregel als eine schwere Beeinträchtigung der althergebrachten, von Hamburg in Jahrhunderte langem Bemühen unter Opfern aller Art vertheidigten und vor kaum 20 Jahren mit der Ablösung des Stader Zolles endlich vollständig errungenen Freiheit des Elbstroms betrachtet werden und sich zu einer neuen Quelle von nicht zu übersehenden Kosten und Schäden gestalten würde. || Die angedeutete Controlmaassregel wird übrigens in Berücksichtigung der auf Seite 6 der Vorlage gegen die Befürchtung eines Schmuggels seitens der grossen Seeschiffe angeführten Gründe (zu denen u. a. noch der weitere Umstand hinzutritt, dass ein Oeffnen der Luken vor Erreichung des Bestimmungshafens, abgesehen von Havariefällen, völlig ausgeschlossen ist) eventuell als durchaus genügend anzuerkennen sein, da die etwa erforderliche Controle von den an den Elbufern stationirten Aufsichtskräften sowie von den ohne Zweifel erforderlichen Zollkuttern ausreichend würde beschafft werden können.

III.

Technische Fragen.

Der Entscheidung über die Frage der Einverleibung der Unterelbe bis Cuxhaven in das Zollgebiet wird unter Anderem auch eine Untersuchung darüber vorausgehen sollen, ob die Aufrechterhaltung der zu diesem Zwecke erforderlichen Zollgrenzen überhaupt ausführbar ist, wie hoch die Baukosten und die durch die neue Einrichtung veranlassten Verwaltungskosten im Vergleich mit den gegenwärtig aufgewandten sich belaufen würden und ob die Ausführung der erforderlichen Bauten an den in Aussicht zu nehmenden Oertlichkeiten mit anderen wichtigen Rücksichten vereinbar ist. || In dieser Beziehung dürften für die projectirte untere und für die obere Grenze mannigfache und voneinander verschiedene Gesichtspunkte in Betracht zu ziehen sein. Einige derselben mögen an dieser Stelle angedeutet werden.

1. Die Zollgrenze bei Cuxhaven. a. Nach diesseitiger Information liegen zwischen Cuxhaven und dem holsteinschen Ufer ausser dem hart an Cuxhaven vorbeiströmenden Hauptfahrwasser noch vier verschiedene, für grössere und kleinere Schiffe practicable und vielfach benutzte Fahrwasser nebeneinander. Ausserdem befindet sich daselbst zwischen den Sänden eine Anzahl mit Buschbaken bezeichneter Priele, welche von Wattenfahrern und

von der ortskundigen Uferbevölkerung (Muschelgräbern u. s. w.) bei passenden Wasserständen benutzt werden. || Falls dies zutrifft, so drängt sich von selbst die Frage auf, ob das heimliche Einlaufen kleinerer Schmuggelfahrzeuge, namentlich während der auf der Elbe so häufigen Nebel, in dunklen Nächten, bei Sturm und Eiszeiten, auf einer mehr als zwei deutsche Meilen breiten Strommündung wirksam zu verhindern ist. Ist nicht vielmehr zu befürchten, dass bei einer irgend erheblichen Verringerung der bestehenden Uferbewachung ein gewerbsmässiger Schmuggel aus See sich herausbilden würde, welcher zur Zeit am wirksamsten dadurch verhindert wird, dass ein im Zollgebiet belegener, zu Wasser erreichbarer grosser Markt zum Absatz geschmuggelter Waaren fehlt? || Sollte die Aufgabe dagegen von nautischen Autoritäten für annähernd lösbar erklärt werden, so dürfte weiter festzustellen sein, welche besonderen Maassregeln (das Indienststellen wie vieler grösserer und kleinerer Segel- und Dampfkreuzer u. s. w.) zu diesem Ende zu ergreifen und wie hoch die Kosten solcher Maassregeln etwa zu schätzen sein würden. || b. Nach diesseitiger Information kommt es bei den in Cuxhaven vorherrschenden West-, namentlich Nordweststürmen vor, dass nicht einmal seefeste Lootsen von Cuxhaven aus an die Seeschiffe versetzt werden können, und dass die Lootsen bei dem Versuch verunglücken. Zugleich wird es aus nautischen Gründen als unmöglich bezeichnet, dass in solchen Fällen die Schiffe etwa vor Cuxhafen manövriren oder daselbst zu Anker gehen könnten, bis das Ansetzen oder Ausholen von Zollbegleitern wieder thunlich geworden. || Die Häufigkeit derartiger Vorkommnisse, sowie die Einwirkung derselben auf die erforderliche Zahl und die Dienstfähigkeit der Beamten wird näher zu ermitteln und es wird festzustellen sein, wie in den letzterwähnten Fällen die Schiffe zollamtlich zu behandeln sein würden. c. Erst wenn sich annähernd übersehen lässt, wie viele für das Zollgebiet bestimmte Schiffe an der Zollgrenze in Cuxhaven vorläufig oder definitiv abgefertigt werden sollen, wird die Frage erörtert werden können, ob nautische und strombautechnische Rücksichten die Herstellung der erforderlichen Einrichtungen in Cuxhaven zulassen oder nicht.

2. Die Zollgrenze bei Altona. a. Wegen der Zahl der diese Grenze in der Richtung von Hamburg passirenden Fahrzeuge kann auf die unter II 2e gemachten Angaben verwiesen werden. Auch die Bemerkung unter II 3 f wird in Betracht zu ziehen sein. || b. Neben den damit nachgewiesenen, die Altonaer Zollstätte täglich frequentirenden 600 bis 700 oder mehr Fahrzeugen aller Art wird noch die zollamtliche Behandlung der in Altona ankommenden Seeschiffe in Betracht zu ziehen sein. Im Jahre 1878 sind 567 Seeschiffe in den Altonaer Hafen eingelaufen. || c. Eine eigenthümliche Schwierigkeit bietet der Umstand, dass auch die von der Unterelbe in Altona ankommenden Fahrzeuge, deren Zahl nicht bekannt ist, der Controle bedürfen würden. Aeusserlich erkennbar als solche, die nicht aus See kommen können,

Nr. 7508. Hamburg. 8. Juni 1880.

ist eine grosse Anzahl derselben nicht. Beim Mangel der Controle würden also kleine Schmugglerfahrzeuge, nachdem sie die Cuxhavener Zollgrenze ungesehen überschritten haben und durch die Uferbewachung am Landen unterhalb Altona's verhindert worden, sich unter die zahlreichen Elbfahrzeuge mischen und ihre Ladung mit leichter Mühe nach Altona einbringen können. | Es scheint in der That der eingehendsten Untersuchung zu bedürfen, ob die zollamtliche Abfertigung einer solchen Masse von Fahrzeugen ohne erhebliche Verkehrsstörungen und Havarien bei dem Wechsel von Ebbe und Fluth, namentlich auch während der Nacht, bei schwerem Wetter und bei Eisgang, angesichts der bestehenden Zollvorschriften und Regulative überhaupt durchzuführen ist, eventuell aber, wie viele Zollbeamte und welche neuen baulichen Anlagen dazu erforderlich sein würden. || Namentlich die Zulässigkeit von Einbauten in den Strom über die Linie des jetzigen Elbprofils hinaus, wie sie für die Zollabfertigung bei Altona doch wohl in Aussicht zu nehmen sein würden, wird der sorgsamsten strombautechnischen Prüfung bedürfen. Nach diesseitiger Information würde eine Verschiebung der im Anschluss an die vorhandenen festen Uferlinien und Strombreiten vor Altona nach aufwärts hin festgestellten Stromprofile Störungen im Wasserlaufe nach sich ziehen und das ganze von Hamburg im Laufe vieler Jahre systematisch ausgeführte Riesenwerk der Correction der Norderelbe nutzlos machen können. Es müssten in solchem Falle neue Arbeiten ersonnen werden, um den Strom in neuen Bahnen wiederum für den Zustand auszubilden, welchen er haben muss, wenn die Rhede Hamburg-Altona das leisten soll, was der Handel beider Städte erfordert.

Der Zweck der vorstehenden flüchtigen Andeutungen — deren Ergänzung durch Nachträge, Beibringung von Gutachten Sachverständiger u. s. w. vorbehalten wird — würde erreicht sein, wenn sie dazu beitragen sollten, die Grösse der gefährdeten deutschen Interessen einerseits, die Mannigfaltigkeit und das Gewicht der Bedenken, welche der in Rede stehenden Maassregel entgegentreten, andererseits so weit ins Licht zu stellen, dass die Nothwendigkeit einer gründlichen und sachverständigen Prüfung und zwar keineswegs bloss vom zolltechnischen sondern vor Allem auch vom nautischen und strombautechnischen Standpunkt aus, endlich mit Rücksicht auf die in Frage stehenden Verkehrsverhältnisse allseitige Anerkennung fände. || Der Seeverkehr Antwerpens, des wichtigsten Concurrenten der deutschen Nordseehäfen, ist dem Vernehmen nach seit Anfang dieses Jahres von jeder Zollcontrole bis zum Hafen befreit worden, ersichtlich um ihm die gleiche Freiheit zu gewähren, welche bis zur Stunde die Seefahrt vom Meere bis zu den Elb- und Weserhäfen geniesst. || Sollte es dem gegenüber den deutschen Interessen entsprechen, in demselben Augenblick den grossen Seeverkehr der Elbe unter Zollcontrole zu stellen, um einem Theile des Flussverkehrs einige immerhin noch problematische Erleichterungen zu gewähren?

Nr. 7509. **HAMBURG.** — Ministerresident (Krüger) an den Reichskanzler. — Befreiung der zwischen Hamburg und der See verkehrenden Schiffe von zollamtlicher Behandlung, falls sie unter Zollflagge oder Leuchte transitiren.

Berlin, den 24. Mai 1881.

Sr. Durchlaucht
dem Fürsten von Bismarck,
Kanzler des deutschen Reiches.

Nr. 7509. Hamburg. 24. Mai 1881.

Ew. Durchlaucht habe ich die Ehre die nachfolgende ganz ergebenste Mittheilung zu machen. || Im Laufe der Verhandlungen über die Modalitäten, unter welchen die freie und Hansestadt Hamburg bereit sein würde, dem Zollgebiete sich anzuschliessen, ist die Behandlung des Schifffahrtsverkehrs auf der Unterelbe wiederholt Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen. || Von Seiten der hamburgischen Bevollmächtigten ist auf eine Verständigung über diese Frage besonderes Gewicht gelegt, und es ist dabei nicht verhehlt, dass es dem angelegentlichen Wunsche des Senates entsprechen und den Interessen des betheiligten Handelstandes zu wesentlicher Beruhigung gereichen würde, wenn die Verhältnisse, wie sie dermalen bestehen, bis zu dem Zeitpunkte erhalten würden, wo der Anschluss Hamburgs an das Zollgebiet erfolgen kann. || Sollte die interimistische Fortdauer des bestehenden Zustandes sich mit den Absichten Ew. Durchlaucht nicht vereinigen lassen, so glaubt der Senat doch der zuversichtlichen Voraussetzung Ausdruck geben zu dürfen, dass die vorgesehene Anordnung, || wonach die aus der See nach Hamburg und von Hamburg nach der See gehenden Schiffe, sofern sie unter Zollflagge oder Leuchte transitiren, von zollamtlicher Behandlung befreit bleiben, als eine dauernde Einrichtung ins Auge gefasst ist. || Angesichts der bestehenden Verhältnisse liegt in der That kein Grund vor, zu bezweifeln, dass jenes System, zumal wenn dessen Durchführung unter die Controle auf das Zollwesen beeidigter Lootsen gestellt wird, sich nicht in der Praxis vollständig bewähren und der Zollsicherheit ausreichende Garantien darbieten werde. Der Fall, dass eine Aenderung sich als nothwendig erweisen sollte, wird daher kaum zu besorgen sein. || Würde derselbe aber wider alles Erwarten dennoch eintreten, so darf der Senat sich wohl versichert halten, dass jenes System nur durch solche Einrichtungen, welche dem unabweislichen Bedürfnisse eines von Zollcontrolen unbehinderten Verkehrs des Freihafengebietes mit der See volles Genüge leisten, werde ersetzt und dem Senate auch durch eine vorgängige Benachrichtigung werde Gelegenheit gegeben werden, seine desfallsigen Ansichten und Vorschläge der Reichsregierung mitzutheilen. || In dieser Auffassung mit Ew. Durchlaucht sich im Einverständniss zu befinden, würde dem Senate im Hinblick auf die schwerwiegenden Interessen, welche sich an die freie Zugänglichkeit des hamburgischen Hafens knüpfen, von hohem Werthe sein. Indem

Nr. 7509. Hamburg. 24. Mai 1881.

ich mir daher gestatte, Ew. Durchlaucht um eine gefällige Rückäusserung ergebenst zu bitten, benutze ich mit Vergnügen auch diesen Anlass, die Versicherungen meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Krüger, Dr.

Nr. 7510. DEUTSCHLAND. — Vorläufige Vereinbarung zwischen dem Reiche und Hamburg über den Anschluss Hamburgs an das deutsche Zollgebiet.

Verhandelt Berlin, den 25. Mai 1881, im Königlichen Finanz-Ministerium.

Nr. 7510. Deutschland. 25. Mai 1881.

Zwischen dem Königlich preussischen Finanzminister Bitter und dem Kaiserlichen Staats-Sekretair des Reichsschatzamts Scholz in Vertretung des Herrn Reichskanzlers, einerseits, und den von dem Senate der freien und Hansestadt Hamburg bevollmächtigten Herren Kommissaren:

dem Herrn Senator Dr. Versmann,
dem Herrn Senator O'Swald und
dem Herrn Minister-Residenten Dr. Krüger,

andererseits, hat unter Vorbehalt der Zustimmung des Herrn Reichskanzlers und des Senats der freien und Hansestadt Hamburg über die Modalitäten, unter welchen der Anschluss Hamburgs an das deutsche Zollgebiet erfolgen soll, nachstehende Vereinbarung stattgefunden.

1. Die freie und Hansestadt Hamburg ist bereit, mit ihrem ganzen Gebiet, jedoch mit Ausschluss des nachstehend näher bezeichneten Bezirks, dem Reichszollgebiet beizutreten. || Für diesen Bezirk, welcher der Stadt Hamburg als Freihafen dauernd verbleibt, behält der Art. 34 der Reichsverfassung mit der Wirkung seine Gültigkeit, dass die Freihafen-Berechtigung jenes Bezirks ohne Hamburgs Zustimmung weder aufgehoben noch eingeschränkt werden kann. Der Freihafenbezirk umfasst die Norderelbe bei Hamburg, die Hafen- und Quai-Anlagen daselbst nebst einem Theile der dieselben begrenzenden Strassen und Häuserkomplexe und die der Stadt gegenüberliegenden Elbinseln einschliesslich des Steinwärder. Innerhalb dieses, lediglich von aussen zollamtlich zu bewachenden Freihafenbezirks ist die Bewegung der Schiffe und Waaren von jeder Zollcontrole befreit und die unbeschränkte Anlegung von industriellen Grossbetrieben gestattet. || Die Begrenzung des Freihafenbezirks wird im Norden und Osten durch den Bahnhof und den Bahndamm der Venlo-Hamburger Eisenbahn gebildet. Im Süden und Westen soll die Grenze auf den Antrag Hamburgs bis zu der vom Bundesrath behufs des Anschlusses von Altona und der Unter-Elbe beschlossenen Zollgrenze erstreckt werden. Ebenso soll auf den Antrag Hamburgs die Halbinsel, welche durch den vom Binnenhafen nach dem Oberhafen führenden Fleethzug von der Stadt geschieden ist, bezw. derjenige Theil derselben, welcher hamburgischerseits als dazu nothwendig bezeichnet werden wird, dem Freihafenbezirk einverleibt

werden. Die zum Freihafenbezirk gehörenden Komplexe am nördlichen Elbufer sollen zu Wohnungen (mit Ausnahme der etwa für Lageraufseher, Hafen-, Zoll- und Polizeibeamte erforderlichen) sowie für den Detailhandel nicht benutzt werden. || Das am südlichen Elbufer belegene, zum Freihafenbezirk gehörende Terrain soll, soweit dasselbe Eigenthum der freien und Hansestadt Hamburg ist, nicht weiter, als es zu Betriebs- und Aufsichtszwecken dringend erforderlich ist, mit Gebäuden bebaut werden, welche zu Wohnungen oder zum Detailhandel bestimmt sind. Die im südlichen Freihafenbezirk jetzt vorhandenen Wohnungen und Detailhandlungen sollen, soweit sie nicht den vorstehend bezeichneten Zwecken dienen, thunlichst beseitigt werden. Auch wird hamburgischerseits auf anderweite die Zollsicherheit fördernde Einrichtungen thunlichst Bedacht genommen werden. || Die Hafenanlagen zu Cuxhaven verbleiben, wie bisher, ausserhalb der Zolllinie. || Die Zollvereinsniederlage wird mit dem erfolgenden Anschluss an das Zollgebiet (No. 7) aufgehoben.

2. Die für den Export arbeitenden industriellen Grossbetriebe, welche ausländische Stoffe zollfrei verarbeiten wollen, sind für die Zukunft auf den Freihafenbezirk angewiesen. Den zur Zeit vorhandenen, im künftigen Zollgebiet belegenen Etablissements dieser Art soll, soweit sie wegen des Umfangs ihrer Baulichkeiten nicht wohl in den Freihafenbezirk verlegt werden können, der Fortbetrieb ihrer Fabrikation und deren Concurrenzfähigkeit im Auslande in jeder den Verhältnissen nach zulässigen Weise für einen längeren Zeitraum ermöglicht werden. || Zu den in Rede stehenden industriellen Betrieben gehören: || a. Sprit-Rectifications-Anstalten, || b. mit Hefefabrikation verbundene Kornbrennereien, welche für den Export arbeiten, || c. für den Export arbeitende Schmalz-Raffinerien, || d. Reisschälmühlen, || e. Exportschlächtereien, f. im künftigen Zollgebiet belegene Schiffswerften, || g. eine zur Zeit vorhandene Dampfsiederei, welche Rohrzucker verarbeitet.

3. Die gesammte Zoll- und Steuer-Verwaltung im Hamburgischen Staatsgebiet — mit Ausnahme der in Holstein belegenen Enklaven und des Zollamts in Cuxhaven für den die Zollgrenze der Unterelbe passirenden See- und Elbverkehr — wird von hamburgischen Behörden und Beamten ausgeübt. Für das hamburgische Zollpersonal werden für eine bestimmt zu bemessende Uebergangszeit Ausnahmen von den Bestimmungen über die Anstellung von Militär-Auwärtern bewilligt werden. || Die Kosten der Directivbehörde hat Hamburg zu tragen. Die für die übrigen Beamten zu vergütenden Pauschsummen sollen, unter billiger Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, entsprechend normirt werden. || Die vorhandenen Zollgebäude und Revisions-Anstalten, sofern sie nicht ausser Gebrauch gesetzt werden, gehen unentgeltlich an Hamburg über. || Die Verwerthung der ausser Gebrauch tretenden Zoll- und Revisionsgebäude, soweit sie nicht durch die Freihafen-Anlagen zum Abbruch gelangen müssen, bleibt weiterer Verständigung vorbehalten. || Die Pensionen der etwa ausser Dienst tretenden hamburgischen Beamten der bestehenden indirecten Steuer-Verwaltung übernimmt die Zollgemeinschaft.

Nr. 7510. Deutschland. 25. Mai 1881.

4. Für das Zollabfertigungsverfahren in den hamburgischen Zollhäfen und in den Lagerräumen wird ein besonderes Regulativ erlassen werden, in welchem unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse (Ebbe, Fluth, Eisgang u. s. w.) soweit als irgend thunlich auf Erleichterung und Vereinfachung der Zollabfertigung Bedacht genommen werden wird.

5. Die zur Ausführung des Vereinszollgesetzes erlassenen Regulative sollen bezüglich ihrer Anwendung auf Hamburg einer Revision in der Richtung unterzogen werden, dass dem dortigen Handel und Verkehr nur die im fiscalischen Interesse unabweislich erforderlichen Beschränkungen und Formalitäten auferlegt werden und dass den dort obwaltenden Verhältnissen besondere Rechnung getragen werden soll. || Soweit die Bestimmungen des Vereinszollgesetzes der Verwirklichung dieser Absicht entgegenstehen, soll die Aenderung dieser Bestimmungen beantragt werden, und wird ausserdem zugesagt, dass jedenfalls die der freien und Hansestadt Lübeck, sei es regulativmässig, sei es im Verwaltungswege, zugestandenen besonderen Erleichterungen auch auf Hamburg Anwendung finden sollen.

6. Das deutsche Reich wird zu den Kosten der Bauten, Anlagen, Einrichtungen und Expropriationen, welche durch den Zollanschluss Hamburgs und die mit demselben verbundene Umgestaltung der bestehenden Handels- und Verkehrsanlagen veranlasst werden, einen Beitrag bis zur Maximalsumme von Vierzig Millionen Mark leisten. || Behufs Feststellung der vom Reiche zu zahlenden Summe wird der Senat baldthunlichst einen Generalplan nebst General-Kostenanschlag aufstellen lassen und sich über denselben im Allgemeinen mit der Reichsregierung verständigen. || Von dem durch Senat und Bürgerschaft bewilligten Kostenbetrage bildet die Hälfte, soweit dieselbe Vierzig Millionen Mark nicht übersteigt, den vom Reiche zu leistenden Beitrag Dieser Beitrag wird der hamburgischen Hauptstaatscasse innerhalb 10 Jahren in gleichmässigen Jahresraten ausgezahlt, deren erste ein Jahr nach erfolgter Mittheilung des vorstehend erwähnten Beschlusses des Senats und der Bürgerschaft fällig wird, und deren folgende auf die jedesmalige Mittheilung der hamburgischen Regierung, dass die Arbeiten in der beschlossenen Weise ihren Fortgang nehmen, gezahlt werden sollen.

7. Der Senat von Hamburg wird die zur Ausführung des Anschlusses erforderlichen Bauten und Einrichtungen mit thunlichster Beschleunigung herstellen lassen. || Der Anschluss der Stadt und des Gebietes von Hamburg nach No. 1 dieser Vereinbarung wird nach dem 1. October 1888 an einem vom Bundesrathe festzustellenden Tage erfolgen.

8. In Ansehung der zu erhebenden Nachsteuer und ihres Ertragens sollen die bei dem Anschluss der freien und Hansestadt Lübeck maassgebend gewesenen Grundsätze zur Anwendung kommen.

9. Bis zum Eintritt Hamburgs in den deutschen Zollverband geht, falls der Bundesrath die Aufhebung des gemeinschaftlichen Hauptzollamtes als solchen beschliessen sollte, die Verwaltung desselben auf Preussen über.

10. Die vorstehende Vereinbarung soll, nachdem sie die im Eingange vorbehaltene beiderseitige Zustimmung erhalten, dem Bundesrathe zur Genehmigung vorgelegt werden. || Sobald diese Genehmigung ertheilt ist, wird der Senat den im Art. 54 der Reichsverfassung vorgesehenen Antrag an den Bundesrath richten, nach Maassgabe des nunmehr hergestellten Einverständnisses den Anschluss Hamburgs an das Zollgebiet zu beschliessen. || Es bleibt jedoch ausdrücklich vorbehalten, dass der entsprechende Beschluss des Bundesrathes erst in Wirksamkeit treten soll, nachdem der Reichstag den unter No. 6 verabredeten Beitrag des deutschen Reiches zu den Kosten des Zollanschlusses bewilligt haben wird.

Bitter. Versmann.
Scholz. W. O'Swald.
Krüger.
(L. S.) (L. S.)

Nebenprotokoll zu der obigen Vereinbarung.

Verhandelt Berlin, den 25 Mai 1881, im Königlichen Finanz-Ministerium.

Gegenwärtig

für den Reichskanzler:

der Königlich preussische Finanz-Minister Bitter,

der Kaiserliche Staatssecretair des Reichsschatzamts Scholz.

für den Senat der freien und Hansestadt Hamburg:

der Senator Dr. Versmann,

der Senator O'Swald,

der Minister-Resident Dr. Krüger.

Ferner anwesend:

der General-Director der indirecten Steuern, Wirkliche Geheime Rath Hässelbach,

der Geheime Finanz-Rath Pochhammer,

der Secretair der Deputation für indirecte Steuern Roeloffs.

Bei den zwischen den unterzeichneten Bevollmächtigten gepflogenen Verhandlungen über die Modalitäten, unter welchen der Anschluss Hamburgs an das deutsche Zollgebiet erfolgen soll, sind die nachstehenden besonderen Verabredungen getroffen worden:

1. Zu Nr. 1 Absatz 4 der Vereinbarung. Man war darüber einverstanden, dass die dem Hamburgischen Senat vorbehaltene Erklärung in Bezug auf die Begrenzung des Freihafenbezirks spätestens bis zum Eintritt Hamburgs in den Zollverband (Nr. 7 Absatz 2 der Vereinbarung) abzugeben sein wird, ferner darüber, dass die in das Zollgebiet eintretenden Theile Hamburgs nicht als Grenzbezirk behandelt werden sollen.

2. Zu Nr. 2, 4 und 5 der Vereinbarung. Von Seiten Hamburgs ist beantragt worden, dass sowohl in Betreff der Behandlung der im künftigen

Nr. 7510. Deutschland. 25 Mai 1881.

Zollgebiet zur Zeit vorhandenen Export-Industriebetriebe, als auch hinsichtlich der für das Abfertigungsverfahren und für die Privat- und Conten-Läger erforderlichen Erleichterungen die in früheren Stadien der Verhandlung zur Erörterung gekommenen einzelnen Feststellungen in die endgültige Vereinbarung aufgenommen würden. Die Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers erklärten jedoch die Aufnahme dieser Punkte in die Vereinbarung aus dem Grunde ablehnen zu müssen, weil das verfassungsmässige Recht des Bundesraths, die Bestimmung über diese Details den zeitlichen und örtlichen Verhältnissen anzupassen, weder überhaupt gebunden, noch auch durch specialisirte Zusagen beschränkt werden könne. Die bezüglichen Vorschläge, gegen welche im Allgemeinen principielle Bedenken bei der Reichsregierung und bei dem preussischen Finanz-Ministerium bis jetzt nicht erhoben worden wären, sollten damit jedoch keineswegs abgelehnt sein; es solle vielmehr lediglich dem Bundesrathe die zuständige Entschliessung über dieselben vorbehalten werden. || Die hamburgischen Commissare erklärten diesen Bedenken gegenüber von der Aufnahme der zolltechnischen Details in die Vereinbarung zwar absehen zu wollen, gleichwohl aber den Wunsch aussprechen zu müssen, in Bezug auf folgende Punkte, welche für Hamburg von besonderer Wichtigkeit seien und für die praktische Ausführbarkeit des ganzen aufgestellten Anschlussprojectes von präjudicieller Bedeutung werden könnten, über die Auffassung der Reichsregierung speciell unterrichtet zu werden. || a. Mit Rücksicht auf die grosse Bedeutung des Spritexports für die hamburgische Seeschifffahrt und für die ausländischen Handelsbeziehungen Hamburgs ist es dringend wünschenswerth, dass den im künftigen Zollgebiet zur Zeit bestehenden drei Sprit-Rectificationsanstalten die Rectification ausländischen Sprits unter Anrechnung des Rectificationsverlustes bei der Wiederausfuhr, sowie dass zwei mit Hefenfabrikation verbundenen Kornbrennereien das steuerfreie Arbeiten unter amtlicher Aufsicht für den Export gestattet werde. Die bezeichneten fünf Anstalten können wegen des grossen Umfangs ihrer baulichen Anlagen nicht in den Freihafenbezirk verlegt werden und würden bei den bestehenden Zoll- und Steuervorschriften ausser Stande sein, ferner im Auslande zu concurriren. || b. Für die Erhaltung der umfangreichen Exportschlächtereien ist es von wesentlicher Bedeutung, dass der Verkauf von ausländischem Vieh nach dem Auslande auf den im künftigen Zollgebiet belegenen Märkten in Hamburg als Transitverkehr ohne Zollentrichtung geschehen könne. || c. Mit Rücksicht auf die localen Verhältnisse in Hamburg und auf die Abhängigkeit des Verkehrs von Fluth und Ebbe ist es zur Vermeidung von Verkehrsstockungen und für die praktische Ausführbarkeit des aufgestellten Anschlussprojectes unerlässlich, dass die Zollverwaltung in Hamburg befugt werde: || das den Begleitungs- und den Bewachungsdienst versehende Personal bei starkem Verkehrsandrange durch provisorisch Angestellte zu verstärken, auch die Mitwirkung des auf die Wahrnehmung der Zollinteresses zu beeidigenden kaufmännischen Hülfspersonals bei der Abfertigung auch hoch tarifirter Waaren

bezüglich der Gewichtsermittelung eintreten zu lassen, || die Zollabfertigung den Bedürfnissen entsprechend auf den Lagerräumen der Kaufleute vornehmen zu lassen, || den Transport der Waaren aus dem Freihafenbezirk nach den Bahnhöfen und nach den Lagerräumen im Zollgebiet zur weiteren Zollbehandlung in Verschlussfahrzeugen ohne besondere Deklaration und Revision, event. unter Personalbegleitung, vornehmen zu lassen. || d. Die Weiterbenutzung wenigstens eines Theiles der im künftigen Zollgebiet belegenen Speicher- und Lägerräume als Privat-Läger ohne amtlichen Mitverschluss und als Contenläger ist abhängig davon, dass wenigstens die folgenden Erleichterungen in den betreffenden Regulativen eintreten: || Aufhebung der fünfjährigen Lagerfrist; || Wegfall der zweiten jährlich vorzunehmenden Lagerrevision; || Verzicht auf die Festhaltung der Identität der Kolli in Privattransitlägern ohne amtlichen Mitverschluss (§ 14 letzter Absatz des Regulativs für Privatläger); Zulassung des Veredelungsverkehrs mit contirten Waaren. || Die Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers erklärten hierauf, dass die Reichsregierung den dargelegten Interessen der hamburgischen Exportindustrie und des hamburgischen Verkehrs bei der weiteren Verhandlung der Ausführungsbestimmungen thunlichste Berücksichtigung angedeihen lassen werde, auch gegen die vorstehend als erforderlich bezeichneten Erleichterungen und Ausnahmen principielle Bedenken nicht zu erheben habe und dass der Herr Reichskanzler im Allgemeinen keinen Anstand nehmen werde, beim Bundesrathe die Berücksichtigung dieser Wünsche, namentlich auch wegen der unter a. bezeichneten 5 Etablissements, zu befürworten.

3. Zu No. 2 Absatz 1 der Vereinbarung. Man war darüber einverstanden, dass als längerer Zeitraum im Sinne der No. 2 der Vereinbarung zunächst ein solcher von 12 Jahren nach erfolgtem Einschluss in die Zolllinie in Aussicht genommen werden soll.

4. Zu Nr. 3 der Vereinbarung. Man war darüber einverstanden, dass die Zollstellen bei Entenwärder und Kühwärder sowie das Zollamt zu Cuxhaven für die Abfertigung der zu Schiff ankommenden und landwärts weiter beförderten Waaren gleichfalls unter die hamburgische Zollverwaltung gestellt werden sollen.

5. Zu Nr. 6 der Vereinbarung. Man war darüber einverstanden, dass zu den unter Nr. 6 der Vereinbarung erwähnten Bauten und Anlagen für den Zollanschluss Hamburgs insbesondere zu rechnen sind: || die Herstellung eines Wasserweges von genügender Breite und Tiefe, um auch zur Ebbezeit fahrbar zu bleiben, behufs Verbindung der Oberelbe mit der Niederelbe im Zollgebiet durch Verbreiterung und Austiefung des Oberhafencanals und des Fleethzuges vom Oberhafen nach dem Binnenhafen, einschliesslich der Expropriationskosten und einer Quaistrasse; || die Ausführung der erforderlichen Zolleinrichtungen; || die Expropriationen und Anlagen, um genügenden Raum für den Verkehr in der Nähe der Zollgrenze und der Zollabfertigungsstellen zu schaffen; || die Umgestaltung der Hafenanlagen am rechten Elbufer, einschliess-

Nr. 7510. Deutschland. 25. Mai 1881.

lich der Herstellung der erforderlichen neuen Quais und Lagerhäuser (Speicher); || die Herstellung neuer Hafenanlagen am linken Elbufer zum Ersatz für die an verschiedenen Stellen in Wegfall kommenden Liegeplätze für Seeschiffe nebst den erforderlichen Eisenbahnanlagen daselbst, sowie die sonstigen, im südlichen Freihafenbezirk vorzunehmenden Einrichtungen und Expropriationen; || die Herstellung neuer Liegeplätze für Elbkähne und sonstige Flussfahrzeuge.

6. Zu Nr. 6 Absatz 2 der Vereinbarung. Man war darüber einverstanden, dass die vorgesehene Verständigung des hamburgischen Senates mit der Reichsregierung über den General-Plan nebst General-Kostenanschlag sich nur auf eine allgemeine Erörterung der Grundlagen des General-Planes in der Richtung erstrecken werde, ob die vorzunehmenden Arbeiten als durch den Zollanschluss Hamburgs veranlasst anzusehen seien. || Eine bautechnische Prüfung wird nicht beabsichtigt; vielmehr sollen die Modalitäten der Ausführung Hamburgs eigenem Ermessen überlassen werden.

7. Zu Nr. 7 der Vereinbarung. Bei der Normirung des in Nr. 7 vereinbarten Zeitpunktes des Zollanschlusses von Hamburg ist vorausgesetzt, dass die Genehmigung des Reichstages zu den unter Nr. 6 getroffenen Vereinbarungen, wenn nicht früher, während der Frühjahrssession 1882 herbeigeführt werden wird. Sollte diese Genehmigung erst ein Jahr später erfolgen, so wird der Zeitpunkt des Zollanschlusses — sofern nicht anderweite Verständigung erfolgt — ebenfalls um ein Jahr hinausgeschoben.

Bitter. Versmann.
Scholz. W. O'Swald.
Krüger.
(L. S.) (L. S.)

Nr. 7511. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den hamburgischen Ministerresidenten in Berlin. — Zustimmung zu der gewünschten Befreiung der Seeschiffe.

Berlin, den 27. Mai 1881.

Nr. 7511. Deutschland. 27. Mai 1881.

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 25. d. M. ergebenst zu erwidern, dass die Belassung der Zolleinrichtungen auf der Unterelbe in der gegenwärtigen Lage zwar nicht thunlich erscheint, dass ich aber meinerseits die Voraussetzung des Senates der freien und Hansestadt Hamburg theile und bestätige, dass die geplante Anordnung, wonach die aus der See nach Hamburg und von Hamburg nach der See gehenden Schiffe, sofern sie unter Zollflagge oder -Leuchte transitiren, von zollamtlicher Behandlung befreit bleiben, als eine dauernde Einrichtung ins Auge gefasst ist. || Ich bezweifele nicht, dass dieses System, dessen Durchführung, wenn auch nicht ausschliesslich, so doch überwiegend unter die Controle auf

das Zollwesen beeidigter Lootsen wird gestellt werden können, in der Praxis sich bewähren und für die Zollsicherheit genügen werde. Sollte wider Erwarten eine Aenderung desselben sich nach Maassgabe künftiger Erfahrungen als nothwendig erweisen, so werde ich meinerseits nur zu einer solchen Einrichtung mitwirken, welche den Verkehrsbedürfnissen des Freihafengebietes mit der See — und zwar nicht minder eines in verkleinertem Umfange dauernd beizubehaltenden wie des jetzigen Freihafengebietes — mindestens in gleichem Maasse wie die Zollflaggen-Einrichtung Genüge leistet. Auch werde ich in solchem Falle nicht unterlassen, dem Senat durch eine vorgängige Benachrichtigung Gelegenheit zu geben, seine desfallsigen Ansichten und Vorschläge rechtzeitig zur Vertretung zu bringen. || Ich werde, den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers und der verbündeten Regierungen entsprechend, angelegentlich bestrebt sein, den Interessen und Wünschen Hamburgs nicht minder wie denen jedes anderen Bundesgliedes entgegenzukommen und förderlich zu sein, soweit ich es irgend mit meinen Pflichten gegen das Reich vereinigen kann. || Die Reichsregierung wird dies insbesondere auch bei der weiteren Ordnung der mit der Freihafenberechtigung Hamburgs zusammenhängenden Zolleinrichtungen gern bethätigen nnd hierin um so weiter gehen können, wenn die dabei zu erledigenden technischen Fragen nicht zu Anknüpfungspunkten für politische Bestrebungen benutzt werden, welche den verbündeten Regierungen die Pflicht zur Wahrung ihrer verfassungsmässigen Rechte auferlegen.

Nr. 7511. Deutschland. 27. Mai 1881.

v. Bismarck.

Sr. Hochwohlgeboren
dem hanseatischen Minister-Residenten
Herrn Dr. Krüger.

Nr. 7512. HAMBURG. — Antrag des Senates an die Bürgerschaft, betreffend Genehmigung der mit der Reichsregierung über die Modalitäten des Anschlusses Hamburgs an das deutsche Zollgebiet getroffenen Vereinbarung vom 25. Mai d. J.

Hamburg, den 3. Juni 1881.

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

Nachdem der Senat über den erfolgten Abschluss und den wesentlichsten Inhalt der als Anlage 1 beigefügten Vereinbarung mit dazu gehörigem Nebenprotokoll Anlage 2 der Bürgerschaft schon am 27. v. Mts. eine vorläufige Mittheilung gemacht hat, bringt er diese Actenstücke nunmehr in ihrem Wortlaut zur Kenntniss und zwar mit der Erklärung, dass er seinerseits bereit ist, die vorbehaltene Zustimmung zu ertheilen, sobald auch die Bürgerschaft ihm ihr Einverständniss ausgesprochen haben wird. || Die hervorragende Bedeutung der getroffenen Vereinbarung beruht vor Allem darin, dass dieselbe dazu bestimmt ist, für Hamburg eine Frage zum endgültigen Abschluss zu bringen, welche

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

dauernd nicht mehr ungelöst bleiben kann. Die Frage der Stellung der Hansestädte zum deutschen Zollverbande, vor länger als einem halben Jahrhundert zuerst aufgeworfen, ist seitdem zwar von Zeit zu Zeit von grösseren Ereignissen zurückgedrängt; bei jedem Schritte aber, welcher auf dem langen endlich zur Begründung der deutschen Einheit führenden Wege gethan wurde, ist sie stets mit gleicher Lebhaftigkeit wieder in den Vordergrund der öffentlichen Discussion getreten. Diese im Laufe der Jahrzehnte unter ganz verschiedenen Verhältnissen mehrfach wiederholte Erörterung aber hat zu einer Ausgleichung der verschiedenen Standpunkte nicht geführt. In unserer Mitte herrscht überwiegend die aufrichtige Ueberzeugung, dass die auf der historischen Entwickelung beruhende Freihafenstellung der beiden Hansestädte den Interessen des Gesammtvaterlandes nicht bloss nicht schade, sondern für dieselben ebenso förderlich sei, wie für das Interesse der Städte selbst. Dagegen muss die Thatsache anerkannt werden, dass von den deutschen Regierungen und Volksvertretungen nicht minder wie von der öffentlichen Meinung des Inlandes die Frage ganz überwiegend unter dem Gesichtspunkt beurtheilt wird, dass die politische Einheit auch die Einheit des Wirthschaftsgebietes, wenn nicht zur Voraussetzung, so doch zur nothwendigen Folge haben müsse, dass daher die Einverleibung der Hansestädte in dasselbe nur eine Frage der Zeit sein könne. || In der That, wenn man die verschiedenen Phasen im Zusammenhang überblickt, welche diese Angelegenheit seit den Berathungen über die Reichsverfassung von 1849 und über die Bundesverfassung von 1867 bis auf die neuesten parlamentarischen Verhandlungen durchlaufen hat, so wird man sich der Ueberzeugung nicht verschliessen können, dass die Freihafenstellung der Hansestädte in ihrer jetzigen Form einer nachhaltigen, auf der Ueberzeugung von ihrer Nothwendigkeit und inneren Berechtigung beruhenden Unterstützung ausserhalb der Städte selbst in Deutschland von jeher nicht begegnet ist, und dass sie auch jetzt auf eine solche nicht zu rechnen hat. Auch der in der jüngsten Zeit von hiesigen Patrioten mit Geschick und Ausdauer unternommene Versuch, auf dem Wege einer zusammenhängenden Darstellung unsere deutschen Mitbürger davon zu überzeugen, dass die jetzige Freihafenstellung der Stadt in der That einem nationalen Bedürfniss entspreche, hat nicht den gehofften Erfolg gehabt. Die Hoffnung, die Freihäfen in ihrer gegenwärtigen Gestalt jemals als eine organische Einrichtung des deutschen Reiches geschätzt zu sehen, würde hienach eine vergebliche sein; vielmehr dürfen wir uns der Einsicht nicht verschliessen, dass die öffentliche Meinung in Deutschland den Eintritt der Hansestädte in die deutsche Wirthschaftsgemeinschaft als eine Nothwendigkeit ansieht, und dass das zu einem mächtigen Reiche geeinigte Deutschland am wenigsten darauf verzichtet haben würde, diese Auffassung früher oder später zur Geltung zu bringen. || Bei dieser Sachlage musste schon die erste im Frühjahr 1879 an den Senat gelangte Anfrage der Reichsregierung, ob sie in absehbarer Frist auf den in Art. 34 der Verfassung vorgesehenen Antrag der Hansestädte werde rechnen können, den Senat veranlassen, wiewohl unter

gleichzeitiger ausführlicher Darlegung seines Standpunktes, zu einer gemeinschaftlichen Untersuchung der Frage sich bereit zu erklären. Die Reichsregierung scheint die Hoffnung nicht getheilt zu haben, dass dieser Weg auf die eine oder andere Weise zu einer Verständigung führen werde; sie beantragte vielmehr im Frühjahr 1880 die Einverleibung der zum Freihafengebiet gehörenden Stadt Altona und der Unterelbe in das Zollgebiet. Schon damals machte das Gefühl von der Nothwendigkeit einer Verständigung sich hier in weiteren Kreisen geltend, und die Ansicht, dass irgend eine Einigung gefunden werden müsse, trat mehrfach hervor. Unter Anderem ersuchte die Handelskammer den Senat im Anfang Juli v. Js. um commissarische Verhandlungen, auf welche der Senat bereitwillig einging. Es entwickelte sich daraus eine gemeinsame Untersuchung zum Zweck der Klarstellung der für jede Entscheidung erforderlichen Grundlagen, deren Resultate bei den der vorliegenden Vereinbarung vorhergegangenen Verhandlungen schätzenswerthe Dienste zur Information der diesseitigen Bevollmächtigten geleistet haben. Namentlich wurde auch die Frage der Beschränkung des jetzigen Freihafengebiets auf einen ungleich engeren Bezirk in den Kreis der Erörterung gezogen. Schien doch schon damals die Idee des verkleinerten Freihafens, wenn auch über die Art und Weise der Realisirung begreiflicherweise mehr oder weniger unklare Vorstellungen im Umlaufe waren, nach einer verbreiteten, später auch in öffentlichen Manifestationen wiederholt zum Ausdruck gekommenen Ansicht dazu bestimmt, die brennende Frage zu lösen. || Während in Hamburg allgemeines Einverständniss darüber herrschte, dass es auf alle Fälle erforderlich sei, ein Gebiet zu erhalten, auf welchem Schifffahrt, Waarenhandel und Exportindustrie sich nach wie vor frei bewegen könnten, lag bis dahin nicht die geringste Bürgschaft für die Geneigtheit der Reichsregierung vor, dass sie bei etwa einzuleitenden Verhandlungen sich gleichfalls auf diesen Standpunkt stellen würde. Eine Gewissheit wurde in dieser Beziehung erst gewonnen in Folge einer Reihe von informatorischen Besprechungen, welche gegen Ende des vorigen und in den ersten Monaten dieses Jahres zwischen einigen Senatsmitgliedern und dem Dirigenten des hiesigen Hauptzollamtes stattgefunden haben. Diese Besprechungen, mit welchen eine gleichzeitige Durcharbeitung der Zollregulative durch verschiedene Interessengruppen unter der Leitung der Handelskammer Hand in Hand ging, gewährten überdies die Beruhigung, dass eine grosse Zahl von Einwendungen gegen die Zollbehandlung auf die Befürchtung vor der Handhabung der Regulative durch eine mit den Bedürfnissen des Grosshandels nicht genügend vertraute Verwaltung zurückzuführen sei und dass die dennoch verbleibenden durch eine gründliche Revision dieser Regulative soweit, wie es der Natur der Sache nach möglich ist, sehr wohl zu beseitigen seien. Der Senat gewann hiernach aus den Berichten seiner Commissare die Ueberzeugung, dass die zweite unerlässliche Voraussetzung des Eintritts in Verhandlungen die Uebertragung der Zollverwaltung an hamburgische Behörden sei. Erst als auch dieses Zugeständniss in sicherer Aussicht stand, glaubte der Senat den Zeit-

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

punkt gekommen, den Versuch einer Verständigung mit der Reichsregierung zu machen. || Ohne Zweifel stand dem Senat das verfassungsmässige Recht zu, die dazu erforderlichen Verhandlungen sofort einzuleiten und unter Vorbehalt der Mitgenehmigung der Bürgerschaft zum Abschluss zu führen. Der Senat hat es aber vorgezogen, schon vor dem Beginn der Verhandlungen die Bürgerschaft durch seinen Antrag vom 28. März d. J. von seiner Absicht in Kenntniss zu setzen und um Ernennung von Vertrauensmännern zu ersuchen. Nach Kenntnissnahme von dem ganzen vorliegenden Material hat die grosse Mehrzahl der Vertrauensmänner der Einleitung derjenigen Verhandlungen sich zustimmig erklärt, deren Endresultat die Vereinbarung vom 25. Mai d. J. ist. || Diese Uebereinstimmung beruhte ersichtlich auf der Erwägung, dass in dem Conflict collidirender Interessen, wie ein solcher in der Freihafenfrage in mehr als einer Richtung sich geltend macht, den für das Wohl des ganzen Gemeinwesens verantwortlichen Gewalten nur erübrigt, sich auf diejenige Seite zu stellen, auf welcher sie die überwiegend grösseren Interessen erblicken. Dass diese, solange die Frage als eine innere hamburgische betrachtet werden konnte, auf Seiten der unveränderten Erhaltung des jetzigen, im Jahre 1868 begründeten Zustandes lagen, wird schwerlich bestritten werden. Seitdem aber der Zollanschluss der Hansestädte seitens der Reichsregierung für eine hervorragende Frage des deutschen Reichsinteresses erklärt und seitens der verbündeten Regierungen zu thatsächlichen Entscheidungen übergegangen war, musste für Hamburg das Bedürfniss, mit dem Reiche sich in dauerndes Einvernehmen zu setzen, als das grössere, das beherrschende Interesse in den Vordergrund treten. Wenn die unveränderte Erhaltung der zur Zeit noch thatsächlich bestehenden Gesammtheit unserer Handels- und Verkehrsverhältnisse schon seit den Beschlüssen des Bundesraths wegen der Einverleibung Altona's und der Unterelbe ausgeschlossen ist, wenn weitere in unsere Verhältnisse tief einschneidende Beschlüsse in derselben Richtung schon in der Vorbereitung begriffen sind, so forderte nach der Ansicht des Senats die pflichtmässige Fürsorge für Hamburgs ganze Zukunft gebieterisch, die neuen Gestaltungen sich nicht vollziehen zu lassen, ohne den Versuch zu machen, in Betreff der Anschlussfrage eine dauernde Verständigung mit dem Reiche zu finden.

Das Ergebniss dieses Versuches liegt nunmehr vor. Die Verständigung ist im Wesentlichen auf der Grundlage vollzogen, welche der Senat in Aussicht genommen und den Vertrauensmännern im voraus mitgetheilt hat. Der Senat ist überdies der Ansicht, dass eine Verständigung unter günstigeren oder auch nur gleich günstigen Bedingungen, wie sie uns jetzt geboten werden, weder früher zu erreichen gewesen wäre, noch später zu erreichen sein würde. Er hält deshalb die Ertheilung der vorbehaltenen Zustimmung für durchaus geboten und zweifelt nicht, dass auch die Bürgerschaft bei eingehender Erwägung der Gesammtlage sich dieser Auffassung anschliessen werde. || Allerdings wird diese Entschliessung nicht auf einer Unterschätzung der Schwierigkeiten beruhen dürfen, welche behufs Durchführung des Anschlusses

noch zu überwinden sein werden, und ebensowenig wird sie gestützt werden können auf eine Vergleichung des augenblicklich noch bestehenden Zustandes mit dem während einer kürzeren oder längeren Uebergangsperiode voraussichtlich eintretenden. Die den Ausschlag gebende Erwägung wird vielmehr nur die sein können, ob bei dem getroffenen Abkommen die Lebensinteressen unserer Stadt dauernd gewahrt, ob die Modalitäten, unter denen der Anschluss erfolgen wird, geeignet sind, die Aufrechterhaltung der Handelsstellung Hamburgs im Wesentlichen zu sichern. || Dass dies in der That der Fall, wird in den nachstehenden, an die einzelnen Bestimmungen der Vereinbarung und des Nebenprotokolls sich anschliessenden Erläuterungen näher zu begründen sein. Der Senat hält die Frage im Allgemeinen dadurch für entschieden, dass die Reichsregierung auf den vollständigen Anschluss, bei welchem auch der Schiffsverkehr und der grosse Waarenhandel den üblichen Zollcontrolen zu unterwerfen gewesen wäre, verzichtet und zu der Ueberlassung der Zollverwaltung an Hamburg, obgleich sie einen verfassungsmässigen Anspruch in dieser Beziehung nicht anerkennt, sich bereit erklärt hat. Der Besitz eines, wenn auch verkleinerten Freihafenbezirks, welcher nach wie vor die freie Bewegung von Schiffen und Waaren und die Fortexistenz der Exportindustriebetriebe gewährleistet, und eine Zollverwaltung, welche die Aufrechterhaltung der thunlichst erleichterten Verbindung dieses Freihafenbezirks mit dem Zollgebiet zu ihren amtlichen Pflichten zu zählen haben wird, diese beiden durch das Entgegenkommen der Reichsregierung vertragsmässig gesicherten Zugeständnisse werden hoffentlich ausreichen, um auch den internationalen Handel Hamburgs im Grossen und Ganzen auf seiner bisherigen Höhe zu erhalten, während der eintretende unbehinderte Verkehr mit dem Inlande voraussichtlich die Wirkung haben wird, für die dennoch unvermeidlichen Verluste durch die Eröffnung mancher neuen Beziehungen zu entschädigen. || Vor Allem wird anzuerkennen sein, dass für die dauernde Sicherung des verbleibenden Freihafens, auf welche von allen Seiten mit Recht das grösse Gewicht gelegt worden, jede mögliche Garantie gewonnen ist. Während die gegenwärtige Freihafenstellung deshalb, weil im Art. 34 deren Beendigung von dem eigenen Antrag der Städte abhängig gemacht ist, als eine mehr oder weniger transitorische bezeichnet worden ist, wird der nunmehr vereinbarte beschränkte Freihafen als eine dauernde Einrichtung anerkannt und dem Art. 34 für die Zukunft ausdrücklich die Wirkung beigelegt, dass die Freihafenberechtigung des verbleibenden Bezirks ohne Hamburgs Zustimmung weder aufgehoben noch eingeschränkt werden kann. Wenn somit die Reichsregierung und der Bundesrath bei Genehmigung dieser Vertragsbestimmung auf das bündigste den dauernden Charakter der neuen Einrichtung anerkennen werden, so wird auch die öffentliche Meinung Deutschlands mit der neuen Ordnung der Dinge sich einverstanden erklären können, weil nahezu die gesammte Bevölkerung Hamburgs in die deutsche Wirthschaftsgemeinschaft eintritt. Der geschlossene Compromiss erscheint demnach geeignet, das Gefühl der Entfremdung gegen die Hansestädte, welches im Vaterlande mehr und mehr um sich zu greifen drohte, in das Gegentheil zu

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

verwandeln, was für uns selbstverständlich von hohem Werthe ist. || Es liegt in der Natur der Sache, dass eine gleichmässig präcise Stipulation in Betreff der nothwendigen Revision der Regulative u. w. d. a. nicht getroffen werden konnte. Selbst abgesehen von dem vor Allem geltend gemachten Gesichtspunkte, dass die bezügliche Materie der durch Bedürfniss und Erfahrung zu bestimmenden Beschlussfassung des Bundesraths nicht dauernd entzogen werden könne, handelt es sich hier im Wesentlichen um eingehende Detailarbeiten, die unter allen Umständen einer späteren Zeit vorzubehalten waren. Dagegen sind in dieser Beziehung nicht nur weitgehende Zusicherungen in die Vereinbarung aufgenommen, welche über den Zweck und die allgemeine Richtung des speciell für Hamburg zu ordnenden Abfertigungsverfahrens und der in Angriff zu nehmenden Revision der Regulative, um dieselben den örtlichen Verhältnissen und den besonderen Bedürfnissen des hiesigen Handels anzupassen, keinen Zweifel übrig lassen, sondern es sind überdies die für Hamburg wesentlichsten Punkte unter Zuziehung von Zolltechnikern im Einzelnen durchgesprochen; dieselben sind ungeachtet ihrer grossen Tragweite als principiell zulässig anerkannt, und es ist ausweise des Nebenprotokolls die Befürwortung derselben bei den bevorstehenden Verhandlungen im Bundesrath von der Reichsregierung übernommen worden. || Auch für die Erhaltung des unbehinderten Durchgangs der Seeschiffe durch das Zollgebiet der Unterelbe ist es gelungen, ausserhalb der Vereinbarung noch werthvolle Zusicherungen zu erwirken. Nachdem es nämlich aus allgemeinen Gründen abgelehnt war, die in Aussicht genommene Einrichtung der Zollflagge und Zollleuchte zum Gegenstand einer vertragsmässigen Feststellung zu machen, hat der Herr Reichskanzler auf das an ihn gerichtete Schreiben Anlage 3 die in Anlage 4 beigelegte Antwort ertheilt, welche allerdings durchaus geeignet ist, etwaige in der fraglichen Richtung bestehende Befürchtungen ebenfalls zu beseitigen, indem die vom Bundesrath genehmigte Anordnung der Zollflagge und Leuchte ausdrücklich als eine dauernd ins Auge gefasste Einrichtung bezeichnet wird, welche im Falle erforderlicher Aenderung nur durch eine gleichwerthige Einrichtung nach vorgängiger Benachrichtigung des Senats ersetzt werden solle, um demselben Gelegenheit zu geben, seine desfallsigen Ansichten und Vorschläge rechtzeitig zur Vertretung zu bringen.

Zu den einzelnen Bestimmungen der Vereinbarung ist das Folgende zu bemerken.

Zu No. 1, Freihafenbezirk. Die Theilung der engbewohnten Stadt selbst in eine Zollstadt und eine Freihafenstadt erweist sich schon aus zolltechnischen Gründen als undurchführbar. Diese Möglichkeit ist schon dadurch ausgeschlossen, dass wenigstens der der Grenze näher belegene Theil der ersteren den Controlen im Grenzbezirk zu unterwerfen sein würde, mit welchen jeder grössere und lebhaftere Verkehr unvereinbar ist. Es war also das Augenmerk darauf zu richten, unter Anschluss der Stadt selbst, für den Schiffsverkehr, den Grosshandel und die mit beiden in enger Verbindung stehenden, vor-

zugsweise für den Export arbeitenden Industriezweige einen ausreichend grossen Freihafenbezirk zu reserviren. Um diesen Bezirk nicht in verschiedene mehr dockähnliche Theile zu zersplittern, sondern den völlig freien Verkehr nicht nur zwischen Schiff und Speicher im Freigebiet sondern auch zwischen den verschiedenen Häfen und Schiffsliegeplätzen zu erhalten, war die Norderelbe vor Hamburg in das Freigebiet einzuschliessen. Hieraus ergiebt sich die Nothwendigkeit, eine ausreichende im Zollgebiet verbleibende Wasserverbindung zwischen der, sei es bis zur Landungsbrücke in St. Pauli, sei es bis zu einer zwischen dieser und der Altonaer Grenze belegenen Linie, dem Zollgebiet anzuschliessenden Unter-Elbe einerseits und der Stadt, dem Hammerbrook und der Oberelbe andererseits herzustellen. Zu diesem Zweck wird bis zur Niederbaumbrücke von der Elbe eine zum Zollgebiet gehörige Wasserstrasse abzutrennen sein, welche in einer Breite von etwa 60 m längs der Vorsetzen sich erstreckt und von dem Niederhafen zollsicher abgegrenzt wird. An dieselbe wird sich die Verbreiterung und Vertiefung eines zusammenhängenden, bis zum Oberhafen führenden Flethzuges, für welchen sich drei verschiedene Richtungen darbieten, und an diese die Verbreiterung des Oberhafencanals, welche die Verbindung mit der Oberelbe herstellt, anzuschliessen haben. In Folge einer derartigen Disposition wird nicht nur der oberelbesche Verkehr mit der Stadt selbst in ungehinderte, von jeder Zollcontrole befreite Verbindung treten, sondern auch der niederelbesche Verkehr wird diese Verbindung, wie sie zur Zeit besteht, behalten, und es werden die bedenklichen Verkehrsstörungen vermieden werden, welche die Errichtung einer Elbgrenze bei Altona ohne die vorstehend beschriebene Einrichtung für den gesammten niederelbeschen Localverkehr im Gefolge haben würde. || Die definitive Begrenzung des auszuscheidenden Freibezirks, welcher in der auf der Kanzlei der Bürgerschaft niedergelegten Karte durch zwei verschiedene Linien angedeutet ist, wird im Zusammenhang mit den sonst erforderlichen Bauten und Anlagen den Gegenstand der Beschlussnahme von Senat und Bürgerschaft zu bilden haben, welche sich seiner Zeit über einen vorläufigen Generalplan zu verständigen haben werden. Allerdings würde die natürliche Grenze gegen die Stadt durch die Quailinie gebildet werden. Bei dieser Linie war aber vorausgesetzt, dass auch die jetzige Zollvereinsniederlage in ein Freigebiet zur Lagerung ausländischer Waaren umzuwandeln sein werde. Dieser Antrag ist indess principiellen, aus der Unzulässigkeit einer mitten im Zollgebiet belegenen Freihafenenclave entnommenen Bedenken begegnet, und ist als Ersatz die Erweiterung des zusammenhängenden Freihafenbezirks durch einen Theil der an die Quaianlagen unmittelbar sich anschliessenden Strassen und Häusercomplexe vereinbart worden. Die Entscheidung darüber, welcher Theil zu diesem Zwecke erforderlich und ausreichend sein wird, kann erst nach vollständiger Klarstellung der in Betracht kommenden zoll- und bautechnischen sowie namentlich auch der finanziellen Gesichtspunkte erfolgen. Für jetzt musste es genügen, die Entscheidung hierüber sowie über die genaue Linie der Elbgrenze bei St. Pauli Hamburg selbst vorzubehalten. Diese Ent-

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

scheidung wird der Natur der Sache nach mit der Feststellung des Generalplans zusammenfallen; die in das Nebenprotokoll zu No. 1 aufgenommene Bestimmung, dass die bezügliche Erklärung bis zum Vollzug des Zollanschlusses abzugeben sei, hat deshalb nur die Bedeutung, dass die diesseitige Entscheidung in keiner Weise überstürzt zu werden braucht. || Da der Verkehr im Innern des Freihafenbezirks und mit dem Zollauslande von Zollcontrolen befreit bleibt, so werden auch die Quais ganz in bisheriger Weise functioniren, und wird damit namentlich dem Speditionsgeschäft die völlig freie und rasche Bewegung erhalten bleiben. Für die Abfertigung der nicht bloss transitirenden, sondern zur Lagerung in der Stadt bestimmten Waaren wird durch Errichtung genügender Zollabfertigungsstellen an den Haupteingängen Sorge zu tragen sein. Abgesehen von der Beibehaltung des Entenwärders und der Zollabfertigungsstellen an den Bahnhöfen für den weiteren Versand werden unter anderen namentlich im Binnenhafen an der Kehrwiederseite und im Brookthorhafen Zollstellen auf Pontons für den Schutenverkehr, ferner bei St. Annen ein Zollgebäude für den von den Quais ausgehenden Wagenverkehr zu errichten sein. Nähere Ausführungen darüber, wie die Abfertigung an diesen Stellen und auf den in der Stadt belegenen Speichern mit Rücksicht auf die thunlichste fernere Nutzbarmachung der letzteren einzurichten sein wird, werden zu Nr. 3—5 gegeben werden. || Es ergiebt sich aus der Bestimmung des künftigen Freihafenbezirks mit Nothwendigkeit, dass die Niederlassung in demselben zu Wohnzwecken und der Betrieb des Detailhandels nicht etwa dem freien Belieben überlassen werden kann. Rücksichten der Zollsicherheit und der gewerblichen Concurrenz treten dem mit gleicher Kraft entgegen. Die Vereinbarung beschränkt sich darauf, in dieser Beziehung einige Grundsätze aufzustellen, und wird es Sache der hamburgischen Gesetzgebung sein, die erforderlichen Detailvorschriften zu erlassen. || Der unter No. 1 der Vereinbarung aufgenommene Schlusssatz sichert den Fortbestand der Zollvereinsniederlage in ihrer jetzigen Bedeutung bis zum erfolgenden Anschluss an das Zollgebiet. Obgleich die sodann eintretende Umwandlung derselben in ein Freigebiet für ausländische Waaren ihre Vortheile haben würde, so ist doch nicht zu verkennen, dass andererseits die Möglichkeit, die jetzt daselbst befindlichen Geschäfte und Fabrikbetriebe auch nach erfolgtem Anschluss einstweilen dort belassen zu können, wesentlich dazu beitragen wird, die Schwierigkeiten der Ausführung des Anschlusses insofern zu erleichtern, als die anderenfalls in Aussicht stehende plötzliche und gleichzeitige Verlegung einer grossen Zahl von Geschäftslocalitäten vermieden wird.

Zu Nr. 2, Export-Industrie. Die Erhaltung der hiesigen Exportindustrie, des unbehinderten Betriebes unserer Schiffswerften und der mit denselben verbundenen Maschinenbauanstalten, endlich des durch keine Zollschranken behinderten Verkehrs zwischen diesen Etablissements und den im Hafen befindlichen Seeschiffen kam neben der freien Bewegung des Schiffs- und Waaren-Verkehrs bei den Verhandlungen über die Ausnutzung des Freihafenbezirks vor Allem in Be-

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

tracht, und sind diese Interessen mit Erfolg geltend gemacht worden. In Bezug auf die Exportindustrie kam es namentlich darauf an, die Existenz der Spritrectifications-Anstalten und Spirituosenfabriken dauernd zu sichern. Dies ist ungeachtet der wiederholten Hinweise auf die durch diesen Geschäftsbetrieb der inländischen Spritrectification bereitete Concurrenz gelungen. Die Bearbeitung von ausländischem Sprit für den Absatz nach dem Auslande sowie die unbeschränkte Anfertigung von Façon-Spirituosen für den transatlantischen Export werden, unabhängig von der Entwicklung, welche die deutsche Steuergesetzgebung in dieser Beziehung nehmen wird, zum Vortheil des deutschen Exporthandels Hamburg verbleiben. Die Befürchtung, dass in Folge des Zollanschlusses dieser wichtige Geschäftszweig genöthigt sein würde, nach benachbarten Concurrenzplätzen zu flüchten, um die nöthige freie Bewegung zu finden, ist somit gegenstandslos geworden. || Zur Zeit liegt aber in dem vereinbarten Freihafenbezirk nur eines der in Rede stehenden Sprit-Etablissements; drei grosse Rectifications-Anstalten und zwei mit Hefefabrikation verbundene Kornbrennereien für Export sind in der Stadt belegen und würden ihren Betrieb nicht fortsetzen können, wenn auf denselben die bestehenden Zoll- und Steuervorschriften angewandt werden sollten. Es ist deshalb für diese wie für eine Anzahl anderer für den Export arbeitender Betriebe in Nr. 2 der Vereinbarung festgestellt worden, dass denselben der Fortbetrieb ihrer Fabrication und deren Concurrenzfähigkeit im Auslande in jeder den Verhältnissen nach zulässigen Weise, und zwar für einen längeren Zeitraum, ermöglicht werden solle. Bei der besonderen Wichtigkeit der obenerwähnten fünf Spritfabriken erschien es geboten, für diese Fabriken die erforderlichen Erleichterungen specieller festzustellen und eine entsprechende Zusicherung der Reichsregierung für dieselben zu erlangen. Im Nebenprotokoll unter 2a haben die hamburgischen Bevollmächtigten die erforderlichen Ausnahmebestimmungen nach Anleitung der mit Unterstützung der Handelskammer gewonnenen Information bezeichnet, und haben die Vertreter des Herrn Reichskanzlers erklärt, dass gegen diese Erleichterungen und Ausnahmen seitens der Reichsregierung principielle Bedenken nicht zu erheben seien, und dass der Herr Reichskanzler die Berücksichtigung dieser wie der gleichzeitig geäusserten ferneren Wünsche, namentlich auch wegen der unter a bezeichneten fünf Etablissements, beim Bundesrath befürworten werde. || Hinsichtlich der Dauer der den bestehenden Exportbetrieben im Zollgebiete zu gewährenden ausnahmsweisen Begünstigungen ist zugleich bestimmt worden, dass dieselben zunächst 12 Jahre nach erfolgtem Zollanschluss, also bis zum Ende des Jahrhunderts fortbestehen sollen. Die Festsetzung einer solchen Minimaldauer der Begünstigungen schien geboten, weil selbstverständlich nicht für immer fünf speciellen Etablissements ein solches Vorrecht vor allen übrigen in Deutschland belegenen Etablissements gleicher Art eingeräumt werden könnte. Sollten aber in den nächsten 20 Jahren etwa die ausnahmsweise zugestandenen Erleichterungen verallgemeinert werden, so würden auch die hiesigen Anstalten

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

sich damit im dauernden Besitz ihrer Berechtigungen befinden. Immerhin wird die zunächst bemessene Frist von 20 Jahren als eine billigen Ansprüchen angemessene Uebergangszeit betrachtet werden dürfen. Ausgeschlossen soll übrigens auch nach Ablauf der 20 Jahre eine Verlängerung der Begünstigungen nicht sein, falls eine Prüfung das Fortbestehen derselben als thunlich und im Bedürfniss liegend erweist. || Für die übrigen im künftigen Zollgebiet belegenen Exportbetriebe sind specielle Festsetzungen über die Art der zu gewährenden Erleichterungen nicht getroffen worden. Für die wichtigsten Betriebe, die Reisschälmühlen und die Exportschlachtereien besteht bereits eine Reihe von Zollbegünstigungen für das ganze Zollgebiet. Bei angemessener Handhabung dieser Begünstigungen durch die Zollverwaltung, bezw. bei Erhöhung der Vergütungssätze für Abfall und ausgeführte Mengen nach eingehender Prüfung der Betriebsverhältnisse der hiesigen Etablissements, erscheint die fernere Existenz dieser Etablissements ausreichend gesichert. Zu Gunsten der Exportschlachtereien ist in das Nebenprotokoll noch ein specieller Hinweis darauf aufgenommen, dass ausländisches Vieh auch nach dem Zollanschluss auf dem hiesigen Markte ohne Zollentrichtung nach dem Auslande müsse verkauft werden können, und ist die jenseitige Anerkennung auch hierfür erlangt worden. Diese Bestimmung verfolgt namentlich den Zweck, für die hiesigen Exportschlachtereien einen Markt dänischer Schweine aufrechtzuerhalten, wozu die Möglichkeit des unverzollten Verkaufs solcher Schweine nach Belgien und Frankreich erforderlich ist. Für die in No. 2 der Vereinbarung ferner aufgeführten Schmalzraffinerien und Schiffswerften im Zollgebiete wird es namentlich darauf ankommen, die erforderliche zollamtliche Ueberwachung dergestalt einzurichten, dass bei ausreichender Sicherung der Zollinteressen der Geschäftsbetrieb nicht behindert oder vertheuert werde. Es wird der Zollverwaltung obliegen, in dieser Beziehung die nöthige Fürsorge zu treffen. Für die Schmalzraffinerien wird ferner noch die Gewährung einer Vergütung für den Gewichtsverlust beim Raffiniren in Betracht kommen, die aber selbstverständlich nicht im voraus, sondern nur nach den bei der Ausführung anzustellenden Ermittelungen bestimmt werden kann. || Die hiesige Dampfzuckersiederei ist unter die allgemeine Zusicherung, dass der Fortbetrieb ihrer Fabrikation noch für einen längeren Zeitraum ermöglicht werden soll, mit aufgenommen worden. Es wird den Ausführungs-Verhandlungen vorbehalten bleiben müssen, im Einvernehmen mit den Leitern dieses für den hamburgischen Zuckerimport wichtigen Etablissements zu einer Verständigung über die für den Fortbetrieb erforderlichen Erleichterungen zu gelangen. Für jetzt war die Aufnahme positiver Vorschläge nicht thunlich, weil denselben nothwendig Detailuntersuchungen vorhergehen müssen; die Verhältnisse sind hier besonders complicirt, weil neben dem Export auch der Platzconsum für die Siederei wesentlich in Frage kommt.

Zu Nr. 3 und 4, Zollverwaltung und Abfertigung. Mit der Uebertragung der gesammten Zollverwaltung an Hamburgische Behörden und Beamte ist zugleich die Bestimmung über die wichtigsten Fragen für die Regelung

der zukünftigen Verkehrsverhältnisse in hamburgische Hände gelegt worden. Es ist insbesondere dadurch die Möglichkeit gewährt, bei Ausübung der Zollcontrolen und der Zollabfertigung ein den Verhältnissen angemessenes Vertrauen obwalten zu lassen, das ganze Zollverfahren so einzurichten, dass die zollamtliche Behandlung und Abfertigung sich den Zeiten und Formen des geschäftlichen Verkehrs anschliesst, für die Beschaffung einer hinreichenden Zahl von Zollbeamten Sorge zu tragen, welche bei dauernder amtlicher Thätigkeit am hiesigen Platze mit den Verkehrsverhältnissen und den Geschäftsbedürfnissen desselben bald vertraut sein werden, endlich die für den Geschäftsbetrieb in mancher Beziehung störenden Nebenkosten und Gebühren auf wenige aussergewöhnliche Dienstleistungen, z. B. Nachtarbeit, einzuschränken, im Allgemeinen aber den Begleitungs- und Bewachungsdienst kostenfrei vornehmen zu lassen. || Bei der grossen principiellen Bedeutung, welche die Festsetzung der Dienststunden für die Regelung des ganzen Zolldienstes hat, haben die hamburgischen Bevollmächtigten es sich angelegen sein lassen, ausdrücklich zu constatiren, dass nach § 133 des Vereinszollgesetzes die hamburgische Zollverwaltung befugt sein werde, die Dienststunden der Zollbeamten den Bedürfnissen des Verkehrs und den Fluthzeiten entsprechend unbeschränkt festzustellen, lediglich mit der im Zollgesetz bestimmten Ausnahme, dass an Sonn- und Festtagen während der Zeit des Gottesdienstes keine Zollabfertigung stattzufinden hat. Ebenso ist hinsichtlich des Wegfalls der Nebengebühren die Anerkennung der Vertreter der Reichsregierung herbeigeführt, dass nach § 10 des Vereinszollgesetzes die Erhebung der Nebengebühren für Begleitung, Bewachung etc. nur ein Recht, nicht eine Pflicht der Zollverwaltung sei, dass demnach die hamburgische Zollverwaltung auf Erhebung solcher Gebühren um so mehr verzichten könne, als die Erträge derselben der privativen Zollcasse zufallen würden. || Des Weiteren ist für die Gestaltung der Verkehrsverhältnisse das Zugeständniss von besonderer Wichtigkeit, dass die Zollbehandlung, Revision und Verwiegung der zur Stadt eingehenden Waaren nicht, den allgemeinen Grundsätzen des Zollvereins entsprechend, in der Regel nur an öffentlicher Zollabfertigungsstelle zu erfolgen habe, sondern dass es der Zollverwaltung überlassen werde, je nach den Bedürfnissen des Verkehrs und der einzelnen Geschäfte die Zollabfertigung auf den Lägern und Speichern vornehmen zu lassen. Diese Abfertigungsweise wird die Möglichkeit gewähren, dem grossen Waarenverkehr die Kosten und die Zeitverluste der Umladung und Verwiegung an einer Zollstelle lediglich zum Zweck der Zollabfertigung zu ersparen. Die Waaren werden wie bisher mit Schuten aus den Häfen oder von den Quais und den Speichern im Freihafenbezirk zur Stadt gebracht, an den Eingängen zu dem Fleethsystem der Stadt im Binnenhafen und Brookthorhafen unter Zollbewachung genommen und ohne Aufenthalt an den Ort ihrer Bestimmung befördert werden können. Zu diesem Zweck ist speciell das Einverständniss der Reichsregierung damit herbeigeführt worden, dass die aus dem Freihafenbezirk nach den Bahnhöfen und nach den Lagerräumen im Zollgebiet bestimmten Waaren ohne die sonst im Allgemeinen

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

erforderliche Declaration und Revision lediglich unter Zollverschluss, oder bei offenen Schuten unter Begleitung eines Zollbeamten befördert werden können. Erst nach der Aufnahme auf dem Speicher würde dann die Zollbehandlung durch hinzusendende Revisionsbeamte vorzunehmen sein, so dass das Gewicht gleichzeitig für die Zwecke des Handels und der Zollverwaltung zu ermitteln ist. Eine fernere Erleichterung und Vereinfachung der Zollabfertigung ist dadurch zu erreichen, dass bei der Gewichtsermittelung zu Zollzwecken die Mitwirkung des auf die Wahrnehmung des Zollinteresses zu beeidigenden kaufmännischen Hülfspersonals, z. B. der Lagerdiener und Quartiersleute, eintritt und deren Gewichtsfeststellungen in gewissen Grenzen öffentlicher Glaube beigelegt wird. Eine solche Einrichtung besteht schon jetzt im Zollgebiet für die Abfertigung von Massenartikeln, wie Getreide und Holz, und ist neuerdings in Hamburg für die Abfertigung von Petroleum zugestanden. Die Vertreter der Reichsregierung haben sich principiell damit einverstanden erklärt, dass diese Mitwirkung des kaufmännischen Hülfspersonals in Hamburg künftig auch bei hochtarifirten Waaren zulässig sein sollte. Selbstverständlich wird es der Feststellung im Einzelnen vorzubehalten sein, bei welchen Waaren und unter welchen Verhältnissen die Zollverwaltung diese Mitwirkung wird zulassen können. || Erfahrungsmässig ist es unthunlich, mit dem für den gewöhnlichen Verkehr festangestellten Zollpersonal auszureichen, wenn zeitweilig in Folge von Handelsconjuncturen oder besonderen Schifffahrtsverhältnissen ein stärkerer Verkehrsandrang stattfindet. Es ist deshalb für solche Fälle die Verstärkung des Zollpersonals durch provisorisch Angestellte für Hamburg vorbehalten und von den Vertretern der Reichsregierung als zulässig anerkannt worden. || Ausser diesen speciellen Abreden in Bezug auf das Zollabfertigungsverfahren ist in die Vereinbarung unter Nr. 4 die Zusicherung aufgenommen, dass in einem besonderen für Hamburg zu erlassenden Regulativ unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse (Ebbe, Fluth, Eisgang u. s. w.) soweit als irgend thunlich auf Erleichterung und Vereinfachung der Zollabfertigung Bedacht genommen werden wird. || Immerhin wird es für das Geschäftsleben mehr noch, als auf den Wortlaut des Regulativs, auf den Geist ankommen, der die gesammte Zollverwaltung beherrscht. Es wird die Aufgabe der Ausführungsverhandlungen sein, dafür Sorge zu tragen, dass auch der Vertretung der Kaufmannschaft in dieser Beziehung ein directer Einfluss in angemessener Weise eingeräumt und gesichert werde. Die hiesige Zollverwaltung wird von vornherein davon auszugehen haben, dass die allerdings in erster Linie stehende Wahrnehmung der finanziellen Interessen des Reiches nicht eine fremde und misstrauende Stellung der Kaufmannschaft gegenüber erfordert, dass der hiesige Grosshandel vielmehr in jeder Beziehung auf Vertrauen begründet ist und dieses Vertrauen auch von Seiten des Staates beanspruchen darf. Die Beamten und Angestellten der Zollverwaltung werden mithin zwar mit Genauigkeit und Pünktlichkeit die Interessen des Reiches wahrzunehmen, bei Ausübung ihrer amtlichen Pflichten aber namentlich auch die Bedürfnisse des Handels und Verkehrs gebührend

zu berücksichtigen haben. || Die Handhabung der Zollverwaltung in diesem Geiste wird wesentlich dadurch erleichtert werden, dass bei der ersten Einrichtung der hamburgischen Zollverwaltung auch ein Theil des unteren Personals derselben aus Kreisen entnommen wird, welche mit den hiesigen Geschäfts- und Verkehrsverhältnissen vertraut und an ein Zusammenwirken mit dem kaufmännischen Hülfspersonal gewöhnt sind. Im Absatz 2 der No. 3 der Vereinbarung ist deshalb bestimmt worden, dass für das hamburgische Zollpersonal für die Uebergangszeit Ausnahmen von Bestimmungen über die Anstellung von Militär-Anwärtern bewilligt werden. || Es erübrigt noch, auf die Kosten hinzuweisen, welche Hamburg aus der Uebernahme der Zollverwaltung erwachsen werden. Nach Art. 38 der Reichsverfassung und Art. 11 des Zollvereinsvertrages vom Juli 1867 werden den Einzelstaaten die Verwaltungskosten nur insoweit von der Zollgemeinschaft erstattet, als sie für den Schutz und die Erhebung der Zölle an der Grenze oder im Grenzbezirk aufgewendet werden. Die Kosten der oberen Leitung der Zollverwaltung und der Zollämter im Innern tragen die einzelnen Bundesstaaten auf privative Rechnung. Zur Erstattung der Grenzbewachungskosten werden vom Bundesrath Pauschsummen nach Art. 16 des Zollvereinsvertrages normirt, unter Zugrundelegung von Normalgehalten für die einzelnen Beamtencategorien, welche vor langer Zeit festgesetzt worden sind. Die Normalgehalte bleiben hinter den wirklich gezahlten Durchschnittsgehalten erheblich zurück, so dass in der Regel fast ein Drittheil der Gesammtkosten an der Grenze zu Lasten der Einzelstaaten verbleibt. || In Betreff des hiesigen Hauptamtes ist nun zunächst vereinbart worden, dass dasselbe in Bezug auf die Kostenerstattung als Hauptzollamt, d. h. als Hauptamt an der Grenze angesehen werden soll, was dadurch begründet erscheint, dass dasselbe, obgleich im Innern belegen, doch für den gesammten Seeverkehr von und nach Hamburg als Grenz-Ein- und Ausgangsamt fungiren wird. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass die von den hiesigen Zollabfertigungsstellen zu behandelnden Waarenmengen den eigenen Verbrauch in ganz aussergewöhnlichem Maasse übersteigen, und dass die hiesigen Zollbeamten demnach ganz überwiegend für die Abfertigung des Verkehrs nach anderen Bundesstaaten in Anspruch genommen werden, ist ferner vereinbart worden, dass nicht die gewöhnlichen Pauschsummensätze zur Anwendung kommen, sondern dass die zu vergütenden Pauschsummen unter billiger Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse entsprechend normirt werden sollen. Wenn schon hiernach die Hoffnung berechtigt erscheint, dass die hamburgische Staatscasse nicht übermässig für die Zuschüsse zu den Kosten der Zollverwaltung in Anspruch genommen werden wird, so ist noch daran zu erinnern, dass nach einer Erklärung der Reichsregierung im Reichstage in Anlass der Beschwerden von Elsass-Lothringen eine allgemeine Erhöhung der Pauschsummensätze und zwar bis zum Betrage der wirklichen Ausgaben beabsichtigt wird. Bis zur Ausführung des Anschlusses von Hamburg dürfte diese Angelegenheit wohl eine befriedigende Regelung erfahren haben. || Die Kosten der Directivbehörde

Nr. 7512.
Hamburg.
3. Juni 1881.

und des zu dieser Centralstelle gehörenden Bureaupersonals werden jedoch unter allen Umständen von Hamburg zu tragen sein.

Zu No. 5, Zollregulative. Die vereinbarte allgemeine Revision der Zollregulative, speciell bezüglich ihre Anwendung auf Hamburg, ferner die zugesagte Abänderung des Vereinszollgesetzes, soweit dasselbe den für Hamburg erforderlichen Erleichterungen und Ausnahmebestimmungen entgegensteht, giebt im Allgemeinen die den Umständen nach mögliche Gewähr dafür, dass das in dieser Beziehung Erforderliche Hamburg zugestanden werden wird. Eine detaillirte Feststellung der einzelnen Abänderungen der Regulative war zur Zeit nicht thunlich, weil derselben eine gründliche zolltechnische Erörterung in Verbindung mit der Prüfung der hamburgischen localen Verhältnisse vorhergehen muss. Speciell zugesagt ist indess, dass alle in Lübeck regulativmässig und im Verwaltungswege zugestandenen Erleichterungen, welche insbesondere für die Wein- und Spirituosenläger, für die Kontenläger und die Kolonialwaarenläger von recht erheblicher Bedeutung sind, auch in Hamburg zur Anwendung kommen sollen. || Wenn demnach auf die Aufnahme weiterer specieller Bestimmungen hinsichtlich der Regulative in die Vereinbarung verzichtet werden konnte, so erschien es den Hamburgischen Bevollmächtigten doch geboten, im Interesse der Inhaber von Speichern im künftigen Zollgebiet eine bestimmte Erklärung der Reichsregierung über einige Punkte herbeizuführen, welche nach den informatorischen Besprechungen mit Mitgliedern der Handelskammer unter Zuziehung von Vertretern der verschiedenen Waarenbranchen und mit dem Dirigenten des hiesigen Kaiserlichen Haupt-Zoll-Amtes von entscheidender Bedeutung für die Weiterbenutzung der Speicher für zollpflichtige Waaren sein werden. || Die Lagerfrist ist nach dem Regulativ für Privatläger zollpflichtiger Waaren auf 5 Jahre beschränkt. Eine solche Beschränkung würde, wenn die Frist selbst auch in der Regel nicht überschritten werden mag, doch den Handel erheblich belästigen können, weil bei jedem Kauf die noch übrige Lagerfrist der Waare mit in Betracht zu ziehen wäre und gewissermaassen einen Faktor bei der Preisbestimmung bilden würde. Die Aufhebung der beschränkten Lagerfrist ist deshalb durchaus geboten, und zwar gleichmässig für alle Arten von Privatlägern, einschliesslich der Wein- und Spirituosenläger und der Kontenläger. || Für gewisse Arten von Privatlägern ist noch eine zweimalige zollamtliche Revision des Lagerbestandes im Jahre vorgeschrieben, während für Weinläger und Kontenläger bereits auf die zweite Revision verzichtet ist und nur eine einmalige Inventur zu Anfang des Jahres, anschliessend an die zu Handelszwecken ohnehin erforderliche Aufnahme, beibehalten ist. Eine Lageraufnahme in der Mitte des Jahres zur stärksten Geschäftszeit würde die Privatläger überhaupt unbenutzbar machen und muss deshalb wegfallen. || Für die hiesigen Verhältnisse sind von hervorragender Bedeutung besonders die Privattransitläger ohne amtlichen Mitverschluss, bei denen nur eine zollamtliche Anschreibung der Einfuhr vom Auslande wie der Ausfuhr nach dem Auslande stattzufinden hat, während der Lagerung aber die Waaren zur freien

Verfügung des Lagerinhabers bleiben. Es besteht jedoch zur Zeit noch in dem betreffenden Regulativ eine Vorschrift, dass Umpackung und Bearbeitung der Waaren am Tage vorher der Zollverwaltung anzumelden seien und dieser eine Beaufsichtigung zustehe. Ausnahmweise kann allerdings nach Anordnung der Directivbehörde von dieser Anmeldung und Beaufsichtigung abgesehen werden, und ist auch z. B. für Lübeck im Verwaltungswege bestimmt worden, dass auf eine solche Festhaltung der Identität der Colli zu verzichten sei. Es war jedoch bei der Wichtigkeit des Gegenstandes erforderlich, Sicherheit dafür zu beschaffen, dass auf eine solche Identitätscontrole generell verzichtet werden solle. || Für Manufactur- und Kurzwaarenläger, ferner für Eisenläger, Glas- und Steinzeugläger und ähnliche Geschäfte, welche gleichartige ausländische und inländische Waaren zum Absatz nach dem Auslande auf Lager hatten, ist das sog. Kontirungssystem, das bei dem Anschlusse Lübecks eine wesentliche Erweiterung erfahren hat und seither dort in der Praxis im Sinne der thunlichst freien Bewegung fortentwickelt worden ist, von der grössten Bedeutung. Auf Veranlassung der Handelskammer ist von betheiligten Kaufleuten das betreffende Lübecker Regulativ einer eingehenden Durchberathung unterzogen und sind die Erleichterungen bezeichnet, die für Hamburg wünschenswerth sein würden und namentlich auf die Vereinfachung des Schreibwerkes gerichtet waren. Eine abermalige Besprechung der betreffenden Punkte mit Lübecker Kaufleuten und eine Besichtigung der dortigen Läger gewährte jedoch die Ueberzeugung, dass die ganze durchaus auf Vertrauen basirte Einrichtung von selbst dazu führt, die Controlen wie das Schreibwerk auf das wirklich Unentbehrliche zu beschränken; namentlich ergab sich, dass den diesseits gehegten Wünschen in Lübeck bereits seit lange in der Praxis im Verwaltungswege entsprochen worden war. Es steht deshalb nichts im Wege, dass die hamburgische Zollverwaltung in diesen, der Natur der Sache nach nicht principiell, sondern je nach den Bedürfnissen des einzelnen Geschäfts zu regelnden Details das Nöthige veranlasse; insbesondere wird die Zollabfertigung dadurch sehr erleichtert werden können, dass wenigstens bei grösseren Sendungen die Abfertigung auf den Lägern selbst vorgenommen wird. || In einem Punkte legten jedoch die hiesige Betheiligten besonderen Werth darauf, die ausdrückliche Zustimmung der Reichsregierung herbeigeführt zu sehen. Es betrifft das die Zulässigkeit gewisser Bearbeitungen der auf Kontenlager genommenen ausländischen Waaren im Wege des Veredelungsverkehrs. Es ist deshalb auch dieser Punkt von den hamburgischen Bevollmächtigten unter die speciell zu concedirenden zolltechnischen Details im Nebenprotokoll aufgenommen worden. || Die Vertreter der Reichsregierung haben im Verfolg der Verhandlungen sich mit allen vier vorstehend erörterten Abänderungen der Regulative einverstanden erklärt und haben im Namen des Reichskanzlers die Befürwortung derselben im Bundesrath zugesagt. || Die Weiterbenutzung einer beträchtlichen Anzahl von Speichern und Lagerräumen dürfte hiernach auch unter den neuen Verhältnissen, sei es als Privatläger ohne Mitverschluss oder als Kontenläger, jedenfalls er-

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

möglicht werden. Zulässig zu den Privatlägern ohne Mitverschluss sind fast alle Colonialwaaren sowie die mit einem Zoll bis zu M. 3 pr. 100 Kg. belegten Waaren, ferner auf Erlaubniss der obersten Landesfinanzbehörde, also in Hamburg des Senates, die mit einem Zollsatz bis zu M. 6 per 100 Kg. besteuerten Waaren. Zu Kontenlägern sind nach dem Lübecker Regulativ ausser den Manufactur- und Kurzwaaren fast sämmtliche Industrieartikel sowie die meisten Halbfabrikate zuzulassen. Eine Ergänzung der für beide Arten von Lägern zulässigen Waaren wird nach den noch näher festzustellenden Geschäftsbedürfnissen bei der Revision der Regulative vorzunehmen sein. || Bei den informatorischen Vorbesprechungen ist noch von den Vertretern des Caffeehandels die Erforderlichkeit von speciellen Zolleinrichtungen für den Fortbetrieb der hiesigen Caffeesortiranstalten hervorgehoben worden. Diese Anstalten können von den Privatlägern ohne Mitverschluss, welche im übrigen für das Caffeegeschäft gerade besonders geeignet erscheinen, keinen Gebrauch machen, weil der beim Sortiren entstehende Gewichtsverlust für Staub, Steine etc. zu bedeutend ist, als dass der Zoll für diese Abfallmengen von dem Geschäft getragen werden könnte. Eine zolltechnische Erörterung über die Bedürfnisse dieser Anstalten hat jedoch ergeben, dass durch Errichtung eigener Zollbureaus mit ausreichender Beamtenbesetzung denselben die nöthige freie Bewegung gewährleistet werden kann. Die hamburgische Zollverwaltung wird im Einvernehmen mit den Geschäftsinhabern unter voller Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Betriebes die nöthigen Einrichtungen zu treffen haben. || Das Regulativ für Wein- und Spirituosenläger ist unter Leitung der Handelskammer von den Interessenten einer Besprechung unterzogen worden, welche ergeben hat, dass wesentliche Abänderungswünsche zu demselben nicht zu erheben sind und dass nach der in Lübeck stattfindenden Handhabung des Regulativs ein umfangreiches Wein- und Spirituosengeschäft bei demselben zu bestehen vermag. Allerdings wird nach Ansicht der Betheiligten die praktische Anwendung des Regulativs wegen der Vertheilung der Läger eines Geschäfts auf eine grössere Anzahl getrennter Lagerräume hier manche Unzuträglichkeiten zur Folge haben und die Uebersiedelung mancher grösserer Weingeschäfte für Export in den Freihafenbezirk veranlassen. Die speciell gewünschte Aufhebung der beschränkten Lagerfrist ist, wie bereits oben bemerkt, von dem hamburgischen Bevollmächtigten in Anspruch genommen und jenseits zugestanden. || Ein fernerer besonderer Wunsch der Betheiligten war darauf gerichtet, festzustellen, dass die beim Zollanschluss vorhandenen Läger von Wein in Flaschen, welcher hier von Fässern auf Flaschen abgezogen worden, bei der Nachversteuerung nicht als Wein in Flaschen, sondern als Wein in Fässern besteuert werden. Die Vertreter der Reichsregierung haben auf desfallsige Vorstellung die Erklärung abgegeben, dass nach der Handhabung der Nachversteuerung bei früheren Zollanschlüssen sowie mit Rücksicht auf die in der Sache selbst liegenden Billigkeitsgründe es keinem Zweifel unterliege, dass den hamburgischen Wünschen entsprechend bei der Nachversteuerung verfahren werde, zumal bei der vereinbarten Ueberweisung des Nachsteuer-

Ertrages an Hamburg dieses allein von dem durch die Ermässigung verursachten finanziellen Ausfall betroffen werden würde.

Zu Nr. 6, Kosten der baulichen Einrichtungen. a. Die erforderlichen Anlagen und ihre Kosten. Für die bauliche Einrichtung des Freihafenbezirks und die Umgestaltung der bestehenden Handels- und Verkehrs-Anlagen liegen durchgearbeitete Pläne und Kostenanschläge nicht vor. Bei den informatorischen Vorbesprechungen war die Mitwirkung der Verwaltungsbehörden zur Aufstellung solcher Pläne oder auch nur zur Feststellung eines denselben zu Grunde zu legenden Programms der Natur der Sache nach unthunlich. Es musste deshalb den mit den Vorbesprechungen betrauten Senatsmitgliedern überlassen werden, auf Grund der durch die Vorbesprechungen gewonnenen Information unter Zuziehung der hiesigen Techniker ein Programm für die Neugestaltung der Verkehrsverhältnisse zu entwerfen und mit Hülfe technischer Skizzen und Voranschläge ein Bild der in Aussicht stehenden Aufwendungen zu gewinnen. Weder der Senat noch die betheiligten Verwaltungs-Deputationen haben bisher mit diesen technischen Vorarbeiten sich näher beschäftigen können; dies wird vielmehr eine der ersten Aufgaben der nächsten Zukunft bilden. Der Senat beschränkt sich deshalb darauf, der Bürgerschaft lediglich zur vorläufigen Information Kenntniss von diesen Vorarbeiten und den bezüglichen technischen Voranschlägen zu geben. || Die Begrenzung des Freihafenbezirks sowie die zollsichere Abtrennung desselben ist bereits in No. 1 kurz beschrieben. Die Kosten dieser Arbeiten sowie der Einrichtung der grossen Zollabfertigungsstellen an den Ausgängen des Freihafenbezirks sind von den Technikern auf rund etwa 6 Millionen Mark veranschlagt worden. || Es wird hier jetzt namentlich darauf ankommen, die in Aussicht stehende Umgestaltung der Handels- und Verkehrs-Anlagen zu erwähnen und einen ganz vorläufigen Ueberblick über die dafür etwa aufzuwendenden Kosten zu gewähren. || Als Grundlage und Voraussetzung des ganzen aufgestellten Zollanschluss-Projects ist zunächst die Herstellung des bereits oben zu No. 1 erwähnten Canalzuges durch die Stadt zur Verbindung der Oberelbe mit der Niederelbe im Zollgebiet anzusehen. Die jetzige Verbindung ist lediglich auf den lokalen Schutenverkehr berechnet, nur zur Fluthzeit fahrbar und zur Aufnahme des grossen Verkehrs kleiner Marktfahrzeuge von der Ober- und der Niederelbe zur Stadt gänzlich ungeeignet. Für die Herstellung dieses Canals sind drei verschiedene Richtungen denkbar, welche in einer auf der Kanzlei der Bürgerschaft deponirten Skizze der vorläufig in Aussicht genommenen Einrichtungen des Freihafenbezirks angegeben sind. Es kann entweder die jetzige Verbindung des Oberhafens mit dem Binnenhafen durch das Wandrahmfleeth entsprechend verbreitert und vertieft werden, oder es kann das Fleeth hinter der Reichenstrasse vom Messberg bis zur Zollenbrücke entsprechend ausgebaut werden, oder endlich kann zwischen diesen beiden Fleethzügen unter theilweiser Mitbenutzung des Wandrahmfleeths ein neuer Fleethzug von diesem bis zu dem grossen Fleeth hinter

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

der Neuenburg durchgebrochen werden, unter Durchschneidung der Strassen 2. Brandstwiete, neue Gröningerstrasse und Grimm. Die Kosten eines solchen Canals sind je nach der Wahl der Richtung und je nachdem die Breite desselben auf 40, 45 oder 60 Meter bestimmt wird, sehr verschieden. Der Anschlag für ein Project zur Verbreiterung des Fleethzuges hinter dem Wandrahm und den Mühren auf theils 45 m, theils 60 m beläuft sich einschliesslich der erforderlichen Expropriationen und Brückenbauten auf etwa 31 Millionen Mark, die Herstellung eines neuen Canals vom Wandrahmfleeth nach dem Neuenburgfleeth, welcher allerdings in nautischer Beziehung manche Nachtheile wegen der unvermeidlichen Krümmungen bietet, ist dagegen auf nur etwa 20 Millionen Mark veranschlagt. Es wird Senat und Bürgerschaft überlassen bleiben, auf Grund der von den hiesigen Verwaltungs-Behörden anzustellenden Ermittelungen und abzugebenden Gutachten sich darüber schlüssig zu machen, welche von den erwähnten drei Richtungen des Canals den hamburgischen Verkehrs- und Finanz-Interessen am meisten entspricht. In Verbindung mit diesem Canal steht die Verbreiterung des die Fortsetzung desselben bildenden Oberhafencanals an der Stelle, wo durch Vorspringen des Stadtdeichs eine erhebliche Einengung desselben vorhanden ist, welche die Passage des kleinen Verkehrs erheblich behindern würde. Die Techniker haben an dieser Stelle die Zurückverlegung des Stadtdeichs bis an die Danielstrasse projectirt und die Kosten dafür einschliesslich der erforderlichen Expropriationen auf circa 3 Millionen Mark veranschlagt. || Ebenso unerlässlich wie die Herstellung dieses Canals ist die Umgestaltung, Erweiterung und Verlegung unserer Hafenanlagen für Seeschiffe. Durch den Eingangs zu No. 1 geschilderten Zollweg von der Niederelbe bis zum Binnenhafen geht eine erhebliche Anzahl von Liegeplätzen für grosse Seeschiffe verloren, für welche angemessener Ersatz zu schaffen ist. Es ist ferner die Herstellung grösserer Quailängen und die Beschaffung von Terrains für grosse Speicheranlagen am tiefen Wasser geboten. Es ist deshalb die Herstellung des Baakenhafens zu einem Quaihafen in der Weise unserer bestehenden Quaianlagen in Aussicht genommen, und wird derselbe vielleicht an der Nordseite mit gewöhnlichen Schuppen, an der Südseite, dem jetzigen Baakenwärder, mit Speicheranlagen am tiefen Wasser zu versehen sein, welche wiederum nach Süden für den Schutenverkehr in directe Verbindung mit der Elbe gebracht werden könnten. Ferner würde die Westseite des Magdeburger Hafens in der Nähe der jetzigen Quaianlagen ebenfalls für Speicheranlagen am tiefen Wasser herzurichten sein. Am südlichen Elbufer werden Hafeneinschnitte von dem erforderlichen Umfang herzustellen sein als Liegeplätze für Segelschiffe, eventuell auch zur Vereinigung des gesammten Steinkohlenverkehrs von England und aus dem Inlande, sowie als Liegeplätze für solche oberelbesche Fahrzeuge, welche ihre Ladung im Freihafenbezirk empfangen oder dahin abliefern. Die Kosten dieser Anlagen sind im Ganzen auf etwa 21 Millionen Mark veranschlagt. || An neuen Hafenanlagen kommt endlich noch in Betracht die Herstellung neuer Liegeplätze für

oberelbesche Fahrzeuge im Zollgebiet an Stelle der jetzigen Liegeplätze im Baakenhafen, Brookthorhafen und Magdeburger Hafen, welche für Seeschiffe nutzbar zu machen sind, ferner die Einrichtung einer neuen Abfahrtstelle für die oberelbeschen Dampfböte, welche nicht im Freihafenbezirk verbleiben kann. Die Kosten dieser Anlagen sind auf etwa Mk. 1,300,000 veranschlagt. Für den niederelbeschen Verkehr ist eventuell die Erweiterung des St.-Pauli-Markt- und Landungsplatzes bis zur Altonaer Grenze in Aussicht genommen, deren Kosten sich auf 1½ Millionen Mark belaufen werden. || Eine der am schwierigsten zu erledigenden und am wenigsten im voraus zu übersehenden Fragen wird die sein, in welchem Umfange Speicheranlagen im Freihafengebiete herzustellen sein werden und ob die Herstellung auf öffentliche Kosten geschehen muss oder der Privatunternehmung ganz oder theilweise zu überlassen ist. Es ist davon ausgegangen, dass es im Interesse des Handels und Verkehrs sich empfehle, so lange als möglich die Waarenlagerung im Wesentlichen auf dem nördlichen Elbufer in thunlichst naher Verbindung mit der Stadt zu erhalten. Es ist deshalb bei den aufgestellten Projecten darauf Bedacht genommen, dass auch bei Beschränkung des Freibezirks auf die Quai- und Hafenanlagen doch ein ausreichender Raum zur Lagerung der hauptsächlich auf den Freihafenbezirk angewiesenen Waaren erhalten bleibe. Die für Speicherbauten geeigneten Terrains auf Baakenwärder, am Strandquai und am Magdeburger Hafen bieten zusammen eine Grundfläche von 106,500 qm oder, wenn die Nordseite des Baakenhafens nicht mit Speichern, sondern mit Schuppen zu bebauen ist, von 69,000 qm; die gänzliche Bebauung dieses Terrains mit Speichern würde etwa 40 Millionen, unter Ausscheidung der Nordseite des Baakenhafens 30 Millionen Mark kosten und die Möglichkeit zur gleichzeitigen Lagerung von etwa 7 Millionen Centnern Güter gewähren. Mit den hiernach zur Verfügung stehenden Lagerräumen am diesseitigen Elbufer wird deshalb für absehbare Zeit auszureichen sein, so dass eine Verlegung des eigentlichen Waarengeschäfts nach der anderen Seite der Elbe umsomehr vermeidlich erscheint, als auch eine mehr oder minder grosse Anzahl der in der Stadt belegenen Speicher als Privatläger unter Zollaufsicht weiter wird benutzt werden können. Eine Abschätzung darüber, in welchem Umfange dies der Fall sein wird, ist zur Zeit nicht möglich, da in kaufmännischen Kreisen die Ansichten über die Brauchbarkeit der Privatläger unter Zollaufsicht noch nicht genügend geklärt sind. Ueberdies ist, abgesehen von den inländischen Waaren, auch die Menge der gering bezollten und zollfreien Waaren, welche direct seewärts eingeführt werden, eine recht grosse. Nach einer Uebersicht über die directe Seeeinfuhr Hamburgs im Jahre 1879, classificirt nach dem jetzigen Zolltarif, welche vom handelsstatistischen Bureau aufgestellt ist, entfielen 1879 von den direct seewärts eingeführten 46 Millionen Centnern auf zollpflichtige Stückgüter ca. 6 Millionen Centner, auf zollpflichtige Massenartikel (Eisen, Petroleum, Getreide, Reis, Holz etc.) ca. 10 Millionen Centner, auf zollfreie Massenartikel ca. 30 Millionen Centner.

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

Bei einer Vergleichung dieser Mengen mit dem eventuell herzustellenden Lagerraum für 7 Millionen Centner Güter im Freihafenbezirk am nördlichen Elbufer ist zu berücksichtigen, dass von den zollpflichtigen Stückgütern ein nicht unerheblicher Theil direct transitirt, die zollfreien Massenartikel aber ebensowohl in der Zollstadt wie im Freihafenbezirk gelagert werden können, und dass von den zollpflichtigen Massenartikeln ein Theil, wie z. B. Petroleum, auf den südlichen Freihafenbezirk angewiesen, ein anderer, wie Reis und Holz, die Läger im Zollgebiet aufsuchen wird. || Bevor von Senat und Bürgerschaft eine Entscheidung darüber getroffen sein wird, welche Theile der Kehrwieder-, bezw. der Wandrahmsinsel zum Freihafenbezirk hinzugezogen werden sollen, und bevor sich übersehen lässt, welche Speicheranlagen dort erhalten werden können oder neu hergestellt werden, wird sich auch der Umfang der an anderen Stellen herzustellenden Speicherbauten nicht mit einiger Sicherheit bemessen lassen. Hervorgehoben mag hier übrigens schon werden, dass bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Reichsregierung Einverständniss darüber hergestellt ist, dass mit den übrigen durch den Zollanschluss veranlassten Bauten auch die Speicherbauten, welche nach Beschluss von Senat und Bürgerschaft schliesslich auf öffentliche Kosten hergestellt werden müssen, zur Hälfte vom Reiche zu tragen sind, innerhalb des vereinbarten Maximalbeitrages des Reiches zu diesen Kosten. || In Bezug auf die Höhe der aufzuwendenden Gesammtkosten ist endlich noch hervorzuheben, dass die Expropriationskosten, welche für die Beseitigung der Wohnungen und Detailhandlungen in den eventuell zum Freihafen zu ziehenden Complexen am nördlichen Elbufer, sowie für die Beseitigung der Detailhandlungen und die thunlichste Beschränkung der Wohnungen auf Steinwärder, aufzuwenden sein werden, zur Zeit gar nicht zu übersehen sind. Es ist jedoch bei der öffentlichen Erörterung dieser Frage oftmals darauf hingewiesen, dass die Privatspeculation die Umgestaltung der betreffenden Complexe zu Lagerzwecken und Industriebezirken in die Hand nehmen und ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel von Erheblichkeit durchführen werde. Es wird abzuwarten sein, ob diese Erwartungen sich erfüllen, und wird bei der Bemessung der in den Freihafenbezirk eventuell einzubeziehenden, zur Zeit mit Wohnungen besetzten Quartiere hierauf vor Allem Rücksicht zu nehmen sein.

b. Der Kostenbeitrag des Reiches. Die hamburgischen Bevollmächtigten haben ihre Bestrebungen darauf gerichtet, das Zugeständniss einer runden Summe als Aversionalbeitrag des Reiches zu den Gesammtkosten des Zollanschlusses zu erlangen, um jegliche Erörterung mit dem Reich über die hier auszuführenden baulichen Anlagen zur Errichtung des Freihafenbezirks zu vermeiden, während andererseits von den Vertretern der Reichsregierung anfänglich eine eingehende Prüfung der Pläne und Anschläge durch eine Commission von Bautechnikern und Zolltechnikern für nöthig gehalten wurde, um die erforderlichen Grundlagen für die Beantragung eines einigermaassen erheblichen Beitrages beim Bundesrath und Reichstage zu gewinnen. Im Fortgange der Verhand-

lungen gewannen die hamburgischen Bevollmächtigten die Ueberzeugung, dass als Aversionalbeitrag ohne jede Kenntnissnahme von dem hier Herzustellenden nur ein so geringer Beitrag zu erlangen sei, dass eine Ueberbürdung der hamburgischen Finanzen durch den Hamburg allein verbleibenden Theil der nothwendig werdenden Ausgaben befürchtet werden musste. Es musste deshalb nach neuen Grundlagen für eine Verständigung über diesen wichtigen Punkt gesucht werden, was wesentlich dadurch erleichtert wurde, dass der Herr Reichskanzler den hamburgischen Anträgen in dieser Beziehung ein bereitwilliges Entgegenkommen bewies, von einer technischen Prüfung absehen zu wollen erklärte und einen bestimmten Procentbetrag zu der von Senat und Bürgerschaft für den Zollanschluss Hamburgs zu bewilligenden Summe in Aussicht stellte. Auf dieser Grundlage hat die in der Vereinbarung enthaltene Verständigung stattgefunden. || Nach derselben übernimmt das Reich die Hälfte der von Hamburg aufzuwendenden Kosten bis zur Maximalsumme von 40 Millionen Mark. Die Fassung des Absatzes 1 der Nr. 6 ist eine so weite, dass nach derselben über die hamburgischerseits in Rechnung zu stellenden Arbeiten eine Meinungsverschiedenheit zu Ungunsten Hamburgs schwerlich würde entstehen können. Zur Beseitigung jeden Zweifels ist jedoch auf Wunsch der hamburgischen Bevollmächtigten noch eine specielle Verständigung in dieser Beziehung erfolgt. Es sind nämlich im Nebenprotokoll unter 5 die Objecte, welche nach den zu Gebote stehenden technischen Vorarbeiten in Frage kommen können und in dem vorhergehenden Abschnitt näher geschildert sind, speciell aufgeführt und als solche bezeichnet, welche zu den unter Nr. 6 der Vereinbarung erwähnten Bauten und Anlagen für den Zollanschluss Hamburgs insbesondere zu rechnen sind. Diese Objecte lassen sich kurz, wie folgt, zusammenfassen: der Canalzug von der Oberelbe nach der Niederelbe nebst einer im Zollgebiet belegenen Strasse an demselben; die Zolleinrichtungen nebst Expropriationen und Anlagen für den Verkehr in der Nähe der Zollgrenze; die Umgestaltung der Hafenanlagen am rechten Elbufer, Quais und Speicheranlagen daselbst; neue Häfen am linken Elbufer nebst Eisenbahnanlagen; sonstige Einrichtungen und Expropriationen (Aptirung, Aufhöhung, thunlichste Beseitigung der Wohnungen etc.) am linken Elbufer; neue Liegeplätze für Elbkähne und sonstige Flussfahrzeuge (Ewer, Schuten etc.). || Zur Ermittelung der Gesammtsumme der für diese Zwecke beabsichtigten Ausgaben soll hamburgischerseits ein Generalplan und General-Kostenanschlag aufgestellt werden. Die Aufstellung desselben ist ohnehin unerlässlich, weil so umfassende Bauwerke, welche, wenn auch nicht vollständig bis zur Zeit des Zollanschlusses, so doch immer in gegebener Zeit von vielleicht 10 oder 15 Jahren fertig zu stellen sind, nur nach einem zusammenhängenden Plane ausgeführt werden können. Eine successive Beschlussfassung über die einzelnen Theile der Gesammtanlagen würde die rationelle Vertheilung der Arbeiten sehr erschweren und eine erhebliche Vertheuerung zur Folge haben, weil ein richtiges Ineinandergreifen der Arbeiten nicht bewirkt werden könnte. || Die Vertreter der

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

Reichsregierung haben den Wunsch ausgesprochen, dass dieser Generalplan der Reichsregierung zur Kenntniss mitgetheilt und eine Verständigung über denselben im Allgemeinen in der Vereinbarung vorgesehen werden möge; es bestand jedoch vollständiges Einverständniss darüber, dass durch diese Verständigung Hamburg nicht etwa in der Projectirung der Bauten in irgend welcher Weise beschränkt werden, also eine bautechnische Prüfung des Planes in keiner Weise eintreten solle, vielmehr die Modalitäten der Ausführung der Bauten etc. Hamburgs eigenem Ermessen ganz zu überlassen seien. Die Verständigung soll sich nur auf eine allgemeine Erörterung der Grundlagen des Generalplans in der Richtung erstrecken, ob die vorzunehmenden Arbeiten als durch den Zollanschluss veranlasst anzusehen sind. Eine entsprechende Verabredung ist in das Nebenprotokoll unter 6 aufgenommen worden. Da nun im Nebenprotokoll unter 5 die jedenfalls dem Reiche zur Hälfte in Rechnung zu stellenden Arbeiten bereits in umfassender Weise aufgeführt sind, in dieser Beziehung also materielles Einverständniss schon besteht, so hat die Verständigung mit der Reichsregierung mehr eine formelle Bedeutung. In diesem Sinne wird das Verlangen nach Mittheilung des Planes und Erörterung der Grundlagen desselben mit Rücksicht auf die Höhe des vom Reiche zugesagten Kostenbeitrages als berechtigt anerkannt werden müssen. || In Bezug auf die Modalität der Auszahlung des Reichsbeitrages zu den Kosten ist im Absatz 3 der No. 6 der Vereinbarung festgesetzt, dass die Auszahlung in 10 gleichmässigen Jahresraten, also unabhängig von den in den einzelnen Jahren wirklich verausgabten Beträgen, erfolgen soll. Es wird hierdurch den beiderseitigen Absichten entsprechend vermieden, dass eine fortlaufende Rechnungslegung während der Bauzeit nöthig wird. Die Summe des Reichsbeitrages wird nach dem eventuell mit Vorbehalt einzelner Punkte festzustellenden Generalplan und Generalkostenanschlag bemesssen werden; namentlich werden Ausgaben für Expropriationen in diesen Kostenanschlag entweder nach sachverständiger Schätzung von vornherein mit aufzunehmen sein, oder aber nach Maassgabe der wirklich erfolgten Ausgabe dem Reiche in gewissen Abschnitten zur Vergütung der Hälfte aufgegeben werden können. || Nach dem vorstehend Erörterten werden die Kosten der neuen Bauten und Anlagen, welche Hamburg zur Last bleiben, allerdings sehr bedeutende sein und wahrscheinlich die Höhe des Reichsbeitrages noch erheblich übersteigen. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die mit denselben herzustellenden Neugestaltungen, insbesondere die neuen Hafen- und Quaianlagen, dem Handel und der Schifffahrt auch im Uebrigen nutzbringend sein werden, dass im Laufe der Jahrzehnte manche dieser jetzt mit grosser Beschleunigung auszuführenden Anlagen für den zunehmenden Verkehr vielleicht ohnehin hergestellt worden wären, dass durch die Herstellung eines breiten und tiefen Canalzuges durch die Stadt auch dem Kleinverkehr und dem localen Waarenverkehr zwischen der Stadt und den Bahnhöfen wesentliche Erleichterungen zugeführt werden, endlich, dass die neuen Anlagen mit der Zeit doch auch zur Er-

höhung der Einnahmen aus den öffentlichen Verkehrsanstalten beitragen dürften.

Zu No. 7, Zeitpunkt des Anschlusses. Nach dem Urtheil der Techniker ist ein Zeitraum von 6—7 Jahren erforderlich, um die projectirten Quai- und Speicherbauten so zeitig fertig zu stellen, dass die letzteren schon vor dem Anschlusstermin zur Aufnahme derjenigen Ladungen geeignet sind, welche nicht erst im Zollgebiete gelagert werden sollen. Erwägt man nun, dass immerhin eine längere Frist vergehen wird, bis die Pläne über das, was ausgeführt werden soll, so weit gereift sein werden, dass thatsächlich Hand ans Werk gelegt werden kann, so wird der stipulirte Termin als angemessen erscheinen. Sollten aber selbst die Expropriationen und sonstigen Arbeiten namentlich auf dem jetzt mit Wohnhäusern besetzten Stadttheile sich über jenen Termin hinaus verzögern, so wird daraus ein Hinderniss für die Ausführung des Anschlusses nicht erwachsen; vielmehr wird dann auf provisorische Aushülfen Bedacht zu nehmen sein. Der in der Vertrauenscommission mehrfach ausgesprochene Wunsch, dass die Uebergangszeit nicht länger als dringend erforderlich bemessen werde, wird von dem geschäftstreibenden Publikum allgemein getheilt werden.

Zu No. 8, Nachsteuer. Es ist hervorzuheben, dass die bei dem Anschluss von Lübeck stattgehabte Erhebung der Nachsteuer unter weitgehender Berücksichtigung der Interessen des Handels und Verkehrs ausgeführt worden ist und dass die dort angewandten Grundsätze auch hier zur Anwendung kommen sollen. Die Ueberweisung des ganzen Nachsteuerertrages an Hamburg wird die Gewährung von Ermässigungen und Erlassen der Nachsteuer in geeigneten Fällen für geringwerthige Waaren, Ladenhüter etc. sowie die Gewährung ausgedehnter Zahlungsfristen wesentlich erleichtern.

Zu No. 9, Hauptzollamt. Die hier getroffene Bestimmung, dass das jetzt gemeinschaftliche Hauptzollamt eventuell von Preussen übernommen werden soll, bezieht sich lediglich auf die Zeit bis zur Ausführung des Zollanschlusses im Jahre 1888, mit welchem dasselbe dann auf Hamburg übergeht. Da das hiesige Hauptzollamt schon jetzt unter preussischer Leitung steht, so besteht die eigentliche Bedeutung der Veränderung darin, dass eine von der jetzigen abweichende Verrechnung der Kosten Platz greifen wird, welche das hamburgische Interesse indess nicht berührt.

Zu No. 10, Ausführung. Hier ist das weiter einzuschlagende Verfahren genau geregelt. Wesentlich ist, dass nach der von Hamburg erklärten Zustimmung zunächst der Bundesrath seine Genehmigung zu ertheilen und sodann in Betreff der No. 6 der Reichstag seine Bewilligung auszusprechen hat, damit die vorliegende Vereinbarung in Wirksamkeit treten kann. ‖ Indem der Senat bemerkt, dass eine Ausfertigung des in der Vereinbarung Anl. 1 in Bezug genommenen Planes auf der Bürgerschaftskanzlei niedergelegt worden, richtet er seinen Antrag dahin,

Nr. 7512. Hamburg. 3. Juni 1881.

die Bürgerschaft wolle es mitgenehmigen, dass die vorbehaltene Zustimmung zu der als Anlage 1 vorliegenden Vereinbarung mit Nebenprotokoll Anlage 2 hamburgischerseits ertheilt werde.

Nr. 7513. HAMBURG. — Erklärung der Handelskammer betreffend den Zollanschluss.

Nr. 7513. Hamburg. 7. Juni 1881.

Die Handelskammer hat stets den grössten Werth gelegt auf die unbeschränkte Freiheit der Bewegung, welcher unser Handel seine bisherige Blüthe verdankt, und hat demgemäss noch in ihrem letzten Jahresberichte ausgesprochen, dass sie lediglich vom Standpunkte unserer Handelsinteressen aus die Erhaltung des jetzigen Zustandes für das Wünschenswertheste halte. Aber schon damals hat sie sich der Ansicht nicht zu verschliessen vermocht, dass die Macht der Verhältnisse die Aufgabe dieses Zustandes erheischen könnte, und sie hat diejenigen Punkte bezeichnet, welche sie als unerlässliche Vorbedingungen eines näheren Anschlusses an das Zollgebiet betrachtete. Das damals als möglich Vorausgesehene ist eingetreten. Nachdem der Senat und die Mehrzahl der von der Bürgerschaft erwählten Vertrauensmänner zu der Ansicht gelangt sind, dass es geboten sei, mit der Reichsregierung über die Aufgabe unserer bisherigen Freihafenstellung in Verhandlungen zu treten, nachdem diese Verhandlungen in der vorliegenden Vereinbarung ihren Abschluss gefunden haben, wird eine Ablehnung derselben nur dann gerechtfertigt erscheinen können, wenn ihre eingehende Prüfung zu dem Resultate führen würde, dass sie eine wesentliche Gefährdung unserer Handelsstellung herbeizuführen drohe. || Das ist aber nach der Ueberzeugung der Handelskammer nicht der Fall. Ein vollständiger Freihafen, welcher sich von dem bisherigen Zustande nur durch den Umfang unterscheidet, wie ihn die Handelskammer und die Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns wiederholt als Hauptbedingung jeden Anschlusses hingestellt haben, ist dauernd gewährleistet, und zwar in der denkbar bündigsten Form, welche alle Meinungsverschiedenheiten, die betreffs der Bedeutung des Art. 34 der Reichsverfassung hervorgetreten sind, ausschliesst. Damit ist der Bestand und die gesunde Fortentwickelung des eigentlichen Mittelpunktes unserer Handelsstellung, der Hauptquelle unseres Wohlstandes, unseres überseeischen Grosshandels und namentlich des internationalen Zwischenhandels, gesichert. Dasselbe gilt bezüglich der im Freihafengebiet belegenen oder zu begründenden Export-Industrien. Aber auch für die in dem anzuschliessenden Gebiet belegenen Industrien, für den Handel, soweit er mit der Zollverwaltung in Berührung kommen muss, ist Vorsorge getroffen worden. In dieser Beziehung ist es von hervorragender Bedeutung, dass die Zollverwaltung hamburgischen Behörden übertragen werden soll. Naturgemäss ist in den Regulativen dem Ermessen der oberen Zollbehörden ein weiter Spielraum gelassen. Eine mit den Gewohnheiten und Bedürfnissen unseres Handels

eng vertraute Zollverwaltung wird ohne Schädigung des fiskalischen Interesses schon bei den bestehenden Regulativen dem Handel grosse Erleichterung gewähren können. Die Einzelbestimmungen bezüglich der Anstellung der unteren Beamten, bezüglich der Aufhebung jeder Beschränkung der Dienstzeit, des Wegfalls der Nebengebühren, der Zulassung der Revision am Speicher u. s. w. lassen die Tragweite dieses Punktes erkennen. Darüber hinaus sind Abänderungen der Regulative, bezw. des Zollgesetzes, in Aussicht genommen, und bezüglich der wichtigsten Punkte hat die Reichsregierung bereits ihr Einverständniss mit den diesseitigen Wünschen erklärt. Diese detaillirten Zusagen sind von grossem Werth; eine fernere Garantie für die Einführung aller mit dem Interesse der Zollsicherheit vereinbaren Erleichterungen erblickt die Handelskammer aber in dem Umstande, dass die Reichsregierung naturgemäss dahinwirken wird, dass jetzt, nachdem die schwebende Frage in ihrem Sinne gelöst ist, Hamburg seine Aufgabe dem Reiche gegenüber in möglichst umfassender Weise erfüllen könne und der Erfolg ihre Bestrebungen, die zu diesem Resultat geführt haben, rechtfertige. || Die Handelskammer hätte allerdings gewünscht, dass es möglich gewesen wäre, in der Vereinbarung die völlige Freiheit der Unterelbe zu sichern. Sie muss aber anerkennen, dass hier eine vollendete Thatsache vorliegt, welche mit dieser Vereinbarung, mag dieselbe angenommen oder abgelehnt werden, in keiner Verbindung steht, und dass auch hier, wie bei den Regulativen neben den formellen Zusicherungen die Natur der Sache nachtheilige Folgen verhindern wird. || Die Handelskammer ist sich vollkommen bewusst, dass sowohl durch den Uebergang zu den neuen Verhältnissen als durch diese selbst manchen Geschäften, ja ganzen Interessenkreisen Verluste und Unbequemlichkeiten erwachsen, dass vor Allem den Besitzern von Speichern manche Opfer besser nicht erspart bleiben werden. In Anbetracht aber des für das Freihafengebiet in Aussicht genommenen Umfanges, in Anbetracht der Aenderungen in den Regulativen, welche die Benutzung der angeschlossenen Speicher auch für zollpflichtige Waaren erleichtert, während die Lagerung zollfreier Güter und solcher, die aus dem Inlande kommen oder für den Absatz im Inlande fest bestimmt sind, in ihnen ganz unbehindert ist und ihnen die Verlegung mancher Geschäfte aus der Zollvereins-Niederlage in die innere Stadt und der zu erwartende Zuzug neuer zugute kommen werden — in Anbetracht aller dieser Umstände glaubt die Handelskammer, dass diese Gefahr von manchen Seiten überschätzt wird. Für die Gesammtheit aber muss ihr gegenüber eine Beruhigung darin liegen, dass die Verlegung der Speicher aus der innern Stadt an den Strom selbst eine zeitgemässe und rationelle Entwickelung ist, welche sich auch ohne äusseren Anlass allmählich vollziehen würde, und dass ihre Beschleunigung neben manchen Nachtheilen auch nicht ohne Vortheile sein wird. || Die Handelskammer ist der Ueberzeugung, dass die Umsicht uud Thatkraft des Hamburger Kaufmannstandes die aus dem Uebergange entstehenden Schwierigkeiten siegreich überwinden werden; sie glaubt auch, dass manche Handelszweige und Industrien, die bisher zur vollen

Nr. 7513. Hamburg. 7. Juni 1881.

Entwicklung nicht gelangen konnten, durch den Zollanschluss günstiger gestellt und zu neuer Blüthe sich entfalten werden, und sie hält endlich die einer definitiven Ordnung der Verhältnisse unausbleiblich folgende Beruhigung, die festere und wohlwollendere Verbindung mit dem übrigen Deutschland für so werthvolle Güter, dass sie nur dringend wünschen kann, die Bürgerschaft möge dem vorliegenden Senatsantrage betreffs Genehmigung der mit der Reichsregierung getroffenen Vereinbarung zustimmen — überzeugt, dass ein solcher Beschluss besser als der Standpunkt starrer Zurückweisung geeignet ist, das Gedeihen der Vaterstadt zu sichern.

Hamburg, den 7. Juni 1881.

Die Handelskammer.
Arthur Lutteroth, p. t. Präses.

Griechisch-Türkische Beziehungen.

Nr. 7514. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Botschafter in Berlin (Russell). — Aufforderung an die deutsche Regierung, nach Scheitern des Schiedsgerichtsprojectes einen neuen Vorschlag zu machen.

Foreign Office, January 17, 1881.

Nr. 7514. Gross-britannien. 17. Jan. 1881.

My Lord, — I have been informed to-day by the French Ambassador, that the proposal for arbitration on the Greek Frontier question which they had made is now abandoned by them. As this attempt to settle the question is given up owing to the want of success with which it met, I should wish your Excellency to ascertain whether the German Government would be disposed to come forward with a proposal. Considering the position of Germany in regard to the affairs of Eastern Europe, it would seem to be easier for her than for any other Power to make such a proposal as would be likely to be acceptable; and I may add, that the French Government declare, that they will be ready to support any proposal that can be suggested which would have a probable chance of being successful. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7515. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den engl. Min. d. Ausw. — Bismarck räth, den Vorschlag der Pforte, Botschafterverhandlungen in Konstantinopel zu eröffnen, anzunehmen.

Berlin, January 18, 1881.

Nr. 7515. Gross-britannien. 18. Jan. 1881.

My Lord, — On receiving your Lordship's telegram of last night I communicated its substance to Prince Bismarck this morning through the

13*

Nr. 7515. Grossbritannien. 18. Jan. 1881.

Minister for Foreign Affairs. || I said, that the French Ambassador in London had informed your Lordship yesterday, that the French Government had abandoned their proposal for arbitration, and that they declared themselves ready to support any other proposal that could be suggested with a probable chance of success. Under these circumstances, Her Majesty's Government desired to ascertain whether Prince Bismarck would be willing to make a proposal for the settlement of the Greek frontier, since the position of Germany with regard to Eastern affairs would render a suggestion emanating from his Highness more likely to be acceptable and successful. || Prince Bismarck replied, through Count Stirum, that he knew of no effectual settlement of the Greek question which would not involve coercive measures, and that the German Parliament would not sanction any such on the part of the German Government. || He thought, therefore, that the Powers would do well to accept the new Turkish proposal to negotiate with their Representatives at Constantinople on the chance of its leading to a peaceful solution. I have, &c.

Odo Russell.

Nr. 7516. GRIECHENLAND. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Griechenlands bei den Grossmächten. — Unhaltbarer Zustand Griechenlands in Folge der Verzögerung der Ausführung des Konferenzbeschlusses.

Athènes, le 8/20 Janvier, 1881.

Nr. 7516. Griechenland. 20. Jan. 1881.

Le besoin de pacifier les Provinces d'Épire et de Thessalie et de consolider ainsi la paix en Orient a provoqué le Protocole 13 du Congrès de Berlin. || Les Puissances Européennes réunies en Haute Cour Internationale se sont reconnues à juste titre le droit de mettre fin à un état de choses précaire et gros de dangers pour la paix de l'Orient et de l'Europe. Elles ont décidé qu'une rectification de frontières aurait lieu entre les deux Etats limitrophes. Ce n'était pas la première fois que l'Europe se reconnaissait un pareil droit et qu'elle en usait pour l'intérêt général. Bien des fois elle a cru devoir et pouvoir interposer sa haute autorité en faveur de la paix pour décider des cessions territoriales et apporter des modifications profondes dans les relations réciproques des Etats de l'Orient. Mais pour faire respecter et exécuter ses décisions elle a dû presque toujours user de sa force, surtout vis-à-vis de la Turquie, dont la politique traditionnelle se résume en deux mots: "subterfuges" et "temporisations." C'est ce système que le Gouvernement Ottoman oppose encore aujourd'hui à la décision de l'Europe contenue dans le Protocole 13. Après l'avoir acceptée en principe il en a évité et évite toujours l'exécution, en faisant traîner depuis bientôt trois ans la discussion des détails. || Le mauvais vouloir de la Porte a provoqué la réunion

de la Conférence de Berlin. Cette assemblée n'a pris pour base de ses décisions que l'esprit et les termes du Protocole 13. Elle a taxé d'exagérée la ligne demandée par la Grèce; elle a écarté celle appuyée par la Russie; quant au tracé proposé par la Turquie, elle le rejetait aussi, et, sur la protestation du Gouvernement Turc, le Président de la Conférence faisant remarquer à Sadoulhah-Bey "que toute médiation relative à des modifications de frontières doit nécessairement aboutir à indiquer des cessions de territoires, et que les décisions des Plénipotentiaires sont conformes à l'esprit et aux termes du Traité de Berlin." Ces décisions prises à l'unanimité et après une mûre délibération ont déterminé la ligne-frontière revendiquée aujourd'hui par la Grèce et qui présente, selon l'expression du Plénipotentiaire Français, "la plus grande somme d'avantages et les moindres inconvénients." || La Turquie ne s'est point, lors de la Conférence, fait d'illusion sur l'importance et la signification de la décision prise "La rectification projetée," écrivait le Ministre des Affaires Etrangères de Turquie à l'Ambassadeur de la Sublime Porte à Berlin, "tend à aboutir tout bonnement à la cession de deux provinces qui nous sont précieuses à tous égards. De larges territoires sont adjugés à la Grèce." Or, ce même Gouvernement, qui, il y a sept mois, voyait dans la décision de la Conférence une adjudication en faveur de la Grèce, n'y voit aujourd'hui qu'un simple avis dont il croit pouvoir refuser, ou tout au moins, ajourner indéfiniment, l'exécution, même après la déclaration qui lui a été faite par les Grandes Puissances, que les décisions de la Conférence sont irrévocables et qu'il ne pourrait plus être question que des moyens de leur exécution. || Ce système de lenteurs et d'atermoiements que la Porte continue de pratiquer n'a certes d'autre but que de lasser le sentiment national des habitants de l'Epire et de la Thessalie; de modifier, si c'est possible, les proportions numériques des nationalités constituant leur population; de fatiguer le Royaume Hellénique qui, fort de la décision de l'Europe, a entrepris l'oeuvre des préparatifs nécessaires, pour être à même, au moment venu, d'occuper les provinces qui lui ont été cédées et d'y rétablir l'ordre et la tranquillité. || Je crois inutile, M. le Ministre, de m'appesantir sur tout ce que le prolongement d'un pareil état de choses peut avoir de grave et de périlleux, pour nous aussi bien que pour la Turquie et les provinces limitrophes. Quant à la Grèce, il épuise ses finances; il tient les esprits de ses habitants en effervescence continuelle; il paralyse le commerce et l'industrie du pays et nuit profondément au développement de son bien-être. Quant aux habitants des deux provinces limitrophes qui s'attendent d'un moment à l'autre à voir exécutées les décisions Européennes et réalisées leurs aspirations les plus chères, leur situation est de tout point déplorable. Flottant entre l'espoir et la crainte, entre l'attente et le découragement; n'osant exprimer leur pensée ni manifester leurs sentiments, sous peine de se voir jetés en prison ou expatriés; en butte à toutes les vexations d'une administration incertaine du lendemain et ne pensant qu'à les exploiter; tout les porte à

Nr. 7516. Griechenland. 20. Jan. 1881.

l'exaspération, et le moment n'est peut-être pas loin, où la dernière goutte fera déborder leur patience. || Telle est la situation de la Grèce libre et des provinces Helléniques que l'Europe lui a adjugées. Le doute et l'incertitude tiennent tout en suspens. L'irritation et l'effervescence des habitants du Royaume prennent de jour en jour des dimensions inquiétantes. Autant les désastres qui pourraient résulter d'une situation si tendue seront grands, autant la responsabilité en sera lourde. || Nous nous faisons un devoir de signaler cet état de choses alarmant à l'attention sérieuse des Puissances Européennes. C'est à l'Europe, qui, dans sa haute équité, a décidé ce qui était juste et convenable, d'user des moyens qu'elle jugerait nécessaires pour faire exécuter ses décisions et asseoir sur de solides bases la paix de l'Orient. || Veuillez donner lecture de la présente à son Excellence M. le Ministre des Affaires Etrangères et lui en laisser copie. || Veuillez, &c.

Coumoundouros.

Nr. 7517. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den engl. Min. d. Ausw. — Ansicht Bismarcks über die mit der Pforte zu eröffnenden Verhandlungen. Kreta als Compensationsobject.

Berlin, January 22, 1881.

Nr. 7517. Grossbritannien. 22. Jan. 1881.

My Lord, — With reference to my despatch of the 18th instant, and to your Lordship's telegram of the 20th, I requested the Minister for Foreign Affairs to tell Prince Bismarck, that Her Majesty's Government were fully sensible of the prompt and frank manner in which his Highness had answered their inquiry. Her Majesty's Government, I said, were still of opinion, that the will of Europe, if duly manifested, would be successful without the actual employment of force. They admitted, that that influence was diminished in proportion to the number of Powers who, either from motives of policy or in deference to the public opinion of the several countries, decline any possible resort to coercion. Her Majesty's Government, I said, desired to maintain their own liberty of action in this respect, and were unwilling to abandon the decisions of the Congress and of the Conference of Berlin without seeing the way to a successful result; but, wishing to give the most favourable consideration to the advice of his Highness, they would be glad to know "whether, according to his views, the basis of arrangement would be that the Turkish Government were willing to agree to the general opinions of the Powers conveyed through their Representatives at Constantinople?" || After seeing the Chancellor, Count Limburg Stirum told me, that his Highness had already received suggestions for a basis of agreement from Paris and from Vienna. Of the two, the one from Vienna seemed more in accordance with his own views. || Prince Bismarck thought, that the simplest mode of procee-

ding would be to ascertain what concessions the Sultan would be prepared to make beyond the insufficient and unacceptable line of frontier laid down in the note of the 3rd October, and then to negotiate further on the basis of the concessions made by His Majesty, claiming, at the same time, compensation elsewhere to Greece for those portions of the Berlin award the Porte persisted in wishing to retain. || Prince Bismarck thought, for instance, that the Island of Crete might be claimed by way of compensation to Greece with a fair prospect of success. || I have, &c.

Nr. 7517. Grossbritannien. 22. Jan. 1881.

Odo Russell.

Nr. 7518. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den engl. Min. d. Ausw. — Abgeneigtheit Griechenlands gegen einen von Deutschland ausgehenden Grenzvorschlag.

(Extract.) Athens, January 22, 1881.

Nr. 7518. Grossbritannien. 22. Jan. 1881.

The Greek Government have received information from their Representative in London, that the German Government have assented to your Lordship's proposal that they should suggest some mode of settlement for the frontier difficulty, and that they are of opinion that the recent proposal of the Porte to reopen negotiations at Constantinople might be resorted to with this object. || M. Coumoundouros has, on receipt of the above information, sent a telegraphic despatch to the Representatives of Greece at the Courts of the Six Powers, in which he states, that the Greek Government look upon a proposal of the above nature as even more injurious to the desires of Hellenism than the arbitration suggested by France, that its result will be to encourage the Ottoman Government in its unwillingness to yield the provinces to Greece, and that it is a distinct departure from the award of the Powers resulting from the Berlin Conference.

Nr. 7519. **OESTERREICH-UNGARN.** — Min. d. Ausw. (Haymerle) an den k. k. Botschafter in London. — Räth, den Vorschlag der Pforte, Botschafterverhandlungen in Konstantinopel zu beginnen, ohne Bedingungen anzunehmen.

Nr. 7519. Oesterreich-Ungarn. 23. Jan. 1881.

Respecting the French idea, that the Porte should be asked to communicate her last concessions previously to acceding to the Turkish proposal of negotiations in Constantinople we raised the following objections: — || We think, that it cannot be expected from a negotiating party to pronounce at once its last word; that such a demand would wreck the whole negotiation, and the Powers would then share the responsibility for the outbreak of the war; that the Powers would more easily hold back Greece from commencing hostilities if they could point to pending negotiations; that in the note of the

Nr. 7519. Oesterreich-Ungarn. 23. Jan. 1881. Porte, according to Assim-Pasha's advice, her disposition to further concessions is already contained. We are, therefore, of opinion, that the proposal of the Porte ought to be accepted, *en prenant acte* of their promise to remain on the defensive; it would be left to every Power to express the expectation of concessions on the part of the Porte. || Russia and Germany are for the acceptance of the Turkish proposal, Italy probably likewise. Only England has not yet given an answer.

Nr. 7520. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Wien. — Zieht den von Bismarck angeregten *modus procedendi* dem des Wiener Cabinets vor.

Foreign Office, January 25, 1881.

Nr. 7520. Gross-britannien. 25. Jan. 1881. Sir, — I learn from your Excellency's telegram of the 23rd instant, that Baron Haymerle is of opinion that the answer to the Turkish proposal for negotiations at Constantinople respecting the Greek frontier should convey the acceptance of it by the Powers, accompanied by the expression of their expectation or hope that, as Baron Calice had been given to understand, the Porte would extend its concessions beyond what was promised in its note of the 3rd October. I have to request you to inform his Excellency that Her Majesty's Government are unwilling to abandon the decisions at which the Berlin Conference arrived unless they should see their way to a succesful result. || It is not, however, their wish to impede negotiations for a peaceful settlement of the question. The course they would prefer is that which is understood to have been first indicated by Prince Bismarck, that the Porte should, in the first place, be asked confidentially what concessions it is prepared to make over and above the line which was conceded in its note of the 3rd October, and that the Representatives at Constantinople should, after ascertaining this, negotiate concessions on that basis and ask that Greece should be compensated for the loss of those portions assigned to her by the Berlin award which the Porte should desire to retain. || This is the course which they would consider preferable; but if Baron Calice has conveyed assurances to the Austro-Hungarian Government of a confidential character, but considered by them to be satisfactory, that the Porte is ready to go beyond the limits specified in the note of the 3rd October, Her Majesty's Government are prepared, on that understanding, to reply to the Turkish proposal in the terms suggested by Baron Haymerle, as reported in your despatch of the 20th instant, that the Powers take act of the conciliatory assurances given by the Government of the Sultan, and that the Representatives would examine any proposals that might be made to them and would then decide whether they were such as to offer a basis for negotiation. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7521. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Wien. — Zustimmung zu der von der österreichischen Regierung vorgeschlagenen Antwort auf das Circular der Pforte vom 14. Januar.

Foreign Office, January 28, 1881.

Nr. 7521. Gross-britannien. 28. Jan. 1881.

Sir, — Count Karolyi has communicated to me a telegram, addressed to him on the 23rd instant, which gives the precise terms of the reply which should, in the opinion of the Austro-Hungarian Government, be returned to the Turkish proposal for negotiations at Constantinople on the question of the Greek frontier, and directs him to invite the assent of Her Majesty's Government, that of the other Powers having, it is said, been received. || I have to request you to inform his Excellency, that Her Majesty's Government will, on the faith of the assurances received by the Austrian Ambassador from the Turkish Foreign Office, instruct Her Majesty's Chargé d'Affaires at Constantinople to tell the Porte that, after communication with the other Powers, they take note of the conciliatory disposition shown by the Circular of the 14th instant, and in the expectation that the intention of the Porte is to make overtures of a more promising character than those presented in their note of the 3rd October, they have directed him to receive any proposals which the Porte may have to offer, in order that they may consider, in consultation with the other Powers, whether they afford such a basis for an arrangement as would encourage the continuation of the negotiations. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7522. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den engl. Min. d. Ausw. — Stimmung in Griechenland. Misstrauen gegen die Leistungen des Heeres.

(Extract.) Athens, January 29, 1881.

Nr. 7522. Gross-britannien. 29. Jan. 1881.

I ventured, in my despatch of the 4th instant, to express the opinion that there are many persons in this country who would be satisfied if Greece could obtain, after a short delay and on a sure guarantee, less territory than was recommended should be ceded to it by the Conference at Berlin. || I have observed since, that this feeling has gained ground, and although no public expression has been given to it, still in private and general conversation one hears much less of the positive necessity of Greece getting possession, by force if necessary, of the whole of Epirus and Thessaly, and more of the necessity, in the interest of the country, of the speedy solution of the question. || The Chambers met on the 27th instant; but there has been no business transacted, nor indeed has there been a sufficient number of members of the Ministerial party in Athens for the Government to venture to bring forward any

Nr. 7522. Gross-britannien. 29. Jan. 1881.

of the measures they have announced, or to open the discussion on the Budget, and it is not expected that anything serious will be brought forward for some days. || More than one Greek whose opinions possess weight has expressed to me, that it would be folly for this country to go to war for the sake of Janina; although it is generally considered that the possession of Mezzovo is necessary for the defence of Thessaly, if that province should be ceded to Greece. || I think also there is growing in the minds of serious people a suspicion, that the military preparations of Greece are not sufficiently advanced, or that the army, though numerous, has not, or is likely soon to have arrived at a state which would justify great hopes of success if a collision with Turkish troops were to occur. || In order that any Government which may be in power in Greece should be able to satisfy the country that all that was possible had been done short of declaring war against Turkey, and also in the interest of the popularity of the King, on whom would certainly fall the blame in case of the non-fulfilment of the hopes of the country, it would be necessary to be able to show that, in accepting less than they had claimed, such a solution was imposed by the unanimous recommendation of the Great Powers, which it was impossible to disregard. || Some surprise and more disappointment has been very generally expressed here that the Powers should now be seeking for a settlement of the Frontier question on other lines than those laid down by the Conference of Berlin, and reaffirmed in the collective note of the 25th August last, by which it was understood that the discussion of a line of frontier could not be reopened. || This change is generally attributed to the defection of France from the line of policy which she at that time appeared to advocate. || Although the public prints continue to speak of that country with enthusiastic acknowledgments of the favour she has always shown to Greece, still the feeling felt and often expressed in private is rather bitter towards her, and the more so as exaggerated hopes had been based on certain friendly utterances of personages in France, who are now no longer in power, and of others who have found it necessary to subordinate their sympathies for this country to the necessities of their own policy at home.

Nr. 7523. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den engl. Min. d. Ausw. — Bismarck hat Verhandlungen angeregt über die Schritte der Grossmächte im Falle des Ausbruches des Krieges.

(Extract.) Berlin, January 30, 1881.

Nr. 7523. Gross-britannien. 30. Jan. 1881.

In reply to your Lordship's telegraphic query of last night as to the nature of the proposal made by Prince Bismarck to Baron Haymerle, mentioned yesterday by Her Majesty's Ambassador at Vienna to your Lordship, I have the honour to state that it consists in a suggestion to encourage an exchange

of ideas among the Powers in regard to the best means of localizing the Turco-Greek war, if, unfortunately, the negotiations about to be commenced at Constantinople should fail to bring about the desired pacific settlement of the Greek Frontier question.

Nr. 7523. Grossbritannien. 30. Jan. 1881.

Nr. 7524. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel (Goschen) an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Bismarck.

(Telegraphic.) Berlin, February 6, 1881, 1·40 P. M.

Conversation with Prince Bismarck yesterday justifies hope, that he may make satisfactory proposals in sense of my plan, grafted on to his own, for what he calls localization, but what nearly resembles contingent coercion. The plan would be for the Powers to agree in measures for defending Greece against invasion of Turks in case of war, and such concerted action to be utilized for the purpose of holding out some advantage to Greece if she is reasonable, and some danger to Turkey if she is unreasonable. Prince's tone was more favourable to Greece than I expected, but we could not count upon his joining in active measures himself. He wishes to meditate on the results of our conversation, and to discuss a plan this evening with Lord Odo Russell, Count Hatzfeld, and self. This involves a short delay in my departure, but this appears well worth while if there is a chance of Prince Bismarck proposing a possible plan.

Nr. 7524. Grossbritannien. 6. Febr. 1881.

Nr. 7525. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Bismarck ist bereit, die Initiative zu ergreifen. Seine Absichten.

(Telegraphic.) Berlin, February 7, 1881.

Prince Bismarck has agreed to take the initiative as your Lordship desired, and will submit a proposal to all the Powers for their consideration through the German Representatives. || His leading idea seems to be, that the Ambassadors at Constantinople, acting under instructions from their Governments, should agree on a fresh line, and overcome the objection to such change of front by giving an equal amount of territory to Greece as that of the Berlin Conference, but substituting Crete for a portion of Epirus, where the presence of Albanian Mussulmans, who already proved so troublesome, would prove a source of general danger. || The assent of Greece to be obtained before that of the Porte, Greece receiving assurances of moral support if she accepts. || Prince Bismarck admits the idea of other than moral support, but does not wish to specify further steps for the moment. He clearly contemplates naval support, and even suggested that possibly Greek troops might

Nr. 7525. Grossbritannien. 7. Febr. 1881.

Nr. 7525. Grossbritannien. 7. Febr. 1881.

be transported in ships of the Powers to such points as the Dardanelles, but wished such ideas not to be brought forward now. Such an attitude, he believes, will compel the Turks to accept. If, nevertheless, the new plan should fail and war ensue, his localization idea would remain open for consideration; but he prefers not to urge it upon the Powers yet.

Nr. 7526. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen zwischen Bismarck und Goschen.

Berlin, February 7, 1881.

Nr. 7526. Grossbritannien. 7. Febr. 1881.

My Lord, — On receiving your Lordship's telegram of the 1st instant, I informed Prince Bismarck of Mr. Goschen's proposed visit to Berlin. || Mr. Goschen saw Prince Bismarck on the 5th and again on the 6th, when he met Count Hatzfeldt, Count Limburg Stirum and Councillor Busch, and continued the exchange of ideas commenced the day before as to the best means of securing a peaceful solution to the Greek Frontier question. || Mr. Goschen will report his conversations with the German Chancellor to your Lordship, the result of which I am happy to say is that Prince Bismarck has agreed to take the initiative as your Lordship desired, and will submit a proposal to all the Powers for their consideration. || His Highness thinks, that the Representatives of the Six Powers, acting under instructions from their respective Governments, should agree on a fresh line of frontier and overcome the objection of such a change of front by giving an equal amount of territory to Greece as that of the Berlin Conference, but substituting Crete for a portion of Epirus where the presence of Albanian Mussulmans would prove a source of discontent and trouble and of weakness also to Greece in the future. || The line having been agreed upon by the Powers after careful and conscientious consideration, his Highness is of opinion, that the assent of Greece should be obtained before that of Turkey, and that while Greece should be encouraged to accept by assurances of moral support, Turkey should be warned of the consequences to herself if she hesitated any longer to join the Powers in carrying out a peaceful solution to the Frontier question. || Should these last efforts of the Powers unhappily fail, and Turkey and Greece prefer war to following the friendly advice of Europe, then the question of localizing the war in the general interest of peace would have to occupy the serious attention of the Powers. || I have, &c.

Odo Russell.

Nr. 7527. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Ist eventuell bereit, der Abtretung Creta's als Compensation zuzustimmen.

Foreign Office, February 11, 1881.

Nr. 7527. Gross-britannien. 11. Febr. 1881.

My Lord, — The German Ambassador called upon me to-day and told me, that he had received a report from Berlin of the interviews between Prince Bismarck and Mr. Goschen, of which he proceeded to give me an account, which was substantially the same as that which I had already received from your Excellency and from Mr. Goschen. || I begged his Excellency to be good enough to convey to his Highness Prince Bismarck the thanks of Her Majesty's Government for the reception which he had given to Mr. Goschen, and for the full and friendly manner in which his Highness had explained his views upon the question of the Greek frontier. || It was very satisfactory to Her Majesty's Government that he had consented to take the initiative at the present juncture, and they hoped that his endeavours to arrive at a peaceful solution would meet with success. Although they must wait for further details before pronouncing an absolute opinion on the mode of proceeding which his Highness had indicated, it seemed, so far as Her Majesty's Government were acquainted with it, entirely to meet the exigencies of the occasion. There could be no doubt, that it is desirable that before entering into *pourparlers* with the Porte the Powers should themselves come to an agreement as to the territorial concessions which should be deemed sufficient, and it was also important that this agreement should be kept strictly confidential until the time arrived when it could be communicated to Greece, in the first instance, and then to Turkey. || His Excellency asked me whether Her Majesty's Government agreed, that Crete might be given to Greece in compensation for the portions of Epirus awarded by the Berlin Conference, which she would be asked to abandon. || I replied, that when this idea had first been mooted I had seen many objections to it, but that since then the situation had changed, and Her Majesty's Government were now disposed to consider that, at a moment when the Powers were likely to propose a frontier less favourable to Greece than that which had been decided upon at Berlin, the arrangement would be a good one as a compensation, provided that the inhabitants of the island were not averse to the transfer, and that proper guarantees were taken for the future welfare of the Mussulman population. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7528. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den engl. Min. d. Ausw. — Zustimmung der österreichischen Regierung zu dem Bismarck'schen Programm.

Vienna, February 15, 1881.

Nr. 7528. Gross-britannien. 15. Febr. 1881.

My Lord, — Count Hatzfeldt proceeded on his journey to Constantinople yesterday, after having had prolonged conversations with Baron Haymerle, who told me this afternoon, that he had signified his readiness to adopt Prince Bismarck's proposal about the Greek frontier, as, his Highness having taken the initiative upon it, it seemed desirable that the mode he suggested for carrying out his views should be followed. || He had, however, said, that he thought that the first step should be for the Ambassadors to address the Porte in the manner already agreed upon, signifying that their Governments consented to enter into negotiations, but abstaining from calling upon the Turkish Government to come forward with a fresh project. || If, in consequence, the Porte should make no new offer, or one that is unsatisfactory and insufficient, the Ambassadors would then concert upon a line which would be pressed upon the acceptance of the Greek Government, as proposed by Prince Bismarck. || Upon my inquiring what he thought with regard to Crete being given as a compensation to Greece, he replied, that it was a matter that might have to be considered hereafter; but his earnest wish was to extend the land frontiers of Greece as far as possible, and the accounts which he received of the anxiety of the Sultan to see the question arranged justified him in feeling some hope that very considerable concessions might be obtained from him. || Though his Excellency is certainly not personally attracted by the suggestion that Turkey might be required to cede Crete, I do not anticipate that he would refuse to join in making the demand if her concessions are so insufficient as to make the other Powers consider themselves justified in taking such an extreme step as that of calling for it. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 7529. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Ueberlässt die Art der Verhandlungen seinem eigenen Ermessen.

Foreign Office, February 21, 1881.

Nr. 7529. Gross-britannien. 21. Febr. 1881.

Sir, — With reference to the mode, in which Prince Bismarck's proposals respecting the Greek Frontier question should be carried out, I have to state that Her Majesty's Government desire to leave as much as possible to your Excellency's discretion in regard to the conduct of the negotiations. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7530. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Min. d. Ausw. — Antwort auf das Circular der Pforte vom 15. Januar (Nr. 7353).

Constantinople, February 21, 1881.

Nr. 7530. Grossbritannien. 21. Febr. 1881.

M. le Ministre, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's letter of the 15th January to Her Majesty's Chargé d'Affaires, inclosing the copy of a Circular relative to the Greek Frontier question, addressed by your Excellency to the Representatives of the Sublime Porte accredited to the Six Powers. This Circular was communicated to Lord Granville by his Excellency Musurus-Pasha. || I am now directed to state to your Excellency that, after communication with the other Powers, Her Majesty's Government take note of the conciliatory disposition shown by the Circular in question, and in the expectation that the intention of the Porte is to make overtures going beyond those presented in its note of the 3rd October last, and that the Sublime Porte will, in the meantime, abstain from any act of aggression, Her Majesty's Government have instructed me to receive any proposals which the Sublime Porte may have to offer, in order that Her Majesty's Government may consider, in consultation with the other Powers, whether they afford the basis for a satisfactory solution. || I avail, &c.

George J. Goschen.

Nr. 7531. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Möglichkeit eines Angriffes der Pforte nach Scheitern der Verhandlungen. Eventuelle Maassregeln der Grossmächte dagegen.

Constantinople, February 22, 1881.

Nr. 7531. Grossbritannien. 22. Febr. 1881.

My Lord, — In the course of the conversations which have taken place between the Ambassadors, the idea has been strongly expressed that it is not improbable that, in the event of no understanding resulting from the steps which we are now taking, the Turks would march straight to Athens. It is considered that the military obstacles in the way of such a result could easily be overcomed by the Turkish army. || The disposition of the authorities here is considered more peaceful at the moment; but it is thought that the military party might at any moment again gain the ascendency, and that either as soon as the Turks make up their mind to reject a line offered to them, or as soon as the Greeks move in advance, the march in question would be undertaken without a day's delay. || No observations were made by any Ambassadors which would indicate the slightest intention on the part of their Governments to take any steps to prevent such a result. || I have hastened the departure of the messenger, because it is right that your Lordship should know exactly what the situation is here as regards

Nr. 7531. Gross-britannien. 22. Febr. 1881.

such a contingency. It might be too late to concert action with other Powers as to forbidding such a march when the decisive moment arrives. || I wish to put it very distinctly on record, that the prevention of such a march formed part of the programme of Prince Bismarck. I do not know how far the instructions given to Count Hatzfeldt go; but it is certain that his Highness discussed the measures which could be taken if the Turks refused to listen to reason, and the other than moral support which might ultimately be given to Greece. He himself suggested the transport of some 30,000 Greek troops in the vessels of the Powers to the Dardanelles as a possible means. || It was, as I unterstood, part of the plan, that, if the assent of Turkey could not be obtained to what the Powers thought reasonable, pressure was to be applied by its being distinctly intimated to the Porte that the Greeks might probably be assisted navally.

Prince Bismarck thought the ulterior measures need not be brought forward for discussion at present. Thus, nothing is said on this head now; but it appears to me somewhat dangerous to let matters proceed too far without some hints being given. || On the one hand, the Ambassadors are influenced by the idea, that nothing will or can be done if the Turks refuse any line. On the other, de Turks may come to some dangerous sudden solution, from which they would be deterred if they knew the consequences. || I have felt bound to address your Lordship on the subject. Count Hatzfeldt has on no occasion thrown any doubt on the accuracy of my recollections to my part of the interviews, to which I have called his attention, and Lord Otto Russell, who was present throughout, is in a position to state what were his impressions as to the understanding arrived at. || I have, &c.

George J. Goschen.

Nr. 7532. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Ansichten der Botschafter über die Grenzlinie.

(Telegraphic.) Constantinople, February 22, 1881, 10·30 A.M.

Nr. 7532. Gross-britannien. 22. Febr. 1881.

Count Hatzfeldt telegraphs to Berlin, that his impression, derived from the confidential exchange of views between Ambassadors yesterday as a frontier-line to be delineated, is that Thessaly as far as the Salambria, with Crete as compensation for Epirus, would be considered acceptable. In assenting provisionally and personally to the idea of such a recommendation, on which all my colleagues agreed, I made the reservation that I thought that Her Majesty's Government would view with very much regret an abandonment of the strategic frontier passing over Mount Olympus, adopted unanimously at the Conference of Berlin. Colleagues recognized the great importance of the point, but would, nevertheless, accept Salambria frontier if the Turks refused the other.

Nr. 7533. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Erste Berathung der Botschafter.

(Extract.) Constantinople, February 22, 1881.

Nr. 7533. Gross-britannien. 22. Febr. 1881.

I have the honour to acquaint your Lordship, that the Ambassadors met on Sunday, the 20th instant, at the invitation of Count Hatzfeldt, in order to concert the course to be pursued in the Greek Frontier question with a view of carrying into effect the late suggestions of his Highness Prince Bismarck, which have been adopted by the Six Powers. || It was decided to answer the Porte's Circular of the 14th instant in the first instance on the lines agreed on before the new proposals were put forward. || The answers of the several Ambassadors would not be identic in language, but substantially identic in effect, namely, that the various Governments take note of the conciliation displayed in the last Circular of the Sublime Porte, and, in the expectation that overtures would be made by the Porte going beyond those of the 3rd October, the Ambassadors are instructed to receive any proposals which seem to afford the basis of satisfactory settlement. || An addition was made to the notes which were to be sent in reply to the Circular, in the sense that the Governments also take note of the assurances on the part of the Porte that they would abstain from any act of aggression. I inferred, that this was proposed in order to furnish a strong argument for addressing an invitation to the Greeks to observe a similar attitude. The case, however, for such an invitation, both to Turkey and Greece, was strong. It would be inadmissible, that an attack should be made, or indeed any warlike movement be undertaken, while the Powers are endeavouring to arrive at a peaceable solution in the interests both of Turkey and Greece. But, as I telegraphed to your Lordship, the bearings of such a communication to Greece are not unimportant. It constitutes an official notification to the Greeks, that negotiations as to the line are in progress, and though some of my colleagues protested against such an inference very energetically, it appears to me to somewhat increase the responsibility of the Powers towards Greece. Further, the notification and the invitation might lead to some communication on the part of Greece to the Powers, which might have to be answered. || Nevertheless, the arguments in favour of the invitation being addressed to the Greeks seemed very strong from various and almost opposite points of view, and all the notes were framed accordingly. || It was agreed, that the Ambassadors, in presenting the notes, should all state that though the Minister for Foreign Affairs would find language which was not identic, there was a "perfect accord" as to the substance, and, further, that no delay could be admitted in the reply. || I inclose a copy of the note which I handed in, and which your Lordship will find corresponds very nearly with that which Mr. St. John was instructed to present, with the differences I have explained. || When an agreement had been come

Nr. 7533. Gross-britannien. 22.Febr.1881. to as to the notes, the conversation turned on the further steps which we should have to take. The presentation of these notes constitutes, indeed, a kind of transition between the procedure agreed to before I went to Berlin and the programme subsequently proposed by Prince Bismarck. Count Hatzfeldt's instructions are to the effect, that, if the reply of the Porte is not satisfactory and prompt, the Ambassadors should then be invited to recommend a line to the Governments themselves, which should then be presented to Greece for acceptance, and after such acceptance be presented to the Porte. The Power which accepted such a line was to have the benevolent neutrality and the moral support of Europe.

Nr. 7534. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Billigt seinen Widerstand gegen das Aufgeben der Olympgrenze.

Foreign Office, February 25, 1881.

Nr. 7534. Gross-britannien. 25.Febr.1881. Sir, — Her Majesty's Government approve the reservation you made at the meeting of the Representatives of the Powers as to the abandonment of the strategic frontier of Mount Olympus, as reported in your Excellency's telegram of the 22nd instant. They would deprecate a departure in Thessaly from the line of frontier adopted at the Conference of Berlin, and your Excellency should, at all events, endeavour to secure for Greece the plains north of the Salambria, which are in immediate connection with Larissa. || Your Excellency will find marked on the map lithographed at the Intelligence Department of the War Office in May last the Turkish definition of the watershed of the Lower Salambria, 17th November, 1879, and also the line proposed for that locality by M. Waddington on the 19th December of that year. || Her Majesty's Government trust, that the negotiations in which the Representatives of the Powers are engaged may not be pushed on with undue haste. They are of opinion, that you should impress on your colleagues that it is necessary to take account of the populations in Thessaly, and not lay down a line which the Greek Government might find itself precluded from accepting on account of its excluding a large number of the Hellenic race; but in this matter Her Majesty's Government rely upon your judgment, and give your Excellency full discretion. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7535. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den engl. Min. d. Ausw. — Der griechischen Regierung ist der Beginn der Verhandlungen mitgetheilt. Versprechen derselben, sich aller Feindseligkeiten zu enthalten.

Athens, February 26, 1881.

Nr. 7535. Grossbritannien. 26. Febr. 1881.

My Lord, — Acting upon the instructions conveyed to us by our respective Governments, my colleagues and I addressed this day to M. Coumoundouros a communication in the sense suggested by the six Ambassadors at Constantinople. || The terms of the communication are contained in the identic *aide-mémoire*, of which a copy is inclosed, which we handed to his Excellency. || M. Coumoundouros replied to us severally in the terms of the *pro-memoriâ*, copy of which I have also the honour to inclose. || It was communicated to each of us in that form after our interview with his Excellency. || I have, &c.

Edwin Corbett.

Beilage I.

Aide-mémoire.

De nouvelles négociations relatives à la rectification des frontières Turco-Helléniques ayant été commencées à Constantinople, le Ministre de Sa Majesté Britannique a été chargé par son Gouvernement de notifier au Cabinet d'Athènes l'ouverture des pourparlers entre les Ambassadeurs des Six Puissances Médiatrices. || La Sublime Porte ayant annoncé l'intention de s'abstenir de toute agression envers la Grèce, les Ambassadeurs ont pris acte de cette promesse. || En conséquence, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique invite le Cabinet d'Athènes à s'abstenir également de tout acte d'hostilité envers la Turquie, pendant la durée des négociations.

Beilage II.

Pro-memoriâ.

Le Gouvernement du Roi se conformera, comme il l'a fait toujours, aux désirs des Grandes Puissances. Il s'abstiendra de toute entreprise hostile contre l'Etat limitrophe dans l'espoir que les négociations entamées à Constantinople aboutiront très prochainement au réglement définitif de l'exécution des décisions de l'Europe.

Nr. 7536. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Die Verhandlungen mit Bismarck in Berlin.

(Extract.) Constantinople, March 3, 1881.

Nr. 7536. Gross-britannien. 3. März 1881.

It may be convenient, that I should place on record somewhat more fully than I have done hitherto what passed at the interviews between Prince Bismarck, Lord Odo Russell and myself, when I passed through Berlin. The circumstances which had preceded my visit to Berlin were as follows: — The French Government had proposed an arbitration scheme; but it had failed. An understanding had been arrived at between the Powers, that the note of the Porte of the 14th January should be answered by notes not identical but written in the same sense, taking note of the conciliatory disposition of the Porte, and stating that the Representatives of the Powers would be authorized to receive fresh proposals as a basis for negotiations, but nothing further had been settled with regard to the negotiations. || I had submitted a proposed course for your Lordship's consideration in the sense that, assuming the disposition of certain Powers to protect Athens and, possibly, the coasts of Greece, in the event of war, the prospect of such action should be utilized to bring both Turkey and Greece to a reasonable attitude, such assistance being promised to Greece on the one hand only if she would peaceably accept such concessions as the Powers might deem indispensable, and being announced to the Porte on the other hand in advance as a distinct warning, so that if the Turkish Government refused all conciliatory suggestions they would know what to expect. Such a notification to the two Powers appeared to me the only remaining means of averting war. If I remember rightly, your Lordship submitted the suggestion to the Cabinet, but no definite opinion was expressed with regard to it. At the same time Prince Bismarck, fearing war to be inevitable, had suggested to the Austrian Government, that an agreement should be come to for localizing the conflict by "warning the Porte that, in defending their own against the Greeks, they must refrain from occupying Athens or annexing the Kingdom of Greece;" and further, that "the conflict should be restricted to operations by land, and that the Piraeus and other Greek ports should be protected against any attack on the part of the Turkish fleet by the presence of the ships of the concerted Powers." It was evident, that there was a great similarity between this proposal of Prince Bismarck and the suggestion which I had submitted to your Lordship, the difference being that his Highness contemplated a certain action involving actual naval protection to the Greeks in case of war breaking out, while I had thought that the announcement of such measures in advance might possibly prevent the war. It was agreed between your Lordship and myself when I started for Berlin, that I should indicate to the Prince how his own proposal might be utilized for avoiding a conflict. || At our first interview the

main points discussed were the general policy to be pursued, and more especially the definition and development of the "localization" idea. As instructed by your Lordship, I showed his Highness how the prospect of the service to be rendered to Greece by what he called localization, but what is really limited defence, might be utilized for the purpose of preventing war. He grasped the point at once, and worked it in with his own views. This line of thought led to the plan of dealing with Greece first, and then with Turkey, and of using the steps to be taken by the Powers as a lever to work upon both. I strongly urged the point, that we should go to Greece with something in our hands. Prince Bismarck discussed what could be done for Greece, if, notwithstanding the prohibition of the Powers, Turkey should act aggressively. He said, that the defence of Athens and the coasts was easy enough; but what could be done if the Turks on land invaded Greece? I replied that, if the Turks moved southwards by land, we could move northwards by sea. His Highness then threw out the suggestion that, if foreign troops could not be landed, at all events Greek troops might be put on board "our ships" and put on shore at vulnerable points, as, for instance, at the Dardanelles. He recurred to this idea the next day, and spoke of 30,000 Greeks being thus transported in ships belonging to the Powers. After a conversation of some length on the topics which I have enumerated, his Highness said, that we must meditate on the results of our exchange of ideas, and asked Lord Odo Russell and myself to resume the subject with him next day, when some plan might be devised. ‖ At our second meeting, Prince Bismarck went with much spirit into the whole question. He had dropped the localization scheme for the present, and developed a fresh programme, the sense of which I communicated to your Lordship by telegram. I was able to inform your Lordship, that his Highness had consented to take the initiative, and to submit a proposal to the Powers for their consideration. The leading idea of his programme was that the Ambassadors at Constantinople, acting under instructions from their Governments, should agree on a fresh line, and overcome the objections to such a change of front by leaving to the Turks a portion of Epirus where the presence of Albanian Mussulmans, who had shown themselves so troublesome already, might prove a source of general danger, and substituting Crete in its place, thus giving an equal amount of territory to Greece as the scheme of the Berlin Conference. The assent of Greece to this new line was to be obtained before that of the Porte, and Greece to receive assurances of moral support if she accepted the new line. ‖ Prince Bismarck entertained the idea of other than moral support, but did not wish to specify further steps for the moment. Still, there can be no doubt whatever "that the more than moral pressure" was of the essence of the whole plan. I pressed his Highness closely on this point, and in the end he destinctly admitted the contingency of what he jestingly called "immoral" support. I felt some anxiety lest at the last moment only moral support should be

Nr. 7536. Grossbritannien. 3. März 1881.

promised, and that the whole plan might break down in consequence; but every Power would retain, of course, its liberty of action to promise more.

Nr. 7537. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Bericht über die erste Verhandlung der Botschafter mit den türkischen Delegirten.

Constantinople, March 8, 1881.

Nr. 7537. Grossbritannien. 8. März 1881.

My Lord, — On Friday, the 4th instant, shortly after I had closed my despatch of that date, their Excellencies Server-Pasha and Ali Nizami-Pasha called on me to notify their appointment as negotiators. The conversation was, of course, simply general, though their Excellencies sounded me as to what course of procedure would be followed. I replied, that whatever action was taken would be collective. The Ambassadors would, under no circumstances, discuss the rectification of the frontier with them separately. We should meet under the presidency of our Doyen, Count Hatzfeld. Server-Pasha was anxious it should be understood that the proceedings should be conversational, not formal. On this I was able to inform him we were all agreed. I proceeded to speak of our great desire to set to work at once and consecutively. As my colleagues and myself had had continued friendly meetings to agree upon every point in advance that was likely to arise in the proceedings, I was able to speak without hesitation, and I told my visitors we should be ready to meet the next day at any hour they wished. Server-Pasha thought that was too soon, and seemed disinclined even for the day after that, which was Sunday, and considered Monday would be soon enough. I also informed him, that to expedite matters we should be ready to have meetings twice a day if necessary. He replied, "You mean twice a week," an answer which, taken together with his evident reluctance to begin work before Monday, gave me the impression that there was no wish on the part of the Turks to press forward the negotiations very rapidly. || Eventually the first meeting was held on Sunday. Server-Pasha arrived punctually; but before Ali Nizami-Pasha had arrived a message was received by Server-Pasha, that the Sultan's Private Secretary was waiting for him at his house. Subsequently Ali Nizami-Pasha arrived, having met Server Pasha on the road to the Sultan's Palace. We consequently broke up, fixing a meeting for the next day. I have recorded this incident, as it is characteristically Turkish; the result was, that the first meeting for proceeding to business was not held before Monday, as Server-Pasha originally desired. || On Monday their Excellencies arrived, accompanied by Ghazi Ahmed Moukhtar-Pasha, the distinguished General who had in the meantime been associated by the Sultan with the two other Pashas. Both Ali Nizami-Pasha, who speaks German well and French fairly, and Moukhtar-Pasha, who speaks French, made a favourable impression

by a soldierly and businesslike bearing. They came to the point very soon on every question which arose.

Count Hatzfeldt opened the proceedings by referring to the note of the Porte of the 14th January to the replies of the Powers, and to the intimation which had been given to the Porte, that it was expected to make large concessions beyond its note of the 3rd October. Server Pasha somewhat demurring to the use of the word "large," Count Hatzfeldt then invited the Turkish negotiators to state their proposals. On this, without much preface, they produced a line. I have described it briefly to your Lordship in an identic telegram which the Ambassadors drew up at the close of the meeting. It follows the thalweg of the Salambria, thus giving Larissa to the Greeks, but leaving Tricala to the Turks; it continues along the Salambria northwards to the neighbourhood of a place called Malakasi, then passes west a little to the south of Metzovo, and bending downwards touches the Arta, the course of which it then follows, precisely as in the line of the 3rd October. || I gathered, but not very distinctly, that this frontier gives a little over 11,000 square kilom. to the Greeks, as compared with the 10,000 kilom. given under the line of the 3rd October, and 20,000 kilom. under that of the Berlin Conference. || A long discussion followed, but which was practically divided into three heads—the line in Thessaly, the question of Metzovo and the question of the rest of Epirus. As to the line of the Salambria, it was pointed out to the Turks that it was universally admitted that a river, and especially so shallow a river as the Salambria, constituted a bad frontier. The two Generals did not deny this. On the contrary, they assented in principle, but they contended that no good boundary could be found. The line of the Conference of Berlin was then put to them as a frontier which offered the necessary qualifications; but they objected, that the ranges along which it passed were not one connected ridge, but that it was intersected by valleys and *très accidenté;* that numerous questions of pasturage would arise; that the property of villages would be cut in two, and made other objections of a similar kind. The Waddington line (of the 19th December, 1879) was also mentioned. || I simply give a hasty sketch of this part of the conversation, because I feel that the line of the Turk in this direction is not their last word. The language they used in defending it was not nearly so energetic as that which they uttered when they declared the impossibility of yielding as to Metzovo, Janina and Prevesa. || It was then agreed, that the question of the line in Thessaly should for the present be reserved, and that the remaining frontier should be discussed. || Metzovo was claimed by the Turks on the well-known grounds. It was the "door," the only point through which Epirus could be reached, and it was absolutely essential to the Turks. Count Hatzfeldt pointed out that the Greeks attached equal value to it, but took note of the fact that for the present the Turks refused to cede it, and stated that, if the Powers who took their start, as he repeatedly and emphatically declared, from the line of the Conference of

Nr. 7537. Gross-britannien. 8. März 1881.

Berlin, made a concession with regard to Metzovo, it must count for a great deal. || Epirus generally was then discussed, and here the Turkish negotiators were unable (at least at this stage of the proceedings) to offer anything. || They explained very briefly the Albanian difficulty, and that Prevesa was all-important to them as a port and in many other ways. || Count Hatzfeldt, speaking in the name of his colleagues, as well as in his own, pointed out to them very emphatically, that the Greeks also attached very great importance to Prevesa, so much so, that a refusal to yield Prevesa might imperil the whole solution. For the present, however, the position was this—the Turks had refused Metzovo and the whole of the Berlin Conference line in Epirus, including Prevesa. If so, what compensation could they offer? || His Excellency Server-Pasha conveyed the impression at first that he dit not quite understand what Count Hatzfeldt had meant. What compensation? Compensation for what? It was a rectification of frontier which was being sought by the Powers, not the aggrandisement of Greece. On this an argument ensued, going over much of the oft-trodden ground, of the intentions of the Powers at Berlin, and the Turkish negotiators were again reminded that our starting-point now was the line of the Conference of Berlin. It was on that that the hopes of the Greeks were founded. It was necessary now to find a practical, and above all a definite, solution which would satisfy both parties. || I do not pretend in these few sentences to convey even the pith of the arguments which were used. The practical point, and in that all ultimately agreed, was to come to an arrangement which would be as satisfactory as might be to both parties, and which would prevent war, which would be a calamity to Turkey and Greece alike, and possibly a calamity to Europe also. || The Turks argued this point of their case with temper and ability, but finally, while stating that they were not authorized to discuss compensation to-day, did not convey to us the impression that the idea would be rejected. || But they felt their way rather cleverly as to whether, if compensation were admitted, it might not be rather "substitution." If the principle of a simple rectification of frontier were departed from, would it not be better to keep the present frontier, as it was a very good frontier, and find some substitute elsewhere? They were told, in reply, in very decided language, that such a suggestion could not be entertained for a moment. (We were not unprepared for such a suggestion, as the rumour had been current that the Turks would offer Crete alone as a solution.) The Pashas were informed there must be a satisfactory rectification of frontier in Thessaly, and the idea of compensation could only be entertained in reference to Epirus; but it must be distinctly understood that, while suggesting to the Turkish negotiators the expediency of proposing compensation, the Ambassadors reserved their final opinion as to the whole of the boundary-line. || Your Lordship will understand, that at no point of the line of frontier have the Ambassadors thus far consented to make concessions as compared with the line of the Berlin Conference, but they

Nr. 7537. Gross-britannien. 8. März 1881.

have given the Turks to understand that, while in Thessaly further concessions must be made by them beyond the line proposed yesterday in the direction of Mount Olympus, the idea of compensation might be entertained as regards Epirus. || The Turkish negotiators will now consult the Council of Ministers, and meet again to-morrow, the 9th instant. || The course of the discussion had been so far foreseen and provided for, that Count Hatzfeldt was able on almost every point to speak in the name of his colleagues without any private consultation, and the Turks must have seen that there was, so far as the discussion and arguments went to-day, no shade of difference in the attitude of the Ambassadors. || From an expression which Server-Pasha used, in a half a side, on the mention of the line of the Berlin Conference as our point of departure, to the effect that if it had been stated that that line was to be the basis it would have been doubtful whether negotiations would have taken place, gathered that he had not expected that that line would play such a part in the negotiations. He was mollified, however, by the suggestion, that the word used had not been "basis", but "point de départ." || I have, &c.

George J. Goschen.

Nr. 7538. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Bericht über die zweite Sitzung.

Constantinople, March 11, 1881.

Nr. 7538. Gross-britannien. 11. März 1881.

My Lord, — A further meeting has taken place between the Ambassadors and the Ottoman Delegates. || The latter opened the proceedings by asking questions as to the nature of the compensation which had been suggested by the Ambassadors at the previous meeting. Compensation for what? and compensation where? They were reminded by Count Hatzfeldt that the idea of compensation had only formed part of the question previously reserved. A further point had been left open, on which we hoped for an answer, namely, at to the extension of the line of frontier offered by them in Thessaly on the north. || The Delegates, however, returned to the question of compensation, and informed us that the Turkish Government did not reject compensation in principle, but it soon appeared that, notwithstanding the very decided manner in which they had been informed at the previous meeting that a mere substitution would not be sufficient, but that a rectification of frontier in Thessaly would be a *sine quâ non*, they appeared to have been considering with the Council of Ministers whether we might not be induced to accept compensation elsewhere in place of all other rectification. || We were thus asked two distinct questions: What was the nature of the compensation we had suggested; and would we be satisfied with compensation elsewhere than on the mainland? || After a very brief consultation

Nr. 7538. Grossbritannien. 11. März 1881.

amongst ourselves, Count Hatzfeldt answered, in our name and in his own, that we were of opinion that a rectification of frontier in Thessaly was inevitable and essential, and that we reserved the right of coming back to this question in the sense indicated at our first meeting (that is to say, in the sense of still further extension to the north). || With regard to the possibility of compensation for the territory which might perhaps be left to Turkey, deducting it from the line of the Conference, the Ottoman Delegates were in the first place reminded that we were simply engaged in a confidential exchange of ideas, and that it must be understood that we did not in any way pledge the action of our Governments ("que nous n'engagions en rien la décision de nos Gouvernements"). || They were further reminded that, in examining the means of finding some plan of compensation, it was not simply a question of the number of kilometres to be ceded. The point at issue was to find an equivalent for places of very great importance to Greece, which, apparently, Turkey desired to retain. (I should explain that this consideration was placed before the Ottoman Delegates on account of a remark which they had made to the effect that the view of the Congress of Berlin had been a line which would have given the Greeks less than 16,000 kilom., while their offer of the previous day had already given us 11,000.) || With the remark, therefore, that it was not merely a question of kilometres which was at issue, the Ottoman Delegates were told there was an island which might constitute the necessary equivalent, namely, Crete; but, in order to avoid any misunderstanding, such as the idea that, in suggesting Crete, we surrendered all the territory not included in the previous offer of the Delegates, Count Hatzfeldt stated that the idea of Crete was only thrown out hypothetically, and that we were not in a position to renounce important points such as Prevesa. || The Ottoman Delegates then informed us, that the Porte could only assent to one of two alternative schemes of cession — either cession on the mainland only or in the islands only, but not a cession in both quarters ("une cession continentale ou insulaire, mais pas les deux à la fois"). || I need not trouble your Lordship with the details of the conversation which ensued, in which the Turks were reminded that they had been clearly told before that a "substitution" would not be accepted, that rectification of frontier would be essential. || But a not unimportant discussion took place with regard to Crete. The Turkish argument was this: We know nothing of the Conference line under which 20,000 kilom. would be ceded to Greece; we were not consulted, and we understood that the Powers themselves did not stand by that line. The award of territory included in the Congress line was 16,000 kilom., but in a compromise this might be considered as a maximum from which a few thousand kilometres would be deducted by negotiation. We, on the other hand, had already offered over 11,000 kilom., which was not far short of the 16,000 kilom., with a fair deduction for a compromise; but Crete in itself measured 10,000 to 12,000 kilom., and thus would be infinitely too much as compen-

sation if our offer were to be maintained; in fact, it was sufficient of itself. || These arguments were not difficult to answer. In the first place the award of the Berlin Conference had not been abandoned, though we were entering on negotiations to find a modified solution. || In the next place, it could not be said what amount of kilometres were comprised in the line of the Berlin Congress, as that line had not been definitely drawn, and interpretations differed; but it was not the thalweg of the Salambria, on which the Turkish estimate was based. || Thirdly, Crete did not measure 12,000 kilom., but, according to the English Admiralty Chart, 8,300 kilom. || And, fourthly, and principally, we could not admit that the question could be settled by counting kilometres only. Would the Turks give up Metzovo for one hundred times its geographical extent? If Janina and Metzovo, to which the Greeks attached the highest importance, were not to be ceded, it could not be thought that an equal geographical area elsewhere would be a just equivalent. || The argument also turned on the comparative value of Epirus and Crete to Turkey and Greece respectively. || When this part of the discussion had been exhausted, it was suggested that as the Turks declined a combination of territory on the mainland and territory among the islands, while we declined the cession of territory among the islands alone, the Turks should now state what further concessions beyond their previous offer they could make. But they replied, that they were not authorized to go beyond their previous offer "to day." || The meeting seemed, therefore, about to close without any progress or any disposition on the part of the Turks to advance their offer, when they requested permission to consult together amongst themselves. || They then announced to us, that they had two questions to put to us. In the first place, did we refuse the idea of Crete without territory on the mainland because it was too limited in extent? They were answered at once in the negative. This point had practically been settled before. It appeared to us as if they had some other islands which they would have been prepared to add to Crete, if we had not absolutely insisted on rectification of frontier on the mainland. || In the next place, would we consent to throw back the frontier-line they had offered in Thessaly southwards ("reculer la frontière vers le sud") if they gave Crete? || This was a most important question. They did not ask us whether we would make a deduction from their October line if we obtained Crete, but if we would yield on their new line in the same event. In other words, it might be thus put: "Would we give up Larissa again if we obtained Crete?" We replied in the negative without leaving the room to consult. || The Turkish Delegates then said they would consult their colleagues now that they had more accurately ascertained our views. || When the question was asked as to what day we should adjourn to, the Pashas made difficulties about fixing a day at all, but ultimately agreed on Saturday being named, promising us that they would do their best to be ready by that time. || The position taken up by the Ambassadors has thus become fairly clear. They

Nr. 7538. Grossbritannien. 11.März1881.

have stated, that they would recommend nothing less than Thessaly up to the Salambria (including Larissa) and Crete, if we are to proceed on the basis of compensation, while they have made certain reservations as to important points and especially as to Prevesa. || We have ascertained, on the other hand, that the Turks have no objection, on principle, to the cession of Crete, and they will now have to consider whether to abandon the idea of compensation and offer more on the mainland, or whether to give Crete and the line of the Peneus, as a general basis, with less or more according to the firmness which the Ambassadors may show. || But it will be more convenient to address your Lordship in a separate despatch as to the various combinations which may be suggested, the acceptance or rejection of which will probably have to be considered in the course of the negotiations. || The impression as to the meeting was favourable in this sense, that the sudden turn given to the discussion by the questions of the Turks as to throwing back the frontier-line again from the Peneus, if Crete were ceded seemed to show that large, though not sufficient, concessions may probably be obtained in Thessaly besides Crete; and your Lordship is aware, that some of my colleagues have thought that the offer even of the 3rd October with Crete would be a possible solution. I myself reject the view. || I have, &c.

George J. Goschen.

Nr. 7539. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Differenz zwischen seinen und Hatzfeldt's Ansichten.

(Telegraphic.) Constantinople, March 12, 1881, 1·40 P. M.

Nr. 7539. Grossbritannien. 12.März1881.

Count Hatzfeldt just tells me, that he would feel himself authorized to recommend a compromise giving Greeks a line of 3rd October and Crete, but that he had refrained from stating this at our meeting of yesterday, so as not to isolate me. He had telegraphed to Berlin and received a reply that Prince Bismarck would communicate with London. Your Lordship will know best whether Her Majesty's Government would be prepared to press a solution on Greece which would leave Larissa, Metzovo, Janina and Prevesa to Turkey, giving only 3rd October territory and Crete to Greeks. I have argued most strongly against such a course. Ottoman Delegates will not come to-day. Shall telegraph later.

Nr. 7540. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Hat die deutsche Regierung um Unterstützung der ausgedehnteren Grenze gebeten.

Foreign Office, March 13, 1881.

Nr. 7540. Gross-britannien. 13. März 1881.

Sir, — I have communicated to Count Münster, and I have instructed Her Majesty's Ambassador at Berlin to convey to Prince Bismarck, the substance of your Excellency's reports as to the communications amongst the Ambassadors at Constantinople, and your belief that if Count Hatzfeldt and your Excellency agree as to a line of frontier the other Representatives will adopt your recommendation. I have expressed the earnest hope of Her Majesty's Government, that the Chancellor will deem it right to give instructions to the German Ambassador at Constantinople to support the more extensive of the lines under discussion. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7541. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Rückblick auf die Verhandlungen in Berlin.

(Extract.) Constantinople, March 13, 1881.

Nr. 7541. Gross-britannien. 13. März 1881.

I observe that, since my visit to Berlin, many incorrect statements have been made in the foreign press with regard to the object and results of that visit, and that what are generally reported to be the semi-official papers have not been free from paragraphs calculated to convey an erroneous impression. I think it desirable, therefore, to put certain statements on record in the briefest possible form, in case it should at any time be necessary to establish certain points, in opposition to incorrect rumours. || Your Lordship will remember, that my visit to Berlin originated in a suggestion of Her Majesty's Ambassador at that capital that it would be useful for me to pass through Berlin, and see Prince Bismarck on my way to Constantinople. || When I came to Constantinople last year I passed through Paris and Vienna, and had the opportunity of personally ascertaining the views of the governing statesmen at those capitals. In the same manner it was thought advisable on the late occasion for me to be able to have a personal exchange of opinions with Prince Bismarck. || There was no question of my going to Berlin, as has been repeatedly alleged, in order to induce the Chancellor to support England in maintaining the line of the Berlin Conference. But, before I started, Her Majesty's Government had learnt certain views which Prince Bismarck had ormed, and had communicated to Vienna and to Lord Odo Russell, as to localizing the war if there should be a conflict between Turkey and Greece.

Nr. 7541. Gross-britannien. 13. März 1881.

I had also submitted a plan to your Lordship which, in some of its main features, resembled the localization plan of Prince Bismarck, but by which I thought the war might be avoided. || Your Lordship considered, that the two plans might be combined, and I was instructed to endeavour to influence Prince Bismarck in that sense, and to induce him to take the initiative if some promising line of action could be agreed on.

My interviews with Prince Bismarck were successful; a plan of action was agreed on, and Prince Bismarck took the initiative. || The main features of the plan were, that the Ambassadors at Constantinople were, if possible, to agree on a line of frontier, and recommend it to their Governments, that if accepted by their Governments it should be presented to Greece, that Greece should be strongly pressed to accept, with assurance of the moral support of Europe in case of her acceptance. The idea of more than moral support in certain eventualities and within certain limits was entertained. When the Greeks had accepted the line was to be pressed on the Turks. If rejected by them the moral support of Europe would be on the side of the Greeks in attempting to enforce the line. But it was considered, that the course proposed would probably avoid war, in view of the gravity of the consequences to the Power which would reject the compromise offered unanimously by the Six Powers. || The leading feature of such a compromise was to be the exclusion from the territory to be assigned to Greece of the Albanian Mussulman population in Epirus, a compensation for Greece being secured by the cession of the Island of Crete. || The tone to be taken was discussed. As regards the Greek I am unable to find another expression in place of the vernacular English word his Highness used: "They should not be bullied." It was the Turks who should be made more malleable. It is important to remember, that this was said at the very outset of our conversation. || As regards the mode of proceeding, the Prince undertook to lay the plan before the other Powers. At our first interview he had stated, that it was necessary to meditate on what had passed between us, at the second he had worked out the plan and in my presence sketched it to Count Limburg Stirum, the Foreign Minister. Count Hatzfeldt was to receive instructions accordingly, and he has repeatedly quoted extracts from them to his colleagues. || My impression was, and I have no reason to doubt, that I was right, that Germany in this matter had taken the initiative in the same sense as England had taken it in the Dulcigno question, working out the plan, and giving the first outline of instructions, and communicating thereon with the other Powers, while ready and willing to fall in with any modifications or alternatives which further reflection or experience might show to be necessary. || While displaying the greatest conciliation and readiness to adopt the views of colleagues, if expedient or desirable, Count Hatzfeldt has always spoken as if we had a programme elaborated at Berlin before us.

Nr. 7542. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den engl. Min. d. Ausw. — Bismarck besteht nicht auf der Octoberlinie.

Berlin, March 15, 1881.

Nr. 7542. Gross-britannien. 15.März 1881.

My Lord, — I wish to place on record, that my impressions and recollections entirely coincide with the recollections and impressions reported to your Lordship by Her Majesty's Ambassador at Constantinople. || Prince Bismarck certainly never advocated or recommended the line of the 3rd October in preference to any other. He said he wished to be guided by the opinion of the Ambassadors at Constantinople, who were to submit the new line they agreed upon to their respective Governments for approval. || I have, &c.

Ampthill.

Nr. 7543. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Verzögerung der Verhandlungen durch die türkischen Delegirten.

Constantinopel, March 15, 1880.

Nr. 7543. Gross-britannien. 15.März 1881

My Lord, — At a meeting of the Ambassadors on Friday, the 11th instant, they discussed what courses of proceeding should be adopted if the Turkish Delegates should fail to attend the meeting on the next day without giving satisfactory assurances as to when further progress could be expected. || It was decided, that a communication should be made to the Turks, in the event of further delay, to the effect that by a certain day we should feel bound to recommend a line to our Governments, that we wished to be in possession of the views of the Porte, in order to take them into account, "dans les limites du possible," and that, therefore, it was very urgent for them to make those further communications to us at once which their utterances at the last meeting justified us in expecting. || The Turkish Delegates did not come on the following day. Server-Pasha had informed Count Hatzfeld on the previous evening, that they were not ready. Accordingly a letter was drafted at our meeting on Saturday, which Count Hatzfeldt signed, and dispatched to Server-Pasha. || This letter forms a new departure. It is the first step towards bringing us back to the programme originally agreed upon, namely, to proceed to draw up a line ourselves, and notice is given to the Porte that we shall ourselves recommend a line. No answer was received to this letter. || Yesterday, however, the Turkish Delegates appeared at the appointed time. They did not make any observation whatever on the letter which had been written; they put no questions as to the principles on which we should recommend a line to our Governments, but seemed to accept the necessity of hastening the negotiations. || It was incidentally mentioned, that we could have three

Nr. 7543. Grossbritannien. 15.März 1881.

meetings by Thursday, the day on which it had been stated in the letter that we must be in a position to communicate a line to our Governments. || I trust, therefore, that the present phase of these proceedings may be brought promptly to a conclusion. || If we get the last word of the Turks by Thursday next, however unsatisfactory that last word may be, it will have been extracted from them more speedily than was expected. || I have, &c.

George J. Goschen.

Beilage.

Count Hatzfeldt to Server-Pasha.

Ambassade d'Allemagne, le 12 Mars, 1881.

Excellence, — A la suite de votre communication d'hier j'ai fait savoir à mes collègues que les Délégués Ottomans se trouvaient dans l'impossibilité d'assister à la réunion qui devait avoir lieu aujourd'hui, et que vous espériez pouvoir me donner une réponse demain ou après-demain. || Mes collègues et moi nous regrettons vivement ce retard. Chargés par leurs Gouvernements de leur soumettre dans le plus bref délai possible notre manière de voir quant à l'étendue des modifications que pourraient subir les décisions de la Conférence de Berlin, nous avons eu le désir de tenir compte dans ce travail autant que possible des convenances du Gouvernement Ottoman. || Votre Excellence comprendra dès lors l'importance que nous attachons à recevoir les propositions de la Sublime Porte en temps utile. Nous ne pensons pas qu'il nous soit permis de différer l'envoi du résultat de nos travaux au delà du Jeudi, 17 Mars, et nous espérons en conséquence que le Gouvernement Ottoman voudra bien nous faire connaître ses résolutions jusqu'à cette même date. || Nous comptons, d'ailleurs, mes collègues et moi, nous réunir Lundi à l'heure habituelle à l'Ambassade d'Allemagne, et nous serions heureux de nous y rencontrer avec les Délégués de Sa Majesté le Sultan. || Veuillez, &c.

Hatzfeldt.

Nr. 7544. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Meinungsverschiedenheiten der Botschafter über die von der Pforte zu erlangenden Concessionen.

(Extract.) Constantinople, March 17, 1881.

Nr. 7544. Grossbritannien. 17.März 1881.

At a meeting of the Ambassadors on the 11th instant, a conversation arose on the probable length of time which the consideration of the line of frontier to be recommended by us to our Governments would occupy, and the French Ambassador made an ingenious statement as to the number of possible combinations from which we might have to choose. It was sugge-

sted, however, that many of these alternatives might be eliminated, almost without argument, by consent. || It was generally held that, at least in the present stage of the question, a solution including Crete would be most in accordance with the programme before us, and accordingly it had to be considered what rectification of frontier on the mainland it would be right to recommend, together with the cession of Crete. || Another point was also taken more or less for granted. It was not the view that, if Crete were demanded, Prevesa should be demanded also; but I understood it to be agreed, that the cession of Punta, opposite Prevesa, and the razing of the fortresses at the entrance of the Gulf of Arta, would be a *sine quâ non.* Your Lordship should, therefore, consider that, whatever combination may ultimately be proposed by us, under which Prevesa would be excluded, the above conditions will be considered essential. || A rumour was current, that the Turks were preparing a line which would give Crete, together with a line on the mainland, less favourable than that of the 3rd October. The acceptance of such a proposal was not seriously discussed. But when, in the enumeration of various alternatives, which included Crete, the line of the 3rd October came on for discussion, it appeared that the three Ambassadors would probably, in the last resort, accept such a line. || As for myself, it appeared to me, that it would never be possible to know at what precise limit Turkish resistance would begin, while, on the other hand, I could not forget the absolute necessity of considering the Greek case as well, with a view of avoiding danger on that side. The question could not be put as one of peace or war. The Turks might possibly resist even a smaller line than that of the 3rd October, while no one could say that they would not accept the Salambria line in the last resort. Looking to both sides of the question, I was unable to give my opinion in favour of the point which was now being discussed. I will not at this moment lay all the arguments before your Lordship, by which I was guided; but I may state that I did not think it possible to impose a solution on Greece which gave them less than the Salambria line, and which would not include either Metzovo, Janina, Prevesa, or Larissa. War might result from a combination too unfavourable to the Greeks to admit of its being forced upon them. || Count Hatzfeldt stated in the course of the conversation, that he considered the solution under discussion as within the programme before us. || I contended, that the Salambria line and Crete were more in the spirit of the arrangement which had been come to. The essential part of the programme had been the elimination of the Mussulman Albanian population and the substitution of Crete, but not the diminution of the line in Thessaly. However, the German Ambassador insisted, that he knew that the line of the 3rd October with Crete would be thought to be compatible with the programme of Prince Bismarck; though if the larger line could be obtained it would be so much the better. This was how the question was left on the 11th. || The next day Count Hatzfeldt called on me and explained,

Nr. 7544. Grossbritannien. 17. März 1881.

that he had reserved his opinion, but that his instructions would have authorized him to vote with the others. He knew the Chancellor would be satisfied with the line in question. He had, however, telegraphed to him, on account of the attitude which I had taken up. || I was somewhat surprised at the dispatch of such a telegram. I had not considered, that the discussion had assumed so definite and formal a character. || At the meeting of Ambassadors I raised the question formally, whether or not the decision of the day before had or had not been only provisional; and it was generally admitted that it was provisional. || On this Count Hatzfeldt said he should certainly telegraph to this effect to the Chancellor. At the same time, I telegraphed my distinct impression to your Lordship that, if Count Hatzfeldt and I agreed to either of the two lines — the Salambria line or the line of the 3rd October —, (in both cases with Crete) all our colleagues would follow us. This I took to be certain. Count Corti and M. Tissot had said this explicitly. || On the other hand, I admit that Count Hatzfeld is entitled to state that three of his colleagues declared that the Turks would, in all probability, not accept more than the line of the 3rd October and Crete; but I have reminded Count Hatzfeld over and over again, that these views are based on the idea, that there are no means for exercising pressure on the Turks. Indeed, the French Ambassador has said to me, that if he had an idea what was to happen after we had recommended the line he should know how to draw the line. It is perfectly clear that, if the Ambassadors knew, as Count Hatzfeldt and I know, the ultimate measures which are contemplated, they would be better able to judge what the Turks may or may not accept, and whether, under the pressure contemplated, the Turks would or would not reject the Salambria line. At present, as I before stated, they appear to think that the decision rests entirely with the Turks. || At this moment I do not know what Her Majesty's Government may finally decide on this difficult question which has arisen; though I understand your Lordship to consider that the 3rd October line with Crete would be most unsatisfactory. || Prince Bismarck caused it to be put to your Lordship whether it would not be better to accept a certain solution than to prolong the struggle. But there is as yet no evidence to show, that the 3rd October line would be voluntarily accepted by the Turks, nor is any evidence, beyond a vague impression, to prove that, if the Powers show a united front, the Turks would make the retention of Larissa a question of peace or war. The point of interest of the difference between the two lines of the 3rd October and of the Salambria consists mainly in Larissa. || I have pointed out to your Lordship, that I cannot see that it can be right to strike off Metzovo, Janina, Larissa and Prevesa, being all the important points of the territory awarded at Berlin except the Gulf of Volo. Crete, under the circumstances of the case, would never be held to be a sufficient compensation for the loss of important positions on the mainland. It is not a simple question of geographical extent. || I concur with your

Lordship, that it would be better to offer the Greeks the Salambria line, with Prevesa and without Crete, than the 3rd October line with Crete, notwithstanding that the territory would be of less extent by many thousand kilom.

Nr. 7544. Gross-britannien. 17. März 1881.

I greatly regret the difference of opinion between some of my colleagues and myself on this matter, which does not, however, disturb the cordiality of our relations. I endeavour to make them clearly understand that, as representing Her Majesty's Government, I am as eager to assist in preserving peace as they are, but that I cannot admit that it will be secured, or that it can only be secured, by considering exclusively what the Turks will spontaneously accept.

Nr. 7545. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Die Botschafter haben die Verhandlungen mit der Pforte aufgegeben und werden selbstständig eine Linie festsetzen.

(Extract.) Constantinople, March 19, 1881.

Nr. 7545. Gross-britannien. 19. März 1881.

From a hasty despatch which I had the honour to send to your Lordship by post on the 15th instant, your Lordship will have learnt that on the 14th instant the Turkish Delegates proposed to cede Crete, together with a rectification of the present frontier in Thessaly by adding a strip of territory of 4 kilom. broad on an average. || This was at once refused. || The Ottoman Delegates, apparently most anxious not to give up the idea of Crete, then pressed us as to whether we would adopt their proposal if "a few little islands," to be subsequently agreed upon, were added. Was it to the extent of their proposal we made objections, or to its principle? We replied by a declaration of which I sent your Lordship a copy on the 15th instant. We insisted, that large concessions on the mainland were indispensable. I informed your Lordship, that the Ottoman Delegates then replied that in such a case the idea of compensation in Crete must be abandoned, and they would propose another line on the mainland. This was to be done the next day. || When the next day came it soon turned out that the Ottoman Delegates would propose nothing further on the mainland, but they again offered the cession of Crete, together with an augmentation of the strip of 4 kilom. proposed at the preceding meeting, the extent of which augmentation, however, they declined to define. We declared that so vague a proposal could not furnish a sufficient basis for discussion. We insisted, as before, on important cessions in Thessaly, and again pressed them to place before us by Thursday their final proposals both as regards a purely continental, and what is now called a "composite solution" ("solution mixte"). We added that we wished to take these final communications into account as much as possible in the proposals which we had to submit to our Governments. || I draw your

Nr. 7545. Gross-britannien. 19. März 1881.

Lordship's special attention to what passed in these two sittings: it seemed incredible that, after our positive declaration on Monday, and after the apparent abandonment of the plan by the Delegates themselves, they nevertheless would not propose any solution which involved the cession of any considerable portion of territory on the mainland besides Crete. They gave as an explanation that letters had been received; though they did not state whence, foreshadowing difficulties amongst the populations of districts to be ceded. || The attitude of the Delegates at these two meetings was one of extreme embarrassment and depression. They had practically no answer to give to the remonstrance, that their present proposals were less than their original offer of the Salambria line. || At the end of the sitting on Tuesday the Ottoman Delegates stated, that they would bring us further proposals on Thursday, the day previously fixed by us for the close of the present phase of the negotiations. However, when we met on Thursday the Delegates did not appear, and Count Hatzfeldt informed us that a relative of Server-Pasha had just called on him and had said that the Delegates were not ready, but without suggesting or asking for another day. It was accordingly determined to dispatch a letter in which we stated that we should now proceed, according to our instructions, to draw up a line, while giving the Turks the option of communicating to us any new proposals if they were ready within the next two or three days. However, after our meeting had broken up, but before the letter was dispatched, Count Hatzfeldt received a communication from Server-Pasha stating that they would meet us on Saturday. The delay was accepted, and the letter was not sent. || We had discussed at considerable length and with much anxiety whether the door ought to be closed or not against further communications from the Turks. Several Ambassadors thought, that it was of little use to attempt to extract anything more; but others were strongly of opinion that, while further delay was certainly inadmissible, it was of very high importance to know the very last word of the Turks. Your Lordship will observe, that one advantage has resulted from these negotiations: we have ascertained not only that there is no objection to the cession of Crete on the part of the Turks, but even an intense desire to give it in satisfaction of as large an amount of the claims of Greece as they can force us to take it for. Further, we have learnt, that they have no objection on principle to the cession of Larissa, for it was included in their first offer. Using this argument, some of the Ambassadors displayed great anxiety to overlook the fact that the last day fixed had passed, and, finally, all acquiesced in awaiting the meeting to-day. || But at this meeting events took precisely the same course as before. A proposal was made enlarging the strip of 4 kilom., so that the rectification of frontier would involve a cession of 2,900 kilom.; but it did not include even the town of Volo. Taking Crete at 8,300 kilom., the total offer would give a total of about 11,200 kilom., or not quite so much as the Salambria line, while less than one-quarter of the total would be on the mainland were the Powers looked

Nr. 7545. Gross-britannien. 19. März 1881.

for the real concession. The offer had of course to be rejected at once. The reply in which Count Hatzfeldt, as our spokesman, conveyed this decision was, as usual, put in writing first (a course which has been throughout adopted when any decided answer had to be given to distinct proposals, so that every word might have the sanction of all the Ambassadors). A short summary was first given of what had passed hitherto, as it was considered desirable to put the successive offers made distinctly on record. The Delegates were then informed, that their last combination, which they had presented as the maximum of their concessions, did not offer a sufficient basis for an arrangement. We proceeded to declare, following the course which had been agreed on Thursday, but using more stringent phrases, that being bound to submit our views on the line to be drawn to our Governments without further delay, we could no longer put off our labours, which might last two or three days, and that, if within this time they should be in a position to communicate to us the final proposition of the Turkish Government, which they had led us to expect, we would receive this as so much information ("à titre de renseignement"). | This latter phrase was used to indicate, that the present phase of the negotiations must be considered as closed. (See Inclosure.) || It appeared to us to be of great importance that in passing now to the next stage of the programme, viz., the recommendation of a line to our Governments, and its presentation by our Governments to Greece, in the first instance, for acceptance, neither the Turks nor the public should be led erroneously to believe that a rupture had occurred, or that the close of the meetings with the Delegates at Constantinople meant that our present efforts to bring about a pacific solution had failed. || Having ascertained, as far as we can, what the Turks declare themselves willing to give, it is now our duty to proceed to recommend the line which in our judgment would best meet the difficulties of the case on both sides. To prevent a misunderstanding, the statement made by Count Hatzfeldt to the Ottoman Delegates was made to conclude with words to the effect that we wished them to understand that, following out the programme drawn up by our Governments, and which aimed at arriving at a satisfactory solution of this frontier question, we should inform the Government of the Sultan later on ("ultérieurement") of the moment when we should be able to resume our communications with it on this subject.

The Ottoman Delegates, when they had heard the whole statement read, said that, after our rejection of their proposal, the idea of the cession of Crete must be considered as null and void ("nulle et non avenue"), in fact, as dropped ("tombé"). They further said, that there would be a Council of Ministers to-morrow, and that they would make a communication to us on Monday.

I have troubled your Lordship with the details of what has passed at the various meetings, because in the grave decisions which Her Majesty's Government may have to take it seems right that they should have as full

Nr. 7545. Gross-britannien. 19. März 1881.

information as regards everything which may throw light on the attitude and policy of the Ottoman Government as I can supply.

Though the process of the negotiations has been very tedious, and given little result, they have thus far not lasted much more than a fortnight, and looking to the usual dilatoriness of the Turks, and to the plea which they are able to put forward, as to the immense importance of the result to themselves, the Ambassadors cannot, I think, be charged with having allowed them to be drawn out unduly.

Beilage.

Communication handed to Turkish Delegates by Representatives at Sitting of March 19.

Pendant le cours de nos conversations, vous nous avez d'abord offert la ligne du Pénée que nous avons déclaré insuffisante, en nous reportant à la déclaration des Puissances qui constatait la nécessité de larges concessions au delà de la ligne du 3 Octobre. Il a été ensuite question d'une compensation pour les territoires Epirotes que la Turquie ne croit pas pouvoir céder; abandonnant alors le principe d'une rectification de frontières continentales, vous avez préféré considérer la Crête comme l'élément principal d'une combinaison en ne complétant cette cession que par une zone insignifiante sur la terre ferme que nous n'avons pas pu accepter. Aujourd'hui vous donnez à cette zone une étendue approximative de 2,900 kilom. || En nous référant à notre précédente déclaration qu'en tous les cas une cession considérable de territoires sur le continent est indispensable, nous ne pouvons que déclarer que cette nouvelle combinaison, que vous présentez comme le maximum de vos concessions avec l'Ile de Crête, n'offre pas non plus une base suffisante pour un arrangement. || Obligés, comme nous l'avons dit dans notre lettre du 12 Mars, de soumettre sans plus de délai à nos Gouvernements nos vues sur la ligne à tracer, nous avons, par égard pour vos convenances, accepté néanmoins le retard résultant de l'ajournement de la réunion qui devait avoir lieu Jeudi dernier; mais nous ne pouvons pas différer notre travail qui durera probablement deux ou trois jours. Si, dans ce délai, vous étiez en mesure de nous communiquer les dernières propositions du Gouvernement Ottoman sur le Continent, que vous nous avez fait espérer, nous les accepterions volontiers à titre de renseignement. || Il est bien entendu que, nous conformant au programme qui nous a été tracé par nos Gouvernements, et dont le but est d'arriver à une solution satisfaisante de la question des frontières, nous aurons l'honneur de faire savoir ultérieurement au Gouvernement de Sa Majesté le Sultan le moment où nous serons en mesure de reprendre avec lui nos communications sur cette même question.

Nr. 7546. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Wien (Elliot). — Nothwendigkeit, die begründeten Ansprüche Griechenlands zu befriedigen*).

(Extract.) Foreign Office, March 21, 1881.

Nr. 7546. Gross-britannien. 21. März 1881.

It would, in the opinion of Her Majesty's Government, be desirable, that your Excellency should impress on Baron Haymerle that the risk of war does not depend entirely, as some of the Ambassadors at Constantinople are apt to assume, upon the intentions of the Porte, but is equally likely to be incurred if the expectations and aspirations of the people of Greece, and of the populations which seek to be united with them, are not duly considered. In order to realize the extent, to which those expectations may reasonably be entertained, it is necessary to bear in mind the manner, in which this question of the rectification of the Greek frontier, which had for a long time been vaguely touched upon, was brought to a definite issue. || In May 1878 the Marquis of Salisbury inquired of Sir H. Layard "whether the Porte would consent to the boundary being defined by a line starting on the west coast at the mouth of the Kalamas River opposite the south part of the Island of Corfu, following the southern boundary of the Sandjak of Janina, thence to the Peneus, south of Zarko, and following the Peneus to the Aegean Sea." No answer was received to this, Safvet-Pasha, in July, saying that he "preferred to leave the matter to the Congress." At the sitting of the Congress on the 5th July the Plenipotentiary of France together with the Plenipotentiary of Italy, submitted the following proposal: — "The Congress invites the Sublime Porte to arrange with Greece for a rectification of frontiers in Thessaly and Epirus, and is of opinion that this rectification might follow the Valley of the Salamyrias (the ancient Peneus) on the side of the Aegean Sea, and that of the Calamas on the side of the Ionian Sea." The line thus recommended was an extension of the proposal of Lord Salisbury, as it indicated the valleys instead of the rivers. || When the Berlin Conference had been summoned and was about to meet, the French Government informed Her Majesty's Government that they proposed to instruct their Plenipotentiary to recommend a line which would have given to Greece the whole of the Olympus range and the passes of the mountains, and have comprised Katarina on the Salonica road. Owing to the representations at Paris of Her Majesty's Military Delegate, Sir L. Simmons, this was abandoned, and the line restricted to the proposition made by the Count de St. Vallier at the Conference, supported by the Italian Ambassador and by Lord Odo Russell. || At the second meeting of the Conference the Russian Ambassador moved as an amendment that the line should be extended north of the River Kalamas, so as to include the whole of the coast opposite to Corfu; but this was

*) Diese Depesche wurde den Botschaftern in Paris und Rom zur Mittheilung an die dortigen Regierungen übersandt. A. d. Red.

Nr. 7546. Gross-britannien. 21. März 1881.

not adopted. || Thus the line of the Conference was proposed by the French Government, who had previously desired to enlarge it, supported by the Italian and British Representatives, and unanimously voted, after the Russian Representative had spoken in favour of its extension, and during the Conference your Excellency reported that Count Szechenyi was considered by the Austrian Government hardly to have intimated, as clearly as they intended, their willingness to support the French proposal, which they accepted because they considered that it fairly carried out the views of the Powers as recorded in the Treaty of Berlin, but which they would not have approved if they had believed that it went further than had been originally intended. The Greek people have accordingly the amplest justification for holding that, in the opinion of all the European Powers, there ought to be a rectification of the frontiers of Greece and Turkey, which should be based on a line traversing the valley of the Kalamas in Epirus and of the Peneus in Thessaly. I do not recall these facts with the view of insisting upon the title of Greece to the maintenance of the award of the Conference in its entirety; but they cannot be overlooked in estimating what may be the reasonable expectations of the Greek people and the kindred populations on their borders. || Her Majesty's Government understand the difficulties which have induced some of the Continental Governments to recede from the position which they took up at, and after the Conference. It appears to them, however, not to be a question of *amour-propre,* but of a diminution of the power of Europe, if, in consequence of threats of resistance on the part of the Porte, the Governments who took part in the Treaty of Berlin and the Berlin Conference entirely abandon the decision then deliberately arrived at, and thus give up the great advantage derived from their unanimous judgment. Her Majesty's Government do not wish blindly to adhere to the line laid down at Berlin, but they have been unwilling to relinquish it until they are assured that something tangible was substituted for it, and they attach great importance to the reasonable wishes of Greece being met in any such new arrangement. Unless this is done they cannot engage to use the strong language to Greece which they would otherwise be prepared to employ, and they are confident that, unless very strong language indeed is used, by all the Powers, Greece will rush into a war which may have most unfortunate and unforeseen consequences. || After having given Europe a proof, that Her Majesty's Government wished to act cordially with Europe for the settlement of the unexpected conditions of the Treaty of Berlin, Her Majesty's Government supported the Austrian Government in abtaining the satisfactory adjustment of the question of the frontier of the Montenegro, which was of pressing importance, and in which that Government was specially interested. Her Majesty's Government were equally ready to support the French Government in their scheme for referring the Greek frontier to arbitration; although it was not one in the success of which they felt much confidence. They cordially agreed, likewise, to give their best assistance when

Nr. 7546. Gross-britannien. 21. März 1881.

Prince Bismarck consented, with the concurrence of all the other Powers, to take the initiative in proposing a form of joint proceedings in order to bring about a settlement, and they deferred to his Highness's suggestion that compensation might be given, by the cession of Crete, for the part of the Berlin Award which the Porte might decline to execute; although they would themselves have preferred adhering to a rectification of frontier on the mainland. || It has been through no fault of Her Majesty's Government that the form of proceedings recommended by Prince Bismarck has been departed from, and time lost in an abortive attempt to induce the Porte to state the concessions which it is prepared to make. According to the last report received from Constantinople, this attempt, which never promised to be successful, is about to be abandoned, and the Ambassadors intend reverting to Prince Bismarck's proposal, that they should agree among themselves upon a line of frontier, which should then be presented for acceptance to Greece and to the Porte, under the conditions mentioned by his Highness to Mr. Goschen. It is in view of this approaching discussion among the Ambassadors, that Her Majesty's Government desire to urge the necessity, which some might be disposed to underrate, of giving satisfaction to the reasonable expectations of Greece. || Your Excellency will read this despatch to Baron Haymerle, and furnish his Excellency with a copy of it. A copy will also be sent to Her Majesty's Ambassador, for communication to the Governments of the other Mediating Powers.

Nr. 7547. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Die Botschafter haben fernere Verhandlungen mit der Pforte abgelehnt.

(Extract.) Constantinopel, March 22, 1881.

Nr. 7547. Gross-britannien. 22. März 1881.

In my despatch of the 19th instant I described to your Lordship the course of the negotiations with the Turkish Delegates up to that day (Saturday), and I informed your Lordship that Server-Pasha had promised to consult the Council of Ministers on Sunday, and to place before us on Monday a final communication as to the last word of the Turkish Government with reference to concessions on the mainland. || On Sunday, Count Hatzfeldt was informed by the Foreign Minister, that his Excellency Artin-Effendi, the Under-Secretary of State for Foreign Affairs, had been added to the other Delegates, and yesterday we expected Server-Pasha and his colleagues. The Under-Secretary of State appeared alone. He brought no message as to the line. He was simply charged by the Porte to ask for a few days' delay. By Thursday it might be possible to place a communication before us. || Artin-Effendi evidently thought, or feigned to think, that, notwithstanding our previous declaration, we should be willing to commence negotiating with him. || The last state-

Nr. 7547. Gross-britannien. 22.März 1881.

ment made to Server-Pasha and his colleagues was read to him, and he was informed that we had already commenced our work of tracing a line, that we could not depart from the programme, as had been stated to the Delegates at the last meeting, and that, though we should not decline any communication which might be made to us, we should, as we had declared before, only receive it as so much information. A memorandum of our reply, of which a copy is inclosed, was given to him, and he departed. || His Excellency betrayed very great disappointment at the notice that we were no longer prepared to negotiate. || The Ambassadors are now engaged in the consideration of the line to be recommended. It was considered, that it was impossible to refuse to receive any communication which the Sultan may wish to make to us; but, as I telegraphed to your Lordship in my telegram of the 21st instant (identic), we considered, that the present phase of the negotiations with the Turkish Government is terminated.

Nr. 7548. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Berathungen der Botschafter über die der Türkei und Griechenland zu proponirende Grenzlinie.

(Extract.) Constantinople, March 22, 1881.

Nr. 7548. Gross-britannien. 22.März 1881.

In my despatch of the 17th instant I explained to your Lordship at length what had passed, up to that date, between the Ambassadors, with reference to the recommendation of a line of frontier according to the programme agreed upon. || On the 19th instant it was unanimously decided, after a very unsatisfactory meeting with the Turkish Delegates, that as there was little prospect of further communications from the Porte which would throw much light upon our task, the moment had come when we must proceed to settle amongst ourselves what line we should place before our Governments. || We met on the following day, the 20th, for the purpose. || In the first instance, the question was raised whether any other solution than one involving compensation, such compensation, to be looked for in Crete, would fall within the Berlin programme. It was possible, that some other solution would offer better chances of peace. It soon appeared, however, that Count Hatzfeldt would hold that if the idea of Crete were dropped the German initiative would be at an end. He would gladly join us in any other recommendation; but, as representing the Berlin programme, he could not take the lead in any other proposal. || I pointed out, that the programme involved many other features besides Crete and compensation. The essence of the programme was the mode in which Greece and Turkey should be respectively approached, and the assignment of the task of tracing a line to the Ambassadors. I could not see why the same general line should not be followed, and Count Hatzfeldt retain the initiative, even if we found that a rectification

of the frontier on the mainland alone was most likely to lead to a satisfactory result. But it was apparent, that the Representative of Germany would be inclined to decline all responsibility, if a departure from the programme had taken place, and it was resolved, at this meeting at least, especially in the absence of the final Turkish word on a Continental solution, which had been promised for the next day, we should attempt to agree on a proposal including Crete. || The resolution to follow this course was taken, as I have explained, in consequence of the views expressed by Count Hatzfeldt, that in one case he would have the initiative, and not in the other. His Excellency did not make any proposal even on the basis of the programme. All my colleagues seemed reluctant to be the first to suggest any particular line. On this, I asked Count Hatzfeldt to read us again such passages in his instructions as bore upon the question before us. || On his doing so it appeared, that the main points were, as I have so often explained to your Lordship, the exclusion as far as possible of the Albanian Mussulman population and Crete as compensation, Crete being especially adapted for such a purpose, being nearly of the same extent as Epirus. There was no word as to a diminution of the Berlin Award in Thessaly. The spirit appeared to me from this last study of what Count Hatzfeldt read to us from his instructions as well as from my own recollections of my interviews with Prince Bismarck, that the extent of territory to be offered to Greece was to be different from, but nearly equal to, the Berlin Award. || I should add, that it was stated in the instructions that the object of our labours must be to obtain a pacific solution, an aim in which every one of us most heartily concurred. || To clear the ground, I suggested that we should at once agree that if Crete were included we should exclude Epirus. To this all agreed. I made a reservation as to Prevesa if the line in Thessaly should be less than I thought right. || Otherwise, though not unaware of the great responsibility we were incurring, we then agreed on a combination by which the Greeks would not gain Prevesa. But if a satisfactory line could be found in Thessaly I thought, as my colleagues thought, that looking to the immense importance attached to Prevesa by the Turks, our anxieties to secure a pacific result in the interests of the Greeks themselves and to the great value of Crete we were justified in our decision. || After a pause sufficient to enable any of my colleagues to propose another line if they were prepared to take the responsibility, I proposed the Salambria line with Crete. I am aware of the great and just importance attached by Her Majesty's Government to the plains to the north of Larissa, also to the strategic value of the frontier so carefully worked out at the Conference of Berlin; but it was clear, that so secure a pacific solution great sacrifices must be made on both sides. It was equally clear to me, that even if I proposed the Conference line in Thessaly I should not be supported, and I was anxious to go to the last limit of what I consider possible concessions to maintain agreement amongst ourselves. I knew what difficulties I should encounter, even as to the minimum, which I

Nr. 7518. Gross-britannien. 22.März 1881.

thought practicable, if the Greek case were not to be put entirely out of sight, even on the Salambria line. || Your Lordship is aware of the arguments by which I was influenced in standing by this line. || In the first place, the main proceedings, not only at the Conference of Berlin, but at the Congress, as regards the Greek frontier, were based on the position of the population in Thessaly. No arguments had been brought forward to weaken this part of the case. All my colleagues had repeatedly declared to the Ottoman Delegates that large concessions in Thessaly were a *sine quâ non.* The line of the 3rd October did not seem to me to meet this exigency. Compensation was to be sought for the deduction of Epirus from the Conference Award; but it was never intended to make Crete the main element in any compromise. || One argument, and one argument alone, was put forward by my colleagues—Could I say, that the Turks would probably accept the line which I proposed? || The reply was obvious. We had no certainty, that the Turks would accept any line beyond what they had stated they would accept, and which was admitted to be absolutely insufficient. Could we be sure, that they would accept the line of the 3rd October with Crete? Their acceptance would depend on the attitude assumed by Europe. But more than this. There were two parties on whose acceptance peace or war would depend. We were bound to consider, that our line was to be presented first to the Greeks. Would they accept it, even under great pressure, if nearly all the points to which both sides attached most importance were excluded from our award? If they were to lose all hope of Metzovo, Janina and Prevesa, were they to renounce Larissa and the important territory between the 3rd October line and the Salambria as well? Should we not run the risk of having the line thus drawn refused by the Greeks in the first instance? and to what extent would it be just to impose such a decision on Greece after all that had passed? || But there was another argument. It was admitted, that it was doubtful whether the Turks would voluntarily accept even the line of the 3rd October. If we proposed that line, were we not running the risk of making concessions to the Turks, as compared with the previous award of Europe, beyond what we thought right, in the hope of securing an object in which we should fail, while we should, against our judgment, have weakened the case of Greece unduly and to no purpose. || We should have surrendered more than was right. We should have falsified the previous judgment of Europe beyond the point at which a compromise was reasonable, and not have avoided war. What would be the attitude of the Powers to Greece under such circumstances? || Such were the arguments which I put forward, and the motives by which I was influenced. The responsibility in taking the ground which I have described is so immense, that I have thought it right to put them clearly on record. I may add, that I explained over and over again, that Her Majesty's Government were as anxious for a peaceable solution as any other Power; that it was not a question with me of Greek interests or Turkish interests, but of what

Nr. 7548. Grossbritannien. 22.März 1881.

was a practicable and equitable solution in the present crisis. The conversations between the Ambassadors never took the turn of a controversy between advocates of Greece and advocates of Turkey. In our aim we were unanimous, namely, to avoid war. My colleagues, influenced to a great extent by the immense military preparations which the Turks are making, by the obstinacy with which they refuse to name more than insignificant concessions, by the knowledge that with the Sultan himself rests the absolute control of the turn to be given to events, and that he is very subject to sudden irritation, which may lead him to dangerous courses, look, in my judgment, too exclusively to the question what the Turcs will accept. Ultimately, great pressure may have to be used; but if that pressure is judiciously applied, I do not even now despair of a pacific solution. || My colleagues repeatedly state, that they would prefer the Salambria line to that of the 3rd October, if it could be secured without risk. No single colleague is actuated by the desire of leaving the territory which constitutes the difference to the Turks by way of a more equitable compromise. || It is the warlike attitude of the Turks alone which induces them to withhold support to my views. || Count Hatzfeldt stated, that both lines were within the programme of Berlin. He could accordingly vote for either, and he had inclined to accept the smaller line because three of the other Ambassadors had seemed to think it the safest. If the majority agreed with me he should vote for the Salambria line. || It was generally felt, that the discussion could not be closed at this first meeting. It was resumed yesterday. There was no change in the attitude of any of my colleagues. I observed, that no one had proposed any other line than the one I had put forward, but again no one seemed inclined to make himself responsible for the proposal.

Nr. 7549. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Die Pforte hat eine neue Grenzlinie ohne Creta proponirt.

(Telegraphic.) Constantinople, March 23, 1881, 7 P.M.

Nr. 7549. Grossbritannien. 23.März 1881.

Following identic telegram sent by Ambassadors to-day:— || The Turkish Delegates appeared at our meeting to-day. They proposed a new exclusively continental solution, adding to the line of the Peneus an area of 2,300 square kilom., which would increase present frontier by a total area of 14,000 square kilom. || "New line would start from the Aegean, 4 or 5 kilom. to the south of Platamona, would follow a line of heights to the north of the Peneus as far as Mount Kratchovo, whence it would rejoin the Arta, of which it would follow thalweg to its mouth, thus leaving to Greece Turnovo, Tricala and Arta. || "We have received this communication only as information, stating once more to the Ottoman Delegates that we must submit our proposals to

Nr. 7549. Grossbritannien. 23.März1881.

our Governments. || "There will accordingly be no further meeting with the Turkish Delegates, our object of receiving their proposals being accomplished. "Ambassadors meet to-morrow to continue their labours."

Nr. 7550. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den engl. Min. d. Ausw. — Haymerle ist der Anwendung materiellen Zwanges gegen die Pforte durchaus abgeneigt.

(Extract.) Vienna, March 24, 1881.

Nr. 7550. Grossbritannien. 24.März1881.

When I communicated to Baron Haymerle your Lordship's despatch of the 21st instant, which reached me this morning, he was on the point of going to the Emperor, and there was no time to discuss it at any length. || Baron Haymerle appeared to recognize the correctness of most of the reasoning of your Lordship's despatch, but said that the question before us was to find, not the most desirable, but the most practicable, arrangement. || If he is in favour of our contenting ourselves with a smaller cession of territory from Turkey than Her Majesty's Government might wish to insist upon, it is not that he would not prefer the larger, but that he disbelieves the possibility of obtaining it from the Porte. || I very lately stated to your Lordship, that he co-operation of the Austrian Government in anything more than moral pressure upon Turkey was not to be expected; and, in every conversation which I have with Baron Haymerle, I find an increasing unwillingness on his part to consent to take a line which might render a resort to coercion in some shape necessary to avoid a position very like that which followed upon the Berlin Conference. || If the notion of material pressure is once excluded from the calculation, as it is in the mind of the Austrian Minister, his disinclination to ask for more than the Turks can be brought to give peaceably is not difficult to understand. || I pointed out to Baron Haymerle that, as the Powers had agreed at Berlin upon the extent of the cession which should be made by Turkey to Greece, it was at least incumbent upon them not to throw their moral weight upon the side of the country which had rejected the award then made; that if a frontier agreed to by Turkey was adopted by the Ambassadors, and proposed to the acceptance of Greece, but was rejected by her as insufficient, and war ensued, that country would stand before Europe in the position of having resorted to hostilities when an arrangement, regarded by the Powers as satisfactory, might have been peaceably obtained, and would be represented as having forfeited the sympathy and moral support of those whose advice it had refused to accept.

Nr. 7551. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Ansicht über den neuesten türkischen Grenzvorschlag.

(Telegraphic.) Constantinople, March 25, 1881, 12·15 P.M.

Nr. 7551. Grossbritannien. 25. März 1881.

Please let me know in a few words your Lordship's opinion of the new Turkish proposal. || My own feeling is this: If Her Majesty's Government are prepared to give Greece strong naval support at the risk of isolation, and to pursue a decidedly energetic policy, then I would ask and insist on Prevesa in addition, and make the Conference line in Thessaly also a *sine quâ non*. But if Her Majesty's Government think this course undesirable and dangerous in the present European situation, then I should recommend, if Prince Bismarck consents to modification of programme, to act quite cordially with other Powers on basis of new line. In this case, whether we wish it or not, we should have to join in putting energetic pressure on Greece, as otherwise, while having consented to worse terms for Greece, we might nevertheless see her drift into war, and have run all the risks and suffer the inconveniences of first course without its advantages. || Please telegraph, with reference to this telegram, whether you prefer the first or second course.

Nr. 7552. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Zustimmung zu dem türkischen Vorschlage unter Protest.

Foreign Office, March 26, 1881.

Nr. 7552. Grossbritannien. 26. März 1881.

Sir, — Her Majesty's Government have received and considered your telegram of yesterday. || After giving due weight to the arguments in favour of insisting on the larger cession of territory to Greece, with the addition of Prevesa, and those in favour of acting cordially with the other Powers on the basis of the new Turkish line, Her Majesty's Government agree to the second alternative, but on the condition that a decided protest is made by your Excellency in favour of a better settlement, and a declaration that Her Majesty's Government agree out of deference to the other Powers. || Her Majesty's Government leave it to your Excellency to decide upon the form in which their views thus declared should be placed upon record. Such a declaration is necessary not only in view of their own convictions, but in order to justify the share they will have to take in putting strong pressure on Greece, in order to induce her to accept the decision arrived at. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7553. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Hat dem türkischen Vorschlage ohne weiteres zugestimmt, da er die Instruction vom 26. März zu spät erhalten.

(Telegraphic.) Constantinople, March 27, 1881, 11·45 A.M.

Nr. 7553. Gross-britannien. 27.März1881.

Your telegram of yesterday reached me too late to act on its precise instructions, and I considered your telegram of the 25th, which crossed mine of the same day, as a direction to me that if all the Ambassadors agreed I should accept the Turkish proposal, which I have done. || My whole attitude here has been a continued and decided protest against the willingness of the other Powers to accept too little and to shrink from real pressure on the Turks. Yesterday I stated, that my grounds for accepting the line were a desire to show conciliation towards my colleagues; further, that my reason for not pressing Prevesa was because all my colleagues believed it would lead to war. But in the peculiar circumstances of the case a formally hostile attitude on my part to the acceptance of the proposal yesterday might have compromised the union among the Ambassadors, which was hanging in the balance, and without which a solution was absolutely impossible. || As it is, the Ambassadors are now, as I telegraphed last night, in complete accord. But your Lordship will remember, that I have not committed the Government. Our proposal is a recommendation only, ane in accepting it, Her Majesty's Government can put on record in the form most expedient their decided protest in favour of a better settlement and the declaration that we agree out of deference to the other Powers. This can be done without in any way reflecting on my action in recommending it, as I have throughout reported to your Lordship the efforts I have made to obtain better terms, and the reasons why it was impossible.

Nr. 7554. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Die Regierung giebt ihre Zustimmung zu den Abmachungen der Botschafter, um die Einigkeit unter den Kabinetten aufrechtzuerhalten*).

Foreign Office, March 28, 1881.

Nr. 7554. Gross-britannien. 28.März1881.

Sir, — Her Majesty's Government have always been of opinion, that the decision of the Conference at Berlin was an interpretation of the 13th Protocol incorporated in the XXIVth Article of the Treaty of Berlin carrying great weight. It was unanimously agreed to in the note of the 25th August.

*) Diese Depesche wurde den Botschaftern in Paris, Rom, Wien und Petersburg zur Mittheilung an die betreffenden Regierungen übersandt. A. d. Red.

|| Her Majesty's Government are not blind to the change of circumstances which has made it impossible to carry out that arrangement excepting by a successful war on the part of Greece against Turkey. || But they have persistently declined to abandon the position taken up by the Representatives of Europe unless some satisfactory substitute were possible. || Your Excellency has, with singular ability, judgment and energy, worked to secure, as was desired by Her Majesty's Government, that this substitute should be one which would reasonably meet the expectations of Greece, based upon all that has passed during the last three years. || Her Majesty's Government cannot pretend, that the arrangement to which the Representatives have agreed is one which, if they had been acting alone, they would have accepted. || But, considering the great danger of war to Greece, to Turkey and, indirectly, to Europe, and the permanent importance of maintaining intact the concerted action of the Powers, they entirely approve of your having agreed, out of deference to the opinions of the Representatives of Powers, to give a provisional assent to the proposals which you have transmitted, and they are ready to give their final assent, upon conviction that there is a general agreement of the Powers, to insist upon Turkey and Greece giving immediate and complete effect to the arrangement. || This despatch has been transmitted to your Excellency by telegraph. || I am, &c.

Nr. 7554. Gross-britannien. 28.März1881.

Granville.

Nr. 7555. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Athen. — Unterredung mit dem griechischen Gesandten über die ablehnende Haltung der griechischen Regierung.

Foreign Office, March 29, 1881.

Sir, — The Greek Minister called upon me this afternoon, and referred to the telegram from M. Coumoundouros which he had forwarded to me yesterday (and of which I have sent you a copy), stating the inability of the Greek Government to accept such a line of frontier as is described in the last Turkish proposal. || He said, that the question had become a point of honour with the King and the Government, that the whole of the Greek race, not merely at Athens or in the kingdom, but throughout the East, looked to them to maintain what they considered their legitimate claims to a proper extension of territory, and that, although they were anxious to be guided by England, it was impossible for them to recede. || I said, that I could not undertake to discuss the main question with him at present, at we were still in communication with the other Powers on the subject, but that it was difficult for me to understand the position of the Greek Government towards that of Her Majesty. They had repeatedly professed a desire to be guided entirely by our advice; but they stated, that they could not accept the proposal which

Nr. 7555. Gross-britannien. 29.März1881.

Nr. 7555. Gross-britannien. 29. März 1881.

they understood was likely to be made to them by ourselves in conjunction with the other Powers, and they were apparently prepared to commence a war single-handed against Turkey, in opposition to the general sense of Europe, rather than agree to a reduction of their claims. This seemed to me the extreme of rashness, and was the less comprehensible to me on the part of the Greeks, who were recognized as possessed of great political intelligence, and were not fatalists, but might be considered to be alive to the general arguments of political advantage and expediency. It seemed to me that the argument, that the rest of the Greek race looked to the Kingdom of Greece as their representative and champion, ought to act exactly in the opposite direction to that in which M. Contostavlos had used it, that it ought to inspire prudence instead of rashness, from a consideration of the interests at stake, and that the Government of Greece ought to be content with a progress steady and peaceful, rather than to insist on hazarding everything by rushing into a conflict which exposed them to the risk of a naval attack, and in which they must themselves know that, according to the opinion of all competent authorities, the chances even of a partial success were problematical. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7556. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen der Botschafter über den letzten türkischen Grenzvorschlag.

(Extract.) Constantinople, March 29, 1881.

Nr. 7556. Gross-britannien. 29. März 1881.

On the 22nd I wrote to your Lordship very fully with regard to the discussions which were taking place between the Ambassadors relative to the line to be recommended to our Governements for the rectification of the frontier between Turkey and Greece, as well as with regard to the various proposals of the Turkish Delegates. || On Friday, the 25th, I sent your Lordship the final proposal made to us by the Turks on the 23rd instant; but as my despatch of the 25th instant went by post, I was unable to write any comments on that proposal. || Much surprise was felt by some of my colleagues at the Turks having suddenly made up their minds to cede so much. They had stated in the most categorical terms, that such difficulties would be experienced in Thessaly that they could only cede a small strip besides Crete: they had with much pertinacity clung to the idea of Crete; while at the same time offering an utterly inadequate total area, scarcely reaching, in extent of area, even their first proposal made with regard to Thessaly alone. Now they proposed to us a cession involving 14,000 square kilom. on the mainland, where, after all, the real solution was to be sought. The Ambassadors had declared over and over again, that it was in Thessaly where the main rectification of

frontier must take place. || Our distinct intimation to the Turkish Delegates that we were engaged in carrying out the task imposed upon us by our Governments, namely, to recommend a line ourselves, probably produced its effect. The Ottoman Government felt, that it was useless to keep any further offers back which they might have decided to make in the last resort, and may have wisely foreseen, that it would be to their advantage that we should have a moderate instead of a totally inadmissible proposal before us, as their last word. It would be more likely to avoid the recommendation of a larger line on our part. || No discussion took place with the Ottoman Delegates as to the offer of the Turks. We had previously stated, that we should receive any offer "à titre de renseignement," and so we treated it. His Excellency Artin-Effendi, who had not inaptly described our meeting on the previous Monday as resembling rather an unavowed Court of Arbitration than a Conference for negotiation, put some questions to elicit whether further meetings would not take place, but according to the programme, on which we were bound to act, the Turks were made to understand that we had now simply to recommend a line to our Governments, and that there was no question of further negotiations for the present. The Delegates then retired. || The general view as to the offer of the Turks was, that it constituted a very decided step in advance, and, for the first time, opened up the possibility of a pacific solution. Your Lordship is aware of the extent to which most of my colleagues have held the opinion, that it was a solution acceptable to the Turks which alone would avoid war. What would the Turks ultimately accept in the last resort? The answer to that question seemed to have been found, and my colleagues were almost unanimous in declaring that they had never expected the Turks would propose so much. Count Hatzfeldt said, that when he left Constantinople in December he had thought that the utmost the Turks would yield would be to extend their offer of the 3rd October to the Peneus. || But the offer of the Turks was received not without statisfaction for another reason. || In the solution involving Crete we had come to a dead-lock. || In the first place, my colleagues were aware, that I would not consent to a smaller line than that of the Salambria with Crete, while Count Hatzfeldt, founding his action mainly on the opinion of the other Ambassadors, which their instructions forbade them, however, to formally express before he had stated his own view, was against my proposal of the above combination. || On the other hand, it was fully and unreservedly acknowledged that even, if my proposal were out of the way, no one would accept the responsibility of proposing the line of the 3rd October. Our colleagues would have voted for it if Count Hatzfeldt and I had been willing to agree on it, because they were instructed to follow us but; it was considered a "war-line." No one could say, that the Turks would accept it. The Russian Ambassador, who clung for a long time to the combination with Crete, would not go so far as the others in stating a conviction that it offered no hope of a pacific solution; but neither

Nr. 7556. Gross-britannien. 29. März 1881.

could he affirm a belief in the contrary direction. This prevalent view was strengthened by information given us by one of our colleagues that, at an audience given the day before by the Sultan to a member of his Staff, who was about to leave Constantinople, His Majesty had given him distinctly to understand that if Crete were ceded he would on no account give more with it than had been offered, and on the word "Volo" being pronounced, had said: "Volo never with Crete." His Majesty added, that he knew Turkey was condemned by Europe; but it would know how to defend itself. God would decide. || Thus, it was not my individual action, but the wide difference, in the solution involving Crete, between the minimum which the Ambassadors thought it possible to recommend, and the maximum which they believed the Turks would peaceably accept, which constituted the obstacle to an understanding on this basis. || On the other hand, a very serious difficulty arose. Count Hatzfeldt declared to us contrary to the impression which he had previously conveyed to some of us, that a solution without compensation in Crete seemed outside the programme agreed to at Berlin, and it became evident that he believed the German initiative would be withdrawn if the Crete solution were abandoned. Count Hatzfeld would propose no line on that basis; but except on that basis the German initiative would be lost. || I suggested an identic telegram to ask our Governments whether we were authorized to admit a line without Crete; but when Count Hatzfeldt stated that he could not join in such a telegram, I said that I knew that in such a case no Ambassador would wish to press it. || We made no progress at our next meeting on the 24th, because the difficulties remained precisely the same. Meanwhile, Count Hatzfeldt placed himself in communication with Prince Bismarck, and I explained to your Lordship the dead-lock at which we had arrived. || On Friday, the 25th, Count Hatzfeldt sounded me, by Prince Bismarck's desire, as to the new proposal of the Turks. It was clear, that he did not wish to commit himself to change the basis of the programme, without feeling that there would be unanimity on a fresh basis. || I reported this to your Lordship in my telegram of the 25th instant. I had also called your Lordship's attention to the two defects which the Turkish proposal seemed, in my judgment, to have. I should have wished to secure Prevesa for the Greeks, and in the north of Thessaly to have secured the Conference line. || With regard to Prevesa, all the Ambassadors believed that its award to Greece would make war certain. I shared this opinion, subject to the reservation that the Turks would not go to war for it, if they knew that, in case of war, the Greeks would have more than moral support. But, then, this was uncertain. As regards the north boundary of Thessaly, I did not think it worth while to run the risk of the whole arrangement falling through, for the sake of the difference between the two lines. The Conference line is undoubtedly the better strategic frontier; but the line given by the Turks is what, in many quarters, would be thought a fair interpretation, so far as that part of the

Nr. 7556. Gross-britannien. 29. März 1881.

country is concerned, of the line of the Congress. || With regard to my action in its bearings on the view which might ultimately be taken by Her Majesty's Government, I received your Lordship's telegram in which Thessaly, without either Crete or Prevesa, is suggested as our alternative line, if I could not secure the line of the Peneus with Crete. Your Lordship further stated that, if all the Ambassadors agreed to the Turkish proposal, we must concur. || Also your Lordship called attention to what is undoubtedly true, that Prevesa is desired by Greece mainly for aggressive purposes as a base of operations against Epirus. I interpreted your Lordship's suggestion to mean that I was not to make a great stand for Prevesa. I shall address your Lordship on the subject of Prevesa in a separate despatch.

On Saturday, the 26th instant, Count Hatzfeldt appears to have received instructions which, as he explained to us at the meeting he subsequently called, enabled him to take a step in advance. He seemed to be quite prepared to transfer the discussion to a purely continental solution—in other words, to give up Crete. I pressed his Excellency very strongly on the subject as to whether the recommendation of a line on the continent only, would now be cordially accepted by Prince Bismarck. He gave perfectly satisfactory replies. || Count Hatzfeldt took the initiative in calling the Ambassadors together to inform them, that he was now able to discuss a line without Crete, which he had not been able to do the other day. || On this, the Austrian Ambassador at once proposed to discuss the Turkish line. He did not formally propose it, but he commenced a discussion on it, and the question was put what amendments to it should be suggested. Was Prevesa to be claimed? No one suggested to add it to the Turkish proposal. I stated, that I refrained from doing so, as all my colleagues believed it would destroy all hopes of a pacific solution. || The question was then put whether any Ambassador proposed the extension of the line up to the Conference line; but the proposal was not made. || It was felt, as I have explained to your Lordship, that the difference in this direction was not so great as to make it expedient to risk a pacific solution by insisting on a more northern frontier. || Such, my Lord, have been the successive steps by which we have arrived at the line which we ultimately recommended. Punta has been claimed for Greece, and the free navigation of the Gulf of Arta and the disarmament of the fortresses of Punta and Prevesa are included in the arrangement, and I have not failed to show my colleagues that if I have joined in their recommendation it has been for the sake of maintaining union, and of being able to come to an unanimous resolution. It is out of deference to the views of the majority that I entered on the policy of not asking for much more than the Turks ultimately themseleves proposed; for my own part, I should have greatly preferred the line of the Salambria and Crete; but I decidedly prefer the line now recommended, though of much smaller area, to a solution which would only give Thessaly up to the line of the 3rd October with Crete, irrespective of the fact that the one has

Nr. 7556. Grossbritannien. 29. März 1881.

been offered and the other refused by the Turks. || I shall have to address your Lordship on several points which I have been unable to deal with in this despatch; but, in concluding it, I venture to say that a heavier responsibility scarcely ever rested on Ambassadors than that which it was our duty to incur in this most critical question, and that I am grateful to learn by your Lordship's telegram that Her Majesty's Government have approved my proceedings.

Nr. 7557. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den engl. Min. d. Ausw. — In Griechenland rechnet man allgemein noch auf Englands Hülfe.

Athens, April 1, 1881.

Nr. 7557. Grossbritannien. 1. April 1881.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that the general belief still entertained here is that Greece, in the event of her going to war with Turkey, may safely look to Great Britain for help. || The Greeks argue, that Her Majesty's Government supported the scheme of arbitration, but made reserves, which were kept secret at the moment, and have since been published. Thus they persist in maintaining the belief, that England, although she may support the settlement which it is understood has been arrived at, and even press its acceptance on Greece, will at the same time make reserves favourable to this country should it not feel justified in accepting the award. || I have, &c.

Edwin Corbett.

Nr. 7558. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Athen. — Anweisung, der griechischen Regierung und Opposition mitzutheilen, dass England sich nicht von den übrigen Mächten trennen wird.

Foreign Office, April 1, 1881.

Nr. 7558. Grossbritannien. 1. April 1881.

Sir, — In your telegram of to-day you state, that the opinion at Athens continues to be general that, in case of war with Turkey, Greece could count upon assistance from England. || An official communication will shortly be made to the Greek Government by the Powers on the subject of the Greek frontier; but in the meanwhile, you should state to the members, both of the Ministerial Party and of the Opposition, that there is no question of this country separating itself from the other Powers, or of its affording assistance to Greece in the regrettable event of her setting herself in opposition to the wishes of Europe. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7559. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Wien. — Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter über die griechische Frage. Unzufriedenheit Englands mit der neuen Grenze.

Foreign Office, April 1, 1881.

Nr. 7559. Gross-britannien. 1. April 1881.

Sir, — The Austro-Hungarian Ambassador called upon me this afternoon, and said that he was able to explain the views of his Government to me respecting the Greek Frontier question. || It was, in their opinion, obviously impossible to have got more from the Turks pacifically than had been agreed upon by the Representatives at Constantinople. In this case, therefore, it was desirable, that great pressure should be exercised on the Greeks, not only to insure the success of the affair, but in the interest of the Greeks themselves. The Greeks would probably endeavour to negotiate; but the Austro-Hungarian Government were of opinion, that this should not be entertained, as it would give an opportunity to the Turks to fly away from their present engagements. || This, his Excellency said, was the view of his Government. He added, that a communication had already been made to Greece by the Russian Government, and that it was believed that the Italian Government were ready also to do the same, as they had replied to the Greek Chargé d'Affaires, who had communicated a telegram to the effect that the Greeks could not accept the line, that the Greeks must accept the entire responsibility of opposing the evils of Europe. || I answered, that I would not open any discussion as to the past, as to whether the Turks would not have accepted a line more in accordance with that of the Conference of Berlin if Europe had determined upon it; but that taking things as they were, it seemed to me desirable, that united pressure should be applied to Greece, not only for the sake of the settlement of the affair, but in the interest of the Greeks. I said, that Lord Lyons had told me that M. Barthélemy-St.-Hilaire was of that opinion; but considering that as France was at this moment *mal vu* and with little authority in Greece, and as Prince Bismarck was disposed to retire into the background, it was for every reason desirable that England should take the lead. My observation on this language had been, that it was quite true that when we hoped to get a line which would have been a perfectly satisfactory substitute for that of the Berlin Conference, we had offered to Prince Bismarck, if it was thought desirable, to take a leading part at Athens; but the frontier which had been settled had been adopted only out of a wish for peace and out of deference to the other Powers. Her Majesty's Government did not wish to press Prince Bismarck to take a leading part if he was not willing to do so; but they believed that the principal point was, that the Powers should show the greatest solidarity in their way of approaching Greece. For this purpose it would probably be better, that the first communication of the proposal, which was not merely the Turkish offer, but went beyond it in some important

Nr. 7559. Grossbritannien. 1. April 1881.

respects, should be as nearly identic as possible, supported in the same spirit by the other Powers. || Count Károlyi asked whether we were prepared to join in material pressure upon Greece. He was not, he explained, authorized to ask this question, but would be glad to be informed on the point. || I said, that it was a question which I preferred not answering unless it was put to me officially. || I added, that if the question were put I should also wish to understand whether such a course would be considered to include applying the same pressure upon Turkey, for an immediate and complete execution of the arrangement, as upon Greece. || Count Károlyi said, that he thought that his Government would be prepared to take the same course in both cases, but only if Turkey should show any objection to carrying out the arrangement. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7560. **KONGRESSSTAATEN.** — Identisches Telegramm der Botschafter in Konstantinopel an ihre respectiven Regierungen. — Nothwendigkeit, die griechische Regierung zu schleuniger Annahme zu veranlassen.

Constantinople, le 3 Avril, 1881.

Nr. 7560. Kongressstaaten. 3. April 1881.

Nous croyons de notre devoir de signaler à nos Gouvernements que si l'excitation croissante à Athènes portait les Grecs à des actes d'aggression et surtout s'il s'y produisait un mouvement populaire, il y aurait danger que le Gouvernement Turc essayât de se soustraire aux offres qu'il a faits. Ce danger est d'autant plus à craindre qu'il semble se former parmi les Musulmans une certaine agitation qui pourrait influer dans ce sens sur l'esprit du Sultan. Chaque jour augmente la gravité de la situation. Nous pensons donc ne pas sortir de nos attributions en indiquant à nos Gouvernements l'urgence d'imposer à la Grèce la nouvelle solution sans délai et par une démarche collective et péremptoire. D'après des renseignements de source Grecque, les Puissances rendraient même service au Cabinet d'Athènes en déclarant que cette solution est substituée à celle de la Conférence de Berlin, déclaration qui lui fournirait le meilleur moyen de se défendre contre ceux qui invoquent la décision de la Conférence comme un titre de droit. La prompte acceptation par la Grèce est indispensable pour que nous puissions ensuite lier les Turcs irrévocablement à leurs offres en leur imposant l'ensemble de notre solution d'une manière toute aussi catégorique.

Nr. 7561. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Wien. — Abgeneigtheit der österreichischen Regierung gegen etwaige Zwangsmaassregeln gegen die Türkei oder Griechenland.

Foreign Office, April 4, 1881.

Nr. 7561. Gross-britannien. 4. April 1881.

Sir, — With reference to the concluding paragraph in my despatch of the 1st instant, I have to acquaint your Excellency that Count Károlyi has since made some further remarks to me with the view of preventing any incorrect impression as to the views of the Austro-Hungarian Government upon the question of the possible employment of coercion against Greece or Turkey. || His Excellency said, that Her Majesty's Government were aware that Austria-Hungary had never been friendly to the idea of the adoption of coercive measures against Turkey, and that he was rather inclined to think that she would be equally indisposed to resort to any such measures against Greece. The remedy might, in his opinion, be worse than the evil. But, adverting to my inquiry as to whether his Government would, in case of coercion being exercised against Greece, apply it equally to Turkey in support of the new line of frontier, he said that his reply had been governed by the impression that every consideration of justice and impartiality ought to induce them to do so in such an eventuality. || The reason he gave me this explanation was, he said, to clear himself from any imputation of having, when he referred to coercion in our conversation, had the slightest intention of suggesting its adoption. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7562. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den engl. Min. d. Ausw. — Der deutsche Gesandte hat der griechischen Regierung mitgetheilt, dass die gefasste Entscheidung endgültig sei.

Athens, April 4, 1881.

Nr. 7562. Gross-britannien. 4. April 1881.

My Lord, — With reference to my preceding despatch of this day's date, I have the honour to add that, in accordance with the orders he has received from Prince Bismarck, the German Minister has informed M. Coumoundouros that, in the opinion of Germany, the agreement come to by the Ambassadors at Constantinople is final, and that the frontier about to be proposed is the utmost limit of what Greece can expect to obtain. || M. de Radowitz at the same time informed the Prime Minister, that he and his colleagues would have to bear the responsibility of what might happen to Greece in case she refused to accept the agreement. || I have, &c.

Edwin Corbett.

Nr. 7563. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Athen. — Uebersicht über die Verhandlungen, welche zu der jetzt festgesetzten Grenzlinie geführt haben.

Foreign Office, April 6, 1881.

Nr. 7563. Gross-britannien. 6. April 1881.

Sir, — The discussions among the Ambassadors of the Mediating Powers at Constantinople on the subject of the rectification of the Greek frontier have resulted in their recommending to their Governments the proposal which you have been directed to communicate to the Greek Government, conjointly with the Representatives of the Powers, in an identic note, in which the unanimous opinion of Europe is strongly expressed as to the public duty of Greece to accept this decision. || The interest which the Government and people of this country feel for the welfare and progress of Greece has been sufficiently manifested by the consecutive steps taken during recent events. || When, in the spring of 1878, the Greek forces passed the frontier into Turkish territory, and a rupture with the Porte seemed imminent, Her Majesty's Government exerted themselves to bring about a friendly settlement, and to protect Greece from the possible eventuality of a naval attack upon the capital. They made a first effort before the meeting of the Congress of Berlin to induce the Porte to concede at once to Greece a considerable augmentation of territory. || That effort was not successful; but it was on the proposition of the British Plenipotentiaries at Berlin that the Greek Delegates were admitted to deliberations which resulted in the Protocol of the 5th July (Protocol No. 13). || The question was one of the first to which Her Majesty's present advisers gave their attention on their accession to office, and they have been unceasing in their endeavours to bring it to a conclusion which should satisfy the legitimate claims of the Greek nation. || The proposal made by France at the Conference at Berlin, and eventually adopted by the Powers there represented, was supported by the British Plenipotentiary after careful examination, and not without a preliminary discussion with the French Government. Her Majesty's Government believed, that a settlement on the basis of that decision would have been in conformity with the principle laid down by the Congress of Berlin; but it could not be denied that it was in a sense extremely favourable to Greece. || Her Majesty's Government had advocated this line as comprising districts of which only a small proportion of the population were Mussulmans, and as satisfying the traditional sympathies and national aspirations of the Greek-speaking inhabitants. || But the course of events showed, that in some respects these anticipations were of a sanguine character. || The feeling of the Albanians created a great difficulty, which in no sense could be overlooked. || The opposition of the Turkish Government became more marked. || Her Majesty's Government have always held the opinion that for any European State not of preponderating strength it was impossible to resist the

Nr. 7563. Gross-britannien. 6. April 1881.

united opinion of the Powers, when bent on measures for the pacific arrangement of international difficulties. But it soon became evident, that all Europe was not prepared to insist upon the line which had been agreed upon at Berlin, and the reticence of some of the Governments was approved by the public opinion of the respective countries over which they ruled. || Her Majesty's Government could not shut their eyes to these changed circumstances, but throughout the negotiations which have since ensued, Her Majesty's Government have maintained the necessity of adhering to the decision of the Conference until there was a prospect of some substitute which might be considered to offer a fairly satisfactory settlement of the question. The course of events, however, has produced in them the conviction, that the line decided upon at the Conference could only under present circumstances be acquired to Greece as the result of a succesful war against Turkey. A struggle undertaken with such resources as Greece has at her command against a Power, which, notwithstanding recent reverses, has still the advantage of great numerical superiority and of military experience as well as aptitude, is, according to the best calculations, not unlikely to lead to defeat and to disaster, while to Turkey, in the present unsettled state of many parts of the Empire and in the exhausted condition of her finances, the effect of a campaign might be ruinous. It is probable that it would be scarcely less fatal to Greece and to the cause which, in her own interest and in that of her co-religionists in Thessaly, she is bound to advance in the most judicious manner.

These considerations, and the general importance to Europe of the maintenance of peace, have influenced Her Majesty's Government in their decision with regard to the proposal now before them, and while they do not hesitate to say that they would themselves have preferred a line more nearly approaching the conditions of that adopted by the Conference, they feel that it is their duty to join with the other Powers in pressing, in the strongest manner, upon Greece the acceptance of the present arrangement, which embraces the following advantages: — The territory is, generally speaking, very fertile and capable of producing cereals in large quantities. It includes the strong places erected by Turkey for the protection of her Thessalian frontier, including Volo, Armyro, Domoko and the important position of Trikala, as also Pharsala and Larissa, giving Greece a series of positions in advance of her present frontier which would add very materially to her powers of resistance in case of attack. || The possession of the port of Volo adds greatly to the security of Greece. || Her Majesty's Government have had frequent assurances from Greece, that it was her wish to follow the advice of this country. They can hardly believe, that this assurance was only given in the event of that advice being entirely in accordance with the wishes, however natural and however patriotric, of the moment. || The Prime Minister has admitted, that at no time has Her Majesty's Government given any encouragement to Greece to expect material assistance from this country; but it is a fact that,

Nr. 7563. Gross-britannien. 6. April 1881.

up to this moment, Her Majesty's Government never abandoned their liberty of action. While they have publicly announced their desire to maintain the concert of Europe, and repudiated the idea that they alone were to act as the police of Europe, they have carefully avoided to admit anything which would fetter movements in conjunction with some other Powers. This makes it all the more necessary now to state in explicit terms to the Greeks that Her Majesty's Government are determined not to separate themselves from the united Powers, and that Greece must not expect any support from this country if, contrary to the dictates of sound patriotism and statesmanship, the advice of Europe is rejected. Her Majesty's Government attribute much of what has been accomplished to the spirit and energy with which the King, the Government and the nation have prepared themselves to assert what has seemed to them to be their rights. It now remains for a country with so glorious a past, and with possibly no less brilliant a future, to show that they possess that self-control, that judgment and that statesmanship which alone consolidate the lasting welfare of nations. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7564. KONGRESSSTAATEN. — Kollektivnote an die griechische Regierung, enthaltend die neue Grenzlinie.

Athènes, le 7 Avril, 1881.

Nr. 7564. Kongress-staaten. 7. April 1881.

Les Soussignés, Envoyés Extraordinaires et Ministres Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande Bretagne, d'Italie et de Russie, près Sa Majesté le Roi des Hellènes, ont l'honneur de remettre à son Excellence le Président du Conseil et Ministre des Affaires Etrangères de Grèce la note ci-après, d'ordre de leurs Gouvernements. || Les conclusions consignées dans l'Acte Final de la Conférence de Berlin n'ayant pas pu, par la force des choses, recevoir l'exécution pacifique que les Cabinets avaient en vue, les Puissances Médiatrices ont prescrit à leurs Représentants à Constantinople de rechercher et d'arrêter entre eux la ligne-frontière qui leur paraîtrait le mieux répondre aux nécessités de la situation. || Après avoir mûrement étudié les différentes solutions qui pouvaient être proposées, les Représentants des Puissances à Constantinople ont été unanimes pour recommander à leurs Gouvernements le tracé et les stipulations suivantes: — || La nouvelle ligne-frontière, commençant près du défilé de Karalik-Dervend entre l'embouchure du Salamvrias et Platamona à 4 kilom. environ au sud de ce dernier point, se dirige vers l'ouest en suivant la crête des montagnes, passe d'abord entre Krania et Avarnitza, puis entre Nezeros et Analipsis, arrive au sommet du Mont Godaman, descend ensuite vers le sud, en suivant la crête de l'Olympe, gagne le sommet de Kokkinopetra, et prenant la direction de l'ouest à partir de ce point, sans quitter la même crête, passe entre Ligara et Derveni-Melona, et arrive au sommet du Mont Kritiri. Se dirigeant de là

vers le sud, la ligne atteint la rive droite du Xeraghis et, suivant la ligne de partage des eaux vers le sud-ouest, gagne le sommet des hauteurs situées au nord du village de Zarko, tourne ensuite vers le nord-ouest dans la direction de Diminitza et se maintient toujours sur la ligne de partage des eaux, en laissant à la Turquie le village d'Elevtherokhorion. Avant d'arriver à Diminitza, à une distance d'environ 18 kilom. de cette localité, la ligne-frontière tourne vers l'ouest toujours sur la ligne de partage des eaux et passe par les villages de Flamouristi, Gavranon et Georgitza, pour gagner le sommet du Mont Kratchovo. Se dirigeant ensuite vers le sud par la crête elle passe par les sommets des Monts Zygos, Dokini et Peristeri, et atteint la Rivière d'Arta en suivant le ruisseau qui conduit par la plus courte distance les eaux pluviales du sommet du Peristeri à ce cours d'eau, et en passant près des villages de Kalarhytoe et de Michalitzi. Au delà de ces derniers points elle suit le thalweg de la Rivière d'Arta jusqu'à son embouchure. || Le territoire de Punta sera cédé à la Grèce. || Toutes les fortifications qui commandent l'entrée du Golfe d'Arta, tant du côté de Preveza que de celui de Punta, seront désarmées, et la libre navigation du Golfe d'Arta sera assurée. || La Grèce devra donner des garanties spéciales en faveur des Musulmans des provinces annexées au double point de vue de la liberté du culte et du respect de la propriété || Les Gouvernements de, &c., ayant approuvé les propositions de leur Représentants à Constantinople, font savoir au Gouvernement de Sa Majesté Hellénique que les conclusions sus-énoncées sont désormais formellement substituées par eux à celles de l'Acte Final de la Conférence de Berlin et qu'ils entendent, dans l'intérêt de la paix générale, s'arrêter à cette solution, qui doit être considérée dès lors comme la décision suprême de l'Europe. || Ils invitent donc le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Hellènes à accepter, dans le plus bref délai, l'arrangement indiqué dans le présent document, et expriment la conviction que le Cabinet d'Athènes ne voudra pas, en refusant d'y souscrire, s'aliéner les sympathies de l'Europe, encourir l'immense responsabilité que les Puissances Médiatrices feraient retomber sur lui, et s'exposer au complet isolement qui serait la première et inévitable conséquence de son refus. Si, comme elles l'espèrent fermement, la Grèce, tenant compte des exigences de la situation du voeu unanime de l'Europe dont la volonté bien arrêtée est de maintenir la paix, accepte la solution adoptée par les six Cabinets, les Puissances Médiatrices s'engagent à en surveiller l'exécution, afin de faciliter au Gouvernement Hellénique l'acquisition pacifique des territoires compris dans la nouvelle frontière. || Les Soussignés, &c.

Radowitz. Edwin Corbett.
Wrede. Curtopassi.
Moüy. Chichkine.

Nr. 7565. GRIECHENLAND. — Antwort auf die Kollektivnote. — Annahme der neuen Grenze.

Athènes, le $\frac{31 \text{ Mars,}}{12 \text{ Avril,}}$ 1881.

Nr. 7565. Griechenland. 12. April 1881.

Le Soussigné, Président du Conseil et Ministre des Affaires Etrangères de Grèce, a eu l'honneur de recevoir la note collective du $\frac{26 \text{ Mars}}{7 \text{ Avril}}$ que son Excellence M. l'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la Grande Bretagne, conjointement avec leurs Excellences les Envoyés Extraordinaires et Ministres Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, d'Italie et de Russie lui ont adressée, d'ordre de leurs Gouvernements. || En réponse à cette note, le Soussigné a l'honneur de communiquer à Mr. Edwin Corbett ce qui suit: — || En acceptant les dispositons de l'acte solennel de Berlin qui fixait les nouvelles frontières du Royaume, le Gouvernement Hellénique pensait en pleine confiance, comme il pense encore aujourd'hui, que cette décision des Grandes Puissances de l'Europe faisait naître des droits et des obligations pour la Grèce aussi bien que pour la Turquie, pour les habitants des provinces qui étaient cédées à la Grèce aussi bien que pour l'Europe. || Or, les Grandes Puissances viennent aujourd'hui communiquer à la Grèce que les conclusions consignées dans l'Acte Final de la Conférence de Berlin n'ayant pas pu, par la force des choses, recevoir l'exécution pacifique que les Cabinets avaient en vue, ceux- ci ont prescrit à leurs Représentants à Constantinople de rechercher et d'arrêter entre eux la ligne-frontière qui leur paraîtrait le mieux répondre aux nécessités de la situation. || Les conclusions des Ambassadeurs adoptées par l'Europe et substituées formellement à celles de l'acte du 1er Juillet, 1880, modifient radicalement le tracé de la Conférence de Berlin; elle le remplacent par une ligne-frontière nouvelle dont les points n'offrent, en grande partie, aucune sécurité et manquent de toute défense naturelle. Cette ligne, dont les défauts ne tarderaient pas d'engendrer des difficultés dans le présent et des dangers pour l'avenir, la Grèce est invitée à l'accepter dans le plus bref délai. || Devant cette invitation de l'Europe, la Grèce ne pourrait guère se défendre de se demander si son acceptation avancerait la question et en assurerait la solution pleine, prompte et pacifique. L'expérience du passé, le sort des décisions prises à Berlin, l'effet du consentement donné par la Grèce aux déterminations de la Conférence, tout cela n'encouragerait certes pas le Gouvernement Hellénique à se donner une réponse affirmative. Aussi lui importe-t-il de connaître quand les nouvelles décisions de l'Europe recevraient leur exécution; de savoir si la remise pacifique des territoires cédés à la Grèce s'effectuera immédiatement ou dans un bref délai déterminé d'avance; d'être enfin éclairé sur les garanties que les Puissances voudraient lui donner à cet effet. Le Gouvernement du Roi est peiné d'apprendre que la perspective d'une perturbation de la paix a suffi pour amener l'Europe à la modification de la résolution prise à Berlin. La Grèce n'aurait jamais cru que la Turquie se fût refusé à déférer aux décisions des Grandes Puissances, ni qu'elle eût pu

méconnaître ses propres intérêts au point de contre-carrer leur volonté ferme et inébranlable et de s'exposer à toutes les éventualités d'une guerre, dont elle même n'aurait pu calculer les suites ni les dimensions. || La Grèce désire la paix. Elle est reconnaissante à l'Europe de ses efforts pour la solution pacifique de la question des frontières Helléniques. Aussi s'empressera-t-elle d'entrer en possession des territoires qui lui reviennent, et de donner toute garantie désirée en faveur des Musulmans des provinces annexées, au double point de vue de la liberté du culte et du respect de la propriété. || Mais toute décidée qu'elle est à marcher dans la voie de la paix, qui lui est indiquée par l'Europe, dont elle a de tout temps respecté les conseils, la Grèce croit qu'il ne serait pas digne ni généreux de sa part de voir abandonnés à leur sort actuel ses enfants laissés en dehors des nouvelles frontières, et dont l'Europe a solennellement reconnu à Berlin et consacré itérativement les droits.

Nr. 7565. Griechenland. 12. April 1881.

Ainsi le Gouvernement Hellénique aime à croire que les Grandes Puissances voudront bien prendre en sérieuse considération cet appel à leur équité, et l'examiner avec ce même esprit de bienveillance qui a toujours présidé à leurs délibérations au sujet de la Grèce et des Hellènes. || Le Soussigné, &c.

A. Coumoundouros.

Nr. 7566. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Entstehung der identischen Telegramme vom 3. und 4. April.

Constantinople, April 12, 1881.

Nr. 7566. Grossbritannien. 12. April 1881.

My Lord, — I wrote your Lordship a very brief despatch on the 5th instant, transmitting the identic telegram addressed by the Ambassadors here to their respective Governments with reference to the form in which the decision of the Powers respecting the Turko-Greek frontier might be communicated to the Government at Athens. || I did not recapitulate the circumstances which led to the despatch of these telegrams, but I have little to add to the explanations which I sent your Lordship by telegraph on the 3rd and 4th instant. || There appeared to be a dead-lock. The Governments had accepted, subject to certain reservations, the proposals which the Ambassadors here had made in conformity with the programme of Prince Bismarck, but no Power seemed to be willing to take the initiative in suggesting the form in which the decision was to be conveyed to the Greek Government. In the meantime, we constantly heard of growing excitement in Athens, which might lead the Greeks to acts of aggression; and on this side there was the danger that the Turks might withdraw from the offer which they had made, but which had not been accepted, and the acceptance of which from the news received from Athens might appear to be growing doubtful. || It seemed essential to bind the Turks irrevocably to what they had offered, and also to choose a form of

Nr. 7566. Grossbritannien. 12.April 1881.

communication which would enable us to impose our solution in its integrity on the Turks, in a manner equally categorical. || Such were the circumstances which seemed to us to justify the unusual step of proposing a draft note, collectively, to our Governments, which, if approved, might be presented forthwith at Athens. || It was unterstood, that no Ambassador took the lead in this procedure, but that it was the general outcome of the situation. || The main point in the note which we drafted was the declaration, that the conclusions now arrived at are formally substituted for those embodied in the final act of the Berlin Conference. All the information we had received was to the effect, that nothing short of such a declaration would have the necessary effect at Athens, and that it would furnish the best defence to the peaceful party against those who would otherwise continue to appeal to the Berlin Award. || I concurred with my colleagues in the belief that, in the interest of the Greeks themselves, very decided language must be used as to the responsibility incurred by Greece if she refused the solution now offered, and as to the certainty, that by such a course she would isolate herself and alienate the sympathies of Europe; but I considered that it was but right, on the other hand, to strengthen the hands of the Greeks with regard to the probability of acquiring the territory now assigned without a necessity on the part of Greece to embark in the risk of a war. There could be little advantage to Greece in accepting a title to a smaller in the place of a larger area, if that title were to remain equally in abeyance. I thus pressed on my colleagues the propriety of adding words to the effect, that the Powers would watch over ("surveiller") the execution of the new solution agreed upon by the Cabinets, so as to facilitate to the Greeks the peaceful acquisition of the territories comprised in the new frontier. We endeavoured to establish the contrast, that if they refused they could only hope, as events have turned out, to gain the territory assigned to them by a war, in which, however, as they would stand alone, they would probably be defeated, while, if they accepted, the Six Powers would collectively engage to watch over the execution of the award, so that the Greeks might enter peaceably into the possession of the valuable province which they acquire. || I conceive the engagement as to the supervision over the execution of the new arrangement to extend both to the possible eventuality of local resistance, such as was encountered at Dulcigno, and to the eventuality of the Turks raising difficulties either as to the acceptance of the award in its entirety, or as to the mode of carrying it out. || Your Lordship will not have failed to observe, that the words, "the Governments intend, in the interest of general peace, to abide by this solution, which must, from this time forward, be considered as a decision of Europe," apply with no less force to Turkey than to Greece, and, though contained in a declaration to the Greek Government, are stated in an absolute form. It should thus become clear to the Greeks, that the Governments having directed their Representatives at Athens to hold this language, practically declare, that

no opposition on the part of the Turks will induce them to abandon the solution "by which they intend to abide." This declaration offers some security to the Greeks, that the new arrangement cannot, if accepted by them, be in any event set aside. || Her Majesty's Government having approved the draft note and instructed the British Minister at Athens to sign it, it was not, perhaps, necessary for me to have entered on these explanations, but I have thought it might be useful to submit to your Lordship the motives by which we were guided in choosing the language which was used. || I have, &c.

Nr. 7566. Grossbritannien. 12. April 1881.

George J. Goschen.

Nr. 7567. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den engl. Min. d. Ausw. — Schwierigkeit für die griechische Regierung, die Kollektivnote zu beantworten.

Athens, April 13, 1881.

My Lord, — With reference to my despatch of yesterday's date, I have the honour to state, that during a conversation I had to-day with the Prime Minister, his Excellency told me that the Hellenic Government had found the greatest difficulty in drawing up their answer to the collective note of the 7th instant. || Whilst unwilling to refuse the offers of the Great Powers they were obliged to conciliate public opinion in this country, and at the same time to be careful not to compromise the Dynasty. || The impression produced on those Greeks who are acquainted with the terms of the answer appears to be that it is an acceptance of the proposals of the Great Powers, and that, if pressure is brought to bear on the Government, the terms offered will be accepted. At the same time they consider, that guarantees will be required that Greece should be enabled to take peaceful possession of the territory ceded to her within a fixed period of time. || When the terms of the proposals are generally known, and the impossibility of obtaining anything better by pacific means is recognized, I think that public opinion in Greece will gradually pronounce itself in favour of accepting these proposals. || I have, &c.

Nr. 7567. Grossbritannien. 13. April 1881.

Edwin Corbett.

Nr. 7568. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den engl. Min. d. Ausw. — Unmöglichkeit für die griechische Regierung, eine bestimmte Antwort zu geben.

Athens, April 13, 1881.

My Lord, — With reference to my despatch of this day's date, M. Coumoundouros has stated that it was impossible for the Government to give a more precise answer to the collective note of the 7th April, having in view the

Nr. 7568. Grossbritannien. 13. April 1881.

Nr. 7568. Gross-britannien. 13. April 1881.

dangers to which the Dynasty and the internal tranquillity of Greece would be exposed by so doing. || In case of the Powers insisting, his Excellency could not undertake the personal responsibility of giving a categorical reply to the note without previously consulting the Chamber. Were he to make such an answer on his own responsibility three-fourths of the Chamber, he was convinced, would reject what has been offered to Greece. || Regret is expressed by the friends of the Government, as well as by many Deputies, that the Great Powers did not make the proposal for the settlement of the Frontier question to Greece in an authoritative manner, and state it in such terms as would have enabled the Ministry to declare that a refusal to accept it was impossible. || I have, &c.

Edwin Corbett.

Nr. 7569. **KONGRESSSTAATEN.** — Kollektivnote an die Pforte: die neue Grenze. Aufforderung, in Verhandlungen über die abzuschliessende Konvention über den Modus der Uebergabe einzutreten.

Péra, le 19 Avril, 1881.

Nr. 7569. Kongress-staaten. 19. April 1881.

Les Soussignés, Ambassadeurs d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande Bretagne, d'Italie et de Russie ont reçu de leurs Gouvernements l'ordre de faire à la Sublime Porte la communication suivante:— || Les Puissances Médiatrices ayant chargé leurs Représentants à Constantinople de rechercher et d'arrêter entre eux la ligne-frontière qui leur paraîtrait le mieux répondre aux nécessités de la situation, les ont autorisés dans ce but à recevoir les ouvertures que la Sublime Porte pouvait avoir à leur faire. || Après mûr examen les Représentants des Puissances à Constantinople ont reconnu à l'unanimité que les propositions formulées en dernier lieu par les Délégués Ottomans pouvaient, moyennant quelques clauses additionnelles, fournir les bases d'une solution. Ils ont, en conséquence, recommandé à leurs Gouvernements le tracé et les stipulations suivantes. || La nouvelle ligne-frontière — — — du respect de la propriété*). || Les Puissances Médiatrices ayant approuvé les propositions de leurs Représentants à Constantinople, ont chargé les Soussignés d'informer la Sublime Porte que ces conclusions sont désormais formellement substituées par elles à celle de la Conférence de Berlin, et qu'elles entendent dans l'intérêt de la paix générale s'arrêter à cette solution, qui doit être considérée dès lors comme une décision de l'Europe. Pareille modification a d'ailleurs été faite en leur nom au Gouvernement Hellénique par leurs Représentants à Athènes. || Les Puissances ne doutent donc pas que le Gouvernement de Sa Majesté le Sultan ne souscrive dé-

*) Wörtlich gleichlautend mit dem entsprechenden Absatz in Nr. 7564.
A. d. Red.

finitivement et sans retard à cette solution, et dans cette conviction elles ont autorisé leurs Représentants à Constantinople à conclure avec la Sublime Porte une Convention précisant les termes et le mode d'exécution de l'arrangement à intervenir. || Les Soussignés ont, à cet effet, l'honneur de prier son Excellence M. le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Sultan de prendre les mesures nécessaires pour entamer avec eux les négociations qui doivent conduire à la prompte conclusion de cet acte. || Les Soussignés, &c.

Nr. 7569. Kongressstaaten. 19. April 1881.

Hatzfeldt. Goschen.
Calice. Corti.
Tissot. Novikow.

Nr. 7570. **KONGRESSSTAATEN.** — Kollektivnote an die griechische Regierung. — Die Note derselben vom 12. April wird als Annahme der neuen Grenze betrachtet.

Nr. 7570. Kongressstaaten. 19. April 1881.

Les Soussignés, Envoyés Extraordinaires et Ministres Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande Bretagne, d'Italie et de Russie, se sont empressés de transmettre à leurs Gouvernements la note que son Excellence M. le Président du Conseil, Ministre des Affaires Etrangères de Grèce, leur a fait l'honneur de leur adresser le 31 Mars/12 Avril, en réponse à la communication que les Puissances avaient fait au Cabinet d'Athènes en vue du règlement de la question des frontières Turco-Grecques. || Les Soussignés viennent de recevoir de leurs Gouvernements l'ordre de faire au Cabinet d'Athènes la communication suivante. || Les Puissances Médiatrices constatent avec satisfaction que le Gouvernement Hellénique, animé du désir de contribuer au maintien de la paix et de déférer aux conseils de l'Europe, se déclare prêt à entrer en possession des territoires spécifiés par la note du 26 Mars/7 Avril, et à donner aux populations Musulmanes toute garantie nécessaire au double point de vue de la liberté du culte et du respect de la propriété. || Les Puissances Médiatrices pensent comme le Gouvernement Hellénique que leur décision doit recevoir une prompte et pacifique exécution. Aussi sont-elles fermement résolues à ne rien négliger pour assurer ce résultat de la manière la plus efficace. Elles vont, en conséquence, charger leurs Ambassadeurs à Constantinople de notifier également leur décision à la Sublime Porte, et de l'inviter à entamer incessamment avec eux des négociations en vue d'assurer par un acte formel le règlement définitif de la question des frontières, ainsi que de fixer les conditions de l'exécution. || Elles auront soin de stipuler le plus bref délai possible pour le transfert pacifique des territoires cédés. || Les Puissances feront d'ailleurs immédiatement connaître au Gouvernement Hellénique les arrangements qu'elles auront pris dans ce but avec la Sublime Porte. || Les Soussignés, Envoyés Extraordinaires et Ministres

Nr. 7570. Kongress-staaten. 19. April 1881.

Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande Bretagne, d'Italie et de Russie saisissent, &c.

(Signé) Radowitz. Edwin Corbett.
Wrede. Curtopassi.
Moüy. Chichkine.

Nr. 7571. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen (Ford) an den engl. Min. d. Ausw. — Die griechische Regierung hat versprochen, auf die Kollektivnote vom 19. April nicht zu antworten.

Athens, April 27, 1881.

Nr. 7571. Gross-britannien. 27. April 1881.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that the terms of the verbal assurance respecting the fate reserved for the Christian populations of Greek nationality not included in the new Greek frontier line having been agreed upon by the Representatives of the Great Powers at Athens, and having been duly approved of by their respective Governments, I waited this afternoon with my colleagues on M. Coumoundouros, the Prime Minister, and the verbal assurance was given to him by Count Radowitz, the Doyen of the Diplomatic Body at Athens, in the following words:—"Nous sommes autorisés à ajouter à notre note collective en date du 19 courant l'assurance que les Puissances Médiatrices prendront intérêt au sort des populations Chrétiennes laissées en dehors du tracé de la nouvelle frontière Hellénique." || Count Radowitz subsequently placed in his Excellency's hands a copy (an authority to furnish his Excellency with one having been previously obtained from our respective Governments) of the collective note addressed on the 19th instant to the Porte by the Ambassadors of the Great Powers at Constantinople, of which his Excellency had expressed his desire to have a copy. || M. Coumoundouros, on receiving the verbal assurance abovementioned, contented himself by saying that he acknowledged ("prenait acte") the receipt of the communication. || His Excellency was then requested by Count Radowitz, on the part of himself and his colleagues, to state whether the Greek Government would abstain from addressing a written reply to the last collective note which had been addressed to him on the 19th instant by the Representatives of the Great Powers at Athens, inasmuch as, in the opinion of the Governments of the Great Powers, a reply to it was considered unnecessary, it having been understood that the Hellenic Government, by its note of the 12th instant, had accepted the new frontier line offered to Greece on the part of the Great Powers through their Ambassadors at Constantinople. || M. Coumoundouros replied that, in order to conform to the desire that had been collectively expressed on the subject by the Great Powers, the Greek Government would renounce its intention of addressing a further reply. || In

making this communication, M. Coumoundouros used the following expression: That he would abstain for the moment from making any reply. As I considered these words were unsatisfactory, and implied a reservation which might lead to future misunderstanding, I inquired of his Excellency what precise meaning he attached to them, and I obtained from him a distinct avowal, that he did not intend them to bear the significance I had ascribed to them, and he plainly assured me and my colleagues there present that I was correct in assuming that the Greek Government had renounced all intention of replying to the note of the 19th instant, and that thus the objection of the Porte to answer the last collective note presented by the Ambassadors at Constantinople until the contents of the further note it was presumed the Greek Government were about to adress to the Representatives of the Great Powers at Athens were made known at Constantinople fell to the ground, and that thus no further obstacles could be possibly said to exist in prosecuting the negotiations at present being carried on at Constantinople; that, in short, the way was clear, and that as far as Greece was concerned there was no reason to assert that any difficulty stood in the way of an immediate answer being given by the Porte to the Ambassadors' note of the 19th instant. || Before taking our leave of M. Coumoundouros, his Excellency expressed to us the earnest desire entertained by himself and his Government, that no further delay should occur at Constantinople in hastening as soon as possible a prompt settlement of the frontier question, and he stated in the strongest terms his firm opinion that any such delay would inevitably be followed by consequences of a most distressing character, and would jeopardize the success of the new Greek frontier line negotiations, and perhaps thwart the desire so earnestly felt by the Great Powers and Greece herself of seeing the question settled in a peaceful and satisfactory manner. || I have, &c.

Nr. 7571. Grossbritannien. 27. April 1881.

Francis Clare Ford.

Nr. 7572. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Verzögerung der Antwort der Pforte durch den Sultan. Einflusslosigkeit der Minister.

(Extract.) Constantinople, Mai 3, 1881.

I was at last able to send your Lordship a telegram last night to the effect that the Sublime Porte has accepted the conclusions of the note respecting the delimitation of the Greek frontier, which we addressed to the Minister for Foreign Affairs on the 19th ultimo, and that accordingly both parties, Turkey as well as Greece, have agreed to the proposals of the Powers. || We had received information in the course of last week that the Ministerial Minute (Mazbata) accepting the proposed arrangement had been sent to the Palace for appro-

Nr. 7572. Grossbritannien. 3. Mai 1881.

Nr. 7572. Gross-britannien. 3. Mai 1881.

val no less than ten days ago; but the Imperial Iradé sanctioning the Ministerial Minute was not forthcoming. We could not learn there was any hitch, nor were we informed of any cause for delay; but we were aware that His Majesty was most deeply absorbed by the inquiry into the death of His Majesty the Sultan Abdul-Aziz, with regard to which I addressed your Lordship on the 26th instant. || On Tuesday the 26th instant it was arranged, that the German Dragoman should go to the Palace with a message from Count Hatzfeldt to His Majesty inquiring about the answer to our note and urging arguments for dispatch. His Majesty sent a message in reply, that he was taking our proposal into serious consideration, and that an answer would be given on Friday or Saturday at the latest. || But no answer came, and accordingly the Ambassadors met on Saturday evening (the 30th) to consider what further steps could be taken to hasten the reply. Our news from Athens showed the intense anxiety of the Greek Government that, having accepted the proposals of the Powers, measures should be immediately taken for carrying out the decision arrived at. || The extremely inconvenient mode in which the business of the Government is now carried on rendered it most difficult to decide what would be the best course to pursue. Steps at the Porte seemed useless. The only answer the various Ambassadors could obtain during the week either from the Foreign Minister or the Prime Minister was to the effect that the Ministerial Minute had been sent to the Palace. || Your Lordship is aware, that the Ministers are absolutely without influence. We did not feel, that they could contribute towards the shortening of the delay which was occurring by a single day. || It was finally determined, that the first Dragoman of the German Ambassador, our Doyen, should again proceed to the Palace and cause an indirect appeal to be made to His Majesty on behalf of the German Ambassador, showing the urgency of the case and the absolute impossibility of the Ambassadors continuing quiescent if no answer was received. Baron Testa was informed that the Imperial Iradé was ready, and would be sent to the Porte that day. There is some reason to believe, that it was in consequence of the message thus sent, that His Majesty finally made up his mind to sign. || The Ambassadors had decided, that if nothing came of the step at the Palace they would make personally a collective remonstrance at the Porte yesterday; but this was happily rendered unnecessary. || I have thought it right to submit these details to your Lordship, as exemplifying the extreme difficulty under which all diplomatic business has to be conducted in the absence of all Ministerial influence or action. It is said continually, that "the Porte has ceased to exist." || As regards the note of the Porte which we have at last received, and of which a copy is inclosed, it is a full and frank acceptance of all we had asked, and my colleagues and myself are anxious to believe that the absence of any reservation in the note may be of good augury for the conclusion of the Convention, to which we must now address ourselves. || In the identic telegram which we dispatched

last night on receipt of the Turkish note, we suggested that the acceptance on the part of Turkey should at once be communicated in a formal manner to the Athens Cabinet. It seems desirable that no step should be omitted which may commit both Governments as deeply as possible to their acceptance.

Nr. 7572. Grossbritannien. 3. Mai 1881.

Nr. 7573. TÜRKEI. — Entwurf der mit Griechenland zu schliessenden Konvention.

Nr. 7573. Türkei. 10. Mai 1881.

Le droit de propriété sur les fermes, ainsi que sur les pâturages, prairies, pacages („kechlak"), forêts et toute espèce de terrains ou autres immeubles, que les terres en soient en friche permanente ou non, possédés en vertu de Firmans, hodjets, tapous et autres titres, ou bien de par la loi dans les localités cédées à la Grèce, sera garanti.

2. Aucun propriétaire ne sera, de quelque manière et sous quelque prétexte que ce soit, forcé, en dehors de son consentement, à des ventes au profit des cultivateurs qu'il fait travailler dans ses fermes ou en faveur de tiers, ni à la cession à ses cultivateurs d'une part plus grande qu'il ne le veut.

3. Il ne pourra non plus être exproprié pour cause d'utilité publique avant que le prix de l'immeuble ne lui soit payé par anticipation d'après la loi.

4. La vie, les biens, l'honneur, la religion et les mœurs de ceux des habitants des dites localités qui voudront rester sous l'administration Hellénique seront placés sous la garantie des Puissances. Ils jouiront entièrement des mêmes droits civils et politiques que les sujets Hellènes d'origine.

5. Les mosquées, les medressés, les écoles, les zaviés, et toute autre institution Musulmane de cette nature seront à l'abri de toute empiètement de la part du Gouvernement Hellénique et des autorités Municipales qui ne s'immisceront en aucune façon dans l'administration des fonds affectés à leur conservation et à leur entretien.

6. Conformément au principe de la liberté des cultes, tous les droits religieux et confessionnels des Musulmans habitant les territoires cédés seront garantis et préservés. Au cas de changements de religion les lois et les usages y relatifs en vigueur dans l'Empire Ottoman seront entièrement et ponctuellement observés.

7. L'Administration des fonds et des immeubles vacoufs, la gestion et l'affectation, à leur but de leurs revenus, le choix et la nomination des professeurs („hodjas") chargés de l'enseignement religieux, des Imams, des Khatibs et des employés des mosquées et d'autres établissements de bienfaisance ou religieux, ainsi que l'entretien des cimetières Musulmans seront dévolus aux communautés Musulmanes.

8. Les lieux des Tribunaux du Chéri, des Imams et des Khatibs avec le Cheikh-ul-Islamat seront maintenus.

Nr. 7573. Türkei. 10. Mai 1881.

9. Les affaires et les procès concernant les legs, les donations, les successions, les mariages, les divorces et les parentés entre Musulmans seront jugés par les Tribunaux et les fonctionnaires du Chéri.

10. Les Musulmans établis hors du royaume et qui posséderaient des propriétés dans les territoires cédés, pourront affermer leurs immeubles ou les faire administrer par des tiers.

11. Le Gouvernement Ottoman administrera à sa guise les propriétés dites "émirié," et les fermes Impériales ("tchiftlikiate Humayoun"), dont les revenus appartiendront à l'Empire comme par le passé.

12. Le Gouvernement Hellénique n'empêchera pas que les habitants des localités avoisinantes fassent paître, ainsi que cela s'est pratiqué de tout temps, leurs troupeaux dans les prairies et les fermes situées sur les territoires cédés.

13. Aucune mesure de désarmement exclusive et exceptionnelle ne pourra être prise à l'égard des Musulmans.

14. Les Musulmans auront la faculté d'émigrer sans entrave dans l'espace de dix ans. Ils seront libres de vendre leurs immeubles et propriétés.

15. La Grèce devra supporter une part de la dette publique Ottomane proportionnelle aux revenus des territoires cédés. Cette part sera déterminé définitivement dans le cours des négociations qui vont s'ouvrir entre les Délégués Ottomans et les Ambassadeurs.

16. Une indemnité sera payée par le Gouvernement Hellénique pour les édifices appartenant à l'État, tels que casernes, écoles, corps de garde, prisons et résidences de l'autorité, ainsi que pour les terrains et les bâtisses "vacoufs" appartenant également à l'Etat.

17. Les prétentions élevées par des habitants de l'Empire à la nationalité Hellénique antérieurement à la promulgation de la Loi sur la nationalité Ottomane seront considérées comme nulles et non avenues. Cette Loi aura plein et entier effet à leur égard.

18. Si les sujets Hellènes éprouvent des difficultés à payer les droits et contributions auxquels ils sont assujettis, d'après l'Article XVII du Traité de 1855 (1271), ils doivent se soumettre dès maintenant à l'application de la Loi sur les Patentes. Dans le cas contraire, la stricte exécution de l'Article précité sera assurée.

19. La Convention de 1856 (1272) relativement à la poursuite du brigandage, et dont le terme se trouve déjà expiré, sera mise de nouveau en vigueur.

Nr. 7574. TÜRKEI. — Zusatz zu dem Konventionsentwurfe.

Nr. 7574. Türkei. 12. Mai 1881.

Le Gouvernement Hellénique n'aura pas le droit de soumettre les Musulmans au service militaire aussi longtemps que le Gouvernement Ottoman n'aura pu appliquer le même service aux sujets Chrétiens de l'Empire.

Le port de Volo sera libre, à l'instar de celui de Preveza, à la navigation; les forteresses qui y existent ne pourront être armées et aucune nouvelle fortification ne pourra être élevée, sauf en cas de guerre de la part de la Grèce.

Nr. 7574. Türkei. 12. Mai 1880.

La Grèce, comme Etat indépendant, devant être naturellement responsable de ses actes vis-à-vis de l'Empire voisin, la Constitution du royaume ne pourra jamais être opposée à ses obligations internationales, ni infirmer sa responsabilité.

Les sujets Hellènes se trouvant dans l'Empire Ottoman seront directement justiciables des Tribunaux du pays dans tous leurs procès, ou bien l'Article XXIV du Traité de 1855 (1271) sera abrogé.

Nr. 7575. **KONGRESSSTAATEN.** — Identisches Telegramm der Botschafter in Konstantinopel an ihre respectiven Regierungen. — Die Fortsetzung der Verhandlungen ist verweigert, bis die Türkei die fünf beanstandeten Artikel zurückgezogen hat.

Constantinople, le 12 Mai 1881.

Nr. 7575. Kongressstaaten. 12. Mai 1881.

Aujourd'hui deuxième séance avec les Délégués Turcs. Ils nous ont présenté quatre nouvelles conditions, ce qui porte à 23 le chiffre des Articles proposés par eux. Nous avons absolument rejeté, comme étant en dehors de notre compétence, trois Articles se référant à la situation des sujets Helléniques dans l'Empire, savoir: un Article déclarant nulles les réclamations des Hellènes en Turquie contre l'application de la Loi Turque de l'Indigénat; un autre les soumettant à la Loi des Patentes; la troisième impliquant à leur égard l'abolition des Capitulations. Nous avons également écarté un Article déclarant que la Constitution de la Grèce ne pourra être opposée à ses obligations internationales envers la Turquie ni infirmer sa responsabilité. Nous avons aussi repoussé une clause stipulant le désarmement des fortifications de Volo, et la défense d'en élever des nouvelles. || Nous avons aussi ajourné la discussion sur le reste de la Convention jusqu'à ce que la Porte ait retiré les cinq Articles précités. Les Délégués Ottomans ont pris nos déclarations *ad referendum.*

Nr. 7576. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Gang der Verhandlungen über die Konvention.

Constantinople, May 17, 1881.

Nr. 7576. Grossbritannien. 17. Mai 1881.

My Lord, — On Friday the 13th instant I informed your Lordship of the position of the negotiations on the Turco-Greek Frontier question at that date. || The Ambassadors had declared that they must refuse even to discuss

Nr. 7576. Gross-britannien. 17. Mai 1881.

five points presented by the Turkish Delegates, and the latter had asked time till Sunday to give an answer with regard to this declaration. || At the meeting on Sunday, Server-Pasha, the Senior Turkish Delegate, informed us, that they were still unable to give us an answer. There had been no time since Thursday to obtain a decision from the Ministers. It was too late on Thursday, after the termination of our meeting. Friday was a day of rest. On Saturday the Ministers had been occupied with another most important question, and on Sunday we met soon after noon. It had, therefore, been impossible for them to obtain the necessary instructions. || I need not say, that this explanation was considered most unsatisfactory. Count Hatzfeldt, as Doyen, informed the Delegates in our names, and in his own, that this continued delay was an affront to Europe, and it was stated very categorically that doubts as to the good faith of Turkey were beginning to be entertained. || It was considered desirable, that the Delegates should have a declaration from us in writing which they could show to the Ministers, and which would be sent to the Palace. Accordingly we drew up a paper embodying our views, and it was given to the Turkish Delegates. I inclose a copy. || We maintained our decision to enter into no discussion as to other matters till these five points were withdrawn. We considered it essential even in the interest of the future negotiations, to be absolutely firm with regard to the decision at which we had arrived, and to give the Turkish Government clearly to understand, that the Powers could no longer be trifled with. || When the Turkish Delegates had retired, we discussed what steps should be taken in the event of the Porte not returning an answer within the twenty-four hours which we had fixed as the term within which the question must be settled; but as, happily, the answer was satisfactory, I need not trouble your Lordship with the result of our deliberations. || Immediately after our meeting I had an audience of the Sultan, in which I had the opportunity of explaining the points of the negotiations, of dwelling on the difficulties which the Turkish Government had interposed, and of urging the dangers to Turkey of a continuance in the policy of delay. I found, that His Majesty had not been informed of the rejection of the five points, nor of the general attitude which the Ambassadors had taken up. || I considered, that I was rendering His Majesty and his Government a service by using very strong language with a view to arrest them in a course which was covering them with discredit, and which ultimately would have landed them in the gravest dangers. || When we met yesterday (Monday), the Turkish Delegates announced, that the five points were withdrawn from the present negotiations. || Your Lordship will remember, that three of these points dealt with the position of Greek subjects in the Ottoman Empire, and were accordingly entirely foreign to the matter which we had in hand. We rejected them as beyond our competence. Server-Pasha gave us to understand, that they were accordingly dropped in our present discussions, but that the Porte would not feel themselves precluded from raising them in some form or

other on a proper opportunity. || We then proceeded to discuss the Articles of the Convention, and made rapid and satisfactory progress. || In my despatch of the 13th instant I forwarded to your Lordship a copy of the nineteen clauses proposed by the Turks, as well as of the four additional Articles presented to us on Thursday. || The Ambassadors had bestowed almost incessant labour on the examination of the many complicated points raised by the Turkish proposals, and had recast so much as was in their judgment admissible, in a fresh draft. We have been most anxious to satisfy the Turks on points on which previous experience has shown, that in other cases they have had serious reason to complain, namely, the security of Mussulman property. || The status of Mussulmans as regards their religious organization also constitutes a point of almost inextricable difficulty, the situation created by previous precedents showing the need of very great caution. || I inclose a copy of the new draft which we had proposed, and which supplements our original draft of Convention. || In the course of our sitting yesterday we discussed the whole of the Articles; an agreement was arrived at as to the greater part; some were reserved for our sitting to-day. The Turkish Delegates acknowledged the care which had been taken to meet the difficulties they experienced as far as possible, and on their side they showed a conciliatory disposition and a desire to make progress. || I trust the same spirit may prevail to-day. || I inclose copies of the French text of the identic telegrams which were sent on Sunday and Monday. || I have, &c.

George J. Goschen.

Beilage.

Declaration made by Ambassadors to Turkish Delegates, Third Sitting, May 15, 1881.

Nous constatons avec un vif regret le nouveau retard que le Gouvernement Ottoman a apporté à la négociation de la Convention. Ces atermoiements continuels qui ont déjà paralysé notre bon vouloir et nos efforts constants depuis un mois, ont produit la plus fâcheuse impression sur nos Gouvernements ainsi que sur l'opinion publique. || Quant à nous, notre responsabilité dans une question aussi grave ne nous permet pas de nous prêter plus longtemps à des retards multipliés et que rien ne justifierait si le Gouvernement Ottoman apportait à la conclusion d'un accord l'empressement dont nous sommes animés nous-mêmes. || MM. les Délégués Ottomans ne s'étant pas trouvés, malgré le délai plus que suffisant qui leur avait été accordé, en mesure de vous communiquer la décision de la Sublime Porte quant aux cinq questions rejetées par nous, nous nous déclarons de nouveau dans l'impossibilité de nous prêter à la discussion des autres Articles, discussion par nous catégoriquement subordonnée au retrait de ces conditions qui n'ont aucun rapport avec la question qui nous occupe. Nous regrettons d'autant plus d'être obligés de

Nr. 7576. Grossbritannien. 17. Mai 1881.

maintenir notre manière de voir à cet égard que nous étions complètement préparés à discuter l'objet de notre tâche, et spécialement les points indiqués dans la première séance. || Si MM. les Délégués Ottomans ne croient pas pouvoir nous donner l'assurance qu'ils seront en état de nous annoncer, dans la séance de demain, le retrait des cinq conditions qui ont fait l'objet de notre dernière déclaration, nous nous verrions dans l'obligation d'aviser aux démarches nécessaires pour faire face à la situation et dégager notre responsabilité.

Nr. 7577. KONGRESSSTAATEN. — Konvention über die Festsetzung der Grenze zwischen der Türkei und Griechenland.

[Die Ratifikationen wurden zu Konstantinopel am 14. Juni 1881 ausgewechselt.]

Nr. 7577. Kongressstaaten. 24. Mai 1881.

Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes; Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi d'Italie; et Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, exerçant la médiation prévue par l'Article XXIV du Traité signé à Berlin le 13 Julliet, 1878, d'une part; et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans d'autre part; également animés du désir de régler, dans l'intérêt de l'ordre Européen, les questions relatives à la rectification des frontières Turco-Grecques, ont résolu de conclure une Convention destinée à donner à cette question une solution définitive.

Leurs dites Majestés et le Président de la République Française ont désigné à cet effet, pour leurs Plenipotentiaires, savoir:

Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes: le Très Honorable George J. Goschen, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire Spécial près Sa Majesté l'Empereur des Ottomans;

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: le Sieur Paul, Comte de Hatzfeldt Wildenburg, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Ottomans;

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, et Roi Apostolique de Hongrie: le Sieur Henri, Baron Calice, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Ottomans;

Le Président de la République Française: le Sieur Charles Tissot, Ambassadeur de la République Française près Sa Majesté l'Empereur des Ottomans;

Sa Majesté le Roi d'Italie: le Sieur Louis, Comte Corti, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Ottomans;

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies: le Sieur Eugène Novikow, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Ottomans;

Et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans: Mahmoud Server-Pacha, Président de son Conseil d'Etat; le Mushir Ghazi Ahmed Moukhtar-Pacha, Président de la Commission d'Inspection des Réformes Militaires; le Mushir Aly Nyzami-Pacha; Artin-Effendi Dadian, Sous-Secrétaire d'Etat au Département des Affaires Etrangères.

Lesquels, munis des pouvoirs nécessaires, sont convenus des Articles suivants :—

Art. I. Les nouvelles frontières de la Turquie et de la Grèce sont fixées ainsi qu'il suit: — || La nouvelle ligne-frontière commençant près du défilé de Karalik-Dervend entre l'embouchure du Salamvrias et Platamona, à 4 kilom. environ au sud de ce dernier point, se dirige vers l'ouest en suivant la crête des montagnes, passe d'abord entre Krania et Avarnitza, puis entre Nezeros et Analipsis, arrive au sommet du Mont Godaman, descend ensuite vers le sud en suivant la crête de l'Olympe, gagne le sommet de Kokkinopetra, et, prenant la direction de l'ouest à partir de ce point sans quitter la même crête, passe entre Ligara et Derveni-Melona, et arrive au sommet du Mont Kritiri. Se dirigeant de là vers le sud, la ligne atteint la rive droite du Xeraghis, et suivant la ligne de partage des eaux vers le sud-ouest, gagne le sommet des hauteurs situées au nord du village de Zarko, tourne ensuite vers le nord-ouest dans la direction de Diminitza, et se maintient toujours sur la ligne de partage des eaux en laissant à la Turquie le village d'Elevtherokhorion. Avant d'arriver à Diminitza, à une distance d'environ 18 kilom. de cette localité, la ligne-frontière tourne vers l'ouest toujours sur la ligne de partage des eaux, et passe par les villages de Flamouristi, Gavronon et Georgitza, pour gagner le sommet du Mont Kratchovo. Se dirigeant ensuite vers le sud par la crête, elle passe par les sommets des Monts Zygos, Dokini et Peristeri, et atteint la Rivière d'Arta, en suivant le ruisseau qui conduit par la plus courte distance les eaux pluviales du sommet du Peristeri à ce cours d'eau, et en passant près des villages de Kalarrhytes et de Mikalitzi. Au delà de ces derniers points elle suit le thalweg de la Rivière d'Arta jusqu'à son embouchure. || Cette délimitation sera fixée sur les lieux par une Commission composée des Délégués des Six Puissances et des deux parties intéressées. || La Commission de Délimitation prendra ses résolutions à la majorité des voix, chaque Puissance n'ayant qu'une voix. || Elle devra se réunir dans un délai de huit jours à partir de la ratification de la présente Convention, ou plus tôt, si faire se peut, afin de commencer ses travaux.

Art. II. Punta et son territoire, tel qu'il a été déterminé par l'Article I[er] de l'Acte signé à Constantinople le 21 Juillet, 1832, seront cédés à la Grèce. || Toutes les fortifications qui commendent l'entrée du Golfe d'Arta, tant du côté de Preveza que de celui de Punta, seront désarmées dans un délai de trois mois à partir de la signature de cette Convention, et demeureront désarmées en temps de paix entre les deux Etats. || La navigation du Golfe d'Arta sera libre.

Nr. 7577. Kongress-staaten. 24. Mai 1881.

Art. III. La vie, les biens, l'honneur, la religion et les coutumes de ceux des habitants des localités cédées à la Grèce qui resteront sous l'administration Hellénique seront scrupuleusement respectés. Ils jouiront entièrement des mêmes droits civils et politiques que les sujets Hellènes d'origine.

Art. IV. Le droit de propriété sur les fermes ainsi que sur les pâturages, prairies, pacages ("kechlak"), forêts et toute espèce de terrains ou autres immeubles possédés par des particuliers et des communes en vertu de firmans hodjets, tapous et autres titres, ou bien de par la loi Ottomane, dans les localités cédées à la Grèce, sera reconnu par le Gouvernement Hellénique. Les titres de propriété des biens dits vacoufs qui servent à l'entretien des mosquées, collèges, écoles et autres établissements de piété ou de bienfaisance seront également reconnus.

Art. V. Sa Majesté le Sultan pourra disposer comme par le passé des propriétés Impériales dont les revenus sont perçus pour le compte de Sa Majesté ou de la famille Imperiale. || En cas de contestation sur la nature et la destination de ces biens, la question sera soumise à l'examen de la Commission dont l'institution est prévue par l'Article IX de la présente Convention, et, éventuellement, aux termes du même Article, à la décision des Puissances Médiatrices.

Art. VI. Nul ne peut être privé de sa propriété que pour cause d'utilité publique dûment constatée dans les cas et de la manière établis par la loi, moyennant une juste et préalable indemnité. || Aucun propriétaire ne pourra être forcé à vendre ses biens aux cultivateurs ou à des tiers, ni à leur en céder une partie, de même qu'aucune modification ne sera introduite dans les rapports des propriétaires et des cultivateurs, si ce n'est par une loi générale applicable à tout le Royaume. || Les propriétaires établis hors du Royaume et qui posséderaient des immeubles dans les territoires cédés, pourront affermer leurs immeubles ou les faire administrer par des tiers.

Art. VII. Les habitants des provinces voisines des territoires cédés à la Grèce qui ont depuis longtemps la coutume d'envoyer leurs troupeaux dans les prairies et pâturages ainsi que dans les fermes situées sur ces territoires, continueront à jouir de ces avantages comme par le passé.

Art. VIII. La liberté ainsi que la pratique extérieure du culte sont assurées aux Musulmans dans les territoires cédés à la Grèce. || Aucune atteinte ne sera portée à l'autonomie et à l'organisation hiérarchique des communautés Musulmanes existantes ou qui pourraient se former, ni à l'administration des fonds et des immeubles qui leur appartiennent. || Aucune entrave ne pourra être apportée aux rapports de ces communautés avec leurs chefs spirituels en matière de religion. || Les Tribunaux du Chéri locaux continueront à exercer leur juridiction en matière purement religieuse.

Art. IX. Une Commission Turco-Hellénique sera chargée de régler, dans le courant de deux années, toutes les affaires concernant les propriétés de l'Etat ainsi que les questions relatives aux intérêts des particuliers qui pour-

raient s'y trouver engagés. Cette Commission aura à statuer sur l'indemnité que la Grèce devra payer à la Turquie pour les biens-fonds qui seraient reconnus appartenir *bonâ fide* à l'Etat Ottoman et lui donner un revenu annuel. || Les questions sur lesquelles une entente n'aura pas pu intervenir seront soumises à la décision des Puissances Médiatrices.

Art. X. La Grèce devra supporter une part de la dette publique Ottomane proportionnelle aux revenus des territoires cédés. Cette part sera déterminée ultérieurement entre la Sublime Porte et les Représentants des Puissances Médiatrices à Constantinople.

Art. XI. Aucune mesure exclusive et exceptionnelle de désarmement ne pourra être prise à l'égard des Musulmans.

Art. XII. Le Gouvernement Hellénique présentera à la Chambre une Loi pour le renouvellement de la Convention 1856 (1272) relative à la poursuite du brigandage.

Art. XIII. Les individus originaires des territoires cédés à la Grèce ou actuellement domiciliés dans ces provinces qui entendront conserver la nationalité Ottomane, jouiront, pendant l'espace de trois ans à partir de l'échange des ratifications et moyennant une déclaration préalable faite à l'autorité compétente, de la faculté de transporter leur domicile dans l'Empire Ottoman et de s'y fixer, auquel cas la qualité de sujet Ottoman leur sera conservée. || Ceux qui émigreront dans le délai précité de trois ans continueront à jouir du bénéfice stipulé dans le troisième paragraphe de l'Article VI de la présente Convention en faveur des propriétaires établis hors du Royaume. || Pendant le même espace des trois ans les Musulmans ne seront pas tenus au service militaire.

Art. XIV. La Commission créée en vertu de l'Article IX de la présente Convention est chargée de régler, dans le plus bref délai possible, les questions relatives aux impôts arriérés dans les territoires cédés qui seraient dûs au Gouvernement Ottoman, ainsi que celles qui pourraient surgir de la perception des impôts pendant l'année courante.

Art. XV. Les détails de l'évacuation ainsi que la remise des territoires cédés sont réglés par un acte séparé, lequel est et demeure annexé à la présente Convention et aura même force et valeur que s'il en faisait partie. || Les troupes Impériales Ottomanes seront tenues d'évacuer les territoires cédés dans les délais fixés par cet acte. || Le Gouvernement Impérial Ottoman s'efforcera toutefois de les abréger autant que possible.

Art. XVI. Il est entendu que les Puissances Médiatrices se réservent la faculté de déléguer des Commissaires Techniques pour surveiller les opérations relatives à la cession des territoires.

Art. XVII. Une amnistie pleine et entière sera accordée par la Turquie et la Grèce à tous les individus qui auraient été impliqués ou compromis dans les événements politiques antérieurs à la présente Convention et relatifs à la question qu'elle résout.

Nr. 7577. Kongress-staaten. 24. Mai 1881.

Art. XVIII. La Convention conclue en ce jour entre Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes; Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., Roi Apostolique de Hongrie; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, sera immédiatement suivie de la stipulation d'une Convention entre Sa Majesté l'Empereur des Ottomans et Sa Majesté le Roi des Hellènes, contenant les mêmes dispositions.

Art. XIX. La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Constantinople dans l'espace de trois semaines ou plus tôt, si faire se peut. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Constantinople, le vingt-quatrième jour du mois de Mai, de l'an mil huit cent quatre-vingt-un.

George J. Goschen. Novikow.
v. Hatzfeldt. Server.
Calice. Moukhtar.
Tissot. Aly.
L. Corti. Artin Dadian.

Protokoll über die Modalitäten der Räumung.

Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes; Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., Roi Apostolique de Hongrie; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, voulant régler les détails et le mode d'évacuation et de prise de possession des territoires cédés à la Grèce en vertu de la Convention signée en ce jour, ont résolu de signer, dans ce but, un acte séparé conformément aux termes de l'Article XV de la dite Convention et ont désigné à cet effet:

[wie in der Convention.]

Lesquels, munis des pouvoirs nécessaires, sont convenus des Articles suivants :—

Art. I. Les territoires qui seront cédés à la Grèce sont divisés en six sections conformément aux indications marquées dans la carte ci-annexée.

Art. II. L'évacuation d'une de ces sections aura lieu dans le terme de trois semaines à partir de la date fixée pour l'échange des ratifications de la Convention signée en ce jour. || Quatre autres sections seront complètement évacuées dans l'espace de trois mois à partir de la même date. || La sixième section, qui comprend Volo et constitue le seul débouché par lequel le Gouvernement Ottoman puisse enveler son matériel, sera évacuée dans les deux mois

suivants, c'est-à-dire dans le délai total de cinq mois à partir de la date fixée pour l'échange des ratifications de la Convention. || Il est entendu que ces différents délais seront abrégés, si faire se peut. || Les autorités Ottomanes dresseront l'inventaire de la partie du matériel qui ne pourrait être enlevée pendant le dit terme de cinq mois.

Nr. 7577. Kongress-staaten. 24. Mai 1881.

Art. III. Les Puissances Médiatrices nommeront des Délégués Militaires qui constitueront une Commission appelée à servir d'intermédiaire pour l'évacuation par les autorités Ottomanes, et la prise de possession par les autorités Helléniques, des territoires cédés. || Cette Commission exercera une surveillance générale sur l'évacuation ainsi que sur l'occupation des territoires cédés. || Elle interviendra afin d'établir un accord entre les Commandants des deux parties, soit en ce qui concerne les mouvements militaires de part et d'autre, soit pour fixer la distance qui devra constamment séparer les troupes des deux Puissances, ainsi que le temps qui devra s'écouler entre l'évacuation et la prise de possession des différents points à céder.

Art. IV. Les autorités Ottomanes et Grecques auront à donner aide et protection à cette Commission dans l'accomplissement de sa mission.

Art. V. Le présent acte fait partie intégrante de la Convention signée en ce jour à Constantinople et aura même force et valeur. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes. || Fait à Constantinople, le vingt-quatrième jour du mois de Mai, de l'an mil huit cent quatre-vingt-un.

[Unterschriften wie oben.]

Nr. 7578. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Verzögerung der Unterzeichnung der Konvention durch die Pforte. Schritte der Botschafter dagegen.

(Extract.) Constantinople, May 26, 1881.

I have the satisfaction to be able to announce to your Lordship, that the Convention for the settlement of the Turko-Greek Frontier question was signed by the Ambassadors and the Turkish Delegates on Tuesday the 24th instant. — — —

Nr. 7578. Gross-britannien. 26. Mai 1881.

On Saturday, the 21st instant, the seventh meeting was held. The Convention and the Military Annex were read over for the last time, some very slight modifications were introduced, and the documents were then initialed, so as to place on record, that a final understanding had been arrived at. It was agreed, that the signature should take place on the following day at 5 o'clock. || The Ambassadors met at the hour fixed for the meeting with the Turkish Delegates. The two military Delegates, their Excellencies Alij-Nizami-Pasha and Moukhtar-Pasha, arrived, and were prepared to sign; but we waited

Nr. 7578. Grossbritannien. 26. Mai 1881.

in vain for Server-Pasha and Artin-Effendi. At last, an hour and a-half after the appointed time, Artin-Effendi appeared, and communicated to the Ambassadors and to his own colleagues, who apparently had no idea of such a result, that he had just come from the Council of Ministers, and that he begged the Ambassadors, in the name of the Prime Minister, to have the goodness to adjourn the signature of the Convention till Tuesday! His Excellency gave no reason whatever for this adjournment. He had no authority to say more than to beg us to put off the signature, and to assure us, that the Convention would be signed without change. || I need not dilate on the astonishment, to which undisguised and most energetic expression was given on the part of the Ambassadors. It seemed strange, amongst other inexplicable circumstances, that Server-Pasha, himself a Minister, and consequently a member of the Council, had not come himself with an authorization to make the necessary explanation; but it transpired subsequently, that he had flatly refused to be the bearer of the extraordinary message which reached us. || At the moment it was quite impossible to understand what motive could have induced the Turkish Government to adjourn the signature of a Convention in which it was at the same time announced, that no change was to be made, and it was feared that an intention might exist of receding from the position taken up and raising fresh difficulties. What created especial uneasiness was the absence of all explanation, and it seemed extraordinary that the Turkish Government should incur the discredit of this unexplained procrastination for any mere formal reason. || It was considered necessary, in any case, to express our view as to the preceedings of the Turkish Government in very decided language, and, accordingly, a declaration was drawn up, which was signed by Count Hatzfeld as Doyen, and given to Artin-Effendi for transmission to the Prime Minister. I am bound to state, that it was the general impression of my colleagues, that the delay on this occasion, as on others, was due to a settled policy on the part of Said-Pasha to thwart the progress of the negotiations in every possible way, from a puerile and foolish notion, that the Porte gained in credit in proportion as it could detain and delay the execution of the will of Europe. There is much evidence in favour of this view, which I am bound to report, but which I do not entirely share. I have the honour to inclose a copy of the Declaration of Count Hatzfeldt as well as of the very unintelligible answer which was dispatched by the Foreign Minister the same night. || Before this answer was received the Ambassadors met again, and a long discussion took place as to the measures which it would be necessary to adopt if the Convention were not signed on Tuesday. As this eventuality has, happily, not arisen, I need not trouble your Lordship as to the views taken by my colleagues as to what might otherwise have been necessary. We were all agreed, that the moment for an ultimatum would have come; but we found it difficult to agree as to the nature of the ultimatum. In the end we agreed to an identic telegram, of which I have the

Nr. 7578. Gross-britannien. 26. Mai 1881.

honour to inclose the French text. || When the answer from the Foreign Minister arrived, speaking of the Imperial sanction being necessary, it was clear that the Ministers wished to shift the responsibility from their own shoulders and to put it elsewhere. || It seemed possible, too, that His Majesty the Sultan had been imperfectly informed as to the situation, and that he was suffering in reputation for delays of which he either did not know, that he was the cause, or of the gravity of which he had not been advised. || The Ambassadors met early on Monday to consider whether steps could not be taken to place the Sultan at least in possession of the facts, and to draw his attention to the absolute necessity of immediate authority being given to the Plenipotentiaries to sign. || I have before explained to your Lordship the difficulty of effecting this object; but in the end it was arranged, that Count Hatzfeldt should write unofficially to the Sultan's Private Secretary. I inclose a copy of this letter. I communicate these details to your Lordship, as it is important to know by what means the present abnormal working of the Government system in Turkey has to be met. || The step thus taken, coupled with the declaration made at the Porte, at least assured a prompt arrangement of the existing difficulties, whatever they might be. In the evening of the same day, the Private Secretary sent a satisfactory reply to Count Hatzfeldt, of which I also inclose a copy, and Server-Pasha, the senior Delegate, made us an official communication to the effect, that the Ottoman Delegates were prepared to sign the next day. || With regard to the ostensible reasons for the adjournment of the signature, the following explanation was given. A slight modification had been made in the Military Convention, at the instance of the Turkish Delegates, on Saturday. This was communicated to the Ministers, after our meeting, late on Saturday night. But the Imperial sanction could not be obtained for this modification without the formality of its being communicated to His Majesty the Sultan by a Minute of the Council of Ministers ("Mazbata"). The Council did not sit till Sunday afternoon. Thus, after they had prepared the Minute, it had to be forwarded to the Palace, and the Ministers had clearly no authority to induce the Imperial Iradé to be delivered immediately, or even to be promised for the next day. It was apparently thought safer to announce the signature for Tuesday. It is thus, that the advisers of the Sultan were content to let matters drift, when every day's delay was not only a danger, but an immense pecuniary disadvantage to the Turkish Empire, which is utterly at a loss how to find the funds for keeping up its vast military preparations. || On Tuesday the Delegates at last appeared, and the Convention was signed, but not without some further attempts on the part of the Turkish Delegates to secure some concessions. || They endeavoured to obtain a declaration as to the duties of the Military Commission of Supervision of the Evacuation in the direction, that the convenience of the Ottoman Commanders should always be studied in the first instance. Your Lordship will observe from the final Protocol how this point was dealt with. Further, at the very

Nr. 7578. Gross-britannien. 26. Mai 1881.

close of our proceedings, Server-Pasha asked whether some engagement could not be exacted, that the Greeks should disarm a portion of their troops, a point which it was also clearly impossible to agree to. || I am bound, however, in concluding this despatch, and in announcing the final completion of these most difficult negotiations, to state that, on the whole, the Turkish Delegates conducted their delicate task with intelligence, conciliation and good temper. || I hope I may be permitted to add, that without that most friendly and cordial harmony which has existed among the Ambassadors, notwithstanding occasional differences of opinion as to the best mode of arriving at a result at which we unanimously aimed, it would have been impossible to have arrived at the solution which we trust will ultimately be considered as a fair compromise both by Turkey and Greece.

Beilage I.

Memorandum signed by Count Hatzfeldt and given by Ambassadors to Artin-Effendi in reply to Message as to Non-Signature of Convention.

Les Ambassadeurs ont reçu avec le plus pénible étonnement la communication verbale qui leur a été faite par son Excellence Artin-Effendi au nom de son Altesse le Premier Ministre, par laquelle la Porte exprime le désir que la Convention paraphée hier par tous les Plénipotentiaires et qui devait être signée aujourd'hui, ne le soit qu'après-demain, sans qu'aucune explication soit fournie par la Sublime Porte pour justifier ce retard. || Ce procédé est regrettable à tous les points de vue et constitue dans la forme, comme dans le fond, de la part de la Sublime Porte, un manque d'égards vis-à-vis des Puissances et de leurs Représentants qu'ils sont obligés de relever, en se réservant d'y revenir ultérieurement. || Ils ont l'honneur de réclamer dès à présent de son Altesse le Premier Ministre des explications immédiates sur les motifs qui ont pu amener la Porte à mettre ses Délégués dans le cas de manquer à l'engagement pris par eux de signer aujourd'hui la Convention déjà paraphée.

Le 23 Mai, 1881.

Beilage II.

Assim-Pasha to Count Hatzfeldt.

Sublime Porte, le 22 Mai 1881.

M. le Comte, — J'ai pris connaissance du document signé, en date de ce jour, par votre Excellence, au nom de MM. les Représentants des Six Puissances, pour demander à son Altesse le Premier Ministre des explications immédiates au sujet de l'ajournement à après-demain, Mardi, de la signature de la Convention. || Je m'empresse de satisfaire au désir de votre Excellence en lui déclarant que la Sublime Porte vient de solliciter aujourd'hui la sanction

de Sa Majesté Impériale pour la décision réitérée du Conseil des Ministres relativement à la dite Convention. || Agréez, &c.

M. Assim.

Beilage III.

Identic Telegram from Ambassadors at Constantinople.

Constantinople, le 22 Mai 1881.

Dans la séance d'aujourd'hui le Délégué Ottoman, Sous-Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères, est venu nous prier de la part du Conseil des Ministres d'ajourner à Mardi la signature de la Convention paraphée hier, en ajoutant qu'il n'y aura rien de changé à cet Acte, mais sans donner aucune explication. || Nous avons déclaré par écrit dans les termes les plus catégoriques que ce procédé était dans la forme, comme au fond, un manque d'égards pour les Puissances, et nous avons réclamé du Premier Ministre des explications immédiates sur les motifs de la demande qui nous était adressée. || Si nous acquérons les convictions que l'attitude inexplicable de la Porte cache une arrière-pensée, et si les Délégués Turcs ne signent pas Mardi, nous avons le projet d'adresser à la Porte un Ultimatum par lequel nous la sommerons de l'exécuter dans un bref délai. || Nous espérons encore que cette démarche ne sera pas nécessaire, mais nous nous réservons, le cas échéant, de soumettre à nos Gouvernements nos propositions sur la nature de cet Ultimatum.

Beilage IV.

Count Hatzfeldt to Rechid-Bey.

Constantinople, le 23 Mai, 1881.

Je me permets de réclamer votre aimable intervention pour appeler l'attention de Sa Majesté le Sultan sur les difficultés qui se sont produites depuis hier dans l'affaire Grecque. || Après bien des lenteurs que j'ai profondément déplorées, comme vous le savez, nous étions arrivés, Samedi dernier, à un accord parfait avec les Délégués de Sa Majesté, et il était formellement convenu que la Convention, paraphée par tous, devrait être signée hier à 5 heures. || Je vous laisse à penser le pénible étonnement, éprouvé par moi et mes collègues, lorsque, après avoir attendu en vain une heure et demie, nous avons reçu un message du Premier Ministre portant que la Sublime Porte remettait la signature de la Convention à Mardi, sans fournir aucune explication pour ce retard. || Tous nos Gouvernements étant informé que cette signature devait avoir lieu hier, notre responsabilité nous faisait un devoir d'insister sur des explications et de relever en même temps le manque d'égards commis dans la forme envers les Puissances et leurs Représentants. Le seul résultat que nous ayons obtenu par cette demande a été une lettre d'Assim-Pacha qui, sans fournir aucune excuse plausible quant à la forme, se borne à nous laisser

Nr. 7578. Gross-britannien. 26. Mai 1881.

entendre que les Ministres ont dû solliciter de nouveau l'agrément de Sa Majesté. || Vous comprendrez sans peine la signification regrettable d'une déclaration qui ne pouvait avoir d'autre but que de déplacer la responsabilité qui appartient à la Sublime Porte. || Nous avons naturellement dû rendre compte de cet incident à nos Gouvernements, et il ne peut y avoir aucun doute sur leur mécontentement, et il est tout aussi certain que l'impression favorable produite par les nouvelles antérieures a été déjà en partie détruite. Je n'ai pas besoin de vous dire combien je le regrette. Ce sentiment me fait un devoir de plus d'appeler l'attention de Sa Majesté sur la gravité de la situation qui se produirait, si demain contre toute attente les Délégués Ottomans n'étaient de nouveau pas en mesure de signer. || Je suis convaincu que cette attitude ne répond nullement aux sentiments éclairés et bienveillants de Sa Majesté, qui m'a si souvent témoigné son désir d'en finir au plus vite avec cette question. || Je n'hésite donc pas à la conjurer de mettre fin à cette pénible incertitude et à prévenir les complications qui sont à craindre, en donnant l'ordre formel à la Sublime Porte d'inviter les Délégués à signer sans faute dans la séance de demain les Actes déjà définitivement convenus. || En vous remerciant d'avance du service que je réclame de vous dans l'intérêt bien entendu de Sa Majesté, je vous serais très obligé si vous pouviez me mettre à même par un mot avant la fin de la journée d'informer mon Gouvernement que les obstacles qui s'y opposaient à la signature de la Convention ont été levés par l'ordre de Sa Majesté. || Croyez, &c.

Hatzfeldt.

Nr. 7579. OESTERREICH-UNGARN. — Geschäftsträger in London (Hengelmüller) an den k. k. Min. d. Ausw. (Haymerle). — Granville will in der griechischen Frage über eine nur diplomatische Pression hinausgehen.

(Auszug. — Vertraulich.) London, 29. October 1880.

Nr. 7579. Oesterreich-Ungarn. 29. Oct. 1880.

Lord Granville benützte meinen Besuch in Walmer, um mich über die Absichten Euer Excellenz in Bezug auf die nächsten Aufgaben der orientalischen Politik auszufragen und sich über die seinigen vertraulich auszulassen. Das englische Cabinet sieht seine Action in der Türkei mit der Abtretung Dulcigno's nicht für beendet an, und es ist Lord Granville darum zu thun, in Erfahrung zu bringen, ob und inwieweit er bei weiteren Schritten auf die Mitwirkung Oesterreich-Ungarns rechnen könne. || Er begann die Conversation mit der Frage, was Euer Excellenz thun würden, wenn die Türkei ungeachtet aller Versprechungen Dulcigno doch nicht abtreten würde. Ich erwiderte, dass wir allen Grund zur Annahme hätten, es sei der Pforte mit der Abtretung diesmal Ernst. Ihre Lage würde im Falle neuer Zögerung eine moralisch so elende und materiell so hilflose sein, dass ich überzeugt wäre, Euer Excellenz hätten denselben gar nicht in den Kreis Ihrer Erwägungen gezogen.

Nr. 7579. Oesterreich-Ungarn. 29. Oct. 1880.

Uebrigens hätten Hochdieselben nicht aufgehört, in Constantinopel auf eine rasche Entscheidung zu drängen, wovon die von mir mitgetheilte Weisung Euer Excellenz an Baron Calice vom 19. October Zeugniss gibt. || Lord Granville erklärte, auf meine Annahme eingehen zu wollen; um so nothwendiger wäre es aber, sich schon heute über die nächsten Schritte zu verständigen. Er frug mich daher, ob ich die Absichten Euer Excellenz bezüglich derselben kenne. || Ich erwiderte, dass Euer Excellenz bisher noch keine Veranlassung gehabt hätten, mich mit Instructionen darüber zu versehen, was nach der Abtretung Dulcigno's geschehen solle. Soweit ich die Absichten und Stimmungen bei uns kenne, seien zwei Wünsche vorherrschend, der nach Ruhe und der nach Aufrechterhaltung des Einvernehmens der Mächte. Wir würden jeden Vorschlag einer befreundeten Macht mit Aufmerksamkeit und Wohlwollen in Erwägung ziehen. Es wäre daher vor Allem interessant, zu wissen, was England uns vorschlagen würde. || Lord Granville erwiderte, England könne und werde seine Politik nicht ändern, weil es den Türken gefallen habe, bezüglich der Abtretung Dulcigno's so grosse Schwierigkeiten zu erheben. Die übrigen ungelösten Fragen müssten an die Reihe kommen. Er wisse, dass Euer Excellenz den Wunsch hegten, mittelst diplomatischer Pression vorzugehen, und sich von einer solchen auch Erfolg versprächen. Er hege zwar diesfalls eine minder sanguinische Auffassung; aber er wünsche vor Allem die Aufrechterhaltung des europäischen Concertes und eine gemeinsame Action aller Mächte. Die Verwirklichung dieses Wunsches hinge von uns ab. Eine diplomatische Pression aber, von der man von Anfang an wüsste, dass sie über die Anwendung bloss diplomatischer Mittel nicht hinausgehen werde, könne von keinem Erfolge sein. || Lord Granville ging dann auf das Interesse über, welches nach seiner Ansicht Oesterreich-Ungarn in erster Linie an der Beseitigung der schwebenden Fragen, von denen die griechische die dringendste sei, an dem Aufhören der gegenwärtigen türkischen Misswirthschaft und der Einführung einer Art von Ordnung in jenen Gegenden habe. Er wies auf den in Bulgarien, Ost-Rumelien und speciell in Macedonien aufgehäuften Zündstoff hin, welcher mit Sicherheit in dem Augenblicke explodiren würde, da die Griechen losschlagen würden. Wenn die Mächte nicht bald die griechische Frage erledigen würden, so würde dieselbe von selbst ihre Erledigung suchen und voraussichtlich gerade zu jener Katastrophe führen, die Oesterreich-Ungarn in erster Linie hintanzuhalten wünsche. || Schliesslich frug ich Lord Granville, in welcher Ordnung er die übrigen Eragen, auf deren Lösung sich seine geplanten weiteren Schritte beziehen, zu behandeln wünsche. Lord Granville meinte, dass die Finanzfrage, hierauf die griechische und dann die Reformfrage an die Reihe kommen sollten, und äusserte sich zu wiederholten Malen dahin, wie sehr er wünsche, mit uns in Gemeinschaft vorgehen zu können und nicht zu einer isolirten Action gedrängt zu werden. Ich erwiderte, dass wir diesen Wunsch theilten und dass ich seine vertraulichen Auslassungen als in der Absicht gemacht auffasse, mit Euer Excellenz hierüber in einen Ideen-

Nr. 7579. Oesterreich-Ungarn. 29. Oct. 1880.

austausch einzutreten. Er bejahte diese Auffassung und brachte sodann unsere Conversation in Gestalt eines Erlasses an Sir Henry Elliot aufs Papier, von dem er mir später durch Vorlesung Kenntniss gab.

Nr. 7580. OESTERREICH-UNGARN. — Geschäftsträger in Berlin (Pasetti) an den k. k. Min. d. Ausw. — Haltung Deutschlands in der griechischen Frage.

Berlin, 16. November 1880.

Nr. 7580. Oesterreich-Ungarn. 16. Nov. 1880.

Graf Stirum theilte mir gestern mit, er habe Herrn Rhangabé auf dessen Frage über die Haltung Deutschlands in der griechischen Frage Folgendes erwidert: || Die deutsche Regierung wird gerne und mit allen diplomatischen Mitteln die Forderungen Griechenlands unterstützen; er müsse jedoch gleich hinzufügen, dass sie sich an keiner über den Rahmen der diplomatischen Pression hinausgehenden Action zur Erfüllung dieser Forderungen betheiligen wird. Sollten andere Mächte sich zu einer solchen Action herbeilassen, so würde Deutschland sich zu deren Unternehmen wohlwollend verhalten, aber nicht daran theilnehmen. Wollte Griechenland auf eigene Faust vorgehen, so könne Deutschland einen solchen Entschluss lediglich der eigenen Verantwortung der griechischen Regierung überlassen und lehne für seinen Theil im Vorhinein jede Verantwortung für die Folgen ab, die daraus entspringen können. || Genehmigen u. s. w.

Nr. 7581. OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den k. k. Geschäftsträger in London. — Die österreichische Regierung wird Zwangsmaassregeln gegen die Türkei nicht zustimmen, hofft aber, dass die griechische Frage ohne dieselben gelöst werden kann.

(Auszug. — Vertraulich.) Wien, 16. November 1880.

Nr. 7581. Oesterreich-Ungarn. 16. Nov. 1880.

Ich habe Ihren Bericht vom 29. October mit lebhaftem Interesse gelesen. Die Art, wie Lord Granville sich über die Lage der Dinge im Orient und über die nächsten Aufgaben der Mächte ausgesprochen, ist uns ein werthvoller Beweis seines Vertrauens. Wir erwidern dasselbe und stehen nicht an, auch unsere Auffassung ohne Rückhalt darzulegen, trotzdem dieselbe in manchen Punkten mit der Seiner Lordschaft nicht übereinstimmt. || Wir theilen aufs lebhafteste Lord Granville's Wunsch, dass die Orientkrise England und Oesterreich-Ungarn vereinigt finde. Die Ueberzeugung, dass die politischen Interessen Englands im Orient mit den unserigen nirgends collidiren, ist bei uns in alle Schichten der Bevölkerung gedrungen. Unsere Ziele können nur gemeinsam sein: die Lösung der schwebenden Fragen auf Grundlage des Ber-

liner Friedens im Sinne des Fortschrittes und der Humanität, die Erhaltung des europäischen Friedens gegenüber allen Wechselfällen der orientalischen Krise, die unverrückte Aufrechthaltung der europäischen Machtverhältnisse. Wenn uns diese Zwecke gemeinsam sind, so kann ein Ideenaustausch über das „Wie", selbst bei auftauchenden Meinungsdifferenzen, auf die Dauer nicht trennend wirken. || Lord Granville hat Ihnen gesagt, England könne bei der Dulcignofrage — auch im Falle einer günstigen Lösung — nicht stehen bleiben. Die Regierung Ihrer britischen Majestät denke auch in den anderen schwebenden Fragen vorzugehen, namentlich die Lösung der Finanzcommissionsangelegenheit, die der griechischen Grenzerweiterung und schliesslich jene der Reformen in der europäischen und der asiatischen Türkei zu betreiben und durchzusetzen. || Auch wir glauben, dass mit der Lösung der montenegrinischen Grenzfrage die anderen noch unausgeführten Punkte des Berliner Vertrages nicht abgethan wären. Es bleibt die Aufgabe der europäischen Mächte, mit aller Ausdauer auf die successive Verwirklichung derselben hinzuarbeiten. Nicht blos unsere Vertragstreue als Signatarmacht, auch die speciellen Interessen unserer Monarchie weisen uns darauf hin; denn kein Staat hat ein grösseres Interesse an der Stärkung des griechischen Elements, keiner ein dringenderes Bedürfniss nach Stetigkeit in den Verhältnissen der Türkei, als Oesterreich-Ungarn, welches den Rückschlag der dortigen Volksbewegungen als Nachbarmacht am unmittelbarsten verspürt. || In dieser Richtung wird daher sowohl die englische Regierung, als das europäische Concert überhaupt auf unsere Mitwirkung zählen können.

Worin jedoch die Auffassung des edlen Lord von der unserigen abzuweichen scheint, das ist die Natur der anzuwendenden Mittel. || Lord Granville wünscht, wie ich Ihrem Berichte entnehme, vor Allem die Aufrechthaltung des europäischen Concertes und die gemeinsame Action aller Mächte. Er fügt jedoch hinzu, dass eine diplomatische Pression, von der man vom Anfange an wüsste, dass sie über die Anwendung blos diplomatischer Mittel nicht hinausgehen werde, von keinem Erfolge sein könne. || Auch wir legen das grösste Gewicht auf die Erhaltung des europäischen Concertes; aber die Perspective auf Zwangsmaassregeln scheint uns diesen Zweck nicht zu fördern. Das europäische Concert begründet überhaupt nur eine diplomatische Einheit. Die Vermeidung kriegerischer Verwickelungen ist sein hauptsächlichster Zweck. Es erfüllt seinen Beruf nicht, wenn es, statt der Welt das Gefühl der Sicherheit zu geben, auf Gewaltanwendung sinnt, welche für Verkehr und Handel dieselben Folgen wie der Kriegszustand hätte und zu einem solchen zu führen geeignet wäre. || Ich weiss, dass Lord Granville keinen Krieg gegen die Türkei im Sinne hat. Aber es schwebt ihm jedenfalls eine Androhung von Zwangsmaassregeln vor, welche den thatsächlichen Widerstand der Türkei und hiemit einen Kriegszustand zur Folge haben kann. || Ist es wahrscheinlich, dass die europäischen Mächte sich solchen Schritten, welche in letzter Linie doch die Einsetzung von Gut und Blut ihrer Unterthanen erfordern,

Nr. 7581. Oesterreich-Ungarn. 16. Nov. 1880.

ungetheilt anschliessen würden? Und selbst wenn es geschähe, glaubt die englische Regierung, dass sich das Zusammengehen allen Wechselfällen und Chancen einer längeren Action gegenüber würde behaupten lassen? Muss man nicht vielmehr fürchten, dass im Verlaufe des Vorgehens Meinungsverschiedenheiten, ja Interessenconflicte auftauchen und die Verwirrung, die in den Verhältnissen des Orients herrscht, in die Beziehungen der Mächte hinübergetragen würde? Bei der Expedition von Dulcigno war die Möglichkeit eines Zusammenstosses mit der Türkei durch die Instructionen ausgeschlossen. Dulcigno war rechtlich nicht mehr türkisches Gebiet; ein Conflict wäre nur mit den aufständischen Albanesen auszufechten gewesen. Dennoch hat auch hier eine theilweise, wenn auch latent gebliebene Verschiedenheit der Anschauungen sich ergeben, und zwar gerade in dem Punkte der Gewaltanwendung. || Lord Granville sagt, die Erzielung einer gemeinsamen Action aller Mächte hinge allein von uns ab. Ich muss dies schon aus den oben angeführten Ursachen bestreiten. Es kann nicht meine Aufgabe sein, die Stellung anderer Mächte zu präcisiren. Aber es ist bekannt, dass beispielsweise Deutschland schon bei seiner Betheiligung an der Flottendemonstration vor Dulcigno sich gegen jede weitergehende Anwendung von Gewalt verwahrt hat. || Ich wüsste nicht, dass Deutschland seitdem seine Ansicht geändert hätte. || Dafür, dass das französische Volk die Neigung zur Betheiligung an coercitiven Schritten nicht theilt, liegen seit dem verflossenen Sommer gewichtige Anzeichen vor. Hieraus schliesse ich, dass für die Entschlüsse auch des französischen Cabinets unser Beispiel nicht ausschlaggebend wäre. Ich möchte — für meine Person — auch darüber einigen Zweifel aussprechen, ob nach Erledigung der Dulcigno-Angelegenheit zu bewaffneter Action für die noch schwebenden Fragen des Berliner Vertrages auch auf die Theilnahme Russlands und Italiens sicher zu rechnen wäre. || Von all' dem aber abgesehen bin ich der Offenheit des Lord Granville die aufrichtige Erklärung schuldig, dass wir für unseren Theil in eine Action, bei der wir die Chance eines kriegerischen Vorgehens gegen die Türkei zu laufen hätten, nicht eintreten könnten. Eine solche Chance ist, sobald auch nur eine Drohung ausgesprochen werden soll, immer vorhanden; denn die militärische Ehre verwehrt in solchem Falle jeden Rückzug. In eine solche Action für andere, als unmittelbar bedrohte Interessen der Monarchie einzutreten, verbietet der Regierung nicht nur ihre politische Ueberzeugung, sondern auch der unzweideutig ausgesprochene Wille der Vertretungskörper, den sie als constitutionelle Regierung respectiren will und muss. Ein europäisches Concert für coercitive Maassnahmen scheint uns daher nicht gut möglich. Wir glauben aber, dass dasselbe leicht zu erhalten wäre, wenn es sich die successive Lösung der Wirren im Sinne der Beruhigung Europa's sowie der Balkan-Völker zur Aufgabe stellt und diese Aufgabe mit Ausdauer verfolgt, gleichzeitig aber Europa eine Art Gewähr dafür bietet, dass die Betreibung der orientalischen Angelegenheiten nicht die stabile Intervention bedeutet. — — —

Ich möchte nun untersuchen, ob auch, abgesehen von dem Concerte Europa's, die befriedigende Lösung der aufgeworfenen Fragen auf dem Wege der Gewaltanwendung von aussen überhaupt möglich sei. || Es hat sich für Montenegro um die Uebergabe eines kleinen, von der Pforte bereits principiell aufgegebenen Gebietes gehandelt. || Die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens wachsen mit der Grösse des Gebietes und dessen Entfernung von der Seeküste. Betrachten wir nun die Grenze, welche die Berliner Conferenz für Griechenland geschaffen, welche Schwierigkeiten müssen wir für den Fall eines auszuübenden Zwanges sowohl in Constantinopel als in Thessalien und Epirus voraussehen! || Man könnte freilich — und dies scheint der englischen Regierung vorzuschweben — die Türkei an anderen, zugänglichen und empfindlichen Stellen angreifen und sie durch Beschlagnahme von Häfen, Sperrung der Seewege u. s. w. zur Annahme der Conferenzbeschlüsse zwingen. || Aber auch in einem so günstigen Falle hätte man nicht die Uebergabe selbst, sondern wieder nur die Cession auf dem Papiere errungen. Zur Ueberlieferung des Gebietes würde sich der Sultan gewiss als ohnmächtig erklären, und wahrscheinlich wäre Er es auch. Es müsste also die thatsächliche Occupation entweder den Griechen überlassen, oder von einer auswärtigen Streitmacht vollzogen werden. Die Griechen sind dieser Aufgabe militärisch jetzt nicht gewachsen. Alle Unterstützung von der Seeseite könnte die junge hellenische Armee vor der Ueberwältigung durch die kriegserprobte türkische Streitmacht nicht bewahren. Sie müsste also auf die Landung sehr zahlreicher fremder Truppen rechnen können. Ich weiss nicht, ob sich eine Macht geneigt fände, die im europäischen Protokoll verbürgte Uneigennützigkeit so weit zu treiben, um die Opfer einer solchen Expedition auf sich zu nehmen; aber wenn dies auch der Fall wäre, so müssten die Mächte, ehe sie eine solche Action zuliessen, wohl überlegen, dass ein Krieg, im Namen Europa's geführt, mit der Zerstörung der Türkei enden und über den Rahmen einer Unterstützung Griechenlands hinausgehen würde.

Bestand und Auflösung eines Reiches lassen sich von keiner Staatskunst auf Jahrzehnte berechnen; keine Grossmacht baut in dem Maasse auf die Lebensfähigkeit der Türkei, um für ihre künstliche Erhaltung thatsächlich einzustehen. Dagegen wäre es eben so unvorsichtig und für den Frieden der Welt sowie für die Entwickelung der Balkan-Völker eben so gefahrbringend, wenn die Mächte dasjenige, was sie für die Erhaltung der Türkei nicht thun wollen, zu ihrer gewaltsamen Zertrümmerung unternähmen. Noch ist keinem europäischen Aeropag klar geworden, was an die Stelle des türkischen Reiches zu treten hätte. Noch sind neben den slavischen Stämmen die anderen berechtigten Elemente nicht gereift, um die ihnen gebührende Stelle einzunehmen. Nicht der Bund, sondern der Krieg der Völkerschaften würde an die Stelle des alten Staatswesens treten. Dabei wäre gerade dasjenige Element, um dessen Begünstigung es sich für England und uns in erster Linie handelt, die griechische Nationalität, der doppelten Feindschaft von Slaven und Albanesen

Nr. 7581. Oesterreich-Ungarn. 16. Nov. 1880.

gegenüber, den grössten Gefahren überliefert. Nicht blos um der Fortdauer der Türkei willen, sondern auch im Interesse der Völkerschaften, aus denen sie besteht, müssen wir daher wünschen, dass eine neue Erschütterung dieses Reiches vermieden werde. || Dies unsere Auffassung über die Möglichkeit und Erspriesslichkeit eines zwangsweisen Auftretens gegen die Türkei. || Die Schwäche der Pforte kann Lord Granville nicht schärfer verdammen, als wir es thun. Ich muss Lord Granville beipflichten, wenn er sagt, England könne seine Politik nicht ändern, weil es der Türkei gefallen habe, in der Frage von Dulcigno so grosse Schwierigkeiten zu erheben. Aber ich füge hinzu, Europa könne nicht von Tag zu Tag weitergehende Entschlüsse fassen, weil die Politik der Pforte von Tag zu Tag neue Beweise der Unverlässlichkeit giebt. Wir können uns nicht von Action zu Action drängen lassen, je nachdem ihre Entscheidungen hin- und herschwanken. Das hiesse, unsere Politik an das Unberechenbare knüpfen. || Wir können, indem wir diese Auffassung vertreten, nicht entschieden genug betonen, dass wir hiemit keine der von den Mächten erhobenen Forderungen aufgeben. Wir gedenken die Ansprüche Griechenlands auch ferner bei der Pforte zu vertreten und ebenso die Durchführung der Reformen nach Maassgabe der Commissionsvorschläge unverrückt im Auge zu behalten.

Ich resümire also: || Wir wünschen das europäische Concert; wir würden dasselbe durch die Beschliessung von Coercitivmaassregeln gefährdet sehen. Wir glauben, dass ein executives Auftreten überhaupt nicht geeignet wäre, die angestrebten Ziele zu erreichen. Wir hoffen dagegen, dass die unablässige Einwirkung des geeinigten Europa ein zu starkes moralisches Gewicht bildet, als dass die Pforte demselben, besonders mit Rücksicht auf die innere Lage der Türkei, auf die Dauer widerstehen könnte. Wir beharren daher auf der Forderung der ungeschmälerten Ausführung des Berliner Vertrages, glauben jedoch, dass das Vorgehen der Mächte, die Natur sowie die Zeitfolge ihrer Schritte bestimmt sein müsse von der dreifachen Rücksicht auf das allgemeine Ruhebedürfniss des Welttheils, auf die Gefahren, welche die gewaltsame Zertrümmerung der Türkei mit sich brächte, und endlich auf die reellen Kräfte Derjenigen, zu deren Unterstützung die Action der Mächte bestimmt ist.

Nr. 7582. **OESTERREICH-UNGARN.** — Geschäftsträger in London an den k. k. Min. d. Ausw. — Granville glaubt nicht an die Wirksamkeit einer nur diplomatischen Action, beabsichtigt jedoch nicht, unmittelbar Zwangsmaassregeln vorzuschlagen.

Nr. 7582. Oesterreich-Ungarn. 24. Nov. 1880.

(Auszug. — Vertraulich.) London, 24. November 1880.

Ich habe mich beeilt, den Erlass vom 16. l. M., welchen Euer Excellenz an mich zu richten so gütig waren, zu verwerthen und auf Grund derselben

Lord Granville die Antwort auf seine jüngsten Anwürfe und Anfragen zukommen zu lassen. || Ich begann meine Auseinandersetzung mit der Versicherung, dass Euer Excellenz Lord Granville's Offenheit und Vertrauen anerkannten und durch eine gleich rückhaltslose und vertrauliche Darlegung Hochihrer Anschauungen zu erwidern gesonnen wären, und zwar auch bezüglich jener Punkte, wo dieselben mit den Anschauungen des englischen Cabinetes nicht zusammenstimmten. Ich bezeichnete sodann Lord Granville die Ziele der Politik Euerer Excellenz, nämlich die Durchführung des Berliner Vertrages im Sinne des Fortschrittes und der Humanität, die Aufrechthaltung des Friedens und die Erhaltung der gegenwärtigen Machtverhältnisse auf der Balkanhalbinsel. Diese Ziele seien hoffentlich mit jenen der englischen Regierung identisch, wie wir denn überhaupt in der orientalischen Frage nirgends einen wirklichen Gegensatz unserer beiderseitigen Interessen wahrzunehmen vermöchten. || Ich besprach sodann die Mittel zur Erreichung jener Ziele, die Aufgabe und Natur des europäischen Concertes, die Unmöglichkeit, dasselbe für Zwangsmaassnahmen und Gewaltschritte zu Stande zu bringen und zu erhalten, die Unzweckmässigkeit solcher Maassregeln überhaupt mit Rücksicht auf die angestrebten Ziele und unsere entschiedene Ablehnung, uns an solchen zu betheiligen. Ich erinnerte Lord Granville daran, was ich bei früheren Gelegenheiten bereits als meine Privatansicht ausgesprochen hatte, dass nämlich das europäische Concert gewiss eine schöne und nützliche Idee und dessen Zustandebringung von Verdienst wäre, solange man sich von demselben die Dienste einer Schutzmauer, nicht aber die eines Mauerbrechers erwarte. Ich bekämpfte namentlich aufs entschiedenste die im englischen Cabinet still fortwuchernde Ansicht, als ob es nur von uns abhinge, dass die übrigen europäischen Grossmächte sich den von England vorgeschlagenen oder noch vorzuschlagenden Schritten anschliessen sollten.

Lord Granville folgte meinem Vortrage mit sichtlichem Interesse. Nach dessen Beendigung bat er mich um Wiederholung wenigstens der Hauptlinien, notirte sich einige Stellen wörtlich, andere nach Schlagwörtern und erwiderte ungefähr Folgendes: || Er entnehme mit grosser Befriedigung, dass Euer Excellenz den offenen und vertraulichen Charakter seiner bisherigen Politik Oesterreich-Ungarn gegenüber würdigten, und er erblicke darin einen Grund, auch in der Zukunft in dem gleichen Sinne vorzugehen. Er sei nicht blind für die Lage und Motive Oesterreich-Ungarns, und wenn er auch lebhaft bedauere, nicht in allen Punkten sich in voller Uebereinstimmung mit Euer Excellenz zu befinden, so werde er in Zukunft nicht weniger als in der Vergangenheit bemüht sein, mit Oesterreich-Ungarn herzlich zusammenzuwirken (cordially to cooperate). || Mit gleicher Befriedigung nehme er die Versicherung entgegen, dass Euer Excellenz das bisher gemeinsam verfolgte Ziel der vollen Durchführung des Berliner Vertrages nicht aufzugeben und von den an die Pforte gestellten Forderungen nicht abzugehen gedenken. || Er glaube ferner, dass seine Auffassung der Natur und Aufgabe des europäischen Concertes mit

Nr. 7582. Oesterreich-Ungarn. 21. Nov. 1880.

jener Euer Excellenz übereinstimme. Die Worte, die Euer Excellenz diesfalls in den Delegationen gesprochen, drückten auch seine Ansicht aus: Er habe niemals an ein europäisches Concert in dem Sinne eines europäischen Schiedsgerichtes für jede auftauchende Schwierigkeit und eines Receptes für jede ungelöste Frage geglaubt. Ebenso müsse er die namentlich in England verbreitete Ansicht von sich ablehnen, als ob ein Concert bestehen könne, in welchem irgend einer einzelnen Macht die führende Rolle und die Stellung von Anträgen zukäme, während die übrigen Mächte den Anträgen nur zuzustimmen hätten. Dagegen glaube er allerdings an die Möglichkeit eines europäischen Concertes, in welchem jede einzelne Macht ihre kleineren Sonderinteressen dem allgemeinen Ziele der Begründung und Erhaltung eines dauerhaften Friedens angesichts grosser Probleme unterordne. Ein solches Problem sei die orientalische Frage, wo die in der Türkei forteiternden ungelösten Fragen eine permanente Bedrohung des Friedens bilden.

Lord Granville sagte weiter, er empfange aus meinen Worten den Eindruck, als lebten wir in der Annahme, England brenne vor Begierde, einen Krieg mit der Türkei zu beginnen, oder wenigstens Gewalt gegen dieselbe anzuwenden. Einer solchen Annahme müsse er entschieden widersprechen, und er sei sich keinerlei Schritte und Anträge der gegenwärtigen englischen Regierung bewusst, welche dieselbe begründen könnten. Die gegenwärtige englische Regierung habe keine der jetzt schwebenden Fragen erfunden. Die griechische Frage sei ein Erbstück des Berliner Congresses; sie verdanke ihr Entstehen der Initiative Frankreichs und nicht Englands. Die auf der letzten Berliner Conferenz einstimmig angenommene Grenzlinie sei die von Frankreich gezogene; die englische Betheiligung an derselben beschränke sich auf eine in Berlin zu Gunsten der Türkei beantragte Modificirung. Gleicherweise sei die montenegrinische Frage ein Erbstück der früheren Zeit. Aber wenn auch das englische Cabinet die Anwendung von Zwangsmaassnahmen nicht nur nicht anstrebe, sondern vielmehr zu vermeiden wünsche, so müsse er (Lord Granville) doch der sehr richtigen Worte eingedenk bleiben, die Euer Excellenz kürzlich in den Delegationen gesprochen hätten und wornach eine Nation sich jedes Einflusses beraube, wenn ihre Regierung erkläre, in keinem Falle zur Gewalt schreiten zu wollen. Er könne daher eine solche Erklärung für das englische Cabinet nicht abgeben, sondern müsse sich vorbehalten, die nach Maassgabe der Umstände erforderlichen Schritte vorzuschlagen und vorzunehmen. Er berufe sich übrigens auf die Lehre der Geschichte, dass man von der Türkei stets nur durch Gewalt oder Gewaltandrohung etwas erreichen könne. Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit bestätigten dies von neuem. Die Russen hatten von der Türkei erreicht, was sie wollten, weil sie Gewalt anwendeten, und als Oesterreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina occupirte, habe es nicht zu diplomatischer Pression, sondern zur Aufstellung einer imponirenden Truppenmacht und zur Führung einer sehr energischen Sprache in Constantinopel seine Zuflucht genommen. Seither wirke man nun

Nr. 7582. Oesterreich-Ungarn. 24. Nov. 1880.

zwei Jahre lang auf die Pforte mit diplomatischen Mitteln, an welche dieselbe sich nicht kehre. || Er (Lord Granville) könne auch nicht annehmen, dass Euer Excellenz in Ihrem Herzen an den möglichen Erfolg einer diplomatischen Pression glauben; er fasse vielmehr Hochihre Anschauungen so auf, dass es besser wäre, die Sachen vorläufig auf sich beruhen zu lassen. In diesem Punkte aber weiche seine Auffassung von der unserigen ab. Nicht als ob es sich um eine imminente Gefahr oder um eine imminente Nothwendigkeit handle. Die englische Regierung sehe keine solche und trage sich mit keinen Entwürfen zu deren sofortiger gewaltsamer Beseitigung. Sie wünsche nichts sehnlicher, als eine Beschwichtigungspolitik verfolgen und namentlich auf Griechenland in diesem Sinne einwirken zu können. Aber sie glaube nicht, dass man die Griechen, die Finanzen und die Reformen ihrem Schicksale überlassen könne, und sie glaube nicht an die Wirksamkeit einer ausgesprochen blos diplomatischen Action. Die Ereignisse hätten Deutschland das Uebergewicht im Rathe der Pforte gegeben. Bei aller Deferenz, die der Sultan und seine Rathgeber einem Manne von der Macht und Bedeutung des Fürsten Bismarck zollten, schiene es ihm (Granville) doch sehr fraglich, ob sie dem Grafen Hatzfeldt auch dann folgen würden, wenn er von ihnen etwas ihnen Unangenehmes begehren würde. Deutschland habe ein Interesse an der Ordnung der türkischen Finanzen gezeigt und erfahrene Finanzleute nach Constantinopel geschickt. England wünsche dringend, dass diese Mission einen Erfolg habe, und werde jede von wem immer ausgehende Maassregel mit Freude begrüssen, die auf eine wirkliche Verbesserung der Lage in der Türkei gerichtet sei.

Ich resümire den Kern seiner Erwiderung, soweit sich derselbe auf die allgemeinen Ziele und Mittel der englischen Politik bezieht. || England will weder einen Krieg gegen die Pforte, noch sinnt es auf einen unmittelbaren Vorschlag einzeln oder vereint anzuwendender Gewaltmaassregeln. Es glaubt aber die zu Gunsten Griechenlands und der Reformen begonnene Action nicht aufgeben zu können und glaubt nicht an den Nutzen einer ausgesprochen blos diplomatischen Action.

Ich machte Lord Granville zum Schlusse nochmals darauf aufmerksam, dass meine Ausführungen die offene und rückhaltlose, aber freundliche Erwiderung auf seine in Walmer Castle erfolgten Anwürfe wären. Wir lebten durchaus nicht der Ansicht, als sinne er auf einen Krieg gegen die Türkei, von welchem ihn zurückzuhalten wir bemüht wären; aber wir hielten es für ein Gebot der freundschaftlichen Loyalität, ihm offen zu erklären, dass wir uns an keiner weiteren Action betheiligen würden, die zum Kriege gegen die Türkei führen könne. Ich müsse ihm wiederholen, dass Euer Excellenz von dem Programm der vollen Ausführung des Berliner Vertrages nicht abstünden, aber dessen Verwirklichung lieber von dem sicher, wenn auch langsam wirkenden moralischen Gewichte Europa's, als von der Gewalt erwarteten.

Nr. 7583. **OESTERREICH-UNGARN.** — Botschafter in London (Károlyi) an den k. k. Min. d. Ausw. — Uebereinstimmung der Ziele der österreichischen und englischen Politik trotz der Meinungsdifferenz in Bezug auf die anzuwendenden Mittel.

(Auszug. — Vertraulich). London, 7. December 1880.

Nr. 7583. Oesterreich-Ungarn. 7 Dec. 1880.

Am 1. December auf meinen Posten zurückgekehrt, hatte ich am nächstfolgenden Tage meine erste Unterredung mit dem Herrn Staatssecretär des Aeussern. || Meine Besprechung mit Lord Granville bezog sich fast ausschliesslich auf den Inhalt der unterm 16. v. M. Herrn v. Hengelmüller ertheilten Instructionen, durch welche Euer Excellenz den Zweck verfolgten, einen festen Stand gegenüber der englischen Orientpolitik einzunehmen, ohne aber das vertrauensvolle diplomatische Einvernehmen mit England im Geringsten gefährden zu wollen — und diesen Zweck meinen Euer Excellenz mit vollem Rechte durch eine offene vertrauensvolle Sprache am besten zu sichern. || Ich recapitulirte in Kürze die wesentlichsten, in den benannten Schriftstücken enthaltenen Argumente. || Ich legte das grösste Gewicht auf die Thatsache, welche ich durch meine persönlichen Wahrnehmungen während eines längeren Aufenthaltes in Oesterreich-Ungarn aufs entschiedenste bekräftigen musste, — dass nämlich die rücksichtlich der Orientfrage in der öffentlichen Meinung im Allgemeinen sowohl als bei allen Parteien und bei allen parlamentarischen Vertretungskörpern herrschende Einstimmigkeit es der k. und k. Regierung schlechterdings zur Unmöglichkeit machen würde, zu Coercitivmaassregeln gegen die Türkei zu schreiten. || Ich sagte, dass wir gegen eine Separataction Englands nicht einschreiten würden, natürlich unter Vorbehalt der unbedingten Freiheit unserer Entschliessungen, doch dass wir glaubten, dass ein actives Vorgehen gegen die Türkei die Katastrophe, welche wir doch alle vermeiden möchten, beschleunigen würde, dass mit Ausnahme von Zwangsmaassregeln das k. und k. Cabinet mit England in warmer Cooperation zu handeln wünsche. || Hinsichtlich Griechenlands erwähnte ich hauptsächlich, wie es allerdings möglich sei, dass, wenn die Griechen in die Türkei einfielen, die der türkischen Herrschaft feindlich gesinnten Bevölkerungen gegen die Pforte sich erhöben, dass aber im Falle einer europäischen Intervention ein solcher Aufstand als sicher anzusehen sei. — Ich drückte die Hoffnung aus, welche die k. und k. Regierung auf eine ununterbrochene europäische diplomatische Pression setzt.

Lord Granville antwortete im Wesentlichen, dass es ohne Nutzen sei, den Entschluss zu discutiren, zu welchem die österreichisch-ungarische Regierung gelangt sei, und welcher, wie er wohl wisse, von unserer öffentlichen Meinung unterstützt werde; dass keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns beiden bestehe über das Wünschenswerthe, den Zusammenbruch des ottomanischen Reiches nach Thunlichkeit zu verschieben, dass der Unterschied sich auf die besten Mittel beziehe, die Türkei zu erhalten. || Lord Granville äusserte

seine oft schon vorgebrachten Zweifel über die Wirksamkeit des diplomatischen Druckes, wenn es bekannt sei, dass derselbe durch keine Zwangsmaassregeln unterstützt werden würde; er beurtheile den Zustand der Türkei als einen solchen, welcher befürchten liesse, dass eine „laissez-faire"-Politik die von Allen besorgte Katastrophe präcipitiren würde. Seine Ueberzeugung sei darin bestärkt, dass, wenn Europa wollte, es ohne Krieg die Türkei zwingen könnte, Dasjenige zu thun, was für deren Erhaltung nothwendig wäre. Lord Granville führte weiter aus, wie die militärischen Vorbereitungen in Griechenland und der Türkei die beiderseitigen Finanzen untergraben; was er gewünscht hätte, wenn es möglich gewesen wäre, war nicht, Griechenland zu unterstützen, um Krieg zu machen, sondern, dass Europa eine derartige Stellung eingenommen hätte, um die Frage ohne Krieg zu lösen. || Mittlerweile anerkenne er (Lord Granville) die Offenheit unserer Sprache; es liege ihm daran, so sehr als thunlich im Einvernehmen mit uns vorzugehen.

Nr. 7583. Oesterreich-Ungarn. 7. Dec. 1880.

Diese und weitere Auslassungen Lord Granville's bestätigten mir auch die ursprüngliche Beurtheilung des Herrn Botschaftsrathes, dass unsere offene Sprache insoferne einen günstigen Eindruck auf den Minister gemacht hat, als er in derselben einen erfreulichen Beweis unseres Wunsches sieht, das fernere Einvernehmen mit England, trotz der Verschiedenheit der Auffassung, auch in der Zukunft fortzusetzen. Er schien unserem Standpunkt, namentlich insoferne er durch unsere öffentliche Meinung bedingt ist, volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und nahm unsere Mittheilungen in demselben freundschaftlichen Geiste auf, in welchem sie unsererseits gemeint waren. || Bei dieser Stimmung des Ministers hielt ich es für angezeigt, ihn mehr noch in die Lage zu setzen, sich von unserer Argumentation Rechenschaft zu geben, und ich glaube, den Intentionen Euerer Excellenz nicht zuwidergehandelt zu haben, indem ich Lord Granville versprach, ganz vertraulich und zum ausschliesslichen internen Gebrauch des englischen Cabinets ihm eine englische Uebersetzung der in dieser Angelegenheit an die Botschaft gerichteten Instructionen anzuvertrauen.

Nr. 7584. OESTERREICH-UNGARN. — Botschafter in Konstantinopel (Calice) an den k. k. Min. d. Ausw. — Differenz der österreichischen und englischen Politik.

(Auszug. — Vertraulich.) Constantinopel, 14. December 1880.

Ich habe Herrn Goschen Euerer Excellenz Depesche an Herrn v. Hengelmüller vom 16. November d. J. gelegentlich eines vertraulichen Ideenaustausches mitgetheilt, und ich konnte ersehen, wie manche in derselben enthaltene Argumente ihre Wirkung auch auf ihn nicht verfehlten, jedoch einer Auffassung begegneten, welche viel zu tiefe Wurzeln hat, um erschüttert werden zu können. || Er resümirte die Differenz in der beiderseitigen Anschauungsweise,

Nr. 7584. Oesterreich-Ungarn. 14. Dec. 1880.

Nr. 7584. Oesterreich-Ungarn. 14. Dec. 1880.

wie folgt: „Wir wollen Beide die Aufrechthaltung der Türkei; Sie glauben, dass das nur durch eine successive, schonende Einwirkung geschehen könne; ich, dass die Türkei gezwungen werden muss, die zu ihrer Regeneration nothwendigen Maassregeln zu treffen, ohne welche sie in kürzester Zeit zusammenbrechen muss. Ich fürchte, wir werden in der Lage sein, die praktische Erfahrung zu gewinnen, dass Ihre Methode nicht zum Ziele führt, und wir werden leider nicht die Möglichkeit haben, zu beweisen, dass unsere richtiger ist, weil wir ohne Zustimmung und Mitthun des übrigen Europa sie nicht durchführen können." || Dennoch anerkannte Mr. Goschen, dass den Argumenten Eurer Excellenz, wenn sie ihn auch nicht überzeugen, doch eine grosse Kraft innewohnt.

Nr. 7585. OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den k. k. Botschafter in Berlin (Széchényi). — Bismarck hat eine Verständigung der Grossmächte für den Fall des Ausbruchs eines Krieges angeregt.

(Auszug.) Wien, 29. Januar 1881.

Nr. 7585. Oesterreich-Ungarn. 29. Jan. 1881.

Prinz Reuss hat mir heute die von Ihnen angekündigte Mittheilung gemacht, die sich in Folgendem resumirt.

Fürst Bismark würde es für nützlich halten, wenn die Mächte sich selbst sowohl als der Pforte klar zu machen suchten, welchen Verlauf die Verwickelung, selbst im Falle eines kriegerischen Ausgangs, nehmen könne. Zunächst liege es wohl auf der Hand, dass die Mächte Griechenland nicht mit Gewalt vom Kriege würden abhalten wollen. Nach der Ansicht derer, welche die Stimmung des Landes kennen, würde ein solcher Schritt zur Sprengung der Monarchie führen, welche Niemandem erwünscht sei. Seien die Mächte aber nicht im Stande, den Ausbruch des Krieges zu hindern, so sei nichts mehr geeignet, denselben zu localisiren und in seinen Folgen zu beschränken, als wenn die Cabinete von vornherein sich darüber verständigten und einander die Zusicherung ertheilten, dass weder der Krieg selbst noch dessen Consequenzen die Eintracht und das gute Einvernehmen unter ihnen in Frage stellen dürften. Eine solche Verständigung hält der Herr Reichskanzler für um so ausführbarer, als ein Losbruch in Macedonien oder den bulgarischen Ländern für die nächste Zeit nicht wahrscheinlich sei. Russland habe seiner Ueberzeugung nach nicht die Absicht, in diesem Augenblicke kriegerische Verwicklungen im Orient hervorzurufen. Sollte die Türkei im Kampfe mit Griechenland Sieger bleiben, so würden die Mächte schwerlich der Pforte eine vollständige oder willkürliche Ausbeutung ihres Sieges gestatten. Wenn man die Türkei schon jetzt darauf hinweisen und ihr begreiflich machen würde, dass Europa zwar einen unwahrscheinlichen griechischen Sieg acceptiren, nicht aber die Ausnützung eines wahrscheinlichen türkischen

zulassen werde, so würde diese Andeutung dazu beitragen, die Abneigung der Pforte gegen kriegerische Operationen zu verstärken. || Wenn die Sicherheit gegeben sei, dass, welche Wendung die griechisch-türkische Verwickelung auch nehmen möge, sie das europäische Concert nicht stören dürfe, so werde man auch in die Verhandlungen mit der Pforte mit mehr Aussicht auf Erfolg eintreten können.

Nr. 7585. Oesterreich-Ungarn. 29. Jan. 1881.

Nr. 7586. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an die deutschen Botschafter. — *Modus procedendi* in der griechischen Frage.

(Auszug.)

Nr. 7586. Deutschland. 8. Febr. 1881.

Der letzte Vorschlag der Pforte, im Wege vertraulicher Besprechungen mit den Vertretern in Constantinopel eine Verständigung in der griechischen Frage zu suchen, hat die Zustimmung sämmtlicher Cabinete gefunden. Es wird nunmehr darauf ankommen, die Modalitäten festzustellen, unter denen jene Verhandlungen mit der Pforte aufzunehmen und zu führen sind, sei es, dass Letztere selbst mit einem Anerbieten hervortritt, sei es, dass sie die Initiative der Mächte abwarten will. || Das Bestreben der kaiserlich-deutschen Regierung ist bei Abwesenheit eines directen Interesses lediglich auf Erhaltung des Friedens gerichtet. Unter den Cabineten waltet bezüglich des zu erstrebenden oder zuzulassenden Schlussresultats keine principielle Meinungsverschiedenheit ob, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass alle die Erhaltung des Friedens aufrichtig wollen. || Was den modus procedendi betrifft, um den es sich jetzt zunächst handelt, so würde es unserer Ansicht nach das Zweckmässigste sein, wenn sich die sechs Mächte vor Allem über das schickliche Maass von Zugeständnissen einigten, welches genügen würde, um von Griechenland den Verzicht auf jede Friedensstörung zu verlangen. Eine solche Verständigung der Mächte unter sich bildet die unentbehrliche Grundlage für jedes weitere Vorgehen nach beiden Seiten. Getrennte Verhandlungen mit den türkischen Ministern, vereinzelte Einwirkungen auf dieselben, Forderungen verschiedenen Inhalts und Umfangs werden ebensoviele und verschiedene, einander kreuzende und hemmende Strömungen in die Verhandlungen bringen. Ebensowenig lässt sich in Athen ohne Gefährdung der Monarchie auf Nachgiebigkeit rechnen, solange nicht dort positive und annehmbare Anerbietungen gemacht werden können. Es erscheint deshalb vor Allem die Festsetzung dessen nöthig, was die Mächte in letzter Instanz als eine angemessene und ausreichende Gebietserweiterung für Griechenland ansehen. Ist diese Festsetzung, welche am geeignetsten wohl durch die Vertreter in Constantinopel bewirkt werden kann, erfolgt, so würde demnächst die Annahme jener, durch einstimmigen Beschluss der Mächte festgesetzten Delimitation seitens Griechenlands zu erstreben sein. Es scheint nützlich, die Annahme Griechenlands als zweiten Punkt der Etape ins Auge zu fassen, weil

Nr. 7586. Deutschland. 8. Febr. 1881. nach unserer Empfindung es der Pforte die Zustimmung erleichtert, wenn ihr vorher die Gewissheit gegeben werden kann, dass sich Griechenland bei dem Gebotenen beruhigen und alle weitere Bedrohung des Friedens im Osten unterbleiben, das zu bringende Opfer diesen Zweck also sicher erreichen werde. Erst nachdem in dieser Weise das Maass der Gebietsabtretung festgesetzt und die Annahme Griechenlands gesichert ist, würden die Verhandlungen mit der Pforte aufzunehmen und ihre Zustimmung zu gewinnen sein. || Von den vertraulichen Besprechungen der Vertreter in Constantinopel zum Zweck der definitiven Verständigung über das Maass der Gebietserweiterung wäre weder der Türkei, noch Griechenland Kenntniss zu geben. || Wir würden es im Interesse des Friedens sowohl als im Interesse der gedeihlichen Entwicklung des griechischen Staatswesens selbst für nützlich halten, wenn demselben so wenig albanesische Elemente wie möglich zugewiesen würden. Griechenland ist nicht im Stande, diese Elemente zu beherrschen oder zu assimiliren, und würde nicht zur Ruhe kommen, wenn es erhebliche Bestände der kriegerischen und widerwilligen albanesischen Bevölkerung in sich aufnähme. Wenn daher die Conferenzgrenze, mit Rücksicht auf die Weigerung der Pforte, sie anzunehmen, modificirt werden soll, so wird es sich empfehlen, vorzugsweise die albanesischen Gebiete auf der Westseite aus dem an Griechenland zugewiesenen Gebiete auszusondern. || Es würde sich in zweiter Linie darum handeln, eine die Griechen befriedigende Compensation für jene Minderung des Conferenzterritoriums ausfindig zu machen, und diese würde unseres Erachtens am besten in einem Gebiete bestehen, dessen Werth sich mit dem, was Griechenland verlieren soll, nicht ziffermässig deckt. Die Insel Candien, die von verschiedenen Seiten als Compensationsobject genannt worden ist, würde diese Bedingung allerdings im hohen Grade erfüllen; sie kommt nicht nur räumlich dem albanesischen Theile von Epirus beinahe gleich, sondern bietet in ihrer überwiegend griechischen Bevölkerung und ihrer geographischen Lage specifische Vortheile, die einen Vergleich mit Albanien nicht aufkommen lassen.

Nr. 7587. OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den k. k. Botschafter in London. — Die englische Regierung scheint nicht gesonnen, ohne die anderen Mächte eine materielle Pression auf die Türkei auszuüben.

Wien, 9. März 1881.

Nr. 7587. Oesterreich-Ungarn. 9. März 1881. Ich sagte Sir H. Elliot gestern, dass man bei den Forderungen in der griechischen Grenzfrage sich auch vor Augen halten müsse, ob und in wie weit man in letzter Linie einen materiellen Druck zu üben in der Lage sei. Wäre man zu Zwangsmaassregeln bereit, dann könnte man mehr fordern; erkenne man aber, dass auf solche nicht zu rechnen sei, so müsste man im voraus sowohl die Forderungen als auch den Ton der Verhandlung danach ein-

richten. || Der Botschafter gab die Richtigkeit dieser Auffassung zu und sagte, England neige wohl entschieden dazu, der europäischen Stimme zu Gunsten Griechenlands auch materiellen Nachdruck zu geben; er glaube aber, dass es einen solchen Schritt allein, ohne Beihilfe einer andern Macht, nicht unternehmen würde. || Diese Aeusserung that Sir H. Elliot als eine persönliche.

Nr. 7587. Oesterreich-Ungarn. 9. März 1881.

Nr. 7588. OESTERREICH-UNGARN. — Botschafter in London an den k. k. Min. d. Ausw. — England scheint auf keinen Fall einer Verkürzung der griechischen Ansprüche zustimmen zu wollen.

London, 23. März 1881.

Lord Granville hat mir gestern von einer Depesche gesprochen, die er dieser Tage an Sir H. Elliot über die türkisch-griechische Frage gerichtet hat*) und die Euerer Excellenz ohne Zweifel schon bekannt ist. || Die Hoffnungen, welche Seine Lordschaft bis noch vor kurzer Zeit erfüllten, scheinen nun bedeutend abgeschwächt, wenn nicht gänzlich geschwunden zu sein Was er aber am meisten befürchtet, ist nicht so sehr einen Krieg, wie gerne England ihn auch vermieden sehen möchte, als, wie Lord Granville sich ausdrückt, „a miserable compromise“, welcher die grösste Gefahr für die griechische Dynastie nach sich ziehen könnte. Ich habe den Eindruck, dass Goschen unter keinen Umständen die Hand bieten wird zu grosser Verkürzung der griechischen Interessen, wenn er auch dadurch einen neuen gemeinsamen Beschluss und sonach die gegenwärtigen Verhandlungen gänzlich vereiteln sollte. || Ueber die Frage zu officiösem Druck, von mir sondirt, bemerkte Lord Granville, dass England weder die Berliner Conferenzlinie ohne genügendes Aequivalent, noch die eventuelle Ausübung eines Zwanges aufgegeben habe. Genehmigen u. s. w.

Nr. 7588. Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

Nr. 7589. OESTERREICH-UNGARN. — Botschafter in Berlin an den k. k. Min. d. Ausw. — Bismarck hat das Ersuchen Englands, Hatzfeldt eine grössere Latitude einzuräumen, bezüglich der Initiative abgelehnt.

(Telegramm.) Berlin, 25. März 1881.

Auf das von der britischen Regierung heute hier gestellte Ersuchen um grössere Latitude für Graf Hatzfeldt wurde erwidert, für seine Initiative könne man ihm keine ausgedehntere einräumen; er habe deren jedoch genügend, um jedem Beschlusse der Mehrheit beizutreten.

Nr. 7589. Oesterreich-Ungarn. 25. März 1881.

*) Nr. 7546.

Nr. 7590. **OESTERREICH-UNGARN.** — Min. d. Ausw. an die k. k. Botschafter. — Gründe der österreichischen Regierung für Annahme der in Konstantinopel festgesetzten Grenze.

Wien, 31. März 1881.

Nr. 7590. Oesterreich-Ungarn. 31. März 1881.

Ich habe Herrn von Oubril, welcher sich um die Aufnahme, die das Botschafteroperat hier gefunden, erkundigte und bemerkte, dass nach Athener Nachrichten Griechenland ohne Prevesa oder Creta sich nicht zufrieden geben werde, Nachstehendes geantwortet: Nach einstimmiger Erklärung der Botschafter ist auf friedlichem Wege von der Pforte nicht mehr, noch Anderes zu erlangen; bei dieser Sachlage müsse jeder Freund Griechenlands anerkennen, dass es für dasselbe besser ist, ohne Schwertstreich ein so grosses, fruchtbares Gebiet, beinahe zwei Drittel der Berliner Conferenzlinie, zu erwerben, als die Chancen eines sehr gefährlichen Krieges zu laufen, der auch im besten Falle Griechenland aufs Aeusserste erschöpfen müsste. Uns geht die Lage des Königs sehr nahe, die Folgen einer Niederlage würden vor Allen Ihn treffen; da die Mächte keine Aussicht haben, mehr zu verschaffen, so werden sie die Lage des Königs um so mehr erleichtern, je einmüthiger, schneller und entschiedener sie auf Annahme des Botschafteroperats bestehen; schliesslich wird Ihm Sein Volk für die Erhaltung des Friedens und den Erwerb dankbar sein. Auch sollte der Wunsch der vermittelnden Mächte, den Frieden erhalten zu sehen, nicht überhört werden. Endlich ist zu bedenken, dass, falls Modificationen oder Zögerungen eintreten sollten, die Pforte ihrerseits ihr Anbot zurückziehen könnte. || Wir können uns daher nur für die von den Botschaftern ausgearbeitete Linie und dafür aussprechen, dass entschiedene Schritte in Athen gethan werden.

Nr. 7591. **OESTERREICH-UNGARN.** — Botschafter in Konstantinopel an den k. k. Min. d. Ausw. — Die Faktoren, welchen die glückliche Lösung der griechischen Frage zu verdanken ist.

(Auszug.) Constantinopel, 27. Mai 1881.

Nr. 7591. Oesterreich-Ungarn. 27. Mai 1881.

Die am 24. d. M. unterzeichnete Convention schliesst die hoffentlich entscheidende Phase der langwierigen türkisch-griechischen Differenz ab. Die einander gegenüberstehenden Armeen werden demzufolge keinen Anlass haben, ihre Kräfte zu messen und den Brand anzuzünden, welcher die ganze Balkanhalbinsel zu ergreifen und selbst darüber hinaus seine gefährlichen Funken zu werfen drohte. Ich schätze mich glücklich, dazu berufen gewesen zu sein, an diesem Friedenswerke theilzunehmen. || Das allgemein gefühlte und von den an den Vorgängen im Orient zunächst interessirten Staaten tief empfundene Friedensbedürfniss, die deutsche Initiative, welche auf die Unterstützung Russ-

lands und Oesterreichs rechnen konnte und auch England sich zu associiren wusste, die concilianten Gesinnungen und der Ernst, mit welchem die Vertreter der Grossmächte ihre Aufgabe erfassten, sowie das Vertrauen, welches sie bei ihren respectiven Regierungen zu finden so glücklich waren, sind die günstigen Umstände, welchen es vor Allem zu verdanken ist, dass ein so erfreuliches Resultat erreicht werden konnte. Ich darf ferner weder die günstigen Dispositionen des Sultans, welcher ja einen Abschluss dieser Differenz ernstlich herbeiwünschen muss, noch die besondere Gewandtheit, mit welcher Graf Hatzfeldt die Verhandlungen geleitet hat, unberührt lassen. || Was meine specielle Bethätiguug bei diesen Verhandlungen betrifft, so habe ich mich bemüht, den hohen Instructionen bestmöglichst zu entsprechen, indem ich in der ersten Phase unserer Verhandlungen hauptsächlich darauf bedacht war, dass die von den Botschaftern auszuarbeitende neue Grenzlinie eine solche sei, welche ohne Störung des Friedens durchgesetzt werden könnte, und welche die unter dieser Voraussetzung für Griechenland günstigste Lösung darstelle. Ich glaube, zur Erreichung dieses Zieles nicht ohne Erfolg gewirkt zu haben. || In der zweiten Phase unserer Verhandlungen war ich, gleichfalls den hohen Intentionen Euerer Excellenz gemäss, darauf bedacht, im Vereine mit meinen Collegen die mit Rücksicht auf die gegebenen Umstände formell und sachlich richtigsten Stipulationen unter billiger Berücksichtigung der Interessen beider Hauptbetheiligten zu erreichen. Ich hoffe, dass auch von diesem Gesichtspunkte das zu Stande gekommene Operat Euerer Excellenz hohe Billigung finden wird.

Nr. 7591. Oesterreich-Ungarn. 27. Mai 1881.

Nr. 7592. **OESTERREICH-UNGARN.** — Min. d. Ausw. an den k. k. Botschafter in Konstantinopel. — Zustimmung zu der vorstehenden Depesche.

Wien, 6. Juni 1881.

Nr. 7592. Oesterreich-Ungarn. 6. Juni 1881.

Mit ihrem Berichte vom 27. v. M. haben Euere Excellenz in zutreffendster Weise die erfreulichen Resultate charakterisirt, welche durch die Thätigkeit der Constantinopler Botschafter in der griechischen Frage erzielt wurden. In der That ist es nicht nur gelungen, die drohenden Gefahren der Friedensstörung zu beseitigen, sondern es ist auch, gegenständlich betrachtet, durch die griechisch-türkische Convention ein Werk geschaffen worden, das in gleicher Weise den berechtigten Ansprüchen beider streitenden Theile wie den allgemeinen Interessen Europa's entspricht. Euere Excellenz heben mit Recht den Antheil hervor, welcher den weisen Anregungen der kaiserlich deutschen Regierung an diesem so umfassenden Erfolge gebührt. Diese diplomatische Initiative fand eine wesentliche Unterstützung durch das einmüthige, nach Innen versöhnliche und ausgleichende, in seinen Wirkungen nach Aussen starke und energische Zusammenwirken der Vertretungen in Constantinopel. Ich habe Ihrer Berichterstattung mit Vergnügen entnommen, dass Sie sich ganz von dieser Ueberzeugung durchdrungen hatten und dass es nicht in letzter Linie

Nr. 7592. Oesterreich-Ungarn. 6. Juni 1881.

auch Ihrer Einflussnahme zu danken ist, wenn es gelang, eine einheitliche Willensmeinung Europa's zu schaffen und ihr einen moralisch so gewichtigen und erfolgreichen Ausdruck zu geben. Ich erblicke in dem erfreulichen Abschlusse, welchen die Frage nunmehr formell gefunden, ein günstiges Vorzeichen für die beschleunigte praktische Durchführung des getroffenen Uebereinkommens, und ich glaube daher nicht zögern zu sollen, Ihnen meine volle Anerkennung für eine Thätigkeit auszusprechen, bei welcher Sie ebensoviel Eifer und Sachkenntniss, als verständnissvolle Erwägung der gegebenen Verhältnisse und politischen Tact entwickelt haben. || Empfangen u. s. w.

Tripolis.

Nr. 7593. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Botschafter in Konstantinopel (Dufferin). — Hat der Pforte möglichste Vorsicht in den militärischen Maassregeln in Tripolis angerathen zur Vermeidung eines Confliktes mit Frankreich.

Foreign Office, July 12, 1881.

Nr. 7593. Gross-britannien. 12. Juli 1881.

My Lord, — The Turkish Ambassador called upon me this afternoon and complained of the language held by the French Embassy at Constantinople with regard to the measures which the Porte had thought it necessary to take in Tripoli. || I told Musurus-Pasha, that no one could contest the right of the Sultan to take what measures were necessary to maintain order in Tripoli. || At the same time I repeated the advice I had already given — not in a spirit of hostility to the Sultan's authority, but, on the contrary, as desiring to support it — that the Porte should exercise great prudence in not giving causes of plausible complaint to the French Government. || The latter, I said, were placed in a position of difficulty by the insurrection of the tribes. They might easily take an exaggerated view of the steps which it was necessary for them to take, and we should much regret to see the relations of France and Turkey in a state of tension. || Musurus-Pasha said, that he would communicate these observations to his Government, and that he believed they were in accordance with their views. But he observed that, in order to prevent causes of quarrel arising, it was absolutely necessary to have a sufficient military force in Tripoli to control the tribes. For this purpose the troops there must be further increased. || I said, that any large increase o troops would be considered by the French as a menace, as they suspected the Turkish authorities of having given some encouragement to the agitation which was now causing them trouble in Tunis and Algeria. || Musurus-Pasha entirely denied the truth of this suspicion. || I am &c.

Granville.

Nr. 7594. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris (Lyons). — England wird eine Einmischung Frankreichs in Tripolis nicht dulden.

Foreign Office, July 15, 1881.

Nr. 7594. Gross-britannien. 15. Juli 1881.

My Lord, — I have received your Excellency's despatch of the 4th instant, reporting some observations made to you by M. Barthélemy-St.-Hilaire in conversation on the same day, with reference to the present state of affairs at Sfax, and the possibility of serious complications in case of fanatical outbursts of Arabs in Tripoli extending to Tunis; and your Excellency states, that M. Barthélemy-St.-Hilaire, after adverting to certain measures taken by the Porte in the present state of things, added that he had thought it necessary to address to the Porte a serious warning on the subject. || I have now to state to your Excellency that, in view of the unquestioned incorporation of Tripoli in the Turkish Empire, as well as its proximity to Egypt, Her Majesty's Government could not regard interference of whatever description on the part of the French Government in that province in the same manner as they viewed the recent occurrences at Tunis. || That Her Majesty's Government should take this view of the question of Tripoli cannot, they feel assured, be a source of surprise to that of France, since they have, on all occasions when the question of the extension of French influence in the direction of Egypt has been under discussion, been perfectly frank in their explanations with the French Government on the subject. Indeed, I need hardly remind your Excellency of the conversation which, on the 16th January last, you had had with M. Barthélemy-St.-Hilaire respecting Tunis, and which bears very closely on this question, in the course of which, as your Excellency reported, "M. Barthélemy-St.-Hilaire repeated the statement he had more than once made to me before, that he considered that it would be a most unwise act for France to take possession of Tunis. He conceived it to be most important, that Tunis should exist as an independent State, to form a "buffer" between Algeria and the territory in Africa further east. If France were in possession of Tunis, she would then, he said, have difficulties with Italy about Tripoli. || "She would also," you observed, "have got a great deal too near Egypt. M. Barthélemy-St.-Hilaire did not at all dispute this." || It is very essential, that no time should be lost in conveying an intimation to the French Government, that a new and very different question would arise should that Government endeavour to exercise any exclusive or special influence in regard to Tripoli, which, Her Majesty's Government must not conceal, might bear unfavourably upon the cordial friendship which has so long happily subsisted between the two countries, and which, as Her Majesty's Government believe, is essential to the maintenance of their mutual interests, as well as most valuable to the peace and general well-being of Europe. || As M. Barthélemy-St.-Hilaire is well aware, England might not be found to be the only country

which would consider her interests deeply involved in any departure from the existing state of things in Tripoli, so far as the extension of French influence to, or authority over, that country is concerned; a country, the relations of which towards the Porte are, as the French Government are aware, regulated by the Protocol of the 12/24th February, 1873, signed at Constantinople between the Representatives of Great Britain, France, Italy and Turkey, in regard to Consular jurisdiction in Tripoli. || Your Excellency will be good enough to make a representation to the French Government founded on the foregoing observations, but avoiding any language which could be construed as being of an unfriendly character. || I am, &c.

Nr. 7594. Gross-britannien. 15. Juli 1881.

Granville.

Nr. 7595. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Die französische Regierung hat nicht die Absicht, Tripolis anzugreifen oder einen prädominirenden Einfluss auf dasselbe auszuüben.

Paris, Juli 17, 1881.

My Lord, — I recited very fully to M. Barthélemy-St.-Hilaire this morning the substance of your Lordship's despatch of the day before yesterday on the subject of Tripoli. || I observed to him, that I had reported to your Lordship what he had said to me at the beginning of the month respecting the danger of serious complications in case of fanatical outburst of Arabe in Tripoli extending to Tunis, and respecting the warning which he had thought it necessary to address to the Porte. || I went on to say that, in view of the fact that Tripoli was unquestionably a part of the Ottoman Empire, and in view, moreover, of the proximity of that province to Egypt, it was impossible that Her Majesty's Government could regard any interference, of whatever description, on the part of the French Government in Tripoli in the same manner as they had viewed recent occurrences in Tunis. || I reminded M. Barthélemy-St.-Hilaire, that Her Majesty's Government had been always perfectly frank with the French Government whenever the question of any extension of French influence in the direction of Egypt had been under discussion, and I adverted to the conversation which I had had with him when he came to see me on the 16th January last. He would, I said, remember that, in the course of that conversation, he had said, that he conceived it to be most important, that Tunis should exist as an independent State, to form a buffer ("tampon") between Algeria and the territory in Africa further east. Nor would he have forgotten, that he had remarked to me that, if France were in possession of Tunis, she would have difficulties with Italy about Tripoli; or that he had not in any way disputed the observation I had thereupon made, that if France were in possession of Tunis she would have got a great deal too near Egypt.

Nr. 7595. Gross-britannien. 17. Juli 1881.

Nr. 7595. Gross-britannien. 17. Juli 1881.

M. Barthélemy-St.-Hilaire answered, that he perfectly recollected the conversation, and that the sentiments he had expressed in it had undergone no change. || As regarded Tunis, he could assure me, that the object of the French Government was simply to make that Regency a well-governed, well-ordered and prosperous country, which might be a safe and useful neighbour to Algeria, and might advantageously stand between French territory and the less civilized Mussulman countries to the east. || As regarded Tripoli, the French Government regarded it as indisputably a part of the Ottoman Empire, and they had no intention whatever either of invading it or of attempting to establish any exclusive or predominant influence in it. The remonstrances which had been addressed to the Porte had been of a mild and friendly character, and they had not been made until the French Government had had very good reason to believe that Turkish emissaries from Tripoli had been stirring up disaffection in Tunis. The Porte had been warned of the danger which must ensue if a fire was lighted in Tripoli which spread to Tunis, and it had been assured, that if, contrary to their hopes and wishes, the French Government were driven to take military measures, they would take measures of a defensive character only, and their troops would not cross the frontier of Tripoli. || M. Barthélemy-St.-Hilaire went on to say, that he had received most friendly answers from the Porte, and had been assured, that the Turkish forces which had been sent to Tripoli had been dispatched expressly to prevent the lawless proceedings which he deprecated, and to maintain the Sultan's own authority over the tribes. He had, he said, accepted these assurances, but had at the same time pointed out, that the dispatch of Turkish troops to Tripoli had undoubtedly had the practical effect of stirring up a dangerous excitement among the tribes, both in Tripoli itself and in Tunis. || This excitement was, however, M. Barthélemy-St.-Hilaire was fain to believe, subsiding, and he hoped, that the measures taken against Sfax, and the moral effect of the presence in the Gulf of Gabes of the large French naval squadron which had been sent there, would have the effect of preventing any further outbreak. || Finally, as regarded Egypt, M. Barthélemy-St.-Hilaire declared, that it would be a real and great sorrow to him if anything should occur to weaken the close and cordial unterstanding between France and England with respect to that country. He was occupied in endeavouring to turn, that good understanding to account at the present moment, for the purpose of improving the judicial system and other matters, and he relied upon it to produce prosperity in Egypt and to consolidate friendship between France and England.

I proceeded to say, that certainly Her Majesty's Government had shown the greatest possible consideration for France with regard to the recent occurrences in Tunis, but that M. Barthélemy-St.-Hilaire should be well aware that a new and very different question would arise should France attempt to exercise any exclusive or special influence with regard to Tripoli.

It was, I said, in the same spirit as that in which his Excellency had just spoken, that Her Majesty's Government felt bound to give this early intimation of their views respecting a question which, if raised, might bear unfavourably upon the cordial friendship which had so long happily subsisted between the two countries, and which Her Majesty's Government believed to be essential to their mutual interests as well as most valuable tho the peace and general well-being of Europe. || M. Barthélemy St.-Hilaire said, that he would write immediately to the French Ambassador in London a despatch, to be communicated to your Lordship, which would contain such an explicit statement of the views of the French Government with regard to Tripoli as could not fail to be satisfactory to the Government of Her Majesty. || I have, &c.

Nr. 7595. Grossbritannien. 17. Juli 1881.

Lyons.

Nr. 7596. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Paris (Adams). — Die von der französischen Regierung abgegebenen Versicherungen sind befriedigend.

Foreign Office, July 19, 1881.

Sir, — The French Chargé d'Affaires called at the Foreign Office today and communicated the substance of a despatch which he had received from M. Barthélemy-St.-Hilaire in reply to the communication by Lord Lyons of my despatch respecting Tripoli of the 15th instant. || M. Barthélemy-St.-Hilaire considers it very advisable, that, in view of the interest which has been aroused in England with regard to Tripoli, he should counteract any erroneous impressions by placing on record the actual state of affairs. At his recent interview with Lord Lyons he had stated to his Excellency, that at the present moment there could be no possible cause for any feeling in England upon the subject, as the future would show; he had pointed out, that the objects of the expedition to Tunis were now clearly unterstood by the European Powers, who had received with perfect confidence the assurances which had been given by France, and the bare supposition, that after having disclaimed the annexation or conquest of Tunis they should entertain any such idea in regard to Tripoli, exceeded all reasonable belief. || M. Barthélemy-St.-Hilaire could not regard seriously the schemes attributed to France by certain newspapers which already saw in France not only the mistress of Tripoli, but of Egypt, with an influence extending as far as Syria and the Red Sea. He was, however, able to give them the most formal denial. From the frontier of Tunis to that of Egypt there were not less than 17 or 18 degrees of longitude, the coast was almost uninhabited, and the country little better than a desert. With such facts before them, none but the declared enemies of France could desire to see her embarked in such extravagant adventures. || France had no designs whatever

Nr. 7596. Grossbritannien. 19. Juli 1881.

Nr. 7596. Gross-britannien. 19. Juli 1881.

upon Tripoli, and only desired, that there should be no outbreak of Mussulman fanaticism from the Regency, which might spread to Tunis, and even reach Algeria. It was with this object, and in the most amicable spirit, that communications had taken place with the Turkish Government, who had been invited, in view of these apprehensions, to take such steps as might seem to them best calculated to avert a danger perhaps equally threatening to both countries; and the recent explanations exchanged with the Porte on this subject had furnished a proof of the friendly sentiments existing between the two Governments. || M. Barthélemy-St.-Hilaire added, that the submission of Sfax and the occupation of Gabes ensured the tranquillity of those districts, while the pressure of an imposing naval force at Gabes and Djerba would probably suffice to prevent even the boldest among the frontier tribes from making hostile incursions into Tunisian territory. || Count d'Aunay was authorized to submit these considerations, which had already been communicated to Lord Lyons, to Her Majesty's Government, and to assure them of the high value attached by the French Government to the complete understanding which so happily existed with regard to Egypt. Her Majesty's Government must believe, that the Government of the French Republic would regret anything which could disturb a harmony so essential to the peace of the world and the interests of civilization. || M. Barthélemy-St.-Hilaire concluded by expressing the hope, that this despatch would enable Her Majesty's Government to dispel any apprehension which might have arisen, however devoid of foundation. || I shall take an early opportunity of conversing with M. d'Aunay on the subject of this communication.

In the meanwhile you are authorized to say to M. Barthélemy-St.-Hilaire, that Her Majesty's Government regard it as quite satisfactory, and that it shows the advantage of perfectly frank communications between the two Governments on all matters which might directly or indirectly affect the good relations happily existing between the two countries. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7597. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Die Pforte soll nicht bei etwaigen Conflikten mit Frankreich auf Englands Unterstützung rechnen.

Foreign Office, July 26, 1881.

Nr. 7597. Gross-britannien. 26. Juli 1881.

My Lord, — I transmit to your Excellency herewith copies of correspondence with Her Majesty's Embassy at Paris, showing the communications which have passed between Her Majesty's Government and the Government of France respecting Tripoli. || In my despatch of the 12th instant I informed your Excellency, that I had repeated to Musurus-Pasha the advice I had

Nr. 7597. Gross-britannien. 26. Juli 1881.

already given, that the Porte should exercise great prudence in not giving causes of plausible complaint to the French Government. || It is the wish of Her Majesty's Government, that your Excellency should speak in the same sense to Assim-Pasha, and, if a fitting opportunity should present itself, also to His Majesty the Sultan. || It will be seen from this correspondence, which is about to be presented to Parliament, that Her Majesty's Government have intimated to the Government of France, that Tripoli must be deemed to stand in a different position from Tunis; and the French Government have not hesitated to admit this and to acknowledge, that the dominion of the Sultan over Tripoli is indisputable. Under these circumstances, the responsibility of the Porte for maintenance of order on the frontier, where its authority is unchallenged, becomes all the more serious. || It might lead to very grave consequences if the Porte were to misapprehend the intention of the communications in this correspondence, and were to suppose, that it might look for support to Great Britain in the event of difficulties arising from the Arabs in Tripoli being encouraged by the imprudenec ef any Turkish authorities to join with the Tunisian tribes in attacking the French.

It would be well, therefore, that your Excellency should clearly explain to the Porte, that Her Majesty's Government have interests which make it their policy, that Tripoli should not be brought under the influence of another Power, and they would accordingly desire to see the status quo there maintained, and they likewise desire, that the territory of the Sultan should not be subject to unjust aggression; but they are not prepared to shield the Turkish Government from the consequences which they may bring upon themselves should the friendly advice which Her Majesty's Government have tendered be disregarded. I am, &c.

Granville.

Bulgarische Verfassungskrisis*).

Nr. 7598. **BULGARIEN.** — Proclamation des Fürsten. — Der Fürst wird von der grossen Nationalversammlung grössere Machtvollkommenheiten beanspruchen und bei Verweigerung derselben das Land verlassen.

Nr. 7598. Bulgarien. 27 April 1881.

Bulgares! — Il y a déjà deux ans qu'il a plu à Dieu, par l'élection unanime du peuple, de me confier les destinées de la Bulgarie. || Suivant les conseils et les voeux de notre Libérateur, mon oncle, l'Empereur Alexandre II, mais non sans hésitation et sans de mûres réflexions, je me suis décidé à me soumettre aux décréts de la Providence Divine, et à consacrer ma vie à guider la Bulgarie dans la voie de la civilisation et du progrès. || J'ai donc accepté le gouvernement de la Principauté et j'ai travaillé à cette oeuvre avec l'entière droiture de mon caractère. Dans l'espace de deux années j'ai permis que l'on fît tous les essais possibles pour l'organisation et le développement régulier de la Principauté. Mais tous les essais ont déçu mes espérances. Aujourd'hui plus que jamais notre patrie, discréditée à l'extérieur, se trouve dans une grande désorganisation intérieure. Cet état de choses a ébranlé chez le peuple la foi dans la justice et l'équité et lui inspire des craintes pour son avenir. || Bulgares! J'ai prêté serment à la Constitution. J'ai gardé mon serment, et je le garderai jusqu'à la fin. Mais ce serment en exigeant que je "maintienne religieusement et inviolablement la Constitution et les lois de la Principauté" m'oblige encore d'avoir en vue dans tous mes actes "la prospérité et le bien du pays." || C'est donc pour la prospérité et le bien de la Principauté que je considère comme mon devoir sacré de déclarer solennellement à mon peuple, que l'état actuel des affaires dans la Principauté me rend impossible l'exécution de ma mission.

C'est pourquoi, en me basant sur les droits que me donne la Constitution, j'ai décidé: || De convoquer dans le plus bref délai la Grande Assemblée

*) Vgl. Staatsarchiv Bd. XXXVI, Nr. 7081.

Nationale, l'organe suprême de la volonté nationale, et de lui remettre avec la Couronne les destinées du peuple Bulgare. || Pour garantir la tranquillité matérielle dans le pays, pour donner le temps nécessaire à la population de pouvoir sans entraves comprendre et apprécier la démarche qu'elle entreprendra, et pour garantir la liberté entière et l'impartialité dans les élections, j'ai chargé mon Ministre de la Guerre, le Général Ehrnrooth, de composer un nouveau Cabinet. Ce Ministère n'aura qu'un caractère provisoire et gouvernera jusqu'à ce que la Grande Assemblée Nationale se soit prononcée. Si la Grande Assemblée Nationale ratifie les conditions indispensables au gouvernement du pays, conditions qui seront indiquées par moi et dont l'absence est le défaut fondamental de notre état actuel, dans ce cas seulement je peux continuer à garder la Couronne Bulgare et porter ma lourde responsabilité devant Dieu et devant la postérité. || Dans le cas contraire je suis résolu à quitter le Trône Princier, avec regret, mais avec la conscience que jusqu'à la fin j'aurai rempli mon devoir.

Nr. 7598. Bulgarien. 27. April 1881.

Sophia, le 27 Avril, 1881. Alexandre.

Nr. 7599. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Sophia (Lascelles) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville). — Gründe des Fürsten Alexander für die Forderung einer Verfassungsänderung.

Nr. 7599. Grossbritannien. 4. Mai 1881.

On the 2nd instant I had an audience with the Prince of Bulgaria to present my respects to His Highness on his return to Sophia. || His Highness spoke at considerable length upon the state of affairs which he found on his return. He had received petitions from all parts of the country complaining of the arbitrary and illegal proceedings of the Ministers. Judges, it appeared, had been arbitrarily removed. In the recent elections for the "Conseils d'Arrondissement" persons had been declared to be elected although they had obtained fewer votes than others who had been passed over because they were not in favour with the authorities. His Highness also cited the case of a Mayor of a town who had been imprisoned for venturing to send a petition to His Highness. Before his departure for St.-Petersburgh His Highness had received a promise from M. Karaveloff, that the individual should be released; but it appeared, that he was still in prison. The petitions which he had received proved the existence of great discontent in the country, a discontent which was every day increasing, and for which it was absolutely necessary to find a remedy. His Highness had long foreseen the condition into which the action of his Ministers would bring the country, and the discontent which at present existed would render it impossible for the country to continue to support them. A change had therefore become necessary. || His Highness then said that he could assure me most positively, that he would never make a *coup d'état*, and

Nr. 7599. Grossbritannien. 4. Mai 1881.

that he would certainly not go beyond the limits of legality. He had sworn to observe the Constitution, and he would not break his oath. The change, therefore, that would have to be made must be the work of the Bulgarian people themselves, who would have probably to make their choice between their Prince and a modification of the Constitution. If he found, that he could not obtain by legal means the necessary modifications in the Constitution, he should leave the country. Before taking any action he would inform the Representatives of the Signatory Powers of the Treaty of Berlin of the line which he might decide upon, in order that he might not be accused of taking Europe by surprise with a *fait accompli.*

Nr. 7600. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien (Elliot) an den engl. Min. d. Ausw. — Ueberraschung der österreichischen Regierung durch die Proclamation des Fürsten. Stellung der russischen Regierung zu derselben.

Vienna, May 10, 1881.

Nr. 7600. Grossbritannien. 10. Mai 1881.

My Lord, — I understand the Austro-Hungarian Government to have been taken quite by surprise by the news of the Proclamation of the Prince of Bulgaria demanding a revision of the Constitution, and announcing his intention of abandoning the Principality if it should not be conceded to him. It is, however, no secret that the Constitution elaborated for Bulgaria under the auspices of Prince Dondoukow-Korsakoff has always been looked upon here as one quite unsuited to the Principality, and Prince Alexander is no doubt aware that, though the Imperial Government never encouraged him to attempt a *coup d'état*, he can count upon their sympathy in any endeavour to obtain in a regular way such organic changes as shall place in the hands of the Executive some of the authority of which it is at present so deficient. || M. Hitrovo, the new Russian Agent and Consul-General for Bulgaria, arrived here two days ago on his way to his post, and as I understand him to be greatly disturbed by this action of the Prince, which he says is exactly at variance with the advice at was instructed to give to His Highness, it is not impossible that the publication of the Proclamation may have been caused or accelerated by a knowledge of the language which the new Agent was directed to hold. I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 7601. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Sophia an den engl. Min. d. Ausw. — Der Fürst hat durch General Ehrnrooth dem diplomatischen Corps seine Absichten mitgetheilt.

Sophia, May 10, 1881.

Nr. 7601. Grossbritannien. 10. Mai 1881.

My Lord, — The Corps Diplomatique at Sophia was convoked at 4 o'clock yesterday afternoon by General Ehrnrooth, for the purpose of receiving an important communication. || On the arrival of the Representatives of the foreign Powers, his Excellency handed to each a translation, in French, of the Proclamation which had been issued by the Prince of Bulgaria, copy of which I have the honour to inclose herewith. || His Excellency said, that he thought it necessary to give some explanations with regard to the step which His Highness had taken, and made a speech to the following effect: — || The Bulgarian Constitution had been in force for nearly two years, and it had become evident that the principles proclaimed by that Statute were not in harmony with the moral and intellectual condition of the country. The Prince had successively called upon the result had been to prove, that the men were unequal to the task, more especially the last organs of the Liberal party, who had "dévoilé les appetits grossiers des gens de leur clique." Such a situation could not continue, and His Highness had determined to convoke the Great National Assembly and to make it the judge of the present state of affairs. His Highness would ask the Great National Assembly to choose between a partial suspension of the Constitution and His Highness' abdication. The course adopted by His Highness in having recourse to the power from which his authority emanated was in reality a Plebiscite. His Excellency could assure us, that during the electoral period the essential liberties of the Constitution would be strictly observed, and that the Government would act with the greatest impartiality. Complete liberty would be left to the country both as regards the means of abstaining information and of giving its decision upon the questions submitted to it. Nothing had as yet been definitely settled with regard to the proposals which His Highness would submit to the Great National Assembly; but they would be based upon the following lines: — || 1st. Power to nominate a Council of State composed of foreigners. || 2nd. Authority to issue Decrees, having force of law, without the sanction of the Chamber. || 3rd. At the end of the time during which this authority was to last (either five or seven years) His Highness is to have authority to submit to the Great National Assembly the modifications in the Constitution which experience may show to be necessary. || 4th. That the ordinary National Assembly should not be convoked during the present year, and that the Budget for 1880-81 shall be declared applicable to 1881-82. || The elections for the Great National Assembly are to take place about the middle of July, and the Assembly is to meet at Sistova, on the Danube, at the end of August. || The Prince had charged his Excellency with the formation of a new Cabinet, to govern until the Great

Nr. 7601. Grossbritannien. 10. Mai 1881. National Assembly had given its decision. It was to be a temporary Government, and care would be taken in its composition to avoid all party spirit. His Excellency himself would take the posts of President of the Council, Minister of War and Minister of the Interior. M. Stanimatoff, the President of the Court of Cassation, had been appointed Minister of Justice; and M. Geleskowitch, the Director of the Bank of Bulgaria, had been appointed Minister of Finance. M. Stoitchoff and M. Sarafoff, the Ministres for Foreign Affairs and Public Instruction, have been requested to remain on the posts they at present occupy; but they had not had time to state whether they accepted or not. || In conclusion, General Ehrnrooth requested the foreign Representatives to convey to their respective Governments the intentions of the Prince of Bulgaria in the crisis which had taken place. || Last night there was a demonstration in favour of the Prince, and a speech was addressed to the Prince by the Metropolitan of Sophia, who expressed the confidence which the nation reposed in His Highness, and the hope that His Highness would withdraw his resignation and not leave the country to anarchy and disorder. || I understand, that M. Zancoff has addressed letters to Mr. Gladstone and M. Gambetta, applying for the assistance and sympathy of England and France against a violation of the Constitution, || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

Nr. 7602. GROSSBRITANNIEN. — Vice-Consul in Varna (Brophy) an den engl. Geschäftsträger in Sophia. — Günstiger Eindruck der Proklamation des Fürsten im Lande.

Varna, May 16, 1881.

Nr. 7602. Grossbritannien. 16. Mai 1881. Sir, — I have the honour to inform you, that the late Proclamation of the Prince of Bulgaria has naturally caused a great sensation here, but up to the present no disturbance or disorder has taken place in consequence of it. || Men's minds were not quite unprepared for some step of the kind, for there was a lurking discontent—a feeling that all was not going on as well as it should, an apprehension shared by the more intelligent of the late Ministry's friends, when they saw the high-handed measures, to say the least, the authorities had recourse to towards their political opponents. || The publication of the Prince's Address has, I should say, produced a decidedly favourable impression, and from these parts I should think two-thirds of the future Deputies of the Grand National Assembly would vote for the modification of the present Constitution, such being the majority required, because for some time past I have often heard in the mouths of all classes of Bulgars, but especially in that of the peasant, the expression "Why does not the Prince do something?" and because those whom the short and somewhat misleading first telegraphic summary of the event led to suspect a kind of *coup d'état* were reassured when they read the full text and saw, that the Prince was acting on the lines of the Consti-

Nr. 7602. Grossbritannien. 16. Mai 1881.

tution. || Hereabouts the Mussulman element is an important factor in the voting question; they have naturally no particular bias towards one party more than another, but they have in bitter memory the outrages and persecutions they suffered with the connivance, and sometimes directly at the hands, of the so-called Conservative Government when they were in power, which persecution ceased soon after the advent of the so-called Liberal Ministry, and after the appeasing measures of General Ehrnrooth, and have not since been renewed in any such an acute form, and consequently the Turks have lately voted in the favour of the Liberals. || The Mussulmans have a favourable impression of Prince Alexander's honesty of purpose and sense of justice; but they would hardly vote to have their former persecutors reinstated as governing authorities, therefore the Prince were well advised if he assured his Mussulman subjects in general, that their lives and property would be secure and that the outstanding more flagrant cases of injustice towards them should be redressed, especially as in most cases, whichever way they vote, they do so *en bloc.* || The Bulgarian peasant, too, has been disillusioned, as he had been partly led to believe from the electioneering utterances of some of the chiefs of the Karavelof party that "Constitutions" and "Liberalism" meant "no taxes" and leave to do whatever he liked without restraint, and so to his enthusiasm for the Liberals succeeded a kind of scepticism and contempt for both parties, and an impression that, whatever faction was in, things would go on no better, as their constant sole guiding motive would be to secure Government posts and fill their own pockets. || As an example of the state of public opinion, I may add that the day after the news was received a telegraphic address of gratitude and assurance of devotion to His Highness was sent off, signed by about 400 persons, Bulgars, Greeks, Turks, Jews and Armenians. Of course such an address is easily got up for party purposes; but in this case I think the sentiments expressed fairly represented the popular feeling. || I have, &c.

A. G. Brophy.

Nr. 7603. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den engl. Min. d. Ausw. — Die österreichische Regierung hofft, dass auch die englische Regierung dem Fürsten ihre moralische Unterstützung leihen werde.

Vienna, May 17, 1881.

Nr. 7603. Grossbritannien. 17. Mai 1881.

My Lord, — Speaking to-day of the Proclamation of the Prince of Bulgaria, Baron Haymerle asked me to express confidentially to your Lordship his very earnest hope, that the moral support of Her Majesty's Government would not be withdrawn from His Highness. || He did not think the Prince had acted prudently or advisedly in the step he had taken; but if he now failed

Nr. 7603. Gross-britannien. 17. Mai 1881.

in carrying his object, the Principality would be thrown into the hands of the Nihilists, Panslavists and Revolutionists. || The opinion of Her Majesty's Government upon the present crisis would have immense influence upon the course of events, and if it should be pronounced in a sense adverse to the Prince, it would afford a dangerous encouragement to the parties he had named, whose object was certainly not the consolidation of a good Administration, nor the maintenance of the established order of things. || He did not conceive Her Majesty's Government to be less convinced than all those who were acquainted with the way in which the Government had been conducted in Bulgaria of the necessity of some material alterations in the Constitution, and as the Prince proposed to attain them by strictly legal and Constitutional means, he did not see why any Government should hesitate to support him. || I said, that I would not fail to report what he had said to your Lordship, but, since I had last spoken to him on the subject, the despatches from Mr. Lascelles which had passed through my hands made me regard the step taken by the Prince as still more serious than it had from the first appeared. || It now turned out that what the Prince was about to demand was, not a modification of the Constitution, but its total suspension for a period of years, during which he should be empowered, with the advice of a Council of State composed of foreigners, to issue Decrees having the force of law; and I could not conceal from his Excellency, that I thought it would be extremely difficult for Her Majesty's Government to express sympathy for a measure so extreme as to place the Bulgarians under a practically arbitrary Government. || Baron Haymerle replied, that he could understand this argument if the Prince were attempting, by force or by a *coup d'état*, to suspend the Constitution, but not when he proposed to ask his people legally to intrust him with exceptional powers, which he believed they will be willing to grant to him, as a protection against the abuses under which they were suffering. || His Excellency took exception to my speaking of the total suspension of the Constitution, for the Prince proposed to leave the control of the finances to the Chamber; and he also said, that the Acting Austro-Hungarian Agent had not spoken of the Council of State as one that was to be composed of foreigners; but I assured him, that this had been very distinctly stated by Mr. Lascelles. || He said, that there might, perhaps, be parts of the Prince's proposal which it might be right to advise him to modify, but what was essential was to give him the support necessary to enable him to continue to carry on the administration of the Principality, and not to abandon it to anarchy. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 7604. **BULGARIEN.** — Brief des Fürsten an den General Ehrnrooth. — Bedingungen, unter welchen der Fürst die Regierung weiterführen will.

Sophia, le 23 Mai, 1881.

Nr. 7604. Bulgarien. 23. Mai 1881.

Mon cher Ministre. — Conformément à ma Proclamation du 27 Avril, je vous envoie, ci-inclus, les Articles précisant l'étendue des pouvoirs extraordinaires que je considère comme conditions indispensables, pour le fonctionnement d'un Gouvernement sous mes auspices, et pour l'établissement d'une meilleure marche des affaires publiques dans le pays. || Il va sans dire que le Conseil d'Etat sera pris du sein du peuple Bulgare. || L'opinion du pays ayant tout le temps nécessaire pour s'éclairer sur la portée des Articles ci-inclus, à quoi j'entends qu'aucune entrave ne soit apportée du côté de mon Gouvernement, je suis décidé de demander à l'Assemblée purement et simplement une vote d'option entre la ratification des trois Articles pris collectivement ou mon abdication. || Je vous prie, mon cher Ministre, de donner la plus grande publicité à ma présente lettre, et aux propositions y jointes. || Je saisis, &c.

Alexandre.

---

1. Le Prince Alexandre I de Bulgaire est investi des pouvoirs extraordinaires pour la durée de sept ans. || Son Altesse pourra en conséquence rendre des Décrets créant de nouvelles institutions (Conseil d'Etat), introduisant des améliorations dans toutes les branches d'Administration intérieure, et assurant le fonctionnement régulier du Gouvernement.

2. La Session ordinaire de l'Assemblée Nationale de cette année est suspendue. Le Budget voté pour l'exercice de l'année courante aura force de loi pour l'exercice suivant.

3. Son Altesse le Prince Alexandre a le droit, avant l'expiration de sept ans, de convoquer la Grande Assemblée Nationale *ad hoc*, en vue d'une révision de la Constitution sur la base des institutions créées et de l'expérience acquise.

Nr. 7605. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin. — Bismarck billigt das Vorgehen des Fürsten. Die englische Regierung behält sich ihre Ansicht vor.

(Extract.) Foreign Office, May 26, 1881.

Nr. 7605. Grossbritannien. 26. Mai 1881.

During the course of his visit this morning the German Ambassador spoke to me of the measures recently taken by the Prince of Bulgaria with a view to obtaining a modification of the Constitution of the Principality. His Excellency said, that Prince Bismarck thought that the Prince had acted rightly, as the Constitution in its present shape was unworkable, and hoped that Her Majesty's Government would also give the Prince their approval and support.

Nr. 7605. Grossbritannien. 26. Mai 1881.

I said, that we wished to avoid expressing any precipitate opinion on the matter, that before I could form any judgment on the subject I should require to know more accurately the details of the steps which the Prince had taken, and the nature and object of his intentions for the future. We were always disposed in England to notice with regret and distrust a departure from Constitutional usage when such usage had been established.

Nr. 7606. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den engl. Min. d. Ausw. — Einsetzung von Militärgerichten zur Aburtheilung von Vergehen der Executiv- und Polizei-Beamten.

Sophia, June 7, 1881.

Nr. 7606. Grossbritannien. 7. Juni 1881.

My Lord, — I have the honour to inclose a translation of an Ukase which has been issued by the Prince of Bulgaria, appointing special Military Tribunals throughout Bulgaria for the purpose of taking cognizance of offences committed by the organs of the Executive Power and the police which would tend to excite disturbances and are against the established laws. The Tribunals will have the power of pronouncing sentence of death. || This Decree is based upon Articles 47 and 76 of the Constitution, which give power to the Prince to publish Ordinances having force of law in cases in which the State is threatened with either external or internal danger. || The real reason for this measure is no doubt the fact, that the civil functionaries who had been appointed by the previous Ministers are suspected of being opposed to the Prince and of making use of their official position to influence the country against His Highness. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

Ukase No. 404.

(Traduction.)

Nous, Alexandre 1er, par la grâce de Dieu et la volonté nationale, Prince de Bulgarie. || Vu la proposition du Conseil des Ministres, qui nous a été présentée le 23 Mai, 1881, et par application des Articles 47 et 76 de la Constitution,

Avons décrété et décrétons: —

Article 1er. Des Tribunaux Militaires spéciaux sont établis auprès de chacun de nos Commissaires Extraordinaires. Ces Tribunaux connaîtront de délits commis par les organes du Pouvoir Exécutif et de Police, qui révèlent le caractère d'excitation à des troubles, et sont contraires aux lois établies.

Art. 2. Ces Tribunaux spéciaux seront composés d'un Président, Commandant d'un drougine, et deux Capitaines commandant de compagnies.

Art. 3. Ces Tribunaux spéciaux appliqueront exclusivement les deux peines suivantes: — || (a) La mort. || (b) L'emprisonnement d'un mois au plus.

Art. 4. La peine de la mort devra être confirmée par le Ministre de la Guerre, et vingt-quatre heures après cette confirmation les condamnés seront fusillés.

Nr. 7606. Grossbritannien. 7. Juni 1881.

Art. 5. Le Président du Conseil, Ministre de la Guerre, est chargé de l'exécution du présent Ukase.

Donné au Palais de Sophia, le 24 Mai, 1881.

Alexandre.

Ehrnrooth, *Président du Conseil des Ministres.*

Nr. 7607. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Sophia an den engl. Min. d. Ausw. — Dekret des Fürsten, betreffend ausserordentliche Vollmachten des Ministers des Innern zur Bestrafung von Pressvergehen.

(Auszug.) Sophia, June 7, 1881.

Nr. 7607. Grossbritannien. 7. Juni 1881.

My Lord, — In the absence of a Bulgarian Press Law, the question whether the Turkish law is still in force or not will be submitted to the Court of Cassation; and I have the honour to inclose the translation of a Decree which has been issued by the Prince of Bulgaria, granting power to the Minister of the Interior to deal with press offences until the question is decided, and if it should be decided in the negative, to pronounce sentences "par voie administrative" for such offences. With regard to the particular case of the "Nezavesimos," General Ehrenrooth is authorized to take administrative measures against the accused, and to deliver them up to the Tribunals if the Court of Cassation decides that the Turkish law is still in force. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

*Ukase No. 406.**)

(Traduction.)

Nous, Alexandre Ier, par la grâce de Dieu et la volonté nationale, Prince de Bulgarie, || Sur la proposition du Conseil des Ministres, en date le 24 Mai,

Avons décrété et décrétons: — || Par mesure extraordinaire il est donné au Ministre de l'Intérieur le droit de prendre des mesures administratives contre les prévenus de délits de presse jusqu'à ce que la Cour de Cassation décide si la Loi Ottomane a encore force de loi en Bulgarie. || Au cas où la Cour de Cassation se prononcerait pour la négative, notre Ministre de l'Intérieur peut à l'avenir prononcer, par voie administrative, des peines pour les délits de presse. || En ce qui concerne spécialement les délits commis dans le No. 69 du journal "Nezavesimos," notre Ministre de l'Intérieur est autorisé à prendre des mesures administratives contre les personnes accusées, et il les livrera aux

---

*) Der Ukas trat nicht in Wirksamkeit, da der Cassationshof sich für die Geltung des türkischen Pressgesetzes in Bulgarien entschied. A. d. Red.

Nr. 7607. Gross-britannien. 7. Juni 1881.

Tribunaux si la Cour de Cassation reconnaît que la Loi Ottomane sur la presse est encore en vigueur. || Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent Ukase.

Donné au Palais de Sophia, le 24 Mai, 1881.

Alexandre.

Ehrnrooth, *Président du Conseil.*

Nr. 7608. RUSSLAND. — Officielle Erklärung der russischen Regierung über ihre Stellung zur bulgarischen Krisis.

[Aus dem „Journal de St.-Pétersbourg“ vom Mai 27/June 8, 1881.]

Nr. 7608. Russland. 8. Juni 1881.

Le "Messager Officiel" publie aujourd'hui la note suivante: —

"La crise qui a surgi en Bulgarie a donné lieu à des commentaires contradictoires. Le jugement qu'en porte le Cabinet Impérial a été en particulier diversement interprété. La réserve qu'il s'est imposée dans ces circonstances ne provenait certes pas de son indifférence, mais uniquement de son respect pour l'indépendance du Prince de la nation Bulgare. || Toutefois, cette réserve a fourni aux agitateurs un prétexte pour affirmer que le Gouvernement Russe désapprouvait les résolutions annoncées par le Prince et cette considération est exploitée par les passions de partis pour égarer l'opinion publique sur les vues réelles du Gouvernement Impérial. || "Il est par conséquent nécessaire de constater que le Prince Alexandre est aux yeux du Gouvernement Impérial l'élu de la nation Bulgare, dont le choix, ratifié par toute l'Europe, a rencontré les sympathies de feu l'Empereur d'impérissable mémoire et celles de la Russie. Le Prince Alexandre représente le lien indissoluble qui unit la nation Russe au peuple Bulgare. Sa Majesté a la plus grande confiance dans l'élévation de ses sentiments et la loyauté de son caractère. Sa Majesté ne doute pas que Son Altesse ne se dévoue entièrement à la tâche qu'elle a solennellement acceptée, celle de guider le peuple Bulgare dans la voie du progrès, tâche qui ne peut être accomplie que par l'intime union entre le peuple Bulgare et son chef. || Le Gouvernement Impérial est donc persuadé que si Son Altesse a cru devoir déclarer l'impossibilité de remplir cette tâche dans les conditions actuelles, elle a obéi à la conviction profonde basée sur une longue et pénible expérience qu'elle manquerait à ses devoirs en continuant à couvrir de sa responsabilité un état de choses dont le Prince a reconnu les dangers pour l'avenir de la Bulgarie. Le Gouvernement est également persuadé que si le Prince Alexandre fait appel à la nation Bulgare afin d'obtenir d'elle les pouvoirs indispensables pour le mettre en mesure de poursuivre sa mission en toute conscience, c'est avec le ferme désir de travailler avec succès à la prospérité du peuple dont les destinées lui ont été confiées. || C'est pourquoi le Gouvernement Russe désire sincèrement que la nation Bulgare, éclairée sur ses propres intérêts, confiante dans la parole loyale de son chef élu, lui

reste fidèlement et indissolublement unie, et qu'elle repousse les instigations d'ambitieux agitateurs qui travaillent à troubler cette entente au risque de jeter le pays dans l'anarchie où son avenir national risquerait de périr. || Le peuple Bulgare ne saurait douter un seul instant des sentiments de l'Empereur et de la Russie. Il peut donc être certain que ces voeux sont dictés par la plus vive sollicitude pour sa prospérité présente et à venir."

Nr. 7608. Russland. 8. Juni 1881.

Nr. 7609. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den engl. Min. d. Ausw. — Besorgnisse der österreichischen Regierung wegen der Haltung Englands gegenüber der bulgarischen Krisis.

(Extract.) Vienna, June 10, 1881.

Nr. 7609. Grossbritannien. 10. Juni 1881.

The anxiety of the Austro-Hungarian Government respecting the affairs of Bulgaria increases as the time approaches when the Great Assembly will have to pronounce upon the alternative laid before it by the Prince. || Baron Haymerle has again spoken to me very seriously of the position which will be created if His Highness is refused the temporary authority he requires, and is consequently obliged to abandon the administration of the Principality. || It is, he repeated, so impossible to foresee the complications which would occur that he had difficulty in understanding how there can be hesitation in giving the Prince the moral support which would not be without some influence on the Assembly. || With regard to the opinion of Her Majesty's Government upon the step taken by Prince Alexander, respecting which Baron Haymerle questioned me, I said that I could tell him nothing, though it was not to be supposed that the substitution of an arbitrary for a Liberal form of Government could be seen with satisfaction in England. || His Excellency replied, that he was certainly no admirer or advocate of arbitrary Governments; but, on the other hand, he considered that a Government should be constituted with some regard to the condition of the people of the country, and no one who knew anything of Bulgaria would venture seriously to maintain that the Dondoukoff-Korsakoff Constitution was suited to the populations of that Principality. || The Prince wished, by legal means, to obtain the modifications in it which experience had shown him to be necessary, and, without indorsing all his proposals, he trusted, that His Highness would be so far successful as not to be driven into leaving the country to anarchy. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 7610. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Sophia an den engl. Min. d. Ausw. — Die russische Regierung warnt davor, ihre Zurückhaltung als Missbilligung der Intentionen des Fürsten aufzufassen.

Sophia, June 13, 1881.

Nr. 7610. Gross-britannien. 13. Juni 1881.

My Lord, — I have the honour to inclose a copy of a telegram which M. Hitrovo, the Russian Agent and Consul-General, has received from his Government, stating that the reserve which the Imperial Cabinet had hitherto observed with regard to the Bulgarian crisis having been made use of by the agitators as indicating disapproval, they think it right to state, that they have complete confidence in the Prince of Bulgaria, and that they desire, that the Bulgarian people should maintain the indissoluble union which exists between them and their Prince, and should reject the advice ("entraînements") of ambitious agitators who seek to trouble this union. || This telegram has been translated into Bulgarian and published in the "Bulgarsky Glas." It will no doubt produce a great effect upon the Bulgarian people, by proving the great interest which Russia takes in maintaining the Prince upon his throne, and would probably have been sufficient to insure the success of the Prince's appeal to the nation, even without the other measures to which I have referred in my previous despatch. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

Telegram received by M. Hitrovo.

Le Cabinet Impérial a gardé réserve sur la crise Bulgare par déférence pour l'indépendance du Prince et de la nation. Cette réserve ayant été exploitée par des agitateurs comme un blâme, il croit devoir constanter que le Prince élu, ratifié par l'Europe, est un gage du présent bien-être de la Bulgarie. Le Cabinet Impérial a confiance dans ses sentiments, son désir de remplir sa mission solennellement acceptée. Si le Prince a déclaré impossible de continuer à assumer la responsabilité de la situation dangereuse pour l'avenir du pays et fait appel à la nation, il a certainement obéi à sa conscience avec la ferme résolution de se consacrer à la prospérité de la Bulgarie. Le Cabinet Impérial désire que le peuple Bulgare maintienne son union indissoluble avec le Prince et rejette les entraînements d'agitateurs ambitieux qui cherchent à troubler cet accord.

Nr. 7611. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Sophia. — Die Errichtung der Militärgerichte ist nicht in Einklang mit den Versicherungen des Fürsten.

Foreign Office, June 14, 1881.

Nr. 7611. Gross-britannien. 14. Juni 1881.

Sir, — Her Majesty's Government have received with much concern your telegram of the 7th instant, reporting the issue by the Prince of Bulgaria of Decrees appointing special Military Tribunals and giving extraordinary powers to deal with press offences to the Minister of the Interior. || Public opinion in this country is inclined to view unfavourably any attempt to effect changes in a fixed constitutional system except by legal and constitutional means. Having regard, however, to the difficulties said to be encountered by Prince Alexander, and to the intention he announced of adhering to a legal course, and of consulting the free wishes of the population of Bulgaria, Her Majesty's Government have hitherto abstained from expressing any opinion likely to embarrass His Highness. || The appointment by his own act of Military Tribunals for the investigation of offences against public order appears, however, to be inconsistent with the assurances which you have recorded as having been given by the Prince. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7612. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in St.-Petersburg (Wyndham). — Stellung der russischen und englischen Regierung zur bulgarischen Frage.

Foreign Office, June 14, 1881.

Nr. 7612. Gross-britannien. 14. Juni 1881.

Sir, — The Russian Ambassador stated to me this afternoon, that his Government were anxious to learn our views as to what was passing in Bulgaria. He was authorized to inform me of those entertained by the Cabinet of St.-Petersburgh. || The measures which had been taken by the Prince, his Excellency said, were not only taken without any previous consultation with the Russian Government, but the latter were not even informed of the Prince's intention. || In answer to a question of mine, Prince Lobanow said, that he was at St.-Petersburgh at the time of Prince Alexander's visit, and that he could guarantee to me that no communications had taken place on the subject, nor had any encouragement been given to the Prince to take the course he is now pursuing. An assurance to the same effect had since been telegraphed to him from St.-Petersburgh. He thought, that the Prince had probably refrained from any communication because he was aware from experience that he would receive a discouraging answer. || However this might be, his Excellency went on to say, the thing was now done, and it was necessary to contemplate the results. The Prince would certainly not remain in Bulgaria if he did not succeed in obtaining the changes which he desired, and the

Nr. 7612. Grossbritannien. 14. Juni 1881.

notion of another Prince, Danish or of any other nationality, being willing to take his place under existing circumstances, was absurd. Nothing but complete anarchy could be expected to follow. || His Excellency spoke of M. Zancoff as a man of the most advanced political views, and said that, if the Prince, who after all represented order, were to withdraw, it would mean nothing less than the reopening of the whole Eastern question. All the Slavophil press in Russia had pronounced against the Prince, which had made it necessary for the Russian Government to declare their policy in a communication published in the "Messager du Gouvernement," that policy being to give a moral support to the Prince. || Prince Lobanow concluded by saying, that any support given by Her Majesty's Government to the Bulgarian opposition would tend to precipitate the crisis.

I told his Excellency, that the public feeling of this country was against anything in the nature of *coups d'état* directed against existing Constitutions, but that Her Majesty's Government had taken into consideration the possible difficulties of the Prince owing to the character of the Constitution which had been drawn up for the Principality, and the inexperience of the Bulgarian Ministers and people. We had therefore refrained from making any objections to the course adopted by the Prince, more especially as he had assured Her Majesty's Representative at Sophia that his action would be strictly legal and constitutional, that he insisted upon nothing but his right of abdication, and would leave perfect freedom to the country to decide as it chose. || But two or three days ago we received the news of His Highness having, by his own act, constituted Military Commissions, and issued an Edict of a restrictive character with regard to the press. It was true, that a later telegram stated that no use would be made of the latter Edict, as the Court of Cassation had decided that the Turkish law for the press was valid in Bulgaria. But these measures were entirely inconsistent with the declarations which the Prince had volunteered to make to Mr. Lascelles, and it was impossible, that we should omit to point this out to His Highness. || In the meantime, I said, our language in Parliament had been guarded, and Sir Charles Dilke, in replying to a question that was to be put to him this evening, would decline to say more than that the subject had not escaped our attention, and that we were in communication with the Bulgarian Government with regard to it. || I am &c. Granville.

Nr. 7613. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den engl. Min. d. Ausw. — Die Militärgerichte werden voraussichtlich nicht in Wirksamkeit treten.

Nr. 7613. Grossbritannien. 15. Juni 1881.

(Telegraphic.) Sophia, June 15, 1881.

I have communicated to General Ehrnrooth the substance of your telegram of yesterday, which reached me this morning. His Excellency said,

that in the absence of any law controlling the action of the Executive functionaries, the appointment of Military Tribunals was absolutely necessary as a precautionary measure to ensure maintenance of public order. He does not think, that there is the slightest probability of their being called upon to act. The Prince left yesterday for a tour through the country; but General Ehrnrooth has promised to inform him of the communication which I was instructed by your Lordship to make. || I told His Highness before his departure, that I was afraid the two Decrees mentioned in my telegram of the 7th instant would produce a very unfavourable impression in England.

Nr. 7613. Grossbritannien. 15. Juni 1881.

Nr. 7614. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin. — Stellung Deutschlands zur bulgarischen Frage.

Foreign Office, Juni 18, 1881.

Sir, — The German Ambassador called upon me this afternoon and spoke to me of the state of affairs in Bulgaria, using language very similar to that held by Prince Lobanow, as stated in my despatch to Mr. Wyndham of the 14th instant. His Exellency said, that Prince Bismarck attached the greatest importance to the maintenance of Prince Alexander as Ruler of Bulgaria, that the Prince would leave the country if his wishes were not complied with, and that anarchy would ensue. Prince Bismarck, he added, expressed a strong wish, that Her Majesty's Government should avoid the appearance of giving support to the Opposition in Bulgaria, believing that it was in the interest of peace and also of the Ottoman subjects in the Principality that the Prince should have freedom to act as he thought best. || I repeated to Count Münster the observations which I had made to Prince Lobanow as to the tendency of public feeling in this country and the course which had been pursued by Her Majesty's Government. I said, that we were fully alive to the difficulty which had arisen from the action, whether necessary or unnecessary, taken by the Prince. We had therefore been careful in our statements to Parliament, and Sir Charles Dilke, who principally explained the views of the Government in the House of Commons, had refrained from saying more when questioned than that the subject was receiving our attention, and that we were in communication with the Bulgarian Government with regard to it.

Nr. 7614. Grossbritannien. 18. Juni 1881.

Count Münster alluded to Mr. Gladstone's letter to M. Zancoff. I said, that it was a letter written by Mr. Gladstone to a person with whom he was acquainted; that it was of so general a character, that both sides in Bulgaria had claimed it in their favour; that Mr. Gladstone had refused permission for its publication, but had given the substance of it in the House of Commons. A further communication had arrived from M. Zancoff; but Mr. Gladstone had expressed a desire to forbear continuing any personal correspondence. I ob-

Nr. 7614. Grossbritannien. 18. Juni 1881.

served, that we should be glad to contribute in any way to a settlement, but that, if the Prince were to succeed in establishing a despotism for seven years against the will of his subjects, I did not believe that he would be able to maintain himself, or that such a state of things, if practicable, was desirable. I should be very glad if Prince Bismarck could suggest any compromise which might be arrived at, under which the Prince could see his way to govern, and which would still leave liberty to his subjects. It was easy, of course, for the Prince to say, that he would abdicate unless he saw the way to exercise usefully his power. I asked Count Münster whether the Prince had taken this measure without previous consultation with Germany. Count Münster answered in the affirmative, as far as his information went. The Prince, I said, having accepted the position of Ruler, had not the moral right to take a sudden step of this sort without consultation with the Powers which are interested, and thus to throw the country, by his abdication, excepting on certain fixed and arbitrary terms, into a state of confusion. || I concluded by saying, that our language would be cautious, but that we must retain our complete liberty in the matter. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7615. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in St.-Petersburg. — Russischer Entwurf einer gemeinschaftlichen Instruktion für die Vertreter der Grossmächte in Sophia.

Foreign Office, June 27, 1881.

Nr. 7615. Grossbritannien. 27. Juni 1881.

Sir, — The Russian Ambassador communicated to me to-day a despatch from his Government forwarding the draft of an instruction which his Excellency told me the Imperial Government were ready to address to the Russian Diplomatic Agent at Sophia if the other Powers would send similar instructions to their Representatives in Bulgaria, with orders to communicate them to the Minister for Foreign Affairs in the Principality. I inclose copies of the documents which Prince Lobanow placed in my hands. I asked his Excellency what object these proposed instructions were intended to serve—whether the object was to prevent the interference of foreign States, or to produce some effect on the decision of the Bulgarians, and he informed me, that he had received no instructions other than those he has shown me, but that he was of opinion, that they were intended to have a calming and soothing effect in Bulgaria. I told the Prince, that the declaration seemed to be of a vague character. He answered, that he supposed that this was intentional, in order to avoid the appearance of any interference on the part of the Powers. I promised to give him on the 29th the views of Her Majesty's Government. I am, &c.

Granville.

Draft of Instruction to Russian Agent at Sophia.

Nr. 7615. Gross-britannien. 27. Juni 1881.

Les Grandes Puissances, envisageant la situation présente de la Bulgarie, sont tombées d'accord pour respecter l'indépendance du Prince et du peuple de la Bulgarie quant aux affaires intérieures de la Principauté dans les limites des stipulations du Traité de Berlin. || Comme Signataires de ce Traité, qui a créé la Principauté de Bulgarie dans un intérêt Européen, et en vue d'assurer la paix de l'Orient, les Puissances ne peuvent que faire des voeux pour que l'union désirable entre le Prince Alexandre et la nation Bulgare, qui l'a élu avec la sanction de l'Europe, soit maintenue, afin de préserver le pays d'un état d'anarchie contraire aux vues et aux intérêts de l'Europe.

Nr. 7616. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in St.-Petersburg. — Hat dem Instructions-Entwurfe zugestimmt.

Foreign Office, June 29, 1881.

Nr. 7616. Gross-britannien. 29. Juni 1881.

Sir, — In continuation of my despatch of the 27th instant, I have to inform you that I saw the Russian Ambassador again this afternoon, and reverted to the instructions which his Government proposed to send to their Agent at Sophia. || I observed to Prince Lobanow, that the declaration which he had communicated to me at our last interview was of a vague character, and might be interpreted in different ways, but that, unterstanding it to mean only an abstention from interference on the part of the Powers with the present state of affairs in Bulgaria, while at the same time they recommended moderation and conciliation to the Prince and to his people, Her Majesty's Government would willingly join the other Powers in such a declaration if there was a general agreement to that effect. I am, &c.

Granville.

Nr. 7617. RUSSLAND. — Botschafter in London (Lobanow) an den engl. Min. d. Ausw. — Veränderter Instructions-Entwurf.

Le 1er Juillet, 1881.

Nr. 7617. Russland. 1. Juli 1881.

Mon cher Comte, — M. de Giers me télégraphie que le projet d'instruction aux Agents Diplomatiques à Sophia, que je vous ai communiqué Lundi dernier, a donné lieu à quelques observations de la part des Cabinets de Vienne et de Berlin. || En conséquence il me transmet une nouvelle rédaction qui doit être substituée à la dernière. Je m'empresse de vous la faire parvenir sous ce pli, et je compte passer demain chez vous pour connaître votre opinion. || Votre bien dévoué,

Lobanow.

Nr. 7617. Russland. 1. Juli 1881.

Draft of Instruction to Diplomatic Agents at Sophia.

Les Grandes Puissances, Signataires du Traité de Berlin, considèrent que le maintien de l'ordre et de la tranquillité en Bulgarie est une des bases de la paix de l'Orient. || Animées du désir de préserver la Bulgarie d'un état d'anarchie contraire aux vues et aux intérêts de l'Europe, elles sont tombées d'accord pour exprimer le ferme espoir [que*) l'Assemblée Nationale Bulgare évitera toute décision de nature à empêcher l'union entre le peuple Bulgare et le Prince Alexandre, dont] l'élection a été confirmée par l'Europe.

Nr. 7618. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den russischen Botschafter in London. — Ablehnung des veränderten Entwurfes.

Foreign Office, July 2, 1881.

Nr. 7618. Grossbritannien. 2. Juli 1881.

Dear Prince Lobanow, — I have shown to my colleagues the draft of an identic instruction to the Agents of the Powers in Bulgaria which you communicated to me yesterday. || After giving the matter full consideration we have come to the conclusion, that the new form of draft is open to objection as implying more than a recommendation of moderation and conciliation, and might be construed to be an act of interference, in which, as I previously told you, Her Majesty's Government, although anxious to act in concert with the other Powers, were not prepared to join. || This objection would only be modified to a certain degree by the amendment which you personally suggested this morning. || We still adhere to my declaration made to you on the 29th ultimo. || I have, &c.

Granville.

Nr. 7619. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin (Walsham) an den engl. Min. d. Ausw. — Falsche Auffassung der englischen Politik in Bulgarien und bei den Grossmächten**). Haltung Deutschlands.

Berlin, July 2, 1881.

Nr. 7619. Grossbritannien. 2. Juli 1881.

My Lord, — In my telegram of yesterday I had the honour to state what I knew to be the feeling of the German Government as to the expediency of an identic Declaration on the part of the Powers in connection with the existing state of things in Bulgaria. || I had been to the Foreign Office

---

*) Alteration suggested by Prince Lobanow, July 2: — "que l'union ne sera pas rompue entre le peuple Bulgare et le Prince Alexandre, dont," &c.

**) Die von Walsham in dieser Depesche dargelegten Ansichten wurden durch eine Depesche vom 11. Juli 1881 von Granville gebilligt. A. d. Red.

Nr. 7619. Gross-britannien. 2. Juli 1881.

on business, and when I saw Dr. Busch, who is now in charge of the Department, he at once alluded to the results of the elections in the Principality as far as they were yet known, and expressed his satisfaction at the probability there now seemed to be of their ending in a manner favourable to Prince Alexander. || I assured his Excellency, that Her Majesty's Government, equally with the Government of Germany and the other Powers, would learn with the greatest pleasure, that the Prince and the Bulgarian people had been able to settle the difficulties which had unfortunately arisen in a manner calculated to satisfy both without endangering the future of the nation. || I could not help feeling, I said, that the course pursued by Her Majesty's Government in the presence of the crisis in Bulgaria had been misunterstood, not only in Bulgaria, but also abroad generally, and an unnecessarily exaggerated importance, I thought, had been attached to the circumstance of Her Majesty's Prime Minister having, as an act of courtesy, acknowledged the receipt of a letter which one of the leaders of the Opposition in the Principality had thought fit to address to Mr. Gladstone. || The explanations given by Sir Charles Dilke in the House of Commons, and those subsequently given on the 21st ultimo by your Lordship in the House of Lords, would, I hoped, clear up any misgivings that might have previously existed as to the intentions and views of Her Majesty's Government. || Prince Alexander himself, at all events, could not, I was sure, have the slightest doubt as to the sincerity of the good wishes entertained by Her Majesty's Government for his own welfare and that of the people whom he had been called upon to govern. || It might be difficult, perhaps, for those not actually living in England to appreciate accurately the strong feeling existing there against anything which had the appearance of a coup d'état, but Her Majesty's Government, in view of the difficult position in which Prince Alexander was placed, had purposely avoided expressing any opinion with regard to the step which had been taken by His Highness so as not to add to his embarrassment. || Dr. Busch, who is intimately acquainted with Eastern affairs, said he had read your Lordship's speech in the House of Lords with great interest, and he could only hope, that it might have the effect of preventing those who were opposed to Prince Alexander from imagining, that they could still rely upon Her Majesty's Government for support, but from his knowledge of the East, he was half afraid, that they might not desist from their endeavours to enlist the sympathies of the public in England. || His Excellency then went on to speak of the identic Declaration which the German Government thought it would be so expedient for the Powers to make, and to which I have alluded in my telegram. || They would accept the form of Declaration suggested by the Russian Government, although the language appeared somewhat too vague, or indeed any form which obtained the unanimous approval of the Powers. || The chief point was that such an identic Declaration should be made as would prove to the Bulgarians, that the Powers took the greatest interest in the maintenance of the union between the

Nr. 7619. Gross-britannien. . Juli 1881.

nation and the Prince, and would be opposed to any measures which might be taken with a different object in view. || I have, &c.

John Walsham.

Nr. 7620. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den engl. Min. d. Ausw. — Empfang des diplomatischen Corps durch den Fürsten. Gegenseitige Ansprachen.

(Extract.) Sistova, July 12, 1881.

Nr. 7620. Gross-britannien. 12. Juli 1881.

The Prince of Bulgaria arrived at Sistova at 5 o'clock this afternoon, and almost immediately aftewards held a reception of the Corps Diplomatique. || I have the honour to inclose a copy of the speech delivered by the German Consul-General as Doyen of the Corps Diplomatique. || I have also the honour to inclose a copy of His Highness' reply.

Speech delivered to the Prince of Bulgaria by the German Consul-General, as Doyen of the Corps Diplomatique.

Le Corps Diplomatique est heureux de saluer votre Altesse par mon intermédiaire à son arrivée dans cette ville. || Les Représentants de l'Europe à la veille de la Grande Assemblée Nationale forment les voeux les plus sincères pour que l'union entre votre Altesse et le pays soit maintenue indissoluble. || Votre Altesse par les hautes destinées qui lui ont été dévolues constitue aux yeux de l'Europe une garantie d'ordre et de tranquillité et le gage d'un développement heureux de la Bulgarie dans la voie du progrès.

Reply of the Prince of Bulgaria.

Messieurs les Agents! — Je suis heureux de vous voir en cette ville dans les graves circonstances qui m'y amènent. || Comme vous le dites, M. l'Agent, de la part de vos collègues, étant aux yeux de l'Europe le représentant et le dépositaire des destinées de la nation qui m'a été confiée, je ne doute pas un instant que mon pays, marchant dans les voies du progrès ouvertes devant lui, saura toujours justifier les sympathies du monde et la confiance que l'Europe nous témoigne. || Je sui heureux aussi que vous trouvant dans le pays, Messieurs les Agents, vous ayez pu déjá constater, vous-mêmes, quelle est la volonté du peuple guidé par la Divine Providence dans l'accomplissement de ses destinées. || Je vous remercie, Messieurs les Agents, pour le vif intérêt que vous m'avez témoigné pendant cette crise si vitale pour l'avenir de la nation Bulgare.

Nr. 7621. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Sophia an den engl. Min. d. Ausw. — Verschiedene Ansichten der Vertreter der Grossmächte über die Ansprache an den Fürsten.

Sistova, July 12, 1881.

Nr. 7621. Gross-britannien. 12. Juli 1881.

My Lord, — On my arrival here on the 10th instant, I found your Lordship's telegram of the 8th instant on the subject of the declaration which it was proposed, that the Representatives of the Great Powers in Bulgaria should make on the occasion of the meeting of the Great National Assembly, and instructing me only to join in this declaration if it should be worded as was at first proposed. || The German Agent, who has been to Varna for the purpose of consulting his Russian and Austrian colleagues as to the best means of carrying out their instructions, has informed me that, as it seems certain that the Great National Assembly will accept the Prince's condition; without opposition, they have decided not to make the declaration unless a change in the disposition of the Deputies should indicate a possibility of the Prince's conditions being rejected, in which case they would address a strong declaration to the Assembly. They thought, however, that at the reception which the Prince of Bulgaria was about to hold of the Corps Diplomatique on his arrival at Sistova, it would be advisable for M. de Thielau, as Doyen of the Corps, to make a speech, which would to a certain extent replace the declaration. || M. de Thielau read to me the draft of the speech which he had drawn up with the approval of M. Hitrovo and M. de Burian, in which the hope was expressed that the Great National Assembly would ratify the decision of the nation as expressed by the recent *plébiscite.* The speech continued by assuring His Highness, that the foreign Representatives, on the eve of the meeting of the Great National Assembly, formed the most sincere wishes for the maintenance of the union between His Highness and the country, and that His Highness constituted in the eyes of Europe a guarantee of order and tranquillity, and a pledge of the development of Bulgaria in the path of progress. || I told M. de Thielau, that it appeared to me that the first part of the speech was a direct interference in the internal affairs of the Principality, in which I could not join. Your Lordship's instruction, were precise upon that point, and although there was no doubt some difference between a formal declaration and a speech addressed to the Prince by the Doyen of the Corps Diplomatique, the speech would evidently be published, and would be looked upon as an attempt on the part of the Agents to influence the vote of the Assembly. I had no objection to make to the concluding portions of the speech, although I should have preferred to omit all mention of the Great National Assembly. || At a meeting of the Agents and Consuls-General, at which all the Representatives of the Great Powers were present, with te exception of the Russian Agent, M. de Thielau pointed out that, as he and his Russian and Austro-Hungarian colleagues had received instructions to give a very strong support

Nr. 7621. Gross-britannien. 12. Juli 1881.

to the Prince, they had thought, that it would be advisable to take advantage of the reception of the Corps Diplomatique to give His Highness a proof of that support. He added, that the speech had been prepared with the consent of M. Hitrovo, and had been approved by the Prince, and that as His Highness intended to receive us immediately after his arrival, there would be no time to submit to him any alterations in it. He suggested, that he might make those portions of the speech to which I had no objection in the name of all his colleagues, and then add, that the Representatives of the three Empires had been instructed to express the hope, that the Great National Assembly would accept His Highness' conditions. || My French and Italian colleagues joined me in objecting to this course, which would have the effect of proving, that a difference of opinion existed among the Great Powers. It was most undesirable from every point of view, that this should be done, and great encouragement would be given to the Prince's opponents if it became known, that the Great Powers were not agreed upon the Bulgarian question. || M. de Thielau then proposed, that he and M. Hitrovo and M. de Burian, after the reception of the Corps Diplomatique, should ask for an interview with the Prince, in order to communicate their instructions to His Highness. || I observed, that the effect of this course would equally indicate a difference of opinion among the Powers, and it was finally decided, that M. de Thielau should consult the Prince and M. de Hitrovo on their arrival, and if they should agree to the omission of the paragraph to which I had objected, he should make a speech in the name of all the Powers. || If, however, the Prince should desire a stronger expression of opinion on the part of the three Empires, no speech should be made at the reception of the Corps Diplomatique, and M. de Thielau, M. Hitrovo and M. de Burian should ask for a further interview with the Prince for the purpose of carrying out their instructions. || On the arrival of the Prince M. de Thielau waited upon His Highness, and informed him of the proposals that had been made. Both His Highness and M. Hitrovo agreed to the omission which I had suggested, and the speech, of which I had the honour to inclose a copy in my preceding despatch, was made by M. de Thielau, as Doyen of the Corps Diplomatique, in the name of all his colleagues. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

Nr. 7622. BULGARIEN. — Proclamation des Fürsten nach Annahme seiner Bedingungen von der Nationalversammlung.

Nr. 7622. Bulgarien. 13. Juli 1881.

Mon cher Peuple! — Après la décision solennelle de la question que j'avais considéré comme mon devoir de poser au peuple, j'exprime à mes chers compatriotes et fidèles sujets mon sincère remercîment pour leur confiance en moi. Les sentiments de fidélité envers moi que j'ai de nouveau rencontré dans la population pendant mon dernier voyage, et qui se reflètera

si clairement dans la décision d'aujourd'hui de l'Assemblée Nationale, m'encouragent dans ma ferme volonté de marcher inébranlablement en avant à la tête de mon peuple vers la réalisation de ses aspirations. || Aujourd'hui, où avec l'aide de Dieu un nouvel époque commence, et quand il est le mieux d'oublier le passé avec ses souvenirs désagréables, je désire porter encore à la connaissance de tous les idées et les principes qui dorénavant guideront le Gouvernement du pays. || Il s'est trouvé des personnes qui se sont efforcés par tous les moyens possibles de semer la méfiance dans la population en répandant le bruit que j'avais l'intention de fouler aux pieds la liberté et le droit du peuple. Je déclare hautement que je n'ai d'autre but que celui de garantir cette liberté et ce droit. J'ai demandé le plein pouvoir que le peuple me confie aujourd'hui exclusivement pour éloigner tous les obstacles qui empêchent la bonne et solide organisation du pays et pour donner la possibilité de mettre fin au désordre, à l'arbitraire et à l'oppression. || Equité et impartialité, respect et protection loyale des personnes, de leur liberté et de leurs droits, tels seront les principes en but de mon Gouvernement. Les droits du peuple énoncés dans la Constitution restent ainsi la base de notre droit public. || Chaque année et dans les cas extraordinaires ce me sera un devoir agréable de convoquer les Représentants du peuple pour discuter les questions ayant trait aux intérêts vitaux de la Principauté. Particulièrement dans les questions du Budget, des impôts, des revenus et des dépenses de l'Etat, dans les questions ayant un caractère international la voix décisive appartiendra à la représentation nationale. L'expérience nous a montré déjà quelles sont les améliorations, quelles sont les réformes qui doivent être introduites dans l'organisation de notre Etat. Energie et persévérance, tels seront les traits distinctifs de mon Gouvernement. Un travail sérieux et systématique de l'organisation de l'Etat conformément aux principes exposés plus haut sera son principal devoir. Spécialement et avant tout l'attention du Gouvernement sera dirigée vers les plaies dont le peuple souffre depuis longtemps et qui malheureusement ont été négligées jusqu'à présent. En conséquence, le premier soin du Gouvernement sera d'entreprendre dans ces branches les réformes que les besoins du peuple ont montré comme les plus utiles. || Le service de l'Etat par un choix sévère et consciencieux des personnes sera mis sur une base solide et légale. Ainsi il sera possible de mettre fin au changement continuel des fonctionnaires—changement qui était nuisible à la marche des affaires. En général dans la nomination des personnes en tout ce qui concerne l'administration supérieure mes efforts seront de protéger le patriotisme, le caractère et les capacités sans avoir égard aux divisions arbitraires qui depuis deux années ont été le malheur du pays. C'est pour cela que je m'adresse à tous ceux qui ont à coeur la patrie et son avenir. Je les invite à se grouper autour de moi et ainsi avec les forces unies du pays à mettre la main à la grande oeuvre que le temps nous a imposée. Il s'agit du progrès, du bonheur, de la gloire et de la grandeur de la Bulgarie. De la coopération de tous les patriotes Bulgares il dépend

Nr. 7622. Bulgarien. 13. Juli 1881.

d'atteindre dans le plus bref délai le but de nos efforts et avec cela de nous montrer dignes du grand amour que l'Empereur et le peuple de Russie ne cessent de témoigner à leurs frères délivrés au prix de si grands sacrifices, et dignes de la sympathie que l'Europe civilisée nourrit envers nous. Je reconnais entièrement les difficultés, je sens la grande responsabilité de la tâche que j'assume avec l'assentiment du peuple; mais j'ai la ferme confiance qu'avec la bénédiction du Dieu Tout-Puissant, avec l'amour et le patriotisme du peuple Bulgare notre entreprise sera couronnée d'un succès complet.

Alexandre.

Nr. 7623. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den engl. Min. d. Ausw. — Beglückwünschung des Fürsten durch das diplomatische Corps wegen der Abstimmung der Nationalversammlung.

Sistova, July 13, 1881.

Nr. 7623. Grossbritannien. 13. Juli 1881.

My Lord, — Immediately after the closing of the Great National Assembly this morning a *Te Deum* was celebrated by the Bulgarian Exarch; after which the Corps Diplomatique waited upon the Prince of Bulgaria to congratulate him upon the vote of the Assembly. || I have the honour to inclose a copy of the Speech addressed to His Highness by M. de Thielau, as Doyen of the Corps Diplomatique. || In reply, His Highness thanked the Corps Diplomatique for their congratulations, and requested them to convey to their respective Governments the expression of his gratitude for the sympathy which had been shown him during the recent crisis. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

Speech delivered to the Prince of Bulgaria by the German Consul-General as Doyen of the Corps Diplomatique.

Le Corps Diplomatique s'empresse par mon organe de présenter à votre Altesse ses respectueuses félicitations à l'occasion du vote solennel de la Grande Assemblée Nationale. || Mes collègues et moi nous sommes heureux de constater que la nation Bulgare dans les circonstances actuelles s'est prononcée avec la même unanimité que le jour où elle a fixé son choix sur la personne de votre Altesse pour lui confier ses destinées. Cette nouvelle expression de la volonté du peuple Bulgare est un témoignage éclatant de ses sentiments de confiance et de fidélité envers votre Altesse, et de sa résolution de la suivre dans la voie où elle la guidera pour assurer le progrès, le bonheur et la prospérité de la Bulgarie.

Nr. 7624. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den engl. Min. d. Ausw. — Befriedigung der österreichischen Regierung über den Ausfall der bulgarischen Wahlen.

Vienna, July 15, 1881.

Nr. 7624. Gross-britannien. 15. Juli 1881.

My Lord, — Much satisfaction is felt here at the manner in which the Assembly at Sistova had granted the extraordinary powers demanded by the Prince of Bulgaria. || I observed to M. de Kallay, that there would have been more ground for satisfaction if there had been less pressure put upon the electors in naming their Delegates than I understood to have been the case. || His Excellency said, that he did not believe there had been pressure put upon the people, though it might have been exercised upon some of those who were terrorising them, and he was convinced that the large majority of the populations were as favourable to the Prince as the Assembly had shown itself. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 7625. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in St.-Petersburg. — Freundschaftliche Gestaltung der englisch-russischen Beziehungen.

Foreign Office, July 18, 1881.

Nr. 7625. Gross-britannien. 18. Juli 1881.

Sir, — Prince Lobanow called upon me to-day and read me a despatch from the Russian Minister for Foreign Affairs, dated the 1st July, on the affairs of Bulgaria. The Russian Government, M. de Giers said, considered that, as the question of an understanding between the Powers had been practically settled by the turn the elections had taken in favour of the Prince, the general impression was that the whole merit of the success due to His Highness' initiative should be left to him, and that it could only be diminished by an appearance of pressure on the part of Europe. The expression, however, of the wishes of the Powers might be kept in reserve in case the tendencies of the future Assembly should call for it. || The Russian Agent at Sophia had reported, that he and his colleagues had agreed to express the sentiments of their Governments in the verbal answer which they would have to give through their "doyen" to the notification of the Prince on the day preceding the meeting of the Assembly at Sistovo. || M. de Giers thought, that the Governments would eventually have to take note of the communication which would be made to them by the Prince of the result of the deliberations of the Assembly, and they would then be in a position to agree upon their answer. What all the Powers desired was a pacific and satisfactory termination of the crisis by the maintenance of the union between the Bulgarian nation and its elected Prince, in order to avoid a state of anarchy which would be contrary to the interests of Europe, and to the pacific object the Powers had in view when they esta-

Nr. 7625. Grossbritannien. 18. Juli 1881.

blished the Principality. || M. de Giers expressed his concurrence with my observations in the House of Lords, and stated that the Russian Government valued no less than that of Her Majesty the respect due to the internal independence of the Bulgarian nation and of its Chief. They took note of the fact of my having accepted, on behalf of Her Majesty's Government, the draft of declaration first proposed by Russia, and they felt sure that the British Agent at Sophia would be instructed to join in the conciliatory expression of the sentiments of Europe, as an appearance of disagreement between the Cabinets would inevitably do harm to the end which they all had in view. Unity of language would doubtless have the best influence on the disposition of the Assembly and the resolutions of Prince Alexander; and it would not prevent those Powers which, apart from their collective duties as Signatories of the Berlin Treaty, were specially interested in the Bulgarian question, from giving expression to the value which they attached to a preaceful solution. It might be hoped, that this would be attained by common efforts exerted in the same direction, and it would be an additional service rendered to the cause of peace by that concert of the Powers the initiative and merit of which belonged to Mr. Gladstone. || M. de Giers concluded his despatch with some remarks on the friendly feeling now existing between Russia and England, which had found expression on the occasion of the visit of the fleet under the command of His Royal Highness the Duke of Edinburgh to Cronstadt, and which was one of the fruits of the great and wise policy inaugurated by Mr. Gladstone in order to efface the dissensions which had no reason for existing between the two countries, and to bring them back to relations of sympathy and friendship, of which the Russian Government would always be ready to give proofs. || I thanked Prince Lobanow for the communication he had made to me of the contents of this despatch, and I said that, as regarded Bulgaria, it seemed to Her Majesty's Government that the efforts of the Powers should now be directed to inducing the Prince of Bulgaria to make a moderate use of the powers which had been confided to him by the Grand National Assembly. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7626. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Sophia. — Die Regierung missbilligt die Beglückwünschung des Fürsten durch den Geschäftsträger.

Foreign Office, July 30, 1881.

Nr. 7626. Grossbritannien. 30. Juli 1881.

Sir, — I have received, and laid before the Queen, your despatch of the 12th instant, and I have to acquaint you, that Her Majesty's Government approve your proceedings as therein reported, regarding the declaration which it was proposed that the Representatives of the Great Powers in Bulgaria

should make on the occasion of the meeting of the Great National Assembly. || As regards the speech of congratulation made by the Doyen on behalf of the Diplomatic Body to the Prince of Bulgaria after the vote of the Assembly, of which a copy is inclosed in your further despatch of the 13th instant (which has likewise been laid before Her Majesty), I have to state to you, that this speech goes further in some of its expressions than Her Majesty's Government would themselves have desired; but they can understand the difficulty you would have had in separating yourself from your colleagues on such an occasion, and the more so as the Assembly had already pronounced itself in favour of the Prince's proposals, and the address could not therefore be considered as designed to influence their vote, or as having the same political importance as the one delivered before the meeting of the Assembly. || Your participation in the congratulations offered to Prince Alexander will, Her Majesty's Government hope, strengthen rather than weaken your position with His Highness, in offering advice in the sense of the instructions which I transmitted to you on the 22nd instant. For proofs in the future of the moderation which they have recommended, Her Majesty's Government will continue to look with solicitude. || I am &c.

Nr. 7626. Gross-britannien. 30. Juli 1881.

Granville.

Französisches Schifffahrtsgesetz.

Nr. 7627. FRANKREICH. — Schifffahrtsgesetz vom 29. Jan. 1881.

Loi sur la Marine Marchande.

Nr. 7627. Frankreich. 29. Jan. 1881.

Le Sénat et la Chambre des Députés ont adopté,

Le Président de la République promulgue la Loi dont la teneur suit:

Article 1er. La franchise du pilotage est accordée à tous les navires à voiles ne jaugeant pas plus de 80 tonneaux, et aux navires à vapeur dont le tonnage ne dépasse pas 100 tonneaux, lorsqu'ils font habituellement la navigation de port en port. et qu'ils pratiquent l'embouchure des rivières. ‖ Toutefois, sur la demande des chambres de Commerce et après une instruction faite dans les formes ordinaires, des règlements d'administration publique détermineront les améliorations qu'il y aurait lieu d'apporter aux règlements actuels dans l'intérêt de la navigation.

Art. 2. Pour les navires au long cours, la visite prescrite par l'Article 225 du Code de Commerce, pour un chargement nouveau pris en France, ne sera obligatoire que s'il s'est écoulé plus de six mois depuis la dernière visite, à moins toutefois qu'ils n'aient subi des avaries.

Art. 3. Les actes ou procès-verbaux constatant les mutations de propriété des navires, soit totales, soit partielles, ne seront passibles à l'enregistrement que du droit fixe de 3 fr. L'Article 5 No. 2 de la Loi du 28 Février, 1872, est abrogé en ce qu'il a de contraire à la présente disposition.

Art. 4. En compensation des charges que le Tarif des Douanes impose aux constructions de bâtiments de mer, il leur est attribué les allocations suivantes: — Pour les navires en fer ou en acier, 60 fr. par tonneau de jauge brute. ‖ Pour les navires en bois de 200 tonneaux ou plus, 20 fr. ‖ Pour les navires en bois de moins de 200 tonneaux, 10 fr. ‖ Pour les navires mixtes, 40 fr. ‖ Pour les machines motrices placées à bord des navires à vapeur et pour les appareils auxiliares, tels que pompes à vapeur, servo-moteurs, treuils, ventilateurs, mus mécaniquement, ainsi que pour les chaudières qui les ali-

mentent, et leur tuyautage, 12 fr. par 100 kilog. || Sont considérés comme navires mixtes les navires bordés en bois, dont la membrure et barotage sont entièrement en fer ou en acier.

Art. 5. Toute transformation d'un navire ayant pour résultat d'en accroître la jauge donne droit à une prime calculée conformément au Tarif ci-dessus, d'après nombre de tonneaux d'augmentation de la jauge. || La prime est accordée pour les machines motrices et les appareils auxiliaires mis en place après l'achèvement du navire. || Lors des changements de chaudières, il est alloué au propriétaire du navire une compensation de 8 fr. pour 100 kilog. de chaudières neuves pesées sans les tubes et de construction Française.

Art. 6. Les allocations déterminées par les Articles 4 et 5 sont payées après la délivrance de l'acte de francisation, par les soins du Receveur des Douanes du lieu de construction le plus rapproché.

Art. 7. Est supprimé le régime de l'admission en franchise institué en exécution de l'Article 1er de la Loi du 19 Mai, 1866, et de l'Article 2 de la Loi du 17 Mars, 1879.

Art. 8. A l'égard des navires en chantier au moment de l'entrée en vigueur de la présente Loi, les constructeurs ne recevront les allocations stipulées par l'Article 4 que sous déduction du montant des droits de Douane déterminés par le Tarif Conventionnel relativement aux matières étrangères dont ils auraient obtenu l'admission en franchise pour la construction de ces navires.

Art. 9. A titre de compensation des charges imposées à la marine marchande pour le recrutement et le service de la marine militaire, il est accordé pour une période de dix années, à partir de la promulgation de la présente Loi, une prime de navigation aux navires Français à voiles et à vapeur. || Cette prime s'applique exclusivement à la navigation au long cours. || Elle est fixée, par tonneau de jauge nette et 1,000 milles parcourus, à 1 fr. 50 c. pour les navires de construction Française sortant de chantier et décroît par année de: —

0 fr. 075 pour les navires en bois;
0 fr. 075 pour les navires composites;
0 fr. 05 pour les navires en fer.

La prime est réduite à moitié de celle déterminée ci-dessus pour les navires de construction étrangère. || Les navires francisés avant la promulgation de la présente Loi sont assimilés, pour la prime, aux navires de construction Française. || La prime est augmentée de 15 pour cent pour les navires à vapeur construits sur des plans préalablement approuvés par le Département de la Marine. || Le nombre des milles parcourus est calculé d'après la distance comprise entre le point de départ et d'arrivée, mesurée, sur la ligne directe maritime. || En cas de guerre, les navires de commerce peuvent être réquisitionnés par l'Etat. || Sont exceptés de la prime les navires affectés à la grande et à la petite pêche, aux lignes subventionnées et à la navigation de plaisance.

Nr. 7627. Frankreich. 29. Jan. 1881.

Art. 10. Tout capitaine de navire recevant l'une des primes fixées par l'Article 9 de la présente Loi, sera tenu de transporter gratuitement les objets de correspondance qui lui seront confiés par l'Administration des Postes, ou qu'il aura à remettre à cette Administration, en vertu des prescriptions de l'Arrêté des Consuls du 19 Germinal an X. || Si un agent des Postes est délégué pour accompagner les dépêches, il sera également transporté gratuitement.

Art. 11. Un règlement d'administration publique, contenant notamment un état des distances de port à port, déterminera le mode d'application de la présente Loi. || La présente Loi, délibérée et adoptée par le Sénat et par la Chambre des Députés, sera exécutée comme Loi de l'État.

Fait à Paris, le 29 Janvier, 1881.

Jules Grévy.

Par le Président de la République:
Le Ministre de l'Agriculture et du Commerce,
P. Tirard.
Le Ministre de la Marine et des Colonies,
G. Cloué.
Le Ministre des Finances,
J. Magnin.

Bericht der Commission des Senates über das Schifffahrtsgesetz.

(Auszug.)

I.

Messieurs, — La marine marchande Française est en décadence constante; chaque année, ses chantiers de construction perdent de leur importance, et si la crise qui dure depuis tant d'années se prolonge, nous n'aurons bientôt plus, en France, d'autre marine au long cours que celle de nos lignes postales subventionnées. || On peut ne pas être d'accord sur les causes du mal ou sur les remèdes à y apporter, mais il n'est pas possible de nier les faits matériels constatés par les enquêtes. || Dans l'état de la question, nous croyons superflu de démontrer des faits incontestables, il suffit de nous en référer aux enquêtes, aux exposés des motifs des propositions de MM. Lecesne et Lachambre (1877) aux Rapports de MM. Ancel (1872 et 1876), Depuy de Lôme (1874), Desseaux (1879 et 1880). || La France peut-elle accepter avec indifférence la ruine de sa marine au long cours? || Doit-elle se résigner à la fermeture de ses chantiers de construction? || Bien peu de personnes se sont montrées disposées à accepter cette politique de résignation; et, parmi ceux qui ont combattu avec le plus de vivacité les demandes de nos armateurs et de nos constructeurs, presque tous reconnaissent que la marine marchande est une industrie dont l'existence importe à la puissance de la France. || La marine marchande constitue, en effet, à la fois — une réserve nécessaire pour notre marine de guerre, dont elle assure le recrutement — un auxiliaire précieux pour notre industrie et notre commerce, auxquels elle ouvre de nouveaux

marchés en portant notre influence dans les pays lointains, et en y faisant connaître notre civilisation et nos produits. || Ces considérations ne sont pas de simples théories susceptibles d'être controversées; elles sont reconnues, par notre législation même, comme des principes incontestables; et c'est sur ces principes que sont motivées les dispositions qui assurent d'importantes subventions aux armements de la grande pêche et à l'exploitation de nos lignes postales. || Personne n'a jamais contesté, en ce qui concerne le recrutement de notre flotte, les avantages que produisent les encouragements donnés aux grandes pêches. || Quant aux avantages que notre industrie et notre commerce peuvent retirer de l'établissement de relations fréquentes, sous pavillon Francais, avec les pays lointains, il peut ne pas être inutile de rappeler, à titre d'exemple, les résultats de l'établissement de la ligne postale subventionnée qui relie Bordeaux avec le Brésil, le Rio de la Plata, et l'Uruguay. || La moyenne du commerce général de la France avec ces trois pays avait été dans les quatre années qui ont précédé l'ouverture de la ligne (1860), pour les importations et les exportations réunies, de 200,000,000 fr. En 1869 le mouvement s'était élevé de 137 pour cent, il atteignait 475,000,000 fr. || Le tonnage représentant le mouvement du port de Bordeaux avec le Brésil, le Rio de la Plata, et l'Uruguay avait plus que quintuplé, déduction faite du tonnage postal; il était de 89,000 tonnes au lieu de 16,000 tonnes. || Ces constatations sont la plus concluante démonstration de l'influence que peut avoir la présence du pavillon Français pour le développement de nos relations commerciales. || La prospérité de la marine marchande a donc pour notre commerce et notre industrie un intérêt analogue à celui qu'elle a pour notre puissance navale. || C'est la reconnaissance de ces principes qui a motivé l'Article 2 de la Loi du 28 Juillet 1873, ainsi conçu: — || "Le Gouvernement fera étudier par une Commission nommée par lui, les moyens les plus efficaces de venir en aide à la marine marchande et d'assurer sa prospérité." || Par suite de quelles circonstances cet engagement formel n'a-t-il pas encore été tenu? || La Commission promise fut instituée par Décret du 15 Octobre 1873. Elle examina avec la plus grande compétence toutes les questions se rattachant aux industries maritimes; ses délibérations ont été condensées dans le beau Rapport de M. Dupuy de Lôme, adopté le 15 Juillet 1874. || C'est seulement en 1875 que le Parlement fut saisi de la question, au Sénat, par une proposition de notre regretté collègue, M. Vandier; à la Chambre, par les propositions de MM. Lecesne et Lachambre. || Après un Rapport de M. Ancel, du 3 Juillet 1876, notre Commission fut nommée pour l'étude de la proposition de M. Vandier. || Le système proposé par M. Vandier avait été emprunté aux conclusions du Rapport de M. Dupuy de Lôme; il tendait à l'établissement d'une prime aux équipages embarqués; il devait donc avoir pour conséquence l'ouverture d'un crédit. || Cette considération fit décider par votre Commission, après plusieurs réunions, qu'il y avait avantage à laisser la Chambre statuer sur les propositions de MM. Lecesne et Lachambre, et, conformément

Nr. 7 27. Frankreich. 29. Jan. 1881.

à l'avis du Ministre du Commerce, M. Teisserenc de Bort, votre Commission décida, en Février 1877, l'ajournement de ses séances, jusqu'à la décision de la Chambre des Députés. || Les événements politiques interrompirent ses travaux, et, plus tard, la solution fut retardée par les dissentiments qui se manifestèrent sur le système à adopter. Si tout le monde était d'accord sur le mal, on était très divisé sur les remèdes à employer. || Un certain nombre d'armateurs ne se résignaient pas à renoncer au système des surtaxes condamné par l'expérience de 1872. || La question se compliquait d'une certaine rivalité d'intérêts, entre les constructeurs et les armateurs. || Enfin, il faut bien le reconnaître, la plupart de ceux qui parlaient au nom de la marine marchande et qui s'étaient longtemps retranchés dans le système protectionniste, étaient combattus, systématiquement, par les partisans de la liberté commerciale, plutôt, peut-être, à raison des arguments mis au service de la marine marchande, qu'à raison même du fond de ses demandes. || De là un malentendu persévérant qui, nous essayerons de le démontrer tout à l'heure, n'a plus de raison d'être aujourd'hui. || Pendant ces longs débats, les maux de la marine marchande ne cessaient de s'aggraver. || Enfin l'accord se fit et, après des études prolongées, la Chambre adopta, dans sa séance du 10 Juillet 1880, le projet dont nous sommes saisis. || Les souffrances de nos industries maritimes sont si intenses, il y a une telle urgence à y porter remède que, pour éviter de nouveaux retards, votre Commission n'aurait pas été éloignée de vous proposer l'adoption pure et simple de la loi votée par la Chambre, en se réservant d'apporter aussitôt après une proposition de réforme ayant pour objet d'améliorer la nouvelle législation. || Nous étions encouragés à entrer dans cette voie par les instances d'un très grand nombre des délégués des ports, qui se montraient disposés à accepter la nouvelle loi avec ses imperfections les plus évidentes, pourvu que l'on sortît du provisoire si préjudiciable à leurs intérêts, et qu'on accordât enfin à la marine marchande la loi qui lui avait été si solennellement promise en 1873. || Mais, après avoir entendu les Ministres du Commerce et de la Marine, après avoir reçu d'eux l'assurance formelle que le renvoi à la Chambre ne pourrait causer de retard sérieux, si le Sénat se bornait à introduire dans la loi deux modifications acceptées par les Représentants du Gouvernement, par les membres de la Commission, et par le plus grand nombre des délégués des ports, nous nous sommes décidés à proposer au Sénat ces deux modifications. || Nous les justifierons en commentant l'Article 9. || Le projet, tel que nous vous le présentons, pourrait, de l'avis de plusieurs membres de la Commission, être amélioré et complété. || Cependant nous conformant à l'opinion du Gouvernement, aux désirs de la grande majorité des délégués des ports, nous sommes unanimes pour vous proposer l'adoption des dispositions votées par la Chambre avec les deux seules modifications annoncées. || L'accord est donc complet entre le Gouvernement et la Commission; nous espérons même que les partisans du système protectionniste, comme ceux du système libreéchangiste, pourront voter ce projet qui donne

Nr. 7627. Frankreich. 29. Jan. 1881.

satisfaction à la marine marchande sans porter aucune atteinte au principe de la liberté commerciale. || C'est ce que nous voudrions démontrer, avant d'entrer dans l'examen de chacune des dispositions de la loi. || Voici comment, selon nous, le débat se trouve dégagé des objections que présentaient autrefois les partisans de la liberté commerciale à toutes les propositions de protection en faveur de la marine marchande. || Il ne s'agit plus aujourd'hui de prendre des mesures contre les marines concurrentes, afin de les éloigner du marché Français; il s'agit seulement d'accorder à nos industries maritimes des encouragements qui, sans apporter aucune entrave à la navigation étrangère, auront pour résultat de dégrever les constructeurs Français, et d'aider les entreprises de nos armateurs. || Ceux-ci sont presque tous résignés à ne plus demander aujourd'hui le salut de la marine au rétablissement de la surtaxe de pavillon. || Cette surtaxe consistait dans une aggravation des droits de Douane pour les produits exotiques, dont le transport, dans un port Français, était effectué par navire étranger. Cette aggravation variait suivant la nature des produits, selon les provenances, et aussi en raison des distances. Le législateur avait cherché à proportionner les encouragements aux difficultés vaincues et à la grandeur des risques. || La surtaxe de pavillon était donc un obstacle apporté par la loi à l'introduction des navires étrangers dans les ports Français. Elle avait pour effet d'augmenter, aux dépens des consommateurs, le prix qui revient, dans la mesure de leur majoration; l'on s'explique donc que le commerce et l'industrie s'en soient alarmés, puisque la conséquence devait être, sinon d'empêcher, au moins de rendre plus difficile l'accès de nos ports à la marine étrangère. || Mais les Traités pour l'assimilation des pavillons, l'usage généralement adopté des expéditions à consignation en quête des marchés les plus avantageux et encore inconnus au moment du départ, et enfin la tentative infructueuse de 1872 pour le rétablissement de la surtaxe de pavillon, ont amené le plus grand nombre de nos armateurs à ne plus réclamer le rétablissement de ce système. || La situation se trouve donc modifiée, et les défenseurs de la marine marchande n'ont plus à redouter les objections de principe qui étaient opposées à leurs demandes au nom du système de la liberté du commerce. || Proclamons le donc avec instance: les mesures proposées aujourd'hui, en faveur de la marine marchande, n'ont plus pour but de créer des obstacles artificiels à la marine étrangère; mais laissant à cette marine concurrente toute liberté, les mesures proposées ont pour but de donner à nos constructeurs et à nos armateurs des facilités pour la construction et pour la navigation. || Par quels moyens? || En mettant à leur disposition, à des conditions favorables, les matières premières de leur industrie. || Par exemple, pour les constructeurs, en leur permettant d'avoir en franchise, les métaux, les bois, &c., dont ils ont besoin et cela, au moyen d'une subvention de construction équivalente à la franchise; pour les armateurs, en leur facilitant l'acquisition, l'exploitation de leur instrument de travail, le navire, par une subvention de navigation. || Comment le commerce et l'industrie seraient-ils

Nr. 7627. Frankreich. 29. Jan. 1881.

fondés à réclamer contre l'application de ces mesures qui, n'enlevant aux navires étrangers aucun des avantages dont ils sont en possession, leur laissant toutes facilités d'accès dans nos ports, consistent uniquement à donner de plus grandes facilités à la construction et à l'exploitation de notre matériel naval? || On doit, sans doute, examiner au point de vue des contribuables, si l'emploi des fonds du Trésor, fait dans le but que nous venons d'indiquer, est justifié par les avantages qui en résultent au point de vue de l'intérêt général. || Mais, en ce qui concerne l'intérêt spécial du commerce et de l'industrie, aucune objection n'est plus à craindre, puisque les facilités données à la marine nationale sous forme de primes à la construction ou à la navigation, ne peuvent avoir d'autre conséquence que l'abaissement du prix des frets et, par suite, le développement des opérations commerciales. || De même, pour les transports par terre, on peut se demander si les dépenses faites sur nos routes, si les subventions accordées à la construction de nos chemins de fer (travaux d'infrastructeure) ou à leur exploitation (garanties d'intérêt) sont justifiées au point de vue de l'intérêt géneral; mais en ce qui concerne l'intérêt spécial du commerce et de l'industrie, personne ne contestera que toutes les facilités données aux transports ne constituent des avantages considérables. || En accordant au constructeur une subvention qui lui permet d'établir son navire dans des conditions favorables, en donnant à l'armateur une subvention qui diminue les charges d'intérêt ou d'amortissement, ou même d'exploitation de son navire, le législateur ne fera donc rien qui soit en contradiction avec sa pratique habituelle à l'égard de toutes les entreprises d'intérêt général, canaux, chemins de fer, etc., et ne craignons pas de le répéter, rien qui soit en contradiction avec les principes de la liberté commerciale. || Ainsi, la nouvelle forme dans laquelle la protection est proposée en faveur de la marine marchande ne peut plus soulever une question de principe d'économie politique, mais une simple question d'utilité: celle de savoir si la dépense est justifié par les avantages qui en résulteront, non seulement pour la marine, mais pour le commerce et l'industrie comme pour la puissance militaire de la France. || La question étant posée sur ce terrain, la solution ne nous paraît plus pouvoir faire doute. || Nous ne croyons pas utile de reproduire, même en les résumant, les enquêtes, les controverses dont la question de la marine marchande est l'object depuis plusieurs années. || Sur ces points, nous nous en référons aux documents Parlementaires cités au commencement de ce Rapport. || Nous nous contenterons d'exposer et d'expliquer les dispositions proposées. || Elles peuvent se diviser en deux catégories: celles qui concernent certaines réformes de détail (Articles 1 à 3), celles qui concernent l'institution des primes à la construction et à la navigation (Article 4 à 10). || Ces mesures, nous l'avons déjà dit, ne sont pas les seules qu'il pourrait être utile d'adopter. || Nous aurions désiré qu'il fut possible de résoudre immédiatement, dans un sens favorable au développement de la marine, les questions relatives au grand cabotage, aux droits de quai, aux taxes Consulaires, à l'augmentation de la retraite des inscrits ma-

ritimes. Mais nous avons pensé que, dans la situation, il y aurait de grands inconvénients à soulever de nouveaux débats. || Il nous a paru préférable d'aboutir sur les questions dont l'instruction est complète, et dont la solution ne semble pouvoir faire doute sauf à réserver toutes les autres.

Nr. 7627. Frankreich. 29. Jan. 1881.

II.

Ces considérations générales exposées il nous reste à examiner en détail chacune des dispositions de la loi, et à justifier les modifications que, d'accord avec le Gouvernement, la Commission a cru devoir apporter au projet primitif.

— — — — — — — — — — — — — — —

Article 4. — *Prime à la Construction.*

D'après les Traités conclus depuis la Loi du 19 Mai, 1866, les navires à voile ou à vapeur peuvent être francisés en payant un droit de 2 fr. par tonneau de jauge. || Comme compensation, on a attribué aux constructeurs de navires en France la faculté d'introduire en franchise les matières nécessaires à leur construction. || L'Article 5 de la Loi du 30 Janvier, 1872, avait eu pour objet de modifier cette situation. Mais cette loi n'ayant pu, à raison des Traités existants, recevoir son exécution, et ayant été en partie abrogée par la Loi du 28 Juillet, 1873, les constructeurs sont encore, en fait, régis par la Loi du 19 Mai, 1866. || L'expérience a démontré que l'application continue de ce régime amènerait fatalement la ruine de nos chantiers de grande construction navale. || En effet, la faculté d'introduire en franchise les matières premières de construction accordée en principe à nos constructeurs comme compensation du droit d'introduire des navires tout gréés au droit de 2 fr. par tonneau, n'est pas réalisée en pratique et ne constitue par conséquent qu'une compensation apparente. En voici la raison: || L'importation d'un navire en fer tout armé, au droit de 2 fr. par tonneau, représente pour l'importateur une décharge s'élevant, suivant les calculs de M. Dupuy de Lôme (pp. 41 et 42 de son Rapport), à 62 fr. par tonne et à 14 fr. par 100 kilog., en ce qui concerne la machine. || Or, d'après le Décret du 8 Juin, 1866, les machines et objets fabriqués avec des matières introduites en franchise doivent représenter les mêmes matières, *poids pour poids, sans aucun déchet.* || Déjà, par suite de cette restriction, la remise des droits sur le poids net, pour le constructeur Français, ne représente que 44 fr. par tonneau et 5 fr. par 100 kilog. de machines et accessoires. || De plus, comme, en réalité, il n'est pas possible aux constructeurs d'importer directement les fers dont ils ont besoin, et cela à raison du caractàre d'urgence des commandes et des délais de livraison, l'importation directe à l'identique est impraticable. Les constructeurs sont dans la nécessité, pour profiter de la loi, de recourir au régime des acquits à caution. || Le Ministre du Commerce, M. Tirard, a reconnu que, par le mécanisme des acquits à caution, les constructeurs perdaient une notable partie des droits dont on avait voulu leur assurer la restitution. || Ce fonctionnement défectueux des acquits à caution, joint à la restriction du Dé-

Nr. 7627. Frankreich. 29. Jan. 1881.

cret du 28 Juin, 1866, qui n'admet pas, même en principe, la franchise de droits sur la totalité des matières premières brutes nécessaires à une construction, fait que le constructeur Français n'obtient, par la législation actuelle, qu'une décharge de droits représentant en moyenne 22 fr. par tonneau de jauge et 3 fr. 50 c. par 100 kilog. de machines, au lieu de 62 fr. par tonneau et 14 fr. par 100 kilog. de machines, dont profite le constructeur étranger. La prime qui résulte de ces diverses circonstances en faveur des constructeurs étrangers peut donc être évaluée à 40 fr. par tonneau de jauge et à 10 fr. 50 c. par 100 kilog. de machines. || Le remède consiste à substituer aux moyens organisés par le Décret du 8 Juin, 1866, qui sont reconnus absolument insuffisants en pratique, un moyen plus simple et plus efficace: l'allocation d'une subvention fixée à forfait et représentant les droits perçus sur les matières premières nécessaires à la construction d'un navire. || C'est cette subvention, qui ne représente en réalité qu'une compensation, qu'on a improprement désignée sous le nom de prime à la construction. || M. Léon Say, Ministre des Finances, avait déjà accepté, en 1877, le principe de cette prime à la construction, en reconnaissant, "qu'elle n'est, en réalité, qu'une procédure spéciale pour réaliser, en faveur des constructions maritimes, la franchise des matières premières." || Restait à fixer le chiffre de l'allocation. Cette question a été résolue à la suite d'une enquête faite par M. Dislère, Ingénieur des constructions navales au Ministère de la Marine. Les bases établies par l'Article 4 ne diffèrent pas de celles que la Commission de 1874 avait adoptées. Elles sont aujourd'hui acceptées d'un commun accord.

— — — — — — — — — — — — — — —

Article 9. — *Prime à la Navigation.*

Nous arrivons à une des dispositions les plus importantes de la loi. || Après avoir apporté par les Articles 1 et 3 quelques simplifications et améliorations au régime légal de la marine marchande, après avoir assuré aux constructeurs par les Articles 4 à 8 la franchise des matières premières au moyen d'une allocation qui n'est, en réalité, qu'une restitution, il reste à trouver des moyens d'encourager directement nos armements afin de leur rendre l'importance qu'ils ont perdue. || Il est certain, malheureusement, que les réformes de détail que nous venons d'exposer, que même la prime à la construction seraient insuffisantes pour assurer la prospérité de notre marine marchande. || En abrogeant les surtaxes de pavillon sur les marchandises importées en France par les navires étrangers, la Loi du 28 Juillet, 1873, avait mis le Gouvernement en demeure de rechercher "les moyens les plus efficaces de venir en aide à la marine marchande et d'assurer sa prospérité." || Or, c'est dans la prime à la navigation, instituée par l'Article 9, que nous espérons trouver le principal de ces moyens. || Le texte de l'Article 9 est précis: C'est "à titre de compensation aux charges imposées pour le recrutement et le service de la marine militaire" que la prime est accordée. || Elle n'est in-

stituée qu'à titre provisoire. Un délai de dix ans a paru suffisant pour assurer le relèvement de notre marine. || La suppression du paragraph 2 avait été proposée comme conséquence d'un amendement de M. Dupuy de Lôme, qui avait pour objet d'appeler les navires du grand cabotage à participer à la prime. || Cet amendement était ainsi conçu: || "Une prime égale à la moitié de celle accordée à la navigation au long cours, est allouée à la navigation au grand cabotage, par navire de construction Française. Elle est réduite au quart pour la navigation au grand cabotage, par navire de construction étrangère." || Les motifs suivants étaient invoqués à l'appui de l'amendement: || Comme la navigation au long cours, la navigation au grand cabotage est une navigation de concurrence. || Elle forme aussi d'excellents marins pour le recrutement de notre flotte. || Elle est également en décroissance. || Il y aurait donc équité et opportunité à l'appeler à profiter dans une certaine mesure de l'application du nouveau régime. || Cependant, par des considérations d'une très grande force, qui nous ont été présentées par le Gouvernement, et que la Commission a jugé inutile de développer dans ce Rapport, la Commission et l'auteur même de la proposition ont reconnu que l'amendement ne devait pas être introduit dans la loi. || Il serait pourtant désirable de trouver un moyen de venir en aide au grand cabotage; le régime de la prime étant, comme celui des surtaxes, reconnu, quant à présent, impracticable, pour le grand cabotage, on a proposé de lui accorder une compensation par la réduction de certains droits, qui, d'après les exemples qui nous ont été donnés, arrivent souvent à un chiffre considérable. || Ainsi, on nous a cité un armateur de Marseilles (M. Fraissinet), qui paye par an 74,000 fr. de droits Consulaires. Un navire appartenant à la ligne de Marseilles au Danube a payé, en moins de sept jours, à neuf Consulats différents, 262 fr.; enfin, on nous a exposé qu'un navire de 300 tonnes, faisant quarante voyages par an, de Nice à Gênes, a payé en une seule année 6,000 fr. de droits de quai. || Des exemples analogues nous ont été donnés par un armateur de Rouen (M. Granchamp). || Ces droits Consulaires comme les droits de quai sont, nous a-t-on dit, des droits fiscaux créés par la législation Française; il dépendrait donc du législateur de diminuer la charge, en décidant, par exemple, que les droits ne seront dus qu'une fois par mois, ou qu'ils seront réduits par des abonnements. || On pourrait répondre qu'une réduction des droits de quai profiterait surtout à la navigation étrangère, que de plus, il est difficile de réclamer la réduction des droits au moment où le Trésor accepte la charge des primes à la construction et à la navigation. || Mais, ainsi que nous l'avons dit, la Commission a résolu de réserver absolument ces questions, pour ne réclamer uniquement que les solutions sur lesquelles l'accord s'est établi.

Le troisième paragraphe de l'Article 9 a été modifié, conformément à l'avis du Gouvernement, par l'adoption d'un amendement présenté par M. Dupuy de Lôme. || La rédaction, adoptée par la Chambre, ne faisait aucune distinction entre les navires de construction Française et entre les navires de

Nr. 7627. Frankreich. 29. Jan. 1881.

construction étrangère qui pourraient être francisés au lendemain de la promulgation de la loi, en vue de profiter de la prime de navigation. || La Commission et leur Gouvernement ont reconnu qu'il y avait lieu de craindre que, par certaines combinaisons de spéculation, on ne se préparât à constituer, sous notre pavillon, une navigation qui ne serait Française qu'en apparence. || Les sacrifices considérables que le Trésor va s'imposer ont exclusivement pour objet le développement de notre marine nationale; il ne faut pas qu'ils soient détournés de leur but au profit d'une marine qui ne naviguerait sous pavillon Français qu'en tournant la loi. Notre marine nationale n'existera véritablement que quand nous aurons sur notre territoire les grands chantiers nécessaires à sa construction. | Aussi, conformément à l'amendement de M. Dupuy de Lôme, et à la demande du Gouvernement, la Commission vous propose de décider, qu'auront seuls droit à la prime entière de navigation les navires aujourd'hui Français, qu'elle que soit leur origine (construction Française ou francisation). | Quant aux navires de construction étrangère qui n'entreront dans notre marine que par un acte de francisation postérieur à la promulgation de la loi, ces navires n'auront que moitié de la prime de navigation. || Cette restriction constituera une certaine gêne pour nos armateurs qui, s'ils veulent jouir de la prime entière pour leurs navires neufs, devront donner aux chantiers Français la préférence de leurs commandes. || On a répondu à cette objection que, de cette gêne (qu'il ne faut pas exagérer, car les chantiers Français pourront produire plus de 53,000 tonnes de navires à vapeur en moins de deux ans) résultera un avantage précieux, la reconstitution d'une grande industrie nécessaire à la sécurité du pays; que, de plus, il serait fâcheux que les sacrifices du Trésor Français eussent pour première conséquence de développer les chantiers étrangers ou de favoriser l'introduction, en France, de vieux bâtiments étrangers ne réunissant pas les progrès réalisés dans les constructions les plus récentes. || Cette faveur accordée à la navigation par navire de construction Française ne constitue pas, comme on a essayé de le dire, une seconde prime accordée à la construction, puisque nous avons démontré que la subvention, dite prime de construction, n'était, en réalité, que la représentation des droits pesant sur les matières premières. || Il faut remarquer que l'application de l'amendement n'aura pas pour effet d'assurer un monopole aux constructeurs Français, ils auront encore à lutter contre la concurrence étrangère; car, dans bien des cas, la différence du prix de construction pourra compenser la réduction de la prime. || Ceux des nos armateurs qui croiront devoir recourir à la construction étrangère profiteront encore largement de la nouvelle loi, puisqu'elle leur assurera la moitié de la prime de navigation. || Après l'introduction de l'amendement de M. Dupuy de Lôme, le 3e paragraphe sera ainsi conçu et complété: — || "Elle (la prime) est fixée par tonneau de jauge nette, et par 1,000 milles parcourus, à 1 fr. 50 c. pour les navires de construction Française sortant du chantier et décroît par année de: 0,075 pour les navires en bois; 0,075 pour les navires

composites; 0,050 pour les navires en fer. || "La prime est réduite à moitié de celle déterminée ci-dessus pour les navires au long cours, de construction étrangère. || "Les navires francisés, avant la promulgation de la présente loi, sont assimilés, pour la prime, aux navires de construction Française." || Le paragraphe 6 prévoit, pour un cas tout à fait exceptionnel, une augmentation de prime. C'est pour le cas où des navires seraient construits sur des plans approuvés préalablement par le Département de la Marine, et seraient susceptibles par conséquent d'être plus utilement affectés aux besoins de l'Etat. || Les paragraphes 7, 8 et 9 n'exigent pas de commentaires. || Nous arrivons à la seconde modification que nous vous proposons d'apporter au projet. || La Chambre avait terminé l'Article 9 par une disposition finale dont nous sommes unanimes à vous demander la suppression. || Cette suppression est réclamée à la fois par l'amendement de M. Dupuy de Lôme et par le Gouvernement. || La disposition dont il s'agit a été improvisée à la fin de la discussion dans les circonstances suivantes: — || L'honorable M. Farcy avait proposé d'introduire dans le projet une disposition appelant l'équipage à toucher directement une partie de la prime de navigation. Mais la discussion avait établi que ce système aurait dans la pratique les inconvénients qui avaient fait abandonner le système dit de la prime à l'homme. || C'est alors qu'a surgi l'idée d'attribuer cette partie de la subvention à la Caisse des Invalides de la Marine, afin d'améliorer la pension de retraite des inscrits. || En adoptant cette proposition, on n'a pas réfléchi que l'augmentation de la pension des inscrits était un besoin permanent auquel il n'était pas logique de donner satisfaction par une loi transitoire dont l'action était limitée à une période de dix années. || Que, de plus, d'après un calcul de probabilité qui n'a pas été contesté, la retenue de 20 pour cent donnerait pendant dix ans une somme d'un million et demie en moyenne par an, somme excédant de beaucoup la moyenne de l'annuité (750,000 fr.), qui est jugée suffisante pendant les dix premières années pour assurer aux inscrits une augmentation de moitié sur leur pension, dite demi-solde. || La nécessité d'améliorer la pension de retraite des inscrits maritimes a motivé une proposition présentée à la Chambre des Députés par MM. Gambetta et Rouvier. Cette proposition a été prise en considération sur un Rapport de M. Jametel, en date du 30 Novembre, 1878; elle a fait depuis l'objet d'un Rapport favorable de M. Lavieille, déposé le 27 Janvier, 1880. Elle est aujourd'hui à l'ordre du jour. La question recevra donc bientôt une solution, et satisfaction pourra être donnée directement et logiquement par une loi permanente aux légitimes réclamations des inscrits maritimes. || Le but devant être atteint par une loi spéciale, il n'y a pas lieu de le poursuivre par voie indirecte, au moyen d'une loi transitoire. || Une critique plus grave pouvait encore être faite à la disposition dont nous proposons la suppression; le versement à la Caisse des Invalides de la Marine de la retenue de 20 pour cent ne constituait pas, en réalité, un avantage pour les inscrits car ce versement n'avait pour résultat que de diminuer le déficit de la Caisse, qui

Nr. 7627. Frankreich. 29. Jan. 1881.

s'élève aujourd'hui à 13,000,000 fr. par an, et qui est supporté par l'Etat. Demandez à l'Etat de prélever 20 pour cent de la prime de navigation, équivalait à prendre une certaine somme dans une de ses caisses, pour la verser à son profit dans une autre caisse, c'était, en réalité, réduire de 20 pour cent la prime de navigation, sans aucun profit pour les inscrits. || Si tel était le but qu'on se proposait, n'était-il pas plus simple de procéder par voie de réduction directe? || Il est vrai qu'afin de donner à ce paragraphe une interprétation qui n'en fit pas un avantage absolument illusoire, on a supposé que le versement, tout en étant fait à la Caisse des Invalides de la Marine, ne constituerait pas un profit pour cette caisse, mais un dividende à partager entre les inscrits dans des proportions à déterminer. || Dans ce cas, tous les inscrits sans distinction, même ceux du petit cabotage, seraient appelés à bénéficier d'une retenue faite sur la navigation au long cours. Même en admettant cette interprétation qui ne paraît pas avoir été dans l'esprit du législateur, il serait plus simple, si la prime de navigation était jugée excessive, de la réduire d'un cinquième, et d'aviser, par une loi spéciale, comme le proposent MM. Gambetta et Rouvier, à l'augmentation de la pension de retraite des inscrits. || Mais nous savons par les enquêtes, par les nombreux documents produits, par la déclaration même de M. le Ministre du Commerce, nous savons que la prime ne sera pas excessive, surtout après la réduction de moitié que nous proposons pour les navires de construction étrangère francisés seulement après la promulgation de la loi. || Les délégués des ports entendus par la Commission avaient été unanimes à reconnaître que le dernier paragraphe de l'Article 9 ne constituait en faveur des demisoldiers que l'apparence d'un avantage; cependant, malgré le préjudice que leur causait ce prélèvement, ils n'avaient pas réclamé la suppression de la disposition, afin de ne pas paraître discuter à leurs équipages un avantage que la Chambre avait eu la pensée de leur assurer, et aussi afin de ne pas retarder le vote de la loi. Mais les Ministres du Commerce et de la Marine nous ayant signalé l'un et l'autre les résultats illusoires de la retenue proposée au profit de la Caisse des Invalides et nous en ayant demandé la suppression, nous n'hésitons pas à vous la proposer. Du reste, il ne faut pas oublier que les équipages sont appelés à profiter des encouragements donnés aux armements. || La solde n'est pas fixe: elle suit la loi commune de l'offre et de la demande; elle varie de 50 à 80 fr. par mois. Si la loi a l'effet que nous en espérons, si les armements deviennent plus nombreux, par suite de l'accroissement de la demande, la solde des équipages s'élèvera.

Nr. 7628. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Washington (Thornton) an den engl. Min. d. Ausw. — Bericht über die dem Congresse unterbreiteten Maassregeln zur Unterstützung der amerikanischen Schifffahrt.

Washington, February 7, 1881.

Nr. 7628. Grossbritannien. 7. Febr. 1881.

My Lord, — With reference to your Lordship's telegram of the 5th instant, I have the honour to state, that during this (the forty-sixth) Congress, there has been no proposal made to it to grant direct bounties to American shipping, though measures have been submitted for assisting the shipping interests by indirect means. || The first of these was contained in a Bill, copies of which are inclosed, which was submitted to the House of Representatives on the 27th April last. This Bill proposed, that all materials or articles of foreign growth or production which re manufactured in the United States, and used in the building, equipping and repairing of vessels to be employed in the foreign trade, should be free of import duty. || This Bill, however, has never yet made any progress, nor has any attention been paid to it during the present Session. || On the 17the ultimo, a Bill, copies of which are inclosed, was submitted to the Senate by Mr. Williams, a senator from Kentucky, proposing that 1,500,000 dollars should be appropriated to the establishment of a postal mail-service with ports in the West-Indies, South America, Central America and Mexico, as well as such other ports as would best subserve the postal and commercial interests of the United States. The contracts for this service were to be made with steam-ships built in American ship-yards, and owned and officered by American citizens. || The Bill was referred to the Committee on Post Offices, and I doubt much whether any further action will be taken upon it during the present Session. || A similar Bill, copies of which are also inclosed, was submitted to the Senate on the 26th ultimo by Mr. Morgan, a senator from Alabama. It proposes, that contracts for mail-service should be made with steam-ships wholly owned by American citizens, at rates not exceeding 30 dollars per mille per annum for one round trip per month, counting the trip only one way. || I do not believe that any further action will be taken upon this Bill during the present Session. || On the 25th ultimo Mr. Beck, a senator from Kentucky, submitted to the Senate a Resolution to the effect, that all laws which prevented citizens from purchasing foreign ships, and from their being employed in foreign carrying trade, when owned and officered by citizens of the United States, ought to be repealed. || On the 27th ultimo, Mr. Beck made a long speech upon this Resolution, showing what advantages would accrue to American commerce by allowing citizens to purchase vessels abroad. Senators Blaine, of Maine, and Morrill, of Vermont, spoke in opposition to Mr. Beck's proposal, and favoured the granting of subsidies to steam-ship lines. But I doubt whether any effect was made upon Congress in favour of the Resolution, which was

Nr. 7628. Grossbritannien. 7. Febr. 1881.

ordered to lie on the table. || I have the honour to inclose an extract from the "Congressional Record" of the 28th ultimo, giving the speeches of the three senators upon the subject. || As a counterpoise to the above Resolution, Senator Blaine submitted to the Senate, on the 28th ultimo, a Bill, copies of which are inclosed, proposing to grant subsidies to American steam-ship lines. || But I do not believe, that any of the above proposals will make any progress during the present Session of Congress. || The forty-seventh Congress will probably not meet till the first Monday of next December, and as, by the rules, no progress made with regard to Bills during the previous Congress is recognized, any Bill which it is expedient to present must be submitted *de novo*. || I have &c.

Edwd. Thornton.

Beilage I.

In the House of Representatives. — April 27, 1880.

Read twice, committed to the Committee of the whole House on the state of the Union, and ordered to be printed.

Mr. Frye, from the Committee on Ways and Means, reported the following Bill as a substitute for H. R. 1394: —

A Bill — Regulating the importation of raw materials to be manufactured in the United States and used in the construction and repair of vessels employed in the foreign trade, including the trade between the Atlantic and Pacific ports of the United States, or built for foreign account.

Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled, that all materials or articles wholly of foreign growth or production which are manufactured in the United States and used in the construction, equipment and repair of vessels to be employed in the foreign trade, including the trade between the Atlantic and Pacific ports of the United States, or built for foreign account, may be imported in bond, under such regulations as the Secretary of the Treasury may prescribe; and upon proof that such materials have been manufactured and used for the purposes aforesaid, no duties shall be paid thereon.

Section 2. That sections 2513 and 2514 of the Revised Statutes of the United States, and so much of section 5 of the Act of the 8th February, 1875, as is inconsistent herewith, be, and the same hereby are, repealed.

Beilage II.

In the Senate of the United States. — January 17, 1881.

Mr. Williams asked and, by unanimous consent, obtained leave to bring in the following Bill, which was read twice and referred to the Committee on Post Offices and Post Roads: —

A Bill — To establish ocean mail service, and making an appropriation therefor.

Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the United Staates of America, in Congress assembled, that the sum of 1,500,000 dollars be appropriated for, and the Postmaster-General is hereby authorized and directed to make contracts for, the transportation of the United States' mails to such West Indian, South American, Central American, Mexican and such Asiatic, European and other foreign ports as, in his judgment, will best subserve and promote the postal and commercial interests of the United States, as hereinafter provided and directed.

Section 2. That the Postmaster-General shall, within thirty days after the passage of this Act, cause to be published, in at least one daily newspaper in the cities of New York, Boston, Philadelphia, Baltimore, Chicago, Washington, Cincinnati, St. Louis, Louisville, New Orleans, Galveston, Mobile, Savannah, Charleston and San Francisco, an advertisement inviting proposals for the performance of said mail service on such routes as he may select, and such advertisement shall be inserted for a period of thirty days, during which time proposals will be received. At the expiration of the thirty days the Postmaster-General shall open all bids and proposals received, and shall contract with the lowest responsible bidder for the performance of said service on each of said routes, and contracts made in pursuance of this Act shall be for the term of ten years. The mail service shall begin as soon as practicable after the execution of the contracts as aforesaid. The Postmaster-General shall require of each contractor a bond, with good and solvent sureties, under such terms and conditions and in such amount, not exceeding one year's compensation for service on the route contracted for, as in his opinion will secure the prompt and faithful performance of the said mail service; and said mail service shall be performed by the said contractors under the Regulations and Rules now in force, or which may hereafter be enacted by Congress or established by the Post Office Department for the proper reception, custody and safe delivery of the mails.

Sec. 3. That the vessels employed in the mail service under the provisions of this Act shall be steam-ships built in American ship-yards, and owned and officered by American citizens, and shall be constructed after the latest and most approved models, and with all modern improvements and appliances for ocean passenger and freight vessels; the steam-ships for this service shall be inspected under the direction of the Postmaster-General and the Secretary of the Navy, and shall be equal in construction, accommodation and safety to the best vessels running to the same ports under foreign flags. That the annual rate of compensation for such mail service shall not exceed 30 dollars per mile (one way) per annum.

Sect. 4. That upon each of the said vessels the United States shall be entitled to have transported, free of charge, and with usual cabin passenger

Nr. 7628. Grossbritannien. 7. Febr. 1881.

accommodations, a route mail messenger, to receive, take in charge, and deliver the mails from and to the United States.

Sect. 5. That the Postmaster-General shall, in his discretion, arrange the schedule of arrivals and departures of the said mails.

Beilage III.

In the Senate of the United States. — January 26, 1881.

M. Morgan asked, and, by unanimous consent, obtained leave to bring in the following Bill, which was read twice and referred to the Committee on Post Offices and Post Roads: —

A Bill — To extend the postal service to foreign countries.

Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled, that the Postmaster-General is authorized to enter into contracts with citizens of the United States for the transportation of the mails to and from any port of the United States accessible to sea-going steam-vessels of tons burden, to and from any foreign port accessible to vessels of like tonnage, under the laws now governing the transportation of mails upon the high seas, and under such Rules and Regulations as shall be made by the Postmaster-General in accordance with law.

Sect. 2. That such mail service shall be performed in steam-ships wholly owned by American citizens, and when such vessels are accepted by the Postmaster-General the same shall be entitled to all the rights and privileges given by law to ships built in the United States: Provided, that no ship shall be accepted for such service until after it has been inspected by three officer, of the navy detailed by the Secretary of the Navy for that purpose, and upon their Report that such ship is in all respects seaworthy, and is well adapted to and properly fitted for such service.

Sec. 3. That not more than three lines of mail-ships shall be established under this Act to sail from the same port of the United States, and that the Postmaster-General, in establishing such mail lines, shall, as far as is practicable, avoid any discrimination against the ports of any part of the United States.

Sec. 4. That any package of goods, merchandise, jewels, bullion, or coin, not exceedings pounds in weight, that is mail matter under any existing law, may be transported in the mails carried by such mail-ships, at the same rates of postage per ounce or pound that is charged on like mail matter in the railroad mail service of the United States. And the postage on any mail matter conveyed on such ships from a foreign country to the United States may be collected on all letters and printed matter at the Post Office of delivery in the United States, and on all other mail matter at the Post Office of the port of the United States to and from which such mail-ship is required

to sail. And the Postmaster-General is empowered to authorize the Postmasters at such ports to keep all mail matter which is to be delivered at such ports in the bonded warehouses of the United States, or in buildings suitable for their safe keeping.

Sec. 5. That contracts under the provisions of this Act shall continue for the period of ten years. The biddings shall be advertised for the period of months, under the laws, Rules and Regulations governing the letting of contracts for mail service on the water-courses of the United States; and bonds to secure the faithful performance of such service, with sufficient security, shall be taken and approved by the Postmaster-General. Said bonds shall be conditional, so as to carry into effect the provisions of the laws applicable to such service, for the full protection of the United States.

Sec. 6. That the mail pay on the lines established under this Act shall not exceed 30 dollars per mile per annum for one round trip per month, and counting the same one way, for ships of 3000 tons burden; and not more than ten such routes shall be established prior to the 1st July, 1885.

Beilage IV.

In the Senate of the United States. — January 28, 1881.

Mr. Blaine asked and, by unanimous consent, obtained leave to bring in the following Bill, which was read twice and referred to the Committee on Finance:—

A Bill — For the establishment of United States' ocean mail service and the revival of foreign commerce in American steam-ships.

Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled, that the owners of American steamships of 3000 tons register or upwards, constructed after approved models, and equal in accommodations, safety and speed to the mail-carrying vessels of any nation, shall be entitled to receive for carrying the United States' mails, on regular lines of such steam-ships, from any port or ports in the United Staates to any foreign port or ports, mail compensation not exceeding 30 dollars per nautical mile per annum for the distance one way for twelve round-trips per annum, 45 dollars per mile for twenty-four trips, and 60 dollars per mile for forty-eight trips per annum, in accordance with contracts to be made for such mail transportation by the Postmaster-General, after public advertisement for proposals, with the lowest bidders on each line, for terms not exceeding tifteen years, and upon all the conditions for securing rapid and efficient transportation which are usual or established by law in similar cases.

Section 2. That only those steam-ships shall be accepted for such service which have been built in American ship-yards, of American materials,

Nr. 7628. Grossbritannien. 7. Febr. 1881.

and by American mechanics, and they shall be commanded by citizens of the United States, and manned by crews of whom at least three-fourths are American citizens; and before being accepted they shall be duly inspected under the direction of the Postmaster-General and the Secretary of the Navy, and such Secretary may also allow any officer of the navy leave of absence for not exceeding five years for the purpose of serving on such ships, which absence shall be without pay, but without prejudice to rank or promotion.

Nr. 7629. DEUTSCHLAND. — Denkschrift, betreffend das französische Gesetz vom 29. Januar 1881 über die Handelsmarine.

Nr. 7629. Deutschland. 6. April 1881.

Das am 29. Januar d. J. in Frankreich erlassene, aus parlamentarischer Initiative hervorgegangene Gesetz über die Handelsmarine hat, in deutscher Uebersetzung, folgenden Wortlaut:

[Vgl. Nr. 7627].

Dieses Gesetz ist das Ergebniss langjähriger Erörterungen innerhalb und ausserhalb des französischen Parlamentes über die wirksamsten Mittel, um der französischen Handelsmarine und ihrer Mitbewerbung mit den Flaggen anderer Nationen zu neuem Aufschwung zu verhelfen. || Von den verschiedenen Commissionen, welche nacheinander mit der Angelegenheit befasst gewesen sind, ist auf Grund umfassender Prüfung aller mit der Seeschifffahrt zusammenhängenden Verhältnisse eine ganze Reihe von Erleichterungen für die französische Handelsmarine als nothwendig erachtet worden. || Ausser den in das Gesetz schliesslich aufgenommenen Vergünstigungen waren u. A. folgende Punkte in Antrag gebracht worden: || Die Gewerbesteuer für den Rhedereibetrieb sollte der Revision unterzogen und für gewisse Fälle wesentlich herabgesetzt werden. || Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen sollten abgeändert werden, insoweit sie den Rhedern die Verpflichtung zur Versorgung und Heimschaffung der im Auslande krank und hülfsbedürftig zurückbleibenden französischen Seeleute auferlegen, indem dem Staate diese Fürsorge zufallen sollte. || Das Schiffs-Verpfändungswesen sollte reformirt werden zu besserer Sicherheit und ausgiebigerer Heranziehung des in Schiffshypotheken Verwendung suchenden Capitals. || Billiger Credit sollte allen Unternehmungen auf dem Gebiete des Schiffsbaues und des Rhedereibetriebes zugänglich gemacht werden, indem der Staat eventuell bis zur Höhe von 2 Millionen Franken die Zinsgarantie übernähme. || Besonders aber bildete als Mittel, um für den französischen Handel die direkte Einfuhr überseeischer Erzeugnisse nutzbringend und anziehend zu machen und um auf diese Weise für Schifffahrtsunternehmungen in grosser Fahrt Anregung zu geben, der Zuschlag auf den indirecten Import (*surtaxe d'entrepôt*) einen Hauptpunkt der Erwägungen. Von allen

Seiten war man darüber einig, dass der Unterscheidungszoll nicht beseitigt, sondern über seine gegenwärtigen Grenzen noch wesentlich ausgedehnt werden müsse. || Alle diese Punkte wurden in dem vorliegenden Gesetze nicht berücksichtigt, theils weil sie in anderem Zusammenhange ihrer Regelung bereits entgegengingen, wie beispielsweise der Unterscheidungszoll in dem der parlamentarischen Berathung unterliegenden Zolltarifgesetze, theils weil sie besonderer Erledigung besser vorzubehalten waren. Nach den übereinstimmenden Aeusserungen von den verschiedenen Seiten beider Häuser des Parlamentes beabsichtigte man jedoch keineswegs, diese Fragen fallen zu lassen.

Das Gesetz selbst gipfelt in den Artikeln 4 und 9 über die Schiffsbauprämien und die Schifffahrtsprämien.

Die Schiffsbauprämie wird in Artikel 4 als zur Ausgleichung der Lasten bestimmt bezeichnet, welche der Zolltarif den Erbauern von Seeschiffen auflegt. || Als in den sechsziger Jahren der Flaggenunterscheidungszoll in Frankreich zur Aufhebung gelangte, wurde den französischen Rhedern in der Art Compensation gewährt, dass sie zum Zwecke besserer Mitbewerbung mit den anderen Flaggen den Bedarf an Seeschiffen auf möglichst billigem Wege sollten befriedigen können. Deshalb wurde einerseits die Einfuhr von im Auslande erbauten Schiffen gegen Erlegung eines Zolles von 2 Franken pro Schiffstonne freigegeben. Und andererseits sollte die zollfreie Einfuhr der für den Schiffsbau in Frankreich nothwendigen Materialien, beziehentlich eine Zurückerstattung nach Maassgabe des auf diese Materialien entfallenden Einfuhrzolles, stattfinden. Diese Zurückerstattung wurde durch *acquits à caution* vermittelt und ergab, den Eigenthümlichkeiten dieses Systems gemäss, nicht den vollen Gegenwerth der in Betracht kommenden Zollbeträge. Es wurde deshalb für erforderlich erachtet, in der Weise Abhülfe zu schaffen, dass der Zoll in der Höhe, wie er auf eingeführte Schiffsbaumaterialien für Herstellung einer Schiffstonne in Frankreich nach den verschiedenen Schiffsarten entfällt, im Durchschnitte berechnet und in dieser Höhe dem Schiffserbauer eine Vergütung zugesichert wurde. Es wurde davon ausgegangen, dass bei der Verschiedenheit der Verhältnisse in Frankreich und derjenigen in anderen Seestaaten, namentlich in England, dem französischen Schiffserbauer, damit er concurrenzfähig bleibe, in dieser Form eine Ausgleichungsprämie gewährt werden müsse. Diesem Zweck entsprechen die Bestimmungen des Artikels 4 des Gesetzes. || Was die Höhe der bewilligten Vergütungen betrifft, so kommen dieselben nach der im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen angestellten Berechnung einem Schutze von 12 Procent gleich. Es wird dies unter Anderm an einem in Marseille vom Stapel gelassenen neuen Dampfer nachgewiesen. Der Dampfer hat einen Bruttogehalt von 1100 Tonnen, seine Maschine ein Gewicht von 150 Tonnen. Dies ergiebt eine Vergütung von 66 000 Franken für das Schiff und von 18 000 Franken für die Maschine, zusammen 84 000 Franken. Die Herstellungskosten dieses Dampfers werden auf 750 000 Franken angegeben. || Auch den im Laufe der parlamentarischen

Nr. 7629. Deutschland. 6. April 1881. Berathungen von Seiten der Regierung abgegebenen Erklärungen ist zu entnehmen, dass die Maassregel etwas Anderes ist, als nur die, im Eingang des Artikels 4 hervorgehobene „Ausgleichung der Lasten, welche der Zolltarif den Erbauern von Seeschiffen auferlegt". So weist in der Sitzung vom 11. März 1879 der Minister für Ackerbau und Handel den Einwand ausdrücklich zurück, dass der Fiscus für die Zahlungen, welche ihm der Artikel 4 auferlege, insofern Compensation erhalten werde, als die Zölle auf das zum Schiffsbau eingehende fremde Material, welche nach der bisherigen Gesetzgebung zurückerstattet worden, nunmehr dem Staatssäckel zugute kommen würden. „Das ist eine Täuschung, ein Irrthum", fährt er fort; „denn es ist gewiss, dass von dem Tage an, wo die Zurückerstattung des Zolles aufhören wird, keine Schiffsbaumaterialien mehr in Frankreich zur Einfuhr gelangen werden. Die Schiffswerften werden sich naturgemäss bei den ihnen zunächst belegenen industriellen Werken versorgen. Diesen industriellen Werken unserer nationalen Industrie werden die Bestellungen zufallen, und es freut mich dies für mein Vaterland. Der Staat wird keine Einnahmen haben, und wird vielmehr aus seinen Mitteln den Schiffserbauern den Preisunterschied zwischen den Schiffsbaumaterialien in Frankreich und denjenigen im Auslande vergüten. Es ist also in Wirklichkeit eine Prämie." || Ein Bedenken gegen diese Art staatlicher Fürsorge für eine private Industrie ist im französischen Parlamente von keiner Seite laut geworden. Vom Standpunkte aller im französischen Parlamente vertretenen verschiedenen Lehrmeinungen über wirthschaftlichen Schutz und wirthschaftliche Freiheit war man in der Auffassung einig, dass der Schiffsbau in Frankreich gegen die in anderen Ländern vorhandenen günstigeren Concurrenzbedingungen geschützt werden müsse, und dass als Mittel hierzu die in Artikel 4 des Gesetzes vorgeschlagenen Bestimmungen sich empfehlen.

Die Belastung des französischen Staatsschatzes durch die Schiffsbauprämie würde nach angestellter sachverständiger Berechnung etwa folgende sein: Zur Erhaltung des französischen Schiffsbestandes auf der Höhe, wie er sich beispielsweise am 31. December 1879 mit 676 894 Tonnen Segelschiffe und 255 959 Tonnen Dampfer bezifferte, würden, nach Maassgabe eines erfahrungsmässigen Durchschnittes von $^1/_{13}$ für die ersteren und von $^1/_{20}$ für die letzteren, 52 000 Tonnen Segelschiffe und 18 000 Tonnen Dampfer jährlich zu erneuern sein. Etwa ein Drittel der Schiffsbauten wird regelmässig im Auslande ausgeführt. Für die restirenden zwei Drittel würde sich eine Belastung des französischen Staatsschatzes von 1 604 400 Franken ergeben. Hierzu kommen die Bauten zur Vergrösserung des Schiffsbestandes, der eigentliche Zweck des Gesetzes. Auf langer Fahrt wurden von der französischen Handelsmarine zuletzt 831 Segelschiffe mit 327 800 Tonnen und 81 Dampfer mit rund 120 500 Tonnen verwendet. Das Gesetz wird nach seiner Tendenz weniger auf die Vermehrung der Segelschifffahrt anregend wirken, als auf diejenige der Dampfschifffahrt. Die Segelschiffe bleiben deshalb bei Veranschlagung der zu erwartenden Vergrösserung der Handelsflotte ausser Berechnung,

während der Zuwachs an Dampfern für die nächsten Jahre auf jährlich 56 000 Bruttotonnen veranschlagt wird. Wenn zwei Drittel hiervon in Frankreich erbaut werden, ergiebt dies eine jährliche Schiffsbauprämie von 2 831 100, also, zuzüglich der obigen 1 604 400 Franken für Erneuerung des Schiffsbestandes, zusammen 4 435 000 Franken für die nächsten Jahre. Alsdann wird die Handelsflotte sich in langsamerem Tempo und nur schrittweise mit der durch das Gesetz begünstigten allgemeinen Zunahme des französischen Seehandels vergrössern, und es wird sich hieraus eine namhafte Ermässigung der Staatsunterstützung ergeben. Dieser Ermässigung würden die Mehrausgaben gegenüberstehen, welche die Bauten behufs Erhaltung und Erneuerung des Schiffsbestandes erfordern werden, jemehr dieser Schiffsbestand sich mit den Jahren vergrössert. Unter diesen Umständen würde nach Verlauf einiger Jahre das Bedürfniss einer staatlichen Unterstützung für Schiffsbauten in Höhe von etwa jährlich 2 000 000 Franken sich herausstellen.

Der Artikel 9 des Gesetzes trifft Bestimmungen über die Gewährung von Schifffahrtsprämien. Danach erhalten die Schiffe für je 1000 Meilen, welche sie zurücklegen, eine Prämie von 1 Franken 50 Cents. pro Tonne ihres Netto-Tonnengehaltes. Diese Prämie verringert sich mit dem zunehmenden Alter der Schiffe jährlich um einen kleinen Procentsatz, welcher die Prämien bei Holzschiffen im zwanzigsten Jahre ihres Alters ganz verschwinden lässt, bei eisernen Schiffen entsprechend später. || Für Dampfschiffe, welche nach vorher vom Marine-Departement gutgeheissenen Plänen erbaut sind, erhöht sich die Prämie um 15 Procent. || Durch die Bestimmung, dass die von ausländischen Werften nach Frankreich eingeführten Schiffe nur Anrecht auf die Hälfte derjenigen Prämien haben, welche den in Frankreich erbauten Schiffen zustehen, wird dem französischen Schiffsbau eine weitere Anregung gewährt. || Die Prämie findet nur auf die lange Fahrt Anwendung und auch hier nur insoweit, als die Schiffe nicht der in anderer Weise bereits privilegirten Seefischerei gewidmet sind, oder zu den subventionirten Postdampferlinien gehören. || Ausgeschlossen bleibt von der Prämie nach der Fassung des Gesetzes die Küstenfrachtfahrt. Insoweit hierunter die kleine Küstenfahrt fällt, d. h. das Versegeln aus einem französischen Hafen nach dem andern, so ist diese, mit Ausschluss der Mitbewerbung fremder Flaggen, allein der französischen Flagge vorbehalten und wird als hinreichend geschützt angesehen. Dagegen bleibt vorläufig ohne Schutz die sogenannte grosse Küstenfrachtfahrt, welche nach der französischen Gesetzesterminologie den Schifffahrtsverkehr in den europäischen Meeren umfasst und daher der Natur der Sache nach der Mitbewerbung anderer Nationen ebenso ausgesetzt ist, wie die lange Fahrt. Indessen ist nach dieser Seite hin Prüfung bis zu dem Zeitpunkte vorbehalten, wo die Wirkungen der für die lange Fahrt eingeführten Prämien sich werden übersehen lassen.

Die nach Artikel 9 durch Zahlung von Schifffahrtsprämien eintretende Belastung des französischen Staatsschatzes wird von sachverständiger Seite

Nr. 7629.
Deutschland.
6. April 1881.

für den im Gesetze vorgesehenen Zeitraum von 10 Jahren auf zusammen 74 600 000 Franken berechnet. || Diese Summe würde sich auf die einzelnen Jahre in folgender Weise vertheilen:

im 1.	Jahre	4 140 000	Franken
„ 2.	„	5 940 000	„
„ 3.	„	7 740 000	„
„ 4.	„	7 840 000	„
„ 5.	„	7 940 000	„
„ 6.	„	8 040 000	„
„ 7.	„	8 140 000	„
„ 8.	„	8 240 000	„
„ 9.	„	8 340 000	„
„ 10.	„	8 440 000	„
Summa in 10 Jahren:		74 800 000	Franken.

Diesem Anschlage liegen, soweit die Grösse und die zu erwartende Vermehrung des Schiffsbestandes dabei in Frage kommt, dieselben Annahmen zu Grunde, welche der Berechnung des fiscalischen Bedarfs für Schiffsbauprämien als Unterlage gedient und oben Erwähnung gefunden haben. Im Uebrigen wird davon ausgegangen, dass ein Dampfschiff im Durchschnitte jährlich 36 000 Seemeilen zurücklegt, ein Segler 12 000 Seemeilen.

Ueber das finanzielle Exempel, welches sich für die Rheder aus dem Genusse der Schifffahrtsprämien ergiebt, enthält unter Anderem das Pariser Blatt der "Soir" und aus dem Auslande eine von britischen Schiffsinteressenten über das französische Gesetz an das britische auswärtige Amt gerichtete Vorstellung folgende Berechnung: || Der "Soir" sagt in seiner Nummer vom 21. Februar d. J.: „Aus den bei der Berathung des Gesetzes in der Deputirtenkammer stattgehabten Verhandlungen ergiebt sich, dass man die Entfernung, welche ein nach den neuen Principien gebautes Dampfschiff im Laufe eines Jahres zurücklegen kann, auf rund 40 000 Meilen schätzen darf . . . . . Ein Dampfschiff von der Art der gegenwärtig verwendeten grossen Seeschiffe mit einem Netto-Tonnengehalt von ungefähr 2700 Tonnen oder 3000 Tonnen wirklicher Ladungsfähigkeit wird demnach für 1000 durchlaufene Meilen 4050 Franks, nämlich 2700 mal 1 Franken 50 Cents. erhalten. Wenn dasselbe 40 mal diese Entfernung zurücklegt, wird die Prämie 162 000 Franken betragen. Ist das Schiff nach vorher vom Marine-Departement gutgeheissenen Plänen gebaut, so wird dasselbe für Reisen in obiger Ausdehnung 186 300 Franken erhalten. Der Anschaffungspreis eines solchen Schiffes wird sich, wie man annehmen darf, auf noch nicht 1 800 000 Franken stellen. Hiernach beträgt die staatliche Prämie im ersten Falle 9 Procent, im zweiten Falle mehr als 10 Procent des Schiffswerthes. Wenn also die Einnahmen aus der Fracht auch nur die Auslagen der Reise decken, so verzinst sich das im Schiffe angelegte Capital doch mit 9 bis 10 Procent.“ || In der Vorstellung englischer Schiffsinteressenten heisst es über die Schifffahrtsprämie: „Ein französisches

Dampfschiff von 2600 Tonnen, beispielsweise in regelmässiger Fahrt nach dem La Plata-Flusse, würde an Prämie zu erhalten haben rund 2000 £ für die Reise; und da ein solches Schiff 4 Reisen im Jahre machen kann und in zwei Jahren 9 Reisen, so würden Prämien von 8000 bis 9000 £ auf das Jahr entfallen, gleich 13 bis 15 Procent des Schiffswerthes, welcher auf 60 000 £ zu veranschlagen ist . . . Die Prämie ist nicht auf den französischen Schifffahrtsverkehr mit Frankreich beschränkt, sondern kommt allen französischen Schiffen zugute, mögen sie auch lediglich zwischen Häfen des Auslandes segeln. Bei gleichen Bedingungen ist der englische Rheder jeder Concurrenz gewachsen. Aber er kann nicht hoffen, wenn auf der andern Seite 13 bis 15 Procent des Betriebscapitals vergütet werden, erfolgreich zu concurriren. Sein französischer Mitbewerber kann Fracht annehmen, welche ihm lediglich die Reisespesen deckt, und doch, Dank den staatlichen Prämien, noch einen schönen Gewinn von seinem Capitale haben. Das Geschäft würde für den Engländer ruinirend sein, für den Franzosen noch immer einen schönen Nutzen abwerfen. Es ist keine Uebertreibung, wenn man behauptet, dass, bevor ein Jahr nach Annahme des Gesetzes vergeht, die französische Handelsflotte eine bedeutende Vermehrung erhalten und dass sie mit England das Transportgeschäft auf dem atlantischen Ocean sich theilen wird, ebenso wie den Handel mit Südamerika, Ostindien, Australien und anderen britischen Colonieen. Was für Folgen dies haben wird, wollen wir nicht ausmalen. Die Prämien sollen eine Entschädigung für gewisse Lasten und Obliegenheiten bilden, welche den betreffenden Kreisen auferlegt werden. Sie werden indessen von diesen Kreisen richtig angesehen, als eine staatliche Unterstützung, welche die französischen Rheder in die Lage setzen wird, schnell eine grosse Handelsmarine zu schaffen und zu entwickeln, damit das Schiffstransportgeschäft in weiterem Umfange als bisher durch französische Schiffe besorgt werden kann und um für Frankreich eine mächtige Marine zu schaffen, die mit Erfolg im Kriege sich verwerthen lässt.“ — || Dass die Annahmen und Berechnungen, von welchen die vorstehend wiedergegebenen Aeusserungen ausgehen, in französischen Schifffahrtskreisen allgemein getheilt werden, beweist der Eifer, mit welchem man in Frankreich die Vortheile und Vergünstigungen des Gesetzes ohne Verzug sich zu Nutze zu machen sucht. Nach eingegangenen Berichten ist in allen wichtigeren französischen Häfen bereits jetzt eine ausserordentliche Zunahme der Thätigkeit auf den Schiffsbauwerften zu beobachten. Und ebenso regen sich von allen Seiten die Bemühungen, um neue Schifffahrtslinien einzurichten oder die bestehenden zu vergrössern und zu erweitern. Auch hat das Gesetz bereits die Gründung eines Geldinstitutes, des *Crédit foncier-maritime de France*, mit einem Capital von 25 Millionen Franken zur Folge gehabt, dessen Aufgabe es sein wird, durch Gewährung amortisirbarer Darlehen auf Schiffshypotheken und andere Mittel dem Schiffsbau und dem Rhedereibetrieb neue Anregung zu geben.

Das System der Schifffahrtsprämien hat den Mittelpunkt der ganzen Dis-

Nr. 7629. Deutschland. 6. April 1881.

cussion über das Gesetz gebildet, und bei dieser Frage haben die Vertreter der verschiedenen Lehrmeinungen über die wirthschaftlichen Aufgaben des Staates am entschiedensten gegeneinander Stellung genommen. || Uebereinstimmung herrscht zwar auf allen Seiten dahin, dass für die französische Handelsmarine etwas geschehen müsse und zwar über dasjenige hinaus, was in Artikel 4 des Gesetzes wegen Gewährung von Schiffsbauprämien bestimmt ist. Die Nothwendigkeit der Wiederbelebung der französischen Handelsmarine für Frankreich und durch Frankreich kehrt in allen Ausführungen wieder. Man will die 400 bis 500 Millionen Frachtgewinn, welche das Transportgeschäft der französischen Handelsmarine jährlich abwirft, sich nicht schmälern lassen und stellt das Beispiel Englands gegenüber, welches bei seinem Schiffsbestande von 8 Millionen Tonnen und bei seinem Frachtgewinn von rund 2 Milliarden die zu seinen Ungunsten ausfallende Handelsbilanz ruhig mit ansehen könne. Man vermisst eine genügende Vertretung der französischen Flagge in den entfernten Meeren, und man anerkennt, dass die französische Industrie sowie der Handel von und mit Frankreich darunter leiden: denn die Handelsmarine sei die Dienerin aller übrigen Industrien, des Ackerbaues und des Handels. An dem Tage, wo man dem Auslande das Frachtgeschäft überlasse, werde man einen tödtlichen Stoss gegen alle Industrieen des Landes führen. Es sei ein Widersinn vom nationalen Standpunkte aus, ausländischen Concurrenten, industriellen Rivalen die Besorgung des Transportgeschäftes zu überlassen. Wenn man diese wähle, um einheimische Erzeugnisse in das Ausland auszuführen, so setze man sich allem möglichen Verrath aus, nicht nur der Mitbewerbung, sondern binnen kurzem auch der Waarenfälschung. Es wird dagegen protestirt, die Frage der Handelsmarine nur vom Standpunkte des Kaufmannes aus betrachten zu wollen, vom egoistischen Standpunkte des Commissionärs, welcher sich an die fremde Flagge wendet wegen der Chance eines ephemeren Gewinnes. Man erinnert daran, dass die Handelsmarine und ihre Capitäne es gewesen, welche Comptoire im Auslande gegründet und gewinnbringende Beziehungen zwischen Frankreich und dem Auslande dadurch hergestellt haben, dass diese Capitäne auf Grund der eingeleiteten Beziehungen zum Auslande alsdann in der Heimath Rhedereigeschäfte gegründet. Die Schifffahrt sei nicht eine einfache Transportbesorgung; denn der Schiffsführer im Auslande werde, wenn er nicht Rückfracht für andere Rechnung finde, für Rechnung seines Rheders eventuell eine eigene Handelsoperation für sein Schiff unternehmen. Diese Schiffsführer seien die besten *commis voyageurs* für das überseeische Geschäft. Mit Hülfe fremder Vermittler und Agenten werde man fremde Märkte nicht zurückerobern, wenn sie einmal verloren gegangen. Man will directe Beziehungen haben mit dem fernen Auslande, um französischen Einfluss, französischen Handel und französische Landeserzeugnisse mit Hülfe der französischen Flagge einzubürgern. Deshalb will man der Handelsmarine helfen, um ihr den Uebergang von der Segelschifffahrt zur Dampfschifffahrt in schnellerem Tempo zu ermöglichen, damit sie den in dieser Beziehung bereits vorgeschritteneren Flaggen sich als

ebenbürtig erweise. || Auseinander gehen die Meinungen im Wesentlichen nur darüber, ob das vorgeschlagene Mittel der Schiffsprämien für den gewollten Zweck sich als wirksam erweisen werde. Und selbst diejenigen, welche die Schifffahrtsprämien bekämpfen, nehmen keinen Anstand, auf dem Gebiete der Prämien für den Schiffsbau hierfür eine Compensation anzubieten, indem sie über die in Artikel 4 vorgesehenen Ziffern hinaus eine Erhöhung dieser Prämien befürworten. Als bezeichnend für die engen Grenzen, in welchen auch hier die Gegensätze sich bewegt haben, mögen aus einer grossen Anzahl ähnlicher Betrachtungen nachfolgende Aeusserungen hier Platz finden, durch welche zwei, bei der Berathung der Angelegenheit für und wider hervorragend betheiligte Abgeordnete dem Zustandekommen des Gesetzes die Wege ebneten. Beide Abgeordnete gehören der freihändlerischen Richtung an. Der Eine, welcher die Schifffahrtsprämien befürwortet, äussert: „Ich bin Radikaler und Freihändler; aber je nach Bedürfniss gebe ich nach auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete, weil es unsere Pflicht ist, Acht zu geben auf die Bedürfnisse Frankreichs und auf seine Interessen." Und der Andere, welcher die Schifffahrtsprämien im Princip verwirft, sagt: „Streitereien über Lehrmeinungen sind gut für Bücher, Zeitschriften und Zeitungen. In den Parlamenten tragen sich die Sachen anders zu. Man verständigt sich, man unterhandelt. Jeder giebt etwas von dem Seinigen dazu, und man gelangt zu Etwas, das vielleicht nicht alle Welt befriedigt, aber doch soviel ist, als man vom Staate erwarten darf." || Zwar hat es von Seiten der Vertreter der extremen Richtung des wirthschaftlichen Gehenlassens an den üblichen Einwendungen gegen jede staatliche Unterstützung auch bei diesem Anlass nicht gefehlt. || Es wird davor gewarnt, dass, wenn man auf diesem Wege anfange, private Unternehmungen zu unterstützen, andere Unternehmungen folgen würden und dies verderblich sein könne für die Finanzen des Staates. Das Princip der Handelsfreiheit streite gegen derartige Prämien. Der Unternehmungsgeist der französischen Rheder werde dadurch gelähmt und die Routine befördert werden. Es müsse ohne künstliche Mittel sich erweisen, ob Frankreich eine grosse Handelsmarine haben wolle und könne. || Das französische Parlament hat sich unter diese und ähnliche Eindrücke nicht gestellt, wie es durch seine Abstimmung bewiesen, die insbesondere im Senate fast mit Einstimmigkeit für das Gesetz einschliesslich des Artikels über die Schifffahrtsprämien erfolgte.

Einwendungen gegen das Gesetz waren auch aus den kollidirenden Interessen einzelner französischer Seehandelsplätze hergeleitet worden. Ueber diese Einwendungen, die in der parlamentarischen Diskussion nachher zurückgetreten sind, äussert sich der Berichterstatter der mit der Vorbereitung des Gesetzes betrauten parlamentarischen Commission unter Anderm folgendermassen: || „Es giebt Ueberzeugungen, für welche die Vernunft allein nicht bestimmend ist; und unter den schlimmsten in dieser Beziehung steht in erster Linie der Geist des Sonderinteresses mit seinem Gefolge von Ueberlieferungen, Widerstand und Anmaassungen. Das ist die Richtung, deren spärliche Vertreter uns noch

Widerspruch entgegensetzen. Ihr Ansehen ist gross und berechtigt; denn es sind die Handelskammern von Marseille und Bordeaux . . . . . ‖ Wir haben im Laufe unserer Erörterungen gezeigt, wie sehr Handel und Industrie eines Volkes mit seiner Herrschaft auf dem Meere solidarisch sind, wie sie mit dieser zugleich gewöhnlich zurückgehen und verfallen . . . . . ‖ Freie Städte und Freihäfen haben hierfür mehr als ein Beispiel geliefert, und so oft auch die Geschichte uns dieselben mächtig, reich und geehrt zeigt, so haben sie doch auch oft ihre Bestimmung gesucht und gefunden in der Ausbeutung des Meeres durch Fremde, welche sie in ihrem Solde hatten . . . . . ‖ Antwerpen wurde ausgebaut; es sollte der grosse Hafen des Nordens werden. Die ganze Welt sollte sich dort Stelldichein geben, alle Flaggen sollten dort wehen — nur die belgische Flagge nicht. Von welchem Gewichte würde unter solchen Umständen die Stimme der Handelskammer von Antwerpen sein, wenn man dieselbe in Sachen einer nationalen Marine hören wollte? Wenn Belgien noch einmal vor dieser Frage stünde, die belgischen Kammern würden aus anderer Quelle ihr Urtheil schöpfen; sie würden die Stimme Antwerpens nicht mehr für hinreichend unparteiisch halten. ‖ Liegt die Frage nicht ebenso bei dem mächtigen Gemeinwesen von Marseille? Unbestrittene Königin auf dem grossen Becken des mittelländischen Meeres durch Ueberlieferung, Besitz, Reichthum und Einsicht, sieht diese Stadt ihr Uebergewicht und ihre Herrschaft in demselben Maasse wachsen, in welchem die Handelsmarinen zweiten Ranges auf diesem Gebiete sich machtloser erweisen. Die Marinen Italiens, Griechenlands und der Levante bringen ihr in Unterwürfigkeit Tribut dar, und diese Unterwürfigkeit selbst ist es, welche sie zu gezwungenen Besuchern des ausgedehnten Stapelplatzes macht. Wir dürfen ohne Furcht, Lügen gestraft zu werden, sagen, dass in Marseille wie in Antwerpen locale Interessen über die nationale Idee die Oberhand gehabt haben. ‖ Auch Bordeaux ist mit seiner Handelskammer kein Freund der Unterstützungen für die Rhederei gewesen. Einst hat dieser Hafen der Gironde in hellem Glanze gestrahlt zu jener Zeit des Kolonialpaktes, als Dupleix und seine Nacheiferer Französisch-Indien gründeten. Als unsere Kolonialmacht verloren ging, da erschloss sich zu gleicher Zeit der verborgene Reichthum des weintragenden Bodens. Es entsprangen ihm neue Quellen von Reichthum, aus deren Ueberfluss man nun Alles und ausschliesslich schöpfen wollte. Es bedurfte eines sicheren und dauernden Absatzmarktes, und daher die bis zur Uebertreibung kultivirte freihändlerische Idee, welche sich der Theorie der nach Nationen vertheilten Productionsbefähigung bemächtigte und als Folge hiervon den Untergang jener grossen Schiffsindustrie als selbstverständlich hinnahm, die einst die Ehre der Stadt und der Reichthum ihrer Bürger gewesen war. ‖ Ist der Patriotismus von Bordeaux glücklich inspirirt gewesen bei der sehr kategorischen Betonung seiner Lieblingsideen? Ist er nicht, halb unbewusst, jenen mehr spekulativen als praktischen Ideen der Gironde gefolgt, welche mit dem localen Interesse eben so sehr in Widerspruch stehen, wie mit dem Nationalinteresse? Auf

wirthschaftlichem Gebiete, welchem die Handelsmarine in Frankreich nicht nur als ein Bruchstück, sondern als dessen vollkommenster Ausdruck angehört, sind alle Interessen solidarisch mit der Maassgabe, dass das eine Interesse die anderen Strömungen nicht aufhalten, sie nicht ablenken und hemmen soll. Darum ist das Sonderinteresse eine gefährliche Waffe, welche sich immer gegen die Unbesonnenen wendet, die sich ihrer bedienen."

Die Frage, welche Wirkung das Gesetz in internationaler Beziehung haben werde, ist in dem französischen Parlamente besonders lebhaft erörtert worden. || Von der einen Seite wurde darauf hingewiesen, dass die Unterstützung der französischen Flagge durch Prämien den internationalen Verträgen über die Gleichberechtigung anderer Flaggen in französischen Häfen widerspreche. Es werde dieses System zu diplomatischen Schwierigkeiten und Repressalien führen; die anderen Staaten würden nicht ruhig zusehen, bis die französischen Schiffe mit Hülfe der ihnen zufliessenden Prämie in fremden Häfen den dort heimathlichen Schiffen die Fracht streitig machen würden. Es werde das Gesetz mit seinen Schifffahrtsprämien, namentlich bei seiner auf 10 Jahre begrenzten Dauer, England nicht hindern, die französischen Frachtsätze noch zu unterbieten. Es werde dann mit Ablauf des betreffenden zehnjährigen Zeitraums die französische Flagge zu Grunde gerichtet sein, wie dies von Seiten einer reichen und mächtigen Industrie gegenüber einer leidenden Industrie leicht ausführbar erscheine u. A. m. || Von der anderen Seite wurde betont, dass kein Vertragsrecht und kein internationales Prinzip der staatlichen Unterstützung der französischen Flagge durch Prämien entgegenstehe, Es sei in den internationalen Verträgen nur vereinbart, dass man fremde Schiffe in französischen Häfen kommen und gehen lassen werde unter denselben Bedingungen der Zollgesetzgebung und des internationalen Rechts wie die einheimischen; man habe nichts weiter versprochen, als dass man fremde Fahrzeuge nicht mit anderen und höheren Lasten belegen wolle wie die französischen Fahrzeuge. Repressalien werde man im Auslande berechtigter Weise nur ausüben können, indem man die Einführung von Prämien in Frankreich durch Einführung gleicher Prämien im Auslande beantworte. Indessen sei in dieser Beziehung die Gefahr nicht gross; denn die anderen Nationen hätten nicht immer so blühende Budgets wie Frankreich, und speciell von Deutschland und Italien brauche man nicht zu fürchten, dass dieselben an ihre Parlamente ein derartiges Ansinnen stellten. Uebrigens erleide das, was man vom internationalen Standpunkte aus gegen die im Gesetze vorgeschlagenen Prämien sagen könne, in gleichem Maasse auch Anwendung auf die Postsubventionen. Gegen diese letzteren sei indessen von keiner Seite je reclamirt, dieselbe Einrichtung vielmehr auch in allen ausserfranzösischen Ländern getroffen worden, wie denn überhaupt das Ausland auf dem von Frankreich jetzt betretenen Wege, das nationale Interesse an ihrer Handelsmarine durch Privilegirung der letzteren zu bekunden, schon lange vorangegangen wäre.

Von Seiten der Regierung wurde dieser Frage zwischenstaatlichen Rechts

bei Erörterung der bereits oben (Seite 353) berührten Frage wegen Ausdehnung der den Schiffen für grosse Fahrt zugedachten Schifffahrtsprämien auf Schiffe der grossen Küstenfahrt näher getreten. Es wurde dabei ausgeführt, dass, wenn Frankreich in dem gegenwärtigen Augenblicke denjenigen Schiffen, welche auf der grossen Küstenfahrt in den europäischen Meeren verkehren, Prämien bewilligen wollte, hieraus die Unmöglichkeit sich ergeben würde, mit europäischen Mächten in Vertragsverhandlungen einzutreten. Die Gewährung von Prämien an Schiffe, welche in ferne Meere segeln, wo Frankreich keine Handels- und keine Schifffahrtsverträge habe, werde keine Verlegenheiten bereiten können. Anders in den europäischen Gewässern. Dort werde Frankreich die bestehenden Verträge nicht aufrechterhalten, neue nicht schliessen können. Denn die fremden Staaten würden diese Prämie nicht gleichstellen können den Subventionen für den Postdienst, da diese letzteren auf Grund besonderer Verträge bewilligt würden, welche bisweilen ziemlich schwere Bedingungen auferlegen.

Dass auch diese Postsubventionen ein wichtiges Glied in der Kette von Vergünstigungen bilden, welche Frankreich in nationalem Interesse seiner Handelsmarine gewährt, beweist die hohe Summe von jährlich fast 24 Millionen, welche aus staatlichen Mitteln dafür verausgabt wird. Diese Subventionen vertheilen sich auf die

Linie nach Corsika mit	375 000	Franken
Linie { Mittelmeer / Brasilien-Plata } mit . .	4 382 263	„
Linie New-York und Antillen mit .	9 958 606	„
Linie nach Indien und China mit .	8 573 024	„
Linie nach Algier und Tunis mit .	493 500	„
im Ganzen	23 782 393	Franken.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Gesetzes wegen der allgemeinen Unterstützung der Handelsmarine ist der Grund zu einer weiteren subventionirten französischen Dampferlinie gelegt worden. In Erwägung, dass die französische Flagge in den australischen Gewässern nicht genügend vertreten sei, dass der Antheil des französischen Handels nach und von Australien nicht den der Bedeutung Frankreichs entsprechenden Umfang habe, dass der französischen Industrie dort neue Märkte zu eröffnen seien und dass jetzt hierfür die Verhältnisse um so günstiger lägen, als auf den Ausstellungen von Sydney und Melbourne Frankreich Fuss gefasst, wird die Errichtung einer subventionirten Dampferlinie von Frankreich nach Australien beschlossen, mit Anschluss nach Neu-Caledonien. Die Linie würde, unter Vorbehalt späterer Verdoppelung der Reisen und entsprechender Erhöhung der Subvention, vorläufig 13 Hin- und Herreisen einzurichten haben und dafür rund 3 300 000 Franks erhalten. Aus der allgemeinen Begründung des die Gewährung der Subvention regelnden Gesetzes verdient folgender Absatz Erwähnung: „England besitzt bereits zwei Dampferlinien nach Australien; Hamburg (?) wird binnen Kurzem eben-

falls eine dorthin einrichten. Die Mitbewerbung verallgemeinert sich, und Frankreich beansprucht einen directen Antheil an dieser vielversprechenden Thätigkeit. Um praktische Ergebnisse zu liefern, können diese Bestrebungen der Hülfe des Staates nicht entbehren, und diese ist in nutzbringender Weise stets gewährt worden, sobald es sich darum gehandelt hat, unserem Güteraustausch die Wege nach entlegenen Märkten zu ebnen. England hat das Beispiel gegeben für die Benutzung der Postdampfer als Pioniere für zu gründende oder zu erweiternde Handelsbeziehungen." || Ueber die Wirkung, welche die Errichtung subventionirter französischer Linien gehabt hat, kommen einige Ziffern zur Sprache. So wird beispielsweise ausgeführt, dass vor Errichtung der subventionirten Dampferlinie von Bordeaux nach Brasilien, Argentinien und Uruguay der französische Handel mit diesen drei Ländern nur 200 Millionen Franken betragen habe, während er sich nachher um 237 Procent gehoben und demgemäss auf 475 Millionen gestiegen sei. Vor Einrichtung des Postdienstes nach Indien und China hat der ganze Handel Frankreichs mit Hinterasien 97 Millionen nicht überstiegen; davon fielen auf Englisch-Indien 67 Millionen, auf China, Cochinchina und Oceanien nur 9½ Millionen. Im Jahre 1879 erreichte derselbe die Höhe von fast 400 Millionen, und Lyon war in Europa der Hauptmarkt für chinesische und japanische Seide geworden.

In den Erörterungen über das Ausland, zu welchen, wie bereits oben bemerkt, die Berathungen über das französische Gesetz den Anlass gegeben haben, nimmt England die erste Stelle ein, sowohl als Beispiel für die dort im Interesse und zur Unterstützung der eigenen Handelsmarine gethanen Schritte, wie auch in Hinsicht auf die Beurtheilung, welche vom Standpunkte des zwischenstaatlichen Rechtes die in Frankreich einzuführenden Prämien finden würden. || In letzterer Beziehung wurde bei den Berathungen darauf hingewiesen, dass bereits Stimmen aus England sich vernehmen liessen, wonach man dort in den Prämien eine Verletzung der der englischen Flagge zugesicherten Gleichbehandlung erblicke und den Fall zum Ausgang von Repressalien nehmen werde. Inzwischen hat zu diesem Theil der Frage, nach einem zur Kenntniss des englischen Parlamentes gebrachten Schriftwechsel zwischen dem britischen auswärtigen Amt und der grossbritannischen Botschaft in Paris, die britische Regierung Stellung genommen. Danach sind zufolge Gutachtens der englischen Kronjuristen die Prämien nicht im eigentlichen Sinne als eine Verletzung des britisch-französischen Handelsvertrages anzusehen. Indessen werden dieselben als im Widerspruch mit dem Geist und der Absicht derartiger Verträge bezeichnet, und bei neuen Vertragsverhandlungen mit Frankreich soll dieser Gesichtspunkt im Auge behalten werden. || Hinsichtlich des anderen Theiles der Frage, inwiefern England mit Privilegien für seine eigene Handelsflotte Frankreich bereits vorausgegangen sei, wird namentlich auf einen Punkt in den parlamentarischen Verhandlungen Nachdruck gelegt: es wird daran erinnert, dass in England die Ausstattung der Häfen mit den zuge-

hörigen Bauten, Anlagen und Einrichtungen nicht durch den Staat und aus staatlichen Mitteln erfolge, wie in Frankreich, sondern durch private Gesellschaften oder Selbstverwaltungskörper, welche dementsprechend auch das Recht hätten, zur Verzinsung und Amortisirung des aufgewendeten Capitals ihrerseits die Hafenabgaben zu erheben. Bei diesen Hafenabgaben, welche die bedeutende Summe zwischen 100 und 115 Millionen Franken jährlich ausmachen und fast $2^1/_2$ Franken auf jede Tonne der in den englischen Häfen stattfindenden Schiffsbewegung von über 40 Millionen Tonnen ergeben, fände die eigenthümliche Einrichtung statt, dass englische Schiffe vor den französischen eine Bevorzugung genössen, indem die ersteren zu diesen Abgaben nicht in gleichem Maasse beitrügen, wie die letzteren. Es geschehe dies in der Weise, dass die Befreiung von den Hafenabgaben entweder auf die in einem bestimmten englischen Hafen heimathlichen Schiffe beschränkt, oder mittelst eines Abonnements, welches der Natur der Sache nach aber ebenfalls nur den mit dem Hafen in regelmässigem Verkehr stehenden englischen Schiffen zugute kommen könne, erlangt oder unter gewissen Voraussetzungen sogar generell auf englische Schiffe, unter Ausschluss fremder Flaggen, Anwendung finde. Gegen die für die französische Flagge hieraus sich ergebende unterschiedliche Behandlung soll zwar reclamirt worden sein, aber bis jetzt ohne Erfolg. Von Seiten der britischen Regierung wäre, da die Verwaltung und Erhebung der betreffenden Abgaben von privaten Gesellschaften, resp. Selbstverwaltungskörpern ausgehe, nur in der Weise Abhülfe zu schaffen, dass das Abgabenwesen verstaatlicht würde. Die bei früherer Gelegenheit in dieser Beziehung in Aussicht gestellten Schritte seien bis jetzt nicht erfolgt. Auf diese Weise ergebe sich bei den bedeutend niedrigeren und ohne Unterschied auf französische wie englische Schiffe gleichmässig zur Anwendung kommenden Abgaben in französischen Häfen eine wesentlich günstigere Behandlung der englischen Schifffahrt in Frankreich, als umgekehrt. || Ebenso wurde auf die grossen Postsubventionen hingewiesen, welche Grossbritannien seinen Dampferlinien zahlt. || Die Gesammtsumme von staatlichen Mitteln, welche England in dieser Beziehung zur Unterstützung seiner Schifffahrt und seines Handels im Laufe der Jahre bereits verwendet hat, wird auf über 40 Millionen Pfund Sterling angegeben. Auch auf diesem Gebiete hat England den fremden Flaggen keinen Vorsprung gelassen. Beispielsweise soll, als nach Eröffnung des Suezkanals die subventionirte französische Dampferlinie vom Mittelmeere aus der englischen Dampferlinie nach Indien zu starke Conkurrenz zu machen drohte, aus diesem Anlass die englische Subvention mit einem Male um 100 000 Pfund Sterling erhöht worden sein.

Im Einzelnen waren an Postsubventionen nach dem Berichte des englischen General-Postmeisters für das Etatsjahr 1879/80 folgende Beträge ausgeworfen:

Für die Linie nach Brasilien, La Plata und Chile von Southampton ab	4 878	Pfd. Strl.
von Liverpool ab	5 656	„ „
„ „ „ nach Ostindien, China und Japan	417 325	„ „
„ „ „ Aden-Zanzibar	10 000	„ „
„ „ „ Tafelbay-Zanzibar	20 000	„ „
„ „ „ nach den Vereinigten Staaten von Amerika	57 447	„ „
„ „ „ nach Halifax, Bermuda u. St.-Thomas	17 500	„ „
„ „ „ im Stillen Ocean	5 706	„ „
„ „ „ nach Westindien	85 188	„ „
„ „ „ *idem*	991	„ „
„ „ „ Liverpool und Puerto Cabello, Tampico und Sta.-Marka	1 132	„ „
„ „ „ Belize und Jamaica	3 500	„ „
„ „ „ Belize und Neu-Orleans	3 080	„ „
Sonstige Beträge	9 253	„ „
Im Ganzen	641 656	Pfd. Strl.
oder	12 833 120	Mark.

Hierbei sind die den britischen Dampferlinien von englischen Colonien aus zugute kommenden bedeutenden Subventionen ausser Ansatz geblieben. Dieselben betragen nach amtlichem Berichte aus Sydney beispielsweise allein für die australischen Colonien 207 500 Pfund Sterling im Jahre.

Was die Vereinigten Staaten von Amerika betrifft, so wurde namentlich auf die dort seit 1872 bestehende gesetzliche Einrichtung Bezug genommen, wonach für den Bau von grossen Schiffen für lange Fahrt fünf Jahre hintereinander bis zu je 10 Dollars pro Tonne jährliche staatliche Unterstützung gewährt werden kann. || An Vergütungen für zu Postbeförderungen bestimmte überseeische Verbindungen zahlten die Vereinigten Staaten von Amerika in einem der letzten Etatsjahre 196 684 Dollars, gleich 831 059 Mark. Seitdem ist durch Beschluss des Ausschusses des Senates der Vereinigten Staaten für Postangelegenheiten ein Amendement aufgenommen worden, wonach zur Gründung amerikanischer Postdampferlinien 1 Million Dollars flüssig gemacht werden soll. || Weitere umfassende staatliche Maassregeln zum Schutze und zur Belebung der amerikanischen Handelsmarine für die grosse Fahrt würden nach dem Programme zu erwarten sein, welches im Januar d. J. im Senat zu Washington der inzwischen auf den Posten des Staatssekretärs in den Vereinigten Staaten berufene Mr. Blaine entwickelt hat.

In Italien hat man speciell aus dem Erlass des französischen Gesetzes über die Handelsmarine den Anlass genommen, um auch die Frage wegen der Mittel zur Hebung der italienischen Handelsmarine wieder in Fluss zu bringen. Um der Ungleichheit zu begegnen, welche aus dem französischen Gesetze für

Nr. 7629. Deutschland. 6. April 1881.

die italienische Schifffahrt in der Mitbewerbung sich ergeben würde, wurde in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 2. Februar d. J. aus parlamentarischer Initiative ein Gesetzentwurf eingebracht. Dieser Gesetzentwurf forderte, in engem Anschluss an das französische Gesetz und in wesentlicher Uebereinstimmung mit der Höhe der in letzterem ausgesetzten Prämien, auch in Italien für den Schiffsbau und für den Schifffahrtsbetrieb staatliche Unterstützung. Die Nothwendigkeit, unter den gegebenen Verhältnissen zu dieser Maassregel zu greifen, wurde auch von der freihändlerischen Seite des Hauses anerkannt, unter der Voraussetzung, dass durch diplomatische Vermittelung der interessirten Mächte gegen eine derartige Verletzung internationaler Verträge, wenn nicht ihrem Wortlaute, so doch ihrem Sinne nach, zuvor Abhülfe versucht werde. Die Angelegenheit wurde indess noch nicht nach allen Richtungen hin für spruchreif angesehen. Weitere Schritte wurden durch den Beschluss der Deputirtenkammer von den Arbeiten einer Enquête-Commission abhängig gemacht, welche „über die gegenwärtigen Verhältnisse der italienischen Handelsmarine und über die geeignetsten und wirksamsten Mittel zur Sicherung ihrer Zukunft und zur Beförderung ihres Gedeihens“ ihr Urtheil abgeben soll. Diese Untersuchungs-Commission wird aus 5 Senatoren, 5 Abgeordneten und 5 durch Königliches Decret ernannten Mitgliedern bestehen. Ihre Arbeiten müssen innerhalb von 4 Monaten abgeschlossen sein. Sobald das Ergebniss der Regierung vorliegt, wird die Letztere, der übernommenen Verpflichtung gemäss, binnen kürzester Frist die daraus sich ergebenden Anträge stellen. An postalischen Subventionen zahlt Italien nach dem amtlichen Berichte vom Jahre 1879 die Summe von 8 254 995 Lire gleich 6 603 996 Mark.

Oesterreich-Ungarn, Belgien und die Niederlande zahlen an derartigen Subventionen 4 348 088 Mark, bzw. 661 497 Mark und 265 200 Mark.

Deutschland zahlt im überseeischen Verkehr an die betheiligten deutschen Dampferlinien nach Maassgabe des Gewichts der beförderten Sendungen. Gegenwärtig werden sich diese Vergütungen auf rund 200 000 Mark belaufen.

Ob unter den gegebenen Verhältnissen Deutschlands Schifffahrt und Deutschlands Handel gegenüber der durch staatliche Mittel begünstigten Mitbewerbung anderer Nationen in gedeihlicher Weise sich wird fortentwickeln können, verdient ernste Erwägung.

Nr. 7630. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Paris. — Das Schifffahrtsgesetz enthält keine Verletzung der französisch-englischen Verträge.

Foreign Office, July 30, 1881.

Nr. 7630. Grossbritannien. 30. Juli 1881.

Sir, — I have considered, in communication with the Law Advisers of the Crown, Lord Lyons' despatches of the 2nd and 3rd instant relative to the French Mercantile Marine Bill. || I have now to inform you, that the bounties

which it appears to be intended to give on the construction of vessels in France, and on long voyages made by such vessels, do not in precise terms constitute a violation of the stipulations of the Commercial Treaties between Great Britain and France. At the same time, it is a fair matter of representation that such bounties are contrary to the spirit and intention of those Treaties, and will, in another way, produce the very effect which their stipulations with reference to import duties are intended to prevent. || This view of the case will be borne in mind in any commercial negotiations with France which may be conducted in London; and I have to request, when an occasion offers, the same language may be held on the part of Her Majesty's Embassy at Paris. || I am, &c.

Nr. 7630. Grossbritannien. 30. Juli 1881.

Granville.



Druck von Bär & Hermann in Leipzig.



Date Due

Due	Returned	Due	Returned
MAR 18 1991	FEB 24 1991		

